Aus und über Amerika.

Von

Friedrich Kapp.

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

Aus und über Amerika.

Thatsachen und Erlebnisse

von

Friedrich Kapp.

Zweiter Band.

Berlin.
Verlag von Julius Springer.
1876.

GIFT

E168
K3
v.2

Inhalt des zweiten Bandes.

	Seite
III. Kommunal- und kirchliche Angelegenheiten	1— 67
1. New-Yorker Stadtverwaltung	3— 43
2. Das Verhältniß von Staat und Kirche in der Union	44— 67
IV. Cotton is King	69—137
1. Geschichtliche Entwicklung	71—100
2. Der Anfang vom Ende	101—119
3. John Brown	120—137
V. Ein Tagebuch	139—394
1. Vor dem Gewitter	142—208
2. Krieg und Sieg	209—394
VI. Spanisch-Amerikanisches	395—425
1. Havana	397—411
2. St. Augustine	412—425

M582208

III.

Kommunal- und kirchliche Angelegenheiten.

1.

New-Yorker Stadtverwaltung.

(1871)

Die kolossalen Unterschleife der New-Yorker Stadtverwaltung, welche jüngst von der dortigen Zeitung, „die Times" an die Oeffentlichkeit gezogen wurden, haben auch in der deutschen Presse großes Aufsehen erregt.

Es ist zwar während der letzten zwanzig Jahre in Zeitungen, Aufsätzen und Briefen viel gegen die Korruption des amerikanischen öffentlichen Lebens und namentlich der munizipalen Angelegenheiten gesagt worden; indessen hielt man bei der Unwissenheit, welche das hiesige Urtheil über die transatlantischen Zustände beherrscht, bis jetzt selbst die schlagendsten Thatsachen für übertrieben, für zu sehr die Schattenseiten hervorhebend. Man wollte sich eben den Heiligenschein, den kindischer Glauben und gedankenlose Nachbeterei um die Republik gewoben hatten, von der nüchternen Kritik nicht rauben lassen. Man idealisirte alle dortigen Zustände, weil man sie mit hiesigem Maßstabe maß, weil man sie in ihrer geschichtlichen Entwicklung nicht kannte, ja nicht kennen lernen wollte, und weil man aus dem Umstande, daß viele hiesige Uebelstände in Amerika nicht angetroffen werden, überhaupt einen höhern Kulturzustand folgerte. Die von der Times veröffentlichten Thatsachen lassen keine Beschönigung mehr zu. Man hört wohl hie und da die naive Frage, wie denn solche Schandthaten, wie die berichteten, in einem Freistaat nur möglich seien? Die Meisten aber sind weniger betroffen ob des Verbrechens selbst, als ob der Unverschämtheit, der Massenhaftigkeit, mit welcher es ausgeführt wurde.

Die Zahlen beweisen in dem vorliegenden Falle gar nichts. Nicht auf die Höhe der gestohlenen Summen kommt es an, sondern darauf,

daß es überhaupt möglich, ja althergebrachte Praxis der städtischen New-Yorker Beamten ist, so offen und frech zu rauben, zu stehlen und zu plündern. Allerdings sind die geraubten Beträge unerhört groß. Es ist wohl noch nie in der Verwaltung eines Reiches, geschweige denn einer Stadt vorgekommen, daß innerhalb einunddreißig Monaten sechsundsechszig Millionen Dollars Schulden, ohne jede Kontrole, kontrahirt, und daß mehr als 15 Millionen davon ungestraft und unentdeckt veruntreut werden konnten. Dieser Diebstahl erreicht den Etat eines kleinen Königreichs. Ist es an sich schon ein riesenhafter Schwindel, daß ein aus den schlechtesten Materialien erbautes Gerichtsgebäude (kaum halb so groß als das Berliner Rathhaus) überhaupt mehr als zehn Millionen Dollars gekostet hat und noch nicht ganz fertig ist, so klingt es wie ein grausamer Hohn auf die Gutmüthigkeit der Steuerzahler, daß für die Möblirung dieses noch nicht vollendeten und kaum zur Hälfte eingerichteten Hauses in den Jahren 1869 und 1870 nicht weniger als 1,724,784 Dollars und 75 Cents verrechnet und der Stadt belastet sind, daß die angeblich gethane Zimmermannsarbeit für den Monat Juni 1870 nicht weniger als 360,751 Dollars 61 Cents gekostet hat, daß der Stubenmaler im Mai 1870 für seine angebliche Arbeit im neuen Gerichtsgebäude 394,614 Dollars 57 Cents erhielt und daß die Teppichrechnung für dasselbe mit 565,731 Dollars 34 Cents als bezahlt eingetragen wurde. Die angeblich gelieferten eisernen Kassenschränke sind der Stadt mit 404,347 Dollars 72 Cents belastet, und für die Thermometer des neuen Hauses ist die Kleinigkeit von 7500 Dollars verrechnet. Kurz, seine innere Einrichtung ist der Stadt mit 2,817,469 Dollars 19 Cents belastet, während sie, im allereleganteften Stil durchgeführt, höchstens 600,000 Dollars gekostet haben würde. Natürlich steckten die ausschreibenden Beamten den Unterschied zwischen der wirklich gelieferten Arbeit und den in Rechnung gestellten Sätzen in ihre eigene Tasche. Die oben erwähnte N.-Y. Times, deren Muth die Stadt für die Veröffentlichung dieser Betrügereien verpflichtet ist, bemerkt zu diesen Zahlen u. A.: „Die im Laufe von zwei Jahren als Abschlagszahlung für gelieferte Holzarbeiten und Möbel im neuen Gerichtsgebäude angeführten Beträge hätten für den ganzen Unterhalt der deutschen Flotte ausgereicht. Die Ausgaben für das Ministerium des norddeutschen Bundes betrugen

während eines Jahres nicht mehr, als die für 1870 zur Anschaffung von Stühlen und Tischen für zehn New-Yorker Exerziersäle verschleuderten Summen, und das ganze Konsulatswesen des Bundes erforderte blos halb so viel, als die binnen zwei Jahren für Reparaturen an den Stuckaturarbeiten des neuen Gerichtsgebäudes ausgegebene Summe."

Ein andres Beispiel für die Verschwendung, mit welcher die städtischen Gelder verausgabt und indirekt in die Taschen der städtischen Machthaber gespielt wurden, liefern die Summen, welche die New-Yorker Presse für wirkliche und angebliche Anzeigen von 1867—1871 erhielten. So quittirten von im Ganzen 28 täglichen und 54 wöchentlichen Zeitungen die nachstehend benannten Blätter über folgende Summen: Transcript 783,498.09 Dollars; Daily News 489,980.67 Dollars; Star 241,711.01 Dollars; Pomroy's Democrat 130,881.90 Dollars; Expreß 157,239.17 Dollars; World 120,775.60 Dollars; Commercial 101,050.90 Dollars; Herald 91,491.88 Dollars; Sun 82,850.95 Dollars; Tribune 54,847.94 Dollars und Times 75,160.08 Dollars. Die vier zuerst genannten Zeitungen gehörten zum größten Theil der gestürzten Verwaltung und waren in weiteren Kreisen, mit Ausnahme der News, nicht einmal dem Namen nach bekannt; von der Gesammtzahl der mit Anzeigen bedachten Blättern stellten siebenundzwanzig sofort ihr Erscheinen ein, als diese Einnahmequelle versiechte.

Es würde übrigens ermüdend sein, diese kolossalen Diebstähle in allen ihren Einzelheiten weiter zu verfolgen. Hier darum nur noch soviel, daß eine Stadt wie New-York mit einem jährlichen Haushalt von etwa 30 Millionen Dollars und einer Schuld von 120 Millionen nur zu große Gelegenheiten zu Veruntreuungen bietet, daß diese aber der Natur der Sache gering sein müssen, im Verhältniß zu den mittelbaren Gewinnen, welche gewissenlose Beamte aus den, jährlich in die Millionen sich belaufenden Kosten für Anlagen neuer Straßen und Docks, Verpachtung der öffentlichen Märkte und städtischen Servituten, Bewilligung von werthvollen Privilegien, wie z. B. Eisenbahnen, Vergebung von Stellen und Vertheilung von Aemtern herauszuschlagen wissen.

Natürlich fällt eine derartige korrupte Stadtverwaltung nicht wie der Blitz aus heiterm Himmel auf die erstaunte Welt herab, sondern ist die allmälig herangereifte Frucht einer ungesunden Entwicklung. Den

New-Yorker Dieben — einen Ring nennt man bezeichnend in den Vereinigten Staaten die zur Plünderung öffentlicher Kassen oder irgend einer, Gewinn bringenden Schandthat verschworenen Banden — hatte mehr als ein Menschenalter vorgearbeitet, und die Ereignisse der letzten dreißig Jahre schienen sich verschworen zu haben, diese Eiterbeulen des gesellschaftlichen Körpers zum Ausbruch zu bringen. Die städtische Verwaltung, der Advokatenstand, die Richterbank und die Börse waren im Laufe dieser Zeit theilweise so tief gesunken, daß der Boden für die letzte Schmach gehörig vorbereitet, daß der Moment für die Herrschaft der gemeinsten und niedrigsten Naturen gekommen war, und daß die, lediglich durch Gier und Raub zusammen geführten und gehaltenen Politiker untersten Ranges sich nur in den unbeschränkten Besitz der großartigen Schätze des ersten Handelsplatzes der neuen Welt zu setzen brauchten.

William M. Tweed, Straßen- und Bauten-Kommissar, Peter B. Sweeny, Stadtkämmerer, A. Oaky Hall, Bürgermeister, und Richard B. Connolly, Schatzmeister, heißen die vier dunkelen Ehrenmänner, welche mit Hilfe zahlloser Spießgesellen die letzten großen Räubereien verübten. Sie sind der vollendete Ausdruck einer, besonders auf amerikanischem Boden gedeihenden und gereiften Spezies des korrupten Politikers und nehmen vorzüglich als solche die Aufmerksamkeit des denkenden Beobachters in Anspruch. Der deutsche Leser wolle nicht vergessen, daß diese aus dem allgemeinen Stimmrecht des Volkes hervorgegangenen Beamten, als sie zu ihren letzten einflußreichen Stellungen ausersehen wurden, keine Neulinge mehr, sondern seit zehn Jahren und länger auch in den weitesten Kreisen der Stadt bekannt waren. Die Hauptzüge ihres Signalements mögen das näher beweisen!

Tweed's Lebenslauf ist die regelrechte Naturgeschichte eines New-Yorker Bezirkspolitikers. 1823 als Sohn anständiger Eltern in der Stadt New-York geboren, wurde er nach dürftiger Vorbildung in der Volksschule Stuhlmacher, machte aber 1850, da er sein vom Vater übernommenes, blühendes Geschäft vernachlässigte, bald Bankerott und „ging in die Politik." Zu jener Zeit, als das Feuerlöschwesen noch nicht gehörig organisirt war und von nicht bezahlten Feuerleuten besorgt wurde, waren die bei den verschiedenen Spritzengesellschaften thätigen Freiwilligen wichtige Männer im städtischen Gemeinwesen, da sie den

politischen Parteien mit ihrem Einfluß und ihren Fäusten zur Hand gingen und durch ihre unermüdliche Thätigkeit, ruchlose Gewaltthaten, Angriffe auf harmlose Stimmgeber, rechtzeitige Veranstaltung von Aufläufen und Feuern, Zerstörung der Stimmkästen und Schlägereien die Wahlen mit entschieden. Ein einflußreicher Feuermann war eine Macht im Staate, und wie er meist aus dem Abschaum der großstädtischen Bevölkerung, den Rowdies und Loafers, hervorging, so hatte er bei einiger Umsicht und Verwegenheit berechtigte Anwartschaft auf die höchsten politischen Ehrenstellen und Aemter. In diesen Kreisen spielte Tweed bald durch seine wahrhaft Fallstaffische Gestalt, seine Gutmüthigkeit gegen Freunde und Freigebigkeit gegen Bedrängte, durch seine Zuverlässigkeit und seinen Galgenhumor eine hervorragende und populäre Rolle. Zu dick und phlegmatisch, um mit der Spritze zu laufen, war er der geistige Leiter seiner Gesellschaft und der unermüdliche Förderer ihres Ansehens. Diese, die Big Six (die große Sechs, nach dem sechsten Stadtbezirke) genannt, wurde bald die gefürchtete Herrin der ganzen untern Stadt, und Tweed der anerkannte Führer der verwegenen, an den Spritzen hängenden Elemente. Schon 1851 war er ein Mann, mit welchem die Politiker rechnen mußten, mit welchem gut zu stehen vom größten Vortheil war. Er besaß ein besonderes Talent, Freunde zu gewinnen und an sich zu fesseln, ein Talent, welches die unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg jedes amerikanischen Politikers bildet. Die Stellung als Stadtverordneter — das Volk taufte dieses Kollegium damals weniger schmeichelhaft als wahr die vierzig Diebe — genügte aber bald seinem Ehrgeiz nicht mehr. Tweed ließ sich also 1853 von seinen Freunden in den Kongreß nach Washington wählen, wo er sich jedoch nicht an seinem Platze fand und nur einmal, seinen demokratischen Wählern zu Gefallen, eine Rede zu Gunsten der Nebraska-Bill ablas. Im Rathe der Nation stand er damals noch nicht hoch genug auf der politisch-sozialen Leiter, um die Pläne, in denen Geld war (schemes that had money in 'em) durchzusetzen. Er kehrte also nach Ablauf seiner Dienstzeit wieder nach New-York zurück, arm wie eine Kirchenmaus, aber in der festen Absicht, jetzt etwas für sich zu machen und die Goldadern des städtischen Schatzes für sich zu öffnen. Tweed wurde 1857 Supervisor, d. h. Mitglied jenes Kollegiums, welches alle Ausgaben des Be-

zirkes New-York zu bewilligen und zu kontroliren hatte, während zu derselben Zeit sein Helfershelfer und der spätere Richter des höchsten Staats-Gerichtshofes, Barnard Kriminalrichter und sein Spießgeselle Sweeny Distrikts-Anwalt wurde. Vier Mal nach einander zum Präsidenten jener Behörde gewählt, war Tweed jetzt die leitende Macht der Stadt, vor welcher keine Kasse sicher war. Bei seinem Sturze berechnete man sein Vermögen auf zehn bis zwölf Millionen Dollars. Einer seiner Töchter gab er eine Aussteuer von 600,000 Dollars; den städtischen Armen schenkte er wie zum Hohne im Winter 1870 für Holz und Kohlen 50,000 Dollars; seinem Sohne kaufte er ein Gasthaus ersten Ranges für zwei Millionen. Uebrigens war er ein jovialer Schurke. Als er seinen prachtvollen Landsitz mit Statuen schmücken ließ, fragte er den mit der Aufstellung beauftragten Künstler u. A. nach der Bedeutung eines Merkur, der grade ausgepackt wurde. „Das ist der Gott der Kaufleute und der Diebe" antwortete der Angeredete. „Famos, rief Tweed, dann gehört er über die Hauptthür des Hauses, dort stellt ihn auf!" Und so geschah es.

Sein treuer Gehilfe in allen Anschlägen auf den öffentlichen Beutel war Peter B. Sweeny. Von irländischen Eltern abstammend und 1824 in New-York geboren, wurde dieser erst Aufwärter im Schnapsladen seines Vaters und, jung aus der Schule entlassen, Laufbursche im Bureau eines Landsmannes und ausgezeichneten Advokaten, James T. Brady, bei welchem er sich in der Folge selbst zum Rechtsanwalt heranbildete. Sweeny war ebenso gewissenlos als fähig, ebenso verschwiegen und schlau als fleißig und unermüdlich in der Verfolgung seiner Ziele. Statt seinem Berufe zu leben, zog er es vor, am Sitze der Staatsgesetzgebung in Albany, als Unterhändler und Drahtzieher die Gesetzgeber zu bearbeiten (Lobbyist) und deren Beschlüsse für sich und seine Auftraggeber zu beeinflussen und auszubeuten. Während Tweed die verwegensten Pläne nur in ihren äußersten Umrissen entwarf und ebenso gewissenlos ausführte, arbeitete sie Sweeny, der sich bald mit ihm zusammengefunden hatte, bis in die kleinsten Einzelheiten aus und wußte namentlich die entgegengesetztesten Ansichten geschickt zu vermitteln. Sweeny war der denkende Kopf, Tweed der handelnde Arm; der Eine ohne den Andern ohnmächtig, aber beide vereint waren sie allmächtig,

indem sie sich einander ganz wunderbar ergänzten. Sweeny wurde 1858 Distrikts-Anwalt und später städtischer Kämmerer. Er liebte es, im Hintergrunde zu arbeiten, spielte gerne den Biedermann, wie er denn der Stadt die Zinsen der in seinen Händen befindlichen Gelder berechnete, was seine Vorgänger im Amte nie gethan hatten, und suchte, bei einigem Sinne für Kunst, sogar die Ehrenstelle eines Kommissars des Zentralparks, eine Stelle, zu welcher bis dahin nur anständige, politisch nicht anrüchige Bürger ernannt worden waren. Sein politisches Ideal war Louis Napoleon. Zu hungern brauchte der Mann dabei übrigens während Tweed's Herrlichkeit nicht. Seine amtlichen Einnahmen beliefen sich im Jahre auf die hübsche Summe von 62,522 Dollars 65 Cents, und außerdem hatte er manche fette Nebeneinkünfte, wie ihm denn z. B. sein Freund Barnard 1868 als Depositar der für die Erie-Eisenbahn eingehenden oder vielmehr nicht eingehenden Gelder die Kleinigkeit von 150,000 Dollars zuzuwenden wußte. „Ich bin kein Führer, pflegte Sweeny von sich zu sagen, aber eine Art Rathgeber; ich suche die Parteiinteressen in Einklang zu bringen und bemühe mich, gute Kandidaten und gesunde politische Grundsätze zu sichern." In seinem Auftreten und Aeußern war dieser Mann gar nicht populär; auch haschte er nie nach Volksgunst, sondern zog die Substanz, das Wesen dem Scheine vor und that damit zugleich Tweed einen Gefallen, der sich auch gern nach Außen hin als großer, einflußreicher Mann zeigte. Allein so gute Kompromisse Sweeny auch zu schließen verstand, so war er doch selbst ein zu wüthender Hasser, wenn er persönlich verletzt war, und hinterlistiger Gegner, dem jedes Mittel zur Befriedigung seiner Rache recht war.

Der von englischen Puritanern abstammende A. Oakey Hall war von leichterm Schlage und der echte Typus des literarischen, juristischen und politischen Zigeuners. Im Jahre 1828 in New-York geboren, hatte er sich zuerst im Süden, namentlich in New-Orleans, als Zeitungsberichterstatter, Vorleser, Schauspieler und Advokat versucht. Mit einer eisernen Stirn und einem einnehmenden Aeußern erreichte er in jeder dieser Stellungen einen gewissen Erfolg. Nach New-York zurückgekehrt, dem natürlichen Anziehungspunkte für alle derartigen Menschen, umgab er sich mit einem Scheine literarischer Bildung und spielte den Mäcenas der schönen Künste, mehr noch der schönen Schauspielerinnen. Horaz Greeley, der ihn

sehr gut kannte, nannte ihn einen „joking cheat“ (Witze reißenden Betrüger). Hall selbst charakterisirt sich am besten in einem nichtswürdigen, aber treffenden Witze. „Wenig Menschen, sagte er, haben so viel „tried friends“ als ich, und tried friends sind immer großmüthig.“ Das Wortspiel läßt sich im Deutschen nicht gut wiedergeben. Unter tried friends versteht man allerdings meistens erprobte Freunde, allein man versteht darunter auch zur Kriminal-Untersuchung gezogene Freunde. Diese letzteren aber hatte Hall als Distriktsanwalt laufen lassen, indem er viele tausend Anklagen aus seinem Bureau verschwinden ließ und dadurch die Verurtheilung dieser Freunde verhinderte. Natürlich hatten sie alle Ursache, sich im eignen Interesse dankbar zu erweisen und später ihren Befreier zum Bürgermeister zu erwählen; dieser aber gab dafür einen Theil der politischen Beute an diese Freunde, an die Preisfechter, Spieler Bauernfänger, Roughs, Loafers und Rowdies ab. Hall selbst beschreibt das Geheimniß seiner politischen Macht mit folgenden dürren Worten: „Wenn die Wahlen herankommen, stecke ich meine Hände so tief als möglich in die Hosentaschen und ziehe sie so voll als möglich wieder heraus.“

Der Schlechteste endlich von dem vierblätterigen Kleeblatt war Richard B. Connolly aus der Nähe von Cork in Irland, der als Kind nach Philadelphia gekommen und in New-York herangewachsen war, wo er die regelmäßige Laufbahn eines Bezirkspolitikers durchgemacht hatte. Obgleich 1867 Staatssekretär und 1868 Schatzmeister der Stadt, war er noch nicht einmal amerikanischer Bürger geworden. Dieser Mensch hatte auch nicht einen versöhnenden Zug in seinem Wesen; selbst seine Freunde sagten von ihm, daß keine ehrliche Faser an ihm sei; Freund und Feind nannten ihn nur „den schlüpferigen Dick.“ Ein Gewissen, ja die Regung eines anständigen Gefühls war ihm fremd. In seiner berechnenden Kälte und grausamen Härte pflegte er im Auftrage seiner Genossen diejenigen Opfer ganz geschäftsmäßig abzuthun, die für den Gnadenstoß oder den letzten Fußtritt reif waren, und wußte ihnen erforderlichen Falls sogar mit einer gewissen einnehmenden Eleganz den Garaus zu machen. Als er gestürzt war, übertrug er seiner Frau die Kleinigkeit von vier bis fünf Millionen Dollars Werthpapieren: das Geschäft hatte sich also auch für ihn glänzend bezahlt!

„Um ihre Charakteristik zusammenzufassen, sagt Charles F. Wingate in einem vortrefflichen Artikel der North American Review — so finden wir in Tweed den ruchlosen, aber energischen politischen Abenteurer, welcher die hervorragendste Rolle auf der Bühne spielt und mit den niedrigsten Elementen des großstädtischen Lebens innig vertraut, einer der populärsten Führer wird und selbst durch und durch korrumpirt, auch voraussetzt, daß Andere es in demselben Maße sind. Mit Tweed verglichen, steht Connolly neben ihm, wie ein scheuer verächtlicher Hausdieb neben einem verwegenen Straßenräuber, klein, ölig und Pecksniffisch, aber schlau, durchtrieben und immer auf seinen persönlichen Vortheil bedacht. Sweeny sitzt wie eine Spinne in seinem Netze und webt im Dunkeln dessen Maschen, sehr erfreut darüber, daß er die öffentliche Aufmerksamkeit nicht auf sich zieht, verliert nie die Kontrole über sich und opfert seinem Ehrgeize, der Herrschaft selbst seine Ruhe und sein Behagen. Zuletzt steht noch Hall mit dem ewigen Lächeln und stereotypen Augenglas da, der Harlequin und der Kniffemacher der Bande, gleichgültig gegen Geld, aber gierig nach Beifall, lüstern nach gesellschaftlicher Auszeichnung, aber zu den niedrigsten Künsten des Demagogen herabsteigend — an einem St. Patricks-Feste nahm er einmal den Irländern zu Liebe die Parade in einem hellgrünen Frack ab (Nationalfarbe Grün Erins) — ein höchst gewandter Marktschreier, der viele thörichte und einige wenig kluge Dinge gethan hat, ein geschickter politischer Macher und schnöder Witzereißer, der die Rolle des Narren und Schurken so vortrefflich spielt, daß man nicht weiß, wo der eine aufhört und wo der andre anfängt."

Diese vier Verschworenen nun bemächtigten sich, schrittweise vorgehend, des stärksten Flügels der, die Stadt New-York regierenden demokratischen Partei, welche nach Tammany Hall, ihrem Hauptquartier, Tammany-Demokraten genannt wurden, und beherrschten, von dieser festen Burg aus jeden Tag mehr, nicht allein die städtische Politik, sondern auch den ganzen Staat New-York. „Wir haben in der Tammany Hall, sagt einer ihrer Lobredner, eine so gute Disziplin und eine so feste Organisation wie die römisch-katholische Kirche. Sie arbeitet mit der Regelmäßigkeit einer vortrefflichen Maschine; es bedarf aber auch großer Wachsamkeit, die Disziplin aufrecht zu erhalten und na-

mentlich Parteistreitigkeiten schon im Keime zu ersticken, damit der Gehorsam des gewöhnlichen Stimmgebers nicht erschüttert wird." In dieser Kunst der steten Sorge und Vorbeugung jedes möglichen Konflikts war Tweed Meister, zumal er nur etwas tiefer in den Stadtseckel zu greifen brauchte, um seinem Willen den gehörigen Nachdruck zu verschaffen. Als Staatssenator, welche Würde er vier Jahre lang bekleidete, übte er sogar unbedingte Macht im ganzen Staate aus und besetzte jede Stelle in der Stadt. Er hieß in der Folge wegen seines allmächtigen Einflusses nur der Boß (Meister, Herr, das niederdeutsche Baas), und sämmtliche Politiker fügten sich diesem selbst gemachten Götzen und Herrn mit einer Unterwürfigkeit, welche der Unterthänigkeit eines Orientalen gegen seinen Despoten nichts nachgab. Drei volle Jahre dauerte diese ebenso verächtliche als verderbliche Tyrannei. Zu Anfang 1870 befestigte sie sich sogar mit Hilfe ehrlicher und gemeinnütziger Bürger durch eine neue Stadtverfassung, welche auch rechtlich die unbeschränkte Herrschaft in die Hände jener vier Männer spielte. So ermüdend und demoralisirend hatte sie selbst auf die besseren Elemente der städtischen Bevölkerung gewirkt, daß diese in Zukunft weniger gerupft zu werden fürchteten, wenn sie den herrschenden, voraussichtlich bald gesättigten Ring am Ruder ließen, als wenn neue, und zwar viel hungrigere Banden zur Herrschaft gelangten. Reiche und hervorragende Bürger, wie W. B. Astor, Peter Cooper und August Belmont, bescheinigten sogar öffentlich mit ihrer Namens-Unterschrift die Ehrlichkeit von Connolly. Trotzdem mußte Tweed zwischen 1,200,000 und 1,300,000 Dollars aufbringen, um das neue Gesetz in der Legislatur durchzusetzen. Sechs Republikaner erhielten je 10,000 Dollars für ihre Stimmen, damit der Ring weiter stehlen konnte. Die vier größten Handwerker, welche das neue Gerichtshaus bauten, lieferten nachweisbar 100,000 Dollars zu den Kriegskosten. Der Sturz Tweed's und seiner Komplizen ging übrigens achtzehn Monate später nicht einmal von den entrüsteten „guten Bürgern" aus, sondern von seinen früheren Spießgesellen, deren Ansprüchen und Ehrgeiz er nicht gerecht werden wollte oder konnte. Es ist das alte, regelmäßig jeden Usurpator ereilende Schicksal. Wie Louis Napoleon von seinen Getreuen und Gegnern in sein Verhängniß getrieben wurde, so verlangten auch viele unzufriedene Freunde Tweed's mehr von ihm, als er zu geben

vermochte, setzten sich, als er gegen ihre Bitten und Drohungen taub blieb, in den Besitz der ihn verderbenden Beweise und veröffentlichten diese in der Times. Damit war sein Sturz entschieden. New-York athmete erleichtert auf und freut sich im Augenblick seiner Freiheit, seiner Tugend und seines Gemeingeistes.

So viel zur Charakteristik der handelnden Hauptpersonen. Zur Ergänzung des Thatbestandes sei hier noch kurz bemerkt, daß, als die Times mit ihren vernichtenden Anklagen herausrückte, die Angeschuldigten sich anfangs ganz passiv verhielten und hohnlachend meinten, der Sturm sei ein bloßes Parteimanöver, er werde sich, wie so viele andere, wohl allmälig wieder verziehen. Erst als die Times täglich mit neuen Beweisen auftrat, antworteten sie anfangs hochmüthig, dann mit leeren Ausflüchten und versprachen Veröffentlichung der offiziellen Etats, die natürlich bis auf den heutigen Tag auf sich warten läßt. Als die politisch sonst Indifferenten, die sogenannten respektablen Bürger, die Schwäche der verhaßten Klique sahen, nahmen sie die Sache in die Hand, die anständigeren Elemente der beiden Parteien scharten sich um sie, und das Resultat der Bewegung war eine große Volksversammlung (4. September), auf der sich die sittliche Entrüstung der Bevölkerung der großen Stadt Luft machte. Die hier gehaltenen Reden und Beschlüsse sind durchgängig unbedeutend und vermeiden den eigentlichen Sitz des Uebels bloßzulegen, auf dessen radikale Beseitigung es ankommt, wenn es besser werden soll. Das „souveräne, edle Volk" wird, wie immer bei derartigen Gelegenheiten, gekitzelt und sein Beifall gewonnen durch wohlfeile Angriffe auf die Verbrecher, mit denen einzelne der Hauptakteure noch vor einigen Wochen Arm in Arm gegangen waren. Man freut sich des Zusammenwirkens, das vorläufig durch keinen Parteiunterschied getrübt ist, man treibt Zukunftsmusik und träumt von Gemüthlichkeit in Geldsachen, von patriotischer Hingebung, kurz von besseren Zeiten. Man ernennt einen Ausschuß von siebenzig Mitgliedern, der mit allen gesetzlichen Mitteln auf die Entfernung unredlicher Beamten, die gründliche Zerstörung des „Rings" und die Herbeiführung besserer kommunaler Zustände wirken soll. Dieser Ausschuß ist jetzt seit sechs Wochen in Wirksamkeit, hat aber bei der Art, wie er sich seine Aufgabe gestellt, wenig leisten können. Das Glück kam ihm aber von einer ganz un-

erwarteten Seite. Der Ring zerfiel in Folge der öffentlichen Angriffe in und unter sich, keiner der Diebe wollte für den andern einstehen; im Gegentheil fielen sie gegen einander aus und bewiesen auch hier wieder die Richtigkeit des alten Sprichworts, daß, wenn die Spitzbuben sich zanken, die ehrlichen Leute zu ihrem Gelde kommen. So wie die Sachen sich jetzt anlassen, wird in der Stadt New-York der gegenwärtige Ring beseitigt, der augenblickliche Einfluß seiner Feste Tammany Hall unschädlich gemacht und die Liste der städtischen Reformkandidaten und der Republikaner bei den nächsten Staats- und Stadtwahlen durchgesetzt werden. Auch in der allgemeinen Politik des Landes werden die Republikaner in der Mehrzahl der einzelnen Staaten siegen, und wenn sie sich keine zu großen neuen Blößen geben, so werden sie im Jahre 1872 den Präsidenten erwählen. Das ist die nationale Bedeutung der Enthüllungen der Times. Zweifelhaft dagegen ist, ob die siegreiche Partei auch über eine Mehrheit von zwei Drittel Stimmen verfügen wird, um in der nächsten New-Yorker Staatsgesetzgebung das sicher nicht ausbleibende Veto des Gouverneurs unschädlich zu machen. Aber schon jetzt, wo die Reformbewegung täglich noch höher steigen sollte, drängen sich unsaubere Elemente an ihre Spitze, ja die offiziellen Leiter der Parteiorganisationen fühlen sich stark genug, jene in ein falsches Fahrwasser zu drängen. Die Hauptmissethäter ducken sich jetzt und befleißigen sich einer „meisterhaften Unthätigkeit" nach Außen, um im Geheimen desto sicherer zu wühlen. Nur Tweed spielt nach wie vor den Herrn und Meister. Bei der, Ende September stattgehabten demokratischen Parteiversammlung in Rochester, wo die Kandidaten für die Staatsämter nominirt wurden, ließ er die wenigen Reformer nicht zu Worte kommen oder gar auszischen, während er bei seinen Getreuen Alles durchsetzte, was er wollte. Seine Herrschaft über die gläubigen und abhängigen Massen ist also noch lange nicht erschüttert. Ja selbst die demokratischen Gegner Tweed's fangen an, sich unter dem Vorwande von der Bewegung zurückzuziehen, daß sie den Republikanern in die Hände arbeite. Kurz das Ende vom Lied wird sein, daß man den gegenwärtigen Ring los wird und daß die Stadt in nicht langer Zeit auf Umwegen unter die Fuchtel eines neuen Rings gerathen, so daß eine neue Klique, ein neuer Tweed, Hall, Connolly und Sweeny unter neuer Firma die

Taschen ihrer Mitbürger plündern wird. Die Kontinuität der Regierung, die sich in Monarchien in dem Rufe: „Le roi est mort, vive le roi!“ ausdrückt, lautet frei in's New-Yorkische übersetzt: „Einen Spitzbuben haben wir abgeschüttelt, einem neuen, noch schlimmern fallen wir in die Hände!“

„Aber wie geht das zu, wie ist das möglich?“ Auf diese Frage will ich antworten.

Die Wurzel des Uebels liegt in der Anhänglichkeit an die mittelalterlichen Ueberlieferungen, wonach eine Stadt ein politisches Gemeinwesen ist und als solches regiert werden muß, in der Uebertragung und Anwendung des allgemeinen Stimmrechts auf die städtische Verwaltung, oder mit anderen Worten in der Verwechslung der modernen Stadt mit den städtischen Staaten des Alterthums und des Mittelalters, in der Ausdehnung der politischen, der Staatsrechte auf die kommunalen Angelegenheiten.

So viel ich weiß, herrscht bei uns zu Lande kein Streit darüber, daß eine heutige Stadt nun einmal kein politisches Gemeinwesen ist, daß ihre Verwaltung nichts mit allgemeinen politischen Grundsätzen, sondern nur mit Zweckmäßigkeitsfragen zu thun hat, und daß das Rechtsverhältniß des Einzelnen zur politischen Gesammtheit nur im Staate seine Stellung und seinen Ausdruck findet. Ich brauche deshalb auch hier die hinkenden Vergleiche nicht zu widerlegen, welche in den Vereinigten Staaten mit der Anlehnung an die Muster des Alterthums und des Mittelalters getrieben werden. Wie in der klassischen alten Welt die Städte Athen und Rom den Staat bildeten, und wie ohne sie der athenienſische und römische Staat gar nicht gedacht werden kann, so waren auch die freien Städte der Lombardei und Deutschlands politische Körper und Staaten im eigentlichen Sinne des Wortes. Sie hielten Söldner, führten Kriege, schlossen Bündnisse, schlugen selbständig die Angriffe ihrer Nachbarn vom Lande zurück, standen zum Kaiser oder gegen ihn, hatten Münz- und Zollgerechtigkeiten, übten Recht über Leben und Tod, kurz waren, wenn man von der mehr nominellen Oberhoheit des Kaisers absieht, ebenso souverän wie die emporstrebenden Landesherren. Noch viel schiefer wird die Parallele, wenn wir die innere Verwaltung der mittelalterlichen Städte in's Auge fassen. Wie

sie eifersüchtig auf ihre staatlichen Rechte und Freiheiten wachten, welche sie oft mit schweren Opfern von den benachbarten Dynasten oder vom Kaiser erkauft oder erstritten hatten, so verliehen sie ihren Bürgern nur Recht gegen die ihnen entsprechenden Pflichten. Ueberhaupt sind im Staatsleben des Mittelalters persönliche Rechte und Pflichten von einander ganz untrennbar, ja die einzuräumenden Rechte setzen die bereits erfüllten Pflichten voraus. Am unverfälschtesten ist dieses Verhältniß in den englischen Städten bewahrt, denn sie haben in ihrer innern Verwaltung das alte germanische Prinzip beibehalten, welches die Ausübung der bürgerlichen Rechte von vier Bedingungen abhängig macht. Diese auch in die Verfassung der amerikanischen Städte übergegangenen Bedingungen sind: persönliche Freiheit, dauernder Hausstand, Beitrag zu den städtischen Lasten (paying scot), also Ausschluß der Nicht-Steuerzahler, sowie endlich Theilnahme an der städtischen Gerichtspflicht und sonstigen städtischen Aemtern und Diensten, also Aktivbürgerschaft (bearing lot). — Siehe Gneist's „Heutiges englisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht" II, 497.

Selbst bis in die neueste Zeit hinein (Reform von 1832) tritt aus allen Unebenheiten des alten englischen Systems der Wahlberechtigungen der Grundgedanke klar erkennbar hervor, daß sie überall der persönlichen Leistung für den Staat entsprechen sollen. Die alten Wählerschaften in Stadt und Land waren immer diejenigen Klassen der Bevölkerung, auf welchen der persönliche Gerichts- und Polizeidienst, die Armenpflege und Wegebaulast ruhten; die ausgeschlossenen Elemente des Mittelstandes waren diejenigen, welche sich diesen Leistungen entzogen, weil ihr Besitz, durch die Neugestaltung der Gesellschaft erworben, von dem Rahmen der alten Gesetzgebung nicht umfaßt wurde. So wenig also alle Leistung des Bürgers an den Staat und die Stadt im Steuerzahlen aufgeht und so wenig der steuerzahlende Besitz für sich, ohne entsprechende öffentliche Arbeit, politische Macht gewährt, ebenso wenig, ja noch viel weniger kennt das englische Recht die radikale Auffassung des Wahlrechts als eines angebornen, unveräußerlichen Menschenrechts, ohne entsprechende Pflicht und Leistungsfähigkeit.

Die Bewohner einer modernen und vor Allem einer kaufmännischen Stadt werden dagegen nicht durch die Bande zusammengehalten,

welche die mittelalterlichen Bürger an einander schlossen, und welche den amerikanischen Politikern ihre Redensarten von munizipalen Rechten und munizipaler Unabhängigkeit liefern. „New-York z. B. — sagt die Nation in ihrer Nr. 323 vom 7. September 1871 — ist ein Platz, in welchem sich eine große Anzahl von Kaufleuten, Händlern und Fabrikanten zur Betreibung ihrer Geschäfte niedergelassen hat, wozu Straßen, Häuser, Waarenlager und Werfte unentbehrlich sind. Es ist ihre Pflicht und ihr Interesse, die Straßen gepflastert, drainirt, erleuchtet und gekehrt, die Docks in gutem Stande und die Märkte in Ordnung zu halten. Es sollte ihnen, d. h. den Eigenthümern der Häuser überlassen bleiben, Alles dies auf eigne Kosten und innerhalb gewisser Gränzen in ihrer Weise zu thun. Die zahlreichen Horden von Personen, welche hier umherlungern, um ihr Leben zu machen, und jetzt über all das Eigenthum abstimmen, resp. dasselbe wegstimmen, ohne daß sie ein direktes Interesse daran haben, sie sollten mit der Verwaltung des städtischen Eigenthums nicht mehr zu thun haben, als mit der einer Eisenbahn, auf welcher sie fahren. Sie sind Bürger des Staates. Dieser hat sie zu beschützen im Genuß aller ihrer politischen Rechte, auf dem Broadway sowohl als in der Hudson-Eisenbahn, und darauf zu achten, daß die Steuerzahler gehörige Vorsorge für ihre Sicherheit und ihren Komfort sowohl bei ihrer Ankunft als Abfahrt treffen. Dagegen war es seit vielen Jahren ein lächerlicher Anachronismus, diese Leute aufzufordern, die städtischen Behörden zu erwählen und für die städtischen Steuern zu stimmen. Es war vorauszusehen, daß dieser Anachronismus über Kurz oder Lang mit unverhülltem und offenem Raub enden mußte. Wir bedauern sagen zu müssen, daß das bereits der Fall ist; aber dieses Uebel bringt uns dem Tage näher, an welchem wir, gleich verständigen Wesen, im Einklang mit den Voraussetzungen der menschlichen Natur und mit den Thatsachen der menschlichen Erfahrung, Gesetze machen werden."

„Eine Regierung von Steuerzahlern — heißt es weiter in Nr. 325 vom 21. September 1871 — die in ihren Funktionen auf Pflasterung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen sowie die Gesundheitspolizei beschränkt und diese Pflichten pünktlich zu erfüllen gezwungen ist, hat, welche konstitutionellen Einwände auch dagegen geltend gemacht werden mögen, nichts in sich, was dem Geiste der amerikanischen Institutionen

zuwiderläuft. Sie wird Niemanden Gesetzen unterwerfen, an deren Erlaß er nicht mitgearbeitet hat, während sie andrerseits eine Menge von Personen von Steuern befreien wird, über welche sie nicht mitgestimmt haben. Sie würde die munizipalen Angelegenheiten der Sorge derjenigen Personen überantworten, welche wirklich bei ihrer Verwaltung interessirt sind, und würde sie von allen politischen Eingriffen befreien, während es unter der Herrschaft der Theorie nie hat bewirkt werden können, daß die Stadt ein politischer Körper ist, in welchem jeder Bewohner mitzuregieren ein natürliches Recht hat."

Mit der hier ausgeführten Ansicht stimmt auch die englisch-amerikanische Entwicklung überein. Zur Zeit, als Nordamerika angesiedelt wurde, war die englische Stadt in ihrer Stellung zum Ganzen nur eine Korporation, d. h. eine privatrechtliche, moralische Person, welche vermöge königlicher Machtfülle für ganz bestimmte Zwecke, besonders die Verwaltung des städtischen Eigenthums, geschaffen wurde. Ihre Verfassung beruhte auf einem königlichen Freibrief (Charter), welcher ihre administrativen und polizeilichen Befugnisse ganz genau bestimmte. Statt souverän zu sein, hatte sie zum äußern Beweise ihrer Abhängigkeit der Regierung für die ihr eingeräumten Rechte gewisse Abgaben zu entrichten. So mußte die Stadt New-York laut königlichen Freibriefes vom 22. April 1686 für die ihr bewilligten Regalien dem Provinzial-Gouverneur am 25. März jedes Jahres ein Bieberfell abliefern. König Georg II. bestätigte diesen Freibrief am 15. Januar 1730, und der spätere Staat New-York, der ganz an die Stelle der Kolonialregierung getreten war, bestätigte wieder die Akte des letztern. Aber grade weil nach germanischem resp. englischem Recht aus der Erfüllung kommunaler Pflichten nur kommunale Rechte folgen, und weil die Stadt nur eine Schöpfung der Staatsgewalt ist, so hüten sich die Advokaten der Anwendung des allgemeinen Stimmrechts auf städtische Angelegenheiten wohl, englische Vorbilder für sich anzurufen. Wenn sie es aber vom Geiste der angelsächsischen Institutionen für geboten erklären, daß die numerische Mehrheit eine Stadt regiere und tyrannisire, so beweisen sie, daß sie von der Geschichte ihres eignen Landes keine Ahnung haben. Dazu kommt nun noch, daß bei dem beständigen Auf- und Abfluthen der Bevölkerung, bei der beständigen Vermischung der seßhaften Elemente

mit der neuen Einwanderung keine amerikanische Stadt in dem Sinne eine Stadt ist, in welchem man in Deutschland das Wort zur Bezeichnung eines einheitlich geschlossenen Gemeindewesens zu gebrauchen pflegt, welches letztere seit Jahrhunderten nach bestimmt begränzten Interessen, gemeinschaftlicher Ueberlieferung und besonderer Eigenart verwaltet wird.

Nun kennt das englische, wie jedes im Mittelalter fußende Recht, auch nicht die Freiheit überhaupt, sondern nur Freiheiten, Monopole Privilegien; nicht ein unveräußerliches Menschenrecht, sondern nur verbriefte Rechte. Der ganz unhistorische Zug, welchen die französischen Kommentatoren des vorigen Jahrhunderts, wie de Lolme und Montesquieu, in das englische Verfassungsleben hineingetragen haben, wurde von den Führern der amerikanischen Revolution in Treu und Glauben als Offenbarung einer höhern Weisheit angenommen und, wenigstens äußerlich, in einige ihrer bedeutendsten Staatsschriften, wie z. B. die Unabhängigkeitserklärung übertragen. Während sie hier die unveräußerlichen Menschenrechte in den Vordergrund schicken, beschweren sie sich in der That über die Verletzung ihrer verbrieften Rechte. Der deutsche Leser wird gut thun, diesen Unterschied zwischen „absolute und chartered rights“ festzuhalten, denn die Verwechslung der beiden Begriffe durch unsere Liberalen hat das Verständniß der amerikanischen Entwicklung bei uns sehr erschwert. Ganz im Anschluß daran begegnen wir der tendenziösen Auffassung der Republik, welche in Amerika nichts als zufällige Königslosigkeit war und durchaus nicht den prinzipiellen Gegensatz zum Königthum bedeutete, in welchen sie diesem gegenüber erst durch die französische Revolution trat.

Doch wie dem auch sei, die geschichtlichen Beispiele beweisen grade das Gegentheil von dem, was die Vertreter des demokratischen Prinzips durch sie haben beweisen wollen. Auch die spätere selbständige amerikanische Entwicklung spricht wenig zu ihren Gunsten. Weder die Revolution, noch die Verfassung des Jahres 1787, noch die Gesetzgebungen der Einzelstaaten wagten mit den Rechtsanschauungen des Volkes und den staatlichen Ueberlieferungen zu brechen. Mit der einzigen Ausnahme, daß Kongreß und Präsident an die Stelle des englischen Königs traten, und daß die Kolonialregierungen Staatsregierungen wurden, fand keine wesentliche Aenderung statt. Namentlich wurde an den interstaat-

lichen und städtischen Verhältnissen nicht gerüttelt. In New-York speziell blieb volle fünfzig Jahre lang, von der Erklärung der Unabhängigkeit an gerechnet, Alles beim Alten. Die Staatsverfassungen von 1777 und 1822 machten das Stimmrecht in staatlichen und städtischen Angelegenheiten von der Leistung einer persönlichen Pflicht, der Zahlung einer Steuer, abhängig. Erst ein im November 1826 angenommenes Amendement zur Konstitution schaffte diese Beschränkung ab und räumte jedem großjährigen männlichen Weißen das Stimmrecht ein. Während bisher der Bürgermeister der Stadt New-York von den Stadtverordneten (common council) alljährlich neu ernannt wurde, verfügte das Gesetz von 1833 seine Wahl durch's Volk. Im Laufe der Jahre wurden fast alle städtischen Aemter zu wählbaren, und die neue, jetzt noch geltende Verfassung von 1846, welche sogar die Wahl der Richter durch das Volk verfügte, besiegelte diesen Triumph des abstrakten demokratischen Prinzips, welches einen wahren Götzendienst mit dem „freien, edlen, nie irrenden und in seiner Gesammtheit immer weisen Volke" treibt.

Denkende Männer verfolgten mit trüber Sorge diese ungesunde demokratische Strömung. Martin van Buren, der spätere Präsident und damals einflußreiche New-Yorker Politiker, sagte alle Uebel dieser verhängnißvollen Revolution voraus; aber seine Warnungen verhallten ungehört im Winde. Der große Jurist und edle Patriot, Kanzler James Kent (Commentaries on American Law. 9. Auflage I, p. 240 und 242) bemerkt darüber: „Der Fortschritt und Impuls der öffentlichen Meinung zerstört nur zu schnell jede konstitutionelle Schranke, jedes konservative Element, welches von den weisen Männern, welche die erste amerikanische Verfassung entworfen haben, als Bollwerk gegen den Mißbrauch des Volksstimmrechts errichtet worden war." Und weiter: „Dieser reißende Strom, welcher die früheren konstitutionellen Schranken niederwirft, fordert zum ernstesten Nachdenken auf. Um der gefährlichen Tendenz solch kombinirter Kräfte, als allgemeinem Stimmrecht, häufigen Wahlen, Wählbarkeit aller Beamten, kurzen Amtsterminen, sowie der unbeschränkten Presse entgegenzuwirken, kurz sie alle davon abzuhalten, unsre politische Maschine zu zerstören, dazu muß das Volk eine größere als die gewöhnliche Dosis jener Weisheit haben,

welche in erster Linie rein, dann aber friedlich und endlich nachgiebig ist."

Kent giebt in diesen Worten die Ansichten der Gründer der Republik und der Staatsmänner des revolutionären Zeitalters Ausdruck, welche wieder in den Anschauungen der repräsentativen Demokratie wurzeln. Diese gingen von dem Grundsatze aus, daß das Volk als Quelle aller Macht zur guten Auswahl seiner Vertreter nicht allein befähigt, sondern auch berechtigt sei, die Einrichtungen des Staates nach seinen Zwecken zu bestimmen und die Organe seines Willens für eine verfassungs- und gesetzmäßige Ausübung der ihnen anvertrauten Gewalt verantwortlich zu machen. Sie verlangten eben gewisse Eigenschaften von den Wählern und machten die Ernennung zu Aemtern von einer gewissen Befähigung abhängig; betrachteten also die Ausübung des aktiven Wahlrechts mehr aus dem Gesichtspunkte eines Auftrags als eines Anspruchs. Von diesem Gesichtspunkte aus erklären sich denn auch verschiedene Beschränkungen des Stimmrechts in den, nach der Lossreißung von England eingeführten Verfassungen, während die Ernennung zu den höheren Aemtern der vollziehenden Gewalt auf Wohlverhalten übertragen wurde. Nur in der Besetzung der örtlichen Stellen machte sich die freie, unmittelbare Volkswahl geltend, weil man hier den Wählern die nöthige Personen- und Sachkenntniß zutraute. Diese Auffassung aber wurde, als zu aristokratisch und bevormundend, von den Politikern der einzelnen Staaten mehr oder weniger untergraben und allmälig durch die Lehre verdrängt, daß die Ernennung zu allen Aemtern ein wesentliches Recht der Wähler bilde, daß die Theilnahme des Einzelnen an allen Handlungen des souverainen Volks das unveräußerliche Recht des freien Mannes und somit lediglich durch sein Bürgerthum, nicht aber durch anderweitige besondere Eigenschaften bedingt sei. So wurden denn im Laufe der Jahre in dieser Richtung die wichtigsten Verfassungsänderungen verlangt und allmälig auch durchgesetzt. (Robt. v. Mohl, Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften I, 528.)

Wir müssen die allgemeine politische Entwicklung des Landes näher in's Auge fassen, um diesen demokratischen Umschwung im Staate New-York richtig zu verstehen. Er fällt in das zweite Viertel des Jahrhunderts und läuft parallel mit den Siegen und der endlichen Supre-

matie der Sklavenhalter. In dieser Periode kämpfen die südlichen Barone und die nördlichen Demagogen Arm in Arm für Herrschaft und Beute. Ein hoher Adel, der sich an die Bundeskrippe hält und den Staat regiert, läßt den nördlichen Plebejern um so lieber die Fische und Brode der Staats- und Stadt-Aemter, als er dadurch, daß er sie Schritt vor Schritt ihren Weg weiter kämpfen und ihnen seinen Schutz angedeihen läßt, ihre Konkurrenz auf dem Bundesgebiet möglichst abschneidet. Es ist durchaus kein bloßer Zufall, daß diese demokratische Strömung unmittelbar nach dem ersten großen innern Siege des Südens, dem Missouri-Kompromiß beginnt, und daß sie ihren Höhepunkt mit dem glücklichsten und bedeutendsten demokratischen Erfolge, dem mexikanischen Kriege, erreicht. Im Süden agitirt Calhoun für die Sezession, und im Norden stellt Marcy zu derselben Zeit die ruchlose Lehre auf: „Dem Sieger gehört die Beute!" Im Süden wird Recht und internationaler Vertrag den armen Mexikanern gegenüber mit Füßen getreten, und im Norden werden gleichzeitig die Richter wählbar gemacht, um die Rechtsprechung in die Hände der politischen Parteien zu spielen. Es ist der Ausfluß ein und desselben Geistes oder vielmehr einer und derselben Gewaltthat und Rohheit. Der Pflanzeradel und der städtische Pöbel bilden eine gegenseitige politische Versicherungsgesellschaft und kämpfen, Jeder die Abgrenzung seines Gebietes sich vorbehaltend, unter demokratischer Maske, gegen die Freiheit des Landes, gegen die Existenz der Union. Erst der frech heraufbeschworene Sezessionskrieg bereitete diesem durchaus nicht unnatürlichen Bündniß ein Ende.

Wenn auch allmälig, so prägte sich den Massen doch immer tiefer die angenehme Irrlehre ein, daß numerische Mehrheit und Volksherrschaft gleichbedeutende Begriffe seien. So kam es, daß der Antheil der Massen an der Politik in Folge neuer Forderungen einer und verstärkter Angebote andrer Seits jedes Jahr größer wurde. Ueberall im Lande machte sich das Streben geltend, Alles nach der vom Süden ausgegebenen Schablone umzuformen und dem souverainen Volke, d. h. der Mehrheit der Stimmgeber, die Geschicke des Landes in die Hände zu spielen. Die Korrumpirung des öffentlichen Geistes, des Gewissens der Nation hielt gleichen Schritt mit der Ausdehnung des allgemeinen

Stimmrechts auf Gebiete, auf welchen es die Zwecke der Gesellschaft nur zu schädigen, aber nicht zu fördern vermag.

Natürlich machten sich die verderblichen Folgen der neuen Strömung erst allmälig geltend. Zunächst wurde in der Stadt New-York das Kaliber der Stadtverordneten mit jedem Jahre geringer. Früher dem angesessenen und mittlern soliden Bürgerstand angehörig, rekrutirten sie sich mit jedem Jahr mehr aus irländischen Schnapswirthen und Personen, deren Namen nicht einmal im Adreßbuch der Stadt zu finden waren, so daß jetzt die Irländer in bedeutender Ueberzahl vertreten sind. Noch in den dreißiger und vierziger Jahren war in New-York es eine Ehre, zum Stadtverordneten gewählt zu werden. Als ich 1866 aber in Westpoint zufällig beim Begräbniß des General Scott zugegen war, rief ein Witzbold bei der Ankunft einer städtischen Deputation: „Meine Herrn, passen Sie auf, da kommen die New-Yorker Stadtverordneten!" und als hätten sie sich verabredet, hielten sich alle Anwesenden mit beiden Händen krampfhaft die Taschen zu. Ebenso dauerte es geraume Zeit, ehe in der Person des bankerotten Schwindlers Fernando Wood ein Demagoge reinsten Wassers zum Bürgermeister der Stadt gewählt wurde. Bis zum Anfang der fünfziger Jahre hatten ehrenwerthe Kaufleute und Männer von angesehener Stellung diese höchste Ehrenstelle bekleidet. Wood ebnete den Weg für alle späteren Anschläge auf das Vermögen der Stadt. Er war der Erste, welcher für sich und seine Spießgesellen raubte und gaunerte, wo und was er konnte, der jede Rücksicht, jede Scham bei Seite setzte und die ganze städtische Verwaltung zu einer Erpressungsmaschine für seine Behauptung in der Herrschaft herabwürdigte. Als er im November 1867 von Neuem als Bürgermeister-Kandidat auftrat, empfahl er sich den Wählern mit der Anpreisung, daß unter ihm nur neun Millionen Dollars gestohlen seien, während die Stadtverwaltung des Jahres 1867 es fertig gebracht habe, einundzwanzig Millionen zu stehlen; er thue es also jeden Falls billiger. Fortan betrugen die Unkosten für die Mayorswahl drei bis vier Mal soviel als das ganze gesetzliche Einkommen der Stelle! Ohne Wood wären Tweed, Sweeny, Hall und Connolly, ja die jetzigen Vorgänge ganz unmöglich gewesen. Auch die Richterwahlen fielen anfangs nicht so verderblich aus, als das verkehrte Prinzip der Verfassung von 1846

befürchten ließ. Die gute alte Ueberlieferung hielt noch zehn bis fünfzehn Jahre vor. Wenn bisher der Gouverneur aus den angesehensten älteren Advokaten die Richter ernannt hatte, so befolgten die Parteien anfangs noch diesen alten Gebrauch und verschlechterten wenigstens nicht den Charakter der Justiz. Ein gewissenloses Werkzeug des genannten Fernando Wood, der später in einem sehr kritischen Momente des Krieges mit dem englischen Gesandten gegen die Regierung seines eigenen Landes konspirirte, jetzt aber Kongreß-Abgeordneter ist, George Barnard, wurde mit Hilfe seines Meisters erster käuflicher Richter von New-York. Dieser Mensch zeichnete um Mitternacht in einem Bordell einen Einhaltsbefehl in einer Sache, in welcher es sich um Millionen handelte; die ihm befreundeten Advokaten wußten, wo sie ihren Mann zu suchen hatten. Außer ihm giebt und gab es in New-York nur einige bestechliche Richter, indessen reicht ihre geringe Zahl mehr als hin, die Rechtsprechung des ganzen Staates, ja des ganzen Landes in Mißkredit zu bringen. Konnte sich doch unlängst eine mächtige Eisenbahngesellschaft rühmen, daß sie einen Richter eigne! Der leider jung verstorbene Advokat James T. Brady, einer der wenigen unabhängigen Irländer und eine Zierde des Newyorker Barreaus, sagte u. A. im Verlaufe einer im November 1863 im Cooper-Institut in New-York gehaltenen Rede: „Wenn mir früher ein Klient einen Fall brachte, z. B. einen Einhaltsbefehl, so fragte ich ihn nie, welcher Richter ihn erlassen habe, sondern prüfte nur die Rechtsfrage, ehe ich meine Ansicht aussprach. Jetzt aber stelle ich, ehe ich das Aktenstück angesehen habe, zuerst die Frage: Welcher Richter hat diesen Einhaltsbefehl ausgestellt, und welcher Richter wird darüber entscheiden? In vielen Fällen war ich leider gezwungen, meinem Klienten die Papiere zurückzugeben und ihm zu sagen: Ich kann Ihnen in diesem Falle nichts nützen, Sie müssen sich an einen Advokaten wenden, zwischen welchem und dem Richter, als dessen Gehülfen, Freund, Agenten oder Vermittler eine größere Zuneigung besteht; gehen Sie zu ihm und Sie haben einige Aussicht, Ihr Recht in einem Gerichte zu behaupten! Ist dies vielleicht ein Phantasiebild? Nein, meine Herren, es ist die Sprache der nüchternsten und schrecklichsten Wirklichkeit.“ Das englisch-amerikanische Recht kennt in erster Instanz kein kollegialisches Verfahren; vielmehr werden alle Sachen von Einzelrichtern ent-

schieden. Nur in zweiter Instanz bilden unter Umständen verschiedene Einzelrichter ein Kollegium. So lose ist der Zusammenhang unter den Richtern desselben Gerichtshofes, z. B. des New-Yorker Supreme Court, daß die Parteien, wenn sie von dem einen Richter abgewiesen sind, sich ganz ungenirt an einen andern wenden, der an einem andern Orte wohnt und von der erfolgten Entscheidung nichts weiß. Natürlich wird dies nur dadurch möglich, daß die Richter in den verschiedenen Theilen des Staats wohnen und für dessen ganzes Gebiet kompetent sind. Da nun die Parteien in der Wahl der Richter nicht beschränkt sind, so vermeiden sie diejenigen, von welchen sie ein strengeres Urtheil fürchten, und wenden sich an diejenigen, von welchen sie eine günstige Entscheidung erwarten.

Natürlich wären ein paar schlechte Beamten nicht im Stande, die Stadt zu unterdrücken und ganz unter ihre Willkür zu beugen, wenn sie nicht in den mit dem allgemeinen Stimmrecht bewaffneten Massen stets bereite Helfershelfer fänden. Die Bevölkerung, welche im Jahre 1820 nur 123,706 Seelen betrug, stieg 1830 auf 197,112; 1840 auf 312,710; 1850 auf 515,547; 1860 auf 805,651 und 1870 auf 942,292 Seelen, darunter 201,999 Irländer. Und diese Bevölkerung ist keine homogene, die durch dieselbe Abstammung, Religion und Sitten mit einander verbunden wird, sondern eine täglich wechselnde, aus allen Welttheilen zusammenströmende, welcher jedes Bewußtsein innerer Zusammengehörigkeit fehlt. Nach dem Zensus von 1870 gab es in der Stadt nur 71,342 eingeborene, dagegen 113,266 fremdgeborene Stimmgeber. Rechnet man dazu, daß die im Lande geborenen Kinder der Eingewanderten, trotzdem, daß sie amerikanische Bürger sind, in der ersten Generation enger an der Nationalität ihrer Eltern hängen, so stellt sich das Verhältniß doppelt ungünstig und fast wie 1 zu 2. Unter den Fremdgebornen liefern die Irländer das stärkste Kontingent, sie bilden mit dem Abschaum der übrigen eingewanderten Nationalitäten die eigentliche Stütze für die eingeborenen Demagogen und überliefern diesen den intelligenten Theil der Bevölkerung und sein Eigenthum. Während in den meisten europäischen Großstädten die Steuern von den besitzenden Klassen beschlossen werden, welche sie selbst nur zum kleinsten Theil zahlen (Mahl- und Schlachtsteuer z. B.), werden in der großen amerikanischen Metropole von denen, welche nichts

haben und zahlen, den Besitzenden die städtischen Kosten aufgebürdet. Die Politik, rufen diese, soll nichts mit der Stadtverwaltung zu thun haben; aber die Politiker, die sich auf die unwissenden, mit ihrem Stimmrecht Geschäfte treibenden Massen stützen, wollen und müssen sehr viel mit der Stadtverwaltung zu thun haben, wenn sie grünen und gedeihen wollen. Sie sind ein ansehnliches Heer von 60—70,000 Stimmen, das direkt und indirekt an der Aufrechterhaltung des Systems betheiligt ist, weil es von dessen Früchten und Vortheilen lebt. Es ist leichter, mit 50,000 Mann ungeübter Freischaaren eine gut einexerzierte, von erfahrenen Offizieren geführte Armee von 100,000 Mann aus wohlverschanzten Stellungen zu verjagen, als es mit Beibehaltung des allgemeinen Stimmrechts den New-Yorker besseren Klassen möglich wird, die demokratischen Banden um ihren Einfluß zu bringen, sich selbst aber in den Besitz der Gewalt zu setzen.

Zwei Uebelstände verewigen ganz besonders die Ohnmacht dieser besseren Klassen und machen alle Versuche der Besserung fast hoffnungslos. Einmal ist es die politische Lauheit der großen Mehrzahl der Kaufleute und der vom Handel abhängigen Klassen, welche den Kern der soliden Bürgerschaft bilden. So lange der Kaufmann in seinem Geschäfte durch Ausübung des „Zeit ist Geld" mehr verdient, als durch gewissenhafte Hingabe an seine politischen Pflichten, so lange seine Jahresbilanz durch das Minus von einigen hundert oder tausend Dollars nicht wesentlich beeinträchtigt wird, welche in die Taschen diebischer Politiker fließen, so lange wird er sich der Mehrzahl nach nie ernstlich um die öffentlichen Angelegenheiten kümmern. Erst wenn der an dem Einzelnen begangene Raub einen so gefährlichen Charakter annimmt, daß die Verluste sich schwer ertragen lassen, erst dann wird der Kaufmann seine politischen Pflichten erkennen. Es scheint in der That, daß er angesichts der neuesten Enthüllungen endlich doch zur Einsicht zu kommen anfängt. So sagt das New-Yorker Journal of Commerce, ein hervorragendes demokratisches Handelsblatt, in seiner Nummer vom 7. Oktober 1871: „Es ist kein besonderer Trost, sein eignes Elend mit dem größern Elend Anderer zu vergleichen. Es giebt aber Menschen, welche in einer solchen Vergleichung eine gewisse Erleichterung finden, und ihnen empfehlen wir die Angaben der New-Orleanser Picayune über die dortigen

Steuern, welche selbst das bei uns in dieser Beziehung Geleistete überbieten." Jene vortreffliche Zeitung sagt, daß die Bundes-, Staats- und städtischen Steuern dort mehr als zehn Prozent vom abgeschätzten Werth alles Immobiliar- und Mobiliar-Vermögens betragen, daß man dort lediglich für seine Wohnung, seinen Unterhalt und seine Kleider arbeite, indem aller Gewinn von den Steuern verschlungen werde. Das sind einige Wohlthaten der vielgerühmten Rekonstruktion. Bundesbeamte und nördliche Schnapphähne verzehren das Lebensmark Louisiana's und der schönsten Theile des Südens. Wahrlich, die Korruption hier in New-York ist nur ein Theil der allgemeinen Verschlechterung der öffentlichen Moral und des öffentlichen Charakters, die überall aus ihren Winkeln hervorkriecht, wo es einiges Geld zu stehlen giebt. Die unerläßliche Reform ist nicht blos für einzelne Orte, sondern für das ganze Land von Nöthen, und alle unabhängigen Bürger müssen sich zusammenthun, wenn ihr heilsamer Einfluß in den entferntesten Theilen des Landes empfunden werden soll.

Aber selbst wenn diese Einsicht allgemein werden und diese Besserung eintreten sollte, so bleibt noch ein viel schwereres Uebel zu beseitigen, und das ist die Stimmenfälschung. Die New-Yorker demokratischen Politiker haben dieselbe zu einem Industriezweige, zu einem zahlenden Geschäfte ausgebildet, zum Range einer Wissenschaft erhoben; sie haben die politische Arithmetik in ihren Dienst genommen, um ihre Gegner unschädlich zu machen, sie füttern ganze Banden verschmitzter und gewissenloser Werkzeuge auf Tagelohn, um sich im Besitz der Herrschaft zu behaupten. Bei der Präsidentenwahl des Jahres 1868 wurde gerichtlich bewiesen, daß auf dem Falschen-Stimmen-Markte von New-York der Engrospreis einer Stimme zwei Dollars und der Detailpreis zwei und einen halben bis drei Dollars betrug. Der Prozeß ist eben so einfach als niederträchtig.

Um nicht den Schein blos allgemeiner Behauptungen auf mich zu laden, halte ich es für geboten, einige Einzelheiten, wenigstens über die frechsten Wahlbetrügereien aus einem amtlichen Berichte (House Documents, 40th. Congress, 3d. Session, Report Nr. 31), hier anzuführen. Schon in früheren Jahren hatten die politischen Parteien sich der Wahlfälschungen angeklagt. Daß sie ausgeübt worden, stand fest und wurde auch allgemein geglaubt; allein sie ließen sich der Natur der Sache nach

nur schwer beweisen. Um dem Uebel zu steuern, erließ die New-Yorker Legislatur am 13. Mai 1865 und 25. April 1866 ein paar strengere Registrir-Gesetze, welche u. A. verlangten, daß jeder Wähler sich eine gewisse Zeit vor der Wahl unter Angabe seiner Wohnung und unter Nachweis seiner Wahlfähigkeit in die Listen eintragen ließ. Allein diese Maßregel half nichts; die falschen Stimmen wuchsen mit jedem Jahre und erreichten 1868 ihre höchste Höhe. Während in früherer Zeit der eine oder andre Bummler bei einer Wahl gegen Geld und Schnaps doppelt und dreifach stimmte, (seine Abstimmung wiederholte, daher repeater) und dann gefälschte Bürgerbriefe eine noch größere Rolle spielten, war es dem Tweed'schen Ringe vorbehalten, an zweifelhaften Stimmkästen Wahlinspektoren anzustellen, welche viel sicherer als mit einigen falschen Stimmen oder Bürgerbriefen für das lokale Bedürfniß zu sorgen wußten. Bekanntlich muß ein Fremder wenigstens fünf Jahre im Lande gelebt und innerhalb der ersten zwei Jahre seines Aufenthalts seine Absicht, Bürger werden zu wollen, erklärt haben, ehe er naturalisirt werden könne. Nur Minderjährige sind wegen ihrer Unmündigkeit von der Erklärung dieser Absicht befreit, müssen aber auch fünf Jahre lang in den Vereinigten Staaten gewohnt haben, wenn sie sich zum Bürgerrecht melden. Sämmtliche höhere Gerichtshöfe der Einzelstaaten, vom Bezirksgericht an, sind zur Ertheilung der Naturalisation berechtigt; in der Stadt New-York waren es bis 1868 fast ausschließlich der Court of Common Pleas und der Superior Court, welche diese Befugniß ausübten. Erst in jenem Jahre trat auch der Supreme Court hinzu, zu welchem das Handwerkzeug des Ringes, der Richter Barnard gehörte, während der Common Pleas, dessen Richter dem Parteitreiben fern standen, nur im Verhältniß früherer Jahre mit der Naturalisation zu thun hatte. Im Oktober 1868 wurden nun nicht weniger als 105,000 Bürger-Gesuchsformulare und 69,000 Bürgerbriefe für den Superior und Supreme Court gedruckt und außerdem mehrere Tausend den mit Tammany Hall verbundenen Gesellschaften und Beamten zur beliebigen Verwendung ausgehändigt. Im Supreme Court nahm Barnard allein die Gesuche um Naturalisation entgegen; im Superior Court half ihm besonders sein würdiger Kollege Mc. Cunn, welcher in einzelnen Fällen über die gewöhnlichen Gerichtsstunden hinaus bis um

Mitternacht saß, um aus dem frisch importirten irischen oder deutschen Rohmaterial aufgeklärte und souveräne Bürger zu fabriziren. Mc Cunn naturalisirte von 17,572 ihm Eingelieferten volle acht Neuntel, und zwar vom 5. bis 23. Oktober 1868 täglich 1415, während an verschiedenen anderen Tagen sich die Anzahl auf je 2109, 1868, 1856, 1872 und 1760 belief. Barnard saß angeblich nur von sieben bis neun an jedem Abend, aber in der That gewöhnlich bis elf Uhr Nachts. Nun dauert es — und ich spreche hier aus eigner Beobachtung und Erfahrung — wenigstens fünf Minuten, um einen Kandidaten zu naturalisiren, da der Richter diesen selbst und einen Identitäts-Zeugen vereidigen, letztern aber auch zum Zeugniß darüber vernehmen muß, daß jener ein Mann von gutem moralischem Charakter sei, der sich seiner konstitutionellen Pflichten wohl bewußt sei und diese voraussichtlich gewissenhaft erfüllen werde, worauf dann der Gerichtsschreiber das Protokoll aufnimmt und unterschreiben läßt. Mc Cunn dagegen erklärte, daß er zwei Applikanten in einer Minute zum Bürger machen könne, während Barnard sie haufenweise zuließ und abfertigte. Die Durchschnittszahl der von dem Common Pleas von 1856—1867 naturalisirten Bürger belief sich in jedem Jahre auf 5252, im Superior Court auf nur 3955, also im Ganzen, da bis dahin der Supreme Court nicht in Betracht kam, auf 9207 Personen in der Stadt New-York. Bis 1861 waren hier die meisten Fremden 1856 (Jahr der Präsidentenwahl) naturalisirt worden, und zwar 16,493. Im Jahre 1868 aber wurden als Bürger zugelassen vom Gericht der Common Pleas 3145, vom Superior Court 27,897 und vom Supreme Court 10,070, also im Ganzen 41,112, oder mehr als die vierfache Durchschnittszahl der Vorjahre! Diese Zahlen bekunden übrigens nur die eingetragenen Fälle; in Wirklichkeit sind vielleicht doppelt so viel todte Seelen naturalisirt.

Ebenso frivol und betrügerisch war die Art der Vernehmung der Kandidaten und ihrer Zeugen. Sie wurden gruppenweise vereidigt und examinirt. Einmal gingen dreizehn, ein ander Mal fünfzehn Personen innerhalb fünf Minuten durch die Naturalisationsmühle. Ja, Personen, die nicht einmal im Gerichte erschienen, erhielten ihre Bürgerbriefe auf die Angabe von bezahlten Zeugen hin. Ebenso wurden große Massen Bürgerbriefe mit erdichteten Namen ausgefüllt und zum Gebrauch der

„Repeaters" unter die Getreuen von Tammany vertheilt, ja Tausende an die zweifelhaften Punkte im Staate geschickt. Um die gesetzlich erforderliche vorherige Erklärung, Bürger werden zu wollen, zu umgehen, gaben Barnard und Mc. Cunn die verhältnißmäßig größte Anzahl von Bürgerbriefen an Minderjährige, so gehören z. B. unter den 10,070 vom Supreme Court bewilligten 9711 und von den 27,897 des Superior Court 13,541 in diese Kategorie. Die Erfahrung anderer Gerichte zeigt, daß höchstens 60% der neuen Bürger bisher Minderjährige waren.

Das mittelst dieses frechen Betruges gelieferte Stimmvieh würde übrigens die angewandte Mühe und die riesigen Kosten kaum werth gewesen sein, wenn es am Tage der Wahl nicht zweckentsprechend vertheilt und zur Arbeit angehalten worden wäre. Zu diesem Zwecke diente die falsche Eintragung in die amtlichen Register. Während der Herrschaft des Ringes war die Stadt New-York in 22 Bezirke (Wards) und 340 Wahl-Distrikte eingetheilt, von welch letzteren jeder gesetzlich vier Eintragungs- und Wahl-Inspektoren hatte. Diese Männer müssen, von je zwei Stimmkasten-Gehilfen unterstützt, drei Wochen vor der Wahl einen, und wenn die Zahl der Wähler 400 übersteigt, zwei Tage und außerdem am letzten Freitag und Sonnabend vor der Wahl sitzen, um die Namen und Wohnungen der vor ihnen erscheinenden Stimmgeber einzutragen. Wer sich auf diese Weise nicht hat registriren lassen, kann natürlich nicht stimmen. Bei der Wahl selbst erhalten die Inspektoren die Stimmzettel von den also eingetragenen Wählern und werfen jene erst in die Urne, nachdem sie sich von der Identität des Stimmenden mit dem in ihren Listen eingetragenen Wähler überzeugt haben. Wer nicht darin steht, wird selbstredend zurückgewiesen, und über zweifelhafte Ansprüche oder die Berechtigung eines, auf Herausforderung eines andern Stimmgebers zur Legitimation aufgeforderten Bürgers entscheidet die Mehrheit der Inspektoren. So ernst nun auch diese Vorsichtsmaßregeln gemeint waren, so erwiesen sie sich dem Tweed'schen Ring gegenüber nur als papierne Schutzwehren. Seine Werkzeuge vertheilten nämlich in den 340 Wahlbezirken der Stadt doppelte Listen mit fingirten Namen und den ihnen gegenüber stehenden Wohnungen im betreffenden Bezirk. Einige Tage vor der Wahl nun wurde das Stimmvieh an das ihm angewiesene Hauptquartier geführt und empfing hier seinen Namen

und seine Wohnung. Dann gingen sie unter Führung politischer Loafers in mehrere Wahllokale und registrirten hier ihre angeblichen Namen und Wohnungen. Am Wahltage selbst wurden diese selben Menschen, nachdem sie gehörig angefeuchtet und innerlich erwärmt waren, von denselben Loafers an die Wahlplätze geführt, wo sie kurz zuvor eingetragen waren, und stimmten „early and often" (früh und oft). An einzelnen Stellen trieben sie ihren Betrug sogar mit frechem Galgenhumor, indem sie sich die Namen und Wohnungen der vornehmsten Bürger des Bezirks beilegten und diese, wenn sie später ihre Stimmen abgeben wollten, mit zerrissenen Röcken und eingetriebenen Hüten als Repeaters hinauswarfen. Natürlich schritt die eingeschüchterte oder im Dienste Tammany's stehende Polizei nie ein. „Experienced hands" in dieser Kunst brachten es zu zwölf- bis dreizehnmaligem Stimmen. Aus dem Hause von Tweed wurden sechs, aus dem des Friedensrichters Shanley neun und aus dem des Leichenbeschauers Keenan dreizehn Wähler registrirt, während in allen drei zusammen nur acht Personen wohnten. Aus dem Compton House, einem kleinen Gasthofe niedern Ranges, waren 152 angebliche Wähler registrirt; im Hause von Georg Thomson, einem Mitglied des demokratischen Zentral-Ausschusses, waren 35, bei anderen hervorragenden demokratischen Politikern aber zwischen 15 und 30 Wähler eingetragen. Es ist sogar in dem oben angeführten Berichte unwiderleglich nachgewiesen, daß bei der auf die Staatswahlen des Oktober folgenden Präsidentenwahl des Jahres 1868 im Staate New-York mehr als 50,000 falsche Stimmen abgegeben wurden. Die Stadt New-York gab sogar acht Prozent mehr Stimmen ab, als dort registrirt waren. So kam denn im ganzen Staate eine Mehrheit von grade 10,000 Stimmen für Tweed's Gouverneurs Kandidaten, Hoffman heraus, mit dessen Wahl der Ring nicht allein einen sehr anständigen Vertreter nach Außen gewann und in den Besitz aller wichtigen Stellen des Staates gelangte, sondern auch die Kontrole über dessen gesetzgebende Versammlung und die Verwaltung der Stadt erhielt. Sie war schon oft und lang von politischen Freibeutern ausgeplündert worden; aber Tweed war der Erste, welcher die Korruption, welche bisher nur persönlich aufgetreten war, jetzt in ein fein ausgebildetes System brachte. Das war die weittragende Bedeutung der Wahlfälschungen des Jahres 1868!

Trotz alledem würde der deutsche Leser übrigens fehlgreifen, wenn er aus den obigen Schilderungen der öffentlichen Zustände New-Yorks auf dessen private Moral und Bildung schließen wollte. Diese ist in ebenso hohem Grade vorhanden, wie in jeder andern großen Stadt. Die edelsten und gebildetsten Geister der Nation, unabhängige Männer und politische Denker üben in ihren engeren Kreisen den natürlichen Einfluß aus, welchen geistige Ueberlegenheit in der ganzen Welt bedingt. Die Presse ist mit den reichsten Hilfsmitteln ausgestattet und viel besser redigirt als die deutsche. Die Bildungsanstalten blühen, das Familienleben der großen Mehrzahl der Bürger ist rein und unbescholten, der Handel der Stadt erweitert sich mit jedem Jahre, auf allen Gebieten des bürgerlichen Erwerbslebens herrscht ein gesunder Fortschritt, und die Solidität und Ehrlichkeit der Handel- und Gewerbe-Treibenden aller Klassen ist in Anbetracht der ungeheuren Versuchung, die sich auf Schritt und Tritt bietet, sowie der Abwesenheit fast jeder polizeilichen Kontrole, größer als selbst in den besten Städten Europa's. Aber alle diese Vorzüge und Tugenden fallen bei der Verwaltung der Stadt nicht in's Gewicht; sie haben kein Wort mitzusprechen bei der Besorgung der öffentlichen Geschäfte; sie können nicht anders, sie müssen sich vor der Tyrannei des, durch das allgemeine Stimmrecht in die Höhe gebrachten schlechtesten Theils der Bevölkerung beugen. Gegen die Brutalität der größern Zahl sind Intelligenz, Bildung und patriotische Hingebung ohnmächtig, zumal diese atomistisch und sich selbstgenügend nebeneinander existiren, während jene grade durch die Vereinigung und Organisation ihre Herrschaft fest begründet.

Seien wir also nicht ungerecht gegen die Bürger der Stadt und machen wir uns das dort herrschende Verhältniß an einem Beispiel klar! Setzen wir den Fall, daß Magistrat, Stadtverordnete und Bürgermeister von Berlin plötzlich der bisher von ihnen ausgeübten Macht überdrüssig würden und daß sie dieselbe, unter gleichzeitiger Einräumung des allgemeinen Stimmrechts, freiwillig den ungebildetsten, verwahrlosesten und ärmsten Klassen übertrügen, würde dann die Verwaltung der Stadt wohl eine bessere sein? Gewiß nicht! Man verstärke diese plötzlich zur Herrschaft erhobenen Elemente durch das heimathlose Lumpengesindel der großen Hafenstädte, durch entlassene oder nicht bestrafte Verbrecher,

durch Tausende von Vagabonden und Zigeunern, man räume diesen Urwählern das Recht ein, die städtischen Beamten vom Oberbürgermeister an bis zum untersten Nachtwächter nach Belieben zu ernennen, zu wählen und wieder abzusetzen, man gebe ihnen die Befugniß, die Präsidenten und sämmtliche Richter des Obertribunals, des Kammergerichts und Stadtgerichts zu wählen, man liefere ihnen endlich die Schlüssel zu den städtischen Kassen aus — und man beantworte sich selbst die Frage, wie Berlin dann nach dreißig Jahren aussehen würde? Im ersten Jahrzehnt fühlt sich die Bande noch unsicher im Besitz der ihnen eingeräumten Befugnisse, ist vielleicht auch über die ihr in den Schooß gefallene Machtfülle erstaunt und macht deshalb verhältnißmäßig einen nur bescheidenen Gebrauch davon; im zweiten Jahrzehnt wird sie täglich zahlreicher und kühner; im dritten gelangt sie mit Hilfe dienstwilliger Demagogen dahin, daß sie ihren Willen als Gesetz diktirt und daß Jeder, der nicht zu ihrer Fahne schwört, mundtodt und unschädlich gemacht wird. Oder glaubt man etwa, daß in Deutschland, speziell in Berlin, nicht dieselben Elemente vorhanden seien, welche jetzt New-York beherrschen, glaubt man, daß es hier keine Demagogen giebt, welche sich der Millionen nicht annehmen, wenn sie ihnen auf dem Präsentirteller geboten werden?

Also nicht darüber, daß es solche Subjekte in New-York giebt, sondern daß man sie an die Spitze der städtischen Verwaltung hat gelangen lassen, darüber verdienen die Bürger der Stadt Tadel. Es ist aber lediglich die mißverstandene Ausdehnung des demokratischen Staatsprinzips auf die Kommunalangelegenheiten, welche diese Uebelstände erzeugt hat. Von den mir bekannten hervorragenden Politikern haben es nur Wenige gewagt, diese offne Wunde anzurühren. Höchstens einzelne Richter haben den Muth ihrer Ueberzeugung und scheuen sich nicht, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. So sprach sich im November 1871 der Richter Carter vom Obergericht des Distrikts Columbia bei Motivirung seiner Entscheidung gegen das Weiberstimmrecht ganz unverblümt dahin aus:

„Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß die gesetzliche Durchführung des „natürlichen" Rechtes aller Bürger, zu stimmen, bei dem gegenwärtigen Zustande der Volksintelligenz die Zerstörung unserer poli-

tischen Einrichtungen nach sich ziehen würde. Die Geschichte der Vergangenheit lehrt uns nichts Andres, und auch in der Geschichte der Gegenwart ist wenig, das ein besseres Resultat verspräche. Das Recht aller Männer, zu stimmen, ist für die Bevölkerung unserer großen Verkehrsmittelpunkte und Städte so vollständig anerkannt, als füglich geschehen kann, und sogar dahin unbedingt zugestanden, daß Alle ohne Rücksicht auf Befähigung stimmen sollen. Die Folge davon ist politische Liederlichkeit und eine an Anarchie grenzende Gewalt. Die dieses Ergebniß herbeiführenden Einflüsse zeigen sich in der Vernachlässigung aller Mittel, durch welche Tugend, Unbescholtenheit und Weisheit der Regierung erhalten werden könnten, und in der Anwendung aller der Mittel, welche darauf hinzielen, die Ehrlichkeit des Stimmgebers zu verderben und zu Grunde zu richten. Die Anstalten des Wissens, darauf berechnet, die Menschen auf einen höhern Standpunkt des politischen Bürgerthums zu erheben, und unentbehrlich für die intellektuelle und moralische Befähigung des verantwortlichen Stimmgebers, werden der Wirksamkeit der Schnapskneipen und Spielhöllen nachgesetzt, und Männer von Gewissen und Fähigkeit weichen der Beförderung von Vagabunden zur Macht. Dieser Zustand beweist, daß das Stimmrecht weder ein absolutes natürliches Recht sein sollte, noch ist. Die Thatsache, daß die praktische Wirkung der Annahme eines solchen Rechtes zur Vernichtung der Zivilisation führen würde, ist entscheidend dafür, daß ein solches Recht überhaupt nicht existirt.

Eine der besten Bemerkungen, welche bei der Besprechung des vorliegenden Falles gemacht wurden, waren die Worte des Richters Barrett bei einer am 21. September 1871 im New-Yorker Union-League-Klub gehaltenen Versammlung: „Es will mir scheinen," sagte er, „als ob die ganze Existenz der Nation auf dem Spiele stände!" Das heißt mit anderen Worten: fahren die großen Städte des Landes fort, so schlecht und noch schlechter verwaltet zu werden, und fahren sie dadurch fort, einen so verderblichen Einfluß auf die nationale Politik auszuüben, so ist es um die nationalen Freiheiten geschehen. Setzen wir den Fall, daß die Unterschleife der New-Yorker Stadtverwaltung nicht vor dem November 1872 entdeckt wären, so hätte die städtische Diebsbande höchst wahrscheinlich den Sieg bei der nächsten Präsidentenwahl davon

getragen. Das war ihr letztes und höchstes Ziel, und bei den Millionen, welche sie aus den Taschen der New-Yorker Steuerzahler genommen, wäre es ihr bei dem gegenwärtigen Stande der Parteien ein Leichtes gewesen, einen, höchstens zwei Staaten für sich zu gewinnen und damit den Sieg zu erringen. Daß das Land dieser Gefahr, diesem Unglück entgangen, verdankt es in erster Linie der New-Yorker Times und der sich an ihre Enthüllungen knüpfenden Agitation.

Amerikanische, noch mehr aber deutsch-amerikanische Unwissenheit und Oberflächlichkeit gefällt sich darin, in der Beurtheilung der öffentlichen Schäden einen ganz willkürlichen Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen zu machen, und die Abnahme der öffentlichen Ehrbarkeit und Ehrlichkeit in den Vereinigten Staaten, wie sie sich in ihrer abschreckenden Ungeheuerlichkeit in New-York zeigte, damit zu beschönigen, daß New-York eine Ausnahme von der Regel bilde und daß es billiger Weise nicht als Beweis für die Korruption des amerikanischen politischen Charakters gelten könne, da die Stadtherrschaft thatsächlich in den Händen der unwissenden und rohen Irländer liege. Es ist wahr, daß zur Zeit fast alle städtischen Beamten Irländer sind: so der Sheriff, der Grundbuchführer, der Schatzmeister, der Kämmerer, mehrere Polizeikommissare, der Präsident der Wasserleitung, der Stellvertreter des Bürgermeisters, und der Vorsitzende des Rathes der Stadtverordneten, der Schreiber des Raths der Aeltermänner, der Präsident des Raths der Supervisoren, fünf Richter der höheren Gerichtshöfe, alle Zivilrichter, alle Polizeirichter bis auf zwei, alle Sekretaire der letzteren, drei von den vier Leichenbeschauern, zwei Kongreßmitglieder, drei von fünf Staatssenatoren, achtzehn aus einundzwanzig Mitgliedern des Hauses der Staatsgesetzgebung, vierzehn Neunzehntel des Stadtraths und acht Zehntel der Supervisoren. Allein wenn dem auch so ist, wer hat denn anders die Irländer in die Aemter gebracht als die Korruption der eingeborenen Politiker selbst? Die Enthüllung der Tweed'schen Wirthschaft und die ihr folgenden zahllosen Bloßlegungen der öffentlichen Korruption in Washington haben denn doch endlich die Denkenden im Volke überzeugt, daß die Krankheit weder lokal, noch von Fremden eingeführt, noch lediglich das Ergebniß des städtischen Lebens ist, sondern daß sie als das echte Gewächs des amerikanischen Bodens auftritt, und daß sie

sich nur deßhalb in New-York in ihrer Blüthe und Vollendung zeigt, weil dieses die größte Stadt des Landes ist, wo dessen Fehler und Vorzüge ihren ausgeprägtesten Ausdruck finden, und wo der stets bewegte und interessante Schauplatz, sowie die Größe der Versuchung auch den Verbrechen den Reiz des Außerordentlichen, den haut gout einer gewissen Räuberromantik verleihen. Wenn also zwischen New-York und dem Lande ein Unterschied existirt, so ist es höchstens ein quantitativer, aber kein qualitativer. Die Voraussetzungen der bürgerlichen Existenz, die religiösen und sozialen Anschauungen, die Ansichten vom Staat und den „angeborenen" Rechten, vor Allem aber die Erwerbsbedingungen und die Mittel, Geld zu machen und reich zu werden, sind im Osten und Westen ganz dieselben. Gewohnheit, Sitte und Rechtsbewußtsein unterscheiden sich deßhalb im Osten und Westen höchstens darin, daß man dort thut, was man hier gern thun möchte, daß die Politiker dort vielleicht noch etwas gewissenloser sind als hier, weil hier die Verhältnisse noch nicht so entwickelt sind. Es ist für jeden denkenden Beobachter eine sich täglich wiederholende Thatsache, daß New-York den Ton für das ganze Land angiebt, daß es in allen Theilen desselben eifrige Nachahmung findet, und daß, wenn der Westen noch nicht so tief gesunken ist als New-York oder der Osten, das Verdienst dafür im allergeringsten Grade dem Individuum, sondern zum größten Theil der geringern Entwicklung der dünnern Bevölkerung zuzuschreiben ist. St. Louis, Chicago und Milwaukie haben so gut ihre Politiker, welche die öffentlichen Kassen bestehlen als New-York; daß die gestohlenen Summen geringer sind als hier, ändert nichts an dem Wesen des Verbrechens. Die Wähler des Staates Minnesota mit „seinem jungfräulichen Boden" repudiiren die von ihnen selbst legal beschlossenen Schulden mit einer Dreistigkeit, um welche sie der Obrist James Fisk jr. beneiden könnte, und erklären ihre europäischen und östlichen Gläubiger, die ihnen im Vertrauen auf ihre Ehrlichkeit Millionen Dollars geliehen hatten, für freche Blutsauger. Im jungen „blutenden" Kansas kommen unter Führung des „christlichen Politikers" Pomroy freche Wahlfälschungen vor, von deren Unverfrorenheit die blutige sechste Ward der Stadt New-York noch lernen könnte. Es ist darum nicht zu viel gesagt, daß die Woods, Tweeds, Connollys und Fisks

nur gesellschaftliche Typen, representative men sind, welche ihre Bewunderer und gegebenen Falls auch ihre erfolgreichen Nachahmer in dem entlegensten Städtchen der Felsengebirge finden. Seit länger als einem Menschenalter erleben wir vorzugsweise in den größeren Städten des Ostens und Westens der Vereinigten Staaten das betrübende Schauspiel, daß die Freiheit durch ihre Verfälschung im radikalen Sinne zerstört wird und daß, was man dort Demokratie nennt, in der That die rechtloseste Tyrannei des Mobs ist. — Zur Zeit wird allerdings nach den größeren Mittelpunkten des Verkehrs von den ländlichen, weniger bevölkerten Bezirken das Gleichgewicht gehalten; allein wenn bloß die dünnere Bevölkerung der einzige Schutz für den Stimmkasten und die Wähler ist, so muß auch umgekehrt von Jahr zu Jahr mit Zunahme der Bevölkerung die politische Demoralisation größer werden. An einem Platze zeigen sich die bösen Folgen dieser Krankheit schneller und schroffer, am andern langsamer und milder; aber erkennbar ist das Uebel überall. Noch liegt neben ihm die Heilung. Allerdings ist die Masse des Volks noch nicht so angefressen, daß es nicht selbst seine Erlösung aus den Klauen diebischer Politiker und selbstgeschaffener Tyrannen bewirken könnte; aber es ist Gefahr im Verzuge; die Kur kann nicht tiefschneidend, nicht energisch genug sein!

Wird man den Muth haben, sie anzuwenden? Was man bis jetzt sieht, berechtigt wenig zu einer derartigen Hoffnung. Die herrschende Partei hat nicht das Interesse, das allgemeine Stimmrecht in den städtischen Angelegenheiten zu beschneiden oder ganz abzuschaffen, weil sie durch eine solche Maßregel die Gans tödten würde, welche ihr die goldenen Eier legt; die nicht am Ruder befindliche Partei wagt es aber nicht, weil sie ihr eignes Todesurtheil zu sprechen fürchtet, wenn sie die Mannschaften von sich stößt, deren sie zur Erringung des Sieges bedarf. Also an direkte Einschränkung des allgemeinen Stimmrechts ist vorläufig nicht zu denken. So unvernünftig es ist, jedem männlichen Wesen von einundzwanzig Jahren das Stimmrecht ohne jede Gegenleistung zu schenken, so schwer ist es, ein solches sogenanntes unveräußerliches Menschenrecht wieder zurückzunehmen. Diese irrige Auffassung der Volksherrschaft, wonach Jeder in städtischen Angelegenheiten eine Stimme hat, wonach jede Stimme so viel gilt als die andere und folgerichtig die Mehrheit

entscheidet, ist im Laufe der Jahre so sehr in Fleisch und Blut der amerikanischen Politiker übergegangen und schmeichelt derartig dem Selbstgefühl der Massen, daß es sogar unmöglich ist, das Stimmrecht von einem gewissen Bildungsgrade abhängig zu machen. Derselben Schwierigkeit würde in New-York die Auferlegung selbst der geringsten Steuer, also die Wiedereinführung des Zustandes vor 1826, begegnen, obgleich der städtische Zensus nach allen Seiten hin eine wohlthätigere und sittlichere Wirkung hatte, als das, was an seine Stelle gesetzt wurde. Auch die verzweifelte Aufforderung der sonst so gemäßigten „Nation," die Tweed's, Halls und Spießgesellen zu hängen, damit ihre gegenwärtigen und zukünftigen Anhänger aus Todesfurcht wenigstens vor den äußersten Schandthaten zurückbebten, selbst dieses letzte Auskunftsmittel würde nur lokale Hilfe gewähren und das Verbrechen blos für einige Zeit zurückdrängen. Kaum größeres Heil verspricht die Einführung einer Minoritätsvertretung, welche die Tyrannei der Majoritäten einengte und der Minorität wenigstens faktisch ein Veto gegen die demagogischen Anmaßungen und Eingriffe einräumte. Mein Freund, Herr Simon Sterne, ein denkender Politiker und tüchtiger Jurist, hat diese Auskunft in dem New-Yorker Siebenziger Ausschuß, dessen Mitglied er ist, vorgeschlagen. So wünschenswerth der Versuch auch sein, so günstig er für einige Jahre auch wirken mag, so bietet diese Maßregel für New-York wenigstens keine Aussicht auf dauernde Besserung der obwaltenden Mißstände, grade weil hier die Bürgerfabrikation, die Stimmenfälschung bereits zu einer gewinnbringenden Industrie, zu einer Wissenschaft ausgebildet ist. Soll die Stadtverwaltung zu Sitte, Anstand und Recht zurückgeführt werden, so giebt es dafür nur *ein* Mittel, und dieses *eine* Mittel — das kann nicht genug betont werden — heißt Abschaffung des allgemeinen Stimmrechts in Kommunal-Angelegenheiten. Denn sagen wir es zum Schluß noch einmal unzweideutig und offen: Es ist ein verhängnißvoller Irrthum, daß die einfache Mehrzahl aller volljährigen Männer, gleichviel auf wie tiefer Bildungs- und Gesittungsstufe sie stehen, die zur heilsamen Verwaltung des Gemeinwesens erforderliche Einsicht und Tugend besitze. Es ist also unmöglich, eine ehrliche, tüchtige und sparsame Verwaltung der städtischen Angelegenheiten durch das allgemeine Wahlrecht zu erlangen. Daß aber die jetzigen Reform-

bestrebungen eine solche Radikalkur bewirken werden, ist grade so gewiß, grade so wahrscheinlich, als daß Rothschild Kommunist werden und sich an die Spitze der Internationalen stellen wird.

Nachschrift.

Berlin, 1. Januar 1876.

Es war leicht, sehr leicht, den Propheten zu spielen. In den fünfzig Monaten, seit die obigen Zeilen geschrieben wurden, haben sich die darin niedergelegten Ansichten nur zu sehr bestätigt. Tweed und den Seinigen ist inzwischen zwar das Handwerk gelegt und ein Theil ihrer Beute wieder abgejagt worden; ja der Boß selbst ist dem Schuldgefängniß entflohen und muß auf seine alten Tage den sozialen Flüchtling spielen; aber das System ist dasselbe geblieben und beherrscht nach wie vor die Stadt New-York. Nur der Name des Herrschers ist ein andrer. Die ganze Reformbewegung hat überhaupt nur dazu gedient, die Grundsuppe der alten Korruption in andrer Gestalt wieder an die Oberfläche zu bringen und die Stadt von einer neuen Bande Irländer und Amerikaner plündern zu lassen. Ohne mich bei den einzelnen Wahlen der letzten vier Jahre aufzuhalten, kann ich mich füglich auf diejenige des letzten November beschränken, welche sich zwar in ihrem Wesen nicht von ihren Vorgängerinnen unterscheidet, allein das neueste und schlagendste Ergebniß aus den geschilderten fehlerhaften Voraussetzungen zieht. Wie Rom schrittweise für den Cäsarismus reif wurde, welcher zur Erhaltung und Erweiterung seiner Herrschaft das Lumpenproletariat auf Staatskosten fütterte und ergötzte, so braucht New-York seinen Boß, der die Squatter, die Bummler und Lumpen aus den städtischen Kassen unterhält, der diese mit dem allgemeinen Stimmrecht bewaffneten Banden auf die wehrlose Stadt losläßt und, um sie um den Finger wickeln zu können, ihre werthlose Arbeit im städtischen Dienste theurer bezahlt, als der Arbeitsmarkt rechtfertigt. Der Kampf der Führer aber dreht sich nach wie vor um den Besitz von Tammany Hall, welches mit derselben Wirkung die Losung für die demokratische Kirche ausgiebt, wie Rom sie für die katholische Kirche ertheilt.

Es bedarf noch harter Schläge, ehe der Durchschnitts-Amerikaner und namentlich der New-Yorker dahin gelangen wird, die Welt mit anderen als mit Candide'schen Augen anzusehen, und ehe er aufhören wird, seine heimischen Zustände als die besten aller Welten zu preisen. Wenn er am Ende seiner Weisheit steht, ruft er höchstens in pessimistischer Verzweiflung aus, es müsse erst recht schlecht werden, damit es wieder gut und noch besser werden könne, und es sei einer der Vorzüge des anglo-sächsischen Stammes, daß er alle Uebel schließlich durch den Stimmkasten wieder ausgleiche. Wenn nur nicht manchmal Sklavenhalterrebellionen, welche Hunderttausende von Leben vernichten, und Tweed'sche Ringe, welche Millionen von Dollars kosten, einen etwas zu dicken Strich durch diese sorglose Rechnung machten!

Nach dem Sturze Tweed's wurde Tammany Hall zwar von manchen alten Schäden gereinigt; indessen verfiel die neue Dynastie sehr bald nach ihrer Thronbesteigung wieder dem alten Unfug. Sie wollte sich eben um jeden Preis in der Herrschaft erhalten und mußte zu diesem Zwecke selbstredend Mittel gebrauchen, welche sehr wenig mit den früheren Reformversprechungen übereinstimmten. Hätten die Machthaber verstanden, die steuerzahlenden Klassen der Stadt durch das Lumpenproletariat weiter zu tyrannisiren und diesem seine Beute nicht allein gelassen, sondern auch erweitert, so würden sie voraussichtlich noch heute am Ruder sein. Allein sie hatten wenigstens einige Rücksicht für die unbarmherzig geschädigte Stadt und begingen das in den Augen jedes Bezirkspolitikers unverzeihliche Verbrechen, daß sie die Leistungen der von der Stadt beschäftigten Arbeiter auf den marktläufigen Lohn herabdrückten, also die Stadt wie jede gut verwaltete Gesellschaft vor Schaden schützen wollten. Ein so frecher Eingriff in die Rechte des arbeitenden Volkes (!?) war seit Fernando Word unerhört. Statt in die Taschen der Steuerzahler zu greifen, um den Tagedieben und dem Stimmvieh „ein menschenwürdiges Dasein" zu sichern, mutheten die von ihnen zur Macht erhobenen Herren der Stadt ihren bisherigen Getreuen zu, sich den gewöhnlichen ökonomischen Gesetzen zu fügen, auf ihre Ausnahmestellung zu verzichten. Jetzt hatten die Gegner von Tammany Hall, welche schon lange vergeblich auf die Niederlage der am Ruder befindlichen Herrscher gewartet hatten, leichtes Spiel, denn sie gewannen

unter dem Rufe nach Reformen und der Niederwerfung des verderblichen Einflusses von Tammany Hall sogar einen Theil der anständigen Bürger, welche, wenn sie dem politischen Urtheil die Herrschaft über die Leidenschaft eingeräumt hätten, viel besser auf die Seite des Bürgermeisters Wickham und des Boß Kelly getreten wären, da diese ein Mal ausnahmsweise Recht hatten. So siegten denn in der November-Wahl 1875 einer Seits die korruptesten und andrer Seits die anständigeren Elemente der New-Yorker Bevölkerung so vollständig über die korrupte herrschende Dynastie, daß John Morrissey, als neuer Boß und als der einflußreichste Mann der Stadt und des Staates, mit seinem Anhang aus der Wahl hervorging.

Wer ist nun John Morrissey? Die Beantwortung dieser Frage sagt mehr als ein ganzes Buch über die New-Yorker städtische Politik. Betrachten wir uns den neuen „Staatsmann" also etwas näher! Morrissey kam als kleines Kind mit seinen Eltern, armen irischen Arbeitsleuten, nach Amerika und wuchs in Troy im Staate New-York auf, lernte wenig in der öffentlichen Schule und begann seine geschäftliche Laufbahn als Gehilfe eines Mannes, welcher Hunde für den Hundekampf abrichtete. Er zeichnete sich schon früh durch eine große körperliche Kraft und Gewandtheit aus, wurde Faustkämpfer, übertraf alle anderen handfesten Arbeiter seines Wohnorts im Faustkampf und ging nach Entdeckung des Goldes nach Californien. Als Goldsucher hatte er aber kein Glück, wandte sich deshalb seinem alten Berufe als Preisfaustkämpfer wieder zu und erlangte durch seinen glücklichen Kampf mit dem Engländer Georg Thompson einen wenig beneidenswerthen Ruf unter den Goldgräbern und den Sportsmen des Landes.

Als die Sicherheitsausschüsse in Californien eingeführt wurden, sagte Morrissey das dortige Klima nicht mehr zu, so daß er nach New-York zurückkehrte, wohin ihm sein Ruf schon vorausgeeilt war. Er befestigte ihn durch einen neuen Preiskampf mit dem Faustkämpfer Yankee Sullivan, aus welchem er als Sieger hervorging, jedoch mehr todt als lebendig vom Platze geschafft wurde. Nach seiner Genesung trat er an die Spitze der demokratischen Loafer, Preisfechter und Runner gegen die Matadore der Know Nothings (der nativistischen Partei), Bill Poole und Tom Hyer. Es kam unter diesen Banden zu verschiedenen blutigen

Zusammenstößen, welche mit der Ermordung Poole's durch Morrissey's Freund, Baker (jetzigen New-Yorker Geheimpolizisten), endeten. Jetzt hatte Morrissey unbeschränkt das Feld. Er sehnte sich aber trotz seines Ansehens unter seines Gleichen nach einem ruhigern Leben und begab sich nach Troy zurück, wo er sich verlobte und, um heirathen zu können, eine Schnapskneipe gründete. Da sie nicht gut ging, so verband er eine kleine Spielbank damit und veranstaltete zugleich Hahnenkämpfe. Sein eigener letzter Faustkampf fand in Canada statt, wo er sich mit dem berühmten californischen Faustkämpfer Heenan schlug. Von den Freunden beider Theile wurden große Summen gewettet, die widerliche Geschichte wurde von allen Zeitungen des Landes als eine große Haupt- und Staats-Aktion besprochen und gewann fast nationale Wichtigkeit. Morrissey ging mit zerschlagener Nase als Sieger aus der rohen Schlägerei hervor und galt fortan als der erste aller amerikanischen Faustkämpfer.

Bald darauf wurde er mit dem New-Yorker Millionair Vanderbilt bekannt und befreundet, der ihm zu gewinnreichen Börsenspekulationen behilflich war. Das auf diese Weise gewonnene Geld legte Morrissey in einer Spielbank an, durch welche er bald selbst zu einem reichen Manne wurde. Zur Zeit besitzt er in dem Badeorte Saratoga ein großes und elegantes Spielhaus, wo er nie falsches Spiel dulden und überhaupt den äußern Anstand immer erfolgreich wahren soll. Einem unter den Massen so populären Manne war es leicht, in New-York in den Bundeskongreß gewählt zu werden. Er erklärte, er werde nur deßhalb Kandidat, damit sein Sohn nicht bloß einen Faustkämpfer und Spieler zum Vater habe. So wurde Morrissey für zwei Legislaturperioden (vier Jahre) Mitglied des Abgeordnetenhauses, stimmte stets demokratisch, war aber, wie Freund und Feind einstimmig versichern, stets ehrlich. Nach seiner Rückkehr aus Washington trat er, aus persönlicher Feindschaft, Tweed entgegen und war einer der Haupthebel zu dessen Sturze. Schon zu Neujahr 1869 hatte er mit der von ihm gegründeten sogenannten jungen Demokratie den Feldzug gegen den damaligen Tammany-Ring eröffnet, wurde aber anfangs geschlagen und siegte erst, als er sich im Herbste 1871 mit der empörten öffentlichen Meinung verbündete. Jetzt wurde Morrissey selbst einer der Häuptlinge von

Tammany Hall. Bald aber entzweite er sich mit dem neuen Boß Kelly und wurde von diesem hinausgeworfen. Er war nicht der Mann, welcher eine derartige Behandlung mit christlicher Demuth ertrug, sondern empfindlich zu rächen suchte. So sammelte er denn seine Getreuen und wurde bei den Wahlen von 1875 Führer der Anti-Tammany-Demokraten, welche unter dem Rufe nach Reformen und Reinigung des Augiasstalles von Tammany den Sieg davon trugen. Durch diesen Sieg wurde Morrissey nicht allein Staatssenator und, weil er den Staat New-York in der Tasche hat, einer der hervorragendsten Politiker der Vereinigten Staaten, sondern auch als Beherrscher von Tammany der zeitige Boß der Stadt. Er ist übrigens ein sehr gewandter und energischer Mann, ein zuverlässiger Freund und ein gefährlicher Feind, also noch lange nicht der schlechteste unter den amerikanischen Politikern und „Staatsmännern." Seine Herrschaft wird vielleicht etwas besser, jeden Falls aber nicht schlechter sein als die der voraufgegangenen Dynastien Tweed und Kelly. Wenn übrigens die Stadt ihm und seinen Banden willig den schuldigen Tribut zahlt, so wird er ihr stets ein gnädiger Herr sein.

2.

Das Verhältniß von Staat und Kirche in der Union.

(1872)

Freund und Feind wetteifern neuerdings mit einander, die kirchlichen Verhältniſſe in den Vereinigten Staaten auch für unſer Bedürfniß als Muſter aufzuſtellen und zur Nacheiferung zu empfehlen. Ein paar wirkliche Thatſachen, viele halbe Wahrheiten und noch mehr falſche Behauptungen werden in's Feld geführt, um den eignen Standpunkt zu begründen oder entgegenſtehende Angaben Dritter zu widerlegen. Natürlich wird durch ſolche Willkür der eigentliche Sachverhalt nur verdunkelt. Ich will verſuchen, in den folgenden Zeilen die vielfach verworrenen Anſichten zu klären, indem ich, jedes ermüdende Detail ausſchließend, ganz objektiv das Verhältniß des amerikaniſchen Staates zur Kirche in ſeinen Hauptzügen ſchildere.

In den Vereinigten Staaten giebt es bekanntlich weder eine Staatskirche, noch bevorzugte Bekenntniſſe. Die Bundesverfaſſung und die Konſtitutionen der Einzelſtaaten, wie auch die Zivilgeſetzbücher kennen weder Chriſten, Juden noch Heiden, ſondern legen jedem Bürger dieſelben Pflichten auf und verleihen ihm dieſelben Rechte. Die Religion gilt, als in die innere Welt des Gemüthes gehörend, lediglich als Privatangelegenheit, weshalb auch jeder, ganz nach perſönlichem Belieben, ſeine eigne Religion haben mag. In allen vermögensrechtlichen Beziehungen und in ihrem Verhältniß nach außen ſteht dagegen die Kirche unter dem Staate, und, ſtatt eine ihm gleichberechtigte ſouveräne Macht zu ſein, hat ſie ſich ihm zu unterordnen. Sie iſt ſeine Schöpfung, ſeine Kreatur, ſie erlangt — von den Ausnahmen nachher! — erſt mit dem Willen des Staates, durch die Inkorporation als moraliſche Perſon

rechtliche Existenz, sie hat dem Staat Rechenschaft abzulegen und sich dessen Gesetzen zu fügen.

Das ist in wenigen Worten der heutige Zustand. So war er aber nicht immer, er entwickelte sich vielmehr erst mit der politischen Unabhängigkeit des Landes, welche die örtlichen und individuellen Unterschiede in der höhern Einheit des freien Staates versöhnte. Zu den Zeiten der Kolonialherrschaft bildete das protestantische Christenthum hier mehr, dort weniger stark ausgeprägt, einen Theil des Landesgesetzes, ja einzelne Pflanzstaaten waren ausgesprochene Theokratien. Massachusetts-Bay und New Haven z. B. machten die Ausübung politischer Rechte abhängig von der Gemeinschaft des religiösen (puritanischen) Bekenntnisses. Der Geist des starren Calvinismus trat hier so hart und unduldsam auf wie damals in Europa. Roger Williams wurde mitten im Winter in die Wildniß verstoßen, weil er die Freiheit des Gewissens gepredigt hatte, Quäker wurden verbrannt und Quäkerinnen gehängt von denselben Protestanten, welche, freilich nur für sich, Freiheit von Unterdrückung in den amerikanischen Wäldern gesucht hatten. Rhode Island duldete keine katholischen Stimmgeber, New-York und New-Jersey bedrohten katholische Priester, welche innerhalb ihres Gebietes in der Ausübung ihrer Pflichten betroffen wurden, mit dem Tode. Das virginische Gesetz zwang den Dissenter, dem der englischen Hochkirche angehörigen Kavalier seine Kirche bauen zu helfen. Der verhältnißmäßig toleranteste Staatengründer war der Katholik Charles Carroll in Maryland, welcher wenigstens allen Christen Zuflucht und eine freie Heimstätte bot. Die englische Hochkirche war, wie wir heute sagen würden, Staatskirche in allen südlichen Kolonien und theilweise in New-York und New-Jersey. In New-Hampshire, New-York, North-Carolina, South-Carolina und Georgia durften die höheren Staatsbeamten nur Protestanten sein. In South-Carolina mußten sie sogar an Strafe und Belohnung nach dem Tode, in Delaware an die Dreieinigkeit und in North-Carolina und Pennsylvanien an die Offenbarung glauben.

Diese auf gutes Glück aus Hunderten von ähnlichen Bestimmungen herausgerissenen Beispiele beweisen, daß bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts religiöse Beschränktheit und Verfolgungssucht in Amerika grade so üppig, wenn nicht üppiger als in Europa wütheten, und daß der

christliche Staat in allen Kolonien in voller Blüthe stand. Der Umschwung vollzog sich allmälig, aber sicher. Wie in Deutschland und Europa überhaupt nach Jahrhunderte langem erschöpfenden Kampfe und vergeblichem Ringen die Katholiken und Protestanten endlich Frieden schlossen und es weniger aus Humanität und Neigung zur Duldung als aus Ermüdung zu einem leidlichen modus vivendi brachten, so haben auch in den Vereinigten Staaten die verschiedenen Bekenntnisse, nachdem sie sich gegenseitig lange verfolgt, verbannt, verbrannt und gehängt hatten, es endlich für besser gefunden, wieder in Frieden mit einander zu leben. Die leitenden Staatsmänner zur Zeit der Revolution zogen aber den wohlberechtigten Schluß aus ihren Prinzipien, daß der politischen Unabhängigkeit auch die volle religiöse Freiheit entsprechen müsse, und handelten dieser Erkenntniß entsprechend.

Sie fanden in der Bevölkerung das erforderliche Verständniß und Entgegenkommen, indem um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der englische und französische Skeptizismus, der die tonangebenden Kreise Europas beherrschte, auch in Amerika täglich mehr Boden und Verbreitung gewonnen hatte. Jefferson's Leben von Randall z. B. giebt interessante Aufschlüsse darüber, wie er die heranwachsende Jugend in der Pflanzeraristokratie ergriff, und in wie hohem Maße er die Geschicke des Landes bestimmen half. Jefferson und Thomas Paine, die beiden „Infidels" (sie waren übrigens blos Deisten) trugen mächtig dazu bei, den neuen nationalen Geist mit ihrer Unkirchlichkeit zu erfüllen, namentlich aber waren sie unermüdlich in dem Beweise, daß volle religiöse Freiheit mit allen ihren Konsequenzen die nothwendige Folge und Ergänzung der politischen Unabhängigkeit ist. In diesem Punkte waren die nördlichen Staatsmänner mit ihnen einverstanden. Dann erlitten mit dem französischen Bündnisse die tief gewurzelten Vorurtheile gegen den Katholizismus den ersten Stoß. In der Noth erwies sich der katholische Freund Frankreich als ein Wohlthäter, gegenüber dem protestantischen Feinde England. Die Rochambeau, de Grasse, Lafayette, Viomenil, Lauzun und hundert Andere waren bei näherer Bekanntschaft denn doch die antichristlichen Unholde nicht, als welche die neuenglischen Landpastore ihren gläubigen Zuhörern die Katholiken geschildert hatten, namentlich aber zeichneten sie sich durch eine Liebenswürdigkeit des Auftretens

und Feinheit der Sitten aus, welcher zumal die Frauen nicht widerstanden. Zur Erkämpfung der Unabhängigkeit hatten alle Sekten und Bekenntnisse gleich eifrig beigetragen (nur die englischen Episkopalen waren ihrer Mehrzahl nach Tories — die Landeskirche hing am Mutterlande fest! —); es war also auch nicht mehr als billig, daß der freie Staat alle Bürger mit demselben Maße maß. Der Philadelphier Konvent, welcher die jetzige Konstitution schuf, verwarf auf Alexander Hamilton's Einwand den Vorschlag als ungeeignet, daß ein Geistlicher die jedesmaligen Versammlungen mit Gebet eröffnen solle. Der Name Gottes kommt in dem ganzen Dokument nicht vor und steht nur am Schluß beim Datum. Die Konstitution enthält das Wort Religion auch nur zweimal und zwar am Schlusse des VII. Artikels, § 3, wo es heißt: „Es soll niemals ein religiöser Glaubenssatz als Bedingung für die Befähigung zu irgend einem Bundesamte gefordert werden," und in dem ersten Amendement, welches sagt: „Der Kongreß soll kein Gesetz erlassen, welches die Einführung einer Religion betrifft oder deren freie Ausübung verbietet." Der Amtseid des Präsidenten enthält nicht die sonst übliche Bekräftigungsform: „So wahr mir Gott helfe!" Washington gehörte zwar der Episkopalkirche an, war aber, wie alle hervorragenden amerikanischen Staatsmänner jener Zeit, für vollständige Befreiung der neuen Verfassung von kirchlichen Ueberlieferungen. Höchst charakteristisch in dieser Beziehung ist der unter seiner Regierung am 4. November 1796 mit dem Bey von Tripolis abgeschlossene Vertrag, dessen elfter Artikel ausdrücklich sagt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich in keiner Weise auf die christliche Religion stütze (the government of the United States is not in any sense founded on the Christian religion). Sein Nachfolger Jefferson weigerte sich, um den Staat von den kirchlichen Angelegenheiten ganz getrennt zu halten, einen allgemeinen Danksagungstag auszuschreiben, und der Präsident Madison hatte sogar Verfassungs-Bedenken, ein Gesetz für die Inkorporirung einer Kirche zu unterzeichnen.

Dieser mit Gründung der Republik eintretende Umschwung in der Auffassung des Verhältnisses des Staats zur Kirche hat sich allmälig auch auf die Einzelstaaten ausgedehnt, ist in deren Verfassungen übergegangen und spiegelt zur Zeit die Anschauungen der großen Mehr-

heit des amerikanischen Volkes wieder. Hier und da wird wohl ein Versuch gemacht, eine religiöse Bestimmung in die Verfassung einzuschieben oder den Staat für einen spezifisch christlichen zu erklären; allein diese immerhin vereinzelt auftretenden Bemühungen sind, wenn sie sich auch in neuerer Zeit mehren, jedenfalls nicht stark genug, den weltlichen, jeder religiösen Einmischung abgewandten Charakter des Staates zu ändern. So hat man bis jetzt vergebens versucht, dem Eingange der Vereinigten Staaten-Verfassung die Worte einzufügen: „indem wir dem allmächtigen Gott für unsre Freiheit danken." Die neue Staatsverfassung von Tennessee enthält allerdings die Bestimmung: „Niemand, welcher das Dasein eines Gottes oder ein Leben nach dem Tode leugnet, in welchem die Menschen Lohn oder Strafe empfangen, darf in der Zivilverwaltung des Staates ein Amt bekleiden." Erst im Jahre 1844 wurde im Staate New-Jersey das heute noch in New-Hampshire geltende Gesetz aufgehoben, welches Katholiken von öffentlichen Aemtern ausschloß. In vielen Staaten werden diejenigen, welche nicht an Gott und ein ewiges Leben glauben, vor Gericht nicht als Zeugen zugelassen. Freilich reimt sich das schlecht mit der vielgerühmten amerikanischen Religionsfreiheit. Allerdings ist diese auch nirgends ganz rein durchgeführt worden. Der Staat machte häufig, ohne sich der prinzipiellen Tragweite seines Entgegenkommens bewußt zu sein, der Kirche Zugeständnisse, welche in den sittlichen und religiösen Anschauungen des Volkes ihre Erklärung finden, wie z. B. den Sonntagszwang, die Benutzung der protestantischen Bibelübersetzung als Lesebuch in den öffentlichen Schulen und die Ausschreibung von Buß- und Bettagen. Ueberhaupt wird die Religionsfreiheit von der großen Mehrheit des Volkes so verstanden, daß jedermann zwar die Freiheit hat, sich zu irgend einer Religion zu bekennen, aber nicht das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen. Grade weil der Mehrheit an der Religion und dem Gottesglauben die Sittenlehre die entscheidende Hauptsache ist, hält sie den ungläubigen Menschen für einen unsittlichen. Nach 1811 wurde in New-York ein Mensch zu Gefängniß verurtheilt, weil er über die Person und Geburt Christi sich höhnende Bemerkungen erlaubt hatte. Noch jüngst wurde von einem Gericht in Philadelphia entschieden, daß einem Ungläubigen das Bürgerrecht der Vereinigten Staaten verweigert werden könne. Ohne

ſich ſelber darüber ganz klar zu ſein, tritt ſie nur für die kirchliche Freiheit des Individuums ein; was darüber hinaus liegt, exiſtirt für dieſe große Mehrheit des Volkes nicht. Obwohl die Bundesverfaſſung nur dem Bunde, nicht aber den Einzelſtaaten verboten hat, eine Religion zur Staatsreligion zu erheben oder die Ausübung einer Religion zu verbieten, ſo haben die Einzelſtaaten doch im großen Ganzen die ſtaatliche und kirchliche Sphäre ſtreng von einander getrennt gehalten und ſich auf den Boden der Bundesverfaſſung geſtellt. Alle entgegengeſetzten Bemühungen wollen deshalb auch nicht viel bedeuten, gegenüber den von den höchſten Staats- und Vereinigten Staaten-Gerichtshöfen wiederholt ergangenen Entſcheidungen, daß das Chriſtenthum durchaus keinen Theil des gemeinen Landesrechts bilde.

Während es alſo nirgends im Gebiete der Union eine Staatskirche gibt, erklärt der Staat die Schule für ſeine Angelegenheit und widmet ihr die im eignen Intereſſe gebührende Sorgfalt. Keine kirchliche Gewalt hat deshalb auch irgend welchen Einfluß auf ſie oder in ihr. In der öffentlichen Schule findet kein Religionsunterricht ſtatt, ſie iſt konfeſſionslos. Wer ſeine Kinder in der Religion unterrichten laſſen will, muß ſich an einen Geiſtlichen wenden. Natürlich müſſen ſämmtliche Steuerzahler zum Unterhalt der Schule beitragen, die außerdem in Form von Landſchenkungen reichlich von der Bundesregierung bedacht wird. Erſt neuerdings hat man in einigen Staaten verſucht, die Bibel als Leſebuch in den öffentlichen Schulen einzuführen, und in einzelnen iſt dies auch gelungen. Indeſſen kann als Regel gelten, daß die Bibel als Lehr- und Leſebuch aus dem öffentlichen Unterricht verbannt iſt.

Ich führe die betreffenden Artikel faſt aller Staatsverfaſſungen an, wenn ich aus den mir zufällig vorliegenden Konſtitutionen von Ohio und Illinois die Beſtimmungen über das religiöſe Bekenntniß und die Staatsſchule mittheile. So ſagt der ſiebente Artikel der Konſtitution von Ohio:

„Alle Menſchen haben ein natürliches und unantaſtbares Recht, den Allmächtigen Gott im Einklang mit den Geboten ihres eigenen Gewiſſens zu verehren. Niemand ſoll gezwungen werden, irgend eine Kirche zu errichten, zu unterhalten oder ſeine Andacht darin zu verrichten, oder irgend eine Form des Gottesdienſtes ohne ſeine Zu-

stimmung zu unterhalten; und gesetzlich soll keiner religiösen Gesellschaft irgend ein Vorzug gegeben, noch soll die Gewissensfreiheit in irgend einer Weise beeinträchtigt werden. Kein religiöses Bekenntniß soll als Befähigung für irgend ein Amt gefordert werden, noch soll irgend Jemand wegen seines religiösen Bekenntnisses unfähig sein, als Zeuge aufzutreten; aber nichts von dieser Bestimmung soll so gedeutet werden, daß es Eide oder eidesstattliche Versicherungen aufhebt. Da jedoch Religion, Moralität und Wissen für eine gute Regierung wesentlich sind, so soll es die Pflicht der gesetzgebenden Gewalt sein, passende Gesetze zum Schutze jeder religiösen Sekte zu erlassen, welche sie im friedlichen Genusse ihrer besondern Art der Gottesverehrung schützen, und welche Schulen und alle Mittel des Unterrichts ermuthigen."

Ueber die Staatsschule läßt sich § 3 des sechsten Artikels der Verfassung von Illinois dahin aus:

„Weder die Staatsgesetzgebung, noch irgend ein County, eine Stadt, Ortschaft, ein Schulbezirk oder irgend eine andre öffentliche Körperschaft darf aus öffentlichen Mitteln Geld zur Unterstützung einer Kirche, oder Sekte, oder einer von irgend einer Kirche oder Sekte abhängigen Schule, Akademie, Universität, eines Seminars, oder einer sonstigen Lehr- oder wissenschaftlichen Anstalt bewilligen, oder bezahlen; — auch darf niemals vom Staate, oder irgend einer öffentlichen Körperschaft eine Belehnung oder Schenkung in Grundeigenthum, Geld, oder sonstigem beweglichen Eigenthum an irgend eine Kirche, oder zu Religions- (sectarian) Zwecken gemacht werden."

Es würde übrigens ein großer Irrthum sein, wenn man aus dem Umstande, daß der Staat sich nicht um die eigentlich kirchlichen und inneren Angelegenheiten einer Religionsgesellschaft kümmert, den Schluß ziehen wollte, daß eine solche thun und lassen könne, was ihr beliebt. Die Kirchen bewegen sich vielmehr innerhalb des Lebens des Staates und stehen unter dem Landes- und Staatsgesetze; sie sind diesem gegenüber nicht komplexe Größen und Einheiten, sondern lediglich örtliche, für sich bestehende, einzelne Korporationen, welche mit dem Rechte ausgestattet sind, für religiöse Zwecke Eigenthum zu haben. Als Kirche gilt also nicht die gesammte Religionsgesellschaft, sondern jedes einzelne, für den religiösen Brauch bestimmte Gebäude, sodaß also jede Kirche

in viele einzelne Korporationen zerfällt. Das Staatsgesetz bestimmt denn auch die Bedingungen, unter welchen eine Gemeinde ziemlich unter denselben Bedingungen wie jede andere, für einen beliebigen Zweck gegründete Privatgesellschaft, z. B. eine Bank oder Lebensversicherungs-Gesellschaft, inkorporirt werden kann, schreibt einen Verwaltungsrath (Board of trustees) vor, welcher sie nach Außen vertritt und eine Anzahl Laien zu Mitgliedern haben muß, beschränkt ihre Vermögensbefugnisse, setzt namentlich dem Anwachsen des Einkommens, vorzüglich des Grundbesitzes der kirchlichen Körperschaften, eine Grenze, macht sie wegen Veräußerung von Grundeigenthum von der Zustimmung der höheren Gerichte abhängig, behält sich wegen bewiesenen Ungehorsams Strafbestimmungen vor, kurz erklärt mittelbar und unmittelbar den Staat zum Souverän, dessen Willen in Allem, was nicht Glaubenssache, maßgebend ist. Hat die Union auch keine Kirchenhoheit (jus Majestaticum circa sacra), so nimmt sie doch keinen Anstand, den Mormonen die Vielweiberei zu verbieten, weil diese gegen die guten Sitten und die Staats-Interessen verstößt, und der Einzelstaat trägt noch weniger Bedenken, Gemeinden aufzulösen, welche unter kirchlichem Aushängeschilde unsittliche Zwecke verfolgen. Nur die katholische Kirche bildet eine faktische Ausnahme von der Regel, indem sie sich der Staatskontrole auf Umwegen entzieht.

Um nun zunächst den Unterschied der protestantisch amerikanischen Kirchenorganisation von den deutschen Kirchengliederungen klar zu stellen, sei es gestattet, die einzelnen Momente hervorzuheben. Es sind deren fünf.

Das erste Moment dieses Unterschiedes ist die vollständige Nichtbetheiligung der Bundes- und Einzelstaat-Regierungen an kirchlicher Gesetzgebung und Verwaltung. Das Prinzip der Autokratie ist für alle Bekenntnisse anerkannt und in allen praktisch durchgeführt, sodaß sie nur dem Einfluß ausgesetzt sind, welcher von ihnen selbst ausgeht. Das Institut der Kultusministerien ist deshalb auch in den Vereinigten Staaten völlig überflüssig. Jede Religionsgesellschaft macht sich ihre Gesetze oder ändert dieselben ohne eine staatliche Einmischung, besitzt und verwaltet ihr Eigenthum, wählt ihre Prediger und sonstigen Beamten, ohne daß dieselben staatlicher Anerkennung bedürften. Die einzige staatliche

Autorität auch für Kirchen sind, wie oben bemerkt, die allgemeinen Gesetze. Jede Gesellschaft oder Sekte errichtet die nothwendigen Kollegien und Seminarien zur Bildung ihrer Prediger, wählt die betreffenden Lehrer und Professoren und übt die Administration dieser Anstalten aus.

Ein zweites Moment dieses Unterschiedes ist die mehr demokratische Einrichtung der amerikanischen Kirchenorganisation. Während z. B. die höchsten Behörden der protestantischen Kirche in den verschiedenen deutschen Staaten nächst dem Staatsoberhaupte die Kultusministerien für die Verwaltung und die Konsistorien für den konfessionellen Theil sind, während diese Behörden von der Regierung ernannt und bestellt werden, sind in den Vereinigten Staaten, mit Ausnahme der römisch-katholischen Kirche, die Synoden der Konvente die höchsten Autoritäten, deren Mitglieder zum Theil von den Kirchengliedern gewählt werden, deren Anordnungen außerdem noch in manchen Stücken der Ratifikation der einzelnen Gemeinden bedürfen, also nicht absolute Gültigkeit an und für sich haben. Die größeren Religionsgesellschaften haben nämlich in jedem Staate eine sogenannte Diözese oder einen sogenannten Konvent, der von einem Geistlichen geleitet wird und jährliche Versammlungen hält.

Ein drittes Moment des Unterschiedes ist die Betheiligung der Laien an der kirchlichen Gesetzgebung und Verwaltung. Wie Laien an den General- und Spezialkonventen und an den verschiedenen Ausschüssen theilnehmen, so verwalten auch die einzelnen Kirchengemeinden ihre Angelegenheiten selbst. Jede Gemeinde wählt ihren Präsidenten, Sekretär ꝛc. aus ihrer Mitte, und der Prediger hat in dieser Beziehung keinen höhern Rang als irgend ein andres Gemeindemitglied. Nicht selten ist allerdings der Geistliche der Präsident der Gemeinde; er ist es aber nicht als Geistlicher, sondern durch Wahl. Zwar hat sich zuweilen die Vereinigung des Präsidiums mit dem Predigeramte in einer Person nichts weniger als vortheilhaft erwiesen, aber auch im Falle der Nichtvereinigung dieser Stellen ist der Einfluß der Prediger auf die Gemeinden hinlänglich bemerkbar. Die Betheiligung der Laien hat überhaupt eine größere Regsamkeit, ein größeres Selbstbewußtsein der Mitglieder zur Folge, verhindert andrerseits manche Uebergriffe von Seiten der Geistlichkeit und schwächt die blinde Ehrfurcht vor derselben. Die Gleichstellung der Geistlichen mit den übrigen Gemeindemitgliedern,

ihre Abhängigkeit von der Gemeinde, die ihre Prediger meistens nur auf Zeit und mit dem Vorbehalt der Kündigung wählt und besoldet, bewirkt ferner, daß die Prediger ehrgeizigen, herrschsüchtigen Absichten weniger fröhnen können und mit der Gemeinde mehr harmoniren müssen, überhaupt, daß ihr Uebergewicht von ihrem wirklichen Verdienste bedingt ist. Nur seine eigene persönliche Würde schützt den Prediger davor, daß er in ein unangenehmes Dienstverhältniß geräth und daß er sich, um seine Stelle zu behalten, den Ansichten der Mehrheit fügt. Die Laienbetheiligung muß also die Geistlichkeit veranlassen, sich wirkliches Verdienst zu erwerben. Nur in der methodistischen Episkopal-Kirche wählen die Gemeinden ihre Prediger nicht selbst.

Ein viertes Moment des Unterschiedes ist die Vielfältigkeit der Organisation selbst. Jede einzelne Angelegenheit wird besonderen Händen anvertraut, daher jeder Konvent eine ziemlich bedeutende Anzahl von Spezialausschüssen hat. Die Geschäfte sind nicht in den Händen einer einzigen Behörde zentralisirt. Die nächste Folge davon ist größeres Interesse an den Kirchenangelegenheiten selbst, die Heranbildung fähigerer Kirchenbeamten und oft schnellere und sicherere Erreichung der betreffenden kirchlichen Zwecke. Jede Gemeinde nimmt sich der Mission, der Glaubenspropaganda durch Sonntagsschulen, Traktate ꝛc. an. Die „promotion of religion“ rechnet sich jede Gemeinde zur Ehrenpflicht und überläßt sie nicht blos den obersten Behörden oder dem Zufall. Jede Sekte konkurrirt mit der andern, jede Gemeinde sucht sich auf dem Niveau der andern zu erhalten; daher die Energie, die man an jeder amerikanischen Kirchengemeinde bewundern muß, daher die Regsamkeit, durch welche sich die amerikanischen Korporationen von der Stagnation mancher europäischen auszeichnen, daher das praktische Geschick, mit welcher sie auf die Masse einwirken und sich zu rekrutiren verstehen. Einzig und allein der Wetteifer, den der staatliche Schutz nur zu oft in Lässigkeit verwandelt, hat diese Tugenden erzeugt. „Wie niedrig muß man in Deutschland von der Kirche denken, wie innerlich verrottet und faul muß sie sein,“ sagte mir einst ein sehr orthodoxer, hochstehender amerikanischer Geistlicher, „daß sie beim Staate unterkriecht und ihn um seinen Schutz bittet. Eine Institution, die sich selbst aufgiebt, verdient eher heute als morgen zu Grunde zu gehen. Wenn die Kirche nicht

durch eigne Kraft bestehen kann, so mag sie untergehen! Ich würde mich schämen, in Deutschland Pastor zu sein."

Das fünfte und letzte Moment des Unterschiedes liegt konsequenter Weise in der Abwesenheit jeder Art Staatshilfe. Während bei uns der Staat der Kirche seinen starken Arm leiht und seine Bürger sogar im Exekutionswege zwingt, ihre Steuern zu zahlen, sich ihrer Dienste zu versichern, sich von ihr taufen, trauen und oft sogar begraben zu lassen, gestattet der amerikanische Staat zwar den verschiedenen Sekten und Gemeinden für ihre Mitglieder die Ausübung aller Funktionen, auf welche bei uns die Kirche sich ein Monopol angemaßt hat, legt aber keinem seiner Bürger einen kirchlichen Zwang auf, noch zahlt er einen Heller für kirchliche Zwecke, Bauten von Kirchen oder Besoldung von Geistlichen. In der Trauung z. B. konkurriren Bürgermeister, Stadtverordnete und Richter mit der Geistlichkeit. Es bleibt natürlich dem Ermessen eines Jeden überlassen, von wem er sich trauen lassen will; der eine Akt hat so große Wirkung wie der andre. Geburtsregister führen die Pfarrer schon deshalb nicht, weil sie keinen unbedingten Anspruch auf öffentlichen Glauben haben. Wie die Einkünfte einer Kirche aufgebracht werden, ist dem Staate ganz gleichgültig. Gewöhnlich besteuern die Gemeindeglieder sich selbst, wenden sich an die öffentliche Mildthätigkeit und suchen Geschenke oder Legate zu erlangen. Nach einer Mittheilung, welche ich einem der hervorragendsten amerikanischen Geistlichen, dem Dr. J. P. Thompson von New-York verdanke, brachten im Jahre 1870 die Episkopalkirche 5,544,574 Dollars und die Presbyterianer 8,440,121 Dollars, andere Bekenntnisse aber zwischen 3 und 5 Millionen zusammen. In den Städten bildet die Vermiethung der Sitze, ja deren Zuschlag an den Meistbietenden einen oft reichen Erwerbszweig, namentlich ist dies in den sogenannten fashionablen Kirchen der Fall, oder, wie der New-York Herald sagt, in churches with all modern improvements, als da sind Gas, Teppiche, Polstersessel, Heizung ꝛc. It is rather expensive, to run a fashionable church, sagte mir einst ein Amerikaner. Ein unter den Lokalnotizen der New-Yorker Tribüne von Anfang Januar 1870 befindlicher Bericht über die öffentliche Versteigerung der Sitze in der sehr fashionablen Kirche des geistreichen Pastors H. W. Beecher ist in dieser Beziehung zu interessant,

als daß er hier nicht folgen sollte: „Der jährliche Verkauf der Sitze in der Plymouthkirche in Brooklyn, heißt es wörtlich, fand gestern statt. Das Haus war gefüllt von fröhlichen Gesichtern und hübschen Mädchen. Verschiedene Berühmtheiten waren anwesend; es hieß sogar, daß Frau Beecher Stowe in einem der mittleren Sitze saß, Herr Beecher stand vor der Kanzel und unterhielt sich in seiner humoristischen Weise mit den ernsten und ehrwürdigen Herren seiner Gemeinde. Herr Pillsbury funktionirte als Auktionator; die Herren Palmer und Ball als Registratoren. Herr Beecher eröffnete das Geschäft mit einigen praktischen Bemerkungen. Der Auktionator wünschte allen Anwesenden ein glückliches Neujahr und begann sofort mit dem gewinnreichen Theile des Evangeliums. Der erste Sitz, Nr. 90, wurde Herrn Sage zu einem Prämium von 565 Dollars zugeschlagen, so daß er einschließlich des festgesetzten Preises von 50 Dollars, im Ganzen 615 Dollars zahlte, der nächste fiel an Herrn Bowen für 370 Dollars, total 420 Dollars. Die nächsten Verkäufe ergaben im Ganzen je 485, 415, 430, 420, 414, 405 bis 200 Dollars. Der an Herrn Sage verkaufte Sitz brachte im vorigen Jahre nur 425 Dollars. Einer der schlechtesten Sitze in der Galerie, Nr. 211, der zu nur 25 Dollars angesetzt war, brachte eine Prämie von 245 Dollars. Allgemeines Gelächter begleitete diesen merkwürdig ausgedrückten Wunsch des Bieters, seinen schnöden Mammon loszuwerden. Die Auktion dauerte bis zu später Stunde und zeichnete sich durch den guten Humor sämmtlicher Anwesenden aus. Jeder Stuhl wurde vermiethet und zwar zu einem Prämium, das zwischen 565 und 1 Dollar schwankte. Nur für die Seitenflügel wurde nicht mehr als ihr abgeschätzter Preis geboten. Die Gesammteinnahmen des Jahres 1869 beliefen sich auf 54,494 Dollars, davon 790 Dollars für Stuhlmiethe, 12,014 für Sitzmiethe und 41,690 Dollars für's Mehrgebot auf die Sitze; dagegen stiegen die Einnahmen des Jahres 1870 auf 57,543, wovon 821 auf Stuhlmiethe, 12,028 auf Sitzmiethe und 44,694 Dollars auf Mehrgebot für die Sitze kamen." Natürlich bilden solch hohe Preise die Ausnahme von der Regel. Manche Gemeinden sind so arm, daß sie gar keine eigne Kirche haben, im Lande sich mit einer Blockhütte behelfen oder in der Stadt des Sonntags ein öffentliches Lokal miethen, das während der Woche den weltlichsten Zwecken

dient, andere verkaufen ihr Eigenthum und thun sich mit einer dritten Gemeinde zusammen, wieder andere bauen mit Schulden. Im Ganzen ist es aber für Kirchen sehr schwer, selbst auf sonst sichere Hypothek hin Geld aufzutreiben. Kapitalisten verstehen sich nur ungern zu Darlehen, da die Kirchenvorsteher meist sehr unpünktliche Zahler sind und sich zur höhern Ehre Gottes häufig auch kein Gewissen daraus machen, den Gläubiger mit juristischen Kniffen um sein Geld zu bringen.

Während also in den protestantischen Genossenschaften des Landes der Schwerpunkt von Anfang an in der Gemeinde lag, während selbst in den Zeiten der theokratischen Herrschaft in Neu-England der Prediger aus der freien Wahl der Gemeindeglieder hervorging, hat die katholische Kirche die Rechte der Laien auf Vertretung nirgend anerkannt, dagegen aber ihre starre hierarchische Autokratie, sowie die Suprematie des Papstes und der Priester durchzusetzen gewußt, und es überhaupt vortrefflich verstanden, die staatliche Nichteinmischung in kirchliche Angelegenheiten gehörig zu ihrem Vortheil auszubeuten.

Zunächst fällt das Laienelement in der katholischen Kirche der Vereinigten Staaten ebenso wenig in's Gewicht als anderswo. Die große Mehrzahl der Katholiken sind hier rohe und ungebildete Irländer, ein verhältnißmäßig geringerer Prozentsatz besteht aus Deutschen und Angehörigen der romanischen Nationen. Man kann von diesen Leuten, ohne ihnen zu nahe zu treten, füglich behaupten, daß ihnen die geistige Atmosphäre des Landes, in welchem sie leben, völlig fremd ist, und daß sie höchstens durch ihre Zahl in Betracht kommen. Ein desto gefügigeres Werkzeug sind sie deshalb auch in den Händen ihrer Priester, die sie unter einem beliebigen Vorwand zu den brutalsten Akten fanatisiren können. Der Klerus herrscht aus diesem Grunde unbedingt, und die Vertretung der Laien in der Kirche steht höchstens auf dem Papiere. Gesetzlich ist es ihnen natürlich unbenommen, ihre Rechte bei der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten geltend zu machen; allein bis jetzt ist es, soviel bekannt, noch nie geschehen. Wo sie überhaupt auftreten, sind sie die Puppen, welche der Priester bei Gelegenheit in seinem eigenen Interesse tanzen läßt.

Als die Vereinigten Staaten sich für unabhängig erklärten, waren die Katholiken eine verschwindend kleine Minderzahl; sie bildeten nur

etwa ein Prozent der Bevölkerung; zählten mithin höchstens dreißig tausend Seelen. Ein Bischof, etwa 50 Priester, 1 Seminar unter vier Sulpizianern, sonst aber gar kein kirchliches Institut: das waren die Anfänge, aus denen sich die katholische Kirche der Union mit außerordentlicher Schnelligkeit entwickelt hat. Wie rasch die katholische Bevölkerung zunahm, erhellt aus folgenden Zahlenangaben: im Jahre 1790 gab es 40—50,000 Katholiken, etwa 1,15 Proz. der Bevölkerung; 1800: 60,000 (1,13 Proz.), 1810: 150,000 (2,08 Proz.), 1820: 280,000 (2,92 Proz.), 1830: 450,000 (3,59 Proz.), 1840: 960,000 (5,65 Proz.), 1850: 2,150,000 (8,70 Proz.), 1860: 3,430,000 (9,68 Proz.), 1872: 5,079,000 (12,50 Proz.) Während sich in dieser ganzen Zeit die Gesammtbevölkerung verzehnfachte, hat sich die Zahl der Katholiken vertausendfacht. An der Spitze der Kirche stehen jetzt 7 Erzbischöfe, 53 Bischöfe und 4873 Priester mit 6920 Kirchen, Kapellen und Stationen, sowie etwa 3000 Mönche und 7000 Nonnen.

Die Vereinigten Staaten hatten kaum ihre politische Selbständigkeit errungen, als Rom sofort die erforderlichen Schritte that, um sich dort einen Boden für seine Pläne und Ziele zu sichern. Bis 1783 hatten die in Maryland und Pennsylvanien ansässigen Katholiken unter dem apostolischen Vikar von London gestanden, an dessen Stelle und unter dessen Oberleitung ein Generalvikar die Missionen der englischen Kolonien in Nordamerika besorgte. Nun aber, da diese Abhängigkeit von London auf Schwierigkeiten stieß, wandten sich die amerikanischen Katholiken um einen Oberhirten nach Rom und erhielten von Pius VI. die Erlaubniß, einen eigenen Obern für die ganze Mission zu wählen. Als solcher ward denn auch John Carroll, ein Nachkomme des berühmten Lord Baltimore, gewählt und 1784 unter Einräumung ausgedehnter Vollmachten von Rom bestätigt. Von diesem Jahre an datirt die gesonderte Organisation der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten. Der päpstliche Nuntius hatte Benjamin Franklin, als den damaligen offiziellen Vertreter in Paris, um seine Vermittlung in dieser Angelegenheit gebeten. Franklin berichtete auch darüber nach Hause; indessen erklärte der Kongreß, daß alle religiösen Fragen außerhalb seiner Kompetenz lägen und daß der Papst und die Propaganda thun könnten, was sie wollten. Das ließen sich die Priester nicht zweimal sagen; fortan

konnten sie thun, was sie wollten. Bald fühlten sie den Mangel eines Bischofs und wandten sich wieder nach Rom, worauf der Papst aus eigener Machtvollkommenheit die priesterlichen Bittsteller in ein Kollegium von Wählern verwandelte, mit dem Rechte, den Bischof selbst zu wählen. Auch jetzt fiel die Wahl wieder auf Carroll, welcher 1790 in London konsekrirt wurde und im folgenden Jahre als erster und einziger Bischof nach seiner Diözese zurückkehrte, welche das ganze Gebiet der damaligen Vereinigten Staaten umfaßte. „Die Bisthümer der Vereinigten Staaten sind sämmtlich, mit Ausnahme von New-Orleans — schreibt Alex. J. Schem, ein tüchtiger Kenner der amerikanisch-katholischen Verhältnisse — reine Missionsbisthümer und stehen als solche unter der Propaganda. Dem entsprechend giebt es dort auch gar keine eigentlichen Pfründen, weder Domkapitel noch Pfarreien. Sind an einem Orte mehrere Katholiken bei einander, so wird meist eine Zeit lang nur in einem Privathause oder einer kleinen Kapelle monatlich oder wöchentlich einmal von einem benachbarten Geistlichen Gottesdienst gehalten. In diesem Falle heißt die Missionsstelle „Station". Hat die Station eine eigene Kirche erhalten und einen Seelsorger, so steigt sie zur „Kongregation" auf. Sind in einer Stadt mehrere Kirchen, so bilden sie ebenso viele Mittelpunkte besonderer Kongregationen. Viele Kirchen haben keine eignen Priester, ein Umstand, der sich aus dem Mangel an Geistlichen und an den genügenden Mitteln für deren Unterhalt erklärt. Die Anstellung der Seelsorger an der Kongregation geht ausschließlich vom Bischof aus; Patronatsrechte existiren nirgends. Die vom Bischof angestellten Geistlichen werden als Missionsgeistliche nicht investirt und können deshalb vom Bischof beliebig versetzt werden. Den ersten Rang unter den Bischöfen nimmt der Erzbischof von Baltimore ein. Obwohl die Bischöfe volle und wirkliche Bischöfe sind, so stehen sie doch unter der Propaganda, haben den Befehlen und Anordnungen derselben Folge zu leisten und durch sie mit dem päpstlichen Stuhl zu verkehren. Festes Gehalt beziehen sie nicht, sondern sind meist auf freiwillige Gaben und zufällige Einkommensantheile angewiesen."

Es war natürlich, daß das neu errichtete Bisthum und die später von und unter ihm gegründeten Gemeinden sich den Gesetzen von Maryland und Pennsylvanien fügen mußten. Diese Gesetze bestimmten ebenso

gleichmäßig wie in den später zur Union hinzugetretenen Staaten, daß jede Gemeinde als solche autonom ist, daß der Pfarrer in ihr nur eine Stimme hat, daß er zur Kirchenverwaltung gehört, und daß die Mehrheit der gesetzlich aus 7—9 Personen bestehenden Kirchenverwaltung alle Streitfragen entscheidet. Der genannte Bischof und spätere Erzbischof John Carroll, ein sehr bedeutender, im übrigen den amerikanischen freiheitlichen Institutionen zugewandter Mann, fügte sich gern diesen Bestimmungen, erkannte bereitwillig die Autonomie der Gemeinde an und organisirte auch seine katholischen Pfarreien ganz in derselben Weise, welche die Grundlage für die protestantische Gemeinde bildet. Dieser Zustand war für sämmtliche Katholiken der Vereinigten Staaten maßgebend und dauerte etwa bis zum Jahre 1840. Da fing er an, dem hohen Klerus unbequem und unangenehm zu werden. Dieser fand, daß der Priester debattiren und diskutiren mußte, wodurch seine Autorität litt, er sah, daß der Priester nicht mehr als der über den Massen, über den Parteien stehende Schiedsrichter, als der Vertreter Gottes, galt, sondern daß er sich seiner Gemeinde unterordnen und von ihr Regel und Gesetz vorschreiben lassen mußte. Viele Geistliche wurden abgesetzt, die Gemeinden wählten oft an Stelle der Abgesetzten solche, die von den Bischöfen exkommunizirt waren, und verweigerten gegen den Einspruch der höhern geistlichen Behörde selbstredend den Abgesetzten die Beziehung fernerer Emolumente. Die Autonomie und Selbstverwaltung der Gemeinde wagte indessen der Episkopat lange Zeit nicht offen zu bekämpfen; sie wurde von keiner Seite her bestritten, aber auf Umwegen suchte man ihr die Spitze abzubrechen. Im Anfang der vierziger Jahre vollzog sich faktisch eine Umwälzung durch einen sehr bedeutenden Prälaten, einen Mann, der an Schärfe des Verstandes und Energie vielleicht von Wenigen seines Gleichen erreicht wird, einen geborenen Irländer, den Erzbischof John Hughes. Dieser hielt schon lange den herrschenden Zustand für unverträglich mit seinen Ansichten von der Herrschaft der Kirche. Er erachtete es für nothwendig, dem Katholizismus eine feste Organisation zu geben, und die straffere Handhabung derselben durch die bischöfliche Autorität zu sichern. Der Erzbischof beschloß also, das System der Gemeindevertretung zu unterdrücken und die wirkliche Gewalt über alle Pfarreien in die Hand zu nehmen. Er

bezahlte die Schulden der verschuldeten Gemeinden, erwarb unter seinem Namen das Eigenthum der Kirchen, verbot anderen die Ernennung neuer Gemeindevertreter aus den Laien und gestattete von vornherein keine bei den, von ihm errichteten Pfarreien. Er machte sich als den alleinigen Eigenthümer aller Kirchengüter verantwortlich und haftete für ihre Schulden und Verbindlichkeiten. Indem er nun scheinbar die Gemeinden mit ihrer Vertretung bestehen ließ, sicherte er sich, vorsichtig Schritt vor Schritt vorgehend, die Kontrole über die ganze katholische Kirche. Der Kampf hat über zwanzig Jahre gedauert bis zum Jahre 1863 im Staate New-York, wo er überhaupt ausgebrochen war, und verbreitete sich von hier aus fast über das ganze Land, namentlich den Westen. Vergeblich forderte die Legislatur des Staates den Erzbischof verschiedene Male auf, den alten Zustand wieder herzustellen. Sie bezeugte ihm 1855 ihre Feindschaft dadurch, daß sie alle Legate an milde Stiftungen verbot, und auf diese Weise der Kirche eine ihrer beliebtesten Einnahmequellen abzuschneiden suchte. Hughes setzte es trotzdem während des Bürgerkrieges durch, daß sein revolutionäres Vorgehen die gesetzliche Sanktion erhielt. Er fand die Unterstützung einflußreicher Politiker, die sich katholische Stimmen sichern wollten; vor Allem des damaligen mächtigen Ministers Seward, dem er sich dadurch angenehm und nützlich gemacht hatte, daß er sich von ihm mit einer Sendung an Louis Napoleon betrauen ließ, um die Franzosen, die damals in Mexiko hausten, zum friedlichen Rückzug zu bestimmen. Nach dem Gesetze des Jahres 1863 blieb allerdings der Kirchenrath bestehen, aber nur in der Form, während dem Erzbischof die uneingeschränkte faktische Herrschaft eingeräumt wurde. Er oder der betreffende Bischof ist jetzt ex officio Vorsitzender, der Generalvikar das zweite- und der Pfarrer des Orts das dritte Mitglied. Diese drei Herren wählen sich zwei Laien, die dann mit den drei Geistlichen den Kirchenvorstand ausmachen. Daß sie natürlicherweise nicht ihre Feinde wählen, sondern gefügige Werkzeuge, das versteht sich wohl von selbst. Während der Papst, sagt Pierre Duval in einem Brief an den „Correspondant" vom 10. August 1868, in Europa heut zu Tage keine einzige Macht findet, auf welche er sich im vollen Vertrauen verlassen könnte, und welche ihm Alles das zu thun erlaubte, was ihm das Wohl der Kirche zu erheischen scheint, hat er

nur in Amerika seit einem Jahrhundert von Seiten der Regierung der Vereinigten Staaten keinen Widerstand gefunden. Er handelt dort nach Willkür, beruft Konzilien, errichtet neue Bischofssitze, und ernennt deren Inhaber, so daß Pius IX. in voller Wahrheit die Worte seines Vorgängers wiederholen kann: „Nirgends fühle ich mich mehr Papst denn in den Vereinigten Staaten.“ In Uebereinstimmung damit schrieb Leo XII. (1823—1829), welcher die Bibelgesellschaften verdammte und die Inquisitionsgefängnisse wieder aufbauen ließ, voll Entzücken über die Ausbreitung der Herrschaft der Jesuiten in der Union: „Schon blühen uns in den amerikanischen Staaten ähnliche Hoffnungen auf. Das Uebermaß der Freiheit, welches die Republikaner im Norden dieses Welttheils genießen, welche auch dem Orden besagter Gesellschaft Jesu zu Gute kommt, wird vielleicht, ehe noch fünfzig Jahre verflossen sind, sie zu Herren der Wahl der Abgeordneten zu dem National-Kongreß und zu dirigirenden Mitgliedern in den Senaten der meisten Provinzen machen.“ Wenn nun auch diese Hoffnung des „Unfehlbaren“ sich auch nicht erfüllen wird, so sieht man doch daraus, was für ein Ziel seiner Wirksamkeit der so mächtig anschwellende Jesuitenorden in den Vereinigten Staaten verfolgt, und wie große Dinge der Papst davon erwartet.

In einigen andern Staaten ist das alte Gesetz noch maßgebend. Dort umgeht es der Erzbischof in der Weise, daß er allerdings den Verwaltungsrath bestehen läßt, aber daß er alles Geld an sich zieht und nur diejenigen Pfarrer salarirt, die sich als seine Boten betrachten und von ihm im Lande umher schicken lassen. Durch die von Hughes bewirkte tiefgreifende, aber zur Zeit ihrer Ausführung unbeachtet in Szene gesetzte Revolution, hat sich die katholische Kirche auch zu bedeutender politischer Macht in den meisten Staaten der Union erhoben. Der niedere Klerus ist jetzt nur noch ein willenloses Werkzeug in den Händen seiner Vorgesetzten; es giebt kaum noch unabhängige Pfarrer. Die Leute sind bloße Missionaire, und der Erzbischof ist ihr oberster Herr.

Man sollte sagen, daß zum Dank für ihr die gewährten außerordentlichen Machtbefugnisse die römische Kirche wenigstens in ihren vermögensrechtlichen Beziehungen dem Staate den schuldigen Gehorsam entgegenbrächte und sich bereitwillig seiner Kontrole unterwürfe. Die Be-

ſtimmungen, welche in dieſer Hinſicht von den Einzelſtaaten erlaſſen ſind, wie die Bedingungen für die Inkorporation einer Gemeinde, die Pflichten und Rechte der Kirchengutsverwalter (trustees) und der Antheil der Laien an der Vermögensverwaltung ſind natürlich für alle Bürger des Staates, ohne Unterſchied des Bekenntniſſes, in demſelben Umfange maßgebend. Gleichwohl ſetzt ſich die katholiſche Kirche darüber weg, wie es ihr gut dünkt, und ſie hat ein großes Intereſſe daran, ſich darüber hinwegzuſetzen, da es ihr darauf ankommt, ihren täglich wachſenden Reichthum möglichſt zu verbergen. Noch in dem erſten Viertel dieſes Jahrhunderts war ſie arm und ſchwach; heutzutage iſt ſie reich und ſtark, ihre Machtſtellung iſt eine unerſchütterliche, feſt auf den Grundbeſitz gegründete. Mit der Beſiedlung des Weſtens und dem ſteigenden Werth des Grundeigenthums iſt ihr Vermögen in rieſigen Verhältniſſen gewachſen, und es iſt gewiß nicht zu hoch gegriffen, wenn man daſſelbe auf annähernd 1000 Millionen Dollars abſchätzt.

Dieſe Prälaten nun umgehen das Geſetz, ſie handeln wohlwiſſentlich in fraudem legis, indem ſie Dritten gegenüber als perſönliche Eigenthümer des kirchlichen Grundbeſitzes auftreten und dadurch dem Staate die Kontrole über denſelben entziehen. Selbſt in der Stadt New-York, wo das Grundeigenthum der katholiſchen Kirche auf einige zwanzig Millionen Dollars berechnet wird, kauft der Erzbiſchof, um ſeinen Reichthum zu verbergen, Grundſtücke in perſönlichem Namen und ſtellt zur Sicherung der Kirche an demſelben Tage, an welchem er den Kaufbrief erhält, einen neuen Uebertragungsakt aus, in welchem nur der Name des angeblichen Käufers offen bleibt, als welcher ſpäter beim Abgang des verkaufenden Würdenträgers deſſen Nachfolger eingetragen wird. Wenn das Kirchenvermögen im engern Sinne des Wortes, nämlich Kirche, Pfarrhaus, Küſterei ꝛc. in den Grundbüchern auf den Namen von trustees ſtehen, ſo wird durch ſolche Geſetzlichkeit im Kleinen um ſo beſſer die Ungeſetzlichkeit im Großen verdeckt. Ganz daſſelbe Verfahren findet in Maſſachuſetts, Maryland, Miſſouri und im Weſten in noch größerm Umfange ſtatt. In Californien hat die Kirche dieſen Betrug nicht nöthig, weil ſie ſich, als der Staat der Union einverleibt wurde, bereits im rechtlichen Beſitze eines großen liegenden Vermögens befand, welches allein in den Counties San Francisco und Santa Clara auf

mehr als 100 Millionen Dollars geschätzt wurde. Außerdem verschmäht es die Kirche nicht, auch anderweitige Geschäfte zu machen, theils um Geld zu verdienen, theils um die Gläubigen noch fester an sich zu fesseln. In der Stadt New-York hat sie z. B. eine Sparbank errichtet, die nur mit Gemeindemitgliedern operirt und Millionen im Jahre umsetzt. Natürlich ist die Gründung eines solchen privaten Instituts in New-York ungesetzlich. In Baltimore hat die Kirche eine ähnliche Anstalt gegründet. In San Francisco treibt der Erzbischof unter der Firma Marzion & Co. (ein Herr Touchard handelte früher für diese Firma) große Handelsgeschäfte, bei denen namentlich französische Jesuiten betheiligt waren und wahrscheinlich heute noch betheiligt sind.

Bei Beurtheilung der ungeheueren Mittel der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten handelt es sich also nicht um die Kleinigkeit von etwa 61 Millionen Dollars, zu welchem sie ihr greifbares kirchliches Vermögen angegeben hat, sondern um ihr kolossales übriges Grundeigenthum, welches sie in den Stand setzt, ihre Herrschaft mit jedem Tage mehr zu befestigen und auszudehnen. Schon jetzt ist der Einfluß der katholischen Geistlichkeit so stark, daß nur ausnahmsweise die Politiker offen gegen sie aufzutreten wagen; mit ihr rechnen müssen sie alle. Die irländischen Katholiken und die von ihnen abstammenden oder zu ihnen haltenden Bürger bestimmen in sehr vielen größeren Städten die Wahlen und bilden hier die Quellen politischer Macht. Die Stadt New-York war Jahrzehnte lang (wie der vorhergehende Aufsatz gezeigt hat) und ist heute noch im unbeschränkten Besitz der Irländer oder vielmehr der sie leitenden und ausbeutenden Demagogen. Tweed mußte vermöge des Ursprungs seiner Herrschaft in erster Linie die katholischen Interessen berücksichtigen und leider war er gegen sie auf Kosten der Steuerzahler nur zu freigebig. Wie in New-York, welches aus diesem Grunde nicht mit Unrecht New-Cork genannt wurde, so ist es in Philadelphia, Baltimore und in vielen anderen größeren Städten des Westens.

Diesem siegreichen Vordringen der katholischen Kirche und ihrer Werkzeuge gegenüber ist der protestantische Durchschnitts-Amerikaner von einer kaum glaublichen Harmlosigkeit. Er blickt mit solcher Unterschätzung und Verachtung auf die Katholiken herab, fühlt sich geistig so erhaben

über ihnen, daß er von den tiefgreifenden politischen Plänen ihrer Führer kaum eine schwache Ahnung hat, und daß er die römischen Herrschaftsgelüste für eine, ihn kaum berührende Sache hält. So bildet er sich ein, Amerika mache eine Ausnahme von der Regel, wonach Religionsfreiheit und souveränes Priesterthum nicht neben einander bestehen können, und hält es nicht für möglich, wenigstens in seinem Lande nicht für möglich, daß die katholische Kirche bei ihren Ansprüchen auf Welt- und Alleinherrschaft die geborene Widersacherin jedes mächtigen Staates, jeder kräftigen Nation sein muß, und daß sie mit diesen Ansprüchen auch ihm gegenüber einmal Ernst machen könne. So konnte es kommen, daß in kaum mehr als einem Menschenalter die katholische Kirche dem amerikanischen Staat über den Kopf gewachsen ist, daß sie thun und lassen kann, was sie will, und daß sie sich bei ihrer Trennung vom Staat ganz vortrefflich befindet. Schon jetzt wird es schwer, wenn nicht unmöglich, sie wieder auf den gesetzlichen Boden herabzudrücken, über den sie sich thatsächlich hinweggesetzt hat und täglich noch hinwegsetzt. Die Kirche wird dem Staate, sobald er die aus der Natur seiner Gewalt fließenden Rechte wieder an sich zu reißen suchen wird oder muß, den Kampf aufzwingen und über die Vergewaltigung schreien. Schon heute steht sie wie ein in sich starkes und trefflich gerüstetes regelmäßiges Heer da. Sie hat aber noch nicht nöthig, mit ihrer Gesammtmacht in's Feld zu rücken und schickt deshalb höchstens hie und da ihre Plänkler zu einem Einfall in's feindliche Gebiet oder zur Eröffnung kleiner Vorpostengefechte aus. Da ihr bis jetzt alle wesentlichen Forderungen bewilligt sind, so hat sie noch keine Veranlassung gehabt, gewaltsam in den Kampf um die Bestimmung der Gränze zwischen staatlicher und kirchlicher Gewalt einzutreten.

Allem Anscheine nach wird dieser Kampf über Kurz oder Lang in der Schulfrage ausbrechen. Die Kirche muß, um die Gemüther beherrschen zu können, die Schule haben, — sie muß also den verfassungsmäßig anerkannten Grundsatz zu unterwühlen und schließlich umzustürzen suchen, wonach die Staatsgesetzgebung durch Besteuerung sämmtlicher Bürger für den Unterhalt konfessionsloser Schulen zu sorgen hat, und wonach keine Religionsgesellschaft ein ausschließliches Recht auf einen Theil des Schulfonds haben oder eine Kontrole über denselben ausüben

darf. In einzelnen Staaten hat der katholische Klerus, von seinen Erzbischöfen und Bischöfen geführt und von seiner gläubigen Heerde gefolgt, diesen Kampf für Theilung des öffentlichen Schulvermögens zu Gunsten ihrer Schulen schon eröffnet; allein er hat die Strafgesetze bis jetzt weder verletzt, noch den konstitutionellen Boden verlassen, sondern sich nach jeder Niederlage oder jedem Siege vorsichtig zurückgezogen und höchstens den Angriff an einem andern Punkte wieder unternommen. Wird sich dieser Kampf des katholischen Klerus nun zu einem Kriege auf Leben und Tod gegen das verfassungsmäßige öffentliche Schulwesen zuspitzen, wird er in äußerster Konsequenz in der gewaltsamen Auflehnung gegen den Staat auslaufen? Das sind Fragen, welche in Amerika schon vielfach aufgeworfen und sogar im Voraus bejaht sind, welche Vieles für sich, aber, wie mir scheint, noch mehr gegen sich haben. Für uns hat die offen ausgesprochene Feindschaft der katholischen Kirche gegen den amerikanischen Staat nur deshalb Bedeutung, weil sie den Beweis liefert, daß die dortige verfassungsmäßige Trennung der Kirche vom Staat dem Klerus nicht genügt und auf die Dauer nie genügen kann, weil sie eben die Unterordnung des Staates unter die Gebote der Kirche nicht anerkennt. Während seine Freunde in Deutschland dieses sogenannte amerikanische System preisen und herbeiwünschen, tritt die Kirche im Vaterlande dieses Systems da, wo es ihr nicht paßt, offen und versteckt dagegen auf. So können denn auch Redensarten nicht darüber täuschen, daß die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen dem souverainen Staat und der souverain sein wollenden Kirche durch die vermeintliche Trennung Beider nicht gebannt wird, und daß die logische Folgerung aus dieser falschen Prämisse zwar nicht von heute auf morgen gezogen zu werden braucht, daß sie sich aber auf die Dauer nicht umgehen läßt. Es mag darum noch lange währen, bis der Kampf dort zum Ausbruch kommt; aber erspart wird er der Union voraussichtlich nicht bleiben. Ich zweifle zwar nicht daran, daß die Staatsgewalt schließlich über die Kirche siegen wird; allein es wird der Zusammenraffung der ganzen mächtigen Volkskraft und ungeheurer Opfer bedürfen, um einen sichern Frieden schließen zu können. Der Krieg, welchen wir zur Zeit gegen Rom führen, berührt zugleich auf's Tiefste die Vereinigten Staaten: unser Sieg ist auch ihr Sieg.

Vorläufig versteht man dort die Tragweite unsers kirchlichen Konflikts noch nicht, weil man sich um die Geschichte unsers letzten Jahrtausends nicht kümmert. Es handelt sich also, wie selbst angesehene amerikanische Zeitungen ihren Lesern erzählen, auch nicht darum, daß der Staat einen Priester mehr oder weniger anstellt oder wegjagt, nicht um bloße Temporaliensperre oder sonstige untergeordnete Fragen, sondern um die Unverträglichkeit des Ultramontanismus mit dem modernen Staate, mit der bürgerlichen Freiheit überhaupt. Man übersieht eben in Amerika, daß die römische, von den Jesuiten regierte und neuerlich durch den Syllabus und die päpstliche Unfehlbarkeit gestärkte katholische Kirche nicht mehr bloß Kirche, sondern auch, und zwar vorherrschend ein theokratisches Staatswesen ist, welches dem modernen Staate frech den Krieg erklärt. Einem gefährlichen Feinde dieselbe Macht mit dem Staate einräumen wollen, würde gleichbedeutend mit Selbstmord sein. Der uns Seitens deutscher Radikaler und der Ultramontanen häufig gemachte Vorschlag, die amerikanische Trennung der Kirche vom Staate auch bei uns einzuführen, würde unsere wesentlichsten Interessen empfindlich schädigen. Weit entfernt davon, eine endgültige Lösung dieses schwierigen Verhältnisses zu sein, wurzelt die Theorie und Praxis der Union ausschließlich in der geschichtlichen Entwicklung ihres Landes und ist nur ein glücklicher Kompromiß zwischen den vom Kampfe ermüdeten Sekten, namentlich dem demokratisch-theokratischen Puritanismus und der aristokratischen Episkopalkirche. Dem Katholizismus gegenüber wird sie aus den oben dargelegten Gründen nicht im Stande sein, ihre gerühmte Kraft zu bewähren, sondern sich als durchaus unzulänglich erweisen. Es wird damit gehen, wie mit der Verfassung der Vereinigten Staaten überhaupt, welche auf so lange als das Ideal aller Verfassungen galt, bis sie durch den Streit über die Grenzen zwischen der Gewalt der Bundesregierung und der Einzelstaaten auf die Probe gestellt wurde. Aber selbst wenn sich die Trennung der Kirche vom Staate für die Amerikaner als das einzige Heilmittel gegen drohende Uebel schon erwiesen hätte, so würde sie dieser Umstand durchaus nicht maßgebend für uns machen. Unsre Entwicklung ist eine ganz andere. Das Verhältniß des deutschen Staats zur katholischen Kirche hat nach einem Jahrtausend langen Kampfe bis jetzt nur durch einen Waffenstillstand geordnet wer-

den können. Da dieser von der Kurie gebrochen worden ist, so muß der Kampf jetzt durch völlige Unschädlichmachung des Gegners zu einem befriedigenden Austrag gebracht werden. Lassen wir also den Amerikanern ihre Trennung von Kirche und Staat und führen wir den Krieg mit den durch unsre Geschichte und unsern Volksgeist bedingten Waffen zu einem für uns glücklichen Ende!

IV.

Cotton is King.

Cotton is King

1.

Geschichtliche Entwicklung.

(1858)

„Wir regieren Euch nicht durch unsere schwarzen, sondern durch „Eure eigenen weißen Sklaven. Wir wissen, was wir thun. Wir „haben Euch einmal niedergeworfen und werden Euch noch öfter „niederwerfen. Wir wollen Euch an die Wand treiben, und wenn „wir Euch erst da haben, wollen wir Euch festhalten und annageln „wie schlechtes Geld."

John Randolph von Virginien in einer Rede (1820) gegen den Norden.

Die einseitigen Berichte oberflächlicher Reisenden und blinder Amerikomanen sind von den rasch sich drängenden Ereignissen der letzten Jahre zu arg und zu oft Lügen gestraft worden, als daß sie nicht die Kritik selbst des Unbefangensten hätten herausfordern und in dem europäischen Urtheile über die Politik der Vereinigten Staaten einen Umschwung herbeiführen müssen. Dank dieser schnellen Entwicklung zeigt man, wie es scheint, jetzt auch in Deutschland den guten Willen, sich über die hiesigen Zustände richtigere Ansichten zu bilden. Es ist das ein Fortschritt, der eine mehr als theoretische Bedeutung hat und nicht allein unseren materiellen Interessen direkt und indirekt zu Gute kommt, sondern, cum grano salis benutzt, mit der Zeit auch auf die politischen Anschauungen des deutschen Volkes einen heilsamen Einfluß ausüben muß.

Ich freue mich, daß auch Sie von der Nothwendigkeit einer gründlichern und nüchternern Besprechung der hiesigen Zustände durchdrungen sind und daß Sie mir zu dem Ende die Spalten Ihrer Zeitschrift anbieten. Erlauben Sie mir, daß ich heute, ehe ich meinen regelmäßigen Monatsbericht beginne, zur bessern Orientirung Ihrer Leser einen kurzen geschichtlichen Ueberblick der politischen Entwicklung gebe und darin na-

mentlich auf diejenigen Ereignisse und Thatsachen Gewicht lege, deren Kenntniß für das Verständniß der Tagesfragen unerläßlich ist.

Seit Annahme der jetzigen Konstitution (1788) bildet — um hier gleich das Resultat anzudeuten — der Kampf zwischen Norden und Süden den erst unbewußten, allmälig aber immer bewußter sich offenbarenden Inhalt der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten. Er stützt sich auf geographische Verschiedenheit, auf natürliche Gegensätze und dadurch bedingte ökonomische, einander feindliche Interessen und Ideen. Anfangs nicht so scharf ausgeprägt, treten sie sich erst stufenweise durch Hinzukommen anderer inländischer und ausländischer Faktoren schroffer gegenüber. Bei noch unentwickelten Zuständen bestehen die freie Arbeit und Sklaven-Arbeit, sowie die aus ihnen sich ergebenden Systeme der Einzelwirthschaft und des Plantagenbau's, des Industrialismus und des Patriarchalismus friedlich neben einander; aber der Kampf schlummert nur, und die unversöhnbaren Gegensätze machen sich natürgemäß bei fortschreitender Entwicklung geltend. Der Norden, durch Tausende von Interessen in sich gespalten und darum leicht verwundbar, beschränkt sich, vom ersten Anfange des Kampfes an, auf die Defensive; der Süden kennt nur *ein* Interesse, *eine* Lebensfrage und ergreift, stärker und einiger in sich, die Offensive. Er bemächtigt sich der Regierungsmaschine und herrscht fast unbeschränkt und ununterbrochen durch Einschüchterung und Parteidressur. So ist die politische Geschichte der Vereinigten Staaten die Geschichte der Sklaverei und letztere wieder die Geschichte des größten südlichen Stapelartikels, der Baumwolle. „Cotton is king", unter diesem charakteristischen Titel schrieb vor einigen Jahren ein Amerikaner ein Buch, welches schon durch seinen Namen die Bedeutung der Baumwolle und die Stellung der Baumwollenlords in das richtige Licht setzt. König Cotton hat in verhältnißmäßig kurzer Zeit den Vereinigten Staaten eine sehr hervorragende Stellung im Weltmarkte gesichert; sein jährlicher Export beläuft sich jetzt auf wenigstens 120 Millionen Dollars, zu dessen Produktion an drei Millionen Sklaven erforderlich sind. Drei Millionen Sklaven aber repräsentiren ein Kapital von etwa 3000 Millionen Dollars. Es handelt sich also nicht allein um Befestigung, sondern auch um Ausdehnung der Herrschaft der Baumwolle.

Die Vereinigten Staaten waren bis zum Anfange dieses Jahrhunderts ein wesentlich ackerbauendes, also in kolonialer Abhängigkeit befindliches, genügsames, verhältnißmäßig armes und einfaches Volk. Die Wunden, welche der Krieg dem öffentlichen Wohlstande geschlagen und welche der Frieden zu heilen hatte, mußten erst vernarben, ehe eine neue selbständige Entwicklung sich Bahn brechen konnte. So lagen die verschiedenen, einander feindlichen materiellen Interessen mehr verhüllt unter der Oberfläche des öffentlichen Lebens; dagegen herrschte in ihm um so unbeschränkter das souveraine Individuum, jene Anarchie, welche die reine Demokratie fordert. Nur war sie nicht die Folge, sondern der Mangel einer politischen Bildung und Gestaltung. Jener Zustand war eine Robinsonade im Großen; es gab eben noch Raum genug für Alle; Niemand stieß sich an einen Gegensatz. Ich nannte diesen Zustand der erst werdenden Gesellschaft, der politischen Unschuld vor Jahren einmal das Zeitalter der Ideen ohne Baumwolle und den Gegensatz dazu, die fortschreitende, sich hier schnell entwickelnde Gesellschaft, das Zeitalter der Baumwolle ohne Ideen. Ich halte diese Charakteristik noch heute für treffend. Es ist aber bezeichnend für den Geist des Volkes und interessant für den europäischen Beobachter, daß dieser Uebergang von der einen Periode in die andere sich mit fabelhafter Geschwindigkeit, ohne Umwege und Hindernisse, ja ohne alle Schminke und Rücksichten vollzieht.

Einer idealen Rechtsgleichheit vor dem Gesetze und einer gleichen Betheiligung am Staatsleben, die sich auf die persönliche Würde des Menschen gründen, wird natürlich jeden Augenblick durch den Uebermuth mächtiger werdender materieller Interessen in's Gesicht geschlagen, sobald diese, wie es hier der Fall war, in jener von der reinen Demokratie geforderten Anarchie belassen werden. Wie in Europa bei größeren äußeren Hindernissen die moderne Industrie, der moderne Geldmarkt erst allmälig die Herrschaft an sich gerissen hat, so warf sich hier mit weit weniger Mühe, Kampf und Gefahren die geschlossene Phalanx der südlichen Aristokratie mit ihrem großen Grundbesitze und dem ihr gesetzlich zustehenden Rechte des Sklavenhaltens schnell zur unbedingten Gebieterin auf. Dieser Prozeß war eine Anomalie der jungen Demokratie, ein Hohn auf das Resultat der ganzen amerikanischen Revolution; er beweist

klarer als alles Raisonnement, daß Ziel und Inhalt des Unabhängigkeitskrieges kein prinzipieller Kampf zwischen Königthum und Republik war, sondern daß er blos die einheimischen Herren an die Stelle der fremden setzte. Frankreich war während seiner Revolution in den gegen den Adel, Leibeigenschaft und Sklaverei ergriffenen Maßregeln wenigstens negativ konsequent, es handelte nicht nach Gefühl und Bedürfniß, sondern im Geiste geschichtlicher Nothwendigkeit. Hier dagegen handelte man nur nach den Bedürfnissen des Augenblicks; ein Federstrich, eine Bagatelle von zehn Millionen Dollars hätte hingereicht, das damals noch unbedeutende Uebel zu vertilgen. Jetzt läßt jener Mangel an Prinzipientreue ein ganzes Volk seit Jahrzehnten nicht zur Ruhe kommen, weil der junge Freistaat das Recht des Sklavenhaltens nicht allein duldete, sondern ihm sogar noch die freigebigsten Privilegien verlieh.

„Unsre Freiheit" — sagt Jefferson, die Hilflosigkeit des Volkes charakterisirend, einmal sehr richtig — „ist nichts als das nackte Leben, welches wir aus dem Schiffbruche gerettet haben." Diesem nackten Leben oktroyirte das unbeschränkte, d. h. rohe Individuum, das räuberische help yourself, bald den Kampf auf Leben und Tod. Jeder, hieß es, sei Herr seiner selbst, Jeder sei souverain, Jeder sei Tyrann oder Sklave, so weit seine materiellen Mittel ausreichen; nur das Gesetz, die Staatsmacht gebe keine Monopole der Herrschaft — mit alleiniger Ausnahme natürlich über die schwarzen Menschen. Wie viel mehr Sporn für den Witz und die Energie des ganz frei, aber auch ganz hilflos hingestellten Einzelnen, die Lust der Gewalt und Herrschaft auf dem freigelassenen Boden materieller Interessen zu erobern! Die südlichen Pflanzer mit ihrem kolossalen Grundbesitze und ihren Sklaven waren natürlich die Ersten, welche diese soziale Anarchie der Republik benutzten. Sie gingen allerdings weiter, als die demokratischen Prinzipien folgerecht gestatteten; sie griffen das Staatsrecht selbst an, das auf diesen Prinzipien ruhte, sie beherrschten mit ihrer materiellen Macht die dürftige Republik, sie erniedrigten dieselbe zur Magd ihres Willens. Diese agressive Macht gegenüber der Bundes-Regierung, die sich schon in einer so frühen Geschichtsperiode der Vereinigten Staaten geltend machte, zeigt zugleich, wie machtlos sich diese gleich von vornherein der individuellen und oligarchischen Willkür der gefährlichsten materiellen Interessen

gegenüber gestellt hatten, und wie sie sich jeden Augenblick von ihren heiligsten Rechten um schnöder Vortheile willen Stück um Stück abtrotzen lassen mußten.

Das große politische Laster der Anglo-Amerikaner, die Lust am Makeln und Feilschen mit Grundsätzen, die Vergötterung der Thatsache, das Ergreifen eines augenblicklichen Vortheils und die Gleichgültigkeit gegen das Prinzip, mit Einem Worte der politische Schacher kam diesen Angriffen gleich auf halbem Wege entgegen. Der allmächtige Dollar verschacherte die Interessen und die ganze Zukunft des Landes, die Fragen der politischen Moral und Ethik mußten vor dem 2 mal 2 sind 4 schweigen. Jefferson hatte 1784 verlangt, daß die Sklaverei, wenigstens nach dem Jahre 1800, aus allen neu zu bildenden Gebieten und Staaten für immer geschlossen bleiben solle; die später so berühmt gewordene Ordonnanz vom 13. Juli 1787 dagegen drückte diese Forderung wesentlich herunter, indem sie die Sklaverei nur von allen, nordwestlich vom Ohio gelegenen Territorien ausschloß und zum großen Schaden des Nordens diesen Fluß als willkürliche Gränze setzte. Dieser Akt war der erste Kompromiß gegen die Freiheit. Dann feilschten die Indigo und Reis bauenden Pflanzer des Südens weiter mit den Kaufleuten des Nordens. Sie räumten diesen das Recht zur Erlassung von Schifffahrtsgesetzen ein und erlangten dagegen das Zugeständniß, daß der Sklavenhandel mit Afrika, den während des Krieges die englischen Schiffe faktisch aufgehoben hatten, bis zum Jahre 1808 fortdauern solle. Selbstverständlich beutete der Süden diese Frist gehörig aus. Von 1790 bis 1810 vermehrten sich die Sklaven von 697,867 auf 1,191,364. Einen noch wichtigern Sieg trugen die Sklavenhalter aber durch die, der Konstitution einverleibte Bestimmung davon, daß bei der Bevölkerungsabschätzung für die Wahl von Kongreß-Abgeordneten fünf Sklaven gleich drei Freien gerechnet werden dürfen. Auf diese Weise erhielt der Süden von 1789 bis 1792 sieben Abgeordnete mehr, von 1793 bis 1813 vierzehn, von 1813 bis 1823 neunzehn, von 1823 bis 1833 zweiundzwanzig, von 1833 bis 1843 fünfundzwanzig, während augenblicklich der Gewinn der Sklavenstaaten nur noch zwanzig Stimmen beträgt und nach dem nächsten Zensus wohl noch geringer sein wird. Süd-Carolina hat z. B. jetzt bei einer weißen Bevölkerung

von 274,567 Weißen sechs Abgeordnete, während New-Hampshire bei 317,456 weißen Einwohnern nur drei Kongreß-Repräsentanten hat. In den nördlichen Staaten berechtigen augenblicklich im Durchschnitte 93,731 weiße Einwohner zu einem Abgeordneten; in einem Sklavenstaate dagegen bedarf es deren nur 68,715. Die Wichtigkeit dieser Bestimmung für Vergangenheit und Gegenwart ergiebt sich aus den obigen Zahlen von selbst. Der Norden scheint sie vor Annahme der Konstitution nicht in ihrer vollen Tragweite erkannt zu haben. Die Sklaven sind zu gleicher Zeit Eigenthum und politisch berechtigte Personen, indessen haben sie nur für ihre Herren politische Rechte und Willen!

So war schon bei Annahme der Verfassung das politische Uebergewicht entschieden auf Seiten des Südens. Dieser erkämpfte einen neuen, nicht gering zu veranschlagenden Sieg gleich in einer der ersten Kongreßsitzungen durch das Gesetz, welches die neu zu gründende Bundeshauptstadt in einen Sklavenstaat verlegte. Wer die Gründe kennt, welche im Jahre 1848 die Verlegung der National-Versammlungen von Berlin nach Brandenburg und von Wien nach Kremsier veranlaßten, der wird mir gewiß Recht geben, wenn ich behaupte, daß die politische Geschichte der Vereinigten Staaten eine andre sein würde, wenn der Kongreß seine permanente Residenz in New-York oder Philadelphia, statt in einem südlichen Landstädtchen genommen hätte. Der Charakter von Washington aber ist durchaus südlich; der Ton der Gesellschaft, die Färbung der Presse, der Mangel der freien Rede und einer öffentlichen Meinung, Alles das steht im feindlichen Gegensatz zum Norden.

Dieser ging sogar in seiner naiven Vermittlungssucht so weit, daß er 1793 ohne jede Debatte ein Gesetz über Auslieferung „arbeits- und dienstpflichtiger Personen" annahm, wonach also Sklaven von dem freien Staate, in den sie sich geflüchtet hatten, ausgeliefert werden mußten. Man schien dies Gesetz für einen sich von selbst ergebenden Akt der Gerechtigkeit für das Eigenthum des Südens zu halten, obgleich der Kongreß, nach einem früher in der Sklavenfrage angenommenen Grundsatze, gar keine Befugniß hatte, den Einzelstaaten für ihre inneren Angelegenheiten Gesetze vorzuschreiben. Es überwog aber damals allgemein die Ansicht, daß die Sklaverei mit dem Sklavenhandel aufhören würde, daß also ein derartiges leichtsinniges Entgegenkommen keine Gefahr für

den Norden mit sich bringen könne. Der Anschein rechtfertigte diese Ansicht.

Reis und Indigo, die beiden großen Stapelartikel der Sklavenstaaten, hatten einen mächtigen Konkurrenten in den englischen Besitzungen in Indien, denn hier wurde viel billiger produzirt. Der Süden konnte auf die Dauer nicht mehr mit Asien konkurriren; der Indigo- und Reisbau mußte also hier mit der Zeit aufhören. Man folgerte daraus, daß er mit Aufgabe dieses Produktionszweiges gezwungen sein würde, gleich dem Norden seine Sklaven zu emanzipiren. Indessen täuschte E. Whitney, ein unbekannter Arbeiter aus Massachusetts, diese Erwartungen. Er erfand den „cotton gin," eine Maschine, welche die Baumwolle von ihrem Samen sondert und reinigt. Die langfaserige oder die in der kommerziellen Welt sogenannte long staple Baumwolle wird nämlich verhältnißmäßig nur wenig gezogen; mehr als $^9/_{10}$ der jährlichen Erndte dagegen besteht aus der kurzfaserigen oder short staple Baumwolle. Bei dieser Sorte hängt aber der Samen so fest an der Wolle, daß, wenn er mit der Hand davon getrennt werden müßte, man höchstens ein Pfund per Tag reinigen könnte. Daher waren bis zur Erfindung von Whitney's Maschine die Herstellungskosten so groß, daß so gut wie gar keine kurzfaserige Baumwolle aus Amerika exportirt wurde. Im Jahre 1793 betrug die ganze Ausfuhr 187,000 Pfund von fast ausschließlich langfaseriger Baumwolle. 1794, also nur ein Jahr nach Anwendung der Whitney'schen Maschine, belief sich der Export auf 1,601,761 und 1795 schon auf 6,276,300 Pfund. Jetzt nahm der Bau der Baumwolle einen früher kaum für möglich gehaltenen Aufschwung, und wie sie fortan das wirthschaftliche Leben des Südens hob und beherrschte, so wirkte sie auch bestimmend und revolutionirend auf die Gestaltung seiner sozialen und politischen Entwicklung ein. Was vor Whitney als Fluch und Verbrechen gegolten hatte, die Sklaverei wurde jetzt in den Augen des Südens ein Segen und ein Glück, ja heilig und unverletzlich.

Sie dürfen nicht außer Acht lassen, daß, während der Süden durch diesen neuen Produktions- und Industriezweig einen lebhaften Aufschwung nahm, der Norden mit Ausnahme einiger Handelsplätze sich nicht in gleichem Schritte weiter entwickelte und überhaupt nur langsam

von den Wunden des Krieges erholte. Die natürliche Folge dieses Verhältnisses war, daß die politische Macht der Vereinigten Staaten im Süden ruhte. Der Zug der Pioniere ging aus den mittleren Staaten, namentlich Virginien und Pensylvanien, über die Alleghanies; zu jener Zeit entstanden die neuen Staaten Frankland (bald wieder aufgelöst), Tenessee und Kentucky. Damals gab es nur wenig Niederlassungen am obern Ohio, desto mehr aber am untern Ohio und am Mississippi, und der Handel auf diesem Strome gewann von Tag zu Tag an Bedeutung. Indessen befanden sich seine Mündungen im Besitz der Spanier — ein Umstand, der zu beständigen Streitigkeiten und Plackereien zwischen den Amerikanern des Westens und den Spaniern führte. Die Vereinigten Staaten mußten diese Mündungen besitzen, wenn sie den als Agrikultur-Gebiet viel versprechenden und reichen Westen nicht verlieren wollten, der auf diesem Wege seine einzige Verbindung mit der See hatte. Dieser zeigte sogar schon große Lust, sich ganz unabhängig hinzu stellen oder gar mit Spanien zu vereinigen, falls ihm sein natürlicher Handelsweg versperrt würde. Man glaubte zu jener Zeit mehr an eine Verschiedenheit der Interessen zwischen Osten und Westen als zwischen Norden und Süden. Jefferson aber hatte zu wählen zwischen dem Verluste des ganzen Westens oder der Erwerbung der Mississippi-Mündungen. Als daher im Jahre 1802 ganz Louisiana von Spanien an Frankreich abgetreten wurde, machte Jefferson im nationalen Interesse Versuche zur Erwerbung der Stadt New-Orleans und Umgegend. Napoleon, anfangs ablehnend, wurde williger, als er Geld brauchte, ja er bot ihm ganz Louisiana zum Kaufe an, welches 1803 denn auch für 60 Millionen Franken an die Vereinigten Staaten abgetreten wurde. Die Erwerbung dieses ungeheuren Territoriums, welches sogar das heutige Jowa und Kansas in sich schloß, so wichtig und unerläßlich sie auch im nationalen Interesse war, kam zunächst dem Süden zu statten. Dieser sah seinen Vortheil zu gut ein, als daß er sich bei Abschluß des Vertrages über die vom Präsidenten selbst angeregten konstitutionellen Bedenken nicht leicht hinweggesetzt hätte.

Die Konstitution nämlich war selbstredend nur für das Gebiet gegeben, welches zur Zeit ihrer Annahme zu den Vereinigten Staaten gehörte. Sie enthält aber nirgend eine Bestimmung, welche direkt oder

indirekt die Erwerbung neuen Gebietes verfügt. Wenn sie auch festsetzt, daß und wie neue Staaten vom Kongreß zugelassen werden sollen, so spricht sie immer doch nur von den Territorien, welche innerhalb der damaligen Grenzen lagen. Es war zugleich einer der obersten Grundsätze der damaligen republikanischen, später demokratischen Partei, daß die Regierung nur diejenigen Gewalten ausüben dürfe, die ihr ausdrücklich von der Verfassung übertragen seien. Jefferson, ihr Führer und Vater, interpretirte den Föderalisten gegenüber ganz strikt nach dem Buchstaben der Verfassung und hatte jüngst erst Hamilton gegenüber geltend gemacht, daß die allgemeine Bestimmung, wonach der Kongreß Steuern auflegen und einziehen, Schulden zahlen und für die Vertheidigung und das Wohl der Vereinigten Staaten sorgen solle, noch keineswegs zum Ankauf eines neuen Territoriums berechtige. Er erkannte, als er jetzt diese Maßregel selbst einführte, in seinen Privatbriefen dies Dilemma auch an und wollte sich durch ein Amendement zur Verfassung darüber weghelfen, vergaß jedoch seine guten Vorsätze, nachdem der Kongreß den Ankauf von Frankreich genehmigt hatte.

Dem Buchstaben nach hatten die Föderalisten, in der Sache selbst aber die Demokraten Recht, denn die Erwerbung Louisiana's war im nationalen Interesse geboten, und diese Nothwendigkeit durfte nicht am Buchstaben des Gesetzes scheitern. Verderblich aber wurde dieser Ankauf dadurch, daß er dem Süden einen ganz unschätzbaren Präzedenzfall dafür lieferte, daß er eine Verfassungsverletzung vom Willen der Majorität abhängig machte, und daß in Folge dessen den Wünschen und Interessen des Südens kein Hinderniß mehr im Wege stand. Der Norden erlitt hier seine erste große Niederlage, weniger durch die Annahme der Maßregel selbst, als durch die Art ihrer Bekämpfung.

Das Baumwollengebiet gewann durch den Erwerb von Louisiana einen kolossalen Zuwachs; bei der vergrößerten Nachfrage der englischen Fabrikanten erhielten die amerikanischen Pflanzer den ungeheuren Preis von 25 Cents per Pfund, während sich der Bau der Baumwolle schon bei 6 Cents per Pfund bezahlt. Der Zuckerbau ward durch Flüchtlinge von Domingo am untern Mississippi eingeführt, die Baumwolle aber wurde von jetzt an allmächtig. Sie brauchte Arbeitskräfte: je mehr, desto besser! Natürlich stieg der Sklave im Werthe. Im Jahre 1790

ward das ganze Sklaven-Eigenthum der Vereinigten Staaten auf 10 Millionen Dollars Werth berechnet; im Jahre 1810 schätzte man es auf 1200 Millionen. Die nördlichen Sklavenstaaten, Virginien an der Spitze, welche bei dem ausgesogenen Zustande der Tabaksländereien die Sklaven als große Last empfanden und welche in Folge dieses Zustandes sehr philanthropisch gestimmt waren, fanden neuerdings am Mississippi einen großen, kaum zu befriedigenden Markt für ihre Sklaven. Der Sklavenhandel mit Afrika hatte seit dem Jahre 1808 gesetzlich aufgehört; der Sklavenhandel zwischen den südlichen Staaten trat an seine Stelle. Die Pflanzer in den nördlichen Sklavenstaaten legten sich fortan auf's Negerzüchten; sie wurden durch diesen neuen Industriezweig, den der Erwerb Louisiana's in's Leben gerufen hatte, reich und selbstredend die unbedingten Lobredner und Verbreiter der Sklaverei. So entwickelte sich der Süden schnell, wenn auch treibhausartig; der Norden dagegen machte innerlich und äußerlich nur langsame, kaum sichtbare Fortschritte. In dem Zeitraume, während dessen Louisiana, Mississippi, Alabama und Missouri als Sklavenstaaten in die Union aufgenommen wurden (1803—1821), erhielt der Norden nur einen Zuwachs durch die beiden Staaten Indiana und Illinois, deren Hülfsquellen damals so gut wie gar nicht entwickelt waren.

Die Sklavenarbeit und Plantagenwirthschaft verwüstet und saugt den Boden schnell aus; es müssen darum stets neue Strecken Landes der Ausbeutung und Verwüstung übergeben werden. In freien Gemeinden wird das Eigenthum stabil in Häusern, Maschinen, Bodenverbesserungen und sonstigen Anlagen; in Sklaven-Gemeinden giebt es kein andres werthvolles Eigenthum als die Sklaven, und diese sind wie eine Schaafheerde leicht transportabel. Der freie Mann hängt an seinem Besitze, er verschönert und verbessert ihn; die Freiheit ist unternehmend, allein sie bedarf einer Heimath und setzt sich selbst Grenzen. Die Sklaverei dagegen fesselt nichts an die Scholle, sie ist in ihrem innersten Wesen nomadisch, leicht beweglich, in's Weite strebend und darum aggressiv. Der Sklavenhalter verläßt seine ausgesogenen Felder mit derselben Leichtigkeit als der Skythe die abgegrasten Weiden mit frischen vertauscht. In freien Staaten konzentrirt und verdichtet sich namentlich seit dem Emporblühen der modernen Industrie die Bevölkerung in den

Städten, so daß in den meisten Fällen die Vermehrung der Volkszahl nicht die Vergrößerung des bewohnten Raumes in sich schließt. Die Sklavenstaaten dagegen bedürfen, wie die auf Eroberung gegründeten Despotenreiche des Alterthums, je ärmer sie an innerer Entwicklung sind, je weniger Inhalt sie aus sich heraus zu arbeiten haben, einer um so rascher fortschreitenden Erweiterung nach Außen. Die „manifest destiny“ Theorie der amerikanischen Demokratie steht also auf ganz gleicher Stufe mit der äußern Politik der antiken Barbaren-Königreiche oder mit der Expansionslust des Panslavismus. Sie ist keine vorübergehende oder bloß zufällige Laune, sondern eine von dem Selbsterhaltungstriebe gebotene innere Nothwendigkeit, vor welcher alle rechtlichen und moralischen Bedenken verstummen. Dem entsprechend ist auch die Annexion neuer Gebiete an die Union beinahe ebenso alt als diese selbst.

Wie seit der Annahme der Konstitution nur fünfzehn Jahre (1788—1803) vergingen, bis der Ankauf von Louisiana bewerkstelligt und damit die Suprematie des Südens über den Norden angebahnt wurde, so bedurfte es bloß weiterer fünfzehn Jahre, bis der Süden seinen Willen zum Gesetze des Landes erhob. Schließen wir den Kampf um Missouri ein, so erreichte und befestigte er seine Diktatur grade innerhalb eines Menschenalters (1788—1821).

In Folge des Krieges mit England bevölkerte und entwickelte sich das Gebiet Louisiana nicht so schnell, als es unter gewöhnlichen Umständen der Fall gewesen sein würde. Indessen rückten die Pflanzer allmälig und unbeachtet mit ihren Sklaven in den nördlichen Theil des damaligen Distrikts Louisiana, in das sogenannte Territorium Indiana, von welchem damals auch Missouri einen Theil bildete. Der Krieg und näher liegende Interessen des Tages lenkten jedoch die öffentliche Aufmerksamkeit von diesen unscheinbaren, aber wichtigen Vorgängen in der dünn bevölkerten westlichen Grenzprovinz ab. Man ahnte damals noch nicht, daß hier der Wendepunkt der innern Entwicklung der Vereinigten Staaten lag und daß jeder Sklave, den sein Herr auf das westliche Ufer des Mississippi brachte, das Geschick des ganzen Kontinents auf Jahrzehnte hinaus bestimmen half. Hätte der Kongreß im Einklang mit der damaligen öffentlichen Stimmung und dem Geiste seiner bisherigen Gesetze die Sklaverei von dem nördlichen Theile von Loui-

siana ausgeschlossen, hätte er die Ordonnanz vom 13. Juli 1787 westlich vom Mississippi ausgedehnt, so wäre allen späteren Gefahren vorgebeugt gewesen und, wenn auch kein prinzipiell befriedigendes, so doch leidliches Verhältniß zwischen Norden und Süden festgestellt worden. Die Folgen dieser Kurzsichtigkeit rächten sich bald. Im Jahre 1818 schon waren die Dinge reif für einen Angriff der Sklavenhalter. Monroe's Administration (1817—1825) war sehr populär; sie hieß das Zeitalter des guten Einverständnisses. Die föderalistische Partei war mit dem Ende des Krieges begraben; es gab vorläufig nur die eine republikanische (demokratische) Partei. Die wiederkehrende Prosperität, die Aussicht auf Gewinn und Reichthum nahmen den Norden ganz in Anspruch, während der stets wachsame Süden seine ehrgeizigen Pläne im Auge hielt und nur auf eine Gelegenheit zu ihrer Ausführung spähte. Versöhnung war die Losung des Tages; allein Versöhnung hieß dem Süden nichts, als neue Opfer Seitens des Nordens. Missouri meldete sich als Staat zur Aufnahme in die Union, und zwar mit einer Konstitution, welche die Sklaverei gesetzlich anerkannte. Der Norden wollte dieselbe in dem neuen Staate nicht zulassen. Ueber diesen Streitpunkt entbrannte ein fast dreijähriger heftiger Kampf.

Der Süden nämlich erklärte eine Beschränkung der Sklaverei den Bestimmungen des mit Frankreich abgeschlossenen Vertrages für zuwiderlaufend, weil den Einwohnern der abgetretenen Gebiete die Zulassung zur Union mit allen Privilegien der Vereinigten Staaten-Bürger verbürgt worden seien, und weil es eins dieser Privilegien sei, Farbige als Eigenthum zu halten. Der Kongreß könne daher, ohne gewaltthätig in die Rechte der Einzelstaaten einzugreifen, das Sklavenhalten nicht verbieten, noch die Sklavenhalter am Genuß ihres Eigenthums innerhalb der Territorien hindern. Der Norden dagegen bestritt, das das Halten von Sklaven ein Recht der Vereinigten Staaten-Bürger sei, und entgegnete, daß es dem Kongresse allerdings frei stehe, demjenigen, welchen er in die Union zulassen wolle, Bedingungen vorzuschreiben. Die Konstitution habe freilich den südlichen Staaten, welche die Union mitgebildet, die Sklaverei nachgegeben, allein diese Konzession könne sich nicht auf die neu erworbenen Gebiete erstrecken; hier setze sie vielmehr unbedingte Freiheit voraus und deshalb dürfe die Gesetzgebung die Sklaverei

nirgend fördern und ermuthigen. Ein Aufgeben dieses Prinzips heiße, die Interessen der arbeitenden Klassen der verhältnißmäßig geringen und wenig verdienstlichen Sklavenhalter-Kaste opfern.

Das Resultat des vom Norden mit ziemlichem Geschick und großer Ausdauer geführten Kampfes schwankte lange. Sämmtliche mittlere Staaten und Städte, Pennsylvanien, New-York, New-Jersey, ja sogar der Sklavenstaat Delaware und Baltimore, die größte Handelsstadt in einem Sklavenstaate, weigerten sich, „den Vertrag mit dem Verbrechen" zu genehmigen. Einsichtige Politiker des Nordens, wie der spätere Präsident John Q. Adams, erkannten jetzt mit Schrecken die schroffe Kluft, welche Norden und Süden täglich weiter trennen mußte. Es wurde ihnen klar, „daß der Handel zwischen Freiheit und Sklaverei, den die Konstitution der Vereinigten Staaten in sich enthält, ein großes moralisches und politisches Uebel und unverträglich mit den Prinzipien ist, durch welche einzig und allein unsre Revolution gerechtfertigt werden kann." Die Entscheidung neigte sich schon zu Gunsten des Nordens, — da brachte Clay einen seiner sogenannten Kompromisse ein, welcher, nachdem vier obskure Mitglieder — darunter zwei von New-York — dafür gewonnen waren, mit 90 gegen 87 Stimmen im Hause durchging und das Schicksal des Westens besiegelte. Missouri trat als Sklavenstaat in die Union; die Sklaverei erstreckte sich also jetzt bis zum $40\frac{1}{2}^{\circ}$ nördlicher Breite, d. h. bis beinahe zur geographischen Höhe der Stadt New-York; indessen wurde sie in allen übrigen nördlich vom 36° 30′ gelegenen Theilen von Louisiana *für immer* verboten. Warum dieser Akt ein Kompromiß genannt wurde, ist nicht recht klar, denn der Süden erhielt Alles, was er vorläufig verlangt hatte, der Norden aber nichts als ein leeres Versprechen, welches erst von der nächsten Generation erfüllt zu werden brauchte und selbstredend von dieser nicht gehalten wurde. Der Süden hat diesen Sieg erkämpft, weil er einig und in sich geschlossen während des ganzen Kampfes dastand. Seine mit Sklaven arbeitenden und seine Sklaven züchtenden Theile, die Baumwollen- und Zucker-Pflanzer von Süd-Carolina und Louisiana wurden von den virginischen Sklavenzüchtern unterstützt, obgleich der pekuniäre Vortheil beider Theile weit auseinanderging. So ward der Norden vollständig besiegt; er mußte sich fortan überall auf Gnade und Ungnade ergeben.

Der Süden hatte das Geheimniß seines Erfolges und seiner Macht erkannt. Er konnte fortan, wie Randolph sagte, jeden „schmutzigen Handel mit den nördlichen Dreimäulern" schließen, und von dieser Zeit an datirt sein Hohn, sein Uebermuth und seine unbestrittene Allgewalt in der innern und äußern Politik des Landes. Er hatte dessen Geldbeutel in der Hand und konnte daraus seine nördlichen Werkzeuge gut bezahlen. Und diese fanden sich jetzt haufenweise. Hieß doch der Missouri-Kompromiß nichts andres, als daß der politische Schacher über dem Prinzip der Freiheit steht. Der Schacher aber hört so lange nicht auf, als es etwas zu handeln giebt. Deßhalb wird auch das mühsam wiederhergestellte politische Gleichgewicht durch jeden neu zu machenden Erwerb wieder in Frage gestellt. Darum wird in Zukunft jedes Mal, so oft es sich um Aufnahme eines neuen Staates oder um den Gewinn eines neuen Gebietes handelt, die Sklavenfrage zur Frage des politischen Gleichgewichtes und aus diesem Grunde nothwendig von den heftigsten Kämpfen und inneren Erschütterungen begleitet.

Der mit dem Missouri-Kompromiß beinahe gleichzeitige Ankauf von Florida für fünf Millionen Dollars, obgleich in Absicht und Wirkung ebenso revolutionär als der von Louisiana, erregte verhältnißmäßig wenig Opposition, da er den bereits anerkannten Triumph des Südens nur noch besiegeln half. Der größte Theil des Kaufschillings wurde den amerikanischen Pflanzern als Entschädigung für ihre, in jenes Gebiet geflüchteten Sklaven gezahlt. Es folgen jetzt im Laufe der nächsten Jahre die grausamen und elenden Kriege, die in den Sümpfen Florida's gegen die armen Seminolen geführt wurden, weil sie einigen hundert flüchtigen Sklaven Obdach und Schutz gewährt hatten. Es waren Sklavenjagden im nationalen Maßstab und auf Kosten der Vereinigten Staaten, mit entsprechendem Gefolge von Bluthunden und natürlich unter der Firma „Zivilisation und Christenthum." Jackson und seine Nachfolger ließen die, ausschließlich auf Neger abgerichteten Bluthunde für schweres Geld aus Cuba kommen. Es wurden Prämien für jeden lebendig eingefangenen Schwarzen ausgesetzt, den Negern selbst Belohnungen für den Verrath an ihren Brüdern gezahlt und die Eingefangenen meistens ohne jeden Schein des Rechtes den sie beanspruchenden Pflanzern von Georgia und Alabama als Sklaven umsonst verabfolgt.

Diese Kriege verschlangen ungeheure Summen, 200—300 Millionen sind nicht zu hoch gegriffen, denn sie haben erst in diesem Jahre mit der Auswanderung des letzten Restes der Seminolen unter Billy Bowlegs ihr Ende erreicht. Man rechnet, daß die Vereinigten Staaten jeder einzelne Soldat 25,000 Dollars pro Jahr gekostet hat; sie sind dafür um ein durchaus unkultivirbares Sumpfland reicher geworden.

Der Süden hatte durch den Missouri-Kompromiß und durch die Vertreibung der Indianer aus dem Südosten zunächst hinreichendes Gebiet für seine Sklaven und die Baumwolle gewonnen. Er würde sich voraussichtlich während der nächsten beiden Jahrzehnte mit der Verwerthung seines Zuwachses begnügt haben, wenn ihn nicht von andrer Seite ernste Gefahren beunruhigt hätten, welche sich auf die Dauer nicht durch parlamentarische Mehrheiten abwenden ließen. Schon zur Zeit der Annahme des Missouri-Kompromisses begann nämlich und schwoll mit jedem Jahre höher an der Strom der europäischen Einwanderung in die nordwestlichen Gebiete, ja er wurde bereits zu Anfang der dreißiger Jahre so mächtig, daß er schon damals die Sklavenarbeit immer mehr einzuengen und dem Norden das numerische Uebergewicht im Bunde zu sichern drohte. Unter diesen Umständen konnte das bisher künstlich gewahrte politische Gleichgewicht zwischen Norden und Süden nicht lange mehr vorhalten. Thatsächlich waren z. B. Michigan und Iowa als freie Staaten den Sklavenstaaten Arkansas und Florida bei Weitem überlegen, wenn sie auch in der Folge einander äußerlich balanzirend in den Bund eintraten. Dieses ungünstige Verhältniß wurde aber mit jedem neuen westlichen Ansiedler verderblicher für den Süden. Er mußte sich also seine politische Macht durch künstliche Mittel, durch Klugheit und Verwegenheit zu sichern suchen. In richtiger Würdigung dieser Nothwendigkeit ging der südliche Pflanzeradel sein politisches Bündniß mit dem Pöbel der nördlichen Städte und den Bauern des flachen Landes ein, und in kühler Berechnung der ihm daraus erblühenden Vortheile bahnte er den Sieg der radikalen Demokratie über die repräsentative an. Als äußerst brauchbares, selten versagendes Werkzeug für diese Politik erwies sich ihm der Präsident Andrew Jackson, der ursprünglich selbst ein armer Südländer, den Sklavenstaaten erst das Bewußtsein ihrer überlegenen Stellung im Bunde gab.

Um den Massen zu gefallen und sich den Sieg über seine Gegner zu sichern, legte Jackson, dem klaren Willen der geschriebenen Verfassung gegenüber, das Gewicht auf das abstrakte demokratische Prinzip, welches durch ihn, unter ihm und nach ihm das Feldgeschrei der Massen überall da wurde, wo diese ihre augenblicklichen Wünsche und Launen zu befriedigen suchten. So ließ er sich 1828 direkt vom Volke (d. h. den handwerksmäßigen Politikern) statt vom Kongreß zum Kandidaten nominiren und stieß rücksichtsloser als seine Vorgänger die aus Mißtrauen in die politische Einsicht des Volkes hervorgegangene Bestimmung der Verfassung um, wonach die Wahl des Präsidenten mittelst der Elektoren eine indirekte sein sollte. Die letzteren waren fortan unwiderruflich zu Registratoren der Befehle der einflußreichsten Politiker oder, wie es euphemistisch hieß, des Volkswillens degradirt. Die ohne jede gesetzliche Kontrole gewählten Parteidelegirten diktirten aber fortan die Kandidaten für die Präsidentschaft.

Bis dahin hatten die Aristokraten — Sklavenhalter und Großgrundbesitzer — des Südens und, um einen freilich modernen, aber bezeichnenden Ausdruck zu gebrauchen, die Bourgeoisie des Nordens und Ostens den Kampf um die politische Herrschaft geführt. Die politisch berechtigte Plebs, die Massen, hatten diese, wenn sie auch thatsächlich die Macht besaßen, nie für sich ausgeübt, sondern nur im Interesse der genannten beiden Klassen deren politische Schlachten geschlagen. Die Thätigkeit der Massen beschränkte sich bis dahin einfach darauf, bei den Wahlen der von den Herren aufgestellten Kandidaten Ja oder Nein zu sagen. Erst Jackson's Kandidatur gab ihnen 1828 eine wenigstens scheinbar politische Initiative, sein Erfolg galt ihnen als ihr eigentliches Werk und Verdienst, und natürlich setzten der alte schlaue Soldat und seine geriebenen Freunde alle Agitationsmittel in Bewegung, um das Volk, das „leidende, unterdrückte, edle und nie irrende Volk" in diesem Glauben zu bestärken. In Wahrheit war es das Bündniß der südlichen Aristokraten mit dem Pöbel des Nordens, welches die Politik des Bundes beherrschte. Die Barone erhielten natürlich die fetten Bissen, während die plebejischen Bundesgenossen die vom Tisch fallenden Brodkrumen auflesen durften.

Wie Jackson's Sieg den Triumph der Politiker über die Staats-

männer, der politischen Routine und Leidenschaft über den politischen Verstand und Einsicht bedeutet, so klein und selbst jämmerlich stehen Jackson und seine sämmtlichen Nachfolger, mit nur verschwindenden Ausnahmen, den sechs ersten Präsidenten, ihren Amtsvorgängern, gegenüber da, welche sich wie die Heroen von ihnen abheben. Man pflegt den Hauptvorzug der republikanischen Regierungsform vor der monarchischen in der Wählbarkeit, statt in der Erblichkeit des Staatsoberhaupts zu erblicken; allein wenn Sie die Geschichte der Vereinigten Staaten unbefangen prüfen, so werden Sie finden, daß das dortige Volk von diesem Vorzuge nur einen sehr bescheidenen Gebrauch gemacht hat, da seine Präsidenten, wenn nicht schlechter, doch jedenfalls nicht besser sind, als die Durchschnittsregenten einer beliebigen Monarchie.

Jackson und seine demokratischen Nachfolger münzten, allmälig und bewußt vorschreitend, die demokratische Repräsentativ-Verfassung zu einer absoluten Volksherrschaft um, sie beugten das konstitutionelle Gesetz des Landes unter den jeweilig herrschenden Volkswillen. Senator Benton nannte das seiner Zeit sehr bezeichnend den Sieg des demokratischen Prinzips über die Theorie der Verfassung. Vor Jackson hatten verschiedene Erfordernisse, wie geringere oder höhere Eigenthumsqualifikationen, die politische Vollberechtigung bedingt; mit und nach Jackson reichte die bloße Eigenschaft als Bürger zur unbedingten Ausübung aller politischen Rechte aus. Die Folge dieser, ihrer Zeit wenig bemerkten, oder wenigstens in ihrer Gefahr nicht gehörig gewürdigten innern Umwälzung war die Bildung einer Zunft gewerbsmäßiger Politiker. Ihre Zahl wuchs mit dem wirthschaftlichen Emporblühen des Landes, und je mehr sie anschwoll, desto frecher fordernd traten diese Politiker auf und verlangten zur Belohnung für ihre Dienste die Ueberlassung sämmtlicher Bundesämter. Diese verhängnißvolle Forderung, früher wohl vereinzelt, schüchtern und gleichsam tastend vernommen, wurde von Jackson's gutem Freunde und ergebenem Anhänger, dem damaligen Senator (spätern Staatssekretär) Wm. L. Marcy aus New-York, zuerst in ein System gebracht und in dem zynischen Rufe geltend gemacht „To the victor belong the spoils!“ (dem Sieger gehören die Spolien des Feindes). Wenn England versucht hätte, sich auf das Grausamste an den Vereinigten Staaten zu rächen, wenn — um hier

ein paar beliebte deutsch-amerikanische Redensarten zu gebrauchen — „sämmtliche Tyrannen des altersschwachen Europa" sich verschworen hätten „den jungen republikanischen Riesen in seiner Wiege zu erwürgen," „den Sonnenschein der Freiheit" am Himmel auszulöschen, das „Land des guten Beispiels" vor sich und Anderen zu erniedrigen, so würden diese wirklichen oder vermeintlichen Feinde der Vereinigten Staaten zur Erreichung ihrer Zwecke kein wirksameres Mittel haben wählen können, als diese demokratische Beutetheorie, welche noch heutigen Tages dem politischen Leben der Union ihren Fluch aufdrückt und noch lange nicht am Ende ihrer verderblichen Wirksamkeit angelangt ist.

Mit Jackson also fing im amerikanischen Staatsleben der nichtswürdige Aemter-Bettel und Schacher an, und mit jeder neuen Administration wühlte sich dieser verzehrende Krebs tiefer und verderblicher in den Staatskörper hinein. Wer den einflußreichsten Vetter oder Freund hat, der bekommt das beste Amt, um es nach vier Jahren wieder zu verlieren. Die Einzelstaaten erhalten, je nach ihrer Bedeutung, einen bestimmten Prozentsatz an der Beute, und in ihnen wieder die hervorragenden Politiker die Prozente von den Prozenten. Man pflegt über den schmachvollen Handel wie über ein legitimes Geschäft zu verhandeln, ja er ist durch Gewohnheit und Ueberlieferung zu einem solchen geworden. Jede Unzulänglichkeit, Unfähigkeit und Niedertracht, welche in der Verwaltung der Bundes- und der Einzelstaaten vorkommt, wurzeln in letzter Instanz in dieser Beutetheorie; die kolossalen und stets wiederkehrenden Betrügereien der letzten Jahre und der verschiedenen Verwaltungen sind nichts als der logische Schluß aus jener falschen Prämisse.

Wie in dieser Frage, so ist der korrumpirende Einfluß, ja der Fluch der persönlichen Jackson'schen Verwaltung auch für die ganze politische Entwicklung des Landes nur zu deutlich zu erkennen. Die gewaltsame rechthaberische Natur des leidenschaftlichen Mannes stellte überall sich als einzig maßgebend in den Vordergrund und spiegelte bei jeder Gelegenheit seinen unbeugsamen und tyrannischen Charakter. So erklärte er die Bank der Vereinigten Staaten für verfassungswidrig und für ein Ungeheuer, welches die Republik zu vernichten drohe, für ein Monopol, welches die Reichen reicher, die Lumpenbarone (ragbarons) mächtiger, die Armen aber noch elender mache, und bestritt die Kom-

petenz der Gerichte zur maßgebenden Interpretation eines Gesetzes, wie des die Bank kreirenden. Noch schlimmer und gefährlicher aber war es, daß der Präsident die Minister, welche ihm nicht zu Willen waren, versetzte oder absetzte, daß er im Widerspruch mit dem Kongresse sich die Kontrole über die amtlichen Handlungen der Departementschefs anmaßte, daß er der Bank die in ihr vom Bunde deponirten Gelder eigenmächtig entzog, weil er, der Präsident, die Moralität des Volkes, die Freiheit der Presse und die Reinheit der Wahlfreiheit schützen müsse. Er faßte mit einem Worte das Verhältniß der Exekutiven zur Legislativen in einer Weise auf, wie es kein Präsident vor ihm gethan, wie es weder durch den Buchstaben noch den Geist der Verfassung gerechtfertigt war. Und das Volk, welches in den Worten und Thaten des Präsidenten seine eignen innersten Wünsche und Bestrebungen erkannte, gab ihm begeistert recht und wählte ihn unter der Losung „Jackson oder die Bank" 1832 mit einer kolossalen Mehrheit zum zweiten Mal zum Präsidenten. Der Fluch auch der zweiten Jackson'schen Administration läßt sich aber in das eine Wort zusammenfassen, daß sie systematisch das öffentliche Rechtsbewußtsein untergraben und die Achtung des Volkes vor der Regierung verringert hat. Diese ihre verderblichen Wirkungen äußern sich noch scharf in der Gegenwart, und diese verflachende, materialisirende und entsittlichende Umgestaltung der amerikanischen Demokratie, der durch Jackson breite Bahn gebrochen worden ist, hat zunächst die verderblichsten Folgen in den Händen der Südstaaten als Hebel zur Förderung des Sklavereiinteresses gehabt. In dieser hochwichtigen Frage kommt die negative Seite im Wesen des sonst so gewaltthätigen Präsidenten zur schärfsten Erscheinung. So aggressiv er sonst auch verfuhr, so wenig Rücksichten er sonst auch kannte, mit den mächtigen Baronen des Südens wagte er nicht zu brechen. Ihnen gegenüber schrumpfte sein Radikalismus zu einigen tapferen Redensarten zusammen, und wenn er auch mit Haman's Galgen drohte, so verhalf er doch Calhoun und seinen Anhängern in jenem verhängnißvollen Kompromiß zwischen der Unionsregierung und Süd-Carolina indirekt zum Siege und damit dem Süden zur Hegemonie im Bunde.

Schon unter Jackson schimmerte Texas in der Ferne. Die länger als ein Jahrzehnt dauernden Vorbereitungen, Intriguen, versteckten und

dann offenen Angriffe, welche endlich zur Annexion dieses Staates führten, sind noch heute und werden noch so lange, als es Länder zu stehlen giebt, einer der Typen der hiesigen äußern Entwicklung bleiben; sie verdienen deshalb schon zum bessern Verständniß der Gegenwart in ihren Hauptzügen charakterisirt zu werden.

In demselben Jahre, als Missouri als Sklavenstaat in die Union aufgenommen wurde, hatte sich Mexiko seine Unabhängigkeit von Spanien erkämpft. Bereits 1824 bestimmte es die allmälige Freilassung der Sklaven und 1829 verfügte es deren unbedingte Emanzipation, welche Maßregel auch von der damaligen mexikanischen Provinz Texas ratifizirt wurde. Diese Ereignisse erregten in hohem Grade die Aufmerksamkeit des Südens. Ein freier Staat an der südwestlichen Grenze, welch ein schlechtes Beispiel! und auf der andern Seite ein äußerst fruchtbares und dünn bevölkertes großes Gebiet, welch ein lockendes Ziel für die ländereigierigen Pflanzer, welch ein mächtiger Bundesgenosse für die Sklavenhalter! Der kürzlich verstorbene Thomas H. Benton von Missouri war der Erste, welcher den Plan einer Annexirung von Texas in den Zeitungen seines Staates eifrig befürwortete. Er wies darauf hin, wie wichtig es für das Sklaverei-Interesse sei, sich im Kongreß neue Stützen zu schaffen, das Gebiet der Sklavenarbeit zu erweitern und das schwarze Eigenthum gegen die gefährliche Nachbarschaft einer freien Republik zu schützen.

Uebrigens blieb auch die Vereinigte Staaten-Regierung von vornherein kein müßiger Zuschauer. Präsident Jackson instruirte seinen Gesandten Poinsett, der mexikanischen Regierung 4—5 Millionen für Texas zu bieten. Weder Drohungen noch Einschüchterungen wurden gespart, um den schwachen Nachbar gefügig zu machen; allein trotz sechsjähriger Verhandlungen willigte er nicht in den Verkauf. Diese Prozedur ging zu unsicher und langsam von Statten, sie schien nie zum Ziele führen zu wollen; die Sache mußte durch unoffizielle und andere Einflüsse zu einem günstigen Resultate gebracht werden. Bereits im Jahre 1830 verlautete es in Arkansas, damals dem äußersten südwestlichen Grenzlande, auf eine „zum höchsten Glauben berechtigte Autorität" hin (die amerikanische Gesandtschaft in Mexiko), daß so lange keine Aussicht zur Erwerbung von Texas vorhanden sei, bis entweder eine den Vereinigten

Staaten freundlicher geſinnte Partei in Mexiko an's Ruder gekommen oder bis Texas einen genügenden Grund für ſeine Unabhängigkeitserklärung gefunden; leider ſei ein Vorwand dafür ſehr ſchwer aufzutreiben, da das Volk nicht den mindeſten Grund zur Beſchwerde habe. In demſelben Jahre ging General Samuel Houſton, früher Gouverneur von Tenneſſee und intimer Freund des Generals und Präſidenten Jackſon, nach Texas, um, wie eine Louiſiana-Zeitung ſagte, dort eine Revolution anzufangen. Sie finden in der Reiſe des Engländers G. W. Featherstonaugh durch die Sklavenſtaaten (1834) einige charakteriſtiſche Züge über das Treiben und die Pläne Houſton's, der damals mit ſeinen Anhängern an der Grenze die amerikaniſchen Anſiedler von Texas zum Abfall von Mexiko reizen half. Dieſe lebten ſeit 1821 im Lande und hatten damals die Bedingungen ihrer Einwanderung mit der mexikaniſchen Regierung feſtgeſetzt. Jetzt klagten ſie über deren angebliche Verletzung, obgleich in Wirklichkeit ſo gut als kein Grund zur Klage vorlag. Im Dezember 1835 wurde von 90 zuſammengelaufenen amerikaniſchen Abenteurern, worunter nur zwei Mexikaner, in Bahia oder Goliad eine Unabhängigkeits-Erklärung angenommen. Im März 1836 verſammelte ſich in Houſton's Hauptquartier, im amerikaniſch-texaniſchen Dorfe Waſhington, ein Konvent und erließ eine formellere Erklärung, unter deren 44 Namen ſich nur 4 mexikaniſche befanden. „Für den größten Theil unſrer Streitmacht" — ſagte Houſton — „müſſen wir uns auf die Vereinigten Staaten verlaſſen." Er wartete nicht vergebens. In allen ſüdlichen Städten der Union waren, wie in neueſter Zeit gegen Cuba und Nicaragua, Freiwillige gegen Mexiko am hellen Tage angeworben worden. Im April 1836 war die ſogenannte Schlacht bei San Jacinto geſchlagen. Houſton ſiegte mit ſeinen 800 Mann, unter denen nur 50 texaniſche Anſiedler waren; die Folge dieſes Sieges war die Unabhängigkeit von Texas.

Die neue Republik gab ſich eine Verfaſſung nach dem Muſter der Sklavenſtaaten und bat bereits im Sommer 1837 um Aufnahme in die Union. Van Buren, deſſen Verwaltung mit dem Druck der damaligen großen Handels- und Finanz-Kriſe zu kämpfen hatte, konnte es jetzt um ſo weniger auf einen Krieg mit Mexiko ankommen laſſen, als die nördlichen Staaten für den Annexations-Plan noch nicht gehörig

bearbeitet und gewonnen waren; er wies daher das Gesuch von Texas ab. Der Plan blieb bis zur nächsten Präsidentschaft unter Tyler liegen. Sein Staatssekretär Upshur eröffnete wieder die Unterhandlungen und brachte einen Annexations-Vertrag zu Stande, welcher aber am 8. Juni 1844 vom Senate verworfen wurde. Der Süden, den Calhoun mit der aus der Luft gegriffenen Behauptung geängstigt hatte, daß Lord Aberdeen den Abolitionisten von Texas die Zinsen eines aufzunehmenden Darlehns garantirt habe, falls sie mit dem Kapital die Sklaverei abschaffen wollten, ließ sich indessen auch jetzt noch nicht abschrecken und ging mit verdoppeltem Eifer an die Durchsetzung des Planes. Zuvörderst wurde der Norden gehörig bearbeitet. Namentlich wirkten zwei Scheinargumente. Einmal, hieß es, würden durch die Einverleibung von Texas die nördlichen Sklavenstaaten, wie Virginien, Kentucky, Missouri, Maryland und Delaware, von Sklaven entvölkert, also allmälig freie Staaten werden und somit schließlich der Vortheil auf Seiten des Nordens sein. Dann aber wurde den Industriellen des Nordens von Robert J. Walker, dem Finanzminister unter Polk, mit Aufhebung des von den Schutzzöllnern durchgesetzten Tarifs von 1842 und mit Einführung einer direkten Besteuerung gedroht. Wenn das erste dieser beiden Argumente auf die mittleren Staaten wirkte, so schlug das letztere wie eine Bombe unter die nördlichen Industriellen. Die respektabeln und soliden Herren Fabrikanten dachten zuerst an ihre eigne Rettung und dann an die Prinzipienfrage, die ja 2000 Meilen von ihren Fabriken entfernt entschieden werden mußte: ganz Neu-England theilte sich und machte den Sieg der Sklavenhalter möglich.

Unter diesen Umständen brachte Präsident Tyler im Dezember 1844 bei Eröffnung des Kongresses die Texas-Frage wieder zur Diskussion. Er kündigte diesem trotz des Votums des Senates vom 8. Juni 1844 an, daß das Volk und eine Majorität der Staaten sich für die Zulassung von Texas entschieden habe, und daß beide Häuser des Kongresses den ihnen zugegangenen Instruktionen gemäß die Aufnahme auszusprechen hätten. Der Präsident folgerte diese Majorität aus dem Votum, welches einen Monat zuvor der demokratische Präsidentschafts-Kandidat Polk erhalten hatte, bei dessen Wahl die Annexion von Texas einen wesentlichen Theil des demokratischen Programms ausmachte. Wirklich

wurde dieſe denn auch ſchon im Januar und März 1845 vom Hauſe und Senate beſchloſſen. Die eigentliche Aufnahme von Texas in das „Gebiet der Freiheit" erfolgte aber erſt am 29. Dezember 1845 unter Polk. „Dieſe Maßregel," ſagte Calhoun, „zielt darauf hin, die Intereſſen der Sklaverei aufrecht zu erhalten, ihren Einfluß auszudehnen und ihre ewige Dauer zu ſichern." In Folge der Annexion aber entbrannte der mexikaniſche Krieg, welcher einen entſcheidenden Wendepunkt in der innern und äußern Entwicklung der Vereinigten Staaten bildet. Seine Folgen bedingen die gegenwärtigen Verwicklungen und — damit ich gleich hier das Endreſultat verzeichne — werden und müſſen die gegenwärtige Union einem *Kriege* auf Leben und Tod und dadurch bedingten Wiedergeburt oder ihrer *Auflöſung* zutreiben. Dies Ziel liegt allerdings noch nicht klar vor Aller Augen. Es mag ſogar noch auf Jahrzehnte hinausgeſchoben werden; allein der Weg iſt vorgezeichnet, und es gehört wenig Prophetengabe dazu, aus den vorhandenen Prämiſſen einen richtigen Schluß zu ziehen.

Die nächſten Früchte dieſes ungerechten Krieges waren ungeheure Gebietserweiterungen, darunter namentlich der Gewinn Californiens, und langjährige politiſche Streitigkeiten über die Beſtimmung dieſer Gebiete. Die Sklavenhalter wollten ſich dieſe ausſchließlich aneignen; der Norden, wenn auch nur ſchwach, wehrte ſich gegen die Einführung der Sklaverei in bisher freies Land. Ihm kam der Umſtand zu Hilfe, daß Californien ſich ungefragt und wider Erwarten eine Verfaſſung als freier Staat gab. So langten denn die ſtreitenden Parteien nach mehr als zweijährigem Kampfe beim Kompromiß von 1850 an, welches die Intervention zu Gunſten der Sklaverei (Sklavenjagdgeſetz) als Prinzip aufſtellte, alſo die Sklaverei als eine nationale Angelegenheit anerkannte, während man ſie früher immer nur als eine Sache der Einzelſtaaten betrachtet hatte.

Wie auf den politiſcher Körper und die Politiker, ſo übte dieſer Krieg, ſeinem ruchloſen Urſprunge getreu, auf alle Klaſſen der bürgerlichen Geſellſchaft den verderblichſten Einfluß aus und trieb eine Härte, Rohheit und Geldgier an die Oberfläche, die trotz des ſtets überwiegenden partikularen Intereſſes im Charakter des Amerikaners ſich bisher noch nie ſo ungeſcheut an die Oeffentlichkeit gedrängt hatte. Der Sieg

über die schwachen Nachbarn steigerte das Selbstgefühl der großen Mehrzahl zum unerträglichen Hochmuth und zur Selbstvergötterung. Das Gold Kaliforniens erzeugte einen unersättlichen Durst nach schnell erworbenem Reichthum. Geldmachen ohne große Mühe, Ueberflügeln des Nächsten, gleichviel durch welche Mittel, wurde das Losungswort der Individuen, Vergrößerung auf Kosten des Nachbarn, der Ehrgeiz der leitenden Politiker und zuletzt der einzige Inhalt der Politik. „Macht geht vor Recht!" ist der Wahlspruch aller zwei und dreißig Staaten, und nicht blos in politischen Haupt- und Staats-Aktionen, nein, am Stimmkasten des kleinsten Dorfes für die Wahl des untergeordnetsten Beamten, im täglichen Handel und Wandel giebt er den Ausschlag und zugleich den Maßstab der Beurtheilung ab. Der äußere Erfolg und Schein ist der Götze des Tages. Wie er errungen wird, ist gleichgültig, wenn er nur vorhanden und recht blendend ist. Was nicht nach dieser Pfeife tanzen will, gilt als untergeordnete Race, als unfähig, diese „große Nation von Souveränen" zu begreifen. Die Prosperität der letzten zehn Jahre, durch die massenhafte wohlhabende und intelligente Einwanderung, sowie die kolossale Anlage europäischer Kapitalien auf eine bisher kaum geahnte Höhe getrieben, gab diesem hohlen Dünkel willkommene Nahrung und scheinbare Berechtigung. Die seit der vorigjährigen Krise erfolgte Verkürzung und Kündigung des europäischen Kredits lieferte indessen den Vereinigten Staaten den Beweis, daß sie trotz ihres bedeutenden Handels kommerziell doch immer nur eine bescheidene Kolonialstellung zu Europa einnehmen.

Die Geschmacksverirrung ging sogar vor Kurzem in Deutschland noch so weit, daß man diesen rohen Empirismus des durch innere und äußere Zucht ungebändigten Individuums als eine höhere Stufe der Entwicklung pries, daß man den „jungen amerikanischen Riesen" unbedingt bewunderte, und daß man seine Untugenden sogar den Deutschen als etwas ganz besonders Nachahmungswürdiges empfahl. In den geistlosen Reisebeschreibungen der Herren Wagner und Scherzer, in den kritiklosen Kompilationen zahlloser deutscher Skribenten, welche Amerika in literarische Erbpacht genommen zu haben scheinen, finden sich tausend Belege für diese Abgeschmacktheit; sie bilden dort das Surrogat für den Mangel an Ideen und Kenntniß der Thatsachen.

Es wäre übrigens eine ungerechte Uebertreibung, wollten Sie aus dieser Korruption des politischen und öffentlichen Gewissens der Amerikaner einen Schluß auf das Leben, die sittlichen und geistigen Anschauungen aller Volksklassen ziehen. Das Entweder — Oder des abstrakten Menschenverstandes ist längst in verdienten Mißkredit gerathen und findet am allerwenigsten auf den Entwicklungsprozeß von Nationen seine Anwendung. Die zivilisirte Welt ist mit Ausnahme einiger örtlichen Schattirungen diesseits wie jenseits des atlantischen Ozeans dieselbe; sie ist ziemlich gleich gut und gleich schlecht, gleich frei und gleich abhängig, und es ist höchstens bei dem einen Volke diese, bei dem andern jene Eigenschaft mehr ausgebildet. Allein der Unterschied ist der: Während in Europa die durch Geist, Kenntnisse, Mittel oder Geburt hervorragenden Persönlichkeiten sich am Staate betheiligen und einen hier heilsamen, dort verderblichen, jedenfalls aber kontrolirenden Einfluß auf die Politik und das öffentliche Leben ihres Volkes ausüben, ziehen sich hier die intelligenten, gebildeten Klassen und im Norden sogar die reichen und unabhängigen Leute nicht allein immer mehr von aller Betheiligung an der Politik scheu zurück, sondern blicken sogar mit Verachtung auf das öffentliche Treiben, auf jeden Politiker herab. Aus diesem Grunde fällt hier nicht allein jede Kontrole der Leidenschaften, vorübergehenden Stimmungen und Vorurtheile der Massen weg, sondern diese stellen sich im Gegentheil über jene und schließen jeden andern als Gewinn und Beute bringenden Einfluß aus der Politik aus. So ist diese immer mehr zum Geschäfte und sogar zum anrüchigen geworden, zum Monopol von Individuen, die gemeiner, physisch stärker, ehrgeiziger, d. h. ämtergieriger und gewissenloser sind als ihre Mitbürger. Man ärgert sich hie und da über ihre Rohheit, wenn sie sich zu frech herauswagt; im Ganzen aber läßt man sie gewähren und geht unbekümmert um die öffentlichen Zustände seinen Privatinteressen nach. Darum herrscht auch in keinem Lande, welches ich gesehen und beobachtet habe, weniger wirkliches politisches Leben und mehr politischer Lärm, denn man wird es doch keine Politik nennen wollen, daß die „trading politicians“ stereotyp das Vaterland in Gefahr erklären und sich im Voraus über die Stellen, d. h. die Beute, einigen, daß die Bürger etwa zwei Mal im Jahre zu den vorgeschlagenen Kandidaten Ja oder Nein sagen können, und daß

bei dieſer Gelegenheit der ſüße Pöbel, der gewöhnlich Schauſpieler und Zuſchauer in Einer Perſon iſt, ſich umſonſt betrinken und ungeſtraft Skandal machen darf. Der Umſtand, daß in der meines Erachtens durchaus falſchen Anwendung des demokratiſchen Prinzips beinahe alle öffentlichen Aemter, in der Mehrzahl der Staaten ſogar die Richterſtellen, durch Volkswahlen beſetzt werden, macht die Majorität der Beamten zu gewiſſenloſen Demagogen und willfährigen Partei-Werkzeugen. So wurde es z. B. möglich, daß ein Menſch, welcher gerichtlich der gröbſten Betrügereien und Unterſchleife überführt war, wie der Mayor Wood von New-York, ſtatt Zuchthausſtrafe zu erhalten, erſter Exekutiv-Beamter der größten Stadt der Vereinigten Staaten werden konnte, und daß er erſt nach dreijähriger Tyrannei, als der Unfug zu arg wurde, mit Mühe und Noth beſeitigt ward. Vom Kongreß an bis herunter zur Legislativen des kleinſten Staates giebt es kaum Eine geſetzgebende Verſammlung, welche in den letzten Jahren nicht ihre beſonderen Ausſchüſſe zur Unterſuchung der Korruption einzelner ihrer Mitglieder gehabt hätte. „Wir reden" — ſagte der demokratiſche Senator Toombs jüngſt in einer Sitzung des Vereinigten Staaten-Senates — „von der Korruption in Mexiko, Spanien, Frankreich und anderen Staaten, und es mag auch wohl viel Wahres daran ſein; allein nach meiner Erfahrung und meinen ſehr ausgedehnten eigenen Wahrnehmungen muß ich die Ueberzeugung ausſprechen, daß es auf der ganzen Erde keine ſo korrupte Regierung giebt, als die der Vereinigten Staaten." Das denke ich auch, fiel der Republikaner Hale ein. „Ich auch, zugeſtanden!" rief ein halbes Dutzend anderer Stimmen. „Wir können nicht verhindern" — ſagte die New-Yorker Times in einem Leitartikel vom 26. Februar 1857 — „daß Lumpenhunde und Gauner in den Kongreß gewählt werden; aber wir ſollten wenigſtens Mittel finden, ſie zu anſtändigem Betragen anzuhalten, wenn ſie einmal dort ſind."

Herr Toombs hat ſich wohl gehütet, den Grund der von ihm beobachteten Erſcheinung anzugeben. Er liegt, wie wir oben geſehen haben, einfach darin, daß ſich die Pflanzer des Südens — die dortigen beſitzloſen Weißen ſind ſo gut als rechtlos — mit den ſchlechten, beſitzloſen, aber Beſitz erſtrebenden Elementen des Nordens, namentlich dem Pöbel der großen Städte, verbinden, um ſich die Herrſchaft ihrer In-

tereſſen zu ſichern. Dieſes unnatürliche Bündniß heißt amerikaniſche Demokratie; ihre Baſis iſt die Sklaverei, ihr Streben die Knechtung jeder freien und unabhängigen Exiſtenz, ihr Ziel die Befeſtigung und Ausdehnung der Sklaverei. Wenn Sie von der äußern Form abſehen, ſo hat das Volk hier ſo wenig etwas zu ſagen als drüben. Der Unterſchied iſt nur der, daß man ihm in Europa ſchlechtweg erklärt und durch die That beweiſt, daß es nur zum Gehorchen und Steuerzahlen vorhanden iſt, während man ihm hier das Mährchen aufbindet, es ſei der wirkliche Souverain und delegire nur ſeine Machtbefugniſſe. Es lebe die Phraſe! Wahrhaftig ſie iſt wohlfeil, ſie thut alle die Dienſte umſonſt, für welche in Europa an ſtehenden Heeren, Polizei und Präventiv-Maßregeln ſchon Tauſende von Millionen ausgegeben ſind und noch täglich ausgegeben werden. Die andre gute Folge dieſer Fiktion iſt aber die, daß ſich hier die regierenden Herren viel mehr erlauben können als drüben, und daß die hieſige Pöbel- und Ariſtokraten-Oligarchie in ihrer Sphäre viel unumſchränkter herrſcht, als Louis Napoleon oder der Czar von Rußland.

Wir haben das Ziel dieſer „kleinen, aber mächtigen Partei" bis zum Kompromiß von 1850 verfolgt. Der große Gewinn deſſelben für den Süden beſtand darin, daß es ihm die Einfangung ſeiner flüchtigen Sklaven im ganzen Gebiete und auf Koſten der Union einräumte und erleichterte. Das Jagdgeſetz gegen flüchtige Sklaven iſt einer der gehäſſigſten und infamſten legislativen Akte, welche die Geſchichte der Neuzeit kennt. Es iſt nicht allein ein frecher Hohn auf die Prinzipien und Geſchichte dieſer Republik: es iſt ein prämeditirter Hochverrath an der ganzen Menſchheit. Von Phraſen entkleidet heißt es nichts Andres, als daß die Hautfarbe die ſchwarzen Menſchen vogelfrei macht. Es verpflichtet jeden Bürger der Vereinigten Staaten zum Sklavenfänger, zum Spion und unbezahlten Bluthund; es behandelt den ganzen Norden wie eine eroberte Provinz und macht ihn nicht allein zum Jagdgebiet, ſondern läßt ihn ſogar die Koſten für die Jagd tragen. Dieſe Akte vom 7. September 1850 erhebt die Sklaverei zum oberſten Geſetze des Landes, zum leitenden und ausſchließlichen Grundſatz der hieſigen Politik. Warum er ein Kompromiß genannt wurde, iſt mir auch hier ſo wenig klar, als beim Miſſouri-Kompromiß, denn auch hier wieder ſind

alle Zugeständnisse auf Seiten des Nordens. Californien nämlich hatte die Sklaverei bereits ausgeschlossen, die Unterdrückung des Sklavenmarktes im Distrikt Columbien war eine bloße Form, und die eventuelle Zulassung Neu-Mexiko's und Utah's ohne die Sklaverei-Klausel eine schlau gelegte Falle, wie dies vier Jahre später dem Norden klar werden sollte.

Gleichwohl beruhigte sich dieser bei dem ihn übervortheilenden Friedensschlusse. Whigs und Demokraten erkannten bei der Präsidentenwahl von 1852 den Kompromiß als bindend und rechtsgültig an, die letzteren erklärten sogar jede Agitation dagegen für einen Verrath, und der neu erwählte Präsident Pierce versprach auf's Entschiedenste, die kaum wieder hergestellte Ruhe zu schützen. Allein er war noch kein Jahr im Amte, als die herrschende demokratische Partei durch Douglas mit der Nebraska-Bill das ganze Land in neue Aufregung versetzte. Diese Bill verlangte ihrem innersten Wesen nach die Aufhebung des Missouri-Kompromisses, also Einführung der Sklaverei in die bisher gesetzlich freien Gebiete. „Auf das Land nördlich vom 36° 30′ kommt es vorläufig noch nicht an" — hatte Charles Pinckney, ein wüthender Sezessionist aus Süd-Carolina, am Tage der Annahme des Missouri-Kompromisses geschrieben — „es ist nur von wilden Bestien und Indianern bewohnt, und es kann dort für's Erste noch kein Landamt errichtet werden." Ende 1853 dagegen, also grade ein Menschenalter nach Annahme des Missouri-Kompromisses, wo der Norden seinen Antheil daran in Empfang zu nehmen sich anschickte, kam es dem Süden sehr auf jenes Land an. Er befürchtete seit der Aufnahme des Freistaates Californien und der Organisation der Gebiete Oregon und Minnesota das Uebergewicht des Nordens und mußte, wenn er namentlich die in der Mitte des Kontinents, auf der großen Heerstraße nach Mexiko und Californien gelegenen Gebiete Nebraska und Kansas verlor, auf jede Ausdehnung der Sklaverei nach Westen hin verzichten. „Was sollen wir thun?" — sagte der Charleston Mercury im Jahre 1854 — „seht Euch Kansas auf der Landkarte an, blickt auf die Stellung, welche es einnimmt. Der Norden hat sechszehn Staaten, der Süden fünfzehn. Gebt jenem noch Kansas, so hat er noch zwei Stimmen mehr im Senat, und das ganze Land wird abolitionisirt. Von Maine bis Jowa erschallt der Ruf: „Keine Sklavenstaaten mehr!" Ist dieser Ruf der Vor-

läufer des Sieges derer, welche ihn ausstoßen, dann gute Nacht! ihr schönen Hoffnungen, ihr süßen Träume von der Zukunft der südlichen Einrichtungen! Kansas liegt an dem Thorweg zum Westen, an der Straße der großen Pazifik-Eisenbahn. Wenn es zu einem freien Staate gemacht wird, wohin könnte dann noch die Sklaverei nach Westen dringen?"

Die Nebraska-Bill wurde im Mai 1854 zum Gesetz; sie hob nicht allein den Theil des Missouri-Kompromisses auf, welcher die Sklaverei für immer in allen damaligen Territorien nördlich vom 36° 30′ verbot, sondern setzte auch im Gegensatz zu ihm das sogenannte Prinzip der Squattersouverainetät durch, wonach sich der Kongreß nicht mehr in die Angelegenheiten eines Territoriums zu mischen und die Entscheidung darüber, namentlich über die Sklaverei, ausschließlich den dortigen Bewohnern zu überlassen hat. Es gehörte wenig politischer Blick dazu, die eigentliche Absicht und Tragweite dieser Bestimmung zu erkennen. Der Norden befand sich darüber auch nicht im Zweifel. Er wußte, daß der Süden mehr Sklaverei-Gebiet brauchte und auf diesem Umwege die Sklaverei in Nebraska und Kansas einzuführen rechnete. Um die Pille mundgerecht zu machen, wurde als herrliches Auskunftsmittel die Squattersouverainetät erfunden, welche das politische Urtheil des Volkes verwirrte, also ganz ausgezeichnete Dienste leistete. Ein Squatter ist ein Ansiedler, der sich ohne Rechtstitel auf einem bereits im Besitze eines Andern befindlichen Stück Landes niederläßt; ein Territorium aber (in dem hier geltenden Sinne) steht unter der Vormundschaft seines Eigenthümers, der Vereinigten Staaten; es fehlt ihm also die Grundbedingung der Souverainetät, die Existenz als Staat. Auf Grund des schamlosen Squattersouverainetäts-Humbugs sollen nun die Ansiedler souverain sein und Befugnisse ausüben, die nicht ihnen, sondern dem Herrn des Territoriums zustehen. Da nun die Union die souveraine Herrin aller von ihr gekauften oder sonst wie erworbenen Territorien ist, so hätten sich die Vereinigten Staaten sämmtlicher Souverainetätsrechte enthalten müssen. Das geschah aber selbstredend nicht. Im Gegentheil diente der Schwindel nur dazu, die Sklaverei in Kansas einzuführen, zugleich aber hinter seiner Maske die Exekutive zu stärken und eine straffere Zentralisation der Regierungsgewalten zu bewirken. Demgemäß wurden auch Kansas und Nebraska von Washington aus

organisirt und regiert, und es ward nur erklärt, daß die Majorität der zufällig vorhandenen Bewohner über die Einführung der Sklaverei zu bestimmen habe. Das hieß nichts andres, als daß die paar Sklavenhalter, die von Missouri aus nach Kansas gezogen waren und dort noch erwartet wurden, den Charakter der politischen Institutionen, also die ganze Zukunft des Landes entscheiden sollten. Der Norden erkannte die ihm drohende Gefahr und machte von dem vom Kongreß proklamirten Rechte Gebrauch: namentlich in Neu-England bildeten sich Auswanderungsgesellschaften zur Niederlassung in Kansas.

Die in den Vereinigten Staaten alle anderen an Wichtigkeit überragende Prinzipien-Frage: „Ob Sklaverei oder nicht?" war somit dem Zufall der Majorität überantwortet, der Norden ward auf einem Gebiete, welches der Süden selbst ein Menschenalter vorher für frei erklärt hatte, in eine machtlose Defensive zurückgedrängt. Dahin war es in dem kurzen Zeitraume von grade zwei Menschenaltern gekommen! Die Sklavenfrage hatte bereits vier verschiedene Stadien durchlaufen. Während des ersten (1788—1821) galt im Interesse der Freiheit das Prinzip der Nichtintervention des Kongresses, weil die Freiheit als national, die Sklaverei dagegen nur als lokal und temporär anerkannt wurde. Allein schon im zweiten Stadium (1821—1850) intervenirte der Kongreß und bestimmte eine willkürliche Grenzlinie zwischen freiem und Sklaven-Gebiet, während er im dritten Stadium (1850 – 1854) die Sklaverei offen als nationale Angelegenheit proklamirte und die Intervention zu ihren Gunsten als Prinzip aufstellte. Im vierten Stadium endlich, welches von der Nebraska-Bill eröffnet wird, kehrt der Kongreß zur Interventions-Politik zurück, allein mit dem großen Unterschiede, daß die Sklaverei als national, die Freiheit aber als lokal und geduldet galt. Der Norden mußte jetzt wohl oder übel auf die ihm vorgeschriebenen Bedingungen eingehen, er mußte es mit seinem numerischen Uebergewichte gegen den Süden versuchen. Es wanderten Tausende von Freistaatsleuten nach Kansas, um das Territorium den Sklavenhaltern abzugewinnen; allein diese hatten Kansas näher, sie brauchten nur über den Missouri-Fluß zu gehen. Die streitenden Theile fochten einen Kampf auf Leben und Tod. Die politische Aktion war einmal wieder in die Wildniß des äußersten Westens verlegt.

2.

Der Anfang vom Ende.

(1860)

„Iſt dies das zweiundachtzigſte Jahr unſrer Unabhängigkeit oder das erſte Jahr der amerikaniſchen Monarchie, welche jetzt über uns hereinbricht?“

Robert J. Walker, Gouverneur von Kanſas unter Buchanan.

Es würde ein Leichtes ſein, ein dickes Buch über die Kanſas-Frage zu ſchreiben; zählt doch allein der Kongreßbericht über die in Kanſas vorgekommenen Wahlfälſchungen zwölfhundert Seiten in Großoktav! Deſto ſchwerer iſt es, in einem einzigen Briefe die Thatſachen und Geſichtspunkte zuſammenzudrängen, welche bei der Beurtheilung dieſer, länger als vier Jahre in den politiſchen Vordergrund geſtellten Frage maßgebend ſind. Gleichwohl will ich den Verſuch wagen.

Sind auch in letzter Zeit andere Streitpunkte vorgeſchoben, welche die eigentlichen Abſichten der herrſchenden Partei verhüllen, ſo kann doch das augenblickliche Tagesintereſſe der prinzipiellen Bedeutung der Kanſas-Frage keinen Abbruch thun, weil dieſe in einer Nußſchale die ganze offizielle Politik der jetzigen Vereinigten Staaten widerſpiegelt und ein Markſtein der in deren inneren Angelegenheiten vor ſich gehenden Revolution iſt.

Herr Walker, ein hervorragender hieſiger Demokrat, hat die Situation in den Worten, welche ich als Motto an die Spitze dieſes Briefes geſtellt habe, ganz richtig gezeichnet; nur glaube ich mit gutem Recht ſeine Frage dahin beantworten zu können, daß die Union ſchon längſt über das erſte Jahr der Monarchie hinaus iſt. Allerdings muß ich zum nähern Verſtändniß meinen europäiſchen Leſer bitten, daß er ſich unter der hieſigen Monarchie nicht die ſtrikte Verwirklichung einer konti-

nentalen Militärmonarchie mit ihrem äußern Apparat vorstelle. Ich verstehe hier unter Monarchie den Gegensatz von self-government, das Beherrschtwerden durch einen vom Volke unabhängigen Willen. Sie kann ganz gut ohne erblichen König und stehendes Heer, ja sogar unter einer republikanischen Form existiren. Das Wesen der Sache, nicht aber die Form, ist hier entscheidend. Oder war etwa Frankreich unter den beiden Napoleon's eine Republik, und ist nicht England trotz des Königthums republikanischer als irgend eine Republik der alten und neuen Zeit? Die gefunden Grundlagen, auf denen diese Republik erbaut ist, sind schon längst von der Sklaverei unterwühlt; mit jeder Präsidentenwahl prägt sich der oligarchische Charakter der hiesigen Regierung klarer und deutlicher aus. Jeder Präsident tritt entschiedener und unverhüllter gegen den Geist und die Form der Verfassung auf, und schon liegt es auf offener Hand, daß sich die Entscheidung täglich mehr auf Seiten des angreifenden Theils, nämlich auf die von den Sklavenhaltern unablässig vorwärts gedrängte Exekutive drängt. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat schon jetzt viel größere Machtbefugnisse als die Königin von England, und es ist ein charakteristischer Fingerzeig auf dem hier eingeschlagenen Wege, daß Buchanan sogar das Recht der Kriegserklärung ohne vorherige Genehmigung des Kongresses für sich beanspruchte und beantragte.

Ich wiederhole, es gelten hier andere Verhältnisse und ein andrer Maaßstab, als in Europa: die Macht, die jenseits des Ozeans zentripetal auftritt, ist hier vorläufig noch zentrifugal. Die äußere Form des Kampfes ist daher hier auch eine andre, als in Europa. Hier giebt es keine Soldaten und Massen, welche das Kapital stürmen könnten oder wollten, selbst wenn sich einzelne Führer finden sollten, welche von diesem Wunsche beseelt wären. Auch kann man das Volk noch nicht mit einem Federstriche oder durch die Polizei mundtodt machen. Es hat dem Anschein nach noch Alles zu sagen, spricht auch überall mit, bedeutet aber von Tag zu Tag weniger. Bis jetzt geht darum auch die äußere Handlung in den Vereinigten Staaten nicht in Washington, sondern an den Grenzen vor sich. Bisher konnte die Regierung nur genehmigen oder verwerfen, was dort geschah; erst seit Kansas sucht sie dort ihren absoluten Willen geltend zu machen. Namentlich in der

Sklavenfrage war die Entscheidung in die Territorien verlegt, und zwar politisch deshalb, weil sie in den Einzelstaaten längst erledigt ist und die sich organisirenden Gebiete nur noch den Kampfplatz abgeben; ökonomisch, weil hier die Interessen sich unmittelbarer gegenüber stehen und direkt in das Mein und Dein eingreifen, während das in den bestehenden Staaten meistens nur auf Umwegen der Fall ist, und endlich ethisch, weil die Grenzbewohner einfachere und darum energischere Naturen sind, die für das von ihnen für recht und wahr Gehaltene ohne Reflexion und mit aufrichtiger Wärme und Zähigkeit einstehen.

Erst neuerdings hat die Bundesregierung in diesen natürlichen Gang der Dinge eingegriffen und ihren eigenen Willen dem widerstrebenden Volke aufzudringen gesucht. Augenblicklich stehen sich beide noch als zwei ziemlich gleich starke Mächte gegenüber, die Entscheidung neigt sich sogar diesmal, trotz der Anstrengungen der Administration, unzweifelhaft auf die Seite des Volkes; allein der Umstand, daß die Exekutive und Legislative den Konflikt an den Haaren herbeiziehen können, spricht dafür, daß sie ihn, wenn auch nicht diesmal, doch auf die Dauer siegreich für sich durchführen wird.

Also Kansas ward am 27. Mai 1854 als Territorium organisirt. Seine Bewohner sollten — so hieß es in der konstituirenden Akte — selbst über Zulassung der Sklaverei entscheiden. Natürlich ernannte Pierce nur Anhänger seiner Politik zu Beamten in dem neuen Territorium. Erster Gouverneur wurde A. H. Reeder, einer der eifrigsten Unterstützer der Bill, aus Pennsylvanien; sein Sekretär war ein Bürger von Arkansas, H. Woodson. Ebenso gehörten sämmtliche von Pierce gewählten Richter dem Süden an und nahmen ihre Sklaven gleich mit nach Kansas. Man glaubte damals aber allgemein, daß sich diese Beamten dem unzweideutig ausgesprochenen Volkswillen fügen und daß sie, unbekümmert um ihre privaten Interessen, das Gesetz zur Ausführung bringen würden.

Hinter ihnen aber standen die Sklavenhalter von Missouri, deren Interesse und Streben auf unbedingte Einführung der Sklaverei in Kansas ging. In seinem so ausgedehnten Gebiete wäre es, wenn es frei würde, fast unmöglich, alle flüchtigen Sklaven wieder einzufangen, ja sie würden, durch die Schwierigkeit ihrer Verfolgung ermuntert, erst

recht zur Flucht veranlaßt werden. Dann aber wären die schönen Ländereien, welche auf der andern Seite des Flusses liegen und für einen Spottpreis von den Missouriern gekauft wurden, fast werthlos für die Sklavenhalter und müßten dem Norden überlassen bleiben, sobald sie gesetzlich nicht durch Sklavenarbeit bebaut werden könnten. Sechs westliche Counties von und am Missouri (nämlich Platte, Clay, Ray, Jackson, Lafayette und Saline) bilden so ziemlich die Vorposten des Staates gegen Kansas. In diesen Counties wohnten nach dem Census von 1850: 56,726 freie Weiße und 17,357 Sklaven, also beinahe 23½ % Sklaven, während sich im ganzen Staat Missouri, wie wir oben gesehen, das Verhältniß auf 13 % stellt. Die Sklaverei zog den natürlichen Verkehrsweg des Staates, den Missourifluß hinauf, theils angelockt von den fruchtbaren westlichen Landstrichen, die an Kansas grenzen, theils um der Flucht vorzubeugen, welche die Sklaven östlich nach Illinois und westlich nach Iowa, zwei freien Staaten, unternehmen konnten. Das schwarze Eigenthum würde aber noch mehr als unsicher sein, wenn jetzt auch der Westen frei und damit den Sklaven ein dritter Ausweg geöffnet wäre. Uebrigens ist, falls die von Sklavenhaltern selbst gemachten Angaben wahr sind, die Sklaverei in keinem Theil der Vereinigten Staaten profitabler als im westlichen Missouri. Ein männlicher Sklave bringt dort 180—250 Doll. jährliche Miethe, eine Frau 80—150 Doll., ein Mädchen von zehn bis dreizehn Jahren 40—60 Doll. Der Werth des Sklaven-Eigenthums in jenen sechs Grenz-Counties beläuft sich aber auf zehn Millionen Dollars. Der ganze Süden theilt das Interesse Missouri's für Einführung der Sklaverei in Kansas; aber dieser Staat und namentlich seine westliche Hälfte wird am tiefsten und unmittelbarsten von dieser Frage berührt. Darum prägen sich hier auch die Gegensätze schroffer aus und darum platzen auch hier Norden und Süden aufeinander.

Uebrigens war die Bevölkerung des Nordens und Ostens während des im Kongresse um Kansas geführten Kampfes nicht müßig gewesen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß es vom Volke ausschließlich abhinge, den politischen Charakter des neuen Gebietes zu bestimmen, organisirte man bald im ganzen Lande Gesellschaften zur schleunigen Ansiedelung von Kansas durch Freistaatsmänner. Gelang es ihnen,

die Majorität zu erhalten, so blieb selbstredend die Sklaverei von seinem Boden ausgeschlossen, während er unbedingt der Sklaverei verfiel, sobald die Südländer dort die Mehrheit der Stimmen abgaben. So waren bereits im Sommer und Herbste 1854 ein paar tausend Ansiedler aus den nördlichen und östlichen Staaten in Kansas eingewandert. Sie wohnten als Ackerbauer in einzelnen Niederlassungen zerstreut und bildeten den wenigen im Territorium angesiedelten Sklavenhaltern gegenüber eine ganz kompakte Mehrheit. Diese aber betrachteten sie als unberufene Eindringlinge und hielten jedes Mittel für recht, ihnen entgegenzutreten. Die Gelegenheit dazu ergab sich bald.

Am 29. November 1854 fand die Wahl des für den Kongreß in Washington bestimmten Delegaten statt. Der Gouverneur hatte das Territorium in sechzehn Wahlbezirke getheilt und verordnet, daß nur wirkliche Ansiedler von Kansas stimmberechtigt sein sollten. Trotzdem drangen am Tage der Wahl etwa 12—1500 Missourier in das Gebiet ein und gaben, indem sie die wirklichen Ansiedler mit Gewalt verjagten, ihre Stimmen zu Gunsten einer Kreatur der Sklavenhalter. Ein gewisser Whitfield wurde durch sie mit großer Majorität zum Delegaten gewählt, und der Gouverneur Reeder war schwach genug, ihm am 5. Dezember 1854 die amtliche Beglaubigung seiner Wahl auszufertigen. Selbstredend zog sie der Kongreß nicht einmal in Zweifel, obwohl z. B. nachgewiesen wurde, daß im zweiten Wahlbezirke nur 51 gesetzlich Stimmberechtigte wohnten, daß aber trotzdem dort 262 Stimmen abgegeben wurden.

Der Lärm und die Entrüstung über die bei jener Gelegenheit verübten Gewaltthätigkeiten hatte sich kaum gelegt, als die Zeit der Wahlen für die Legislatur des Territoriums herankam. Diese Wahlen waren deshalb besonders wichtig, weil die zu bildende Gesetzgebung voraussichtlich die Verfassung des spätern Staates zu entwerfen und darin vor Allem über Ausschluß und Zulassung der Sklaverei zu entscheiden hatte. Von dem Charakter der Gewählten hing also auch der politische Charakter des Gebietes und einstigen Staates ab. Die wirklichen Ansiedler waren in ihrer Mehrzahl entschiedene Gegner der Sklaverei; sie verließen sich im Gefühl ihres numerischen Uebergewichtes auf die Entscheidung ihrer Stimmen. Die Missourier dagegen ergriffen viel wirk-

ſamere Maßregeln als bei Whitfield's Wahl, um eine ihnen feindliche Abſtimmung und eine Volksmanifeſtation gegen die von Pierce eingeſchlagene Politik zu verhindern.

Am 30. März 1855 wurde die Wahl abgehalten. Schon in der Nacht vorher waren die Miſſourier, etwa 1500—2000 Mann ſtark, mit Lebensmitteln, Zelten, Wagen, ſogar mit zwei Kanonen verſehen und bis an die Zähne bewaffnet, in Kanſas eingerückt. In Banden organiſirt vertheilten ſie ſich an die einzelnen Wahlorte. Sie beſetzten die Stimmkaſten und vernichteten jede Stimme, welche nicht für ihren Kandidaten lautete. An manchen Stellen hatten ſie gleichwohl eine der Sklaverei ungünſtige Abſtimmung nicht verhindern können. Es wurden bewaffnete Haufen hingeſandt, welche kurzer Hand die Stimmkaſten in den Fluß warfen. In Lawrence rückten etwa 900 Miſſourier mit Kanonen ein. Hier ſind die meiſten Anſiedler aus Neu-England zuſammengedrängt. Die Zahl der Stimmberechtigten belief ſich damals dort auf 369; trotzdem aber wurden von den Eindringlingen 1033 Stimmen abgegeben, obgleich die meiſten Freiſtaatsmänner durch Gewalt am Stimmen verhindert worden waren. Wo ſich nur der geringſte Widerſtand zeigte, wurde er in brutalſter Weiſe, durch Zerſtörung der Häuſer und Mobilien, beſeitigt. Natürlich ſetzten die Sklavenhalter auf dieſe Art ihre Abſicht durch. Sie rühmten ſich des Wahlreſultats wie eines wohlerrungenen Sieges. „Geſtern" — ſagte der Kanſas-Herald vom 31. März 1855 — „war ein ſtolzer und glorreicher Tag für die Freunde der ſüdlichen Rechte. Der Triumph der Sklavenhalter-Partei iſt vollſtändig und überwältigend. Kommt Alle, Ihr Männer aus dem Süden, bringt Eure Sklaven mit und füllt das Territorium mit ihnen an. Kanſas iſt gerettet, der Abolitionismus geſchlagen, ſeine Feſtungen ſind zerſtört und ſeine Fahnen in den Staub getreten!"

Der Gouverneur Reeder fand denn doch dieſe Art der Ausübung der Squatter-Souveränetät zu unverſchämt. Er erklärte deshalb diejenigen Wahlen für ungültig, deren Geſetzwidrigkeit ihm rechtzeitig bewieſen wurde; andere dagegen, gegen welche kein Widerſpruch erhoben wurde, ließ er zu. Die Sklavenhalter und ihr Anhang antworteten am 9. April 1855 auf dieſen offiziellen Schritt mit einer Proklamation, worin ſie den Bürgern von Kanſas auseinanderſetzten, daß A. H.

Reeder zum Gouverneur untauglich sei, da er mit den eigenthümlichen Verhältnissen des Westens (bisher sprach man immer nur von denen des Südens) nicht vertraut und da seine Wahl ohne die Zustimmung des Volkes des Territoriums erfolgt sei! Hierin liege ein Willkürakt und ein Verstoß gegen das republikanische Prinzip, weshalb hiermit auf den 28. April eine neue Wahl für einen neuen Gouverneur angeordnet werde.

Der „Kansas-Pionier" fügte zur Bekräftigung dieses Ausschreibens noch hinzu: „Wir wünschen Herrn Reeder grade nicht am Nacken in der Luft baumeln zu sehen, denn auch ohnedies wird er bald mausetodt sein, weil wir ihn für ein sauberes Exemplar östlicher Ritterlichkeit und für eine feine Ausgabe eines Freibodenmanns halten; aber sollte er im Herzen und in der That Abolitionist sein und den Schwarzen zur Flucht nach Canada verhelfen, so dürfte es an der Zeit sein, die Schlinge um seinen Hals zu werfen, wäre es auch nur, um zu sehen, wie er hustet und Grimassen schneidet."

Die Seele und der Führer dieser rohen Banden war David Atchison, damals Präsident des Vereinigten Staaten-Senats und als solcher der erste Mann nach Pierce. Er ist einer von jenen gewissenlosen südlichen Demagogen, denen jedes Mittel zur Befestigung und Ausdehnung der Sklaverei recht ist. An den Grenzen der Zivilisation aufgewachsen und angesessen, kannte er besser als die meisten seiner Kollegen in Washington die Bedürfnisse, Instinkte und Leidenschaften der Gränzbewohner. Hier, wo der Revolver und das Lynchen das öffentliche Leben regulirt und wo der Branntwein eine soziale Macht ist, war Atchison viel besser zu Hause und erfolgreicher, als in den Hallen des Kongresses. Er erklärte es für seine Pflicht und Aufgabe, die Sklaverei in Kansas einzuführen und die „philanthropischen Schufte" daraus zu vertreiben. Er stellte sich an die Spitze der Missourier und drang mit ihnen und seinem Adjutanten Stringfellow nach Kansas, wo er wie ein Pascha hauste, sengte und brannte, Druckereien zerstörte, Freistaatleute aufhing, kurzum, die Geschäfte des Südens mit brutalem Eifer besorgte.

Der Gouverneur Reeder reiste im April 1855 selbst nach Washington, um vom Präsidenten Abhilfe gegen die Brutalitäten der Missourier zu erlangen. Pierce jedoch, weit entfernt, das in den Ansiedlern von Kansas

verletzte Prinzip der von ihm und den Seinigen erfundenen Squatter-Souveränetät zu schützen, ließ durch sein amtliches Organ, die „Union," wie allemal, wenn an den Norden zu starke Zumuthungen gestellt werden sollten, die Bürger von Kansas und den ganzen Norden zur Ruhe, Besonnenheit und Eintracht ermahnen. Ja er hatte die Stirn, die Verbrechen der Missourier zu entschuldigen, weil sie durch die Abolitionisten gereizt worden wären, weil der Norden versucht hätte, durch freie Ansiedler das Territorium Kansas zu einem freien Staate zu machen. Das Verbrechen des Nordens in den Augen der Washingtoner Herren bestand also darin, daß er den einzigen von den Nebraska-Bill ihm offen gelassenen Weg zur Behauptung seiner Rechte benutzt und daß er der politischen Ehrlichkeit von Pierce und Douglas getraut hatte.

Es kam für den Präsidenten nur noch darauf an, seinen widerspenstigen Gouverneur los zu werden, der die Ansichten und Absichten des Washingtoner Kabinets gar nicht begreifen wollte. Pierce versuchte es zuerst mit Güte. Er bot also Reeder zunächst die einträgliche Stelle eines Kommissärs nach China an; dieser aber schlug sie aus. Dann wollte er ihm den Gesandtschaftsposten in London geben, den aber Buchanan, damals schon für die Präsidentschaft wühlend, noch inne hatte; allein auch darüber zerschlugen sich die Unterhandlungen. Reeder kehrte also nach Kansas zurück. Kaum war er abgereist, so wagte sich Pierce mit seinen Chikanen gegen ihn heraus. Er that nämlich, als ob er die von Reeder's Gegnern gegen ihn ausgestreuten Gerüchte über unerlaubte Landspekulationen glaubte, und der überall korrumpirende, jetzt aber zum sittenstrengen Cato gewordene Präsident forderte Reeder auf, sich noch vor Uebernahme seines Postens zu rechtfertigen. Natürlich verstanden die Missourier Grenzstrolche recht gut, was Pierce wollte: sie wurden nur um so übermüthiger. Bei Reeder's Ankunft fing Stringfellow sofort öffentlich Streit mit ihm an und suchte ihn durch einen brutalen Ueberfall und Thätlichkeiten zu provoziren; Reeder aber, ein athletisch gebauter Mann, warf die ganze Bande kurzer Hand zum Tempel hinaus und prügelte Stringfellow mit einem Stuhlbein aus dem Fenster. Ländlich, sittlich!

Man hegte in Washington die, wenn auch schwache, Hoffnung, daß Reeder, unter der Drohung der Absetzung schwebend, sich der im Juli

zusammentretenden sogenannten Kansas-Legislatur, die fast ausschließlich aus Missourier Raufbolden bestand, willfährig zeigen würde. Aber gleich die ersten Verhandlungen zwischen Gouverneur und Gesetzgebung gaben Anlaß zu erbitterten Streitigkeiten. Jener berief sie nach Pawnee, diese verlegte sich eigenmächtig nach Shawnee-Mission, in die unmittelbare Nähe der Missourigränze, wo sie stets ihre Rowdies zur Hand hatte. Jener setzte jedem ihrer Beschlüsse sein Veto entgegen; diese dekretirte trotz seines Widerspruches darauf los. So erklärten die Rowdy-Legislatoren acht Mitglieder, welche von den nördlichen Ansiedlern gewählt waren, für illegitim gewählt und schlossen sie aus; so verfertigten sie ein Wahlgesetz, wonach jeder Bürger der Vereinigten Staaten in Kansas stimmen durfte, gleichviel, welchem Staate er angehörte, sobald er einen Eid auf die Konstitution, das Sklavenjagd-Gesetz und die Nebraska-Bill leistete und einen Dollar Stimmgeld zahlte; so nahmen sie das Gesetzbuch von Missouri mit seinen strengen Sklaverei-Bestimmungen an, wonach Jeder, welcher einem Sklaven zur Flucht behilflich ist, zum Tode verurtheilt wird.

Die ausgeschlossenen Mitglieder versammelten sich in Lawrence und protestirten von dort aus gegen die Beschlüsse von Shawnee-Mission, deren keiner mehr dem Gouverneur zur Unterschrift vorgelegt wurde. Die sogenannte Legislatur schickte eine Denkschrift nach Washington, beklagte sich darin über die Eingriffe und die Unfähigkeit Reeder's und bat um seine Absetzung. Pierce und sein Kabinet hatten nur auf derartige „Volks-Manifestation" gewartet, wenn nicht sie provozirt. Sie zögerten darum nicht länger und entledigten sich ohne Weiteres des starrköpfigen Gouverneurs. Es wurde also die alte Beschuldigung der unerlaubten Landspekulationen, obgleich von Reeder längst widerlegt, wieder aufgewärmt, er selbst aber am 29. Juli 1855 seiner Stelle entsetzt. Dieser Vorwand war jedenfalls der bequemste, denn er berührte nicht die eigentliche Streitfrage und vergab scheinbar dem Norden Nichts. Um diesen Schein aufrecht zu erhalten, wurde auch ein andrer Nordländer, W. Shannon aus Ohio, zum Nachfolger Reeder's ernannt.

Unter Shannon begann erst die eigentliche Passionszeit für Kansas. Er stellte Ruhe und Ordnung in demselben Sinne her, wie sie das Säbelregiment von Warschau an bis Paris verstanden hat und noch

verſteht. Shannon hatte namentlich anfangs ein leichtes Spiel, denn er begegnete faſt überall nur paſſivem Widerſtande. Er trat am 1. September 1855 ſein Amt an, nachdem es der, ſtets im Intereſſe der Miſſourier handelnde Sekretär Woodſon bis dahin verwaltet hatte. Er erklärte ſich ſofort bei ſeiner Ankunft für die Sklaverei im Territorium, ſowie für die Beſchlüſſe der Miſſourier Sklavenhalter und Gränzſtrolche und ihrer Geſetzgebung, die ihren Sitz permanent nach Lecompton verlegt hatte. Die Freiſtaatsleute hielten ſich durch deren Akte ſelbſtredend nicht für gebunden und entſchieden ſich für einen Konvent in Topeka, der eine Staatsverfaſſung entwerfen und dem Kongreß zur Annahme vorlegen ſollte. Zugleich nominirten ſie den Exgouverneur Reeder als ihren Kongreß-Kandidaten. Am 1. Oktober wählten die Miſſourier, welche, in hellen Haufen von der andern Seite des Fluſſes herüberkommend ſtimmten, den „General" Whitfield mit 2800 Stimmen zum Delegaten, während Reeder am 9. Oktober etwa 2400 Stimmen von den wirklichen Anſiedlern und Freiſtaatsleuten erhielt. Von jetzt an ſtand ſich die organiſirte Freiſtaats- und Sklavenſtaats-Partei immer ſtreng geſchieden gegenüber. Jene hielt in Topeka ihren Konvent und entwarf eine Verfaſſung, die am 4. März 1856 in Kraft treten ſollte, dieſe aber tagte in Lecompton und erklärte die Verhandlungen für ungeſetzlich und hochverrätheriſch; jene war ohnmächtig, dieſe hatte alle Beamten der Bundesregierung auf ihrer Seite.

Die am 15. Dezember 1855 für die Topeka-Konſtitution ausſchließlich von Freiſtaatsleuten abgegebenen Stimmen beliefen ſich auf 1742 gegen 46. Die Adminiſtration behandelte dieſen Schritt, der übrigens in der Geſchichte der hieſigen Staatenbildung keineswegs ungewöhnlich und bei der Zulaſſung von Arkanſas, Michigan und Californien anerkannt war, als durchaus ungeſetzlich. Als aber die Freiſtaatsleute, von der auch ihnen bewilligten Squatter-Souveränetät Gebrauch machend, ſogar ihre eigenen Beamten wählten, da hielt Pierce nicht länger an ſich. Obgleich er noch in ſeiner Jahresbotſchaft erklärt hatte, daß ſich Nichts in Kanſas ereignet habe, was ſeine Intervention erheiſche, ſo ſandte er doch am 24. Januar 1856 eine außerordentliche Botſchaft an's Haus, in welcher er die Handlungsweiſe der Freiſtaatleute nicht allein entſchieden als eine Rebellion verdammte, ſondern auch die Geſetz-

gebung der Missourier Grenzstrolche billigte. Er griff darin zugleich den frühern Gouverneur Reeder grob an, denunzirte die in den östlichen Staaten zur Einwanderung nach Kansas gegründeten Hilfsgesellschaften, stempelte die Bemühungen der wirklichen Ansiedler für einen freien Staat zum Verrath und schlug dem Kongresse vor, die Einwohner von Kansas, sobald sie sich unter einer die Sklaverei anerkennenden Verfassung meldeten, als Staat in die Union aufzunehmen. Von allen Schandthaten der Missourier erfahren wir hier kein Wort; dagegen gesteht Pierce gelegentlich ein, daß Reeder im letzten Sommer nicht, wie damals der Vorwand lautete, wegen seiner Landspekulationen, sondern wegen seiner Opposition gegen Atchison entlassen worden war. Ja, nicht genug damit, so gab der Präsident bereits am 16. Februar 1856 seinem Gouverneur Shannon Befehl, sich der in den dortigen Grenzforts stationirten Vereinigten Staaten-Truppen zur Erzwingung der von den Missouriern gemachten Gesetze gegen die Bewohner von Kansas zu bedienen. Das ist Pierce'sche Volkssouveränetät!

Beinahe die ganze Sitzung des Kongresses von 1855/56 wurde von den heftigsten und giftigsten Debatten über die Kansas-Frage in Anspruch genommen. Das Haus der Abgeordneten hatte am 19. März 1856 einen Ausschuß eingesetzt, welcher an Ort und Stelle die Giltigkeit der sogenannten Legislatur von Lecompton und die Wahl von Whitfield untersuchen sollte, und welcher bereits nach einigen Monaten über die kolossalsten Betrügereien und Wahlfälschungen berichtete. Er bestätigte jede Klage, die Seitens der Freistaatsleute gegen die Grenzstrolche veröffentlicht war. Das Haus zeigte überhaupt den besten Willen für die Feststellung des Thatbestandes, am allerwenigsten aber wollte es die Rechte und Freiheiten des Volkes einer juristischen Formfrage opfern. Gegen Ende des Kongresses und kurz vor Pierce's Rücktritt entschied es sogar mit 98 gegen 79 Stimmen, daß alle Akte und Erlasse der sogenannten Legislatur von Lecompton null und nichtig seien, da diese nicht von den wirklichen Bewohnern von Kansas gewählt, sondern ihm von auswärtigen Stimmgebern unter offenbarer Verletzung des das Territorium organisirenden Aktes aufgedrungen sei. Der Senat dagegen trat dieser Bill nicht bei, überhaupt fand er, von den Sklavenhaltern beherrscht, die haarspaltendsten Spitzfindigkeiten und Skrupel gegen

Kanſas heraus. Es war bei dieſer Gelegenheit, daß der elende Brooks den Senator Sumner in ſeinem Sitze im Senat meuchelmörderiſch überfiel. Der Prügel des Rowdy, Einſchüchterung und Brutalität (einige zufällig anweſende Senatoren wie Douglas verhinderten, um, wie ſie nachher ſelbſt erklärten, ihre Unparteilichkeit zu zeigen, die Schandthat nicht), das waren die ſchlagenden Argumente der demokratiſchen Partei. Die Fragen, um die es ſich hier handelte, waren ganz einfach folgende drei:

1. Wer ſind die Bewohner eines Territoriums? Sind es die Bürger eines fremden Staates, die grade durchreiſen und ſich zeitweiſe dort aufhalten, oder ſind es die Anſiedler in gutem Glauben, welche ſich mit Weib und Kind dort niederlaſſen?
2. Haben die Bewohner eines Territoriums auf Grund der Kanſas-Nebraska-Bill das Recht, ſich ſelbſt ihre Geſetze zu geben und Souveränetätsrechte auszuüben, oder müſſen ſie ſich dieſe von Außen aufdringen laſſen?
3. Waren die Bewohner von Kanſas in ihrem Rechte, ſich gegen die Eingriffe der Miſſourier zu ſchützen und ſich ſelbſt eine Verfaſſung zu geben und ihre Beamten zu wählen?

Während ſelbſt im Senate und bei keinem unbefangenen Südländer ein Zweifel darüber obwaltete, daß die erſte und zweite Frage unbedingt im Sinne der wirklichen Anſiedler zu beantworten ſei, wollten der Senat, die Adminiſtration und die ganze demokratiſche Partei die Folgerungen nicht anerkennen, welche die Bewohner von Kanſas aus den Prämiſſen folgerten; ſie waren dagegen vermöge ihres Intereſſes für die Einführung der Sklaverei in Kanſas, ſie wollten ihm dieſe aufdrängen — und deßhalb bittet dieſes noch heute vergebens um Aufnahme in die Union.

Um jedoch auf den Kriegsſchauplatz zurückzukehren, ſo fanden die Miſſourier den Sieg doch ſchwerer, als ſie erwartet hatten. Sie wandten ſich, von den unaufhörlichen Zuzügen aus dem Norden erſchreckt, um Hilfe an den Süden, und wirklich kamen auch im April 1856 unter einem Oberſten Buford einige hundert Mann aus Carolina, Georgia und Alabama mit dem offen ausgeſprochenen Vorſatze in Kanſas an, die Freiſtaatsleute von dort zu vertreiben. Dieſe hatten zwar am 4. März

ihre Staatslegislatur in Topeka beschickt, letztere aber vertagte sich sofort nach ihrer Organisation, um einem feindlichen Zusammenstoß auszuweichen. Gleichwohl aber war der Bürgerkrieg unvermeidlich; kaum war ein Freistaatsmann seines Lebens und seiner Freiheit mehr sicher. Richter Lecompte, ein willenloses Werkzeug der Missourier, versetzte jeden politischen Gegner in Anklagezustand, der „Sheriff" Jones verhaftete nach Herzenslust, und die vom Gouverneur Shannon mit Vereinigten-Staaten-Waffen versehenen und mit Vereinigten-Staaten-Gelde bezahlten Südländer unter Buford verschafften den Gewaltakten der Gränzstrolche ihre Ausführung. Reisende wurden auf dem Flusse angehalten, Freistaatsleute ohne jede Anklage durch die Lynchjustiz verbannt oder nicht eingelassen, so daß ganze Züge von ihnen Monate lange Umwege zu Lande machen mußten, die Häuser mißliebiger Personen angesteckt und diese selbst ohne Weiteres erschossen. Ein Missourier wettete z. B. sechs Dollars gegen ein Paar Stiefel, daß er einen grade vorbeireitenden Freistaatsmann skalpiren wolle. Er schoß ihn ohne jede Veranlassung vom Pferde herunter und skalpirte ihn, wie ein Indianer. Ein Deutscher, der sich über diese Schandthat laut und mißbilligend äußerte, wurde „zur Strafe dafür" auf der Stelle erschossen. Gouverneur Reeder mußte bei Nacht und Nebel aus dem Territorium fliehen. Die schreiendsten Gewaltthaten wurden jedoch gegen und in Lawrence begangen. Dieses war der Hauptvereinigungspunkt der nördlichen und östlichen Ansiedler. Unter dem Vorwande, daß die dortige Bevölkerung dem Gouverneur Reeder gegen den Sheriff bei dessen Verhaftungsversuchen geholfen habe, zog die ganze Gränzerbande gegen Ende Mai auf Lawrence los. Die Einwohner waren schwach genug, gegen das Versprechen des Schutzes ihres Eigenthumes ihre Waffen auszuliefern. Kaum aber war das geschehen, als auf eine Rede von Atchison hin die Missourier in die Stadt marschirten, die Häuser verbrannten, Druckerpressen zerstörten, Läden plünderten und Exzesse jeder Art begingen.

Dieser Gewaltakt bezeichnete den Gipfel- und Wendepunkt der Missourier Brutalitäten. Den ganzen Norden durchhallte ein einziger Schrei der Entrüstung; er fing jetzt wirklich an, an das blutende Kansas zu glauben, dessen Leiden die demokratische Presse bisher theilweise mit Erfolg als kaum der Rede werth dargestellt hatte. Den Freistaatsleuten

selbst wurde es endlich klar, daß sie trotz ihres oder vielmehr mit ihrem passiven Widerstande zu Grunde gehen mußten; sie wehrten sich daher endlich ihrer Haut, griffen selbst an und lieferten den Gränzerbanden verschiedene glückliche Gefechte, welche diese mehr und mehr schwächten, während immer neue Ankömmlinge aus dem Norden die Freistaatsleute stärkten. Unter ihnen zeichnete sich der neuenglische Freischaarenführer John Brown ganz besonders aus. Als sich die Freistaats-Legislatur am 4. Juli in Topeka versammelte, wurde sie zwar im Auftrage von Pierce und Shannon vom Vereinigten-Staaten-Obersten Sumner auseinandergesprengt; indessen gewann sie mit jedem Tage mehr Mittel und Kraft, so daß selbst der Gouverneur allmälig zu Unterhandlungen griff und die Feindseligkeiten gegen die Freistaatsmänner ganz einstellte. Atchison, darüber erbittert, erwirkte bei Pierce die Absetzung Shannon's, welchen zu Anfang September Gouverneur Geary ersetzte.

Im Anfange seiner Verwaltung dauerten die Angriffe und Eingriffe der Gränzer fort; allein sobald sich Geary mit den Zuständen erst bekannt gemacht hatte, trat er jeder Gewaltthat entschieden entgegen. Er war als eifriger Demokrat und Freund der Missourier ins Territorium gekommen, zeigte indessen bald den redlichen Wunsch, den Parteien gerecht zu werden. Seitdem konnten sich die Freistaatsleute nicht mehr über ihn beklagen.

Geary glaubte gutmüthiger Weise, daß Pierce ihn in seinen ehrenwerthen Ansichten und Absichten unterstützen werde, denn er hielt es keineswegs für einen Theil seiner Aufgabe, Meuchelmörder zu verbergen und Meineidige zu beschützen oder gar zu rechtfertigen. So gerieth er bald in Widerspruch mit der Administration, der eben mit Wiederherstellung der Ordnung im Territorium gar kein Gefallen geschah, in Unannehmlichkeiten mit den dortigen Richtern, welche alle im Interesse der Sklavenhalter handelten, und in Händel mit der Lecompton-Legislatur welcher mit einem selbstständig denkenden und handelnden Gouverneur gar nicht gedient war. Seine Briefe wurden regelmäßig vom Postmeister erbrochen, seine Pläne durchkreuzt, seine Motive verdächtigt und sein Leben bedroht. Geary legte deshalb am 4. März 1857 sein undankbares Amt nieder, mit einem Gefühle voll tiefer Verachtung gegen die ruchlosen Banden, die jeden versöhnlichen Schritt verhinderten, und voll

Enttäuschung und Entrüstung gegen seine Vorgesetzten in Washington, welche ihn schmählich im Stiche ließen und preisgaben.

Der dritte Gouverneur von Kansas floh wie Reeder ebenfalls heimlich bei Nacht und Nebel aus dem Territorium; er kehrte gleich diesem als warmer Freund derselben Sache in den Osten zurück, als deren heftiger Gegner und Bekämpfer er vor wenigen Monaten nach Kansas gekommen war. Um dieselbe Zeit verließ Pierce das weiße Haus, in welches ihm Buchanan folgte. Aller Augen waren auf diesen gerichtet. Die Einsichtigeren seiner eigenen Partei erwarteten und hofften ganz besonders von ihm die Beilegung der dortigen Streitigkeiten; sie sahen ein, daß bei einer fortgesetzten Pierce'schen Politik gegen Kansas die demokratische Partei zu Grunde gehen mußte. Buchanan aber war noch feiger und handelte noch niedriger als Pierce. Er ernannte Robert J. Walker, einen erprobten Demokraten alten Schlages und Finanzminister unter Polk, zum Gouverneur des Territoriums, in welchem dieser gegen Ende Juni 1857 eintraf.

Ich will Sie nicht mit den Einzelheiten der nun folgenden Kämpfe ermüden, zumal sie ihren Vorgängern auf's Haar gleichen und keine neuen prinzipiellen Verwicklungen bieten. Die Form aber, in welcher die Streitfrage von der herrschenden Partei zur Entscheidung gebracht werden sollte, ist deshalb auch für den europäischen Beobachter so interessant, weil sie den Beweis dafür liefert, daß die radikale Demokratie nicht allein mit der Freiheit nichts gemein hat, sondern ihr geschworner Feind ist. Dort im fernsten Westen wird jetzt die Probe auf den Rousseau'schen Gesellschaftsvertrag angestellt, der sich hier in seiner nackten Wirklichkeit als der gewissenlose Erzeuger und Bundesgenosse des frechsten Despotismus enthüllt. Die Squattersouverainetät des Herrn Douglas setzt das unbedingt freie Individuum voraus, unabhängig von Ort und Zeit, von Pflicht und Gesetz, welches nur gehorcht, so lange und wo es will, und thun und lassen kann, was ihm gut dünkt. An der Indianergränze macht jetzt diese verlogene Lehre Rousseau's offen und unverhüllt Anstalt, sich in die praktische Politik einzuführen. Robespierre und die wilden Apostel des Schreckens finden in den westlichen Gränzstrolchen ihre gelehrigen Schüler und Nachfolger. In Kansas sehen wir, daß das Volk oder wenigstens ein Theil des Volkes, welcher

Alles kann, viel gefahrloser als der schlimmste Despot ist, ja daß es sich jeder Zeit aller Rechte des Volkes bemächtigen kann. Diese Gränzstrolche maßen sich eine Souverainität an, welche ihnen von Niemandem übertragen ist, und verfügen souverain über die Existenz der Bürger eines ihnen fremden Gebietes. Einmal sind sie nicht die Mehrheit; allein selbst wenn sie es wären, so besitzt weder diese, noch überhaupt die auf der Souverainität des Volkes beruhende Gesellschaft das Recht, den Rest ihrem besondern Willen zu unterwerfen, eine unbegränzte Souverainität über ihre Mitglieder auszuüben. Es ist schwer zu sagen, welches System widerlicher und empörender ist, die offene Gewalt ohne Phrase oder ihre theoretische Rechtfertigung mit Phrasen. Die Missourier hielten es in erster Linie mit der Gewalt, verschmähten aber auch, wenn es nöthig war, die beschönigende Theorie nicht, und ließen diese namentlich von ihren Freunden im Kongreß ihren Schandthaten als Mäntelchen umhängen.

Walker war übrigens ein ehrlicher Mann. So prüfte er gleich nach seiner Ankunft die angebliche Wahl der Gränzstrolche und erklärte sie für null und nichtig, weil sie durchweg auf Betrug beruhte. Diese beschwerten sich in Washington über einen Gouverneur, welcher die Freistaatsleute schütze und die Lecompton-(Prosklaverei)-Verfassung gefährde, und erlangten seine Abberufung. Walker stellte selbst dem Präsidenten den eigentlichen Sachverhalt vor; allein er mußte wegen der ehrlichen Auffassung und Durchführung seines Auftrags weichen und von seinem Posten zurücktreten. Jetzt wurde der frühere Indianer-Agent Denver aus Missouri zum fünften Gouverneur von Kansas ernannt, ein roher Hinterwäldler, von welchem man sich unbedingten Gehorsam versprach. Noch vor seiner Ankunft im Territorium hatte die freistaatliche Legislatur zu Anfang Januar 1858 die Verfassung von Lecompton mit großer Mehrheit verworfen, so daß fortan bei der Ermüdung der Gränzstrolche und der stets wachsenden Zahl der Freistaatler die Frage über die Zulassung von Kansas als freier oder als Sklavenstaat fast ausschließlich in die Hallen des Kongresses verlegt wurde. Obgleich der Wille der dortigen Bevölkerung wiederholt über allen Zweifel klar gestellt war, so konnte sich Buchanan doch nicht zur Anerkennung dieser Thatsache entschließen. So ward denn am 30. April 1858 von dem Süden und

seinen Freunden die sog. „English Bill" in beiden Häusern als Gesetz durchgesetzt, wonach Kansas sofort als Staat aufgenommen wurde und vom Bunde fünf Millionen Acker Land geschenkt erhielt, wenn es sich für die Sklaverei erklärte, während er im Falle der Verwerfung der Sklaverei nicht eher aufgenommen werden sollte, als bis er die für die Wahl eines Abgeordneten erforderliche Anzahl von Einwohnern, (damals 93 bis 94,000) haben würde. Das Volk von Kansas aber verwarf trotz dieser Versuchung im August 1858 die ihm angesonnene Annahme der Lecompton-Verfassung mit mehr als 10,000 Stimmen Majorität und zog vor, noch länger zu warten. Denver hatte im Interesse der Sklavenhalter temporisirt, so lange diese Frage schwebte. Als er sich überzeugte, daß auch mit Gewalt nichts zu machen sei, dankte er bald nach Verwerfung jener Verfassung, gegen Ende 1858, ab. Samuel Medary von Ohio wurde sein Nachfolger. Er setzte die Politik seines Vorgängers fort und ließ die Dinge sich selbst regeln. Allmälig kehrte die Ruhe in's Territorium ein, die Missourier wagten nicht mehr einzufallen, seit die Freistaatsleute mit jedem Monat mehr neue Zuzügler aus dem Osten erhielten, und die Ansiedler konnten sich der Bestellung ihrer Felder widmen. Das Volk von Kansas nahm endlich im Juli 1859 in Wyandotte eine neue Freistaatsverfassung an, welche vom Repräsentantenhause in Washington zwar genehmigt, vom Senate aber verworfen wurde. Bald darauf trat die Präsidentenwahl des Jahres 1860 in den Vordergrund. Ihr Ausfall muß auch die verhältnißmäßig untergeordnete Frage der Zulassung von Kansas als Freistaat entscheiden. Uebrigens geben die Sklavenhalter und die jetzige Administration schon jetzt zu, daß sie den Kampf in Kansas verloren haben; aber so lange Buchanan noch am Ruder ist, brauchen sie sich über die Folgen ihrer Niederlage nicht zu sehr zu grämen.

(1861.)

Vor einigen Tagen, am 29. Januar, kurz nachdem Jefferson Davis und seine südlichen Freunde für immer den Senat verlassen hatten, ist Kansas unter der Verfassung von Wyandotte als freier Staat in die

Union aufgenommen worden. Sogar Buchanan hat sich dazu verstehen müssen, die Bill des Kongresses zum Gesetze zu erheben. Das Siegel des neuen Staats trägt das bezeichnende Motto: „Per aspera ad astra!“ Möge sich der klassische Spruch für den schwer geprüften Staat stets bewahrheiten! Dieses Gesetz vom 29. Januar 1861 ist mehr als eine parlamentarische Niederlage; es bedeutet den Bankerott des ganzen südlichen Gesellschaftssystems! Die Sklavenhalter und ihre nördlichen Schildknappen hatten im Bunde ihren letzten Trumpf mit Kansas ausgespielt — und sie haben schmählich verloren. Nur sechs Jahre Einheit und Energie im Norden — und der Feind flieht desorganisirt! Der Norden wird also in Zukunft wissen, wie er es anfangen muß, um zu siegen. Der Süden scheiterte mit seinen ungemessenen Ansprüchen an der harten Wirklichkeit, an der größern Zahl, an der nachhaltigern Kraft der freien Arbeit. „Ja, hieß es unter den südlichen Baronen, wäre uns der afrikanische Sklavenhandel von dem eifersüchtigen Norden nicht verschlossen worden, so würde es uns ein Leichtes gewesen sein, 10,000 Neger nach Kansas zu werfen und unsrer Sache ohne den Verlust eines einzigen weißen Mannes den Sieg zu sichern.“ Nein, meine Herren, das ist ein Irrthum! Kansas ist kein Land für das Gedeihen der Sklaverei; allein selbst wenn Ihr 100,000 Schwarze überflüssig gehabt hättet, so wäre sie ohnmächtig gegenüber den stets frischen Zufuhren von weißen Einwanderern und freien Arbeitern gewesen. Dagegen konnte der Süden auf die Dauer nicht aufkommen!

Jetzt endlich ist es den Baumwollenpflanzern klar geworden, daß sie mit dem Widerruf des Missouri-Kompromisses einen großen politischen Fehler begangen hatten. So lange ihnen als Sklavereigebiet alles Land südlich von 36° 30′ überantwortet war, konnten sie sich um so sicherer fühlen, als der Norden nicht an eine Störung des beiderseitigen Besitzstandes dachte. Indem sie aber auf Anstiften nördlicher Demagogen jenes Uebereinkommen zerrissen, griffen sie nach einem Schatten der Gleichheit mit dem Norden und verloren darüber deren Wesen aus der Hand. Von diesem Augenblick an war der Sieg der Antisklaverei-Parteien nur noch eine Frage der Zeit. Erschreckt durch den südlichen Wortbruch vereinigten sich Abolitionisten und Republikaner. Die Vorgänge in Kansas verletzten alle diejenigen, welche noch an das Dogma

der nördlichen Demokratie glaubten, daß die Mehrheit des Volkes herrsche und herrschen solle. Die demokratische Partei zersetzte sich im Norden, und ihr Bündniß mit dem Süden zerbröckelte sich. Dieser verlor sein altes Prestige und jener demoralisirte sich mit jedem Tage mehr. So bezeichnet der Kampf in Kansas den bis jetzt wichtigsten Abschluß in der großen Streitfrage zwischen dem Norden und Süden. Er endigt die Zeit der parlamentarischen Verhandlungen und öffnet die Bahn für Gewalt und Krieg. Seit im Norden die Tyrannisirung der numerischen Mehrheit nicht mehr zum Ziele führt, weiß der Süden, daß von friedlichen Maßregeln nichts mehr zu hoffen ist, und daß er zum Schutz oder zur Verewigung der Sklaverei an die ultima ratio der Kanonen appelliren muß. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so stehen wir unmittelbar vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Im Süden rüstet man sich bereits bis an die Zähne.

3.

John Brown.

(1860)

Der zweite Dezember, bisher nur ein dies nefastus in der neuern europäiſchen Geſchichte, iſt es jetzt auch in den Annalen der Vereinigten Staaten geworden. An dieſem Tage wurde nämlich John Brown im Jahre 1859 gehängt. Er hatte mit den Waffen in der Hand verſucht, die Sklaven zur Empörung zu reizen und die Sklaverei in Virginien aufzuheben. Allein er unterlag. Darum machte ihm dieſer Staat den Prozeß und ließ ihn hinrichten. Das iſt einmal der Lauf der Welt. Dagegen läßt ſich „von Rechtswegen" nichts einwenden. Alſo auch John Brown wurde „von Rechtswegen" gehängt: das war ganz in der Ordnung. Wer in die Höhle des Löwen geht, der muß wiſſen, daß alle Fußſpuren hinein, aber ſo gut wie keine herausführen. Wenn jemals ein Mann das wußte und dem entſprechend handelte, ſo war es Brown.

Aber wie kam er zu der That? Warum wandte er ſich gegen Virginien, warum grade gegen den älteſten ſüdlichen Staat? War das Zufall oder Abſicht, war es Marotte oder ein wohlüberlegter Plan? Warum verfiel Orſini nicht auf einen Anſchlag gegen den König Kamehameha oder irgend ein antiquirtes Duodezfürſtchen ſtatt gegen Louis Napoleon? Louis Napoleon war ihm ein representative man, der eigentliche, höchſte und vollendetſte Ausdruck einer ganzen Gattung, und Virginien iſt ein Staat, welcher ebenfalls eine ganze Klaſſe repräſentirt. Mit Louis Napoleon wollte jener ein ganzes Syſtem ſtürzen, und mit dem Ruin von Virginien, wie ihn Brown beabſichtigte, wäre die Baſtille der amerikaniſchen Sklaverei und Knechtſchaft gewonnen worden.

Wir wissen wenig über die Vergangenheit Brown's; sie läßt sich in einigen Sätzen erschöpfen. Seine Vorfahren waren sechs Generationen hindurch Farmer und zuerst in Neu-England ansässig. Sie werden als ehrenwerthe, offene und schroffe Charaktere geschildert, als würdige Nachkommen jener Pilgerväter, welche die zähe Energie und den hingebenden Enthusiasmus des revolutionären Englands auf amerikanischen Boden verpflanzten. Sein Großvater John Brown war Hauptmann im Unabhängigkeitskriege und starb am 3. September 1776 im Dienste seines Vaterlandes in New-York. John Brown ward am 9. Mai 1800 im nordöstlichen, gebirgigen Theile von New-York geboren und wuchs als Farmer auf. Die ersten Eindrücke des Knaben, eine rauhe wilde Gebirgsgegend, der Umgang mit einfachen, aber kräftigen und frommen Wald- und Landleuten übten selbstredend auf den Charakter des sich bildenden Mannes einen bedeutenden Einfluß aus.

Er ist eine offene und ehrliche Natur, in welcher der alttestamentarische Geist seiner Väter jene unerbittliche Konsequenz, jenen kühnen, sich bethätigenden Idealismus und jene fast dämonische Kraft erzeugt, welche wir in Cromwell und seinen Puritanern bewundern. In dem Manne ist nichts Halbes, er geht, ohne Rücksicht auf die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges, mit wahrhaft biblischem Fatalismus und Fanatismus auf sein Ziel los. Vor der Krise von 1837 war Brown einer der unternehmendsten Geschäftsleute im nördlichen Ohio. Im Jahre 1838 finden wir ihn als Wollmakler in Springfield in Massachusetts, von Allen, die ihn kennen, geliebt und geehrt. Er hatte inzwischen und später in verschiedenen Theilen der Union als Farmer gelebt. Er war bereits fünfzig Jahre alt, als er mit dem Bestehenden in Konflikt gerieth. Erst 1854 trat er als ein öffentlicher Charakter vor das ganze Land, indem er nach Kansas zog.

Diesem in letzter Zeit so vielfach genannten, westlich von Missouri gelegenen Territorium sollte von der Bundesregierung unter dem Vorwande, daß die Bewohner eines jeden Gebietes dessen souveraine Herren seien, also auch namentlich dessen Gesetze ohne Genehmigung des Kongresses machen könnten, die Sklaverei aufgezwängt werden. Nach der neuen Erfindung der Herren Douglas und Pierce, der sogenannten Squattersouverainetätslehre, entschied also die Majorität über den poli-

tiſchen Charakter des angehenden Staats. Die Bürger der freien Staaten erkannten die ihnen drohende Gefahr; ſie wanderten zu Tauſenden nach Kanſas aus, um das Territorium den aus Miſſouri eindringenden Sklavenhaltern abzugewinnen. Es entbrannte zwiſchen Norden und Süden in den Prairien des Weſtens ein Kampf auf Leben und Tod; er entſchied ſich nach dreijährigem Schwanken zu Gunſten des Nordens.

Brown, welcher mit ſeinen ſieben Söhnen nach Kanſas gekommen war, ſteht natürlich von vornherein auf Seiten der Freiſtaatsleute. Indeſſen hält er ſich, ein geſchworner Feind aller Politik und Schönrednerei, anfangs als friedlicher Farmer fern vom Getriebe der kämpfenden Parteien, bis die Miſſourier Gränzſtrolche die Ruhe ſeines Hauſes gewaltſam zerſtören und den Mann der Pflugſchaar zu dem kühnſten und verwegenſten Parteigänger machen. Einer ſeiner Söhne, Friedrich, wird auf offener Straße wehrlos von einer Bande Miſſourier überfallen und feig ermordet; ein andrer, John, nach der Einnahme der freiſtaatlichen Anſiedlung Oſſawatomie, mitten im Sommer ohne Kopfbedeckung und mit Ketten beladen, einige fünfzehn Meilen weit von den Grenzen durch die offene Prairie getrieben, ſo daß er in Folge dieſer grauſamen Behandlung wahnſinnig wurde. Brown's und ſeiner Söhne Häuſer werden bald darauf niedergebrannt; ſeine Nachbarn und Freunde ermordet. Die höchſte Bundesgewalt ſchützt und begünſtigt die Mörder und Räuber, handelten dieſe doch im Intereſſe der Sklavenhalter gegen den Norden; ſie ſelbſt hilft die Saat ausſtreuen, welche bald genug als Frucht in Virginien aufgehen ſollte! Alſo auch Brown kann keine Gerechtigkeit finden; er unternimmt den Kampf um's Recht und rächt ſich ſo gut als er kann: Auge um Auge, Zahn um Zahn! Bald wird er einer der gefürchtetſten Freiſtaatsleute. Die Gränzſtrolche ſetzen einen Preis auf ſeinen Kopf aus; aber Brown ſchießt ſie nieder wie die Spatzen, hintergeht und überwältigt ſie und triumphirt überall über ſeine Feinde. Er entwickelt in dieſem Guerillakriege alle glänzenden Eigenſchaften ſeines Geiſtes, Muth, Umſicht, Kaltblütigkeit und unermüdliche Energie und erweckt die Bewunderung von Freund und Feind.

Als ihm einſt der Gouverneur von Kanſas bemerkte, daß die Miſſourier über Kurz oder Lang ſeinen Skalp (abgezogene Kopfhaut) haben würden, da ſie ſich Alle zu ſeinem Untergange verſchworen hätten,

entgegnete Brown ruhig lächelnd: „Der Engel des Herrn wird mich bewahren.“ Er erntete die größten Lorbeeren nach der Einnahme von Oſſawatomie, wo er mit dreißig Mann die, mehrere Hunderte zählenden Miſſourier angriff und zerſtreute, nachdem er ſechszig von ihnen getödtet hatte. Er hieß ſeit dieſer Heldenthat im Munde des Volkes immer der Oſſawatomie-Brown. Doch nicht genug damit, die Angriffe der Miſſourier abzuwehren, er trug er den Krieg in ihr eigenes Lager. So befreite er zu verſchiedenen Zeiten die Sklaven in den an Kanſas gränzenden Grafſchaften von Miſſouri und führte mehrere Züge Schwarzer mit den Waffen in der Hand durch Kanſas, Nebraska, Jowa, Illinois und Michigan nach Canada. „Gebt mir Männer mit geſunden Grundſätzen,“ pflegte Brown zu ſagen, „Männer, die ſich ſelbſt achten, und mit einem Dutzend von ihnen will ich Hunderten dieſer durch Schnaps und Beute zuſammengehaltenen Gränzerbanden die Spitze bieten.“ In dieſen wenigen Worten ſpricht ſich der Charakter des Mannes aus; das iſt der von den Todten wiedererweckte Cromwell'ſche Puritaner, der auf Gott vertraut und ſein Pulver trocken hält.

Brown verſchwand auf einige Jahre. Von Haus und Hof vertrieben, ohne ſtetigen Heerd kannte er jetzt kein andres Ziel als Rache für Kanſas, Krieg gegen die Sklaverei. Er ſuchte einen allgemeinen Sklaven-Aufſtand zu organiſiren; doch ſcheint er über die erſten Verſuche nicht hinausgekommen zu ſein. Plötzlich tauchte er am 16. Oktober 1859 Abends bei Harpers Ferry wieder auf. Dieſer kleine, etwa 3000 Einwohner zählende Ort liegt am ſüdlichen Ufer des Potomac, im Staate Virginien, gegenüber Maryland und nicht weit von Pennſylvanien. Es befindet ſich dort ein bedeutendes Zeughaus der Vereinigten Staaten-Regierung. Brown hatte ſchon ein Jahr vorher in der Nachbarſchaft eine Farm gemiethet, um die Gegend genauer kennen zu lernen und von hier aus auf die Befreiung der Sklaven in Virginien und Maryland zu wirken. Er rechnete auf deren Erhebung in Maſſe und beabſichtigte einen Marſch in das Innere von Virginien. Seine Vorbereitungen waren, ſo weit es auf Munition und Waffen ankam, ſehr gut getroffen. Man fand in ſeinem Hauſe über 1500 Gewehre, Aexte, Piken und Säbel. Allein in der Hoffnung auf maſſenhafte Betheiligung am Zuge täuſchte er ſich; die Freunde und Vertrauten blieben aus.

Trotzdem machte er sich mit siebenzehn Weißen und vier Schwarzen auf den Weg. Brown bemächtigte sich am 16. Oktober Abends ohne jeden Widerstand des Zeughauses in Harpers Ferry, führte verschiedene in der Nachbarschaft gemachte Gefangene dahin ab und besetzte die über den Potomac führende Eisenbahnbrücke. Die Einwohner des Ortes unterwarfen sich im feigen Schrecken, denn sie erblickten in den 22 Angreifern eine ganze feindliche Armee und ergaben sich auf Gnade und Ungnade, ohne nur den Versuch eines Widerstandes zu wagen. So war Brown während des ganzen 17. Oktobers der unbeschränkte Herr eines wichtigen Waffenplatzes; er versäumte jedoch, seine Lage gehörig auszubeuten. Statt die Eisenbahnbrücke abzubrechen, die Züge aufzuhalten, den Ort niederzubrennen und dann ins offene Land zu ziehen, schonte er aus falscher Humanität seine Gegner mehr, als er im eigenen wohlverstandenen Interesse gesollt hätte. Am 18. Oktober früh Morgens kamen die Vereinigten Staaten Marine-Truppen an und stürmten das Zeughaus. Brown mußte sich nach einer kurzen, aber tapfern Gegenwehr schwer verwundet ergeben; seine beiden mitkämpfenden Söhne waren an der Seite des Vaters gefallen. In seinem Besitze fand sich die vollständig ausgearbeitete, ziemlich konfuse Konstitution einer neuen provisorischen Regierung, an deren Spitze er als Obergeneral stand. Im Gegensatz zu diesen unklaren Bestrebungen spricht sich Brown in seinen Proklamationen und in der mündlichen Anordnung sehr bewußt und klar über sein Ziel aus. „Wir sind Abolitionisten des Nordens," sagt er ungefähr; „wir kommen, Euch Eure Sklaven abzunehmen und sie zu befreien; unsre Organisation ist weit verzweigt und muß durchdringen. Ich habe viel in Kansas gelitten und erwarte, daß ich auch hier leiden werde für die Sache der Freiheit. Sklavenhalter betrachte ich als Räuber und Mörder; ich aber habe geschworen, die Sklaverei zu vernichten und meine Mitmenschen zu befreien. — — Ihr Leute im Süden solltet Euch vorbereiten auf die Lösung der Sklaven-Frage. Sie muß kommen und wird kommen, ehe Ihr sie erwartet. — Mit mir werdet Ihr bald fertig sein — ich bin schon nahezu abgethan — aber mit dieser Sklavenfrage seid Ihr noch lange nicht fertig!"

Die Gefangenen wurden von dem feigen Pöbel aufs Brutalste mißhandelt, ihre Leichen sogar noch verstümmelt und im Triumph durch

die Gassen geschleppt. Brown dagegen erfreute sich einer sehr sorgsamen Pflege, weniger aus Humanität, als aus dem Wunsche, Aufschlüsse von ihm zu erlangen und dem Staate Virginien, so wie dem ganzen Süden den Genuß eines hochnothpeinlichen Halsgerichts zu gönnen. So wurde denn schleunigst am 25. Oktober, obwohl er noch schwer an seinen Wunden darniederlag, die Untersuchung gegen Brown in Charlestown, dem benachbarten Gerichtssitze, eröffnet und am 2. November geschlossen. Diese Untersuchung ist ein Hohn auf die Justiz und eine der widerlichsten Farcen, die je im Namen des Rechtes aufgeführt sind. Die Gefangenen sahen sich da von einem Haufen aufgeregter und tobender Zuschauer umgeben, welche sie thätlich bedrohten; sie standen vor einer Jury, welche sich als ihr erbittertster Feind bekannte und dennoch in aller Form Rechtens eingeschworen wurde. Um das Ganze würdig zu krönen, ward der Vertheidiger Brown's vom Auditorium mit persönlicher Gewalt bedroht, falls er es versuchen sollte, das Verbrechen seines Klienten zu beschönigen.

Diesem Kriegszustande innerhalb der vier Wände des Gerichtshofes entsprach das Leben und Treiben außerhalb desselben. Charlestown ward in Belagerungszustand erklärt, alle Formen europäischer Vorbilder wurden ängstlich nachgeahmt oder vielmehr karrikirt. Eine betrunkene Soldateska, von welcher der Eine vor dem Andern Furcht hatte, tobte durch die Straßen und übte die Polizei aus. Es herrschte der bewaffnete Pöbel, die ruchloseste Anarchie. Zugleich aber erklärte der kommandirende Offizier dem nördlichen Anwalt Brown's, daß er ihm für sein Leben nicht stehen könne, falls er es wagen sollte, seinen Klienten weiter zu vertheidigen. Dieselben Milizen, welche der die Vereinigten Staaten-Truppen befehligende Kapitän dadurch ehren zu können glaubte, daß er ihnen den ersten Angriff auf die im Zeughause übrig gebliebenen vier Insurgenten anbot, da der Kampf doch zunächst sie betreffe und der Feind sich auf ihrem Boden befände, dieselben 2000 Helden, welche aus Fallstaff'schen Gründen dies gutgemeinte Anerbieten mit Entschiedenheit zurückwiesen, dieselben Milizen kühlten jetzt ihr Müthchen an unschuldigen Reisenden, schnüffelten in jedem Fremden einen Hochverräther und ließen sich als die Retter des Vaterlandes feiern.

Dieser Zustand der Dinge war nur ein Abbild der in ganz Vir-

ginien herrſchenden Angſt. Der Staat befürchtete überall Sklavenaufſtände und bewaffnete Einfälle. An 5000 Milizen waren auf den Beinen; aller Orten bildeten ſich ſogenannte Sicherheits-Ausſchüſſe, deren einer vor dem andern erſchrak. Charlestown war auf fünfzehn Meilen in der Runde beſetzt, und doch witterte man hinter jedem Buſch einen Abolitioniſten. In der Nähe des Ortes brannte ein Heuſchober ab. Der Oberſt Davis, welcher grade das Kommando hatte, hielt ihn für das Feuerſignal der abolitioniſtiſchen Armee. Das Vaterland ſtand alſo in höchſter Gefahr, und ſchleunige Hilfe that Noth. Allein der tapfere Oberſt, ſtatt auf den vermeintlichen Feind loszurücken und ihn mit einem Schlage zu zermalmen, ſchonte das Leben der ihm anvertrauten Truppen und ſein eigenes. Dagegen telegraphirte er nach Richmond und Waſhington die dem Staat und dem ganzen Süden drohende Gefahr. Gouverneur Wiſe beorderte ſofort Artillerie und Kavallerie, Scharfſchützen und Infanterie von Richmond und Alexandria. Vor ihrem Abmarſch hielt er von den Stufen des Richmonder Kapitols herab an einen Theil der „beſten Söhne Virginiens" eine hochtrabende Rede im Soulouque'ſchen Bulletinſtil, belobte ſie, daß ſie vor Angſt nicht blaß ausſahen und bereit waren, dem Rufe der Ehre zu folgen (wörtlich!). Als nun die tapferen Virginier und die vom Präſidenten Buchanan geſandten Vereinigten Staaten-Truppen auf dem Kampfplatze ankamen, war der Heuſchober ſchon abgebrannt und ſomit der Feind verſchwunden. (Ich bemerke hier in Parentheſe für die europäiſchen Leſer, welche mit den hieſigen Zuſtänden nicht bekannt ſind, daß dieſe Geſchichte keine Erfindung iſt, ſondern ſich im November 1859 in Charlestown wirklich zugetragen hat.)

Dem kranken Brown war ſeine Bitte um einen ſechstägigen Aufſchub der Unterſuchung nicht bewilligt worden; er wurde daher auf ſeinem Feldbette ins Gerichtszimmer getragen. Er war nicht im Stande, ſich von ſeinem Schmerzenslager zu erheben und mußte liegend, mit verbundenem Kopfe, den Verhandlungen folgen. Der Staat Virginien konnte ſeinen gefürchteten Feind nicht ſchnell genug los werden. Da dieſer ſeine Abſicht nicht leugnete und mit edler Entrüſtung gegen einen von ſeinen ängſtlichen Freunden gewählten Vertheidigungsgrund, wonach er wahnſinnig ſein ſollte, proteſtirte, ſo bot die Unterſuchung ſelbſt wenig

interessante Seiten. Brown wurde am 2. November dahin verurtheilt, daß er am 2. Dezember 1859 wegen Hochverraths, Mordes im ersten Grade, Verschwörung und versuchten Sklavenaufstandes in Charlestown gehängt werden solle.

Es verdient hier als bezeichnend für die Stimmung des Südens hervorgehoben zu werden, daß sich aus verschiedenen Sklavenstaaten Individuen die Ehre ausbaten, Brown hängen zu dürfen. Aus Mississippi meldete sich sogar eine Frau. Andere südliche Staaten sandten Proben von Hanf für den bei der Exekution zu brauchenden Strick ein. Süd-Carolina — der wüthendste südliche Staat — trug mit seinem baumwollenen Strick den Sieg davon.

In dem Charakter dieses Mannes ist Alles wie aus einem Guß. Eisern und kernig trägt er sein Schicksal mit einer wahrhaft antiken Ruhe und beschließt sein Leben mit der Fassung eines Weisen. Selbst die kleinsten Züge, welche aus seinen letzten Lebenstagen bekannt geworden sind, tragen das Gepräge großer geistiger Kraft und Ueberlegenheit.

Am Vorabend vor seiner Hinrichtung besucht ihn seine hochherzige Frau im Gefängniß. Sie fällt ihm weinend um den Hals; Brown bleibt fest und tröstet sie liebevoll. Während der vier Stunden, welche der Staat Virginien für diese Zusammenkunft bewilligt hatte, ordnet er mit ihr seine Angelegenheiten. Beim Schluß der Unterredung äußert er den Wunsch, daß man seine und seiner beiden bei Harpers Ferry gefallenen Söhne Leichen verbrennen und die Asche in einem Kruge sammeln möge. Wie Patroklos wollte der alte Held begraben sein; allein seine Frau redete ihm diesen Wunsch aus. Sie wäre nach Ablauf der festgesetzten Frist gerne noch länger bei ihrem Manne geblieben; allein dieser erklärte, daß es unter seiner Würde sei, vom Staate Virginien eine Gunst zu erbitten, und so schieden Beide für immer.

Die letzten Zeilen, welche er unmittelbar vor seiner Abführung zum Galgen schrieb, lauten: „Ich bin nun überzeugt, daß die große Ungerechtigkeit, welche auf diesem Lande lastet, nur durch Ströme von Blut beseitigt werden kann. Als ich zuerst in diesen Staat (Virginien) kam, dachte ich anders; aber nun bin ich überzeugt, daß das ein Irr-

thum war." Als er aus dem Gefängniß kam, sah er eine Sklavin mit ihrem Säugling am Wege stehen. Er ging auf die Frau zu und gab dem Kinde seinen Abschiedskuß. Der Sitz des Wagens, der ihn aufnahm, war sein eigener Sarg. Ein Geistlicher befand sich nicht an seiner Seite. In der ganzen Umgegend von Charlestown gab es keinen Diener der christlichen Liebe, der nicht ein wüthender Sklavereifanatiker war; Brown wollte sich seine letzten Stunden nicht durch den heuchlerischen Trost seiner Feinde verderben lassen. Es würde ihm tausend Mal lieber sein, erklärte er, von einem Dutzend ihn segnender Sklavenkinder und einer für ihn betenden Sklavenmutter begleitet, in den Tod zu gehen, als unter der Obhut sämmtlicher Pfaffen Virginiens.

Die feierliche Prozession zum Galgen setzte sich gegen elf Uhr am 2. Dezember in Bewegung. An der Spitze des Zuges ritt „General" Taliaferro — der Mann, sollte man dem Namen nach schließen, müßte schon an König Artus Tafelrunde gesessen haben — mit einem Stabe von fünf und zwanzig Offizieren. Sechs Kompagnien Infanterie und eine Schwadron Reiter umgaben den Wagen Brown's. Seine Haltung blieb ruhig und würdig, von Anfang bis zu Ende. Ringsum blinkten 1500 Bayonette. Das Volk ward gar nicht zugelassen und von den Truppenmassen eine viertel Meile weit vom Galgen weggedrängt. Warum, fragte er, darf nur das Militär in den Kreis? Die Henker gaben ihm keine Antwort. War es doch die Furcht, welche sie ritt, die Furcht vor eingebildeten Schaaren, die noch im letzten Augenblicke zur Befreiung ihres Opfers herbeistürmen könnten, die Furcht vor den Worten, welche er noch als Lebewohl in die Massen schleudern könnte. Brown sprang rüstig vom Wagen und stieg zuerst von seinen Begleitern festen Schrittes die Treppe zum Galgen hinauf. Er sah einen Augenblick auf die denselben umzingelnden Soldaten und das hinter ihnen stehende Volk, senkte dann seinen Kopf, um ihn mit den vorn zusammengebundenen Händen erreichen zu können und warf seinen Hut auf den Boden. Hierauf zog man ihm die Mütze über das Gesicht und legte ihm den Strick um den Hals. Der Gefängnißwärter bat ihn dann, auf die Fallthür vorzutreten. Mit fester Stimme erwiderte Brown: „Ich kann ja nicht sehen, Sie müssen mich führen." Mit Hilfe des Aufsehers trat er vor. Seine Füße standen sechs Zoll auseinander, als der

Sheriff sich niederließ, sie zu binden. Brown zog die Füße aneinander und ließ sie ruhig fesseln. Jener fragte ihn: „Wollen Sie ein Schnupftuch und wollen Sie es als Signal fallen lassen, wenn Sie bereit sind?" Brown entgegnete: „Nein, mein Herr, ich bin stets bereit!" In dieser schrecklichen Stellung mußte er zehn Minuten verbleiben. Zehn lange Minuten weideten sich die Henkersknechte an dem Anblick ihres Opfers, das unbeweglich, unerschüttert dastand. So lange dauerte es nämlich, bis die stümpernden Truppen auf die verschiedenen Plätze vertheilt werden konnten. Brown stand schon mehrere Minuten in dieser fürchterlichen Position, als ein Oberst heranritt und rief: „Herr Sheriff, wir sind noch nicht fertig!" Also neues Warten! Brown hatte, auf der Fallthür stehend, die Mütze über das Gesicht gezogen, den Strick um den Hals; aber nicht das geringste Zeichen von Furcht und Aufregung war an ihm zu bemerken. Mitleidig fragte ihn der Aufseher, ob er nicht müde sei? Brown erwiderte fest: „Ich bin nicht müde, aber laßt mich nicht länger warten als nöthig ist." Das sind seine letzten Worte. Endlich waren die militärischen Bewegungen beendigt. Ein andrer „Oberst" rief: „Alles fertig, Herr Sheriff!" Die Fallthür sank. Ein leichtes Zucken der Hände und Alles war vorbei. Brown's Herz hörte erst nach 35 Minuten auf zu schlagen.

Der Staat Virginien übergab die Leiche der treuen Gattin, die bei Harpers Ferry gewartet hatte, um sie mitzunehmen und in freier Erde zu bestatten. Sie war die würdige Frau Brown's. Als bei ihrer Rückkehr von der letzten Zusammenkunft mit dem Gatten, der Anführer der sie begleitenden Reiter sie trösten wollte, erwiderte sie ihm mit Hoheit, daß sie seines Trostes nicht bedürfe, daß sie stolz darauf sei, das Weib John Brown's, des Märtyrers der Freiheit, zu sein, und daß der Galgen sie so wenig schrecke als ihren Mann. Sie hatte nicht die traurige Genugthuung, die Leichen ihrer beiden bei Harpers Ferry gefallenen Söhne mitnehmen zu können. Der eine, Oliver, war bereits verwest und unerkennbar, als sie das Grab öffnen ließ, in welchem man ihn mit den übrigen Rebellen verscharrt hatte und den andern, Watson, hatten die Barbiere von Winchester, einem benachbarten Städtchen, sezirt. Brown's Leiche wurde nach North Elba im Staate New-York, seinem letzten Wohnsitze, gebracht und dort im Beisein zahlreicher politischer und Privat-Freunde feierlich beerdigt.

Wenn noch irgend ein Zweifel an den tief eingreifenden Folgen der Brown'schen That obgewaltet hätte, so würde ihn die vom Süden und den Konservativen des ganzen Landes eingenommene Haltung gründlich widerlegt haben. Diese erinnert unwillkürlich an die 1848er Anklage gegen die Juden und Literaten, welche an der ganzen Revolution Schuld sein sollten und von den Reaktionären ebenso beschimpft wie gefürchtet wurden. Ueberhaupt beweist dies Attentat eine auffallende Aehnlichkeit und Uebereinstimmung zwischen den amerikanischen und europäischen Zuständen. Dieselben Ursachen erzeugen natürlich dieselben Wirkungen. Das Prinzip des Despotismus — die unverantwortliche Gewalt, welche über die Leiber, Geister und Einnahmen anderer Menschen ohne ihre Zustimmung verfügt — ist höchstens durch Zufall oder Oertlichkeit in seinem Charakter anders gefärbt und sonst überall dasselbe. Jeder Despotismus kann nur durch den Schrecken bestehen; der Terrorismus der Terroristen aber entspringt aus ihrem eigenen Schrecken. Die Inquisitionstortur in Rom oder die trockene Guillotine in Cayenne oder das Auspeitschen von Männern und Frauen im Süden der Vereinigten Staaten, oder die Schandthaten der Gränzstrolche in Kansas — alle diese Greuel hüben und drüben sind die nothwendigen Auswüchse eines Systemes, welches die Gewalt zu seinem Ursprunge und seiner Grundlage hat. John Brown erinnert an Orsini, dessen Attentat offenbar auch welthistorische Nachwirkung hervorgebracht hat. Hier wie in Frankreich ist die improvisirte That eines Einzelnen mächtig genug, die herrschende Macht in ihren Grundfesten zu erschüttern. Ja, während drüben nur ein Despot von dem Schrecken einen heilsamen und vielleicht tief eingreifenden Impuls empfängt und das Volk gleichgültiger Zuschauer bleibt, zittert im Süden der Union — wie dies sogar Buchanan in seiner jüngsten Präsidentenbotschaft anerkennt — seit Brown's Putsch jeder Bürger vor der schwarzen Zukunft, und pressen besorgte Mütter, sobald sie einen Schuß hören, aus Angst vor einem Sklavenaufstand, den Säugling zitternd an die Brust. Man denke sich, zweiundzwanzig bewaffnete Männer, darunter fünf verachtete Neger, stürzen den ganzen Süden, ein Gebiet sechs Mal so groß als Deutschland, in den Paroxismus des Schreckens! Unser Eigenthum ist in Gefahr! erschallt der Angstschrei vom Potomac bis an den Rio grande. Dieser Terrorismus von 350,000

kleinen Herren, welche alle wenigstens einen und mehr Sklaven haben, ist schlimmer als derjenige des absolutesten Herrschers. Ist doch seine Tyrannei nur die eines einzelnen sterblichen Mannes, während im Süden jeder Weiße den Büttel und Henker in einer Person vereinigt. Wie man in Virginien das ängstliche Paß- und Polizeiwesen eingeführt hatte, um jeden scheinbar Verdächtigen von sich fern zu halten, so schlagen jetzt die südlichen Blätter ganz ernstlich die permanente Einführung des europäischen Paß- und Polizei-Systemes vor, um übelwollenden Korrespondenten auf die Spur zu kommen und verkleidete Abolitionisten zu entdecken. Zugleich aber verlangen sie zu ihrem wirksamern Schutze ein stehendes Heer, das aus den Kontingenten sämmtlicher südlicher Staaten zusammengesetzt sein und unter einem gemeinsamen Befehl stehen soll. In diesem Verlangen liegt, wie mir scheint, das offene, wenn auch indirekte Zugeständniß, daß der wiederholte Versuch eines Einfalls auf gar keinen so bedeutenden Widerstand stoßen und möglicher Weise gelingen würde. Der Süden bekennt seine Schwäche und Hilflosigkeit vor aller Welt.

Uebrigens bleibt es nicht bei den bloßen Drohungen. Jeder Tag bringt neue Nachrichten über die Gewaltthaten, mit denen man in den Sklavenstaaten jede freie Meinungsäußerung unterdrückt. In Norfolk in Virginien muß ein Deutscher bei Nacht und Nebel fliehen, weil er, ob verdächtiger Aeußerungen im Privatgespräche, gelyncht werden sollte. In Pulaski County in Virginien wird ein des Abolitionismus verdächtiger Bürger von einem aus den angesehendsten Bewohnern des Orts bestehenden Vigilanz-Ausschuß zum Tode verurtheilt, an den Beinen aufgeknüpft, fünf Mal wieder abgeschnitten und schließlich, als er von dieser schrecklichen Prozedur sich erholte, des Landes verwiesen. Ein irländischer Arbeiter wird wegen frecher Aeußerungen „ausgepeitscht, halb nackt ausgezogen, getheert und gefedert" und dann aus dem Staate verbannt. Ein Reisender, der in Nord-Carolina im Eisenbahnwagen mit Helper's, in letzter Zeit vielfach genannter Schrift gegen die Sklaverei betroffen ward, wird, ohne daß man den Zug anhielt, auf die Bahn geworfen und bricht natürlich den Hals. Aus einem einzigen County in Kentucky werden 36 Bürger ausgewiesen und mit harten Strafen bedroht, weil sie, obwohl der Mehrzahl nach selbst Sklavenhalter, in

ihren Anſichten nicht entſchieden genug ſind. Einer meiner Bekannten, der bei einem Beſuche in Savannah in Georgien im Privatgeſpräche bemerkte, daß ihm Brown verrückt geweſen zu ſein ſcheine, wird bedeutet, daß er ſich beſſer in Acht nehmen ſolle, da man derartige, das Verbrechen des Mannes beſchönigende Redensarten nicht dulden könne.

In allen ſüdlichen Staaten werden jetzt die Geſetze gegen die freien Farbigen verſchärft. Louiſiana und Arkanſas, Miſſiſſippi und Miſſouri laſſen ihnen nur die Wahl zwiſchen Verbannung aus dem Staate oder Verkauf in die Sklaverei.

Die Vereinigten Staaten galten bisher in Europa als das letzte Aſyl der Freiheit, als die letzte Zufluchtsſtätte aller, von den Feſſeln des politiſchen und religiöſen Zwanges Gedrückten. Kommen dürft Ihr, ihr Europamüden; aber gegen die Sklaverei dürft Ihr keine Silbe ſagen, wenn Euch euer Leben lieb iſt! Es iſt ſoweit gekommen, daß kein hervorragender Gegner der Sklaverei, ſelbſt im Norden, ſeiner Freiheit mehr ſicher iſt. Im Süden wird eine Subſkription eröffnet, um ſich des wackern alten D. Giddings in Ohio, einem freien Staate, zu bemächtigen und ihn zu hängen. Gerrit Smith wird wahnſinnig, weil man ihn während des Prozeſſes gegen ſeinen Freund und Geſinnungsgenoſſen Brown täglich mit Auslieferung an die virginiſchen Standgerichte bedrohte. Dr. G. S. Howe, der bekannte Philanthrop und einer der edelſten Männer des Nordens, muß aus Boſton nach Canada fliehen; Friedrich Douglas, der berühmte ſchwarze Agitator, hat ſich, um mit Howe einer Auslieferung an Virginien zu entgehen, nach England geflüchtet. Die Republikaner ſuchen Schutz unter dem Szepter der Königin Victoria!

Die Preſſe ſteht ſeit dem Einfall Brown's im ganzen Süden unter der Zenſur, gegen welche gehalten die franzöſiſchen Zeitungen ſich einer goldenen Freiheit erfreuen. Der große Eſpinaſſe iſt zu früh geſtorben; der Edle hätte ein halbes Jahr länger leben müſſen, um ſeine Apotheoſe in der amerikaniſchen Republik zu feiern. Dieſe Zenſur geht nicht allein von den angeſehenſten Bürgern und Einzelſtaaten aus; die Bundesregierung ſelbſt führt ſie ein und ſchlägt damit der Verfaſſung offen in's Geſicht. Ein Poſtmeiſter in Fall Church in Virginien hatte beim

General-Postmeister in Washington angefragt, ob er bei Beförderung von Brandschriften (d. h. Antisklaverei-Schriften) den Gesetzen seines Staats gehorchen dürfe, welche die Verabfolgung derselben an die Abonnenten verbieten und deren Verbrennung durch den Richter verordnen. Der General-Postmeister Holt antwortete unterm 5. Dezember 1859, daß der Postmeister in seiner Verantwortlichkeit als Bürger und Beamter prüfen und entscheiden müsse, ob die bei ihm ankommenden Bücher und Zeitungen in jene Kategorie gehörten, und daß er in diesem Falle gehalten sei, sie nicht allein nicht an die Abonnenten abzuliefern, sondern sie auch zu vernichten. Virginien, erläutert Herr Holt, sei ebensowohl berechtigt, die dort ankommenden Brandschriften zu verbrennen, als ein Mann das Recht habe, den Zünder aus einer, vor seine Füße geworfenen Bombe zu reißen. Diese Worte stehen in den demokratischen Zeitungen des „freiesten Landes der Welt!" Natürlich beeilten sich die demokratischen Postmeister, die Worte ihres Ministers auf's Pünktlichste zu erfüllen. Diese Menschen, die kaum lesen können und als bloße Werkzeuge in den Händen Aemter gieriger Demagogen zu ihren Stellen gekommen waren, wirthschaften mit wahrer Berserkerwuth gegen den unschuldigsten nördlichen Zeitungswisch. Nichts ist vor ihnen sicher; die russischen Kosacken handeln mit mehr Takt und Einsicht. Mit diesem Kreuzzuge gegen die nördliche Presse geht die Verfolgung der südlichen Zeitungen Hand in Hand. Tagtäglich hört man von Zerstörungen von Druckereien, von Vertreibung von Redakteuren aus den Sklavenstaaten. Zahme Oppositionsmänner stellen ihre Ausgabe ganz ein, andere kriechen zu Kreuz und thun bei Zeiten Abbitte; kurz die südlichen Redakteure selbst schreiben mit dem Strick um den Hals.

Ich kann in dieser Verbindung auf das in der Presse des Südens und im Kapitol zu Washington wiederhallende Geschrei nach Auflösung der Union und Konstituirung einer selbständigen südlichen Republik nur hindeuten. Wenn die meisten dieser Tiraden auch nur auf Einschüchterung des Nordens berechnet sind, und deshalb nicht so wörtlich genommen werden dürfen, so fängt der Süden doch an zu fühlen, daß es um seine ausschließliche Herrschaft geschehen ist, sobald Ansichten und Bestrebungen wie die Brown'schen die Oberhand gewinnen. Er sieht sich also bei Zeiten nach Bundesgenossen um und obgleich finanziell,

kommerziell und industriell vom Norden abhängig, gefällt er sich doch im Traume eines südlichen Reiches, welches natürlich nur mit Hilfe eines europäischen Despoten gegründet werden kann. Hier ein Beispiel statt Vieler! Der „Richmond Enquirer", das Organ des Gouverneurs Wise von Virginien, behauptet, daß der Süden sofort die Offensive gegen den Norden ergreifen könne und daß er sich zur bessern Erreichung dieses Zweckes gegen die kleine, den Süden nichts kostende Vergütung eines Freihandelsvertrages ein so starkes Land- und Marine-Kontingent von Frankreich leihen müsse, als es zu seinen Angriffs- oder Vertheidigungszwecken nöthig habe.

„Unter solchen Umständen," sagt der „Enquirer", „müßten wir uns offenbar an Frankreich halten, dessen Kaiser, fähig und weitsehend und so frei von heuchlerischer Scheinheiligkeit und Fanatismus, als Victoria voll davon, eine England überlegene Kriegsflotte und eine Handelsmarine von ungeheurer Größe geschaffen hat, welche unternehmungslustig ist und nur der Eröffnung eines Handels bedarf. Frankreich ist bereit, sich an kommerziellen Unternehmungen von irgend welcher Bedeutung zu betheiligen, ist jedoch fast unter jedem Breitegrade und auf allen Meeren durch das schon bestehende Monopol Englands ausgeschlossen. Ein Bündniß mit den südlichen Staaten würde Frankreich sofort die Beschäftigung für seine Schiffe und den Markt für seine Manufakturen verschaffen, wonach sein Kaiser so lang und eifrig gesucht. Für das Privilegium dieses Verkehrs würde er uns mit Freuden gestatten, einen Theil der großen Armee und Marine zu benutzen, welche er aufrecht zu erhalten, für die er aber keine Beschäftigung hat. Es wäre ihm möglich, uns die Militärmacht zu leihen und sie auf seine eigenen Kosten auf diesem Kontinente zu Gunsten unsrer Handelsfreiheit zu unterhalten."

So weit die Thatsachen! Zum Schlusse noch ein Wort über Brown's Attentat. Selbstredend wurde er fast einstimmig verdammt. Vom engherzigen Advokatenstandpunkt aus, also dem jämmerlichsten, den es in der Welt nur geben kann, fanden sich natürlich gegen Brown die Argumente in Hülle und Fülle. Wären die Abolitionisten und Deutschen nicht gewesen, so würde man kein unbefangenes, männliches Wort über die ganze Angelegenheit gehört haben. In einem Lande, wo das Partei-

leben so ausgebildet ist, wie hier, ist die Wahrheit den Parteizwecken unterthan. Innerhalb der Parteien wird hie und da eine Wahrheit gesagt, darüber hinaus selten oder nie. Es giebt daher auch im hiesigen öffentlichen Leben keine rücksichtslose Wahrheit. Wird es uns nützen, wird es unseren Gegnern schaden? das sind die einzigen Gesichtspunkte, welche in Betracht kommen. Die Demokraten nun suchten selbstredend politisches Kapital aus Brown's Unternehmen zu machen und dem Lande zu beweisen, daß es unter den Republikanern seinem Untergange zusteuern würde und daß diese an allem Unglück Schuld seien. Sie thaten aber im Verläumden, Denunziren und Anklagen des Guten zu viel und erreichten deshalb ihren Zweck nicht. Die Republikaner jedoch verleugneten theilweise ihre eigenen Grundsätze, ließen sich wie die dummen Jungen katechisiren, spielten die gekränkte Unschuld und benahmen sich überhaupt feig und erbärmlich, um nur den alten Brown desto ungestörter verleugnen zu können. Gleichwohl werden sie den politischen Vortheil aus Brown's Hinrichtung haben, weil das Volk immer auf Seiten des Leidenden, Besiegten steht.

Wenn sein Charakter selbst seinen erbittersten Feinden Hochachtung und Bewunderung abgezwungen hat, so ist der Eindruck, welchen er auf seine Gesinnungsgenossen macht, ein unwiderstehlicher. Er erfrischt und erhebt. Ja die bloße Thatsache, daß ein solcher Mann gelebt, gewirkt und gelitten hat, wiegt viele verzagte Momente, manchen politischen Schacher, ja selbst die Hoffnungslosigkeit der öffentlichen Zustände auf. Es schlummern noch herrliche Kräfte in diesem Volke; es kommt nur darauf an, sie zu entwickeln und zu bilden. Die Sache der Freiheit ist noch nicht verloren, wo solche Männer, wie Brown, möglich sind. Er empörte sich gegen Gesetze, welche den Menschen zum Thiere erniedrigen, gegen einen naturwidrigen Zustand, welcher unter dem Schutze der Vereinigten Staaten-Regierung steht und nicht mehr durch den Stimmkasten oder die Wahlurne, sondern nur noch durch eine Revolution geändert werden kann. Alle verfassungsmäßigen Garantieen, auf denen diese Republik ruhte, sind längst vom Süden vernichtet; er hat Bundes- und gemeines Recht mit Füßen getreten und mit gewaltsamer Hand den Norden zum Kriege gezwungen. Brown war der Erste, welcher die Frage, um die es sich handelt, richtig verstand. Der Norden muß

den Süden zurückschlagen, oder er ist verloren; es ist ein Kampf um seine Existenz.

Es kann sich also im vorliegenden Falle nur noch fragen, ob die von Brown zur Erreichung seines Zweckes gewählten Mittel die richtigen waren? Das sind sie nicht. Ganz abgesehen von der mangelhaften Ausführung seines Planes, so können Zustände, wie die in den Sklavenstaaten herrschenden, durch den raschen Akt des Einzelnen so wenig aufgehoben werden, als sich die organische Entwicklung durch die subjektive Willkür Gesetze vorschreiben läßt. Als politische That steht Brown's Einfall auf derselben Stufe mit dem Tyrannenmord. Ein politischer Mörder mag die edelsten Absichten und mit seinem Attentat die besten Folgen haben; aber zu rechtfertigen ist er nicht. Er trifft den Tyrannen, aber nicht die Tyrannei; er vernichtet die Wirkung, allein nicht die sie erzeugende Ursache. Im modernen Staat ist die Entwicklung nicht mehr an das Leben und Belieben eines Einzelnen gebunden, das ganze Volk arbeitet mit an dem organischen Verlauf, welcher wieder das Wesen dieses Volkes ausprägt. War der Tyrannenmord in der antiken Welt eine Tugend, so ist er in unsrer Gegenwart mindestens gesagt, ein Anachronismus, ein Trugschluß. Der Todesstreich gegen die Sklaverei aber ist einem einzelnen Manne doppelt unmöglich zu führen, weil sie sich nicht in einer Person verkörpert, welche sich mit einem Stoße treffen ließe, sondern weil sie jener Drachensaat gleicht, welche in hunderttausend Köpfen neu und schrecklich wieder aufgeht, wenn man einen einzigen abgeschlagen hat. Dagegen liefert Brown's That der Welt den Beweis, daß die Sklaverei die hiesige Gesellschaft im beständigen Kriegszustande hält, und daß die Vereinigten Staaten mit Riesenschritten einer Revolution entgegeneilen. Entweder Sklaverei oder Freiheit; der ununterdrückbare Konflikt zwischen beiden muß wohl oder übel ausgekämpft werden!

Brown ist der erste blutige Vorläufer des ihnen bevorstehenden Kampfes. Seine Hinrichtung ist die erste politische in der Union; sie bezeichnet schon deshalb einen Markstein in deren Entwicklung; sie wird nicht die letzte sein. Denn dieselben Zustände werden dieselben Ideen erzeugen und dieselben Handlungen werden sich wiederholen und dieselben Folgen nach sich ziehen. Brown's Unternehmen mißlang. Allein was

iſt Mißlingen? Nichts als Erziehung, als der erſte Schritt zum Beſſermachen! Was der Kopf des Einzelnen nicht vermag, das können die Arme und Beine eines ganzen Volkes ausführen. Staps galt für verrückt, als er den Dolch gegen den auf dem Gipfel ſeiner Macht ſtehenden Napoleon zückte — und ſechs Jahre ſpäter hatte in erſter Linie die deutſche Volkskraft das tyranniſche Kaiſerreich zu Boden geworfen. Daß die Sklaverei ſehr ſterblich iſt, hat Brown der Welt gezeigt. Das iſt ſein großes Verdienſt; es wird der Welt nicht verloren gehen. Alſo es lebe Brown, vivat sequens!

V.

Ein Tagebuch.

In den folgenden Blättern habe ich Briefe und Berichte zusammengestellt, welche unter dem wechselnden und doch steten Eindruck des herannahenden, endlich aber ausbrechenden amerikanischen Bürgerkriegs entstanden sind. Während ich die eigentliche Kriegführung ausscheiden zu müssen glaubte, weil sie seitdem viel besser und ausführlicher von sachverständigen Federn geschildert worden ist, hielt ich mich eher für berufen, dem Leser die politische Seite des gewaltigen vierjährigen Kulturkampfes und die ihn veranlassenden Strömungen im Lichte der allmäligen Entwicklung der Ereignisse vorzuführen. Wenn ich mich auch von Anfang an keinen Augenblick über den endlichen Sieg getäuscht habe, so sind doch natürlich manche Irrthümer in der Beurtheilung der öffentlichen Charaktere und Maßregeln mit untergelaufen. Ich habe sie aber in ihrer ursprünglichen Fassung stehen lassen, weil es mir lediglich darauf ankommt, den unverfälschten und frischen Ausdruck der Stimmung jener bangen und doch großen, sorgenvollen und doch erhebenden Zeit wiederzugeben.

Ich beginne meine Mittheilungen mit den Vorbereitungen zur Präsidentenwahl im Frühjahre 1860, welche die Kugel in's Rollen brachten, und schließe mit der Heimkehr des siegreichen Heeres und seiner Generale im Sommer 1865. Wo nicht das Gegentheil gesagt ist, sind die Briefe in meinem damaligen Wohnorte New-York geschrieben.

1.

Vor dem Gewitter.

1860.

19. Mai 1860.

Gestern war ein wichtiger Tag. Abraham Lincoln von Illinois ist in Chicago zum Präsidentschafts-Kandidaten der republikanischen Partei ernannt worden. Diese versammelte sich dort am 16. Mai und schloß gestern Abends ihre Verhandlungen, ganz im Gegensatze zu den Demokraten, welche zehn Tage in Charleston zusammen waren und doch zu keinem Resultate gelangten. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so wird Abraham Lincoln der sechszehnte Präsident der Vereinigten Staaten werden; denn den Republikanern gegenüber steht eine gebrochene Partei, stehen unorganisirte Elemente, die erst wieder nach neuen Kombinationen und Verbindungen zu suchen haben. Die republikanische Partei ist im gegenwärtigen Augenblick die einzige geschlossene Partei im Lande; die von ihr getroffene Wahl scheint anzudeuten, daß sie auch für die Zukunft geschlossen bleiben will, um die Regierung der Union in ihre Hand zu nehmen.

Lassen Sie mich mit ein paar Worten die Bedeutung und Tragweite der Vorgänge in Chicago skizziren. Es stritten schon vor dem chicagoer Maitage das liberale und das konservative Element in der republikani- Partei um die Oberhand. Jenes war repräsentirt durch Seward, Chase, Lincoln und Wade, dieses durch Bates, M'Lean, Cameron, Banks und Andere. Seward und seine Freunde verkörpern in sich den „ununterdrückbaren Konflikt," d. h. die Agitation der Sklaverei-Frage, die Beschränkung des Einflusses der Sklavenhalter auf ihre engsten Grenzen, die Sicherung der Territorien für die freie Arbeit und die Entwicklung der nördlichen Industrie. Sie stützen sich auf die Massen des Nordens, namentlich des Nordwestens und nehmen sich mit besonderer Vorliebe

der Fremden an, welche dort überall einen bedeutenden Einfluß ausüben. Um Bates und die Seinigen sammeln sich die konservativen Elemente der Partei, welche zwar dem Süden auch Konzessionen abnöthigen möchten, aber doch noch gern mit ihm liebäugeln, welche dem Volke möglichst wenig einräumen möchten und gegen das fremde Element eine instinktive Abneigung haben, weil sie seine Kraft und Selbständigkeit fürchten und ihm in ihren Interessen feindlich gegenüber stehen. Gleich am ersten Tage der Versammlung zeigte sich, daß dieses konservative Element sich in Chicago in der Minderheit befand. Der Ort der Zusammenkunft und seine nächsten Umgebungen trugen nicht wenig dazu bei, die liberale Fraktion der Partei zu heben. Chicago ist eine eben so nördliche und republikanische Stadt, als Charleston, wo die Demokraten tagten, eine demokratische und südliche ist. Es ist das Herz des ganzen Nordwestens und verdankt seine Blüthe der freien Arbeit und fremden Einwanderung. Vor zwanzig Jahren noch ein Städtchen von kaum 5000 Einwohnern, zählt es jetzt deren 120,000! Aus seinen Bahnhöfen fahren täglich 57 Züge nach allen Weltgegenden ab. Gleichwohl ließen die konservativen Elemente der Partei keine Mittel unversucht, sich den Sieg zu sichern, unterlagen aber schließlich doch und mußten sich der einfachen Mehrheit fügen.

Das Programm selbst ist gut und befriedigend, nur hätte es sich über die auswärtige Politik aussprechen sollen. Im Uebrigen ist es positiver, entschiedener und liberaler, als das vor vier Jahren in Philadelphia angenommene. Es fordert eine Heimstätte-Bill, d. h. 160 Acker Land unentgeltlich für jeden Ansiedler, eine Eisenbahn zum stillen Meere, Hebung und Verbesserung der Verkehrswege, Reformen der Verwaltung und spricht sich über die brennenden Fragen des Tages dahin aus:

„Die gegenwärtige demokratische Regierung hat unsere schlimmsten Befürchtungen mehr als bestätigt durch ihre maßlose Unterwürfigkeit gegenüber den Forderungen des Südens, wie sie dieselbe besonders an den Tag legte in ihren verzweifelten Anstrengungen, die infame Lecompton-Verfassung dem dagegen protestirenden Volke von Kansas aufzuzwingen, — ferner in ihrer Anerkennung eines unbedingten Eigenthumsrechtes auf Menschen, in ihren Bemühungen, allüberall zu Lande wie zur See, mit Hilfe des Kongresses oder der Bundesgerichte den äußersten For-

derungen der Sklavenhalter Geltung zu verschaffen, und endlich in ihrem durchgängigen schnöden Mißbrauch der ihr vom Volke anvertrauten Gewalt.

„Die neue Lehre, daß in allen Territorien die Sklaverei nach Maßgabe der Bundesverfassung von selbst Rechtsbestand habe, ist eine gefährliche politische Ketzerei. Sie steht im Widerspruche mit den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung, mit der ihr von den Zeitgenossen ihrer Stiftung gegebenen Auslegung, mit allen in der Gesetzgebung und Rechtspflege vorliegenden Präjudizfällen. Sie ist ihrem ganzen Wesen nach destruktiv und ganz darauf berechnet, den Frieden und die Eintracht des Landes zu zerstören.

„Die Freiheit ist der Normalzustand in allen dem Bunde gehörenden Territorien. Nachdem unsere republikanischen Väter die Sklaverei auf allem Bundesgebiete abgeschafft hatten, verordneten sie, daß Niemand ohne gehöriges Rechtsverfahren des Lebens, der Freiheit oder des Eigenthums solle beraubt werden dürfen. In Gemäßheit dessen ist es unsre Pflicht, diese Bestimmung der Verfassung gegen alle Versuche, sie zu brechen, erforderlichen Falls durch geeignete Gesetze zu wahren. Wir gestehen weder dem Kongresse, noch einer Territorial-Gesetzgebung, noch Individuen die Befugniß zu, der Sklaverei in irgend einem Bundes-Territorium Rechtsbestand zu verleihen.

„Wir brandmarken die unter amerikanischer Flagge und mit Hilfe schnöden Mißbrauches richterlicher Gewalt stattgehabte Wiedereröffnung des afrikanischen Sklavenhandels als ein Verbrechen gegen die Menschheit, eine unauslöschliche Schmach für unser Land und das Jahrhundert, in welchem wir leben. Wir fordern, daß der Kongreß unverzüglich energische Maßregeln ergreife, um dieses fluchwürdige Gewerbe gänzlich und für immer zu unterdrücken.

„In dem Veto, welches die Statthalter der Territorien Nebraska und Kansas gegen das von den Volks-Vertretrngen der Gebiete beschlossene Verbot der Sklaverei eingelegt haben, sehen wir die praktische Erläuterung des viel gepriesenen demokratischen Prinzips der „„Nicht-Intervention““ und der „„Volks-Souveränität,““ wie sie durch die Nebraska-Bill statuirt ward. Der in diesem Prinzipe liegende Trug und Schwindel wird dadurch vollends aufgedeckt.

„Kanſas muß ohne weitern Verzug nach Maßgabe der vom Volke angenommenen und vom National-Repräſentanten-Hauſe akzepirten Verfaſſung als Staat in den Bund zugelaſſen werden."

Auch in der Fremden-Frage geht der Konvent diesmal weiter, indem er ſich jeder Veränderung der Naturaliſationsgeſetze widerſetzt, und allen Bürgern, gleichviel, ob eingebornen oder naturaliſirten, im Inlande oder im Auslande den vollſten und mächtigſten Schutz zugeſichert wiſſen will. Bei dieſem Paragraphen machte ſich beſonders der Einfluß der Deutſchen geltend, von denen ſechs im Ausſchuß für den Entwurf des Programms ſaßen (darunter C. Schurz aus Wisconſin, G. Körner aus Illinois und C. L. Bernays aus Miſſouri). Sie brachten es dahin, daß auch die Stimmrechtsbeſchränkungen der Einzelſtaaten verdammt wurden, und erregten dadurch bei den Delegaten von Maſſachuſetts nicht geringen Anſtoß. Ueberhaupt machte ſich bei dieſer, wie bei anderen Gelegenheiten der Einfluß unſerer Landsleute in und außerhalb der Verſammlung höchſt vortheilhaft und nachhaltig geltend; ſie bewieſen ihren amerikaniſchen Parteigenoſſen, daß man es nicht mehr mit dem „German voting cattle" zu thun hat. Nach allen dieſen Vorgängen glaubte Jedermann, daß der Vertreter der liberalen Elemente, W. H. Seward, der Auserkorene der Partei ſein würde. Die Morgenblätter des 18. Mai kündigten hier ſeine Wahl ſchon als ſich ganz von ſelbſt verſtehend an; ja, ſogar ſein intriguirender Gegner Greeley von der Tribüne meldete von Chicago, daß Seward's Nomination bei der dritten Abſtimmung gewiß ſei. Bei der erſten Abſtimmung erhielt er 173½ Stimme und bei der zweiten 184½, während Lincoln nur 102, reſp. 181½ hatte. Bei der dritten Abſtimmung aber gingen Maſſachuſetts und Pennſylvanien zu Lincoln über, ſo daß dieſer im Ganzen 354 Stimmen hatte, während Seward nur 110½ erhielt. Es liegt etwas Niederſchlagendes in dieſer Beſeitigung des beſten Mannes, den die republikaniſche Partei zur Zeit hat. Niemand beſtreitet ſeine großen Verdienſte, ſeine Tüchtigkeit und ſeine Bedeutung; allein ſeine Partei fand ihn nicht „available." Ein ſchreckliches Wort, dieſes available, für den hervorragenden hieſigen Politiker! Er wird der augenblicklichen Zweckmäßigkeit geopfert. Im Augenblicke, wo er für ſeine Arbeiten, für Treue und Erfolge belohnt werden ſoll, entreißt ihm eine unbekannte Größe die Siegespalme, weil

die Partei es für ihren Sieg für zweckmäßig hält. So wurden Clay und Webſter geopfert, und ſo fällt jetzt Seward, der einzige Staatsmann, deſſen ſich die Vereinigten Staaten gegenwärtig rühmen können. So kamen Polk und Pierce in's weiße Haus, weil ſie bis zur Wahl unbekannte Größen geweſen waren. Wie damals die Demokraten, ſo bedurften jetzt die Faiſeurs und Drathzieher der republikaniſchen Partei eines Mannes, der in ſeinen Kreiſen einen guten Ruf hat und nach keiner Seite hin hätte anſtoßen können, der aber zugleich auf der andern Seite durch dieſe Erhebung aus ſeiner Unbedeutendheit der Partei zu Danke verpflichtet wird und aller Berechnung nach mit ihr durch Dick und Dünn geht. Es iſt ein Beweis von tiefer politiſcher Verderbtheit, daß derartige Zuſtände möglich ſind, und daß das Talent, die Geſinnungstreue und ein vierzigjähriges politiſches Wirken zuletzt mit einem Fußtritt von der eignen Partei zur Seite geſtoßen wird. Dieſer Fehler findet, wie mir ſcheint, ſeine Erklärung in dem Charakter des Anglo-Amerikaners, der jeden Augenblick bereit iſt, ein Prinzip dem Erfolge zu opfern. Was ihm heute einen ſichern Vortheil bringt, iſt ihm lieber, als ein gewiſſer Erfolg nach acht Tagen. Doch ſei dem, wie ihm wolle, Lincoln iſt ein ſtarker Kandidat. Er iſt ſehr populär im ganzen Nordweſten und wurde zuerſt in der großen Politik vor zwei Jahren bekannt, als er in Illinois der Gegenkandidat von Douglas für den Senat der Vereinigten Staaten war. Damals unterlag er nur auf Grund der ihm ungünſtigen Eintheilung der Wahldiſtrikte; die Majorität der Stimmen war für ihn. Lincoln iſt 1809 in Hardin County in Kentucky geboren und ein ſelbſtgemachter Mann. Er wuchs als Zimmermann ohne jede Erziehung auf und widmete ſich erſt in ſpäteren Jahren dem Rechtsſtudium. Von 1847—1849 ſaß er im Kongreß. Er iſt kein hervorragender, aber auch kein unbedeutender Mann. An ſeinen Namen knüpft ſich die ganze Romantik des Hinterwäldler-Lebens, ein Umſtand, durch welchen er beim Volke eben ſo beliebt iſt, als Fremont ſeiner Zeit ſeine Entdeckungsreiſen zu einem vortrefflichen Kandidaten machten. Lincoln's Beiname im Weſten iſt: Der brave alte Abe (Abkürzung von Abraham). Zum Vize-Präſidenten iſt Hannibal Hamlin, Vereinigter Staaten-Senator von Maine und Advokat, hauptſächlich durch den Einfluß der New-Yorker Delegation nominirt. Hamlin iſt ein

tüchtiger Mann, geboren 1809, Advokat und früherer Demokrat, der in Folge des Kansas-Nebraska-Schwindels Republikaner wurde. Beide Kandidaten gehören dem entschiedenern Flügel der Partei an. Ihre Wahl wird eine Revolution in der hiesigen Politik hervorrufen; sie ist als gesichert zu betrachten, sobald Pennsylvanien und New-Jersey gewonnen sind — und dafür ist alle Aussicht vorhanden, da sie selbst Lincoln als Kandidaten vorschlugen.

28. Juni 1860.

Gegenüber der geschlossenen Einheit der Republikaner bieten die Demokraten ein trauriges Bild innerer Zerrissenheit und unversöhnlicher Feindschaft. Schon ihre zu Ende April in Charleston abgehaltene große Parteiversammlung ging nach zehntägigen Debatten unverrichteter Dinge wieder auseinander. Hier standen sich bereits nördlicher und südlicher Flügel zu schroff gegenüber, als daß sie zum Zusammenhalten gegen den gemeinschaftlichen Gegner zu bestimmen gewesen wären. Der Streit drehte sich dort, wenn Sie mir einen kurzen Rückblick gestatten wollen, zunächst um das Parteiprogramm. Die südlichen Ultras wollten darin die Bestimmung aufgenommen wissen, daß weder Kongreß noch Territorial-Gesetzgebung das Recht habe, die Sklaverei in den Gebieten der Vereinigten Staaten abzuschaffen oder ihre Einführung in diese Territorien zu verbieten, daß ihnen vielmehr die Pflicht obliege, die Sklavenhalter wie jeden andern Eigenthümer daselbst in ihren Rechten zu schützen. Die nördlichen Demokraten (Anhänger von Douglas) waren dagegen und stimmten für einfache Bestätigung des alten Cincinnati-Programms, wonach den Territorien die Bestimmung über Einführung oder Verwerfung der Sklaverei anheimgegeben war. Die letztere Fraktion, obwohl sie sich im Ausschusse in der Minorität befand, siegte bei der Abstimmung in der Versammlung selbst mit 165 gegen 138 Stimmen. Auf diesen Beschluß hin schieden die Delegaten von neun südlichen Staaten aus dem Konvent aus. Die Zurückbleibenden beschlossen aber, daß trotzdem zwei Drittel der ursprünglich vorhanden gewesenen Stimmen, statt der noch anwesenden, die Nomination eines Präsidentschafts-Kandidaten entscheiden sollten. Es fanden im Ganzen siebenundfünfzig Abstimmun-

gen ſtatt. Während dem obigen Beſchluſſe zufolge 202 Stimmen zu einer Wahl erforderlich waren, erhielt Douglas deren nie mehr als 152½, Hunter von Virginien 42 und Guthrie von Kentucky als höchſte Zahl 66. Da trotz dreitägiger Verſuche kein, eine Löſung nur annähernd in Ausſicht ſtellendes Reſultat zu erlangen war, ſo vertagte ſich der Konvent am 3. Mai, um am 18. Juni noch einmal in Baltimore zuſammen zu kommen. Die ausgetretene Oppoſition aber, welche in einem andern Lokale der Stadt ihre Sitzungen und Reden hielt, ging, als ſie dieſes Reſultat hörte, auch aus einander, ohne nur einen Tag und Ort für eine ſpätere Verſammlung beſtimmt zu haben. Dieſe Erfolgloſigkeit eines mit ſo großem Pomp angekündigten Konvents kam dem ganzen Lande eben ſo unerwartet, als ſie in ihren Urſachen und Wirkungen bedeutend für die Politik der Vereinigten Staaten iſt. Die Auflöſung des Konvents ſelbſt bezeichnet aber den Triumph des nördlichen Zweiges der Demokratie über den ſüdlichen. Nicht als ob die Delegaten des Nordens, welche meiſtens aus dem Auswurf der Politiker beſtehen, ein ſo zartes Gewiſſen hätten, daß ſie prinzipielle Skrupel gegen weitere Zugeſtändniſſe an den Süden gehabt hätten. O nein! ſolch überflüſſiges Gepäck wie Grundſätze kennt der nördliche Demokrat ſelten oder gar nicht. Was ihn den Forderungen der ſüdländiſchen Heißſporne entgegentreten machte, war die Einſicht, daß das Volk im Norden eine Gränze in der Nachgiebigkeit kennt, daß es zwar ſchon manchen Unfug geduldet hat, allein daß es noch nicht ſo weit erniedrigt iſt, daß es ein Sklaverei-Geſetzbuch für die Territorien genehmigte, geſchweige daß es ſich den Baumwollen-Baronen auf Gnade und Ungnade überlieferte. Der „ununterdrückbare Konflikt" zwiſchen Freiheit und Sklaverei iſt jetzt unter den Vertheidigern der Sklaverei ſelbſt ausgebrochen; ſogar die Biedermänner, welche nichts als die fetten Aemter mit 80 Mill. Dollars jährlichen Einkommens im Auge haben, können ſich — Dank der Entwicklung der letzten Jahre! — und mit ſich das ganze Volk nicht mehr ſo ohne Weiteres an den Süden ausverkaufen. Zum erſten Male in der Geſchichte der letzten Jahre hat die demokratiſche Partei der Sklaverei-Propaganda ruhig in's Geſicht geblickt und ihr ein „Bis hierher und nicht weiter!" zugerufen. In dem Kampfe, um den es ſich zunächſt handelt, fragt es ſich, ob die politiſche Macht, welche bisher der Süden monopoliſirt hat,

jetzt dem Norden zufallen soll, der schon längst auf dem sozialen, kommerziellen und ökonomischen Gebiete die Hegemonie hatte. Der Süden wußte wohl, daß Douglas, so gewissenlos und schlecht er sonst auch sein mag, wohl im Stande ist, diesen Umschwung zu vollziehen; daher seine an Wuth grenzende Erbitterung gegen ihn! aber ob Douglas oder nicht, der Süden kann seinem Schicksale nicht entgehen. Das ist jetzt doppelt sicher, seit sich auch der demokratische Konvent in Baltimore nach achttägigem Zanken, unsäglichem Lärm und zahllosen Prügeleien schließlich nicht hat einigen können. Wie in Charleston gingen auch dies Mal die feindlichen Brüder erbitterter, als sie gekommen waren, auseinander. Der Rumpf nominirte Douglas einstimmig zum Präsidentschafts-Kandidaten, während die austretenden Südländer und Freunde Buchanan's sich für Breckenridge, den jetzigen Vizepräsidenten, erklärten. Also auch die demokratische Partei ist an dem ununterdrückbaren Konflikte zu Grunde gegangen.

Dieser Untergang einer Partei, welche seit länger als einem Menschenalter die Union beherrschte und selbst unter dem unbedingten Einfluß der Sklavenhalter stand, ist die bedeutendste Folge der Baltimorer Versammlung. Sie sagt mit anderen Worten, daß das Zeitalter der Kompromisse vorüber ist, und daß die Diktatur der Feuerfresser ihr Ende erreicht hat. Vom Juni 1860 an wird eine neue, und zwar freiheitlichere, Strömung in der amerikanischen Politik datiren. Interessant, wenn auch nicht so bedeutend, ist die Thatsache, daß bei dem Streite der feindlichen demokratischen Brüder gar nicht die Rede von der Auflösung der Union war. Während sonst bei dem geringsten Anlaß der Norden mit dieser Drohung eingeschüchtert wurde, hörte man in Baltimore nicht einmal die leiseste Andeutung. Warum? Weil jede der streitenden Parteien zu gut die gemeinschaftliche Kriegslist kannte und weil sie sich lächerlich zu machen fürchtete, wenn sie zu einer abgenutzten, höchstens auf ängstliche Republikaner berechneten Einschüchterung ihre Zuflucht nahm. Also Douglas ist Präsidentschafts-Kandidat des nördlichen Flügels der Demokraten! Von seiner Partei einstimmig nominirt, würde er ein höchst gefährlicher Gegner Lincoln's gewesen sein; jetzt aber, wo der ganze Süden ihm gegenüber steht und im allergünstigsten Falle nur ein oder zwei nördliche Sklavenstaaten ihm zufallen,

iſt ſeine Niederlage ſo gut wie gewiß. Auch im Norden iſt er durch den ihm gegenüberſtehenden Adminiſtrations-Kandidaten Breckenridge gelähmt. Die vier zweifelhaften Staaten Pennſylvanien, New-Jerſey, Indiana und Illinois brauchen jetzt nur eine republikaniſche Stimmen-Pluralität abzugeben, um Lincoln zu wählen; die demokratiſche Stimmenzerſplitterung kommt alſo nur dieſem zu Gute. Kurz, es iſt ſo gut als ausgemacht, daß die Republikaner ſiegen werden, wenn ſie während des Wahl-Feldzuges mit Umſicht und Energie arbeiten. Dann wird es mit der Herrſchaft des Südens für immer vorbei ſein. Er hat jetzt länger als vierzig Jahre die Politik des Bundes beſtimmt und leider in allen nationalen Fragen den Ton angegeben. Lange Zeit hindurch übten die Sklavenhalter dieſe Hegemonie auf Grund ihrer Zahl, ihres Gewichts und ihres legitimen Einfluſſes. Dann kam eine Periode, wo ſie die Herrſchaft nur noch durch ihr Bündniß mit nördlichen Politikern aufrecht erhielten. Endlich, in den letzten Jahren, haben ſie dieſelbe lediglich durch Zwang, durch wüſte Drohungen, durch Berufungen an die Furcht der Schwachherzigen, die Hoffnungen der Ehrgeizigen und die Habſucht der ſittlich Verderbten behauptet. Die Zeit iſt gekommen, wo ſie das Szepter fahren laſſen müſſen. Die politiſche Obmacht geht in die Hände der intelligenten Mehrheit über, in die Hände derjenigen, welche gegenwärtig an Zahl, Wohlſtand, Thatkraft und Unternehmungsſinn im Bunde vornan ſtehen. Dagegen giebt es keine Abhilfe; es läßt ſich dieſer Uebergang der Obmacht an den Norden ſo wenig hindern, wie die Umdrehung der Erde um die Sonne oder das Steigen und Fallen der Meeresfluth. Aber ohne bedeutende Unruhe und Gewalt geht es dabei nicht ab. Dieſer Stand der Dinge führt in ſeinen letzten Konſequenzen zur Auflöſung der gegenwärtigen Union, es ſei denn, daß der Süden ſich gutwillig der in die politiſche Obmacht des Nordens auslaufenden Entwicklung fügt. Das iſt aber nicht wahrſcheinlich. Es wird alſo zum Kampfe kommen. Er kann noch Jahrzehnte, ja, Menſchenalter dauern und lange hin und her ſchwanken; die endliche Entſcheidung iſt aber ſchon vorgezeichnet und nur eine Frage der Zeit. Das Jahr 1860 bildet einen Markſtein in der innern Entwicklung des Landes, wie das Jahr 1820 die Aera der Kompromiſſe und das Jahr 1789 das konſtitutionelle Zeitalter einläutete. Der ſüdliche Feudalismus, welcher

dem fortschreitenden Leben der Nation seine abgestorbenen Elemente aufnöthigte und seine subjektive Willkür so lange an die Stelle der organischen Entwicklung setzte, hat in Charleston sein Waterloo erlebt, wenngleich aller Wahrscheinlichkeit nach beide Parteien bei der bevorstehenden Präsidentenwahl zunächst sich und Andere über die innere Natur des Kampfes durch Redensarten zu täuschen suchen werden.

21. Juli 1860.

Noch ist's überall still, trotz der bevorstehenden Präsidentenwahl; nirgends zeigt sich die geringste Theilnahme, geschweige denn Aufregung. Der Grund für diese Ruhe auf der Oberfläche liegt tiefer als man wähnt.

Die Demokraten sind in sich zu gespalten, als daß die Führer auf die Möglichkeit eines Sieges rechneten; die Knownothings und Oldgentlemen, mit Bell und Everett an der Spitze, befinden sich, wie sie selbst recht gut wissen, nur in einer hoffnungslosen Minorität, und die Republikaner erwarten nichts Andres, als daß, bei der Zwietracht und Unbedeutendheit der ihnen gegenüberstehenden Parteien, ihnen der Sieg von selbst zufallen muß. So wenig sich auch eine Partei einer solchen Sicherheit vor der Entscheidung hingeben sollte, so wird sie im vorliegenden Falle doch durch die Verhältnisse nur zu sehr begünstigt.

Seit meinem letzten Briefe hat sich die Lage immer mehr aufgeklärt, und namentlich die Zersplitterung der demokratischen Partei noch mehr befestigt. An eine Versöhnung oder nur an ein zeitweises Zusammengehen der beiden feindlichen Fraktionen für die Präsidenten-Wahl ist nicht mehr zu denken. In den Mittelstaaten wurde zwar der Versuch gemacht, einen Kompromiß zu Stande zu bringen; indessen scheiterte er an dem entschiedenen Widerspruche der Administrations-Partei und an Douglas selbst. Namentlich arbeitet Buchanan mit einer Erbitterung gegen den letztern, die nur aus einem tiefen persönlichen Hasse zu erklären ist. Jeder Beamte, der sich nicht für Breckenridge bethätigt, wird guillotinirt, wie der Kunstausdruck lautet, d. h. weggejagt. Ja, der Präsident verschmäht es nicht, dem Janhagel von Washington eine stundenlange Rede gegen Douglas zu halten. Dieser reist jetzt im Norden umher und arbeitet mit großer Energie für seine Wahl.

Douglas ist ein Mann von eiserner Energie und unverwüstlicher Arbeitskraft und verschmäht kein Mittel, um zu seinem Ziele zu gelangen. Gleichwohl werden ihm alle seine Bemühungen wenig helfen; ich glaube wenigstens nicht, daß er mehr als einen oder zwei Staaten bei der Wahl erhalten wird. Denn der Norden, wo er viele einflußreiche Freunde hat, ist in seiner Majorität republikanisch, und im Süden ist er wegen seiner Ketzerei in der Sklavenfrage unmöglich. Hier macht der Sklavenhalter die Politik. Dieser aber ist, wie jede tyrannische Macht, unversöhnlich. Er verlangt unbedingten Gehorsam und vergißt jahrelange treue Dienste, ja selbst die wegwerfendste Ergebenheit, sobald man einmal in seinem Dienste ein Bedenken, eine Schwäche zeigt. Der Süden belohnt seine Diener, aber sie dürfen nie gewankt haben. Douglas hat gewankt; er wird deshalb kein Präsident werden. Er hat ein Symptom eignen Willens blicken lassen, und das kann ihm nie verziehen werden.

Die unnatürliche Zwitterstellung der demokratischen Partei bringt es mit sich, daß sie nur solche Präsidentschafts-Kandidaten brauchen kann, die gar keinen Willen haben. Pierce, Buchanan und Breckenridge sind ihre Leute, Männer, welche immer Sklaven eines fremden Willens werden müssen, weil sie immer bereit sind, das Recht der vollbrachten Thatsache anzuerkennen, welches sie der Nothwendigkeit eines selbstständigen Entschlusses überhebt. Bei solchen Männern hat die gewissenlose Partei immer gewonnenes Spiel. Douglas ist darum noch um einen Grad zu gut für einen demokratischen Präsidenten; aber auch dies hat er nur seiner verwickelten Stellung zu verdanken. Wenn die natürliche Entwicklung der Dinge die Plane seines Ehrgeizes vereitelte, so zwingt sie ihn, noch einen Rest von Charakter zu behalten. Aber er hat sein eignes Schicksal geschmiedet. Er hat die Volks-Souveränität an die Sklaverei verkuppeln wollen, und die Volks-Souveränität hat sich an ihm gerächt. Breckenridge, sein Gegner, hat zwar alle die reichen Hilfsmittel der Regierung auf seiner Seite, allein seine Sache ist eben so trostlos.

Die fünfzehn südlichen Staaten geben von den dreihundert und drei Wahlstimmen nur neunzig ab. Selbst angenommen, daß sie ihm alle sicher sind, so wird er also doch geschlagen. Die ganze Agitation

der gespaltenen demokratischen Partei würde gar keinen Sinn und Verstand haben, wenn ihr nicht zwei tiefer greifende Motive zu Grunde lägen. Einmal glaubt es der Flügel von Breckenridge durch einen wohl arrangirten Feldzugsplan dahin bringen zu können, daß die Wahl an's Haus fällt, oder, falls dieses sich nicht einigen kann, an den Senat kommt. Dann wäre Lane, der Mann nach dem Herzen Buchanan's, als Vize-Präsident der Kandidat, welcher die meisten Chancen hätte, da im Senate eine südliche Majorität alle wichtigen Fragen entscheidet. Douglas aber kämpft für sein Uebergewicht in der Partei und hat schon das Jahr 1864, die nächste Präsidentenwahl, im Auge. Gewinnt er im Norden und selbst theilweise im Süden eine ansehnliche Minorität, so glaubt er, der Partei seine Bedingungen vorschreiben und seine Lehren als Parteiprogramm einführen zu können. Mir scheint es, daß Douglas sich irrt; denn die Sklavenhalter geben nicht nach. Sie wollen entweder die ganze Herrschaft oder gar keine; sie können, wie gesagt, keine Ketzer brauchen, und in Zukunft wird die Theorie der Feuerfresser die Lehre der demokratischen Partei sein. Sie läßt sich in die paar unschuldig erscheinenden Worte: „Sklaven sind im Sinne der Konstitution Eigenthum," zusammenfassen. Daraus folgt nun aber nicht allein die Wiedereröffnung des Sklavenhandels, sondern auch Einführung der Sklaverei in die Territorien und sogar in die freien Staaten.

Natürlich tritt die demokratische Partei mit diesen Konsequenzen noch nicht offen hervor; aber sie wartet im Hintergrunde auf den günstigen Zeitpunkt ihrer Anerkennung. Die Republikaner endlich geben sich in diesem Augenblicke alle Mühe, Lincoln als den wahren Mann des Volkes darzustellen. „Im Zeichen des Fenzriegels wirst Du siegen!" ruft sie dem Lande zu. Bei einem neulichen Besuche im Westen sah ich in der Hauptstadt von Illinois einen derartigen Fenzriegel unter Glas und Rahmen: Lincoln soll ihn im Jahre 1830 selbst gespalten haben! Die ganze Hinterwäldler-Romantik wird aufgeboten, um ihm einen Heiligenschein zu geben. So lächerlich es ihnen klingen mag, so zieht das alte und doch neue Mittel sehr stark. Lincoln ist der Lieblings-Kandidat der Farmer und kleinen Arbeiter, denen die bloße Thatsache seiner Ernennung schon schmeichelt. Er selbst sieht aus, wie ein von der Sonne ausgetrockneter Fenzriegel von 6 Fuß 3 Zoll. Was werden die süd-

lichen Junker sagen, wenn der plumpe Bauer aus dem Westen in's weiße Haus einzieht? Aber er ist mehr als das: er ist ein selbst gemachter Mann, der sich mit seiner verarbeiteten breiten Faust den Weg durch's Leben gebahnt hat und so leicht vor keinem Hinderniß zurückschreckt, eine glückliche Mischung von Franklin'scher Bauernweisheit und westlicher Gutmüthigkeit, eine klassische, westliche Ausgabe des Brother Jonathan, der gern in Gleichnissen und Bildern redet, dabei ein prächtiger braver Kerl und als solcher der Liebling aller Volkstheater ist. Mag er aber auch sein, wer er will, sein Amtsantritt wird eine neue Aera in der amerikanischen Politik bezeichnen, und zwar einen Fortschritt im Sinne konstitutioneller Freiheit!

7. September 1860.

Die Agitation für die Präsidenten-Wahl ist in der letzten Zeit, wenigstens im Norden, etwas lebhafter geworden. Die Parteien fangen an, zu arbeiten und ihren Feldzugsplan zu entwerfen. Die sämmtlichen Gegner der republikanischen Partei stürzen sich auf den Staat New-York. Früher galten Pennsylvanien, Illinois, Indiana und New-Jersey für die zweifelhaften Staaten, und noch im Jahre 1856 beschränkte sich der Kampfplatz auf sie. Allein in Pennsylvanien sind jetzt die beiden feindlichen demokratischen Brüder (Douglas gegen Breckenridge) so sehr mit einander zerfallen, daß sie ihre Kräfte zersplittern und den Republikanern nicht die Spitze bieten können. New-Jersey mit seinen sieben Stimmen ist zu unbedeutend und stets im Schlepptau von Pennsylvanien, als daß es durch und an sich selbst in die Wagschale fiele. Illinois gab schon 1858 Lincoln gegen Douglas eine Mehrheit der Stimmen und ist jetzt der republikanischen Partei ganz sicher, während endlich Indiana in derselben Weise, wie Pennsylvanien, gespalten und schon seit Monaten von den Demokraten aufgegeben ist. Wenn diese sich jetzt auf New-York werfen, auf einen Staat, der schon seit mehr als zehn Jahren keine demokratische Majorität mehr kannte und mit jedem Jahre republikanischer gestimmt hat, so beweist eine solche Politik nur ihre Verzweiflung und Ohnmacht.

Nachdem sich Douglas-Demokraten und Unionsmänner schon vor

einigen Wochen vereinigt haben, ſuchen jene jetzt auch eine Koalition mit den Anhängern von Breckenridge anzubahnen. Selbſtredend führt nur der Haß gegen die Republikaner dieſe unnatürliche Verbindung herbei; an eine Ausgleichung der feindlichen Gegenſätze wird nicht gedacht, und es gibt nur für zwei Monate einen comment suspendu. Siegte dieſe Koalition ſo gewiß, als ſie unterliegen wird, ſo hätte ſie ihren Zweck erreicht und die Wahl von Lincoln verhindert. Die Zahl der abzugebenden Stimmen wird dies klar machen.

Die Sklavenſtaaten geben 120, die geſammten freien Staaten 183 und New-York 35 Stimmen ab. Natürlich kann der republikaniſche Kandidat auf keine einzige Stimme aus den Sklavenſtaaten rechnen. Er muß aber die Hälfte von jenen 303 Stimmen haben, alſo wenigſtens 152, wenn er durch das Volk gewählt werden ſoll. Ziehen wir nun die 35 Stimmen New-Yorks von den 183 freien ab, ſo bleiben nur 148 übrig, alſo nicht genug, um Lincoln in's weiße Haus zu bringen. Das iſt der Grund, warum die Anti-Republikaner ſich New-York als Wahlſtatt auserkoren haben; ihr Sieg in irgend einem andern Staate würde ſie nicht zum Ziele führen. Ihre Ausſichten ſind jedoch auch im Staate New-York troſtlos genug. So demokratiſch auch New-York Stadt und Nachbarſchaft iſt, ſo republikaniſch iſt dagegen das Land.

30. September 1860.

Lincoln wird — das geben ſelbſt ſeine Feinde zu — bei der Zerſplitterung der demokratiſchen Partei mit einer anſehnlichen Mehrheit auch im Staate New-York gewählt werden. Wegen dieſer troſtloſen Ausſichten haben dieſelben denn auch beſchloſſen, New-York ganz aufzugeben und, wie im Jahre 1856, Pennſylvanien zum Kampfplatze zu machen. Im Augenblick wird in New-York eine Million Dollars aufgebracht, um den letztgenannten Staat gegen Lincoln zu gewinnen. Einzelne New-Yorker Kaufmannshäuſer haben jedes 25,000 Dollars gezeichnet, viele 10,000 Dollars, und es iſt kein Zweifel, daß die erforderliche Summe bald zuſammengebracht ſein wird. Natürlich dient dieſes Geld zum Korrumpiren und Stimmenfabriziren im höchſten Maßſtabe. Durch die Unterſuchungen des Covode-Ausſchuſſes im letzten

Kongreß war nachgewiesen, daß 1856 sechstausend falsche Stimmen in Pennsylvanien für Buchanan abgegeben wurden. Ganze Schiffsladungen frisch angekommener Irländer namentlich schleppten die Demokraten in die „Naturalisations-Mühle" und machten sie zu Bürgern. Es ist kaum glaublich, welche Summen in dieser Weise verschleudert werden. Die demokratische Partei, als die im Amte befindliche, hat dabei noch den Vortheil, daß sie ihre Beamten um 20—25 pCt. ihres Gehaltes besteuern und die so gewonnenen Mittel für die Wahl benutzen kann. Blos das New-Yorker Zollhaus bringt durch diese Prozedur 150 bis 200,000 Dollars auf! Die Kandidaten für die verschiedenen, durch Neuwahlen zu besetzenden Aemter müssen selbstverständlich noch mehr bluten.

Die Politik in den großen Städten ist bereits ein Monopol der Reichen geworden. Ein armer Kandidat kann nicht, oder nur ausnahmsweise, durchdringen. Trotz der Neuheit und verhältnißmäßigen Jugend des amerikanischen Staatslebens finden sich dort, so weit die Stellenbesetzung und die Art ihrer Erlangung in Betracht kommt ganz dieselben Verhältnisse und Uebelstände wieder, welche z. B. die sinkende römische Republik kennzeichneten: ein Beweis, daß nicht gute oder schlechte Gesetze, sondern die der Gesellschaft innewohnende Natur den politischen Körper bestimmt. Dazu kommt auf der andern Seite, daß die Gehälter der öffentlichen Beamten in Amerika im Ganzen so kärglich und im Verhältniß zur Leichtigkeit des Erwerbes so klein sind, daß wirklich unabhängig denkende und handelnde Männer, welche arm und ehrlich sind, gar nicht danach verlangen. Ein Richter zum Beispiel hat ein schlechteres Gehalt, als das Durchschnitts-Einkommen eines mittelmäßigen Advokaten beträgt. Der Gouverneur von New-York bezieht 6000 Dollars Einkommen per Jahr, während die Kosten seiner Wahl sich auf mehr als 20,000 Dollars belaufen, und er nicht länger als zwei Jahre im Amte bleibt.

10. Oktober 1860.

Lincoln's Wahl ist jetzt ganz unzweifelhaft gesichert; er wird der sechszehnte Präsident der Vereinigten Staaten sein! Gestern nämlich fanden die Staatswahlen in Indiana, in Ohio und Pennsyl-

vanien Statt. Auf die beiden ersteren Staaten kommt es hier weniger an, da Indiana allein in der gegenwärtigen Konjunktur nicht genug Gewicht in die Wagschale wirft und Ohio unzweifelhaft republikanisch stimmt. Dagegen sind die Augen aller Politiker stets mit ängstlicher Spannung auf Pennsylvanien, den Schlußstein- (Keystone-) Staat gerichtet, so oft es sich in einem Präsidentenjahre, wie dem gegenwärtigen, um die dortigen Staatswahlen handelt. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß diejenige Partei auch in der Präsidentenwahl siegt, welche in den Pennsylvanischen Staatswahlen vier Wochen vorher gesiegt hat. So gab Pennsylvanien im Jahre 1856 den Ausschlag zu Gunsten Buchanan's, und so wurde mit vollem Rechte auch dieses Mal angenommen, daß es in seinem Gouverneur zugleich den nächsten Präsidenten bezeichne. Letzte Nacht nun kamen die Wahlberichte aus den verschiedensten Theilen des Staates, daß Curtin, der Kandidat der Volkspartei und Republikaner, mit 10—15,000 Stimmen Majorität gesiegt hat. „Pennsylvanien hat gesprochen," sagt der New-York Herald, „und es ist für uns verloren. Es wird für Lincoln mit vielleicht 25,000 Stimmen Majorität gehen, wir müssen unsre vereinigte Kraft jetzt wieder auf New-York werfen!" So bläs't das schamloseste der Administrations-Blätter zum Rückzuge. In der That ist der Triumph der Republikaner auch ein großer. Im Jahre 1856 hatte Buchanan 230,772, Fremont 147,963 und Fillmore 82,202 Stimmen; Demokraten und Knownothings zusammen waren also 165,011 stärker als die Republikaner. Auch jetzt stimmten die Knownothings unter dem Namen Unionsmänner wieder mit den Demokraten, welche sogar, um den verhaßten gemeinschaftlichen Feind zu schlagen, in der Staatswahl gemeinschaftliche Sache gegen Curtin machten und keine Douglas- und Breckenridge-Fraction kannten; allein trotz alledem sind sie geschlagen. In der Präsidentenwahl wird die Mehrheit für Lincoln verhältnißmäßig noch bedeutender sein, da hier Breckenridge- und Douglas'-Demokraten wieder auseinander gehen werden. Gleichsam um den Demokraten den letzten Boden unter den Füßen wegzuziehen, kommen jetzt sogar Nachrichten aus Indiana, der stärksten Festung der demokratischen Partei, welche melden, daß selbst dort die Republikaner höchst wahrscheinlich siegen werden, indem die Deutschen massenhaft zu ihnen übergegangen. Schurz und Solger bereisten den

Staat fünf Wochen lang und hielten jeder täglich eine bis zwei Reden für die Republikaner, so daß jenen Herren ein großer Theil an diesem Siege zu verdanken ist. Uebrigens können all diese Einzelheiten Sie nicht interessiren; genug, daß Lincoln der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein wird. Wenn Sie Sich einen Begriff davon machen wollen, in welcher Stimmung und Verfassung er das Land am 4. März finden wird, so versetzen Sie Sich in Ihre eigene Lage und Politik vor zwei Jahren zurück, wo die Willkür Manteuffel's und Westphalen's den ersten Anfängen gesetzlicher Zustände weichen mußte, und der Junkerübermuth zum ersten Mal seit langen Jahren vor den konstitutionellen Gewalten den Kürzern zog. Genau so ist es hier! Unsere Junker sind die südliche Adels-Oligarchie, die Negerbarone mit Peitsche und Bluthunden, welche vierzig Jahre lang unumschränkt geherrscht haben. Jede der letzten demokratischen Regierungen war in ihrer Art ein Manteuffel, Westphalen oder Raumer, die es sich selbst saure Gänge kosten ließen, um die Ehre und Würde des Landes zu opfern, und jeder demokratische Beamte ist ein Werkzeug in den Händen und für die Absichten dieser Staatsretter. Jetzt aber wird das ganze Nest am 4. März ausgefegt und von dem demokratischen Ungeziefer gesäubert werden.

Die Präsidentenwahl.

20. Oktober 1860.

In den Vereinigten Staaten findet die Präsidentenwahl bekanntlich alle vier Jahre am ersten Dienstag im November, diesmal am 6. November, Statt. Der dabei obwaltende Modus ist im Gegensatze zu den übrigen Staats-, Stadt- und Gemeindewahlen der Union ein sehr verwickelter. Einmal giebt nicht die Majorität der Urwähler aller Staaten zusammengenommen, sondern die Majorität der Repräsentativ-Stimmen der Einzelstaaten den Ausschlag. Dann aber ist die Wahl eine indirekte, indem die Urwähler nicht für einen Kandidaten direkt stimmen, sondern nur für sämmtliche Wahlmänner ihres Staates, welche stillschweigend verpflichtet sind, den ihnen von ihrer Partei aufgegebenen Kandidaten zu wählen. Ursprünglich hatte die Verfassung diese Wahlmänner mit der selbständigen Wahl des Präsidenten, also mit einer großen Verantwort-

lichkeit betraut; sie glaubte in dem Charakter dieser Vertrauensmänner eine Garantie für die Wahl des besten Kandidaten zu finden. Allein die Praxis warf diese Absicht der Gründer der Verfassung über den Haufen und machte die Wahl thatsächlich zu einer direkten, indem sie die Elektoren zu bloßen Stimmträgern degradirte. Die Zahl dieser Elektoren entspricht der Repräsentation jedes Einzelstaates im Kongresse. So hat New-York, weil es 33 Abgeordnete und zwei Senatoren nach Washington schickt, 35 Präsidenten-Wahlmänner, Pennsylvanien in demselben Verhältniß 27, Illinois 11, Virginien 15, und sämmtliche Staaten haben zusammen in diesem Jahre 303 Stimmen. Von dieser Zahl kommen auf die 18 freien Staaten 183, auf die 15 Sklavenstaaten aber 120 Stimmen. Da die absolute, zur Wahl eines Präsidenten nöthige Mehrheit somit 152 Stimmen beträgt, so haben die freien Staaten deren 31 mehr, als unumgänglich erforderlich sind, um selbst ohne eine einzige Stimme aus den Sklavenstaaten einen Präsidenten zu wählen.

Die Wahl dieser Elektoren nun findet am 6. November Statt; am 4. Dezember aber kommen sie in den Hauptstädten ihrer betreffenden Staaten zusammen und geben ihre Stimmen dort amtlich zu Protokoll, welches nach Washington geschickt und daselbst am ersten Dienstag im Februar vom Sprecher des Repräsentanten-Hauses offiziell geöffnet und bekannt gemacht wird. Natürlich weiß aber schon ein paar Tage nach der Wahl das ganze Land, welcher von den Kandidaten der Glückliche gewesen ist. In diesem Jahre jedoch kennen wir, trotzdem, daß vier Kandidaten im Felde sind, sogar jetzt schon genau das Resultat, da der den Demokraten feindliche Ausfall der Oktober-Wahlen in den Staaten Pennsylvanien, Ohio und Indiana die Wahl des republikanischen Kandidaten als unausbleibliche Folge nach sich zieht. Ich brauche deshalb auch nicht die Eventualitäten zu erörtern, die eingetreten sein würden, wenn keiner der konkurrirenden Kandidaten eine absolute Stimmenmehrheit erhalten hätte. Also Abraham Lincoln wird der sechszehnte Präsident der Vereinigten Staaten sein! Wie und wodurch war dieser Sieg möglich, was bedeutet er für die Politik der Vereinigten Staaten, und welche Folgen schließt er für die nächste Zukunft in sich? Lassen Sie mich diese wichtigen Fragen etwas näher untersuchen!

Von den sich gegenüberstehenden vier Kandidaten, Bell, Breckenridge, Douglas und Lincoln, repräsentirt zunächst Bell von Tenessee die Ueberreste aller früheren Parteien, namentlich der Whigs und Know-nothings, und alle abgetakelten Politiker, die sich unter dem Namen der Unionspartei zusammengethan und kein Programm aufgestellt, sondern sich nur im Allgemeinen für Erhaltung der Konstitution des Landes, der Union der Staaten und Durchführung der Gesetze erklärt haben. Alle diese Gemeinplätze hätten nur dann etwas bedeutet, wenn keiner der übrigen Kandidaten eine absolute Majorität zu erlangen im Stande gewesen und in Folge dessen die Wahl an's Haus oder eventualiter sogar an den Senat gefallen wäre. Für diesen jetzt nicht eintretenden Fall hatten sogar Bell nnd Everett, letzterer als Vize-Präsidentschafts-Kandidat, große Chancen, da sie anscheinend zwei Extreme vermitteln und der Ausdruck des politischen Philisteriums, beide aber persönlich sehr angesehene Männer sind, von denen der eine sich durch ein makelloses politisches Leben, der andre aber durch wissenschaftliche Leistungen auszeichnet. Eine eigentliche Unionspartei existirt schon heute nicht mehr.

Der eigentliche Kampf beschränkte sich daher auf die Republikaner und Demokraten, diese eine alte Partei, welche ihren Ursprung auf Jefferson zurückführt, jetzt aber fast ausschließlich auf die Neger-Sklaverei ihre Herrschaft stützt und seit Jackson beinahe ununterbrochen die Union regiert hat, jene eine junge, vor kaum fünf Jahren ins Leben getretene Partei, welche ihre Stärke hauptsächlich im Norden und im Nordwesten hat und in Folge der Uebergriffe der Demokraten in der Sklavenfrage entstanden ist. Was den Republikanern den Kampf gegen die letzteren erleichterte, war der Umstand, daß diese durch die Sklaverei in sich gespalten und zersplittert wurden. Ferner waren die Demokraten im Laufe der Jahre aus einer Partei, welche Anfangs die gleichen Rechte aller Menschen und die Massen gegen die Aristokratie vertheidigt hatte, zu den gewissenlosen Stützen und Agitatoren dieser südlichen Uebergriffe geworden; sie waren, seit Calhoun sie zu Trägern seiner Sklaverei-Propaganda gemacht hatte (etwa seit 1840), nur noch die politischen Agenten der Sklavenhalter. Ihr allzu schroffes Auftreten seit 1854, namentlich aber der Vertragsbruch der Nebraska-Bill und die Wirren in Kansas riefen die republikanische Partei ins Leben, welche das weitere Vordringen

der Sklaverei verhindern wollte und schon 1856 als geschlossene nördliche Partei den Demokraten den Sieg streitig machte, ja, trotz ihrer Niederlage durch die Wahl Buchanan's, in sich noch einiger und siegesgewisser aus dem damaligen Kampfe hervorging.

Buchanan hatte seine Wahl in dem damals wie jetzt den Ausschlag gebenden Staate Pennsylvanien hauptsächlich unter dem falschen Vorwande durchgesetzt, daß er für ein freies Kansas sei. Das war es aber nicht, was seine Partei wollte; sie brauchte vielmehr einen neuen Sklavenstaat und zunächst das Sklaven-Territorium Kansas. Sie benutzte eine absichtlich dunkel gehaltene Stelle in dem cincinnatier Programm von 1856, um zu erklären, daß die Sklaverei ipso jure in den Territorien bestehe, und daß sie nur dann von den Bewohnern derselben verboten werden könne, wenn sie zahlreich genug seien, einen Staat zu bilden. Natürlich ist es schwer, wenn nicht absolut unmöglich, die Sklaverei von da zu vertreiben, wo sie einmal Eingang gefunden hat. Der oberste Vereinigte Staaten-Gerichtshof stellte, den Wünschen und Bedürfnissen des Südens entgegenkommend, in der sogenannten Dred-Scott-Entscheidung die durchaus ungerechtfertigte, im Widerspruch zu den Gesetzen des Landes stehende, gefährliche und verwegne Lehre auf, daß das Volk eines Territoriums nicht das Recht habe, die Sklaverei auszuschließen, ja, daß der Kongreß die Rechte der Sklavenhalter selbst *gegen* den Willen der Bewohner in den Territorien schützen müsse. Es giebt kein Gesetzbuch der Welt, welches die Sklaverei als den natürlichen Zustand voraussetzte, kein Volk, welches ihre Anerkennung nicht von einem positiven gesetzlichen Akte herleitete. Das in den Vereinigten Staaten geltende englische Common Law ist in diesem Punkte ganz unzweideutig und entschieden zu Gunsten der Freiheit; die Praxis hat in Amerika sowohl, als in England seit dem berühmten Sommerset-Falle dem entsprechend festgestanden. Erst das sogenannte Dred-Scott-Urtheil stieß sie um, und die Demokraten erklärten, dasselbe über die Konstitution stellend, jeden für einen Hochverräther, welcher der Auffassung des obersten Gerichtshofes nicht unbedingt beipflichte. Mit anderen Worten soll also in den Vereinigten Staaten die Sklaverei die allgemeine Regel, die Freiheit aber nur eine Ausnahme sein.

Natürlich gewannen diese demokratischen Gewaltthaten und reak-

tionären Bestrebungen gegenüber den Republikanern immer mehr Boden im Norden. Die an Verächtlichkeit gränzende Schwäche, Willkür und Korruption der Buchanan'schen Verwaltung raubte der demokratischen Partei ihren letzten Nimbus im Volke und trieb ganze Staaten in das republikanische Lager. Wenn auch ursprünglich nur durch den Kampf für ein freies Kansas in's Leben gerufen, so dehnte die republikanische Partei doch allmälig die Ziele ihres Strebens auf die Vertretung der Interessen des Nordens gegen den Süden, der freien Arbeiter gegen die Sklaverei, des arbeitenden und denkenden Bürger- und Farmerstandes gegen eine faullenzende Adelsherrschaft aus. Die Sklaverei wird fortan zur Tagesfrage zwischen den kämpfenden Parteien und zum ausschließlichen Inhalt der amerikanischen Politik; sie nimmt jetzt auch formell die kontrolirende Stellung ein, welche sie dem Wesen und der That nach schon seit einem Menschenalter im hiesigen Staatsleben behauptet hatte. Wenn auch zunächst nur für die Territorien, so müssen sich doch allmälig auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Demokraten eben so sehr mit der rohesten Form der Knechtschaft identifiziren, als die Republikaner, wohl oder übel, überall für die Freiheit eintreten müssen. Welche aber auch die Schwankungen und Mängel in der Ausführung ihrer Prinzipien sein mögen, fortan ist für beide Parteien die Frage richtig gestellt, und das ist ein großer politischer Fortschritt!

Nachdem Pennsylvanien, Ohio und Indiana sich bei den letzten Oktoberwahlen mit großer Majorität für die republikanische Partei erklärt haben, steht so viel fest, daß Lincoln die Stimmen aller freien Staaten mit einzig möglicher Ausnahme von Kalifornien und Oregon, d. h. im Ganzen 176 Stimmen erhalten wird. Da er nun zu seiner Wahl nur 152 Stimmen braucht, so ist diese selbst dann mehr als gesichert, wenn die beiden Pazifik-Staaten mit ihren sieben Stimmen sich gegen ihn aussprechen sollten. Nach den neuesten Nachrichten ist ihm aber selbst Kalifornien sicher, so daß er sogar 180 Stimmen auf sich vereinigen würde. Daß dagegen New-York zweifelhaft sein oder ihm gar verloren gehen sollte, wie das demokratische Blätter gern behaupten, ist nicht einmal eine grobe Selbsttäuschung, sondern eine große Unwahrheit, an die sie selbst nicht glauben. New-York ist mit wenigstens 30,000 Stimmen Majorität für Lincoln. Er wird also trotz der

120 Stimmen der Sklavenhalter der sechszehnte Präsident der Vereinigten Staaten. Es ist dies das erste Mal, daß überhaupt ein Präsident gegen den Willen und die Drohungen des Südens gewählt wird.

Abraham Lincoln nun ist von der republikanischen Partei dazu ausersehen, ihre Prinzipien in's Staatsleben einzuführen und praktisch verwirklichen zu helfen. Es sind dieselben weder Hochverrath, noch Abolitionismus, sondern einfach Widerstand gegen die fernere Ausbreitung der Sklaverei. Darin liegt der Brennpunkt der republikanischen Politik. Sie ist weder einig über den Tarif, noch über die Staatenrechte, über die inneren Verbesserungen, noch die auswärtigen Angelegenheiten; allein was sie den für Ausdehnung der Sklaverei arbeitenden Demokraten gegenüber einig macht, das ist der allen Republikanern gemeinschaftliche Glaube an die ursprünglichen Prinzipien und die erste Praxis der Republik, die gemeinschaftliche Ueberzeugung, daß die Sklaverei, weil sie der geschworene Feind der erstern, zugleich der Hauptfaktor der Verschlechterung der letztern sein muß. Sie glauben, daß die Sklaverei, wo sie auch existiren möge, moralisch ein Unrecht, politisch ein Irrthum und praktisch ein Unglück ist. Sie wissen, daß sie den legitimen Einfluß der Vereinigten Staaten nach außen untergraben und das Volk zu einem Kompromiß mit seinen besseren Instinkten zu Hause gezwungen, daß sie die Regierung von ihren rechtmäßigen Zielen abgelenkt und die Ehrfurcht vor dem Gesetze geschwächt hat, indem sie dasselbe zu einem Werkzeuge der Sklaverei-Propaganda erniedrigte; sie erkennen endlich, daß sie den Glauben der Menschen an irgend eine höhere politische Moralität, als das nackte Interesse, und eine bessere staatsmännische Kunst, als advokatische Chikane untergraben hat. Und vorzüglich aus diesen Gründen wollen sie die Sklaverei auf ihre gegenwärtigen Gränzen beschränken. Lincoln's Administration aber wird konservativ sein, weil eine Regierung ihrer eignen Natur nach nicht anders sein kann und weil sie nie absichtlich den Grund unterwühlt, auf welchem sie beruht.

Lincoln's Wahl bedeutet also die Entscheidung der Frage, ob fortan wieder die alte germanische Idee der freien Selbstbestimmung, das Selfgovernment den amerikanischen Kontinent beherrschen, oder ob die orientalische Gesellschaftstheorie, der Patriarchalismus Abraham's und Isaak's

deſſen Zukunft beſtimmen, reſp. vernichten ſoll. Die Gefahr, welche bisher als drohende Wolke am Himmel ſtand, iſt daher auch nicht die nunmehr zur Herrſchaft kommende republikaniſche Partei, ſondern die täglich ſich mehrende Maſſe unwiſſender, brutaler Kräfte, welche die Unverantwortlichkeit des Thieres mit der Leidenſchaft des Menſchen vereinigen, und dann das allmälig ſich geltend machende Bewußtſein der armen weißen Bevölkerung der Sklavenſtaaten (an ſechs Millionen Seelen) über die wahren Urſachen ihrer materiellen Verarmung und politiſchen Unbedeutendheit. Allein dieſe Gefahr iſt nicht der Union, ſondern nur jener privilegirten Kaſte verderblich, welche bei jeder Gelegenheit mit deren Auflöſung gedroht hatte und im Falle der Noth in dem Bunde ihre einzige Sicherheit finden wird.

Seward's berühmt gewordener „ununterdrückbarer Konflikt" wird jetzt den Süden und ſeine Sklavenhalter ſelbſt heimſuchen. Von der Maſon's und Dixon's Linie (Gränze zwiſchen freien und Sklaven-Staaten) iſt er bereits bis zur Gränze zwiſchen den, Neger züchtenden und Baumwolle ziehenden Sklavenſtaaten vorgerückt. Die erſteren fangen an, zu erkennen, daß die Sklaverei einer jener verhängnißvollen national-ökonomiſchen Irrthümer iſt, welche früher oder ſpäter mit dem gänzlichen Ruine der Betheiligten den Untergang des Inſtituts ſelbſt heraufbeſchwören. Die unvermeidliche Tendenz der Sklaverei geht auf Konzentration des Bodens, des Kapitals und der politiſchen Gewalt in wenigen Händen, auf die Herabdrückung der Würde der Arbeit und der nicht ſklavenhaltenden Klaſſen auf einen immer niedrigern Grad von Intelligenz, Unternehmungsluſt und Vermögen, da in den Gemeinden, wo ſie exiſtirt, ihre Vermehrung viel zur Verſchlechterung ihrer ökonomiſchen Lage und wenig zu ihrem politiſchen Gewichte beiträgt. Denn dort giebt es keine Ermunterung für einen rationellen Ackerbau, weil eben die Bedürfniſſe einer Sklaven-Bevölkerung gering und einfach ſind; keinen Binnenhandel und Wandel, die nur in ziviliſirten Ländern blühen können, welche Schulen, Erziehung, Induſtrie und Verkehr haben. Mag es in den Sklavenſtaaten immerhin einzelne an Geiſt und Energie bedeutende Männer geben; allein es fehlt dort an kräftig aufblühenden, fortſchreitenden Gemeinden; die Ziviliſation flieht ſie und ergießt ihre Segnungen auf die freien Staaten und Gemeinweſen. Wie koloſſal

auch der in den Händen von Wenigen angehäufte Reichtum sein mag, er hat nicht mehr die konservative Gewalt und den wohlthätigen Einfluß, welchen er ausübt, sobald er gleichmäßiger vertheilt ist; er verliert vielmehr beide Eigenschaften, da die reichen Südländer immer mehr anfangen, ihre Pflanzungen zu verlassen und im Norden oder im Auslande zu leben. In den Sklavenstaaten reifen darum die Saaten des „ununterdrückbaren Konfliktes" langsam, aber sicher, und täglich mehren sich die Zeichen, daß die wahre Gefahr, welche der sozialen Organisation des Südens drohte, weniger in einer Revolte der Sklaven als in der Empörung der armen Weißen beruht, welche selbst, wenn sie arbeiten wollen, es doch zu nichts bringen können. Derartige Zustände und Gemeinwesen vermehren, heißt die nationale Schwäche vermehren. Die Wahl des 6. November dreht sich aber zuletzt doch nur um die Frage, ob das Volk zu einer solchen unbegränzten Vermehrung und Vervielfältigung seiner nationalen und ökonomischen Schwächung Ja oder Nein sagen soll. Es wird aber, wie wir bereits gezeigt, mit einem entschiedenen Nein! antworten und damit das Nationaleigenthum der großen westlichen Territorien der freien Arbeit retten.

Das Jahr 1860 wird deshalb einen eben so wichtigen Markstein in der politischen Entwicklung des Landes bilden, wie ihn das Jahr 1820 mit seinen Kompromissen bezeichnete. Die Politik fängt an, von den falschen Wegen zurückzukehren, welche sie mit dem Missouri-Kompromiß eingeschlagen hatte. Die Schwerkraft des politischen Lebens der Vereinigten Staaten ruht fortan im Norden, wie sie früher im Süden lag. Die republikanische Partei tritt, mit anderen Worten, in dieselbe kontrolirende Stellung, welche die demokratische Partei bisher behauptet hatte. Der Weiße hat über den Schwarzen, die freie Arbeit über die Sklaven-Arbeit und den südlichen Feudalismus gesiegt. Die republikanische Partei tritt die Erbschaft der demokratischen mit der Rechts-Wohlthat des Inventars an und führt ihre Aufgabe da weiter fort, wo sie unmittelbar vor dem Missouri-Kompromiß stehen geblieben war. Als Fazit des bisherigen Kampfes aber stellt sich die freudige Gewißheit heraus, daß die Sklaven-Frage im Sinne des politischen Fortschritts und der menschlichen Freiheit gelöst werden wird.

7. November 1860.

Alſo alle Verwünſchungen und Geldopfer, alle Manöver und Schliche der revolutionären und reaktionären Elemente des amerikaniſchen Staatslebens haben ſchließlich doch nichts gefruchtet, denn die Republikaner haben bei der geſtrigen Präſidentenwahl glorreich geſiegt! Was ſich ſeit dem Chicagoer Konvent im Mai als täglich gewiſſer und unumſtößlicher werdende Thatſache ankündigte, das iſt eingetroffen, und Abraham Lincoln, bisher der republikaniſche Kandidat, iſt heute als der ſechszehnte Präſident der Vereinigten Staaten aufgeſtanden. Schon vor mehr als einem Monate, als die großen republikaniſchen Siege in Pennſylvanien, Ohio und Indiana errungen wurden, erkannten ſelbſt diejenigen Gegner der republikaniſchen Partei, welche die amerikaniſchen politiſchen Verhältniſſe mit unbefangenem Auge betrachteten, ihre eigene unausbleibliche Niederlage; allein die Führer der Demokraten und Nativiſten ſuchten, als „Unions-Partei“ vereinigt, der ihnen drohenden Niederlage vorzubeugen, und nahmen ihren alten Schlachtplan wieder auf, indem ſie ſich wieder mit vereinter Macht auf den Staat New-York ſtürzten und ihn für ſich zu gewinnen ſuchten.

Da die alte Kriegsliſt der Drohung mit Auflöſung der Union ſchon zu abgegriffen und fadenſcheinig geworden war, ſo mußte zu einem andern Auskunftsmittel gegriffen werden. Es wurde alſo in New-York, der größten Handelsſtadt des weſtlichen Kontinents, ein Panik in Szene geſetzt. Kaufleute, Banquiers, Mäkler und Spekulanten vereinigten ſich mit dem Buchanan'ſchen Kabinet und dem politiſchen Glücksritterthum, um durch dieſes Manöver eine Reaktion gegen die republikaniſche Siegeszuverſicht und Ausſicht zu Wege zu bringen. Der Finanz-Miniſter Cobb kam zu dem Ende nach New-York und wirkte als Haupt-Regiſſeur. Die ſogenannten Darlehen on call wurden von Banken und Privat-Banquiers plötzlich eingezogen und in Folge deſſen die Werthpapiere maſſenweiſe auf die Börſe geſchleudert. Natürlich ſanken die Kurſe, und das Gefühl der Unbehaglichkeit und Angſt nahm überhand.

Wenn das ſchon bei einer bloßen Ausſicht von Lincoln's Wahl geſchehen kann — heulten die Organe „der Ruhe und Ordnung, des

Eigenthums und der Familie" —, was soll es dann erst geben, wenn die schwarzen Republikaner ans Ruder kommen? So fielen denn wirklich in Folge davon die Hudson River um 4½ pCt., Harlem 3¼ pCt., New-York Erie um 9¾ pCt. und New-York Zentral um 6 pCt.; allein sie erholten sich sehr bald wieder, weil die Urheber des ganzen Planes doch auch Aktien- und Obligationen-Besitzer sind und darum sehr bald an dem „grausamen Spiel" genug hatten. Unter den Kaufleuten selbst erhob sich aber eine männliche und energische Opposition gegen dieses freche und unberufene Hineinziehen der Politik in den Handel, und das Ende vom Liede war, daß Chefs von großen Häusern und Banken, welche sich sonst nie um Politik gekümmert hatten, auf die Seite der Republikaner traten und noch in den letzten Tagen vor der Wahl deren Pläne förderten. Herr Cobb aber kehrte unverrichteter Dinge nach Washington zurück, wo er seines Amtes entsetzt zu werden verdiente. Der Präsident freilich wird sich zu diesem Schritte um so weniger veranlaßt sehen, als er selbst mit die Hände im Spiel hatte. Um jedoch zum Ausfall der Statt gehabten Wahlen zurückzukehren, so lassen sich bei der Unvollständigkeit der bis jetzt eingelaufenen Berichte nur ihre äußeren Umrisse feststellen. Selbst das ganze Votum von New-York und Brooklyn ist noch nicht genau bekannt.

In der Stadt New-York, welche etwa 100,000 Stimmen abgab, haben die Fusionisten eine Majorität von nur 28—29,000, während sie bei früheren Wahlen mehr als einer doppelt so großen Mehrheit sich rühmten. Der Staat New-York giebt wenigstens 50,000 Stimmen Majorität für Lincoln, Pennsylvanien eben so viel, wenn nicht mehr. Wenn diese beiden sogenannten zweifelhaften Staaten mit 100,000 Stimmen den Republikanern sicher sind, so kommt es auf eine genaue Feststellung des Votums der, von vorn herein von den Demokraten und Nativisten aufgegebenen übrigen republikanischen Staaten gar nicht mehr an. Ganz Neu-England ist selbstredend für Lincoln; Indiana war der einzige Staat, welcher dessen Triumph im Nordwesten die Einstimmigkeit genommen haben könnte. Allein der Telegraph meldete den Bewohnern New-Yorks bereits ein stärkeres republikanisches Votum aus Indiana, als unlängst bei seinen Staatswahlen. Die letzte dort ein-

getroffene Pony Expreß berichtete sogar die große Wahrscheinlichkeit eines republikanischen Sieges in Oregon und Californien, wo die Botschafter des Oktober-Sieges in Pennsylvanien wahrhaft elektrisirend gewirkt haben.

Kurz, sicher für Lincoln sind: Maine mit 8, New-Hampshire mit 5, Massachusetts mit 13, Rhode-Island mit 4, Connecticut mit 6, Vermont mit 5, New-York mit 35, Pennsylvanien mit 47, Ohio mit 23, Indiana mit 13, Illinois mit 11, Wisconsin mit 5, Michigan mit 6, Iowa mit 4, Minnesota mit 4 Stimmen, also im Ganzen 169, während Lincoln bloß 152 Stimmen, d. h. die absolute Majorität der 303 Elektoral-Voten, braucht. So gut wie gewiß ist New-Jersey und höchst wahrscheinlich Californien und Oregon, so daß er eventuel 183 Stimmen auf sich vereinigt.

Sie sehen, der republikanische Triumph ist vollständig, und alle die lächerlichen Drohungen des Südens mit Sezession werden ihn nicht beeinträchtigen. Niemand ist bereitwilliger, als die Amerikaner, sich der gesetzlichen Entscheidung unterzuordnen. Ich glaube deshalb, nicht zu viel zu sagen, daß in dem Augenblicke, wo der Süden gegen Erwarten seine hochverrätherischen Versuche ins Werk zu setzen suchen wird, selbst die Mehrzahl seiner bisherigen Gegner auf die Seite des republikanischen Präsidenten treten wird. Es ist jetzt an der zur Regierungsgewalt gelangenden republikanischen Partei, die in sie gesetzten Erwartungen zu rechtfertigen und die Herrschaft des Gesetzes wieder herzustellen. Geht sie ruhig und gemessen auf dem bisher von ihr eingeschlagenen Wege fort, so kann sie vom Süden nicht mehr so leicht verdrängt werden; denn dieser wird nach dem neuen Zensus nur 38 Prozent der Gesammt-Repräsentation haben, also sich stets gegen den seine Interessen erkennenden Norden in einer ohnmächtigen Minderheit befinden. Der 6. November 1860 aber wird seit 1776 die wichtigste Revolution in der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten bezeichnen. Der Geist des Jahrhunderts, unsre bürgerliche, denkende und arbeitende Zeit hat über die feudalen Gelüste einer „kleinen, aber mächtigen" Partei gesiegt, die Volksherrschaft hat die Adelsherrschaft gebrochen.

7. Dezember 1860.

Vorgestern sind die Wahlmänner der verschiedenen Staaten zusammengetreten und haben in den betreffenden Hauptstädten und Regierungssitzen vorschriftsmäßig ihre Stimmen für den Präsidenten und Vize-Präsidenten abgegeben. Lincoln ist mit 180 Stimmen gewählt worden; alle freien Staaten, mit Ausnahme von drei Stimmen von New-Jersey, waren für ihn. Breckenridge hat sämmtliche Sklavenstaaten mit Ausnahme von Kentucky, Virginien, Teneſſee und Miſſouri und im Ganzen 72 Stimmen; Bell hat deren 39 von Kentucky, Virginien und Teneſſee, und Douglas endlich nur 12 Stimmen von Miſſouri und 3 von New-Jersey. Buchanan hatte vor vier Jahren von 296 Wahlstimmen 174, Fremont 114 und Fillmore 8. Dieſes Reſultat hat natürlich nicht im Mindeſten überraſcht, da es ſchon am Tage nach der Wahl bis auf wenige Stimmen feſtſtand und die Verſuche einiger ſüdlichen und dem Süden ergebenen Zeitungen, die Wahlmänner des Nordens für Breckenridge zu gewinnen, zu lächerlich waren, als daß ſie anders denn als letzter Verzweiflungsſtreich zur Sprache gekommen wären. Dagegen ſahen bei der am 3. d. M. Statt gehabten Eröffnung der zweiten Sitzung des 36. Kongreſſes nicht allein die politiſche Welt, ſondern alle Klaſſen der Bevölkerung der Botſchaft des Präſidenten mit einer gewiſſen Spannung entgegen. Nicht als ob man von Buchanan einen großen ſtaatsmänniſchen Akt erwartet hätte — denn in dem Verdachte eines tüchtigen Politikers ſteht er ſchon lange, ſelbſt bei ſeiner verſtorbenen Partei, nicht mehr —, ſondern einfach aus dem Grunde, weil die durch das Sezeſſionsgeſchrei von Süd-Carolina und Komplizen herbeigeführte Verwirrung und politiſche Erſchütterung der Hauptgegenſtand der Beſprechung der Präſidenten-Botſchaft bilden mußte, und weil man von Buchanan eine konſtitutionelle Erörterung der, dem Lande zur Entſcheidung aufgedrängten Fragen erwartete. Wenn aber jemals eine Hoffnung arg getäuſcht worden, ſo iſt es dieſe. Buchanan hat es in ſeiner Botſchaft verſtanden, es Niemandem recht zu machen. „Sie läuft" höhnt der Republikaner Hale im Senate — „auf drei Punkte hinaus. Einmal räumt ſie ein, daß Süd-Carolina Urſache habe, aus dem Bunde zu ſcheiden, dann aber ſpricht ſie ihm das Recht dazu ab, endlich aber

hat der Bund auch nicht das Recht, es daran zu verhindern." Noch bitterer macht sich Seward über den Präsidenten lustig. „Dieser hat zweierlei", sagt er, „bewiesen: 1. daß kein Staat das Recht hat, aus dem Bunde auszuscheiden, er müßte es denn wünschen, 2. daß der Präsident die Bundesgesetze erzwingen muß, sobald sich ihm Niemand widersetzt." Aber selbst die demokratischen Blätter sprechen sich mit seltener Uebereinstimmung gegen diese Botschaft aus, die sie im günstigsten Falle ein durch die verschiedensten Hände gegangenes Flickwerk nennen, welches durch die entgegengesetztesten Korrekturen mit sich selbst in Widerspruch gerathen sei. Es sei ganz leicht, sagt Buchanan u. A., die Sklavenfrage für immer beizulegen, wenn man nur die Sklavenstaaten allein lasse; allein die fortdauernde und maßlose Einmischung des Nordens in die Angelegenheiten der südlichen Staaten habe diese endlich zur Verzweiflung gebracht. Um das zu beweisen, geht er auf die Abolitionisten-Bewegung des Jahres 1835 zurück und behauptet, daß die damals im Süden verbreiteten aufrührerischen Ansprachen an die Sklaven die Leidenschaften derselben gereizt und sogar den ganzen gegenwärtigen Konflikt veranlaßt hätten. Selten ist wohl eine bewußtere Unwahrheit mit größerer Gelassenheit ausgesprochen, selten wohl die Geschichte absichtlicher gefälscht worden. In demselben Athem aber will Buchanan das Volk der nördlichen Staaten zwingen, die Verantwortlichkeit der Rechtfertigung, Ausbreitung und Beschützung der Sklaverei durch fünf verschiedene Akte — darunter den Ankauf von Cuba — auf sein Gewissen zu nehmen. „Die ganze Botschaft", sagt die New-York Times, ein sehr gemäßigtes Blatt, „ist nach unsrer Ansicht ein brandstifterisches Schriftstück, geeignet, den sektionellen Zwist zu verbittern. Sie unterstützt die ausschweifendsten Forderungen, welche der Süden je gestellt hat, befürwortet die Verneinigung, falls diese Forderungen nicht gewährt werden, und gelobt den austretenden Staaten, daß die Bundesgewalt gegen sie nicht in Anwendung gebracht werden soll. Der ganze Norden wird von Unwillen erfüllt werden ob dieser Pflichtvergessenheit der Exekutivgewalt der Nation, während die südlichen Disunionisten zu neuen Anstrengungen in dem begonnenen Zerstörungswerke aufgemuntert werden." Natürlich war diese Botschaft wenig dazu geeignet, die täglich mehr überhand nehmende Angst und Besorgniß vor drohenden politischen Stürmen zu vermindern. So

wenig wirklicher Grund dazu auch in unsrer gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation vorhanden ist, so läßt sich doch nicht wegleugnen, daß die Drohungen des Südens auf die hier maßgebenden, d. h. kaufmännischen Kreise einen gewaltigen Eindruck gemacht haben und seit nunmehr drei Wochen unsern Handel ganz empfindlich lähmen. Dauert der gegenwärtige Zustand des Mißbehagens und Mißtrauens nur noch einige Wochen fort, so sind zahllose Bankerotte und Zahlungs-Einstellungen die unausbleibliche Folge. Die Banken können und wollen keine Wechsel mehr diskontiren noch ankaufen, die politischen und kommerziellen Nachrichten aus dem Süden lauten täglich schlimmer, das baare Geld zieht sich zurück, und sämmtliche Werthpapiere sinken eben so schnell. Wenn ich als Beispiel die einzige Thatsache anführe, daß die neu ausgegebenen Vereinigten Staaten 5prozentigen, die vor einigen Wochen mit ½—1 pCt. über Pari in den Markt kamen, jetzt 91 und 92 stehen, so haben Sie die beste Charakteristik unsers Geldmarktes. Natürlich wollen die Kaufleute Ruhe und Frieden, d. h. Handel um jeden Preis, wenn er auch mit noch so erniedrigenden Opfern erkauft werden sollte. Deshalb hört man auch in der neuesten Zeit so viel von einem neuen Kompromisse mit dem Süden, als ob es diesem um solche Kleinigkeiten zu thun wäre. Der Süden will die Herrschaft festhalten, welche ihm der Sieg Lincoln's entrissen hat. Das Sklavenhalter-Interesse will sich nicht friedlich den legitimen Folgen der Bundes-Verfassung fügen; es will die Macht, welche es so lange in Händen gehalten hat, nicht aufgeben. So rebellirt es gegen das Wesen, nicht gegen die Formen der Konstitution und der sie ergänzenden Gesetze. Da hilft keine Wiederherstellung des Missouri-Kompromisses, keine Aufhebung der nördlichen persönlichen Freiheitsgesetze, kein Tribut und keine Nachgiebigkeit. Leider war die hiesige Politik in der Hauptsache bisher eine bloß merkantile, eine Krämer-Politik. Es ist jetzt an der republikanischen Partei, zu beweisen, daß sie Staatsmänner hat. Es existirt nur eine Alternative für sie: Entweder giebt sie den Drohungen nach und läßt sich auf einen Kompromiß ein, dann ist sie unrettbar verloren und geht verdienter Maßen zu Grunde; oder sie läßt sich in ihrem Siegesmarsche nicht beirren und geht ruhig, aber entschieden weiter und kümmert sich weder um Panik noch um Drohungen. Eine große Partei muß sich selbst

reſpektiren, wenn ſie ſich die Achtung ihres Landes und der Welt erhalten will. Bis jetzt haben die hieſigen Republikaner in dieſem Sinne gehandelt, ſo ſehr auch einzelne, ſelbſt hervorragende Mitglieder der Partei zum Rückzuge geblaſen haben. Vorgeſtern ſetzte ſie im Repräſentanten-Hauſe des Kongreſſes, als ob es keine ſüdlichen Bravaden gäbe, die im vorigen Winter verworfene Grow'ſche Heimſtätte-Bill mit 132 gegen 76 Stimmen durch — eine Maßregel, die in ihren heilſamen Folgen bedeutender iſt, als alles Unheil, welches durch die Sezeſſion der Baumwoll-Staaten bewirkt werden kann. Der von Corwin beantragte und vom Sprecher ernannte Ausſchuß zur Erwägung des gegenwärtigen Standes der Union wird nichts ausrichten und jedenfalls keinen Kompromiß fertig bringen. Ueberhaupt hat die republikaniſche Partei bis jetzt als Ganzes Alles gethan, um ſich gegen den Verdacht ſicher zu ſtellen, als ob ſie die verſchiedenen Vorſchläge zur Flucht vor ihrem eigenen Siege guthieße. Mag Süd-Carolina am 17. d. M. immerhin den Austritt aus dem Bunde aufführen, ich glaube feſt, daß die energiſche und männliche Haltung des Nordens jedes Unheil von der Union abwenden wird, und daß, richtig benutzt, die gegenwärtige ſüdliche Bewegung zur Abſchaffung der Sklaverei innerhalb zehn Jahre führen muß.

15. Dezember 1860.

Geſtern Abends ſpät langte die Nachricht hier an, daß der Staats-Sekretär (Miniſter-Präſident) Caſs auf ſeinen Sitz in Buchanan's Kabinet verzichtet hat, und zwar aus dem Grunde, weil der Präſident ſich weigerte, die Beſatzung des Forts Moultrie im Hafen von Charleston zu verſtärken. Es liegen dort augenblicklich etwa 45 bis 50 Mann; der Beſitz des Forts ſelbſt aber iſt für die Beherrſchung des charlestoner Hafens unerläßlich. Buchanan wurde zu wiederholten Malen aufgefordert, ein paar Regimenter nach Charleston zu ſchicken; in den letzten Tagen wurden dieſe Anforderungen Seitens ſeiner Rathgeber immer dringender. Geſtern nun fand wegen dieſer Maßregel eine Kabinets-Sitzung ſtatt, welche ſich gegen die Verſtärkung des Forts entſchied und und Caſs' Rücktritt zur Folge hatte. Dieſe Weigerung des Präſidenten,

die erforderlichen Schritte zur Sicherung des Vereinigten Staaten-Eigenthums zu thun, um die hochverrätherischen Pläne der Sezessionisten im Keime zu ersticken, wird voraussichtlich den Bürgerkrieg heraufbeschwören und das Land in eine unabsehbare Reihe von Verwicklungen, wenn nicht in Blutvergießen und Elend stürzen. Denn die süd-carolinischen Heißsporne müßten ihrer ganzen Vergangenheit untreu werden, wenn sie diese indirekte Erklärung des Präsidenten, daß sie von ihm nichts zu fürchten haben, nicht verständen und das Fort nicht sofort überfielen, wo ihnen jetzt kein erheblicher Widerstand droht. Zur größern Sicherheit schreibt der Kriegssekretär Floyd nach Charleston, daß, so lange er im Amte sei, kein Vereinigter Staaten-Soldat in den Süden geschickt werden solle. Der Finanzminister Cobb erklärt, daß ihm die Pflicht gegen seinen Geburtsstaat Georgia nicht erlaube, länger im Kabinet zu bleiben, und dankt zu einer Zeit ab, wo seine und seiner Kollegen Maßregeln die Vereinigten Staaten-Bonds auf 85 heruntergedrückt haben, während sie bei seinem Amtsantritte 116 standen. Der Unter-Staatssekretär Trescott reichte ebenfalls seine Entlassung ein, da er in seine Heimat Süd-Carolina zurück und ihr bei der beabsichtigten Sezession helfen müsse. Wenn diese Handlungsweise des Kabinets kein prämeditirter Hochverrath ist, so hat es nie einen gegeben. Sogar dieser Cass, der bisher in allen Stücken der getreue Diener und Speichellecker des Südens war, schämt sich der ihm zugemutheten Rolle und erinnert sich im letzten Augenblicke seiner amtlichen Thätigkeit der so lange vernachlässigten Pflicht gegen sein Vaterland. Buchanan verdiente, als Hochverräther in Anklagezustand versetzt zu werden! Es ist nicht zu viel gesagt, daß die friedliche Beilegung der vom Süden muthwillig herbeigeführten Verlegenheiten ausschließlich von ihm abhing. Sobald er nur ein paar Kriegsschiffe nach Charleston und Savannah sandte und die Besatzung der südlichen Forts verstärkte, war an einen Ausbruch von Feindseligkeiten nicht zu denken. Durch Buchanan's Verrath aber stellt sich die Sache anders. Jetzt wird im Süden ganz ungefährlich Revolutiönchen gespielt, wäre es auch nur, um den Norden zu einem Kompromiß zu zwingen — zu einem Kompromiß, welcher alle Früchte des jüngsten Sieges gern hingeben wird, um nur Ruhe zu gewinnen und ungestört weitere Geschäfte machen zu können. Das ist die Wen-

dung der Dinge, welche sich im Augenblick mit ziemlicher Gewißheit voraussagen läßt. Im Norden selbst zeigen sich schon die Vorboten, und der Süden wird jetzt höchst wahrscheinlich, mit Süd-Carolina an der Spitze, aus dem Bunde ausscheiden, um auf seine eignen Bedingungen hin später wieder einzutreten. Wenn Ihnen diese Aussicht in die nächste Zukunft etwas zu grell erscheinen sollte, so bedenken Sie, daß der Handel, dessen Interessen die einzig maßgebenden in diesem Lande sind, keine langen Störungen und Schwankungen vertragen kann, daß die Hälfte unserer Kaufleute bankerott sein wird, wenn nicht bald Gewißheit eintritt. Statt also den ihm aufgezwungenen Kampf auszukämpfen, wird man die unheilbaren Differenzen durch eine schwindsüchtige Vereinbarung auf einige Jahre wenigstens zum Schweigen zu bringen suchen. Diese Gefahr ist um so drohender und in ihren handgreiflichen Wirkungen schlimmer für das Land als ein offener Krieg. Der zur Schlichtung des obwaltenden Konflikts eingesetzte Kongreß-Ausschuß kann natürlich auch keinen Rath schaffen; er wird sich in Wohlgefallen auflösen. Der Süden will Gleichberechtigung der Sklaverei in den Territorien und verwirft jede Abschlagszahlung. Der Norden ist dagegen und will bis jetzt wenigstens noch nicht die Früchte seines Sieges wegwerfen. Aber ich fürchte jetzt, daß es bald heißen wird: Vae victoribus!, wenn sich die Leidenschaften nicht so erhitzen, daß aus dem Revolutiönchen ein furchtbare Revolution wird. Denn nur die unbedingte Rückkehr des Südens zum Gehorsam oder ein siegreicher Krieg bis auf's Messer kann die Union retten.

1861.

1. Januar 1861.

Dank der Halbheit und dem Verrathe Buchanan's und seines Kabinets sind die Vereinigten Staaten am Schlusse des Jahres bei einer Krise angekommen, welche, aus einer an sich ganz harmlosen Farce ausgebrütet, in ihren unheilvollen Folgen das ganze Land bedroht und jetzt sogar die Existenz der Union in Frage stellt. Die Anzeichen mehren sich mit jedem Tage, daß Buchanan mit den südlichen Rebellen unter Einer und derselben Decke steckt und daß sie nur durch seine heimliche

Ermuthigung und öffentliche Passivität in ihren unverschämten Forderungen bestärkt und weiter getrieben wurden. Das ganze Land glaubt jetzt an die Falschheit und den Verrath des Präsidenten; im Norden verlangen sowohl Republikaner, wie ehemalige Demokraten seine Versetzung in Anklagezustand. Aus keinem andern Grunde, als diesem ihm sicher bevorstehenden Schicksal zu entgehen, hat er in den letzten Tagen wieder etwas eingelenkt; allein selbst diese Umkehr, wenn sie sich als eine solche bewähren sollte, kann das Geschehene nicht ungeschehen machen. Hier nur einige der schreiendsten Thatsachen! Der Minister-Präsident Cass war bekanntlich von seinem Posten zurückgetreten, weil Buchanan sich weigerte, die schwache Besatzung des, Charleston gegenüberliegenden Forts Moultrie zu verstärken. Der dort kommandirende Major Anderson suchte auf eigne Faust und Verantwortlichkeit der täglich drohender werdenden Gefahr der Ueberrumpelung und Gefangennahme dadurch vorzubeugen, daß er mit seiner Mannschaft nach dem, den Hafen von Charleston beherrschenden Fort Sumtor übersetzte, wo er eine ganz uneinnehmbare Stellung hat, und von wo aus er ganz Charleston in Grund und Boden schießen kann. Das ganze Land jauchzt dem tüchtigen Offizier, der durch diese entschiedene Handlung Charleston, den Sitz der Sezessionisten, in Schach hält, unbedingten Beifall zu. Buchanan desavouirt ihn, und war sogar nahe daran, ihm den Abzug von Fort Sumtor zu befehlen, wenn nicht der alte General Scott den Einfluß seines Namens in die Wagschale geworfen und durch seine kräftige Vertheidigung des Majors die Mehrheit des Kabinets für ihn gewonnen hätte. Darauf hin dankte der Kriegsminister Floyd sofort ab; ja, er entblödete sich nicht, zu erklären, daß der glückliche Handstreich Anderson's ein Bruch der geheimen Uebereinkunft sei, welche Floyd mit Vorwissen und Genehmigung Buchanan's mit den Süd-Carolinern abgeschlossen habe. Dieser Uebereinkunft gemäß hatte sich aber der Präsident verpflichtet, Süd-Corolina nichts in den Weg zu legen, falls sich dieses bis zum 4. März 1861 aller Angriffe auf die Vereinigten Staaten und deren Regierung enthielte. Dieser selbe Floyd, dessen Name mit allen Spitzbübereien, Verschleuderungen und Schwindeleien der Buchanan'schen Mißregierung auf's engste verknüpft ist, verkaufte im ganzen vorigen Monat unter dem Vorwande, daß sie unbrauchbar seien, an 70,000 Stück Ge-

wehre und Waffen nach Savannah und anderen Treibhäusern der Sezession, ja, er schaffte aus den nördlichen Arsenalen und Waffenplätzen schweres Geschütz in den Süden, an Orte, wo gar keine Forts existiren, und ist bei einem neuerdings entdeckten Diebstahl von 870,000 Dollars im Departement des Innern in so gravirender Weise betheiligt, daß er in jedem andern Lande der Welt sofort zur Kriminaluntersuchung gezogen worden wäre. Floyd zieht sich sofort in den Süden zurück und hilft dort das Feuer schüren, wie sein würdiger Exkollege Cobb, von welchem es jetzt erwiesen ist, daß er schon zur Zeit, als er noch Vereinigten Staaten-Minister war, mit den Sezessionisten konspirirte. Buchanan ließ selbstredend Beide unter dem Ausdrucke des tiefsten Bedauerns über den Verlust ihrer Dienste ziehen. — Süd-Carolina erklärte sich am 19. Dezember für unabhängig und schied mittels Dekrets aus der Union aus. Die Nachricht erregte so wenig Aufsehen, daß die Zeitungen nicht einmal ein „Extra" ausgaben. Im Repräsentantenhause zu Washington wurde grade die Pazifik-Eisenbahn-Bill angenommen und die Debatte nicht einmal unterbrochen, als die Kunde von der Sezession Süd-Carolina's ankam. Das Erste, was die neue Sklaven-Republik zu thun hatte, war die Ernennung von drei Gesandten nach Washington, die mit der ältern „Schwester-Republik" völkerrechtliche Beziehungen anknüpfen sollten. Sie kamen in der Bundes-Hauptstadt zu der Zeit an, als der Major Anderson Besitz von Fort Sumtor ergriffen hatte. Buchanan empfing nicht allein diese Abgeordneten eines rebellischen Staates, sondern versprach ihnen auch, Alles zu thun, was in seinen Kräften stehe, um ihre billigen Wünsche zu befriedigen. Als die tapferen Süd-Caroliner diese Niedertracht und Feigheit sahen, wurden sie trotzig und patzig, und erklärten dem Präsidenten sammt Kabinet, die Vereinigten Staaten sollten sich seitens der 287,000 Weiße zählenden Muster-Republik auf die äußersten Maßregeln gefaßt machen, wenn ihr nicht sofort die charlestoner Forts übergeben würden. Statt die Burschen beim Kragen zu fassen und als Verräther und Rebellen in's Gefängniß zu sperren, gelobt der Präsident, in sich zu gehen. Er beruft eine neue Kabinets-Sitzung, in welcher sich aber die Majorität der Minister, durch Scott's Dazwischentreten bestimmt, für den Major Anderson aussprach, worauf, wie oben angeführt, Floyd abdankte. Jetzt ist der

bisherige General-Postmeister Holt, ein Unionsmann, interimistischer Kriegsminister; er steht unter dem Einflusse Scott's, welcher diese ihm angebotene Stelle abgelehnt hatte, und man verspricht sich von diesem Wechsel die günstigsten Folgen. Das offizielle Organ des Präsidenten, die „Constitution," spricht von den Abgesandten Süd-Carolina's wie von akkreditirten Diplomaten und giebt förmliche Bulletins über deren Thun und Treiben aus. Sogar die Bundes-Beamten in Washington prahlen, ohne daß sie dafür zur Verantwortung gezogen werden, mit ihren unionsfeindlichen Gesinnungen, tragen die sogenannten Sezessions-Kokarden und drohen, daß sie die Republikaner am nächsten 4. März mit Gewalt von der Besitzergreifung der Regierung abhalten wollen. Dagegen hat Buchanan, um die durch ihn geschaffenen Verlegenheiten schnell aus der Welt zu bringen, auf den 4. Januar einen allgemeinen Buß-, Fast- und Bettag ausgeschrieben. Im Norden lacht man über diese bisher hier unbekannte Art, politische Schwierigkeiten zu beseitigen. Ein sonst sehr frommes Blatt macht darüber einen beißenden Witz, der besser als zwanzig Briefe die augenblickliche Situation beleuchtet. Es meint nämlich, der desfallsige Aufruf Buchanan's enthalte einen sinnentstellenden Druckfehler. Er sage darin dem Lande: „Let us pray!" (beten); es müsse statt dessen heißen: „Let us prey!" (rauben, plündern).

15. Januar 1861.

Die Lage der Dinge hat sich hier in den letzten vierzehn Tagen bedeutend verbessert. Der Gewinn läßt sich in die paar Worte zusammenfassen, daß mit den südlichen Sezessionisten kein Kompromiß geschlossen worden, daß man sie vielmehr über kurz oder lang zu Paaren treiben wird. Buchanan hat sich seit dem neuen Jahre von den Verräthern in seinem Kabinet ganz losgemacht und dieses von seinen unsaubern Elementen völlig gereinigt. Floyd, Thompson und Thomas, welche, wie jetzt mehr als zur Genüge erwiesen ist, die Rebellen von jedem beabsichtigten Schritt der Regierung in Kenntniß setzten, sind endlich zum großen Jubel des Landes entlassen und durch entschiedene Unionsmänner ersetzt. Namentlich haben der Kriegs-Minister Holt und der hinter ihm stehende General Scott dem Präsidenten etwas mehr Muth

und Selbstvertrauen beigebracht und ihn von der Todesangst befreit, in welche er durch seine entlassenen Minister mit ihren beständigen Einschüchterungen und Drohungen versetzt worden war. Dieses Mittel ist bekanntlich nicht neu und wirkt namentlich auf schwache Naturen. „Ich werde", äußerte Buchanan neulich, um den Ernst seiner Sinnesänderung zu beweisen, „Lincoln inauguriren helfen, sollte ich am Abend desselben Tages auch vergiftet werden." Die bekannte Brunnenvergiftung (1857) im National-Hotel in Washington, in Folge deren über dreißig Personen starben, Buchanan aber, der damals grade sein Amt antrat, mit einer heftigen Krankheit davon kam, beweist übrigens, daß die südliche Aristokratie vor derartigen „poudres de succession" keineswegs zurückschrickt. Uebrigens haben die Unverschämtheiten der süd-carolina'schen „Gesandschaft", deren letzte grobe Mittheilung wegen ihres unanständigen Tones unbeantwortet zurückgeschickt werden mußte, auch ihr gutes Theil dazu beigetragen, den Präsidenten zum Gefühl seiner Pflicht zurückzuführen.

Er selbst ist zwar kein Verräther, allein er befand sich in den Händen von Verräthern, und die Wirkungen seiner Schwäche und Nachgiebigkeit kamen ganz einem bewußten Verrathe gleich. Es ist nicht zu viel gesagt, daß des Präsidenten Halbheit und Unentschiedenheit die Sezessionsbewegung gepflegt und gefährlich gemacht hat. Ein wenig Energie mehr von seiner Seite, und Süd-Carolina hätte nichts als eine Farce aufgeführt. Es wurde förmlich ermuntert, täglich anmaßender und frecher aufzutreten; die halben Maßregeln der Regierung dienten nur dazu, die Situation zu verschlimmern. Augenblicklich sogar steht Süd-Carolina triumphirend, die Bundesgewalt aber gedemüthigt und unterliegend da. Die Schwierigkeit mit dem Major Anderson ist noch nicht gelöst. Er befindet sich noch immer von allen seinen Verbindungen abgeschnitten, mit seiner Handvoll Leute im Fort Sumter, Charleston gegenüber. Vor acht Tagen sollte er eine Verstärkung von 250 Mann und Lebensmittel erhalten. In New-York wurde zu dem Ende der Dampfer Star of the West, ein Kauffahrteischiff, in solcher Stille und Angst ausgerüstet, daß man die Unionsregierung für den Rebellen hätte halten sollen. Als das Schiff vor Charleston ankommt, wird es vom souverainen Staate Süd-Carolina beschossen und kehrt unverrichteter Dinge nach New-York zurück. Anderson erhält also vorläufig keine

Verstärkung, und statt den Charlestoniern für ihren frechen Angriff und die thatsächliche Beschießung der Bundesflagge einen Morgengruß aus Mörsern und Vierundzwanzigpfündern zuzusenden, ersucht er den Gouverneur des revolutionären Staates Süd-Carolina um freie, ungehinderte Passage für seinen Adjutanten, um sich in Washington Verhaltungsmaßregeln für spätere ähnliche Fälle zu erbitten! Natürlich schwillt den Baumwollen-Staaten ob dieser unerhörten Halbheit vollends der Kamm. Sie sind jetzt bereits alle in den Händen der Sezessionisten.

Alabama, Georgia und Florida haben schon ihren Austritt angezeigt, Mississippi, Arkansas und wahrscheinlich Louisiana werden folgen. Die Bewegung verpflanzt sich sogar in die theilweise schon schwankenden Tabaks-Staaten. Wenn sie, wie von Maryland und Virginien aus beabsichtigt wird, die Bundeshauptstadt Washington nehmen, wenn es ihnen ferner gelingen sollte, durch Gewinnung Missouri's die freien Staaten von den Territorien zu trennen, so ist die Rebellion zur Revolution ausgedehnt. Gleichwohl läßt sich aber schon jetzt mit Bestimmtheit voraussagen, daß die Bewegung an zwei Dingen scheitern muß: einmal an den innerhalb unhaltbaren Zuständen im Süden selbst, und dann an der, im Norden mit unwiderstehlicher Gewalt sich geltend machenden Erkenntniß von der Nothwendigkeit der Erhaltung der gegenwärtigen Union. Hier im Norden gibt es jetzt nur eine Partei, nachdem man sich hinlänglich überzeugt hat, daß die Sezessionisten jede Art von Kompromiß mit Verachtung zurückweisen, und daß sie gegen das allgemeine Stimmrecht, gegen die Herrschaft des Volkes selbst ankämpfen. Nicht bloß die Republikaner, nein, die Demokraten dringen dort eben so ernst auf energisches Einschreiten gegen die Rebellen, und in verschiedenen Staaten stellen sie dem Präsidenten die Milizen und so viel Freiwillige, als er nur wünschen sollte, zur Niederwerfung des Aufstandes zur Disposition. Unter diesen Umständen gewinnt die am 12. d. M. von Seward im Senate gehaltene Rede über die gegenwärtig schwebenden Verwicklungen eine um so größere politische Bedeutung, als Seward der Minister-Präsident der Lincoln'schen Administration sein wird. Selten ist wohl eine Rede mit allgemeinerer Spannung erwartet worden. Die ehemaligen Demokraten hofften, und die Republikaner fürchteten, der new-yorker Senator würde einen Kompromiß vorschlagen. Das hat er

nun nicht gethan, allein trotzdem hat seine wohl erwogene diplomatische Sprache, der versöhnende Ton vielfach Anstoß erregt. Meines Erachtens mit Unrecht, denn der kurze Sinn dieser Rede ist mit dürren Worten: „So lange bewaffnete Hochverräther der Bundesgewalt gegenüberstehen, kann nur von der bewaffneten Niederwerfung derselben die Rede sein, um sie zur Erkenntniß ihrer Pflicht zurückzubringen; an einen Kompromiß kann aber nicht gedacht werden. Sobald das Ansehen des Bundes wieder hergestellt ist und die zur ruhigen Ueberlegung erforderliche gerechte Stimmung im ganzen Lande eingetreten sein wird, mag ein Konvent des souverainen Volkes der Union entscheiden, ob und welche Verbesserungen der Konstitution nöthig sind." Das Land weiß jetzt also, welchen Standpunkt die am 4. März ins Amt tretende neue Regierung einnehmen wird. Der Süden lernt einsehen, daß der Norden entschlossen ist, die Union mit Gewalt aus den Händen der Rebellen zu retten. Ja selbst die gegenwärtige Administration wird vorwärts getrieben; sie kann nicht länger mehr bei ihren halben Maßregeln stehen bleiben. Ein Abgeordneter aus den nördlichen Sklaven-Staaten charakterisirte die Bedeutung der Seward'schen Rede dahin, daß sie das schwankende Maryland auf die Seite der legitimen Regierung zurückgebracht habe. Also das Nachgeben hat ein Ende, und mit der Ungewißheit ist's vorbei. Alle Welt fühlt jetzt, daß es sich lediglich um die Aufrechterhaltung des Gesetzes handelt, daß man mit Rebellen, welche die Waffen in der Hand haben, nicht unterhandeln darf. In der That war der Regierung ihre Stellung und ihre Aufgabe, der südlichen Anmaßung gegenüber, so klar vorgezeichnet, daß man sich nur darüber wundern kann, daß ihr diese Erkenntniß erst durch die Ereignisse aufgedrungen wurde. Der Süden will den Krieg — er wird ihn haben; allein die Union geht nicht darüber zu Grunde, sondern wird aus diesem Kampf äußerlich gestärkt und innerlich gekräftigt hervorgehen.

29. Januar 1861.

Im großen Ganzen hat sich während der letzten vierzehn Tage nichts in unsrer Situation geändert. Die Dinge schweben noch alle im peinlichsten Provisorium. Buchanan schwankt hin und her, macht

hier und da einen kleinen Anlauf, schrickt dann vor seiner eignen Kühnheit zurück und läßt die Rebellen thun und treiben, was sie wollen. Ich kann nur meinen frühern Ausspruch wiederholen: Wenn selbst kein Verräther, so wird er durch seine Passivität und Feigheit zum Verräther an den ihm anvertrauten Interessen des Landes. Er will die Verantwortlichkeit von seinen Schultern auf Andere wälzen und bis zum 4. März Ruhe haben. Diesem persönlichen Wunsche gegenüber ist es dem Präsidenten selbst gleichgültig, ob er die Vereinigten Staaten an den Rand des Verderbens bringt. Es wird der Arbeit langer Jahre bedürfen, ehe diese Scharte wieder ausgewetzt und das moralische und politische Ansehen der Vereinigten Staaten wieder hergestellt sein wird. Die Rebellen schreiten unterdessen ganz unbehelligt von einem hochverrätherischen Unternehmen zum andern.

Neuerdings hat Louisiana seinen Austritt aus der Union erklärt, Mississippi errichtet bei Vicksburg Strandbatterien und beschießt die amerikanischen Dampfschiffe oder zwingt sie zum Beilegen; die New-Orleanser verjagen die kranken Matrosen aus einem in der Nähe der Stadt gelegenen Vereinigten-Staaten-Hospital, Alabama greift das Fort bei Pensacola an, Georgia bemächtigt sich der Arsenale der Bundes-Regierung, und sogar das winzige Florida, welches kaum so viel Einwohner hat, als einer der zweiundzwanzig Bezirke der Stadt New-York, folgt dem von seinen Nachbarn gegebenen Beispiele. Die Süd-Carolinier belagern den Major Anderson im Fort Sumter, den die Regierung nicht zu verstärken wagt. Kurzum, der Starke weicht überall zurück und bittet sogar die nördlichen Staaten flehentlich, den Rebellen doch endlich nachzugeben und um des lieben Friedens, um der Ruhe und Ordnung willen einen sie zufriedenstellenden Kompromiß einzugehen. Denn das ist der kurze Inhalt einer langen Botschaft, welche der Präsident gestern dem Kongresse eingesandt hat und welche den vom Staate Virginien vorgeschlagenen Konvent zur Beilegung der schwebenden Streitpunkte nicht allein befürwortet, sondern auch den Kongreß zur Ernennung von Abgeordneten auffordert, die dann am 4. Februar in Washington die große Friedensflickerei vornehmen sollen. Und von diesen erbärmlichen Mittelchen erwartet Buchanan eine Erlösung aus der gegenwärtigen Gefahr.

Der Staat Virginien, welcher von dem ehemaligen Kriegs-Minister, dem seitdem sogar von einer washingtoner Jury als gemeiner Schwindler, Dieb und Verräther in Anklagezustand versetzten Floyd repräsentirt wird, dieser Staat sieht recht gut die Verlegenheiten, in welche sich die Feuerfresser hineingearbeitet haben, und möchte ihnen durch die feige Nachgiebigkeit des Nordens gern einen ehrenvollen Rückzug anbahnen. Die Revolution im Süden steht in Gefahr, jeden Augenblick bei ihrem Gegensatz anzukommen und in eine eben so heftige Reaktion umzuschlagen; es ist also jede Minute kostbar. Daher die Eilfertigkeit Virginiens und der übrigen Gränzstaaten, einen Kompromiß zu Stande zu bringen, der ihnen selbst und den Baumwollen-Staaten alle Vortheile aus ihren hochverrätherischen Thaten sichert. Diese Kompromißwuth, die schlimmste politische Krankheit, welche die Vereinigten Staaten kennen, greift neuerdings leider auch in Kreisen um sich, die bisher nichts davon wissen wollten und durch ihre Bereitwilligkeit zum Vereinbaren eine schlimme Perspektive in die Zukunft eröffnen. So sucht z. B. der sonst so tapfere Cassius M. Clay, der Vorfechter des Republikanismus in Kentucky, die nördlichen Abgeordneten im Kongreß zur Annahme des Crittenden'schen Vorschlages zu bestimmen, der die Missouri-Gränzlinie bis an den Pazifik ausdehnt und in allen, südlich vom 36° 30′ gelegenen Territorien der Vereinigten Staaten, gegenwärtigen sowohl als zukünftigen (deutlicher Fingerzeig auf Mexiko!), die Sklaverei gestattet und beschützt. Die Herren Clemens, Etheridge, Nelson und Gilmer spielen im Kongreß selbst die Vermittler und finden als gemäßigte Südländer ein doppelt geneigtes Ohr. Ja, man glaubt ihnen sogar, daß die Sezessionsbewegung besonders ihren Grund in der Furcht der südlichen Farmer und Handwerker habe, von dem Norden unterjocht und ihres Eigenthums beraubt zu werden, und daß man, um diese ehrlichen Leute zu beruhigen und zur Liebe zur Union zurück zu führen, ihnen ein Unterpfand der Verfassungstreue und guten Absichten der Republikaner geben müsse. Die Handelskammern und hervorragenden Kaufleute des Ostens, Nordens und Westens schicken ihre Repräsentanten nach Washington, um auf die Angst der Republikaner im Kongreß einzuwirken und unter jeder Bedingung einen Kompromiß herbei zu führen. Schon jubelt die im Interesse des Südens stehende Presse, daß nur

noch ein paar Republikaner gewonnen zu werden brauchen, um die Rebellen und die Gränzstaaten zufrieden zu stellen.

Ich fürchte darum sehr, daß noch vor dem 4. März, dem Tage der Inauguration Lincoln's, ein Kompromiß zu Stande kommt. Der Norden wenigstens ist mürbe; er kann höchstens an der Arroganz oder an neuen Gewaltthaten des Südens scheitern. Durch einen solchen Kompromiß würde der Norden indirekt seine unbedingte Unterwerfung unter die Gebote der Rebellen erklären. Sein Verbrechen besteht übrigens in den Augen des Südens nicht darin, daß er in dem einen oder andern Punkte nicht nachgiebt; es ist viel größer. Es besteht darin, daß er frei ist und daß seine Gesetze, Anschauungen und sozialen Einrichtungen alle vom Geiste der Freiheit getragen sind. Sein Verbrechen ist der Zensus von 1860. Seine kolossale, unerhört in der Geschichte dastehende Zunahme an Vermögen, Bevölkerung und Macht ist eine beständige, gar nicht wegzuleugnende Drohung gegen den im Verhältniß zum Norden armen und dünn bevölkerten Süden. Calhoun erklärte schon in den dreißiger Jahren, daß, wenn der Norden in derselben Weise fortschreite, wie der Zensus von 1820 und 1830 ahnen ließen, dann der materiell überflügelte Süden nicht mehr im Bunde bleiben könne oder neue Garantieen für seine Gleichstellung in demselben haben müsse. Seine Schüler und Nachfolger wollen jetzt die Berechnung des Meisters verwirklichen. Es würde darum auch nichts helfen, wenn der Norden, um dem Süden zu gefallen, aufhören wollte, die Eindämmung und allmälige Abschaffung der Sklaverei zu verlangen. Was der letztere will, ist nichts weniger, als daß der Norden Arm in Arm mit dem Süden das Jahrhundert in die Schranken fordert und jeder freiheitlichen Bewegung und Regung den Krieg bis auf's Messer erklärt. Seine bloßen Gedanken sind Hochverrath und Drohungen in den Augen des Südens, wo die augenblicklich ausgeübte Schreckensherrschaft keine grausame Marotte, sondern nur eine Konsequenz des dort geltenden sozialen und politischen Systems ist.

Es giebt gar keine Kongreß-Akte, welche den Beschwerden des Südens abhelfen könnte. Die Wiederherstellung des Missouri-Kompromisses, wie sie jetzt in seiner Ausdehnung bis zum stillen Ozean im Kongresse als Pulsfühler vom Süden verlangt wird, ist erst recht nicht im Stande,

die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche aus der Sklaverei hervorgehen. Es handelt sich um diese selbst, um nicht mehr und nicht weniger, und der Norden wird hoffentlich wissen, daß er gar keinen Kompromiß darüber machen kann, es sei denn, daß er sich zum Polizeibüttel des Südens erniedrigen und auf seine eigenen Kosten einen bewaffneten Gränz-Kordon um die Sklaven-Staaten ziehen will.

Wäre nur erst der vierte März da! Lincoln ist nach Allem, was man von ihm kennt, nicht der Mann, der mit Rebellen unterhandelt und über all dem Geschrei um Nebendinge die eigentliche Streitfrage aus dem Auge verliert. Er hat nichts als seine Pflicht zu thun und wird sich, wenn er sie ganz thut, unsterblich machen. Nicht allein der Norden, sondern auch der Süden wird ihm zujauchzen, sobald er nur Energie zeigt. Der Punkt, um welchen es sich handelt, ist ja nicht mehr die Sklaverei, die im Gegentheil durch die Sezession in eine ganz untergeordnete Stellung heruntergedrückt ist, sondern die Wiederherstellung der Ordnung, die Aufrechterhaltung der nationalen Gesetze und Einheit und die ein für alle Mal zu entscheidende Beseitigung jedes Zweifels darüber, als ob es eine Regierung geben könne, welche ihre Gewalt nicht zum Zwecke der Selbstvertheidigung gebrauchen dürfe und müsse. Gegen die revoltirenden Staaten muß also Zwang angewandt werden, bis sie sich fügen lernen. Das ist keine Gewaltmaßregel, sondern nur die Behauptung der konstitutionellen Autorität. Das Land harrt einer definitiven Lösung der gegenwärtigen Wirren sehnsüchtig entgegen.

Die Baumwollen-Barone haben den Kampf herauf beschworen; er muß jetzt ausgekämpft werden, wenn in Zukunft Ruhe und Frieden herrschen sollen. Möge es Lincoln gelingen, den Sieg des Rechtes und der Zivilisation über rohe Gewaltthat und Barbarei zu sichern, so wird nicht allein Amerika, sondern die ganze gebildete Welt ihn als ihren Wohlthäter verehren!

12. Februar 1861.

„Die verbündeten Staaten von Amerika" ist der Titel, unter welchem der zu Montgomery in Alabama tagende Konvent der aus der Union ausgetretenen Staaten Süd-Carolina, Georgia, Florida,

Mississippi, Alabama und Louisiana deren Bündniß verfügt und eine provisorische Regierung gebildet hat. Der neue Bund enthält eine Bevölkerung von etwa 2,290,000 Weißen und 2,167,000 Sklaven. Präsident desselben ist der ehemalige KriegsMinister Jefferson Davis, welcher die Seele der bereits zehn Jahre alten, jetzt endlich zum Ausbruch gekommenen Sklavenhalter-Revolution war, und Vize-Präsident Alexander H. Stephens von Georgia, einer der verhältnißmäßig friedfertigsten und konservativsten Südländer und im Uebrigen ein Mann von großem Talent und Ansehen. Es ist, wenn wir nicht irren, das erste Mal in der Geschichte der zivilisirten Menschheit, daß eine Rebellion zu Gunsten der Sklaverei unternommen und, wie in Montgomery am 9. d. Mts., zu einem wenigstens vorläufigen Abschlusse gebracht wurde. In anderen Ländern erhoben und erheben sich Völker für Wahrung und Erweiterung ihrer Freiheiten, in Amerika machen die herrschenden Klassen einen Aufstand für die Verewigung und Ausdehnung der Sklaverei!

Die Handlungen und Akte des Konvents haben übrigens keineswegs den Anschein eines sich selbst und der Gerechtigkeit seiner Sache vertrauenden Siegesbewußtseins.

Es lagen ihm drei Plane zur Entscheidung vor: einmal der sogenannte Plan von Georgia, wonach der Konvent sich in eine Legislative umwandeln und dann unverzüglich den Präsidenten des südlichen Bundes wählen sollte; dann der Mississippi-Plan, wonach er Davis zum sofortigen Präsidenten des südlichen Bundes machen und die gegenwärtige Vereinigte-Staaten-Konstitution annehmen sollte; endlich aber der südcarolinische Plan, welcher dem Konvente die Bildung einer bloß provisorischen Regierung auftrug, die so lange in Kraft bliebe, als eine permanente Organisation durch einen Konvent aller ausscheidenden Staaten noch nicht geschaffen war. Wenn sich die Delegaten in Montgomery für den zweiten dieser Pläne entschieden, so bewiesen sie damit nur, daß sie indirekt gern wieder in die Union eintreten möchten; wenigstens ist kein positiver Gewinn für den Süden ersichtlich, wenn er die alte Konstitution mit nur geringen Abänderungen wieder annimmt, dieselbe Konstitution, unter welcher die Gränzstaaten und der Norden auch leben, und unter welcher jene im günstigsten Falle einen neuen Norden mit besonderen Interessen und eine durch sie bestimmte ganz verschiedene Politik bilden.

Die neue Verfassung nun unterscheidet sich nur dadurch von der alten, daß sie die Sklaven ohne Umschreibung Sklaven nennt, größere Garantieen für die Auslieferung flüchtiger Sklaven festsetzt und überhaupt jeder Möglichkeit einer dem Süden ungünstigen Auslegung der Sklaverei vorzubeugen sucht. Die ausgetretenen Staaten möchten nur zu gern zurückkehren, wenn nur der Norden nachgiebig und beschränkt genug wäre, sich diese Abänderungen der Verfassung gefallen zu lassen. Sie haben zugleich die nördlichen (negerzüchtenden) Gränzstaaten dadurch zu gewinnen und zu sich herüberzuziehen gesucht, daß sie den afrikanischen Sklavenhandel (auf ein Jahr) verboten und den inländischen Sklavenhandel gestattet haben. Laufen die Gränzstaaten in die ihnen gestellte Falle, gehen sie also zu den Baumwollen-Staaten über, und wird erst ihre definitive Regierung eingesetzt, so wird die Frage natürlich eine andre Form annehmen. Denn die gebietenden Herren des neuen Bundes werden wahrlich nicht so naiv sein, 1500 Dollars für einen Sklaven in Maryland oder Virginien zu zahlen, während sie denselben Artikel eben so gut, wenn nicht besser, direkt für 100 Dollars aus Afrika beziehen können. Beißen übrigens die Gränzstaaten nicht an den ausgeworfenen Köder an, so werden zur Strafe für ihre Verstocktheit ihre Boden-Erzeugnisse mit Differentialzöllen belegt. Freihandel mit der ganzen Welt, außer mit den Staaten, welche der neuen Ordnung der Dinge im Süden nicht beistimmen, ist dann die Losung. Charlestonier Blätter sprechen jetzt schon von den Vortheilen direkter Steuern und empfehlen diese für den ganzen Süden. Bis die neuen Gesetze gemacht sind, bleiben alle Vereinigten-Staaten-Gesetze in Kraft; die neuen wagt der Konvent übrigens nicht dem Volke der einzelnen Staaten zur Genehmigung vorzulegen.

Trotz aller fein ausgedachten Mittel werden die Sezessionisten aber nicht im Stande sein, ihre Pläne völlig auszuführen. Einmal waren die Gränzstaaten bisher wirklich zweifelhaft. Innerhalb der letzten Woche haben aber die Volks-Abstimmungen über die Thunlichkeit der Berufung eines Staats-Konvents über Trennung stattgefunden, und die Mehrheit der Stimmen hat sich in Virginien, Maryland, Kentucky und Tennessee ganz entschieden für die Erhaltung der Union ausgesprochen. Natürlich trug dieser ganz unerwartete Ausspruch der öffentlichen Mei-

nung nicht wenig dazu bei, die falschen Friedensfreunde zu entmuthigen und die Gegner eines Kompromisses den Annäherungen der Vermittler noch viel abgeneigter und unzugänglicher zu machen. Unter diesen Umständen hat auch der von den Old Gentlemen aller Parteien beschickte Friedens-Kongreß, der seit dem 4. d. M. neben dem regulären Kongresse in Washington tagt, nur sehr geringe Fortschritte gemacht. Er hält seine Sitzungen bei verschlossenen Thüren und erregt nur durch diese Thatsache einige Aufmerksamkeit.

26. Februar 1861.

Der neu erwählte Präsident trat am 12. d. M. seine Reise nach Washington an. Er begab sich über Cincinnati, Pittsburg, Cleveland, Buffalo, Albany, New-York, Philadelphia und Harrisburg zum Sitze der Bundesgewalt. Sein Empfang war überall herzlich. Vergebens warnten die Zeitungen, Herrn Lincoln an den Bahnhöfen nicht in's Gedränge zu nehmen und zu sehr zu pressen, vergebens setzten sie sogar in Leitartikeln auseinander, daß es nicht fein sei, Jemandem die Hand zu stark zu drücken oder ihm gar bei dieser Gelegenheit den Arm zu verrenken. An einzelnen Orten befand sich der Präsident vor den andrängenden Massen in wirklicher Gefahr, und die hier bei jeder Begrüßung sonst so gewöhnliche Sitte des Händeschüttelns mußte aus Rücksicht auf die zu stark beanspruchte Hand des Präsideuten zuletzt aufgegeben werden. Lincoln benahm sich übrigens mit viel Takt, Würde und Anstand. Er ist zwar kein großer Redner, hat aber viel schlagfertigen Witz, gesunden Menschenverstand und immer eine gute Antwort bei der Hand. Dabei erwiderte er die an ihn gerichteten Ansprachen stets ohne Hinterhalt und offen und ehrlich. Er erklärte, um hier das Wesentliche seiner Reden zusammenzufassen, daß er bei dem in Chicago aufgestellten Programme beharren und schlimmsten Falles lieber in eine Auflösung der Union willigen, als dieselbe durch ein Zugeständniß retten wolle, welches die Verpflanzung der Sklaverei auf bisher freies Gebiet gestatte. So lange es aber noch möglich sei, die Wohlfahrt und Freiheit des Volkes in der Union zu wahren, werde die Fortdauer derselben für alle Zeiten sein Streben sein. Vorläufig habe die Regierung an ihre Selbstvertheidigung

zu denken; er hoffe, daß alle schwebenden Schwierigkeiten in friedlicher Weise gelöst würden. Blutvergießen könne deshalb auch nur in dem Falle stattfinden, wenn die Regierung zu Gewaltmaßregeln gezwungen würde. Der plötzliche Abschluß, den die Reise des Präsidenten am letzten Samstag durch dessen unerwartete Flucht von Harrisburg nach Washington gefunden hat, erregte natürlich ein ungeheures Aufsehen. Man hat bisher in der Geschichte wohl die Flucht aus der Regierung gekannt; allein nie von einer solchen in die Regierung gehört. Die Nachrichten von der beabsichtigten Ermordung Lincoln's scheinen etwas übertrieben, obwohl es bezeichnend für den gegenwärtigen erhitzten und erbitterten Zustand der öffentlichen Meinung ist, daß man den schlimmsten Gerüchten in den weitesten, und zwar nicht blos republikanischen Kreisen sofort Glauben schenkte, indem man den sezedirenden Junkern jede Schandthat zutraut. Ein unbestimmtes Gerücht kann die dem Präsidenten drohende Gefahr nicht gewesen sein. Seine Begleiter sind herzhafte Männer und schrecken so leicht vor keiner eingebildeten Drohung zurück. Seward hatte, weil der Gouverneur des Staates Maryland Hicks mit im Komplott sein sollte, seinen Sohn nach Philadelphia geschickt, um Lincoln zu warnen, der erst nach langem Widerstreben von Harrisburg nach Philadelphia zurückgekehrt, statt direkt nach Baltimore gefahren sein soll. Für nichts und wider nichts zerschneidet man auch die Telegraphendrähte von Harrisburg nach Philadelphia nicht absichtlich und richtet sie erst wieder ein, nachdem Lincoln in Washington glücklich angekommen ist. Wie dem aber auch sei, dieser weilt jetzt am Sitze der Regierung, und die Tage des Buchanan'schen Regiments sind gezählt. Fast jede Stunde brachte in den letzten Wochen ein neues Verbrechen der herrschenden Partei an's Licht. Heute ist es der Marineminister, der, dem Beispiel seiner entlassenen Kollegen folgend, gemeinschaftliche Sache mit den südlichen Verräthern macht; morgen ist es ein General, der, wie Twiggs in Texas, alle Truppen und Vorräthe unter seinem Befehle den sezedirenden Staaten übergiebt und Dienste bei der südlichen Konföderation nimmt, und dann wieder sind es ein paar Dutzend Marine-Offiziere, die wegen frechen Ungehorsams und Widerspenstigkeit infam kassirt werden müssen. An den Diebstahl und die Veruntreuung ist man schon so sehr gewohnt, daß sie gar nicht mehr auffallen. Glücklicher Weise

ſtehen wir in der letzten Woche der Buchanan'ſchen Adminiſtration. Ich bezweifle nicht, daß, ſobald Lincoln in's Amt tritt, ſich das Vertrauen in die Haltbarkeit der Union und der öffentlichen Zuſtände überhaupt wieder heben wird.

Schon jetzt blickt man der Zukunft feſter in's Auge, weil der peinlichen und peinigenden Ungewißheit endlich ein Ende gemacht wird. Beweis deſſen iſt das jüngſte Anlehen von acht Millionen, für welches von Boſton und New-York mehr als vierzehn Millionen angeboten waren und welches mehr als 90 brachte, jetzt aber in Wallſtreet ſchon zu 95 verkauft wird. Ueberhaupt gewinnt die Stimmung gegen einen Kompromiß mit jedem Tage, welchen wir der neuen Regierung näher rücken, immer mehr die Oberhand. Die hieſige hohe Finanz ſchmeichelt ſich zwar noch mit der Hoffnung auf einen Vergleich, durch welchen die ſiegreiche Partei dem Steigen der Fonds zu Liebe auf ihren theuer erkauften Sieg und alle ihre Grundſätze verzichten ſoll; indeſſen iſt dazu jetzt weniger Ausſicht vorhanden, als je vorher. Der von den Old-Gentlemen aus vierzehn nördlichen Staaten beſchickte Friedens-Kongreß hat trotz aller wohlgemeinten Wünſche und Redensarten noch kein Reſultat erzielt und droht ſich jeden Tag aufzulöſen. In voriger Woche ſchien es, als ob ein Kompromißvorſchlag, der im Weſentlichen auf Verlängerung der Miſſouri-Linie bis an den Pazifik hinauslief und neue Territorien nur mit Zuſtimmung von $^4/_5$ ſämmtlicher Bundes-Senatoren erworben wiſſen wollte, angenommen werden würde; allein ſeit geſtern haben ſich ſelbſt dieſe ſchwachen Ausſichten wieder getrübt, und die Herren werden hoffentlich unverrichteter Dinge nach Hauſe gehen, wenn nicht zu guter Letzt noch Guthrie aus Kentucky mit ſeiner Quackſalberei durchdringen ſollte. Es iſt in der That auch nicht wohl einzuſehen, ob und in wie weit dem Süden die Herſtellung eines Zuſtandes genügen würde, den er ſelbſt vor acht Jahren als ungenügend für ſeine Intereſſen verworfen hat und den er natürlich nur mit dem ſtillen Vorbehalt annehmen würde, daß er ihn, ſobald er die Macht dazu hat, wieder umſtößt. Was kann es denn ausmachen, ob eine ſolche Beſtimmung ein bloßes Geſetz oder ein Theil der Konſtitution ſelbſt iſt, da der Süden ja neuerdings bewieſen hat, daß er die ganze Verfaſſung über den Haufen wirft, ſobald ſie ihm hindernd in den Weg tritt? Zudem iſt es ſo gut als

gewiß, daß die Baumwollenstaaten durch ein derartiges, ihren Beschwerden in keiner Weise abhelfendes Zugeständniß nicht befriedigt sein werden, während die mittleren Staaten auch ohne dasselbe der Union treu bleiben würden. Hier drohen nur die tonangebenden Politiker, während das Volk, im Gegensatz zu allem wilden Geschrei, mit ungeheurer Mehrheit für die Aufrechterhaltung des Bundes ist, wie das die jüngsten Wahlen sogar in Arkansas und Virginien bewiesen haben. Das einfache Gebot der politischen Klugheit besteht also darin, sich durch Drohungen nicht einschüchtern zu lassen und sich durch übel angebrachte Nachgiebigkeit nicht selbst zu schänden. Ein Kompromiß unter diesen Umständen wäre so viel als muthwillige Sprengung der republikanischen Partei. Während Lincoln im Norden nach Washington reiste, begab sich auch der neuerwählte Präsident der konföderirten Staaten, Jefferson Davis, nach deren Hauptstadt Montgomery in Alabama. Auch er hielt überall Reden, sprach viel vom Krieg gegen den Norden, Wahrung der südlichen Unabhängigkeit, Abschüttlung des Joches der freien Staaten und drohte mit Zöllen, welche nach dem 4. März gegen den Norden in Kraft treten sollen. Vorläufig aber scheint es bei den Drohungen sein Bewenden behalten zu sollen. Wenigstens hat Davis bei seiner jüngsten Anwesenheit in Charleston selbst von einem Angriff auf Fort Sumter abgerathen, sei es, daß er es für einen Handstreich zu stark fand, oder daß die südcarolinischen Milizen zu meuterisch und unzuverlässig sind. Süd-Carolina scheint auch bei dem südlichen Bunde seine Rechnung nicht zu finden, es hat sogar schon wieder mit Sezession aus demselben gedroht. Die Sache wäre komisch, wenn sie nicht so ernst wäre.

Washington, 4. März 1861.

Ich begab mich gestern hierher, um die Inaugurationsfeierlichkeiten in nächster Nähe mit anzusehen. Zimmer waren in den verschiedenen Hotels schon nicht mehr zu haben; man mußte froh sein, wenn man in einer der Hallen ein Bett oder vielmehr ein hartes Lager fand. Ich pries mich glücklich, als mir ein solches auf einem Billard für fünf Dollars angewiesen wurde. Das sonst so langweilige Washington trägt heute ein ganz festliches Ansehen, die „magnificent distances“, durch

welche es berühmt ist, rückten in Folge der unabsehbaren Menschenmenge anscheinend näher zusammen. Wollen Sie sich vom Aussehen der Straßen einen Begriff machen, so denken Sie Sich Darmstadt oder sonst eine langweilige Duodez-Residenz, in welcher an Wochentagen wohl ein Akzessist „wimmelt", plötzlich von 40—50,000 Besuchern angefüllt. Was mir im Vergleich zu den friedlichen Zeiten meiner früheren Besuche am meisten auffiel, und was jedem Besucher sofort in die Augen stach, waren die verschiedenen Posten, welche an den bedeutenderen Straßenecken zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit und sogar auf den Dächern hervorragender Häuser zur Sicherung des Zuges des Präsidenten aufgestellt waren. Man hätte fast glauben sollen, man befinde sich in einer Festung. Darin ist übrigens alle Welt einig, daß man nur der Sorge und Wachsamkeit des Generals Scott die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ruhe verdankt; ohne seine unablässigen Bemühungen, welche das geschmiedete Komplot der Südländer rechtzeitig entdeckten, wäre die südliche Verschwörung heute zum Ausbruch gekommen. Der heutige Tag wurde vom herrlichsten Wetter begünstigt. Es war nicht mehr so warm wie gestern, wo wir im Schatten 75 Grad Fahrenheit hatten, eine selbst im acht und dreißigsten Breitengrade für diese Jahreszeit ungewöhnliche und darum doppelt unangenehme Wärme. Die Inaugurations-Feierlichkeiten begannen um 12 Uhr. Die Deputationen, Milizen, weißgekleideten Mädchen und sonstigen unvermeidlichen Apparate bei derartigen Gelegenheiten zogen um diese Zeit zum weißen Hause, wo sie den alten Präsidenten abholten, der dann bei Lincoln vorsprach und mit diesem von Willard's Hotel aus die breite Pennsylvania Avenue entlang zum Kapitol fuhr. Der Zug war nach europäischen Begriffen äußerst ärmlich und unbedeutend. Ein einziges Musik-Korps, ein paar Miliz-Kompagnieen, ein Wagen mit 34 jungen Mädchen in Weiß, welcher die Union und Konstitution der 34 Staaten vorstellen sollte, allein in Wirklichkeit mehr einem Karnevals-Fuhrwerk glich, und endlich Lincoln in einem Wagen, welchem die Delegationen der verschiedenen Staaten folgten, das war der ganze so pomphaft angekündigte Festzug. Am Kapitol angekommen, begab sich Lincoln zunächst in das Senatszimmer und trat dann auf den, an der nördlichen Seite des National-Palastes gelegenen Balkon, wo eine aus rohen Tannenbrettern, ohne jede Zierrath

und jede Flagge oder Auszeichnung, eilig zusammengezimmerte Tribüne stand. Auf dem Tische lag eine Bibel; sonst trug sie ein Wasserglas und eine silberne Karaffe mit Wasser. Zur Rechten des Redners saßen der Senat und eingeladene Gäste, zur Linken die Diplomaten und Musikanten, beide in Uniform, während selbst General Scott und die sonstigen Vereinigten Staaten-Beamten in Zivil waren. Lincoln trat, nachdem die Musik „Hail Columbia" gespielt hatte, vor und las mit heller, kräftiger, weithin tönender Stimme seine Antrittsrede ab. Damit die einzelnen Blätter nicht vom Winde verweht würden, legte er einen schweren Spazierstock auf das Manuskript. Der Eindruck, welchen Lincoln machte, war ein überaus günstiger. Er ging sofort mitten in die Dinge ein und sprach über die südlichen Staaten und die Sklavenfrage und blieb dabei seinem, auf der Reise ausgesprochenen Programme und der Chicagoer Plattform treu. Namentlich erregten diejenigen Stellen begeisterten Beifall, in welchen er von der Aufrechterhaltung der Gesetze und der Union redete. Im Kabinette Lincoln handelte es sich bisher um die Versöhnung des radikalen und konservativen Elementes, von denen jenes durch Chase, dieses durch Seward vertreten ist. Diese Schwierigkeiten sind jetzt beseitigt; dieser ist Staatssekretär und jener Finanzminister. Es läßt sich daher voraussetzen, daß das neue Kabinet in allen wichtigen Fragen einig sein wird.

Als Buchanan dem rebellischen Süd-Carolina seinen Minister-Präsidenten Cass opferte, fürchtete ich allerdings nur zu sehr, daß im Hintergrunde der präsidentlichen Politik die Anbahnung eines den Norden beeinträchtigenden Kompromisses gelegen habe. Die thatsächliche Folge jener feigen und servilen Maßregel war denn auch, daß die Sezessionisten die Oberhand bekamen, und daß die nördlichen Sklaven-Staaten sich auf die Seite der Baumwollen-Staaten neigten, ja, daß sie noch jetzt auf dem Sprunge stehen, mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen. So ist selbst jetzt die Gefahr vor einem „schmutzigen Handel" noch gar nicht beseitigt, wie die sich mit jedem Tage häufenden Vorschläge im Kongresse beweisen. Allein auf der andern Seite hat Buchanan seitdem den Bogen doch etwas zu straff angezogen; seine immer deutlicher hervortretende Komplizität mit den verrätherischen Plänen des Südens fängt an, selbst dem Blindesten und Vertrauendsten

die Augen zu öffnen, und darum wird mit jedem Tage die Hoffnung stärker, daß die Reaktion gegen das freche Gebahren der Sezessionisten ihren politischen Bankerott herbeiführen wird.

Diese Reaktion scheint denn auch theilweise schon eingetreten zu sein, wenn auch nicht in den ausgeschiedenen Staaten, so doch bei deren Mitschuldigen, Herrn Buchanan. Ist nämlich den letzten Nachrichten aus Washington zu trauen, so hatte der Präsident den Kommissaren Süd=Carolina's einen abschlägigen Bescheid auf ihre Forderungen ertheilt und ihnen erklärt, er werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die der Bundes=Regierung zu entrichtenden Abgaben eintreiben, die Bundesgesetze vollstrecken und das Bundeseigenthum vertheidigen. Auch wollte er zwei Kriegsschiffe der Union nach Charleston abschicken. Diesen Nachrichten mag vielleicht zu trauen sein. Wer aber traut dem Präsidenten, und wer vermag zu sagen, ob sein bundesfreundliches Auftreten nicht eitel Lug und Trug ist?

Die unwillige und im günstigsten Falle kühle Aufnahme der Sezessions=Bestrebungen in Europa und die von hier mit jedem der letzten Dampfer abgehenden, sich bereits auf mehr als 6,000,000 Dollars belaufenden Geldsendungen beweisen dem Norden nicht bloß, daß europäische Politiker und Geldleute die amerikanischen Ereignisse nicht so gefährlich auffassen, sondern daß sie auch an den Fortbestand der Union glauben. Nach den letzten Berichten amerikanischer Banquiers zu schließen, fangen diese sogar an, sich ihrer vor einigen Wochen bewiesenen Kurzsichtigkeit zu schämen. In einer so kritischen Lage, wie die gegenwärtige, ist es ein großer Nachtheil für ein Land, wenn der größere Theil seiner leitenden Finanzmänner Fremde sind, wie das in den Vereinigten Staaten der Fall ist. So tüchtig sie auch in ihrem engern Kreise sein mögen, so haben sie doch kein Verständniß für die Entwicklung des fremden Volkes und überschätzen und unterschätzen deshalb, je nach ihrem persönlichen Standpunkte, oft die Tragweite der Ereignisse.

Die Republikaner, als die einzige konstitutionelle Partei des Landes, haben jetzt eine eben so einfache als glorreiche Aufgabe. Sie brauchen nur fest zu stehen, nicht zu wanken und bei ihrer „masterly inactivity" zu beharren, so muß die ganze Sezessions=Bewegung in sich zusammenbrechen. Der Druck und der Ruin, welcher aus der Suspension

des Handels in den südlichen Häfen entspringt und diesen den nördlichen Kaufleuten wie im Schlafe in die Hände spielt, die Furcht vor Neger-Aufständen, welche sich sporadisch schon zeigen, der Mangel an Brodstoffen, für welche der Süden auf den Norden angewiesen ist, und die Herrschaft des Pöbels, der jetzt schon die leitenden Politiker aus ihren Stellungen drängt — alle diese entweder schon eingetretenen oder sicher eintretenden Ereignisse müssen eine Reaktion herbeiführen, in deren Gefolge Einsicht und Patriotismus über Leidenschaft und Verrath siegen werden. In einer solchen Lage der Dinge ist aber die Gewalt der Exekutive allmächtig; denn sie kann bei einiger Festigkeit die Ereignisse mit der größten Leichtigkeit und ohne Anwendung von Gewalt kontroliren.

12. März 1861.

Die Lincoln'sche Regierung ist jetzt grade acht Tage im Amte; indessen ist noch nichts geschehen, die Lage der Dinge zu verbessern und die Stimmung der Gemüther zu heben. Im Gegentheil, der jetzt zur unumstößlichen Thatsache gewordene Befehl des Präsidenten, Fort Sumter zu räumen, hat wie ein Blitz aus heiterm Himmel alle aufkeimenden Hoffnungen der Freunde der Union und Konstitution mit einem Schlage geknickt, wenn nicht ganz zerstört. Der Präsident hatte in seiner Antritts-Botschaft erklärt, er wolle, so weit seine Vollmachten reichten und so weit es praktisch sei, die ihm anvertraute Gewalt dazu verwenden, um das Eigenthum der Bundes-Regierung und die ihr gehörenden Plätze zu halten und zu besetzen, so wie Bundeszölle und Auflagen einzutreiben, während über die für diese Zwecke erforderlichen Maßregeln hinaus weder eine Invasion, noch eine Anwendung von Gewalt gegen das Volk der aufständischen Staaten Statt finden solle. Es fragte sich also im Hinblick auf den Sonderbund, für wie weitreichend Lincoln seine Vollmachten erachtete, ob er sie in der Verfassung und Militär-Gesetzgebung des Landes bereits gegeben fand, oder ob er einen besondern Kongreß-Akt für nöthig hielt, der ihn zur Aufbietung der Milizen und Freiwilligen Behufs der Unterdrückung des Aufstandes im Süden ermächtigte. Ein desfallsiger Gesetzes-Antrag war bekanntlich vom letzten Kongreß verworfen worden. Allein auch ohne seine An-

nahme hätte Lincoln sich helfen können. Washington bot bekanntlich die Milizen gegen die sogenannte pennsylvanische Whiskey-Revolution auf, ohne vom Kongreß besonders dazu autorisirt worden zu sein; Buchanan rief noch neuerdings bei Gelegenheit des Brown'schen Putsches die Milizen unter die Waffen. Es lagen also für Lincoln wichtige Präzedenzfälle vor, um selbständig handeln und eingreifen zu können. Daß der Norden ihm Hunderttausende zur Disposition gestellt haben würde, wenn er nur gewinkt hätte, bedarf gar keines weitern Beweises. Zudem nimmt der Präsident in seiner Antritts-Botschaft selbst an, daß die Staaten als solche gar keinen Krieg erklären, sondern höchstens einen Aufruhr anstiften können. Er braucht also von seinem eigenen Standpunkt aus zur Ergreifung energischer Maßregeln nicht einmal die ausdrückliche Zustimmung des Kongresses; schlimmsten Falls aber hätte er sich diese nachträglich noch geben lassen können, wie Polk es z. B. that, als er, ohne den Kongreß nur zu fragen, Mexiko einen weit aussehenden Krieg (1846) erklärte. So wenig also auch eine ausdrückliche Vollmacht gegeben war, so sehr folgt eine solche doch indirekt aus der Verpflichtung des Präsidenten, die Gesetze des Landes aufrecht zu erhalten und dessen Souveränität zu wahren. In diesem Sinne und von dieser Voraussetzung ausgehend, faßten die Republikaner denn auch Lincoln's Botschaft auf. Sie freuten sich, daß ein würdeloser, feiger und falscher Präsident endlich durch einen Nachfolger ersetzt war, der ganz ohne Vorbehalt und ohne Hintergedanken seine Pflicht thun wollte; sie wiesen entrüstet die Insinuationen des Senators Douglas zurück, als er vor wenigen Tagen dem Präsidenten eine leisetreterische Politik und friedliche Absichten gegen den Süden zuschrieb. Jetzt zeigt sich leider, daß Douglas Recht hatte, denn Fort Sumter wird geräumt und Anderson zum schmählichen Rückzuge befohlen. Was man auch immer für die Nothwendigkeit dieses Befehls anführen mag, er kann unter keiner Bedingung vertheidigt oder nur entschuldigt werden. Dort unten, an jenem kleinen Fort ist die Ehre der Nation verpfändet. Es handelt sich nicht darum, ob es militärisch wichtig oder gleichgültig ist, sondern um einen höhern Gesichtspunkt. Es galt, in der Behauptung dieses Postens die Majestät des Gesetzes, die Ehrfurcht vor der Verfassung, den guten Namen und die Ehre des Landes aufrecht zu erhalten. Es ist leider

wahr: die neue Regierung hat kaum ein Kriegsschiff zur Disposition, indem der frühere Marine-Minister Toucey Sorge getragen hatte, sie in alle Längen- und Breitengrade nach Indien, China, Klein-Asien und Panama zu schicken, von wo sie vor 4—6 Monaten gar nicht zurückkehren können. Es ist ferner wahr: die Landtruppen sind durch den Verrath der südlichen Generale und des Kriegs-Ministers Floyd entweder an den äußersten westlichen Gränzen postirt oder ganz demoralisirt und aufgelöst, so daß die neue Regierung für die nächste Zeit kaum über 1000 Mann verfügen kann. Es ist endlich wahr: die fatale Lage, in der sich Lincoln befindet, ist eine Verlassenschaft der Buchanan'schen Schandwirthschaft; allein trotz alledem muß diese erste That der Lincoln'schen Administration ganz entschieden verdammt werden. Sie ist kurzsichtig und dem Wohle des Landes verderblich; sie proklamirt den Verrath und den Aufruhr als straflos, ja, umgiebt ihn mit einem Heiligenscheine und erklärt offiziell die Union für aufgelöst. Eine Regierung, die für ihre eigenen Rechte nur papierne Proteste hat und nur durch feige Nachgiebigkeit bestehen kann, ist wahrlich des Erhaltens nicht werth. Also zum ersten Mal, wo Lincoln die Konsequenzen seiner eigenen Worte ziehen soll, streicht er die Flagge, bekennt er die Unhaltbarkeit seiner Stellung und gesteht offen zu, daß die Union nur durch die erniedrigendsten Zugeständnisse, nur durch die planmäßigste Fälschung des Rechtsbewußtseins, nur durch die empörendste Demoralisation des Volkes aufrecht erhalten werden kann. Warum berief der Präsident nicht eine Extra-Sitzung des Kongresses gleich am 4. März, wenn er nicht auf eigene Verantwortung hin handeln wollte, warum appellirte er nicht an's Volk, wenn er sich selbst mißtraute? Jetzt hat er nicht allein sich und sein Kabinet geschwächt, er hat seiner ganzen Partei den Rückgrat ausgebrochen. Wir werden voraussichtlich für die nächsten Jahre nur eine Regierungspartei und eine Opposition haben, bis sich neue Parteien gebildet haben werden, welche jeden Kompromiß mit der Sklaverei verwerfen und den Kampf da wieder aufnehmen, wo er am 6. November 1860 stehen geblieben ist. Natürlich triumphirt die Börse, und die Kurse steigen, denn das Damoklesschwert, welches über ihr schwebte, ist um einen Zoll breit zurückgezogen. Indessen ist der Triumph zu frühzeitig, da wir erst am Anfange des Endes stehen.

10. April 1861.

Endlich, in der eilften Stunde, hat ſich in den jetzt Vereinigten Staaten die Lage der Dinge zum Beſſern geſtaltet! Die Regierung iſt von ihrer feigen Politik des paſſiven Widerſtandes zurückgekommen und, um den Frieden zu bewahren oder doch bald wieder zu erobern, zum Kriege bereit. Die Motive, welche zu dieſem in den letzten Tagen mit großer Energie ausgeführten Entſchluſſe trieben, ſind in dem täglich frecher werdenden Auftreten des Südens und in der Befürchtung der Adminiſtration zu ſuchen, daß bei noch längerm Zuſehen die Mittelſtaaten der Sezeſſions-Partei des Südens in die Arme geworfen würden. In der That waren dieſe Befürchtungen nur zu gegründet. Von der Haltung der Mittelſtaaten wird die ganze Entſcheidung des augenblicklich ſchwebenden Konfliktes abhängen; die Partei, welcher ſie ſich zuwenden, muß ſiegreich daraus hervorgehen. Statt nun energiſch vorzuſchreiten und die Reſultate ſich zu ſichern, welche Johnſon's tapfere Rede für das Verbleiben der Mittelſtaaten in der Union bewirkt hatte, thaten Lincoln und ſein Kabinet nicht allein nichts, um dort die Oberhoheit des Bundes aufrecht zu erhalten und die konſervativen Bürger zu ſchützen, nein, ſie ließen im ganzen Süden ungeſtraft ihr Anſehen mit Füßen treten und ſetzten durch ihr unentſchloſſenes Hin- und Herſchwanken eine förmliche Prämie auf die Rebellion und den Verrath.

So hat ſich denn lediglich in Folge dieſer feigen Politik vom 4. März an bis heute, alſo in kaum fünf Wochen, die Zahl der Unionsgetreuen in den Mittelſtaaten um beinahe die Hälfte vermindert. Lincoln fängt an, aus dem unglücklichen Wahne zu erwachen, als ob durch Abwarten und Zuſehen dem entſchieden vorwärtsdringenden Aufſtande die Spitze abgebrochen werden könne, während natürlich umgekehrt der ſeine eigene Sache aufgebende Präſident die Unions-Partei in jenen Staaten ihres letzten Haltes beraubt. Jetzt endlich erkennt er ſeine falſche Stellung und zeigt den Ernſt, welcher vom erſten Tage ſeiner Regierung an am Platze geweſen wäre. Der laute Unwille des Nordens über das ewige Nachgeben und Weichen mag dieſen Entſchluß auch beſchleunigt haben; genug, es ſoll jetzt anders und beſſer werden.

Im Kabinet des Präsidenten standen sich von Anfang an und stehen sich zwei Parteien gegenüber, welche ziemlich gleich stark sind und sich sogar geographisch von einander unterscheiden. Die dem Westen — den Ackerbaustaaten — angehörenden Minister dringen unter der Führung von Chase auf entschiedene Maßregeln und verlangen energisches Auftreten gegen den Sonderbund; die aus dem Osten — den Handels- und Industrie-Bezirken — gewählten Minister, an deren Spitze Seward steht, suchen durch sogenannte meisterhafte Unthätigkeit — masterly inactivity — den Süden zur Raison zu bringen, und hoffen durch Nachgiebigkeit die Union wieder zusammen zu leimen. Der Präsident steht rathlos zwischen Beiden, neigt sich bald auf diese, bald auf jene Seite, weniger aus Mangel an Energie und gutem Willen, als aus Unkenntniß der Geschäfte und Unbekanntschaft mit Personen und Dingen, so daß bis jetzt Seward's vermittelnde, in ihren Folgen entschieden verderbliche Politik überwiegt.

Es ist eine eigenthümliche, übrigens, wie das Beispiel Webster's lehrt, nicht zum ersten Male in der politischen Geschichte der Vereinigten Staaten vorkommende Erscheinung, daß ein Staatsmann wie Seward, auf der Höhe seines Ruhmes angekommen, plötzlich stehen bleibt und grade den Prinzipien, welche ihn getragen und groß gemacht haben, den Rücken kehrt. Seward, der Vertreter des ununterdrückbaren Konfliktes, sucht jetzt, als wäre er von der Verantwortlichkeit seiner Stellung niedergedrückt, die Gunst der Friedens- und Kompromißmänner, die bisher seine ärgsten Feinde waren, und stößt seine besten Freunde von sich zurück. Unter diesen Umständen ist es vielleicht ein Glück, daß die endliche Entscheidung der politischen Wirren nicht vom guten oder schlechten Willen einer einzigen Person oder der Regierung abhängt. Uebrigens ist das Land bereits so tief durch diese, jedes Rechtsbewußtsein und Selbstgefühl zersetzende Halbheit gesunken, daß es den ersten Versuch zur Wahrung der nationalen Ehre als eine große Heldenthat begrüßt. Auf einen europäischen Leser muß es einen ganz komischen Eindruck machen, wenn er alle diese Betheuerungen liest von Friedensliebe, alle Proteste gegen Blutvergießen und all dieses Händewaschen in Unschuld, wie wir es hier stündlich von der legitimen Regierung des

Landes sehen und hören. Man sollte daraus beinahe schließen, als habe sie das Bundes-Eigenthum gestohlen, als sei sie an dem ganzen Aufruhr schuld. Statt die Abgeordneten der sezedirten Staaten, welche sich als offizielle Vertreter derselben beim Präsidenten melden und mit ihm als einer gleichstehenden und gleichberechtigten Macht verhandeln wollen, sofort als Hochverräther einzusperren, läßt sich Seward in einen höflichen Briefwechsel mit ihnen ein und rechtfertigt ihnen gegenüber die Defensive, welche die Regierung anzunehmen gezwungen sei. Statt ihren wohl vorbereiteten Schlag gegen Fort Sumter sofort zu führen und durch ihre auf einen Punkt konzentrirte Macht den Rebellen zu imponiren, zeigt sie diesen die beabsichtigte Expedition nicht allein an, sondern verhandelt im Voraus mit ihnen über den Frieden. „Der Major Anderson", heißt es, „müsse doch leben, man dürfe ihn nicht verhungern lassen; wenn die charlestoner Rebellen-Behörde nichts gegen die Schiffe unternehmen wolle, welche ihm Lebensmittel zu bringen bestimmt seien, so könne sie sich darauf verlassen, daß die Flotte ruhig wieder abziehen werde." Es ist jetzt die Frage, ob die Herren Hochverräther so freundlich sein werden, dem Lincoln'schen Kabinet seinen Willen zu thun. Ich glaube noch nicht an einen ernstlichen Widerstand im Süden, dessen Hauptwaffe bisher stets die Einschüchterung und das Uebertölpeln war; allein es ist sehr leicht möglich, daß die unbesonnene Handlung eines Einzelnen den so massenhaft aufgehäuften Brennstoff entzündet und einen Krieg herbeiführt, aus dem übrigens die Bundes-Regierung, wenn sie nur will, mit ihren überlegenen Machtmitteln als Sieger hervorgehen muß. Jedenfalls ist jetzt so viel gewonnen, daß diese jetzt in das rechte Fahrwasser eingelenkt hat, und so unbestimmt, schwankend und halb ihre augenblicklichen Maßregeln auch noch sein mögen, so wird sie von den Konsequenzen ihrer jetzt eingenommenen Stellung und durch die Akte der Rebellen selbst weiter getrieben werden.

Die amerikanische Nation, welche allmälig eingesehen hat, daß die bisherige Politik zum Untergange führen mußte, wird sich jetzt nicht mehr mit halben Maßregeln begnügen, so sehr auch für den Anfang die Börse gegen ein entschiedenes Auftreten reagirt. Wie es heißt, sollen die vor diesen Tagen abgegangenen Dampfer nicht allein nach

Fort Sumter fahren, sondern auch Fort Pickens bei Pensacola verstärken, dessen Besatzung ebenfalls von etwa 5000 Rebellen bedroht ist. Ein andres Geschwader soll nach Texas bestimmt sein, um dort den von den Sezessionisten abgesetzten Gouverneur Sam. Houston zu unterstützen und einen befürchteten Einfall der Mexikaner abzuwehren. Ja, so weit ist es bereits in Folge dieser inneren Kämpfe gekommen, daß die sonst so verachteten Mexikaner jetzt mit Offensiv-Bewegungen zu drohen wagen. Auch Spanien scheint den günstigen Moment ergreifen zu wollen, um sich für so viele Demüthigungen, welche es Seitens der früheren demokratischen Administrationen erlitten, zu rächen. Mag die letzte Bewegung in Dominica auch nicht so ernst gewesen sein, als man anfänglich glaubte, so ist doch so viel sicher, daß die Lincoln'sche Regierung den spanischen Plänen gegen jene Insel kein Hinderniß in den Weg legen kann. Zudem hat Spanien seine Plane auf Mexiko noch lange nicht aufgegeben und wird über kurz oder lang bei der augenfälligen Schwäche der Union dieselben in Kraft zu setzen suchen. Die jüngst erfolgte Abreise des geschlagenen mexikanischen Präsidenten und Hauptes der Priester-Partei, des Generals Miramon, nach Spanien mag mit diesen Zielen in Verbindung stehen. Louis Napoleon ist den Ansprüchen der Königin Isabella auf Mexiko durchaus nicht feindlich gesinnt, die einzige Frage für ihn könnte höchstens die sein, ob er es wegen Mexiko's zu einem Bruche mit England kommen lassen will. Unter diesen Umständen wird die Stellung des neuen, nach Spanien ernannten Gesandten, unsers verdienten und hoch angesehenen Landsmanns Karl Schurz, keine leichte sein; auf der andern Seite hat er dort aber ein weites Feld, sich auszuzeichnen.

Die Bewegung, welche über ihren großen Erfolg vom 6. November vorigen Jahres erschrocken zu sein und stillstehen zu wollen schien, ist wieder im Gange und wird nicht eher wieder stillstehen, als bis dem Lande der Krebs der Sklaverei, der an seinen Eingeweiden nagte, ausgeschnitten sein wird. Dieser Prozeß kann aber nur dann stattfinden, wenn sich die Mittelstaaten auf die Seite des Nordens schlagen, und aus diesem Grunde sind die Anfänge einer energischen Handlungsweise Seitens der Regierung grade noch vor Thoresschluß gemacht worden.

17. April 1861.

Die Rüstungen, welche für die Expedition nach Charleston in den nördlichen Häfen gemacht wurden, waren groß und umfassend; an zehn Dampfer mit Mannschaft, Waffen und Munition fuhren nach jenem Hafen, kamen dort aber in Folge eines heftigen Sturmes erst gegen den 13. April an. Inzwischen hatten die Aufständischen sofort nach dem Empfange der Lincoln'schen Mittheilung Anderson zur Kapitulation aufgefordert. Als er, wie nicht anders zu erwarten war, diese Aufforderung kategorisch zurückwies, wurde am 12. April das Bombardement auf das Fort eröffnet. Er ergab sich nach kurzer Gegenwehr, ohne den Verlust eines einzigen Mannes, am Nachmittage des 13. April, weil innerhalb seiner Mauern ein Feuer ausgebrochen war, dessen man nicht Herr werden konnte. Anderson zog am 14. April mit Kriegsehren ab und begab sich auf eines der vor dem charlestoner Hafen liegenden Vereinigten Staaten-Kriegsschiffe, die, ohne sich nur zu rühren, dem größten Theile des Kampfes als Zuschauer beigewohnt hatten, und reiste sofort nach dem Norden ab. Wie es möglich war, daß Sumter, welches die Amerikaner in ihrer gewohnten Uebertreibung das amerikanische Gaeta, das südliche Gibraltar zu nennen pflegten, sich so schnell ergeben konnte, ist bis jetzt noch ein eben so ungelöstes Räthsel, wie das in seinem Innern ausgebrochene Feuer, welches eine fernere Vertheidigung unmöglich gemacht haben soll. Das Bischen Holzwerk im Fort hätte doch längst von dem Befehlshaber bei Seite geschafft werden können. Oder sollen, wie in China, die Wände und Dächer von gemachtem, statt von wirklichem Stein und Eisen gewesen sein? Unmöglich ist diese Annahme für Niemanden, welcher amerikanische Bau-Unternehmer und die Liederlichkeit dortiger öffentlicher Bauten kennt.

Mit der Uebergabe der des Forts Sumter schließt der erste Akt des Dramas. Die Antwort darauf bildet die Proklamation des Präsidenten Lincoln vom 15. April, welche nicht allein die Einzelstaaten zur Stellung von 75,000 Mann Milizen auffordert, um die Rebellion im Süden zu erdrücken und die Vollstreckung der Gesetze zu erzwingen, sondern auch eine Extrasitzung des Kongresses auf den 4. Juli einberuft. Der Erlaß dieser Proklamation hat in dem ganzen Norden die ungetheilteste Be-

geisterung erregt und die Zustimmung aller Volksklassen gefunden. Das Gefühl, daß durch die Uebergabe des Forts Sumter die nationale Ehre geschändet worden und daß diese wieder rein gewaschen werden muß, scheint, nach der Aufnahme der Lincoln'schen Proklamation zu schließen, jedes Herz zu durchdringen. Man bedauert, daß nur 75,000 Mann verlangt werden; überall bilden sich Freiwilligen-Regimenter. Die Gesetzgebung von Pennsylvanien z. B., welches kaum 12,000 Mann zu stellen hat, bietet deren 30,000 an. New-York bestimmt ebenfalls sofort drei Millionen Dollars für 30,000 Mann, reiche Privatleute stellen 50- bis 100,000 Dollars zur Disposition. Selbst in einer Stadt wie New-York treten die alten Parteiunterschiede in den Hintergrund, und sogar die Börse nimmt die ersten energischen Schritte der Regierung freundlich auf, indem sie die Vereinigten Staaten-Obligationen auf ihrer bisherigen Höhe hält. Indessen ist in dieser Verbindung keine Erscheinung erfreulicher, als das Benehmen des Senators Douglas, der beim Bekanntwerden der Uebergabe des Forts Sumter sich sogleich zum Präsidenten begab, ihn alle früheren Differenzen zu vergessen bat und ihm seinen energischen Beistand zur Durchführung seiner, auf die Erhaltung der Union gerichteten Politik anbot. Kurzum, mag die nördliche Demokratie früher immerhin für Sklaverei und Union gewesen sein, sie ist nicht für Sklaverei und Disunion; sie wird deshalb bei der bevorstehenden Entscheidung in Gemeinschaft mit den Republikanern dem Süden gegenübertreten, so daß der ganze Norden eine einzige und ungetheilte Front bildet. Um seinen Worten mehr Nachdruck zu geben, hat der Präsident zugleich die Einstellung der Postbeförderung in den sezedirten Staaten befohlen, ein Dienst, der die Vereinigten Staaten dort mehr als drei Millionen Dollars pro Jahr kostet und jenen den handgreiflichsten Vortheil der Bundesregierung entzieht.

Kurz, es ist kein Zweifel mehr darüber vorhanden, daß der vom Süden muthwillig heraufbeschworene Krieg zum blutigen Austrag kommen wird; es fragt sich nur noch, wo der erste Schlag geführt werden wird. Daß die südlichen Häfen, wie jetzt schon Charleston, gesperrt werden, ist eine sich ganz von selbst verstehende Folge des Angriffs auf Sumter. Fort Pickens ist nach den letzten Nachrichten auch hinreichend verstärkt worden, so daß es jedem Angriff von der Land- und Seeseite gewachsen

ist. Vorläufig konzentirt die Regierung alle ihre Streitkräfte in und um Washington, welches schon jetzt einem Kriegslager gleicht. Es herrscht nicht die mindeste Ungewißheit mehr darüber, daß die Rebellen einen Angriff auf die Bundes-Hauptstadt unternehmen werden, theils um die immer noch zweifelhaften Mittelstaaten zu sich herüberzuziehen, theils um den Krieg durch einen raschen Streich zu beendigen oder sich wenigstens in Washington die Mittel zu seiner weitern Fortführung zu verschaffen. Bei einer, zur Feier der Einnahme des Forts Sumter, dem Präsidenten Jefferson Davis in Montgomery am 13. April gebrachten Serenade erklärte sein Kriegsminister, Walker, daß die Flagge der konföderirten Staaten am 1. Mai über dem Kapitol in Washington wehen werde.

Es läßt sich nicht leugnen, daß vom militärischen Gesichtspunkte aus die Rebellen augenblicklich in großem Vortheile gegen den Norden sind. Sie haben ein seit Monaten wohl organisirtes Heer, welches nur durch Kampf und Beute zusammengehalten werden kann, während ihm die rechtmäßige Regierung vorläufig bloß undisziplinirte Schaaren entgegenzustellen hat. Es ist somit sehr leicht möglich, daß die ersten Anfänge des Krieges zu Gunsten der Rebellen ausfallen.

Dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß die Intelligenz, die nachhaltige Stärke und der endliche Erfolg in diesem Kampfe auf Seiten der regelmäßigen Regierung sind, und daß ihr auf die Dauer der Sieg nicht entgehen kann. Nach den gegenwärtig sich geltend machenden Symptomen zu schließen, ist das Volk des Nordens endlich zur Erkenntniß und richtigen Würdigung der seiner nationalen Existenz drohenden Gefahren gekommen und entschlossen, nicht eher die Waffen niederzulegen, als bis die Autorität des Gesetzes in allen ausgeschiedenen Staaten wieder hergestellt und die Sklaverei in ihren gemeinschädlichen Auswüchsen beschnitten sein wird. Dreiundzwanzig Millionen, mit allen Künsten des Friedens vertrauten Menschen, denen unerschöpfliche Mittel und alle Hilfsquellen unsrer Zivilisation zu Gebote stehen, ziehen in den Kampf gegen 350,000 Sklavenhalter, 4 Millionen Sklaven und 3 Millionen armer Weißer, die, mit Ausnahme weniger Städte, über weite Flächen zerstreut lebend, dem primitivsten Zustande der Gesellschaft angehören und wenig oder keine Bedürfnisse kennen.

Die ganze gebildete Welt hat ein Interesse an diesem Kampfe, den das auf Grund seiner Erwerbsverhältnisse und staatlichen Einrichtungen konservative Volk der nördlichen Staaten der Union nicht länger von sich weisen konnte. Es steht der mittelalterliche rohe Feudalismus in Waffen gegen die bürgerliche Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts, eine untergegangene Weltanschauung empört sich gegen die Triumphe unsrer arbeitenden, denkenden und schaffenden Zeit, die verarmenden Don Quixotes der südlichen Pflanzungen fechten gegen die Tag und Nacht sausenden Windmühlen-Flügel und rauchenden Schornsteine des immer reicher werdenden Nordens; der Junker fordert in frechem Uebermuth das bürgerliche Jahrhundert in die Schranken. Können Sie da noch einen andern Ausgang, als den Sieg der konstitutionellen Regierung wünschen?

22. April 1861.

Wir sind mitten in einer Revolution und im Kriege. Ich bekenne offen, daß ich bisher die Gefahr noch nicht für so dringend erachtet hatte. Ich pflege stets wenigstens fünfzig Prozent von den Angaben aller hiesigen Parteien abzuziehen, um der Wahrheit nahe zu kommen. Wenn dieses Mittel sich bei einem länger als eilfjährigen Aufenthalte bisher auch stets als probat erwiesen hat, so schlug es dieses Mal doch fehl. Wie mir geht es dem ganzen Norden; es fehlten ihm die Fäden, um die Verschwörung in ihrer ganzen Tragweite zu verfolgen. Jetzt steht er entrüstet und überrascht in den Waffen oder eilt zu den Waffen. Die friedlichen Beschäftigungen des täglichen Verkehrs haben dem Lärmen des Krieges weichen müssen. Ueberall begegnet das Auge Uniformen und Soldaten, die nach Washington und der Umgegend ziehen. Die Kriegsgerüchte und Bulletins bilden den einzigen Gegenstand des öffentlichen Interesses, fast alles Geschäft ruht, an den Straßenecken sieht man erregte Gruppen die Neuigkeiten des Tages verhandeln, der freie Platz um das Stadthaus wird mit provisorischen Kasernen besetzt, die Zeitungs-Lokale sind von Morgens bis Abends belagert, eine Nachricht schlägt die andre, eine Ueberraschung verdrängt die andre. Der Süden hatte bisher in der Geschichte dieses Staatenbundes seine Herrschaft auf die

Einschüchterung des Nordens gebaut. Jetzt, wo die alten Mittel nicht mehr verfangen wollten, will er Krieg auf Leben und Tod; er kann nur herrschen, aber nicht gehorchen, sich nicht den konstitutionellen Gewalten fügen. Er spielt im Augenblick seine letzten Trümpfe aus. Nachdem Fort Sumter am 14. April vom Major Anderson geräumt (nicht übergeben) war, und Präsident Lincoln 75,000 Milizen aufgeboten hatte — eine viel zu geringe Zahl, zumal wenn man bedenkt, daß die Mittelstaaten ihr Kontingent zu stellen verweigerten — antwortete Jefferson Davis mit einer Proklamation, worin er im Namen der „verbündeten Staaten" bewaffneten Privatschiffen aller Nationen Kaperbriefe anbot. Diese gegen den Handel des Nordens gerichtete Gewaltmaßregel öffnete selbst den Friedfertigsten die Augen. Der Norden ist seitdem einig, enthusiastisch für die Erhaltung der Union, und die Verräther wagen sich vor dem einstimmig ausgesprochenen Volkswillen nicht zu rühren. Der Enthusiasmus der geringeren Volksklassen ist wahrhaft erhebend. Dank dem Zögern und Zaudern Lincoln's aber hat in der Zwischenzeit die Sezessions-Bewegung die Mittelstaaten Virginien und Maryland gewonnen, Kentucky und Tennessee schwanken noch, sind aber so frech, eine Neutralität und eventuelle Vermittlung zwischen dem Norden und dem Süden in Aussicht zu stellen. Wenn auch der Westen des Staates Virginien mit Trennung und Errichtung eines Freistaates gedroht hat, so fällt diese Bedrohung des östlichen Theiles, den unmittelbaren Gefahren des Augenblicks gegenüber, nicht in Betracht. Virginien und Maryland umgeben die Bundeshauptstadt Washington von allen Seiten, und auf diese ist es von den Rebellen zunächst abgesehen. Die ersten Freiwilligen von Massachusetts eilten am 17. April zu ihrem Entsatze herbei. Auf dem Marsche durch Baltimore, welches sich ganz in den Händen der Sezessionisten befindet, wurden sie von dem dortigen Pöbel angegriffen, so daß es am 19. April in den Straßen der Stadt zu einem Kampfe kam, in welchem mehrere Massachusettser auf dem Platze blieben. Es ist ein interessantes Zusammentreffen, daß an demselben Tage, an welchem vor 86 Jahren im Revolutionskriege bei Lexington das erste Blut floß, jetzt dasselbe Regiment, ja dieselbe Kompagnie der massachusettser Milizen, welche damals bluteten, die ersten Leute verlor. Ueberhaupt ist Massachusetts als der gebildetste Staat in

der Union, am opferwilligsten und am schnellsten bei der Hand. Es hat bereits sechs wohlausgerüstete Regimenter ins Feld gestellt. Es repräsentirt immer noch — zu seiner Ehre sei es gesagt! — das reine puritanische Element gegen die Kavaliere. Der alte Kampf wird nur unter anderm Namen, Selfgovernment gegen Sklaverei, fortgekämpft. Nach Massachusetts kommt New-York. Dieser Staat hat sich zu 30,000 Mann erboten, von denen bereits an 10,000 marschfertig sind. Vor Allem beweisen sich die Deutschen in der Stadt New-York rührig und thätig. Sie haben bereits vier Regimenter mit tüchtigen Offizieren, die alle schon Pulver gerochen haben. Nicht weniger als einige fünfzig ehemalige preußische Offiziere betheiligten sich in den ersten Tagen an den Aushebungen in der Stadt New-York. Die alten Namen aus dem schleswig-holsteinischen, badischen, pfälzischen, ungarischen, ja, sogar aus dem Krim-Kriege tauchen wieder auf. Täglich gehen Regimenter auf den voraussichtlichen Kriegsschauplatz ab, der in der Nähe von Washington sein wird. Nach den letzten Nachrichten ist die Bundes-Hauptstadt wenigstens vor einem Ueberfalle gesichert. Die Sezessions-Armee soll in Richmond, der Hauptstadt von Virginien, stehen. Die Telegraphen-Verbindung ist gänzlich unterbrochen. Die Drähte sind entweder von den Rebellen abgeschnitten oder von der Regierung dem Privatverkehr entzogen. Die Schienen in und um Baltimore sind ebenfalls aufgerissen, verschiedene Eisenbahn-Brücken zwischen Washington und jener Stadt abgebrochen, so daß die zur Verstärkung Washingtons herbeieilenden nördlichen Regimenter nur bis Havre de Grace am Susquehanna kommen, von dort zu Wasser nach Annapolis fahren und sich den, 40 englische Meilen weiten Weg durchs Land bis zur Hauptstadt bahnen müssen. In Folge dieser schlechten Verbindungen dauert es zwei Tage, bis man nur von Washington hören kann. Es wird viel Zeit, viel Geld und noch mehr Energie kosten, bis die Regierung in den Stand gesetzt sein wird, sich gehörig zu vertheidigen, geschweige denn zum Angriff überzugehen. Bis jetzt hat sie fast noch nichts Andres gethan, als ihre Schiffswerften, Arsenale und Waffen zu zerstören, wie in Harper's Ferry, Norfolk und Annapolis, um ihren Besitz wenigstens den Rebellen zu entziehen. Der Geist des Volkes ist ausgezeichnet; er läßt nichts zu wünschen übrig. Gehörig verwandt und benutzt, kann

man Alles damit leiſten. In New-York fand u. A. am 20. d. Mts. eine Maſſenverſammlung ſtatt, welcher an 100,000 Männer aller früheren Parteien beiwohnten und bis jetzt noch keine Volksverſammlung an Großartigkeit gleichgekommen iſt. Das ſchönſte Wetter begünſtigte dieſe patriotiſche Feier, welche die Einigkeit der New-Yorker Bevölkerung im glänzendſten Lichte zeigte. Kopf an Kopf um ſechs verſchiedene Tribünen drängten ſich die Tauſende und Zehntauſende von Zuhörern, welche nach den Angaben der Zeitungen etwa vierzig Morgen füllten. Da ich als einer der Redner für unſere Landsleute das Wort ergriff, ſo erlaube ich mir, dieſem Briefe als Zuſatz die kurzen Bemerkungen im Original beizulegen, welche, ſo viel ich urtheilen konnte, der Stimmung und der Auffaſſung der großen Mehrzahl der Deutſchen den entſprechenden Ausdruck gaben.*) Uebrigens ſind nicht bloß Worte gemacht worden. Die

*) If I understand you rightly, Mr. President, your object in inviting German speakers to this large meeting, is to prove by their addresses that, in respect to the present crisis, there is no difference of opinion in any class of our population; that a unanimity of feeling prevails in the hearts of all citizens, adopted as well as native, and that the same just and patriotic indignation swells the breast of every lover of this country against the unscrupulous traitors who try to set up a government of their own by perjury, theft and plunder.

It has often been said, and I am sorry to confess, not without some shade of truth, that whenever there are two Germans together, there are differences of opinion among them. I am, however, happy to tell you that it is not so in the face of the danger which threatens to break up the National Government.

I see around me old German Democrats and Republicans, men representing all political opinions, at home and in this country; but the past differences are forgotten, and as long as the present crisis shall last. I am sure all will coöperate harmoniously for the same end, namely, the preservation of this great Republic, which is as dear to the Germans as to any other men. Although I am not authorized to speak for others, I feel confident that I do but express the sentiments of every German in this country when I say, that we are all unanimous for the adoption of the most energetic means against the fiendish attempts of our common foe. [Great cheering.] Fellow-citizens, let us not deceive ourselves; the present struggle requires prompt action and powerful means to overcome it. The stronger we prepare ourselves, the better we shall be able to defeat the

New-Yorker Kaufleute tragen Hunderttausende zur Ausrüstung der Milizen und Unterstützung der zurückbleibenden Familien bei. Auch unter den Deutschen haben sich derartige Ausschüsse gebildet; einzelne deutsche Häuser zeichneten gleich 1000 Dollars, andere 500 und 100, wieder andere zahlen monatliche ansehnliche Beiträge. Also an gutem Willen und Geld fehlt es nicht. Die Energie der Rebellen wird den Krieg zu einem so bittern und hartnäckigen machen, daß er nothwendiger Weise, wenn nicht mit der Abschaffung, so doch mit der Unschädlichmachung der Sklaverei als politischer Macht enden muß.

---

purposes of the enemies of this Union, who are, at the same time, the enemies of civilization and liberty. The internecine war now raging here is of the highest significance to the whole civilized world, which expects that we will crush anarchy in its inception. We have to prove that civil liberty with all its blessings is not an experiment, a mere passing state of political existence, which lasts only so long as it is not assailed either by a military or the slaveholder's despotism; but that it is a power self-sustaining, and interwoven with all our nature, with our whole national existence. Liberty is precarious and we would not be worthy of it, unless we have sense and spirit enough to defend it. [Cheers.] Let us prove ourselves adequate to the expectations of the friends of Liberty in the Old World, as well as in the New, whose eyes are fixed upon us. The two powers which have grown in the United States from the beginning, — self-governement and slavery, stand now face to face against each other. It is for the first time in the history of the world that slavery in its worst development makes a revolution against the morals and ethics of society; that it tries to form a state on all that is *mean*, *contemptible* and *unsound* in human nature. But such a state can and will not last. If it is not based upon liberty and justice, it bears within itself from the beginning the germs of dissolution. Bus it will not disappear of itself; it must be swept away by us and as peaceful means will not do, we must use iron bombs, and send to these sinners against human nature 12-pounders and 24-pounders as arguments. [Immense cheering.] As my eyes survey this majestic assemblage, — majestic as well by its numbers as by its enthusiasm, — I perceive at once that every one of you, fellow-citizens, understands his duty, and that every one of you will be ready at your country's call. This call will be war, and nothing but war, until our arms shall have won a glorious triumph, and until the flag of the Union shall float again victorious from the Potomac to the Rio Grande. [Great applause.]

2.

Krieg und Sieg.

1. Juni 1861.

Der Geiſt des Volkes zeigt ſich überall im Lande gut, opferfreudig und enthuſiaſtiſch. Alt und Jung, Männer und Weiber wetteifern miteinander in der Hingabe an die Intereſſen des Vaterlandes, und von allen Seiten ſtrömen mehr Freiwillige herbei, als nöthig ſind. Die Regierung in Waſhington iſt durch ihre Gegner endlich auch in die rechte Stellung gedrängt und alles Ernſtes entſchloſſen, den Kampf mit Entſchiedenheit durchzuführen. Sie hat lange genug geſchwankt und gezögert. Seward ließ ſich noch bis zum letzten Augenblicke in unbegreiflicher Verblendung von den Sezeſſioniſten-Führern in Maryland und Virginien übertölpeln, und es bedurfte erſt der handgreiflichſten Gefahr für ihre eigne Freiheit und Sicherheit, bis den waſhingtoner Herren über die wahre Natur des bevorſtehenden Kampfes die Augen aufgingen. Jetzt ſind endlich die letzten Brücken abgebrochen, Waſhington iſt durch die inzwiſchen eingetroffenen Truppenſendungen von etwa 18,000 Mann gegen jeden plötzlichen Angriff geſchützt und die Regierung in den Stand geſetzt, die Offenſive zu ergreifen. Die Häfen von Maryland und Virginien ſind gleich denen der ausgetretenen Staaten in Blokadezuſtand erklärt, — ſie einfach zu ſperren, wäre dem Auslande gegenüber beſſer geweſen — und 25,000 reguläre Soldaten ſammt 80,000 Milizen ſind neu aufgeboten worden. Die Eiſenbahn-Verbindung zwiſchen Waſhington und Philadelphia iſt jetzt wieder hergeſtellt und der Weg über Baltimore wieder eröffnet. Ebenſo iſt ſeit dem 14. Mai der Telegraph, der in Folge des baltimorer Krawalls unterbrochen war, wieder eingerichtet und ganz in den Händen der Regierung, und der Verkehr mit Waſhington völlig wieder geſichert. Während ſich ſo die nördlichen Schaaren

nach Virginien hin wälzen, setzt sich auch der ganze Westen, mit Ausnahme Missouri's, in Bewegung. Die Freiwilligen von Iowa, Minnesota, Wisconsin, Illinois und Indiana wollen den Mississippi hinunter, um sich diesen wichtigen Fluß zu sichern und, wie sie sagen, Weihnachten in New-Orleans zu feiern; die Milizen von Ohio und Michigan sammeln sich am Ohio gegen die Gränzstaaten, um bei dem ersten Rufe in sie einzufallen.

Die patriotischen Gaben für den Krieg belaufen sich während der ersten drei Wochen nach der Erklärung des Krieges auf die Summe von 23,277,000 Dollars. Darunter befindet sich der Staat Pennsylvanien mit einem Geschenke von 3 Mill., New-York und Ohio jeder mit 3 Mill., Connecticut und Illinois jeder mit 2 Mill., New-Jersey mit 1 Mill. Dollars. Von den Städten hat allein New-York 2,173,000, Philadelphia 330,000, Buffalo 110,000, Cincinnati 280,000 Dollars beigesteuert. Der Geist und die Opferfreudigkeit des Volkes kann nicht größer und besser sein; gut verwandt, läßt sich Außerordentliches damit leisten. Der Nordwesten bietet der Regierung 250,000 Mann an; dagegen verlangt man auch, daß der Kampf energisch durchgeführt und im Geiste der Freiheit entschieden werde. Vor einigen Tagen hörte ich George Law, einen der reichsten Bürger New-Yorks und dazu noch einen alten Demokraten, sich dahin äußern, daß es ihm und seinen Freunden auf ein paar Millionen mehr nicht ankomme, daß sie aber erwarteten, daß jetzt gründlich mit der Sklaverei aufgeräumt werde, damit dieselbe Arbeit nicht nach vier Jahren von Neuem gethan werden müsse. Die Aeußerung im Munde eines solchen Mannes ist deshalb bezeichnend, weil sie Einsicht unserer Kapitalisten in die Unvermeidlichkeit des Kampfes ausspricht und die richtigen Ursachen der schwebenden Schwierigkeiten erkennt.

Mag nun der Krieg in einem Feldzuge oder erst in mehreren Jahren beendet werden, mag selbst der Süden im Anfange einige militärische Erfolge davon tragen, so ist der Ausgang des Kampfes doch bei den reichlichen Mitteln und der Opferfreudigkeit des Volkes des Nordens schwerlich ein andrer, als ein unbedingter Sieg der Regierung über den Aufruhr. Die unausbleiblichen Folgen, die sich an einen solchen Sieg knüpfen, sind für uns Deutsche jedenfalls die interessanteste Seite der amerikanischen Verwicklungen. Es handelt sich da zunächst um zwei

Punkte: um das Schickſal der Sklaverei und um die zukünftige Form der Bundes-Verfaſſung.

Daß die Sklaverei nicht ohne einen ganz radikalen Wechſel aus dem Kriege hervorgehen wird, dieſe Einſicht fängt jetzt ſchon an zum Gemeingut der Maſſen zu werden. Ob ſie nun plötzlich aufgehoben oder allmälig abgeſchafft wird, der Krieg kann ſie eben nicht in der Stellung laſſen, in welcher er ſie fand. Ihre Zeit als gebietende und kontrolirende Macht im Staate iſt ohnehin vorbei. Als die erſten nördlichen Truppen gegen Ende April in Annapolis landeten, bot ihr Befehlshaber ſie den Beſitzern der aufrühreriſchen maryländer Sklaven zur Unterdrückung des Aufſtandes an. Ende Mai aber konfiszirte derſelbe General Butler, ein konſervativer Demokrat, die ihren Herren entlaufenen Sklaven als Kriegskontrebande und ließ ſie in den Vereinigten Staaten-Forts als Tagelöhner arbeiten. Kaum gelangte dieſe Kunde in die von den Bundestruppen beſetzten Bezirke, als ſich Hunderte von virginiſchen Sklaven in das Lager des Bundesgenerals drängten, um unter denſelben Bedingungen aufgenommen zu werden, was denn auch geſchah. Nach den letzten Berichten war man ſogar ſchon in Verlegenheit, was man mit den zahlreichen Frauen und Kindern der Flüchtlinge anfangen ſollte. Der Kriegsminiſter Cameron, weniger ein Staatsmann, als ein geriebener, die Richtung der öffentlichen Meinung vorausſpürender Politiker, billigte nicht allein die Entſcheidung des Generals Butler, ſondern erklärte ſelbſt ein paar Tage ſpäter öffentlich, daß der Krieg nur dann ein ehrenvolles Ende nehmen könne, wenn man das ihm zu Grunde liegende Uebel, die Sklaverei, mit der Wurzel ausrotte. Dieſe Worte im Munde eines amerikaniſchen Miniſters ſind ſehr bedeutend. Sie beweiſen die Einſicht in den leitenden Kreiſen, daß, wenn mit der Sklaverei jetzt nicht völlig aufgeräumt wird, ähnliche Störungen, wie die gegenwärtigen, ſich eben ſo oft wiederholen müſſen, als der Eigenwille der ſüdlichen Ariſtokraten nicht als das höchſte Geſetz des Landes anerkannt wird; es muß alſo die Oligarchie ſammt ihrer Grundlage, der Sklaverei, von dem Boden Amerika's weggefegt werden, ehe an Frieden zu denken iſt.

Im Volke und in der Preſſe zeigt ſich ein ähnlicher Ideengang. Man ſieht ſeine Souveränität gefährdet, auf die man zu Gunſten der

südlichen Junker verzichten soll, und verwirft jeden Gedanken an ein unzeitiges Nachgeben oder an einen Kompromiß mit ihnen. In den größeren Blättern des Nordens mehren sich in der letzten Zeit die Artikel über die Nothwendigkeit der Konfiskation des Eigenthums der Rebellen und namentlich über die Vertheilung des Grundbesitzes. Einige wollen ihn parzelliren und an kleine Farmer versteigern, was faktisch auf Abschaffung der Sklaverei hinausläuft; Andere wollen ihn sogar unter die bisherigen Sklaven vertheilen und dadurch namentlich in den Mittelstaaten die Sklaverei ausrotten. Wenn Sie nun in Betracht ziehen, daß vor fünf Wochen sich kaum eine vereinzelte Stimme gegen die Beeinträchtigung des Sklaven-Eigenthums vernehmen ließ, während jetzt schon Einstimmigkeit der Ansichten über die unerläßliche Unschädlichmachung der Sklaverei herrscht, so liegt der Schluß nahe, daß noch vor dem Ende des Krieges ein Plan zur Reife und allgemeinen Anerkennung gelangen wird, welcher die Sklaverei aus dem amerikanischen Staatskörper ausscheiden und diese schwierige Frage im humanen Geiste unsres Jahrhunderts lösen wird.

Der andre, nicht minder wichtige Punkt ist die künftige Form der Verfassung. Obgleich von den Gründern der Konstitution nicht beabsichtigt, so hat sich doch in Folge der riesigen Entwicklung der Baumwolle-Produktion und einzelner, Anfangs unbedeutend erscheinender Vorrechte, wie der theilweisen Neger-Repräsentation, innerhalb des Bundes ein thatsächliches Uebergewicht des Südens gebildet. Als Handhabe zur Behauptung dieses Uebergewichtes diente ihm die Anlehnung an die Souveränitäts-Rechte der Einzelstaaten und im Gegensatze zur Bundes-Autorität die allmälige Ausdehnung der ersteren, von Thomas Jefferson an bis auf Calhoun und Jefferson Davis. Der Süden bedurfte zur Durchsetzung seiner Interessen stets eines möglichst losen Staatenbundes mit einer ohnmächtigen Exekutive; der Norden dagegen brauchte einen möglichst starken Bundesstaat mit stärkerer Regierungsgewalt. Bisher hatte der Süden das Volk des Nordens mit dem Rufe eingeschüchtert, daß die Zentralisation die Republik gefährde und dem Königthume den Weg bahne. Jetzt aber zeigt sich des Pudeln Kern, und es wird auch dem Blödesten klar, daß ein kräftiger Bundesstaat die kommunale Selbständigkeit und das Selfgovernment nicht allein nicht beeinträchtigt, son-

dern sogar hebt und fördert. Die Geschichte sämmtlicher Staatenbünde zeigt, daß sie ihre Existenz nicht der politischen und logischen Erkenntniß vom absolut Rechten, sondern einer Schwäche gegen das Historischgewordene und Ueberlieferte verdanken. Man wagte bei ihrer Gründung nicht, mit der Vergangenheit zu brechen; je mehr sich aber die inneren Kräfte dieser Staatswesen entwickelten, desto mehr mußte man jene naturwüchsigen Zustände beschneiden. Wie in Europa die Schweiz den Beweis für diesen Satz geliefert hat, so wird ihn voraussichtlich in der neuen Welt die nordamerikanische Union liefern. Ihre drei bisherigen Verfassungen von 1774, 1777 und 1787 zeigen ein allmäliges Uebergehen von der losesten Genossenschaft, in welcher der Kongreß nur bitten konnte, zu den Anfängen des Bundesstaates. Jetzt wirft der Süden die Verfassung über den Haufen und weist damit dem Norden die Pflicht zu, der Möglichkeit einer Wiederholung ähnlicher Störungen vorzubeugen, kurz, aus dem Staatenbunde einen wirklichen Bundesstaat zu machen.

Die Gegenwart fängt an, alle jene philosophischen und politischen Ideen, welche seit Rousseau und Voltaire aufs Wort geglaubt wurden und zum Gemeingut aller Völker geworden waren, einer praktischen Revision zu unterwerfen. Die bloße Phrase ist den Forderungen unsres heutigen Staatslebens gegenüber ohnmächtig geworden. In den jungen Staaten auf dieser Seite des atlantischen Ozeans ist eben so viel Unfug und Schutt wegzuräumen, wie auf jener Seite des Wassers. Der bloße Name der Republik kann nicht mehr die Barbarei und Rohheit verdecken, welche sich namentlich im Süden der Union breit macht und eine Zeit lang sogar den ganzen Kontinent in die Verwilderung zurückzustürzen drohte. Im Verhältniß zu jener konföderirten Republik des Herrn Jefferson Davis ist selbst Kurhessen ein wahrer Musterstaat, die beste der Welten. Soll in den Vereinigten Staaten eine völlige Heilung Statt finden, so muß eine vollständige Umkehr Platz greifen. Die Freiheit muß neu erobert werden und kann sich nur durch die sittliche Wiedergeburt des Volkes befestigen. Es ist dann an den Staatsmännern der Union, diesen neu gewonnenen Anschauungen, dieser innern Reinigung und Klärung Gehalt und Dauer in der Verfassung selbst zu sichern.

9. Juli 1861.

Der Kongreß ist am 4. Juli zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten und hat sich, ganz im Gegensatz zu früheren Zeiten, in eben so viel Stunden als sonst Monaten organisirt. Zum Sprecher des Hauses ist gleich Herr G. A. Grow aus Pennsylvanien mit großer Mehrheit erwählt worden. Er ist nicht allein Nachfolger des bekannten Richters Wilmot (Wilmot-Proviso von 1846), sondern, in dessen Geiste fortarbeitend, auch Volks- und kräftiger Vertreter der freien Heimstätte-Bill im Kongreß. Er wird jetzt also die wohlverdiente Ehre haben, diese wohlthätige, zum Gesetz erhobene Akte, welche jedem wirklichen Ansiedler 160 Acker Land umsonst bewilligt, als Sprecher zu unterzeichnen. Im Uebrigen wird Herr Grow als ein erfahrener parlamentarischer Taktiker und unparteiischer Mann geschildert. Zum Clerk des Hauses, einer sehr einflußreichen und einträglichen Stellung von 4—5000 Dollars pro Jahr, wurde der frühere Abgeordnete Etheridge aus Tennessee gewählt. Er hat sich selbst unter Lebensgefahr in seinem augenblicklich sezedirten Heimatsstaate als einen unerschütterlichen Anhänger und Vertheidiger der Union bewährt und ist dafür von seinen früheren Kollegen mit der Clerkstelle belohnt worden. Herr Etheridge ist jedenfalls kein Leisetreter oder Kompromißler. Bei einem ihm und dem Sprecher Grow am Abend ihrer Wahl gebrachten Ständchen sagte er u. A.: „Vorwärts sei unser ungeduldiger Ruf, unser Leben für unser Vaterland! Die Sezession hat keine Lebenskraft; sie kann sich nicht selbst erhalten. Ihre Freiwilligen, die sie durch ihre Lügen bewegen, sich auf drei Monate anwerben zu lassen, werden bald hinter diese Lügen kommen. Diese Leute müssen nach Hause zurückkehren; aber ihre Führer müssen gehängt werden. Ja, sie müssen gehängt werden. Die öffentliche Sicherheit, das Wohl des Landes erheischt es." Diese durchaus gerechtfertigte deutliche Sprache fand selbst in Washington ungetheilten Beifall — ein Fortschritt, der bei dem bisherigen, fast ausschließlich südlichen Charakter der Stadt ein ganz ungeheurer ist. Die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß ist in dem, was sie will und fordert, ganz gut; sie verlangt nämlich 400,000 Mann und 400 Millionen Dollars zur Fortführung und Beendigung des Krieges; allein im Uebrigen ist sie ein

höchst unbedeutendes und mittelmäßiges Aktenstück. Ihre unbeholfene Sprache, die langweiligen und lahmen Entschuldigungen für die Unthätigkeit der Regierung während der ersten sechs Wochen ihrer Amtsführung, ihre unbedeutenden rechtlichen Deduktionen gegen die Zulässigkeit der Zerstörung der Union durch die Rebellen stehen so sehr hinter dem Enthusiasmus und der Opferfreudigkeit des Volkes zurück, treten in so störenden Widerspruch zu der gehobenen Stimmung des Landes und der ganzen Situation, daß sich daraus der wichtige Schluß aufdrängen muß, wie die Rettung der Vereinigten Staaten aus ihrer Krise nicht durch die Bemühungen der Regierung, sondern trotz ihrer, und zwar lediglich durch das Volk selbst, erfolgen wird. Da ich im Laufe der nächsten Jahre noch öfter Lincoln'sche Botschaften zu besprechen haben werde, so bitte ich Sie, nicht vergessen zu wollen, daß der Präsident bisher Advokat in einem Landstädtchen war, daß also seine staatsmännischen Anschauungen nicht über den westlichen Durchschnitts-Politiker hinausgehen können. Die ganze Gelehrsamkeit eines solchen Advokaten besteht nur in der Kenntniß früherer Entscheidungen in ähnlichen Fällen, in „Precedents". Für ihn regiert der Precedent die Welt; wo dieser aber aufhört, da ist das Chaos, die absolute Begriffs- und Bestimmungslosigkeit, da hört die Welt auf. Das Unglück für Lincoln war und ist nun, daß es hier zu Lande für seine Stellung und seine Auffassung keinen Präzedenzfall gibt, daß er also über ein äußerst mittelmäßiges Plaidoyer nicht hinauskommt. Er hat den besten Willen, aber es geht nun einmal nicht; eine schöpferische, den Kern der Dinge und der augenblicklichen Revolution erfassende Kraft liegt nicht in seinem zwar braven, aber beschränkten Wesen. Lincoln ist ein sehr wohlmeinender und guter Mann, der bei Leibe nichts Schlechtes oder Schimpfliches will, indessen keine Ahnung von Geschäften, keinen Begriff von planmäßigem Handeln, also auch keine Kenntniß von geregeltem Geschäftsgang hat. Er mischt sich ein, wo er nicht sollte, und zieht sich zurück, wo er seine Ansichten geltend machen müßte.

Als jüngst einige Abgesandte der unionstreuen Missourier von den Vereinigten Staaten die Annahme einiger Regimenter verlangten, suchte der Präsident, an welchen sie sich deshalb zu wenden hatten, sie dadurch zu befriedigen, daß er dem Kriegs-Minister deren Annahme empfahl.

Die Abgeordneten dankten, daß mittels dieser Empfehlung ihre Regimenter angenommen seien. „O nein", erwiderte Lincoln, „ich empfehle nur, indessen berücksichtigt der Kriegs-Minister sehr häufig meine Empfehlungen nicht; vielleicht thut er's diesmal." Und doch ist Lincoln als Präsident der oberste Kriegsherr! Seward ist ein erfahrener und kluger Politiker, dem Präsidenten geistig und geschäftlich bedeutend überlegen; allein er möchte immer gern versöhnen und vermitteln, ja, er ging sogar so weit, noch bis in den April hinein mit dem in Waffen stehenden Verrath zu unterhandeln. Dabei imponirt er Lincoln durch Wissen, Erfahrung und Ruhe. „Der Mann, meinte der Präsident jüngst bewundernd, kann schneller schreiben als ich sprechen." Das will allerdings viel sagen. General Scott, welcher das Triumvirat schließt, in dessen Händen vorläufig die Geschicke des Landes ruhen, ist gichtbrüchig und alt, kann kaum mehr stehen, geschweige denn reiten, und sich nicht einmal seinen Soldaten zeigen, für welche er durch seine Unsichtbarkeit täglich mehr zum Mythus wird. Er will kein Bruderblut vergießen und vermittels strategischer Operationen den ganzen Süden der Botmäßigkeit des Bundes wieder unterwerfen. Die Amerikaner nennen ihn mit gewohnter kindischer Prahlerei den größten Feldherrn des Jahrhunderts. Seine Unterbefehlshaber sind zum großen Theil ehemalige Advokaten, Menschen, die außer einer Vogelflinte vielleicht noch nie ein Gewehr abgefeuert haben, freche Ignoranten, welche aus dem Umstande, daß sie hier und da einen Prozeß gewinnen können, ihre Berechtigung herleiten, Krieg zu führen und Schlachten zu gewinnen, während sie in der That ihre Soldaten für nichts und wieder nichts auf die Schlachtbank führen. Der „General" Schenk, ein Advokat aus Ohio, führt, ohne nur das Terrain zu rekognosziren, seine Soldaten auf einem Eisenbahnzuge vor die Batterieen des Feindes. Ein andrer Advokat, der General Pierce (nicht zu verwechseln mit poor Pierce, dem Jammer-Präsidenten), theilt nur an die Hälfte seiner Truppen die Parole aus und stellt beim Angriff keine Vorposten, schickt keine Patrouillen aus. Der General Butler, Advokat, läßt sich von einem schwächern Feinde aus reiner Sorglosigkeit aus der Offensive in die Defensive drängen, kurz, diese Muster-Generale, die sich für Ney's, Soult's und Murat's halten und in ihrem nichtsnutzigen Advokaten-

dünkel Alles zu verstehen glauben, opfern überall die besten Kräfte und entmuthigen durch derartige kleine Niederlagen nutzlos die an sich tüchtigsten Truppen.

Ich war in der vorigen Woche in Washington. Niemand weiß, wer dort Koch oder Kellner ist, Alles geht bunt durcheinander, und in der Militär-Verwaltung herrscht ein Schlendrian, welcher den weiland Hofkriegsrath bedeutend überflügelt. Durch Weibereinfluß werden sogar notorische Sezessionisten, wie Major Emory, zu höheren Offiziersstellen befördert; die Anstellungen erfolgen nach Gunst und Laune. Verschiedene Regimenter, die seit länger als einem Monate in der Nähe von Washington lagern, haben noch keinen Schuß für ihre Gewehre, oder Musketen-Ladung für gezogene Büchsen! Die Löhnung wird bloß alle zwei Monate postnumerando ausbezahlt, so daß die Soldaten, die jetzt kaum länger als sechs Wochen im Dienste der Vereinigten Staaten sind, am Nothwendigsten Mangel leiden. Putzbürsten, Oel für das Putzen der Gewehre, ja, selbst Wichse und andere geringe aber unentbehrliche Artikel waren in dem Lager die größten Seltenheiten. Um die übrigens beträchtliche Löhnung (13 Dollars per Monat für den Gemeinen) zu erheben, bedarf es nicht weniger als 90, sage neunzig verschiedener Listen und Abschriften für den Zahlmeister. Kavallerie ist so gut als gar nicht, Artillerie gar nicht vorhanden; es werden auch gar keine Anstalten gemacht, welche auf die Beine zu bringen. Den gedienten Kavalleristen muthet man zu, sich ihre Pferde selbst zu beschaffen!

Im Felde geschieht wenig oder gar nichts. Hier und da ein kleines Scharmützel, in welchem die Vereinigten-Staaten-Truppen fast immer den Kürzern ziehen. In den letzten Tagen war vielfach von einem in Virginien beabsichtigten großen Schlage die Rede. Die zahlreichen Truppenbewegungen von Washington aus deuten auf einen baldigen Angriff auf Manassas Junction und im glücklichen Falle auf ein Vordringen auf Richmond. Der in Maryland kommandirende General (frühere Sprecher) Banks hat sich in Baltimore sehr energisch gezeigt, indem er den dortigen Polizei-Präsidenten Kane und sämmtliche Polizei-Kommissare, als des Einverständnisses mit den Rebellen überführt, verhaftete und die Verwaltung der Stadt selbst in die Hände nahm. Der einzige Staat, in welchem sich wirklich zwei erbitterte Feinde gegenüber

ſtehen, iſt Miſſouri. Hier ſind es die Deutſchen, die mit dem Haſſe der nativiſtiſchen Sezeſſioniſten für die Union und die eigene Exiſtenz zu kämpfen haben. Die engliſch-amerikaniſche Preſſe ignorirt, ſo viel ſie kann, dieſes Verhältniß und ſchreibt alle kleineren Erfolge auf die Rechnung des dortigen Generals Lyon und Oberſten Blair, obwohl der deutſche General Sigel die Seele der dortigen Offenſiv-Bewegungen iſt. Unter den eilf Regimentern, welche der Staat Miſſouri jetzt auf den Beinen hat, ſind kaum tauſend Nichtdeutſche. Das deutſche Regiment Börnſtein, welches das Kapitol in der Hauptſtadt Jefferſon City beſetzt hält, hat daher auch mit Recht über ſeinem Eingange die Worte angebracht: „Hier ſpricht man Deutſch!" Die Sezeſſioniſten, um ihrer Wuth und ihrem Haſſe gegen dieſes entſchiedene Auftreten der Deutſchen Luft zu machen, ſchreiben, die Deutſchen in Miſſouri würden von den Negern kommandirt —, einen größern Schimpf können ſie ſich nicht denken.

17. Juli 1861.

Der Kongreß ſchreitet in Erfüllung ſeiner Aufgabe rüſtig fort und wird höchſt wahrſcheinlich ſeine Arbeiten ſchon gegen Ende dieſer Woche beendet haben. Das Haus hat den Senat ſogar aufgefordert, ſich ſchon morgen zu vertagen; dieſer wird aber wahrſcheinlich noch bis zum 22. in Sitzung bleiben. Selten oder nie hat wohl eine geſetzgebende Verſammlung mit ſolchem Eifer nnd ſolcher Energie ihre Pflichten erfaßt und durchgeführt. Faſt ſämmtliche wichtigere Beſchlüſſe grenzen an Einſtimmigkeit, und zum erſten Male in der parlamentariſchen Geſchichte der Vereinigten Staaten wird die Minorität durch nur fünf Stimmen vertreten. Senat und Haus arbeiten einander in ſeltener Eintracht in die Hände und haben die zur Vertheidigung der Union und zur energiſchen Durchführung des Krieges erforderlichen Maßregeln bereits alle genehmigt. Statt der vom Präſidenten verlangten 400 Millionen Anleihe ſind deren 500 Millionen, und ſtatt der 400,000 Mann ſogar 500,000 bewilligt, die Vorſchläge für Reorganiſation und vorläufige Vermehrung des ſtehendes Heeres angenommen, die Milizgeſetze verbeſſert, die Hochverraths-Beſtimmungen ſchärfer gefaßt, als dies bisher in der Verfaſſung der Fall geweſen war, und die ſüdlichen Häfen als

Einfuhrhäfen nicht allein geschlossen, sondern deren Blokade auch verstärkt. Reden werden wenig oder gar keine gehalten. Vor Allem hat diese Energie des Kongresses die gute Folge, daß sie selbst dem leisesten Gedanken an eine feige Friedens- und Vertuschungs-Politik die Spitze bricht, und daß die Regierung, wenn sie wirklich den Wunsch nach einem Kompromiß gehabt haben sollte, ihn jetzt, um sich nicht selbst zu kompromittiren, unterdrücken muß. Bezeichnend für die herrschende Stimmung ist es jedenfalls, daß der von einem Abgeordneten gestellte Antrag auf Berufung eines National-Konvents mit ungeheurer Majorität im Hause niedergestimmt und daß gar nicht darüber debattirt wurde. „Dem bewaffneten Aufruhr gegenüber giebt es keine friedliche Lösung mehr, das Schwert kann einzig und allein die Entscheidung bringen" — das war der Inhalt aller bei dieser Gelegenheit gefallenen Aeußerungen, selbst im Munde früherer Demokraten.

23. Juli 1861.

Ganz New-York ist durch die gestern vom Kriegsschauplatze eingetroffenen Nachrichten von der verlorenen Schlacht bei Bull Run in plötzliche Trauer und Bestürzung versetzt. Die Stadt zittert vor fieberhafter Aufregung. An den Zeitungs-Lokalen drängte sich Alles, um die letzten Nachrichten zu erhalten. Ueberall begegnet man ängstlich fragenden Mienen, einer dumpfen, gereizten Stimmung. Der Eine schimpft den alten Scott, für welchen er gestern noch geschwärmt hat, einen Verräther, der Andre sucht die Schuld des Unglücks in der ungebührlichen Verzögerung des Vorrückens der Armee, ein Dritter erklärt die Nachrichten für erlogen, und die Wenigsten finden sich in die unangenehme, aber leider nicht mehr zu bezweifelnde Thatsache. Allen diesen Mißstimmungen und Sorgen liegt das mehr oder minder klare Bewußtsein zum Grunde, daß der Norden und die legitime Regierung durch die unerwartete Niederlage einen argen Stoß, namentlich in den Augen des Auslandes, erlitten haben, und daß ihr Prestige nur durch unendliche Mühen und Opfer wieder gewonnen werden kann.

Washington, die Bundeshauptstadt, ist nicht bedroht, wenigstens vorläufig nicht. Die Armee soll ohne Verzug auf den Arlingtoner Höhen neu

gebildet und verstärkt werden. Ich glaube, daß die verlorene Schlacht trotz ihres augenblicklich niederschmetternden Eindruckes im Ganzen ihre gute Wirkung ausüben wird. Zunächst ist es ein erfreuliches und die Volksstimmung charakterisirendes Zeichen, daß die Massen, statt entmuthigt zu sein, selbst in New-York auf energische Fortführung des Krieges dringen, daß einzelne Zeitungen sogar die Entfernung des gegenwärtigen Kabinets verlangen, welches nicht die öffentliche Meinung, sondern eine halbe charakterlose Vermittlungs-Politik repräsentire. Wenn nun auch dieses Verlangen vorläufig ein frommer Wunsch bleiben wird, so drängt es doch jeden etwaigen Kompromißversuch um so mehr in den Hintergrund, als die Rebellen augenblicklich Sieger sind und als solche selbst ihre Forderungen für den langmüthigsten Nordländer zu hoch spannen dürften. Der Norden fängt erst nach seiner ersten Niederlage an, seine Stärke zu fühlen; wenn er nur will, so muß er den Krieg glücklich zu Ende führen. Einer Bevölkerung von 23 Millionen Seelen, welche reich und patriotisch ist und um ihre staatliche Existenz kämpfen muß, kann ein kleines Unglück, wie die so eben verlorene Schlacht, keinen ernstlichen Schaden zufügen. Der gute Wille und die Opferfreudigkeit des Volkes war bisher über alles Lob erhaben; seine Repräsentanten bewilligen Geld und Mannschaft, so viel die Regierung nur haben will, und im Verlaufe des Kampfes werden auch die tüchtigen Kräfte Gelegenheit finden, sich geltend zu machen. Die Zeiten der politisirenden Militärs und der politischen Intriganten sind vorläufig vorbei. Der hiesige Krieg steht, um dem deutschen Leser sein gegenwärtiges Stadium durch einen ihm geläufigen Vergleich klar zu machen, ungefähr da, wo die Preußen 1813 nach der Schlacht von Lützen standen. Was dort Napoleon war, das ist hier die Sklavenhalter-Macht, der große Popanz, vor dem die Schwarzenberg und Metternich, ja, selbst einige preußische Generale einen eben so großen Respekt hatten, als die Seward und Scott, die Cameron und Bates vor der im letzten November zum ersten Mal gedemüthigten Aristokratie der südlichen Barone. Aber damals machten in Deutschland, wie jetzt hier, die ernsten und energischen Charaktere die Politik, schlugen die großen Schlachten und drangen trotz vereinzelter Niederlagen tapfer weiter, bis der große Götze seiner Zeit am Boden lag. Die intelligente und patriotische Jugend des Landes überwand alle poli-

tischen und militärischen Schwierigkeiten und rückte mit dem alten Blücher zuletzt doch in Paris ein. So ist es auch jetzt schon hier und wird es auch ferner hier gehen. Der Enthusiasmus des Volkes ist mächtiger, als der gute oder schlechte Wille der Regierung, und so viel diese auch zu „calmiren" suchen mag, sie kann den einmal geweckten Volksgeist nicht wieder in sein Bett lenken, ehe die Ursache des gegenwärtigen Krieges, die Sklaverei sammt ihren Trägern, unschädlich gemacht sein wird. Bisher hat man diese Frage noch mit Glacéhandschuhen angefaßt; man wollte die „südlichen Brüder" doch nicht zu sehr vor den Kopf stoßen und beweisen, daß man nicht um der Schwarzen willen Krieg führe. Je schroffer und erbitterter aber Norden und Süden zusammenstoßen, desto sicherer wird der Ruin der Sklavenhalter-Macht durch den Kampf besiegelt.

7. August 1861.

Der Kongreß hat sich nach einer nur drei und dreißigtägigen Sitzung vertagt und seine Aufgabe, welche in Beschaffung der zur energischen Kriegsführung erforderlichen Mittel bestand, im Ganzen schnell und gut gelöst, sich dabei nicht mit langen Reden und unnützen Zänkereien abgegeben und durch seine Thätigkeit den Dank des Landes erworben. Unter seinen wichtigsten Beschlüssen führe ich folgende an: Nachträgliche Genehmigung der militärischen Anordnungen des Präsidenten, Bewilligung von 500,000 Freiwilligen, Vermehrung des Effektivbestandes der Armee auf 40,000 Mann während des Krieges und dauernde Feststellung desselben auf 25,000 Mann nach dem Kriege (früher 15,000 Mann), Erhöhung der Löhnung des gemeinen Soldaten auf 13 Dollars per Monat, Anleihe von 250 Millionen, wovon ein Fünftel in unverzinslichem Papiergeld, Erhöhung des Tarifs durch Zölle auf Kaffee, Thee, Wein, Zucker, Bewilligung einer direkten Bundes-Grundsteuer von 20 Millionen und einer Einkommensteuer von 3 Prozent auf jedes, 800 Dollars übersteigende Einkommen, Ermächtigung des Präsidenten, die südlichen Häfen zu schließen und die Zollstellen in den aufrührerischen Staaten an Bord der Vereinigten Staaten-Kriegsschiffe zu verlegen, ferner dort das Kriegsrecht zu erklären, und das Habeas-

Corpus zu ſuspendiren, Paſſirung eines, freilich noch zu beſchränkten Konfiskations-Geſetzes, weil es nur die Konfiskation des zu aufrühreriſchen Zwecken verwandten Eigenthums und die Freilaſſung der zu demſelben Zwecke benutzten Sklaven verfügt, Bau von 12 neuen Kriegsſchiffen, 23 Kanonenbooten und 4 Kriegsſchaluppen erſter Klaſſe und endlich Ergänzung und Vervollſtändigung der gegen den Seeraub beſtehenden Strafgeſetze. Die Sklaven-Frage hat der Kongreß möglichſt von ſich fern gehalten. Er erklärte zwar auf Antrag Lovejoy's, daß es nicht die Pflicht der Vereinigten Staaten-Soldaten ſei, die flüchtigen Sklaven einzufangen; andrerſeits aber ſprach er ſich dahin aus, daß der Krieg nur zum Zwecke der Wiederſtellung der Bundes-Autorität geführt werde, wodurch alſo das ihm zu Grunde liegende Uebel völlig ignorirt wird. Ja, die Beſprechung der Beziehungen der Bundesregierung zur Sklavenfrage wurde, laut allgemeiner Uebereinkunft, der bevorſtehenden Winterſitzung überwieſen. Aber wird ſich dieſe Frage ſo lange verſchieben laſſen? Ich glaube nicht. Sie drängt mit jedem Tage ungeſtümer zur Entſcheidung, und ſo lange als ſie nicht eingehend und erſchöpfend behandelt und im Geiſte der Freiheit gelöſt ſein wird, iſt an keinen Erfolg des Krieges zu denken.

20. Auguſt 1861.

Es hält nun unendlich ſchwer, jetzt neue Regimenter auf die Beine zu bringen; namentlich hat ſich unter den Nicht-Amerikanern der Enthuſiasmus bedeutend abgekühlt. Die Tölpelei des Kriegs-Miniſters, der Anfangs offenbar keine Freiwilligen-Regimenter und deshalb nur engliſch Sprechende wollte, trägt den größten Theil der Schuld an dieſem Stand der Dinge. Ueberhaupt muß hier Jemand jetzt ſchon einen höhern als gewöhnlichen Grad von Hingabe an eine gute Sache und Ueberzeugungstreue haben, wenn er ſich ſelbſt heute noch dieſer durchaus unfähigen und ſchwachen, überall unentſchieden umhertappenden Regierung anvertrauen ſoll. Es iſt wirklich nichts als der gränzenloſeſte Leichtſinn, der mehr an politiſche Kapitalmacherei, an kleine Profitchen und große Schritte denkt, als an die Rettung des Landes, und welcher dieſen faſt hoffnungsloſen Stand der öffentlichen Angelegenheiten herbeigeführt hat.

Selten oder nie hat die Regierung schlechter mit dem ihr anvertrauten Pfunde, mit reichem Material, fast unerschöpflichen Hilfsmitteln und einem opferbereiten, tapfern und kampflustigen Volke gewirthschaftet als Lincoln und sein Kabinet. Wie das enden wird? Ich weiß es nicht. An einen Kabinetswechsel glaube ich nicht, da Lincoln ganz in den Händen von Seward ist und diesem gegenüber gar keinen selbständigen Willen hat. Des Präsidenten neueste Proklamation, worin er den Güterverkehr mit den Rebellen bei Strafe der Konfiskation untersagt, ist in so fern ganz unvollständig und unbefriedigend, als sie von der Schließung der südlichen Häfen als Einfuhrhäfen ganz schweigt. Der Präsident wollte sich offenbar nicht mit England und Frankreich verfeinden, deren heftigen Widerspruch gegen eine derartige Maßregel er fürchtete. Hätte er statt einer Blockade gleich Anfangs im Interesse der innern Verwaltung die südlichen Häfen geschlossen, so wäre seine Position politisch jetzt eine unangreifbare, während England die Blockade jetzt als willkommenen Vorwand nimmt, die Rebellen als Kriegführende anzuerkennen. Es heißt, daß der Präsident durch einen nachträglichen Akt jene Häfen noch als Einfuhrhäfen schließen will; es ist aber immerhin noch zweifelhaft, ob das erwartete Dekret im vollsten Umfange erlassen und ausgeführt werden wird. Es wäre völlig gegen Lincoln's Natur, wenn er eine Sache ganz thäte; dem bereits geschehenen Schaden könnte er zudem nicht mehr vorbeugen.

28. August 1861.

Wollen Sie noch einen Beweis dafür, daß im Süden das Junkerthum in einer Gestalt auftritt, welche noch abschreckender ist als in Europa, wo wenigstens Sitte und Bildung dem Uebermuthe einer sich für vollblütiger haltenden Kaste Zaum und Zügel anlegt, wollen Sie sich davon überzeugen, daß auch in Amerika die Lehre ihre zahlreichen Anhänger hat, wonach ein Theil der Menschen mit dem Sattel auf dem Rücken und der andre mit Stiefeln und Sporen geboren wird, so lesen Sie den nachstehenden, „Die herrschende Race" überschriebenen Artikel des „Richmond Whig", welcher zwei Tage nach der Schlacht von Bull Run erschien und welcher unter Yankees überhaupt den

Norden versteht. „Wir sind — heißt es dort — von den vor unseren Augen sich entwickelnden Ereignissen zu sehr in Anspruch genommen, als daß wir uns jetzt auf's Philosophiren einlassen könnten, allein die schmachvolle Flucht aus der großen Schlacht bei Manassas drängt die unumstößliche Thatsache in den Vordergrund, daß die Yankees Windbeutel, und daß die Weißen der Sklavenstaaten die wirklichen Herren und eigentlichen Regenten unsers Kontinents sind. Während wir uns unter den schwierigsten Verhältnissen auf diese Schlacht vorbereiteten, haben die nördlichen Staaten das ganze Eigenthum der Partnerschaft mit Beschlag belegt und die ganze Armee und Marine mit allem Kriegsmaterial und die ganze Regierungsmaschine monopolisirt. Sie rühmten sich unerschöpflicher Hilfsquellen an Mannschaften und Geld, mit denen sie den Krieg bis an's Messer führen wollten und rüsteten seit Monaten eifrig für den Ausbruch der Feindseligkeiten. Unter der Führung des berühmtesten militärischen Charakters des Jahrhunderts (!?) — zwar nicht ihrer Schöpfung, denn die Yankee's haben nie einen Genius hervorgebracht, der mehr verstanden hätte, als höchstens ein Hotel einzurichten, eine Dampfmaschine in Gang zu setzen oder ein ganz gemeines mechanisches Werk zu leiten — haben sie Millionen ausgegeben, um 300,000 Soldaten in einer Weise auszurüsten, die ganz unerhört in den Annalen der Geschichte dasteht. Sie maßen sich mit den ungeübten und schlecht ausgerüsteten Freiwilligen des Südens, welche man von ihren friedlichen Geschäften weggenommen und zum ersten Male auf den Kriegsschauplatz geführt hatte; — aber die Yankees wurden zu Tausenden geschlagen, abgeschlachtet und wie Spreu vor dem Winde weggefegt. Obgleich von hohen militärischen Talenten geführt, verließen sie sich lediglich auf ihre Ueberzahl, die sich aber bei der Flucht als ein Element der Schwäche erwies. Es ist Thatsache, daß die Yankees nicht viel besser als die Chinesen sind. Sie legen dieselbe Wichtigkeit auf den Klang ihrer Dollars, welche die Chinesen auf den miserablen Lärm ihrer Gongs legen. Ursprünglich mit keiner einzigen liebenswürdigen Eigenschaft ausgestattet, haben sie blos die Kunst des Geldmachens und des Betruges in sich ausgebildet, so daß der Gewinn ihr einziger Gott geworden ist, und daß sie anbetend vor dem Dollar, den sie für allmächtig halten, auf den Knieen liegen. Mit dem, von einer ritterlichen und edlen Race

gewonnenen Gelde in ihren Taschen und zahlreich, wie die norwegischen Ratten, sind sie vor Einbildung förmlich geschwollen und wähnen in ihrer Selbstüberschätzung, sie seien zum Herrschen berufen. Und doch besitzen sie nicht eine einzige Eigenschaft eines Gentleman, nicht das geringste Talent zur Kriegsführung. Die Yankees können nicht einmal reiten oder auf dem Pferde sitzen, eine Fähigkeit, welche nur in der Jugend von Leuten von guter Herkunft erlernt wird. Was aber gar die Handhabung der Waffen betrifft, so haben 99 unter 100 nie in ihrem Leben ein Gewehr abgefeuert, und wir wissen aus guter Quelle, daß dem alten Scott alle Geduld ausging, als er außer Stande war, ihnen das Laden beizubringen. Dieser niederträchtige Schuft! Jetzt erntet er den gerechten Lohn für seinen Verrath und die schlechte Verwendung seiner Talente. Der physische und moralische Bankerott der Yankees, ihre vollständige Unfähigkeit zum Regieren ladet die Herrschaft des Kontinents auf unsere, der Südländer Schultern. Wir sind gezwungen, das Szepter in die Hand zu nehmen, und es ist unsre Pflicht, uns vorzubereiten, dasselbe mit Würde und Kraft zu führen. Wir müssen uns unsrer hohen Aufgabe und Bestimmung gewachsen zeigen. Wir haben unsre Race zu heben und jeden Einzelnen in den Waffen zu üben, ihn zum Befehlen und Herrschen zu erziehen. Die militärische Ausbildung muß einen leitenden Theil unsrer Volkserziehung ausmachen. Das Stimmrecht muß zu einem hohen Privilegium erhoben und nur demjenigen eingeräumt werden, welcher sich seiner Ausübung besonders würdig gezeigt hat. Mit einem Worte, die ganze weiße Bevölkerung des Südens muß eine erhabene Aristokratie bilden, die von dem Gefühl ihrer Ueberlegenheit über die gemeinen Yankeekniffe durchdrungen und von ihrer Bestimmung und Pflicht, der Freiheit und Zivilisation gegenüber, völlig überzeugt ist."

30. August 1861.

Ganz gegen die bisherige Erwartung hat der Krieg der Vereinigten Staaten gegen die Rebellen sich bis jetzt so ungünstig für die ersteren gestaltet, daß ein, wenn auch nicht endgültiger, so doch Jahre lang dauernder Triumph des Südens sogar in das Reich der nächsten Möglichkeit gerückt ist. Ich verzweifle allerdings noch immer nicht an dem end-

lichen Siege der Union über die Sezession, denn die Freiheit ist und bleibt zuletzt doch stärker als die Sklaverei; allein ich verhehle mir keineswegs die Gefahren, welche in Folge der schlechten Kriegsführung der Republik drohen und verschließe meine Augen keineswegs gegen die unheilvollen Folgen, welche aus der Niederlage des Nordens für Amerika und Europa hervorgehen müssen.

So leicht es für Buchanan gewesen wäre, den Aufstand mit ein paar Kriegsschiffen und einigen Tausend Mann Bundestruppen im Keime zu ersticken (wenn anders nicht sein Kabinet im Einverständniß mit den Rebellen gestanden hätte), so schwer war es schon für Lincoln, des Aufruhrs Herr zu werden, der sich vom November bis März bereits über sieben Staaten ausgedehnt hatte und über bedeutende Hilfsmittel gebot. Lincoln aber, statt sofort und mit schonungsloser Energie anzugreifen, legte sich sechs kostbare Wochen lang aufs Warten und Vermitteln, glaubte, der Süden werde sein Unrecht mit der Zeit einsehen oder, wie Seward sagte, mit jedem Monate Zuwartens werde ein aufständiger Staat reuig zurückkehren. Ja, er und seine Kollegen verhandelten, um dieses Resultat zu erreichen, so lange mit den Aufständischen (durch Harvey und Andere) bis diese Fort Sumter angriffen und die Regierung zu Feindseligkeiten zwangen.

Diese scheint in ihrem ersten Aufrufe, vom 15. April, worin sie nur 75,000 Mann forderte, der Ansicht gewesen zu sein, daß sie den Feldzug mit einem Schlage als Bundes-Exekution beendigen könne, etwa in der Art, wie im Jahre 1847 Dufour den Sonderbunds-Krieg entschied; indessen lag es gleich von vornherein auf offener Hand, daß diese Idee auf dem weit ausgedehnten Kriegs-Theater der Vereinigten Staaten nicht so leicht durchführbar war. Uebrigens nahm Dufour auch erst Freiburg und Luzern ins Gebet; in den Vereinigten Staaten werden wenigstens sechs bis zehn solcher Akte einander folgen müssen, ehe Aussicht auf Bewältigung der Rebellion vorhanden sein kann. Nicht in drei bis vier Monaten, sondern in drei bis vier Jahren wird im günstigsten Falle ein Krieg zu Ende geführt, der sich über einen Raum von Tausenden von Meilen erstreckt und einen, von tüchtig gebildeten Generalen geführten Feind zu bewältigen hat, welcher um Sein oder Nichtsein kämpft.

Lincoln that, oder war im Anfange wirklich naiv genug, zu glauben, als ob er es nur mit einem irre geleiteten Freunde zu thun hätte, dessen „Bruderblut" man schonen müsse. Dafür hat er denn mit seinen halben und stets unzureichenden Maßregeln desto mehr und reichlicher das Blut seiner eigenen Leute vergossen. Das Hauptunglück der leitenden Bundes-Beamten und Offiziere besteht eben darin, daß sie politisch alle theils im Kampfe mit der Sklavenhaltermacht aufgewachsen sind, theils ihr sogar ihr Emporkommen verdanken, und daß sie, ohne es vielleicht selbst zu wissen, einen fast überwältigenden Eindruck von deren Omnipotenz in sich aufgenommen haben. Es fehlt ihnen darum der Haß, der Ingrimm, die nothwendig zu einer Feindschaft sind, welche große Thaten erzeugen soll. Diese Lincoln und Seward, Bates und Cameron, Welles und Scott hätten nie ihre jetzige Stellung erlangt, wenn sie sich nicht mit der bisherigen Alleinherrscherin, der Sklavenhalter-Aristokratie, abgefunden, sich ihr gefügt und schicken gelernt hätten. Sie sind darum auch für den gegenwärtigen Kampf abgenutzt und haben vor Allem die revolutionäre Energie und Rücksichtslosigkeit nicht, welche ihre Feinde der legitimen Gewalt gegenüber so gefährlich und bis jetzt unüberwindlich macht. Es ist überhaupt eine der großen Schattenseiten des amerikanischen, wenn nicht im Allgemeinen des republikanischen Staatslebens, daß es selten oder nie die jungen und geistig bedeutendsten Kräfte der Nation an die Spitze der Geschäfte bringt, sondern die Geschicke des Landes gewöhnlich entweder ausgedienten Politikern anvertraut, welche ihren Weg ganz allmälig von unten nach oben zurückgelegt haben, oder ganz unbedeutenden und unbekannten Größen, welche den Parteizwecken nicht gefährlich sind und sich eben wieder so leicht beseitigen lassen, als sie aus dem Dunkel ihrer Existenz hervorgezogen waren. Die jungen Kräfte dagegen müssen erst gebrochen, für den Parteidienst mürbe gemacht werden und sich entweder den Parteien akkommodiren oder auf eine praktische politische Thätigkeit verzichten. Aus diesem Grunde hauptsächlich fand die große Zeit fast lauter kleine Menschen vor.

Doch sei dem, wie ihm wolle, die gegenwärtige Administration bewies nicht einmal einen gewöhnlichen Grad von Einsicht, so daß sie die geeigneten Mittel zur Niederwerfung des Aufstandes versäumte.

Statt sofort den Kern des Widerstandes und die Hauptmacht zum Angriff in eine möglichst geordnete Armee mit wenigstens drei Armeekorps mit Flügel-Divisionen und einer selbständigen, weit vorgeschobenen Avantgarde zu formiren, bittet der Präsident für den Anfang bloß um 75,000 Mann, während er deren im ersten Enthusiasmus wenigstens 300,000 hätte haben können; statt durch ein halbes Dutzend Freikorps den Feind überall zu necken und an jedem Punkte des ausgedehnten Territoriums die Macht der Zentralgewalt fühlbar zu machen, ja dem Feinde keinen Punkt zu lassen, auf welchem er mit Aussicht auf Erfolg den Meister hätte spielen können, statt aller dieser unerläßlichen Maßregeln wird der Krieg im allergewöhnlichsten Schlendrian eröffnet und mit einer Blindheit hingezogen, welche nicht weiter als von einem Tage zum andern sieht. So konnte es geschehen, daß der an sich viel schwächere Feind bald überall der stärkere war, daß die unionstreuen Bürger in den rebellischen Staaten unterdrückt wurden, daß die Thaten einzelner Führer, wie Lyon und Sigel, für das Ganze unfruchtbar blieben, und daß die Bundestruppen sich bisher fast immer in einer ohnmächtigen Defensive befanden. Selbst der Angriff auf die feindliche Position bei Bull Run war ihnen vom Feinde aufgenöthigt.

Nach dieser Niederlage hätte man wenigstens energischere Schritte und Einsicht in die begangenen Fehler erwarten können; allein es scheint weder die Regierung noch das Volk etwas vom 21. Juli gelernt zu haben. Nirgends wenigstens finde ich in den zahlreichen amerikanischen Zeitungen der verschiedensten Parteischattirungen jenes Unglück auf seinen wahren Grund zurückgeführt, nirgends scheint die endliche Selbsterkenntniß dem knabenhaftesten Dünkel das Feld geräumt zu haben. Nicht eigene Unzulänglichkeit, sondern reiner Zufall war es, welcher den Verlust des Tages verschuldet haben sollte, welchen komische amerikanische Selbstüberschätzung und geschichtliche Unkenntniß den „drei größten je geschlagenen" Schlachten von Borodino, Leipzig und Solferino an die Seite stellen. Nach wie vor entwickelt sich aber das Bundesheer noch auf der Peripherie eines vom Fort Monroe bis Harper's Ferry gespannten, 300 englische Meilen langen Bogens, während die Rebellen im Zentrum desselben stehen und, da sie die geringere Entfernung haben, schnell an dem einen oder andern Punkte eine große Streitmacht vereinigen, über

den Gegner in der Entwicklung herfallen und ihm große Verluste beibringen können. Ganz abgesehen von den in die Heeresorganisation, die Verproviantirung und das Detail des Dienstes einzuführenden Reformen, denkt man nicht an die Bildung eines Generalstabes, an die Herbeischaffung genügender Kavallerie und nachhaltige Verstärkung der Armee.

Allein selbst zugegeben, daß bei dem schlechten und verwerflichen amerikanischen, jetzt glücklich schon beim Handgeld angekommenen Rekrutirungssystem es sehr schwer hält, in kurzer Zeit die erforderlichen Mannschaften auf die Beine zu bringen, namentlich nachdem sie vorher vom Kriegs-Minister so schäbig behandelt und so unklug verletzt sind, so hätte die Regierung doch noch zwei Mittel in der Hand, womit sie dem Feinde, wenn sie nur wollte, aufs Empfindlichste schaden könnte. Das eine wäre eine strengere Sperrung der Küsten, verbunden mit plötzlichen Landungen in den ausgeschiedenen Staaten. Dadurch würde die günstige Stellung des Feindes nicht allein verrückt, indem er sich mit einem Theile seiner Truppen in die wirklich bedrohten Punkte werfen müßte, sondern er hätte auch Anstalten zur Abwehr aller möglichen Angriffe zu treffen, deren Ziele er nicht kennt. Das andre, allerdings verzweifelte und bedenkliche Mittel bestände in der Erregung von Sklavenaufständen oder der Befreiung der Schwarzen in den aufständischen Staaten.

6. September 1861.

Endlich einmal nach langen und leider nur zu berechtigten Jeremiaden kann ich Ihnen heute den ersten erfreulichen Bericht senden. Die Proklamation Fremont's in St. Louis ist das Haupt-Ereigniß der letzten Wochen und nicht allein dadurch wichtig, daß es einen frischern Geist in der Führung der Feindseligkeiten verkündet, sondern in seiner Tragweite auch eine neue Epoche in der Kriegsführung andeutet.

General Fremont verhängt in kurzen, aber schlagenden Gründen das Standrecht über den ganzen Staat Missouri, bestimmt Todesstrafe gegen jeden, der mit den Waffen in der Hand gegen die Regierung ergriffen wird oder dem Feinde Beistand leistet, konfiszirt das Eigenthum der Rebellen und erklärt namentlich ihre Sklaven für frei.

Bekanntlich sprach das im letzten Kongreß passirte Gesetz die Konfiskation derselben nur für den Fall aus, daß sie von ihren Herren gegen die Union verwandt würden, ja, es legte den Vereinigten Staaten sogar noch die Verpflichtung auf, die Sklaven zu bewachen und zu unterhalten. Fremont kehrt sich nicht daran und geht auf Grund des Kriegsrechtes noch einen Schritt weiter; er verfügt die unbedingte Freilassung aller Sklaven, welche den Rebellen gehören. Wer die Verhältnisse in Missouri mit unparteiischem Auge verfolgt hat, der wird mir Recht geben, daß Fremont's Schritt, so revolutionär er auch im Gegensatze zur bisherigen legalen Leisetreterei und Vertuschungssucht sein mag, doch durch die Nothwendigkeit geboten war. Wollte er sich und den Staat gegen die Rebellen behaupten, so blieb ihm gar kein andres Mittel als Durchhauung des Knotens übrig. Er verdient den Dank des ganzen Landes dafür, daß er es zuerst wagte, das richtige Wort auszusprechen und das zu thun, was die Regierung und die übrigen Generale aus Besorgniß vor etwaigen schlimmeren Folgen bisher unterlassen haben. Wir sind jetzt durch Fremont um eines Stück Weges weiter gekommen; es ist ein neues Kapitel in der Geschichte dieses Krieges angefangen. Das Lincoln'sche Kabinet soll beim Bekanntwerden der Fremont'schen Proklamation wie vom Donner getroffen worden sein. Ob es dieselbe billigt oder mißbilligt, ist ziemlich einerlei, denn die Ereignisse gehen fortan, wenn auch vielleicht auf Umwegen, ihren Gang auf der von Fremont eingeschlagenen Bahn. Voraussichtlich aber tritt der Präsident dagegen auf. Erkennt er dagegen, wie es höchst wünschenswerth ist, Fremont's Handlungsweise als die richtige an, so stellt er in Verbindung mit ihm einen Präzedenzfall auf, der die ganze Administration weit über ihre bisherigen Ziele hinausschleudert.

Da in erster Linie nur die Sklavenhalter die Rebellen sind, so ist das Prinzip, gegen welches der Krieg geführt wird, und die Ursache, welche ihn veranlaßt hat, die *Sklaverei*, und ihre Bekämpfung in den Vordergrund gestellt. Dem Norden aber wird durch Fremont die Logik seiner eigenen Stellung aufgezwungen. Indem er gegen den Aufruhr der Weißen zu Felde zieht, kämpft er zugleich für die Freiheit der Schwarzen. Hinter diesen Standpunkt kann man jetzt nicht mehr zurückgehen. Die Sklaven im ganzen Süden kennen Fremont noch aus der

Präsidentenwahl des Jahres 1856 als angeblichen und sofortigen Sklavenbefreier und glauben unbedingt an die Aufrichtigkeit des Generals; die Herren aber werden seinen Erlaß als einen unbedingten Emanzipations-Akt verschreien und darum bald den Sklaven denselben Glauben beibringen. Jedenfalls wird er sofort über die Gränzen von Missouri hinaus wirken und zunächst in Kentucky den Knoten zerhauen, welchen dort die Halbheit und Nachgiebigkeit der Regierung geschürzt hat. Die dortigen Rebellen werden Fremont's Aufruf als Agitationsmittel gegen die Union benutzen und durch ihn die Loyalität der dortigen Unionsleute, unter denen viele Sklavenhalter, zu erschüttern suchen.

Aber mag kommen, was da will, einmal muß der Bruch doch kommen; je eher, desto besser, da er doch nicht vermieden werden kann.

18. September 1861.

Lincoln hat Fremont's Erlaß vom 31. August für ungültig erklärt und sich selbst die Entscheidung als Oberbefehlshaber der Armee vorbehalten. Jener Erlaß wurzelte allerdings nicht in einer Kongreßakte, auch nicht in der Konstitution, sondern war lediglich bedingt durch die Nothwendigkeit der Umstände, durch das Kriegsrecht. Die Kongreß-Akte, welche jenen Befehl Fremont's ergänzte, hatte nicht einmal das Wort freie Menschen auszusprechen gewagt, sondern nur bestimmt, daß Rebellen unter gewissen Voraussetzungen ihre Ansprüche auf ihre „Dienstpflichtigen" verlieren sollten; denn sie verlangte, daß dieselben direkt oder indirekt zum Kriege gegen die Vereinigten Staaten benutzt sein mußten. Fremont nun warf diese Beschränkungen und Bedingungen auf die Seite. Er knüpfte das Recht der Emanzipation nicht an eine Handlung des Sklaven, sondern an die Schuld seines Herrn, weil dieser durch solche Schuld den Anspruch auf konstitutionellen Schutz verlöre. Fremont ging davon aus, daß der Sklave ein Mensch ist, und benutzte die ihm dargebotene Gelegenheit, ihn auch zum freien Menschen zu machen. Aber nicht genug mit einer prinzipiellen Verläugnung seines Generals macht Lincoln es Fremont, wie es Pierce seinem ersten Statthalter Reeder in Kansas machte. Er sucht den Schein der Unehrlichkeit und Verschleuderung auf ihn zu werfen, etwa wie ein Klient, der einen Prozeß verloren oder ihn

zu verlieren verdient hat, in ohnmächtiger Wuth an den Kosten mäkelt. Lincoln hat es offenbar darauf abgesehen, Fremont zur Abdankung zu zwingen. Die Regierungsorgane verkünden bereits mit allerlei geheimnißvollen Andeutungen, daß in St. Louis nicht Alles in Ordnung sei, und daß die Herren Meigs und Blair dahin gesandt seien, um Fremont's Rechnungen zu prüfen und seinen Verschwendungen zu steuern!

Noch schwächlicher als der Präsident benimmt sich dieselbe Presse, welche noch vor vierzehn Tagen in Entzücken über Fremont's mannhafte Proklamationen schwamm, jetzt aber klein beigibt und meint, er sei zu weit gegangen, er werde das wohl einsehen und sofort seinen Frieden mit der Regierung machen; ein General dürfe sich kein politisches Urtheil erlauben, sondern müsse sich genau an alle vom k. k. Hofkriegsrath in Washington erlassenen und zu erlassenden Instruktionen binden. Fremont scheint nicht so zu denken, denn bei Abgang der letzten Post gingen Gerüchte von seiner Abdankung. Diese würde, wenn sie sich, was ich nicht hoffen will, bestätigen sollte, unter den gegenwärtigen Umständen ein großes Unglück sein. Die Union kann und wird, wenn ich schließlich mein ceterum censeo in ein Wort zusammenfassen soll, nur durch eine allgemeine Sklaven-Emanzipation wiederhergestellt; ohne diese verlohnt es sich gar nicht der Mühe und der Opfer des Kampfes.

19. November 1861.

Indem ich Sie wegen des reichen Materials über die Einnahme von Port Royal auf die Zeitungen verweise, hebe ich zunächst die Rolle hervor, welche die Sklaverei dort aktiv und passiv spielte. Der das Landheer kommandirende General Sherman konnte natürlich nicht landen, ohne eine lange Proklamation an die Süd-Carolinier loszulassen. Seine Instruktionen gingen einfach dahin, sich der flüchtigen Sklaven anzunehmen, einerlei, ob ihre Eigenthümer „Rebellen" sind oder nicht. Statt dessen erklärt Sherman im widerlichsten, häßlichsten Pastorentone, daß er die verfassungsmäßigen Rechte des souveränen gastfreien Staates Süd-Carolina achten wolle (also auch die Sklaverei, denn diese ist eines der verfassungsmäßigen Rechte des Staates). Die Regierung macht den Rebellen den Krieg, weil sie souverän sein wollen, Sherman setzt seine

Vorgesetzten also in's Unrecht; die Flotte beschießt die Forts im Hafen und nimmt die flüchtigen Sklaven auf ihren Schiffen auf, Sherman aber verspricht den Herren den Schutz ihres Eigenthums, ihrer Rechte und ihrer Einrichtungen. Wenn er Recht hätte, so möchte der südcarolinische Pflanzer mit noch größerm Rechte fragen, warum denn überhaupt ein Einfall in seine Staaten erfolge, warum man sich herausnehme, ihn in der Ausübung dieser seiner souveränen Rechte zu stören? Aber Sherman macht nicht nur sich, er macht seine Regierung mit sich lächerlich, in einem Augenblick, in welchem er zuerst im großartigsten Maßstabe das Beispiel statuiren konnte, welche scharfe Waffe sich die Regierung für ihre Zwecke aus der Sklaverei schmieden kann. Als die Flotte gelandet war, kamen die Sklaven in hellen Haufen heran, mit dem geschnürten Bündel unter dem Arm und verlangten, fortgeführt zu werden „in's Yankeeland, in die Freiheit." Die entflohenen Herren hatten viele Schwarze, die mitzulaufen sich geweigert hatten, wie die tollen Hunde niedergeschossen; aber diese Grausamkeit verfehlte ihren Zweck vollständig. Die Herren mußten allein laufen, und die Sklaven zerstörten dafür ihre Häuser, verbrannten die Mobilien und erbaten den Schutz der Flotte. Die alten, von den Negerbaronen tagtäglich erzählten Fabeln von der fast hündischen Anhänglichkeit der Sklaven an ihre Person und ihre Pflanzungen sind damit glänzend widerlegt; einer der Grundpfeiler des ganzen südlichen Gemeinwesens ist eingestürzt, die civilisirte Welt ist um einen großen, folgenschweren Irrthum, um ein langjähriges Vorurtheil ärmer. „Also habt ihr's doch fertig gebracht," riefen die entzückten Sklaven den zuerst landenden Truppen zu; „wir hatten euch nicht für so stark gehalten; ja, der Yankee ist mächtig, er wird uns befreien." „Aber, wer sagt euch das?" warfen einige der Angeredeten fragend dazwischen. „Unsere Herren," lautete die Antwort, „Massa las es täglich seiner Frau vor, und da horchten wir, und was Cato nicht hörte, erlauschte Pompejus, und was Pompejus nicht erfuhr, wußte Scipio. Das schwarze Volk kann nicht lesen, aber es kann gut horchen, offen oder durch's Schlüsselloch." Diese ergreifende und in ihrer Naivetät wahre Bloßlegung der sozialen Zustände des Südens hat etwas ungemein Rührendes. Die fromme Legende späterer Jahrhunderte wird vielleicht von dem Momente, in welchem die nördliche Flotte vor Beau-

fort erscheint und die vor Jubel tanzenden, springenden und singenden Schwarzen mit ihrem Bündel unter dem Arm an Bord nimmt, die totale Abschaffung der amerikanischen Negersklaverei datiren und diese Szene in Lied und Bild verherrlichen. Vorläufig freilich befinden wir uns noch in der größten Konfusion über die Lösung der Sklavenfrage. In derselben Weise wie Sherman absichtlich oder unabsichtlich den Ernst der Regierung in Frage stellt, geht auch der General Dix in Virginien vor. Er besetzt die beiden, auf dem sogenannten Eastern Shore gelegenen, durchaus rebellischen Counties des Staates, Accomac und Northhampton; allein anstatt sie als das zu behandeln, was sie sind, als Feinde nämlich, sagt er in seiner, selbst von den konservativsten Nordländern mit Kopfschütteln aufgenommenen Proklamation vom 16. November: „Wir werden weder Rechte der Person noch des Eigenthums verletzen, im Gegentheil werden Eure Gesetze, Institutionen und Gebräuche gewissenhaft geachtet werden. Besonderer Auftrag ist gegeben, mit den zur Arbeit verpflichteten Personen (offizieller Euphemismus für Sklaven) nicht zu verkehren, und damit hierüber kein Zweifel herrsche und kein Raum zu Mißdeutungen bleibe, sind die Befehlshaber instruirt, solchen Personen nicht zu erlauben, in ihre Linie zu kommen." General Dix scheint so wenig wie General Sherman den eigentlichen Zweck des Krieges zu verstehen, oder er wagt nicht, ihn auszusprechen. Im ententschiednen Gegensatz zu diesen Halbheiten steht der Kriegsminister Cameron, der sich jüngst bei einer Revue des Cochrane'schen Regiments ganz unzweideutig über die Sklaverei aussprach. Cochrane, der früher ein Freibodenmann war, darum mit der sogenannten regulären Demokratie ging und bei der Präsidentenwahl von 1860 sogar für den Kandidaten der Sezessionisten, Breckenridge, agitirte und stimmte, ist einer derjenigen Politiker, welche eine feine Spürnase haben und sich immer auf die Seite schlagen, von welcher der stärkste Wind weht. Seine Aeußerungen haben deshalb auch nur in so fern Bedeutung, als sie die Strömung der öffentlichen Meinung im Norden anzeigen. „Wir sind" — sagte Cochrane bei jener Gelegenheit — „verpflichtet, alle Gewalt, die uns zu Gebote steht, zu benutzen. Nehmt an, unsre Armee finde Tausende von Baumwollenballen und wir könnten sie exportiren, würde es nicht eine schändliche Nachlässigkeit sein, wenn wir sie nicht verkauften

oder wegnähmen und tausend neue Fahnen für den Krieg daraus machten? Nehmt an, der Feind rücke an, werdet ihr zögern, ihn todtzuschießen? Gewiß nicht, denn dafür seid ihr ja da! Wenn ihr also sein Eigenthum mit Beschlag belegt, seine Häfen öffnet, sein Leben nehmt, so frage ich euch: Wollt ihr ihm nicht die Sklaven fortnehmen? Ich frage euch, ob ihr nicht die Sklaven bewaffnen und sie bataillonsweise gegen ihre Herren führen wollt? Ihr habt kein Mitleid für die weißen Rebellen und wollt jetzt etwa die schwarzen Sklaven schonen, welche von ihnen benutzt werden? Wozu noch länger dieser konservative Dilettantismus, diese kindischen Bedenken und Ueberlegungen, während die Soldaten im Felde umkommen? Ihr habt die Waffen in der Hand, und damit müßt ihr den Feind zur Ruhe bringen, wenn er sich nicht den Gesetzen unterwirft. Brennt die Baumwolle nieder oder führt sie aus, nehmt fort, was ihr findet, nehmt die Sklaven, gebt sie an Nichtsklavenhalter, thut mit den Feinden, was sie euch thun, gründet eine neue Partei in ihrer Mitte und zerreißet ihre Plane. Und wenn das noch nicht genug ist, so gebt dem Sklaven ein Gewehr in die Hand und sagt ihm, er solle in Gottes Namen für die Freiheit des Menschengeschlechtes drein schlagen. Das ist nicht Abolitionismus oder Emanzipation. Der Abolitionismus strebt danach, die Sklaven über ihre Herren in der gesellschaftlichen Skala zu erheben; die Emanzipation will sie freigeben. Dieser Krieg hat keinen solchen Zweck. Wenn aber, so haben wir ihn nicht angefangen und wir können nicht für seine Folgen verantwortlich gemacht werden, der Süden hat sie zu tragen." Cameron, der Kriegsminister, endossirte diese Worte in ihrem ganzen Umfange und fügte noch hinzu: „Es ist Unsinn, wenn man verlangt, daß man mit den Rebellen auf Grund ihrer eigenen Bedingungen hin unterhandeln solle. Wir müssen sie als unsere Feinde behandeln und als Feinde bestrafen, bis sie sich gut aufzuführen lernen. Es ist unsre Pflicht, alle uns zu Gebote stehenden Mittel zu unserm Schutze zu benutzen." — Noch summarischer verfährt der im westlichen Missouri und in Kansas kommandirende General Lane, der vor fünf Jahren während der Kansas-Unruhen viele Unbilde von den Gränzstrolchen erlitten und sich jetzt, wie es scheint, dafür rächt. In seinem Lager sind fast 500 missourier Sklaven. General Hunter gab Befehl, sie an ihre Herren auszuliefern.

Lane antwortete, er sei weder Sklavenfänger, noch Sklavenhändler; die Besitzer möchten sich darum ihr schwarzes Eigenthum selbst holen, überhaupt für sich selbst sorgen lernen. Kommt darum ein Sklavenbesitzer in's Lager, so giebt ihm Lane einen Adjutanten mit und läßt jenen nach seinen Sklaven suchen, natürlich ohne sie zu finden. Diese Methode entscheidet die Sklavenfrage für Missouri; die Rebellen ziehen mit ihren Sklaven tiefer in den Süden, um sie zu sichern, und was nicht dahin gebracht wird, läuft einfach weg. In den übrigen Gränzstaaten ist es nicht ganz so schlimm; allein, so langsam der Prozeß vor sich geht, so wird die Sklaverei nach Beendigung des Krieges doch wenigstens faktisch aus Maryland und Virginien verschwinden, wenn ihr die Ereignisse nicht früher ein Ende bereiten.

3. Dezember 1861.

Gestern wurde die erste regelmäßige Sitzung des 37. Kongresses eröffnet. Da der Präsident seine Botschaft erst heute Mittags einzusenden versprach, so konnten selbstredend nur einige vorbereitende Geschäfte erledigt werden; indessen zeigt selbst der Ton der kurzen gestrigen Verhandlungen deutlich an, daß die Frage, welche während des letzten Menschenalters den Angelpunkt der hiesigen Politik bildete, daß die Sklaverei dieses Mal mehr wie je im Vordergrunde steht und wieder neue Parteibildungen und neue Lösungen bedingen wird. Es wurden nämlich gestern nicht weniger als drei Emanzipations-Bills im Hause eingebracht. Zunächst schlug Elliot von Massachusetts vor, daß alle Personen, welche als Sklaven gehalten werden, in irgend einem, gegen die nationale Regierung im Aufstande befindlichen Distrikte emanzipirt werden sollen, und daß man dem Präsidenten, als Oberbefehlshaber der Armee rathen möge, eine solche Emanzipations-Ordre *sofort* zu erlassen, um die Macht der bewaffneten Gegner zu schwächen oder die militärische Gewalt der loyalen Streitkräfte zu stärken. Der Antrag, diese Resolution auf den Tisch zu legen, wurde mit 70 gegen 56 Stimmen verworfen. Campbell von Pennsylvanien brachte dann den Antrag ein, daß der Kongreß, wenn er Gesetze gebe, um der gegenwärtigen Rebellion zu begegnen, das gesammte Eigenthum der Rebellen, die Sklaven eingeschlossen, konfisziren solle, und verlangte die Debatte über diesen An-

trag auf den 10. Dezember festgesetzt. Am weitesten aber ging Stevens von Pennsylvanien, der folgende Resolution zur künftigen Inbetrachtnahme unterbreitete. „Da", sagte er, „die Sklaverei die Ursache des Aufstandes ist und da kein Friede herrschen kann, bis der Grund des Uebels aus dem Wege geräumt ist, so wird der Präsident ersucht, alle Sklaven für frei zu erklären, welche zu uns übergehen und uns helfen, die Rebellion niederzuwerfen, dagegen aber den loyalen Eigenthümern von Sklaven Ersatz ihres pekuniären Verlustes zuzusichern." Also die Kugel ist im Rollen, und selbst die möglichst konservative Haltung des Präsidenten vermag nicht, sie in ihrem Laufe aufzuhalten. Erlauben Sie mir, gleich hier auf den im Kabinette in der Sklavenfrage herrschenden Widerspruch aufmerksam zu machen. Cameron, Chase und Welles repräsentiren die progressive, Seward, Bates und Smith die konservative Seite der Frage; ja, der Widerspruch und die Feindseligkeit zwischen beiden Fraktionen geht so weit, daß sie einander öffentlich bekämpfen, wie jüngst z. B. der Minister des Innern Smith den Kriegsminister Cameron. Dieser und seine Freunde raisonniren einfach, daß, da einmal durch die unabänderliche Entwicklung der Ereignisse die ganze Angelegenheit der Regierung zur Entscheidung aufgezwungen sei, man also auch eine bestimmte Politik verfolgen müsse, daß, wenn der Zweck des Krieges die rücksichtslose Niederwerfung der Rebellen sei, man auch nicht vor den Mitteln zur Durchführung dieses Zweckes zurückschrecken dürfe, und daß die natürlichste Konsequenz zur Konfiszirung und bestmöglichen Verwendung des 7000 Millionen werthen Sklaven- und Plantagen-Eigenthums führe. Diese Politik werde bedingt nicht allein durch die militärische Nothwendigkeit, da nur die Sklaverei den südlichen Rebellen die Führung des Krieges möglich mache, sondern auch durch die Gesetze der Billigkeit, da die loyalen Bürger mit feindlichem Eigenthume für die Kosten des Krieges entschädigt werden könnten. Der Präsident selbst nimmt immer noch eine eigenthümliche Stellung zur Sklavenfrage ein; er betrachtet sie wie einen einfachen Rechtsstreit zwischen zwei an sich ganz gleichberechtigten Parteien, während sie doch das Sein oder Nichtsein der nationalen Existenz in sich schließt. Soll die Sklaverei bestehen und die Republik zu Grunde gehen, oder soll

dieſe erhalten bleiben und jene vernichtet werden? Das iſt die Frage, auf deren Entſcheidung es ankommt. Der in einem Sklavenſtaate geborne Lincoln iſt als „white trash“ in der Furcht des Herrn, der Sklavenhalter-Ariſtokratie, aufgewachſen, er hat ſich beſcheiden und duldend in eine Stellung im Leben drücken müſſen, und iſt trotzdem, daß er ſogar Präſident geworden iſt, noch lange nicht frei von dem allmächtigen Eindruck, mit welcher die Sklaverei ſeinen Geiſt gefangen hält. So iſt Lincoln ein bloßer Parvenu, der einen ungemeſſenen Reſpekt vor der amerikaniſchen Legitimität hat und Alles aufbietet, um ihr zu beweiſen, daß er viel beſſer iſt, als ſein Ruf. Dazu kommen noch ſeine häuslichen Beziehungen, die bei dem ganzen bedächtigen Zuſchnitt der Natur des Präſidenten bedeutend mit in die Wagſchale fallen. Ein Theil ſeiner Verwandten wohnt in Sklavenſtaaten; ſeine Frau iſt die Tochter eines Sklavenhalters, einer ſeiner Schwäger Arzt in der ſüdlichen Armee, ein andrer aber ſezeſſioniſtiſcher Gefangenwärter in Richmond. Kann man von einem ſolchen Manne mit einer derartigen Vergangenheit und derartigen Familien-Verbindungen ein energiſches Vorgehen, eine ſtaatsmänniſche Auffaſſung des gegenwärtigen Konfliktes erwarten? Aber all ſein Sträuben hilft nichts, die Bewegung ſchreitet vor, und der Präſident kann ſie nicht aufhalten. Fortan gibt es nur noch eine Emanzipations- und eine Sklaverei-Partei, der feindliche Gegenſatz zwiſchen Freiheit und Sklaverei iſt ſchärfer zugeſpitzt, die Vereinigten Staaten ſind im letzten Jahre, wie in den letzten Monaten mit Siebenmeilenſtiefeln fortgeſchritten. Lincoln's Botſchaft ſpricht über alle möglichen Dinge, aber für den wichtigſten Punkt, die Sklaverei, hat ſie nur einige wenige Worte. Der Präſident beruft ſich einfach auf das in außerordentlicher Sitzung des Kongreſſes vom 6. Auguſt d. J. erlaſſene Geſetz, wonach die rebelliſchen Herren, die mit den Waffen in der Hand gegen die Union ſtehen, der Dienſte ihrer Sklaven verluſtig gehen ſollen, und empfiehlt, daß für die in dieſer Weiſe herrenlos gewordenen Schwarzen ein Territorium zur Koloniſation erworben werde. Auf eine, den veränderten Umſtänden entſprechende Erweiterung dieſes Geſetzes ſpielt er nicht einmal an. Um die Union zu erhalten, meint er, dürfe man nicht zu extremen Mitteln greifen, welche den

loyalen Bürger eben so gut treffen könnten, als den illoyalen. Aber existirt denn die Union noch, oder ist es möglich, sie mit den im Süden vorhandenen Institutionen wieder herzustellen? Die Beantwortung dieser Frage wäre jedenfalls besser am Platze gewesen, als die am Ende der Botschaft befindliche Ausführung über die ökonomischen und sittlichen Vorzüge der freien Arbeit vor der Sklavenarbeit, welche sich in jedem Handbuch der National-Oekonomie gründlicher und besser verhandelt findet.

1862.

25. Januar 1862.

Man würde hier gar nicht merken, daß das Land unter Waffen steht, wenn nicht die nach dem Süden marschirenden Regimenter durch die Stadt zögen. Vergnügungen, Luxus und öffentliche Lustbarkeiten jagen einander. Luxus und Verschwendung herrschen nach wie vor in New-York, so wie in den übrigen großen Städten des Ostens, und wenn eine Klage gestattet ist, so scheint es mir diejenige über die zu große Sorglosigkeit und den zu großen Leichtsinn in den höheren Kreisen der Gesellschaft zu sein. So schreibt dieser Tage ein Korrespondent der hiesigen Evening Post aus Washington: „Einen der hervorragendsten Züge des hiesigen Lebens bildet die vollständige Sorglosigkeit, die Jeder zur Schau trägt. Von Frau Lincoln an, die in ihrer prunkvollen Kutsche fährt, und Herrn Lincoln, der sich bei den Kunststücken des Taschenspielers Herrmann erlustigt, bis zu dem jungen Offizier herab, der flott auf den Bällen tanzt, scheint Jeder von dem Wahne befangen zu sein, als sei die gegenwärtige Zeit ganz besonders zum Vergnügen geschaffen. Nirgends bin ich im Stande gewesen, auch nur den geringsten Ernst zu entdecken — Alles ist Spaß. Und Einer, der ernst dreinschaut und ernstlich von der kritischen Lage des Landes spricht, wird von Allen, mit Ausnahme einiger älteren Köpfe, als ein langweiliger Mensch betrachtet. Man muß fast glauben, daß alle vergnügungssüchtigen Leute des Landes nach Washington gekommen sind, denn Niemand scheint sich um etwas Anderes zu bekümmern, als um das Vergnügen. In

den Straßen drängen sich Offiziere und Soldaten, welche alle der Lustbarkeit nachjagen, und stramme junge Kavallerie-Offiziere lassen ihre Säbel rasseln und ihre Sporen klirren in Tanzsälen sowohl wie in Schänkstuben. Betrübte Gesichter sieht man nur in den Gegenden, die der Krieg verödet hat." Eine wirklich beklagenswerthe Erscheinung aber, welche die schlimmsten Befürchtungen erweckt, sind die täglich sich mehrenden Anzeichen von militärischer Anmaßung und Hinwegsetzung der Offiziere über die vom Kongreß vertretene Zivilgewalt. Der Obergeneral M'Clellan giebt den Ton an, indem er sich brüsk weigert, die vom Senate von ihm verlangte Auskunft zu ertheilen, und der jüngste Lieutenant ahmt ihm in Mißachtung der Legislative nach. Reguläre Offiziere erklären trotzig, sie seien nicht schuldig, dem Militär- und Untersuchungs-Ausschuß des Kongresses Rede und Antwort zu stehen. Andere prahlen damit, daß sie bei nächster Gelegenheit ihre Kanonen am Liebsten auf das Kapitol richten würden, oder drohen mit dem von Cromwell gegen das lange Parlament beliebten Verfahren. Die Blenker'sche Tafelrunde stößt sogar schon auf die frohe Aussicht auf einen dreißigjährigen Krieg an, denn der arme Junker und Lieutenant, der aus Deutschland wegen seiner Schulden durchbrennen mußte, triebe es hier gern je länger, desto lieber auf Regiments-Unkosten. Wenn die Anmaßungen der Offiziere und namentlich der Generale noch durch Thaten aufgewogen würden! Ein an sich unbedeutender Vorfall, der übrigens charakteristisch für den General ist, beweist den Geist, der unter den höheren Offizieren herrscht. Die Sängerfamilie Hutchinson, welche bisher mit Genehmigung des Kriegsministers und des Obergenerals in den Lagern von Potomac Konzerte für die Soldaten gab, wurde gestern von den Generalen Keating und Franklin ausgewiesen, weil sie u. A. auch ein, dem Luther'schen „Eine feste Burg ist unser Gott" nachgebildetes Gedicht gegen die Sklaverei von dem bekannten Dichter Whittier vortrug. M'Clellan bestätigte nicht allein diese Maßregel, sondern verbot ein für alle Mal den Hutchinsons das Lager. Die Begeisterung für eine gute und gerechte Sache, die Hingabe an eine Idee, ohne deren Durchführung der gegenwärtige Kampf ein Unding sein würde, scheint dem Obergeneral für nichts zu gelten.

15. März 1862.

Die Aengstlichkeit, mit welcher man noch vor wenigen Monaten vor der Behandlung der Sklavenemanzipation zurückschrak, ist innerhalb der letzten Wochen von der begründeten Aussicht auf einen endlichen Erfolg der Unionswaffen in den Hintergrund gedrängt worden. Die Regierenden nehmen die Lösung der ihnen gestellten Aufgabe selbst in die Hand, und die bisher ziemlich verschwommenen Bestrebungen, welche von Berufenen und Unberufenen zur Abschaffung der Sklaverei gemacht wurden, fangen allmälig an, feste Gestalt zu gewinnen und praktischen, ausführbaren Vorschlägen Platz zu machen.

Es sind vor Allem zwei Plane, die wegen der Stellung, welche ihre Urheber einnehmen, unsre besondere Aufmerksamkeit verdienen: einmal nämlich die dem Senate von Sumner vorgelegte Bill, welche die Reorganisation des von den Rebellen zurückeroberten Gebietes bezweckt und sämmtliche Sklaven in den, zu Territorien degradirten Staaten freigeben will, dann aber die Botschaft des Präsidenten Lincoln, welche den Gränzstaaten die Sklaven unter gewissen Bedingungen abzukaufen vorschlägt. Diese Botschaft vom 6. März, so ungelenk sie auch geschrieben ist, so schüchtern sie auch vor die Welt tritt, bezeichnet einen mächtigen und bedeutenden Fortschritt in der Emanzipations-Frage. Ja, sie ist insofern Epoche machend, als in ihr ein Präsident der Vereinigten Staaten zum ersten Male seit ihrem Bestehen offen die Initiative für die Sklaven ergreift, während dieser hohe Beamte bisher nur den Interessen der Sklavenhalter diente.

Der Präsident empfiehlt dem Kongreß, zu beschließen, daß jedem Staate, welcher sich für allmälige Abschaffung der Sklaverei entscheide, die pekuniäre Hilfe des Bundes zur Ausgleichung des, aus einem solchen Wechsel des wirthschaftlichen Systems entstehenden öffentlichen und privaten Schadens zuzusichern sei. Die Leiter der Sezession, so ungefähr motivirt Lincoln seinen Vorschlag, unterhalten die Hoffnung, daß die Regierung zu Washington sich endlich genöthigt sehen werde, einem Theile des Südens die Unabhängigkeit zuzugestehen, und daß dann die nördlichen Sklavenstaaten, nachdem die Union doch einmal zerrissen sei, jenem unabhängigen Theile folgen würden. Um nun den Führern der

Rebellen jede Hoffnung auf die Gränzstaaten zu nehmen und damit das Ende des Krieges zu sichern, müsse man diese Staaten durch ein Geldanerbieten, welches sie unter den gegenwärtigen Umständen sicher der Erhaltung der Sklaverei vorziehen würden, zur Abschaffnung derselben veranlassen, indem sie ohne Sklaverei kein Interesse mehr hätten, sich der Sezession anzuschließen. Zugleich erklärt der Präsident, daß die vorgeschlagene Art der Emanzipation mit der Konstitution nicht im Widerspruche stehe, da sie von der Entscheidung und freien Wahl der Einzelstaaten abhängig gemacht werde.

So sehr ich auch mit dem Präsidenten darin einverstanden bin, daß eine allmälige Emanzipation besser als eine plötzliche ist, so wenig kann ich den Standpunkt theilen, der noch im gegenwärtigen Stadium des Kampfes konstitutionelle Bedenken gegen die Abschaffung der Sklaverei geltend macht. Nur der Krieg und das Schwert können jetzt noch entscheiden. Lincoln faßt als alter Advokat den großen politischen Zersetzungs- und Neubildungs-Prozeß, der sich jetzt in den Vereinigten Staaten vollzieht, wie einen Privatstreit rein vom zivilrechtlichen Gesichtspunkte aus auf, erwägt, wo es sich um Sein oder Nichtsein handelt, alle möglichen Billigkeits-Rücksichten und schlägt deshalb den klassischen amerikanischen Kompromiß, baares Geld, zur Ausgleichung vor.

Uebrigens ist Lincoln ehrlich und läßt seinen guten Instinkten freien Lauf. Das Wenige, das er versucht, will er redlich und ernst. Er selbst bezeichnet seinen, ohne Mitwirkung seines Kabinets gemachten Vorschlag als eine bloß einleitende Maßregel, die in kurzer Zeit zu wichtigen Resultaten führen werde, und in diesem Sinne, denke ich, kann sie die ganze Welt dankend annehmen. Ich theile deshalb auch nicht die Ansicht vieler amerikanischer und englischer Zeitungen, welche der Botschaft den Zweck unterschieben, daß sie die Anti-Sklaverei-Bewegung in eine Bahn lenken wolle, in welcher sie dem „Institute" keinen wirklichen Schaden zufügen könne, sondern ich schließe grade aus der Stelle der Botschaft, welche alle zur Erhaltung der Union dienenden Mittel angewandt wissen und den Krieg so lange fortgeführt sehen will, als der bewaffnete Widerstand dauert, daß es dem Präsidenten Ernst ist, und daß er zur Noth vor keiner entschiedenen Maßregel zurückschrecken wird. Sein Vorschlag scheint mir also den Sinn zu haben, daß er dem Lande

durch Abschaffung der Sklaverei Ruhe und Frieden zu sichern entschlossen ist; wo möglich in Güte, unter Entschädigung und Mitwirkung der Sklavenhalter; mit Gewalt aber, wenn diese es zum Aeußersten kommen lassen. Uebrigens hat das Repräsentanten-Haus bereits mit bedeutender Stimmen-Mehrheit den Vorschlag des Präsidenten zu dem seinigen gemacht; der Senat wird dem Hause unzweifelhaft bald nachfolgen, und auch viele der bedeutendsten Sklavenhalter von Delaware, Maryland und Kentucky haben sich mit Lincoln's Plan freudig einverstanden erklärt. Des Präsidenten Stellung und Auffassung der Sachlage hat eine große Aehnlichkeit mit derjenigen des Kaisers Alexander II. Der Hauptvorzug, den seine Botschaft mit sich bringt, besteht darin, daß jetzt die Emanzipations-Frage durch das ganze Land in Bewegung kommt und daß der höchste Beamte des Landes, welcher früher die Hauptstütze der Sklaverei war, jetzt gegen dieselbe engagirt ist, also nicht gut mehr zurückgehen kann.

Entschiedener dagegen treten die von Sumner im Senate eingebrachten Beschlüsse auf, und der im Wesentlichen mit ihnen übereinstimmende Gesetzentwurf, welchen der Territorial-Ausschuß des Repräsentanten-Hauses demselben durch Ashley vorgelegt hat. Sie gehen übereinstimmend von dem Gesichtspunkte aus, daß die aufständischen Staaten nach Bundes-Rechte jeden Anspruch auf staatliche Selbständigkeit verwirkt und daß sie sich selbst wieder zu Territorien der Vereinigten Staaten degradirt haben. Sie ermächtigen deshalb den Präsidenten, die sämmtlichen Rebellenstaaten militärisch zu besetzen und in ihnen provisorische Territorial-Gesetzgebungen zu errichten, welche so lange Bestand haben sollen, bis die Bevölkerung der betreffenden Gebiete in der, von der Konstitution vorgeschriebenen Form neue Staaten gebildet und der Bund dieselben zugelassen hat. Um nun in diesen wiederzugewinnenden Territorien eine freiheitliche Entwicklung anzubahnen, so bestimmen die obigen Gesetzesvorschläge unter Anderm, daß jedes Territorial-Gesetz zu seiner Gültigkeit der Zustimmung des Bundes-Kongresses bedarf, daß kein Gesetz erlassen werden darf, welches die Sklaverei einführt, beschützt oder als bestehend anerkennt; daß Schulen für die sittliche und geistige Hebung des Volkes zu errichten und die Kinder von 7 bis 14 Jahren dem Schulzwange zu unterwerfen sind; daß der von den Rebellen ver-

lassene, konfiszirte oder verwirkte Grundbesitz im Namen des Bundes in Besitz genommen und in kleinen Parzellen, bis zu 160 Acker auf je fünf Jahre, an loyale Bürger und Bewohner verpachtet werde; daß endlich alle öffentlichen Ländereien, welche den rebellischen Staaten gehörten, dem Bunde verfallen sind und von ihm verwaltet werden, daß aber der sämmtliche, auf Grund dieser Bestimmungen den Vereinigten Staaten zufallende Grundbesitz zur Belohnung der Soldaten, Freiwilligen, Seeleute ꝛc., welche an dem Kampfe zur Unterdrückung der Rebellion Theil genommen, sowie zur Entschädigung derjenigen loyalen Bürger verwandt werde, welche durch die Handlungen der Rebellen Schaden gelitten haben.

Diese Bills werden schwerlich angenommen werden. Wenn ich den Gang der Dinge richtig verstehe, so wird sich, der zum Kompromiß geneigten Natur des Amerikaners entsprechend, eine Politik durchsetzen, welche die Botschaft des Präsidenten und die Sumner'schen Anträge so gut wie möglich zu vereinigen sucht.

21. Mai 1862.

Der Armeebefehl des im Süden kommandirenden Generals Hunter, welcher die Sklaven der Staaten Süd-Carolina, Georgia und Florida für unbedingt frei erklärt, ist wie eine Bombe in's Land gefallen. Was auch sonst sich in der vorigen Woche ereignete, es trat in den Schatten vor dieser kolossalen Erklärung, welche fast einer Million Menschen mit einem Federstrich die Freiheit giebt, und noch mehr vor der Erwägung der Frage, ob der Präsident den Akt billigen und gutheißen werde. Die Entscheidung auf diese brennende Frage ist sehr schnell gekommen. Lincoln hat bereits unterm 19. d. M. seinen General unbedingt desavouirt, jede endgültige Bestimmung in der Sklavenfrage seiner eignen Erwägung vorbehalten und in dem Schluß seiner Proklamation die Einzelstaaten aufgefordert, die von ihm am 6. März d. J. empfohlene allmälige Emanzipation (mit Entschädigung der Herren durch die Vereinigten Staaten) anzubahnen und auszuführen. Es mag hier als ganz gleichgültig ununtersucht bleiben, ob der Präsident mit dieser Entscheidung die Wünsche des Landes getroffen und ob er sich in ihr als weitblickender Staats-

mann bewährt hat; es kommt hier vielmehr zunächst nur auf die Ursache und Tragweite des Hunter'schen Armeebefehls an. Der Küstenstrich von Süd-Carolina bis Florida ist vorzugsweise die Gegend, in welcher eine nördliche Armee im Sommer wegen der Hitze und ungesunden Miasmen nicht operiren kann; es muß also bei Zeiten an eine Aushilfe gedacht werden, welche die im Winter errungenen Vortheile sichert und zugleich die Soldaten schont. Hunter ist bekanntlich kein Politiker, sondern blos Soldat; kein großer Genius oder Feldherr, aber ein Draufschläger, der grade auf's Ziel losgeht. Wo er sich politisch äußerte, geschah es bisher im konservativsten Sinne. Als er in Kansas kommandirte, ließ er eine Zeit lang die in sein Lager geflüchteten Sklaven ausliefern. Es ist also klar, daß er dieselben nicht etwa als amerikanischer Radikaler befreien wollte, sondern aus keinem andern Grunde, als weil ihm dieser Akt als Mittel für seine militärischen Zwecke diente. Die Zahl der Schwarzen und Weißen in jenen drei Staaten ist sich so ziemlich gleich. Auf 975,654 Freie (darunter die freien Schwarzen) kommen 926,496 Schwarze. Die dortigen Weißen, von denen die ganze Rebellion hauptsächlich ausgeht, haben sich bis auf den heutigen Tag der Bundes-Autorität stets auf das feindlichste gegenüber gestellt, ja, von allem Verkehr mit den „Yankees" geflissentlich zurückgezogen. Sie betrachten sich als eine ausländische, durch die Gewalt der Waffen eroberte Macht und „seufzen" unter dem Joche, gegen welches sie augenblicklich ohnmächtig sind. Ein Wiederanknüpfen alter Beziehungen, geschweige denn ein Entgegenkommen von ihnen zu erwarten, wäre nach den Erfahrungen, welche im letzten Winter General Sherman mit seinen Proklamationen machte, wahrhaft kindisch. Anders steht die Sache mit den Schwarzen. Sie sind in jener Gegend die einzigen loyalen Einwohner, sie enthalten vor Allem ein gutes Material für die Besetzung der Festungen und Küsten während des Sommers. Verstärkungen aus dem Norden kann Hunter nicht erwarten; sie würden auch schwerlich auf den Reispflanzungen ihren Zweck erfüllen, wo noch am 15. Mai sich selbst die Plantagen-Aufseher der Nachtluft nicht auszusetzen wagen. Was liegt also näher als der Gedanke, die Sklaven als Soldaten zu verwenden und dadurch zugleich den rebellischen Weißen ihre Hauptstütze zu entziehen? Hunter konnte aber sein Ziel gar nicht anders er-

reichen, als wenn er seinen künftigen Mitkämpfern eine Belohnung versprach oder vielmehr sofort bewilligte, welche ihn nichts kostete, aber dem Feinde ganz ungeheuer schadet. Daß Herr und Sklave die Bedeutung der auf dem Spiele stehenden Interessen vom ersten Augenblicke an richtig würdigen, möge eine kleine Thatsache beweisen. Zwei Tage, nachdem der Hunter'sche Armeebefehl erschienen war, stand er bereits in den Charlestoner Zeitungen, welche daraus die Nothwendigkeit eines Krieges auf Leben und Tod folgerten, und eine Nacht später entwich der schwarze Pilot Small mit seinem Transport-Dampfer Planter und den sechs neuen Geschützen sammt anderen Vorräthen, welche er zu transportiren hatte, sowie mit 17 Negersklaven, Männern, Weibern und Kindern zur Bundesflotte! Lincoln's Widerruf wird übrigens nicht im Stande sein, dieses große Ereigniß, welches immerhin einen bedeutenden Fortschritt bezeichnet und den Weg zum Siege zeigt, ungeschehen zu machen. Es ist sogar alle Aussicht dafür vorhanden, daß die Hunter'sche Logik über die präsidentliche Rücksichtsnehmerei schließlich den Sieg davon tragen wird, da das Prinzip sich zunächst hinter einer ganz konkreten, Jedermann verständlichen Frage versteckt. Sollen — so wird es in einigen Monaten heißen — unsere Brüder und Angehörigen zu Tausenden im Süden elendiglich umkommen und sollen wir Millionen nutzlos vergeuden, weil ein Paragraph, der von den Rebellen zuerst frech mit Füßen getretenen Bundes-Verfassung die Einmischung in die Sklaverei verwehrt, oder sollen wir uns einen verhältnißmäßig mühelosen Sieg sichern, indem wir endlich einmal unseren erbittertsten Feinden energisch zu Leibe gehen und sie namentlich des Mittels berauben, durch dessen Besitz sie uns bis jetzt erfolgreichen Widerstand geleistet haben?

In allen anderen Theilen des Landes herrscht dagegen augenblicklich in der Behandlung der Sklaverei-Frage eine kaum glaubliche Konfusion. Zur selben Zeit, wo die Sklaverei im Distrikt Columbia abgeschafft wird, werden dort die aus Maryland geflüchteten Sklaven unter dem berüchtigten Flüchtlingsgesetz eingefangen, weil dieses noch nicht widerrufen ist. Die entlaufenen Schwarzen aber, deren Zahl aus den drei die Stadt Washington begränzenden marylandischer Counties über 1000 betragen haben soll, bringen sich in Virginien in Sicherheit und lassen sich als Squatter auf den von ihren Herren verlassenen Pflan-

zungen so sorglos nieder, als ob ihnen schon ein Recht darauf zugesprochen wäre. Im Westen wieder läßt Halleck jeden Sklaven an seinen, ihn reklamirenden Herrn ausliefern, einerlei, ob dieser ein Rebell oder loyal ist. Im Ganzen überwiegt zwar die mildere Praxis unter den Divisions- und Brigade-Kommandeuren; allein mitunter kommen die haarsträubendsten Fälle von Rohheit und Grausamkeit vor. Es bedarf auf diesem Gebiete mehr als auf irgend einem andern einiger genau definirter leitender Grundsätze und einer festen Politik. Mit allgemeinen Redensarten wird da nur noch mehr verdorben. Unter diese allgemeine Redensarten rechne ich auch Lincoln's Proklamation vom 6. März, auf die er jetzt mit besonderer Vorliebe wieder verweist. Vor drei Monaten war sie als Fortschritt noch denkbar; jetzt ist sie aber längst von den Ereignissen überholt, und dann haben die Gränzstaaten bewiesen, daß sie gar keine besondere Lust und Eile hatten, die Vorschläge des Präsidenten zu verwirklichen. Was sich von Emanzipations-Bewegungen in Missouri, Maryland und Delaware zeigt, ist nicht erst vom Präsidenten hervorgerufen, sondern hat sich sogar zum Theil im Gegensatze zu ihm und den Sklavenhaltern entwickelt. In Missouri sind es vor Allem unsere tapferen deutschen Landsleute, welche die Initiative ergriffen haben; sie bilden dort die alte Garde, an welche die besseren Amerikaner sich anlehnen. Es ist ein großes Unglück für das Land, daß jetzt, wo der schwierigste Theil der Aufgabe dieses Krieges, die zukünftige Friedensbasis, täglich mehr in den Vordergrund rückt, die Persönlichkeit der Regierenden eine so geringe Garantie für die Beseitigung der Uebel bietet, welche den Krieg herbeigeführt haben. Wie die Soldaten in jeder Beziehung tüchtig, aufopferungsfähig und hingebend, die höheren Offiziere dagegen in der großen Mehrzahl durchaus unbrauchbar, unfähig und sogar verächtlich sind, so ist auch das Volk des Nordens opferfreudig, entschieden und energisch, während seine leitenden Staatsmänner lahm und engherzig sind. Wenn nur einer von ihnen einmal ein offenes und rücksichtsloses Wort gegen die Sklaverei gesagt und damit sein Verständniß des Kampfes bewiesen, wenn nur einmal der Präsident mit derselben mißbilligenden Bestimmtheit sich gegen die Generale ausgesprochen hätte, welche zu Gunsten der Sklaverei auftraten, mit derselben Mißbilligung, welche er bisher für diejenigen hatte, welche zu Gunsten

der Freiheit intervenirten! Aber nein! Für die Sklaverei hat man in den höheren Regionen eine wahrhaft himmlische Langmuth und Geduld, die sich natürlich für staatsmännische Einsicht und Tiefe ausgiebt; für die Freiheit aber kennt man nur ein vornehmes Lächeln oder einen herablassenden Händedruck, wenn man sich ein Bischen Popularität damit verdienen kann. Daher kommt es denn auch, daß diese Regierung, welche die Wurzeln ihrer Kraft gar nicht zu kennen scheint, ohnmächtig ist, daß sie noch nicht einmal den Boden vor ihrer eignen Thür, Maryland, rein gefegt hat, und daß die Rebellenfreunde frecher, als je vorher, ihr Haupt wieder erheben. Die Konservativen innerhalb und außerhalb des Kongresses wühlen schon wieder für Reorganisirung der demokratischen Partei, d. h. für Wiederherstellung und Verstärkung der Sklavenhalter-Herrschaft pure et simple, für eine allgemeine Amnestie und den Wiederaufbau der Union mit Anerkennung und Schutz der Sklaverei. Statt diesem landesverrätherischen Geschrei durch positive Maßregeln, wie namentlich ein energisches Konfiskations-Gesetz und Parzellirung des großen Grundbesitzes der Pflanzer, ein für alle Mal ein Ende zu machen, redet der Kongreß und ist bis jetzt weder dazu gekommen, eine Steuerbill, noch ein Konfiskations-Gesetz zu passiren: Niemand, außer Sumner und einigen Anderen, wagt eben das entscheidende Wort zu sprechen und der Sklaverei zu Leibe zu gehen; das ist der Grund der Verzögerung! Ja, wenn die Sklaverei nicht wäre! Und trotzdem wird sie in diesem Kriege zu Grunde gehen, ihre letzte Stunde ist gekommen; aber es ist nicht der politische Verstand ihrer Feinde, welcher ihr das Grab gräbt, sondern die verbissene Hartnäckigkeit ihre Freunde, welche selbst noch einen Lincoln und Seward zum Vernichtungskampfe zwingen und das fluchwürdige Institut seinem Untergange entgegentreiben werden. Dieser durchaus überflüssige Umweg wird leider viele reiche Kräfte und Mittel, aber noch mehr Menschenleben kosten.

28. Mai 1862.

Das Repräsentanten-Haus hat gestern eine ziemlich energische Bill mit nur 84 gegen 68 Stimmen passirt, welche das Eigenthum aller Südländer konfiszirt, welche irgend ein militärisches oder bürgerliches

Amt bei den Rebellen bekleidet haben oder bekleiden und nicht innerhalb sechszig Tagen nach einer, vom Präsidenten zu erlassenden Proklamation den Eid der Treue leisten. Dagegen hat es eine Emanzipations-Bill, welche die Sklaven aller, die Rebellion unterstützenden Personen konfiszirt, mit nur 78 gegen 74 Stimmen verworfen. Einige stimmten dagegen, weil sie sich die Freundschaft der Abgeordneten aus den Gränzstaaten erhalten wollten, Andere, weil sie die Maßregel für verfrüht hielten, und noch Andere, weil sie die Sklaverei zugleich durch das Konfiskations-Gesetz schon erledigt zu haben glaubten. Es ist aber möglich, daß die Bill dennoch wieder aufgenommen und in dieser Sitzung noch zum Gesetze erhoben wird. Es ist hohe Zeit, daß diese wichtige Frage endlich einmal gleichmäßig und einheitlich behandelt und abgethan wird. In Washington herrscht in dieser Beziehung die gräulichste Verwirrung. Der Bundes-Marschall Lamon sperrt die flüchtigen Sklaven ein, der dort kommandirende General Wadsworth läßt sie lieber laufen, und die Soldaten helfen ihm aus besten Kräften. Die marylander Rebellen nämlich verlangten die Herausgabe ihrer Sklaven unter dem Gesetze von 1850, dessen Wirksamkeit für den Distrikt Columbia bestritten wird. Sumner hat bereits im Senat eine Bill eingebracht, um dem Unfug ein Ende zu machen; hoffentlich wird sie angenommen, damit kein kettenbeladener Sklave mehr, wie in voriger Woche, sich auf die Treppe des Kapitols zu flüchten braucht, um seinen Häschern zu entgehen und dort vergeblich Schutz und Freiheit zu suchen.

29. Juli 1862.

Der Kanonendonner, welcher von Richmond über den Norden hinschallte, ist verstanden worden. Das Volk hat die Fehler und Irrthümer der Vergangenheit erkannt und weiß und will jetzt das Nothwendige für die Zukunft. Die dritte Erhebung der Nation hat nicht die frohe, vertrauensvolle Begeisterung der vorhergehenden. Es herrscht Trauer und Zweifel, Frucht der Erkenntniß, — aber auch ein tieferer Ernst, ein kräftigerer Entschluß. Hier in New-York, dem Hauptsitze der der Sklaverei zugethanen Demokraten, hat der National-Ausschuß, in welchem der (fast nur aus Demokraten bestehende) Gemeinderath und die Handels-

kammer ihre Vertreter haben, eine Adreſſe an den Präſidenten beſchloſſen, in der man mit dringender Entſchiedenheit von ihm die feierliche Proklamation der Konfiskation des Rebellen-Eigenthums, der Emanzipation und Bewaffnung der Sklaven verlangt. „Das Wohl des Vaterlandes, das Leben unſerer tapferen Soldaten und das Glück aller loyalen Familien der freien Staaten verlangen dieſe Botſchaft. Beſſer iſt es, daß jeder Rebelle umkomme, als daß noch ein loyaler Soldat ſterbe. Der gegenwärtige Augenblick iſt eine Kriſis, aus welcher uns nur die raſcheſte und energiſchſte That retten kann.“ So ſpricht faſt einſtimmig der freie Norden. Und der Präſident? Dem patriotiſchen Verlangen der Nation hat er ſein Veto entgegengeſetzt. Durch einen Akt, den man einen reaktionären Staatsſtreich nennen kann, hat er das unter ſeiner Mitwirkung vom Kongreſſe verfaßte und von ihm ſanktionirte Konfiskations- und Emanzipations-Geſetz bei Seite geſchoben. Er will die Gränzſtaaten nicht vor den Kopf ſtoßen und deßhalb alle Reibungen mit ihnen vermeiden. Und doch haben die Vertreter dieſer Staaten jenen Vorſchlag des Präſidenten, wonach er ihnen ihre Sklaven abkaufen, dem Lande alſo eine Schuld von 400 bis 1000 Millionen Dollars aufbürden wollte, als zu radikal zurückgewieſen! Die ſüdlichen Barone laſſen nicht mit ſich handeln; ſie wollen von ihrem „Recht“ kein Titelchen aufgeben. Als alter Advokat tiftelt Lincoln immer nur an dem einzelnen, grade vorliegenden Falle herum und vermag ſich nie zu jener Höhe der Anſchauung zu erheben, welche die Dinge im Zuſammenhange mit der geſchichtlichen Entwicklung des Landes auffaßt und zu begreifen ſucht. Im günſtigſten Falle wird Lincoln deßhalb ſtets ein Hemmſchuh ſein. Heute ſteht er noch, wo er vor anderthalb Jahr ſtand, während inzwiſchen eine vollſtändige Revolution in den Köpfen der Menſchen und in der äußern Politik ſtattgefunden hat. Dagegen hat er einen nicht genügenden, ja, zweideutigen Militär-Befehl erlaſſen. Lincoln beſchränkt ſich darauf, die Befehlshaber des Heeres anzuweiſen, Rebellen-Eigenthum zu benutzen, wenn es für die Bedürfniſſe der Truppen oder für die Kriegs-Operationen nöthig oder erſprießlich iſt. Sklaven ſollen als Arbeiter bei dem Heere gebraucht werden, aber daß ſie die Freiheit erhalten ſollen, wie das Geſetz es will, das ſagt der Präſident nicht; dagegen verordnet er, daß genaue Rechnung geführt werde über das

weggenommene Eigenthum, sowie über die benutzten Sklaven, damit später in den geeigneten Fällen gebührende Entschädigung gegeben werden könne. Und von dieser einfachen Kriegsmaßregel sind Missouri, Kentucky, Tennessee und Nord-Carolina ausgenommen, und doch tobt in den drei ersten Staaten eben jetzt der scheußlichste Guerillakrieg! Die Rebellen morden selbst unbewaffnete Bürger, wenn sie im Verdachte stehen, der Union getreu zu sein. Gegen diese Barbarenhorden der Sezession verlangt die loyale Bevölkerung jener Staaten die strengsten Maßregeln von dem Präsidenten. Dieser aber, stets noch mit seiner Versöhnungs-Politik für die Gränzstaaten beschäftigt, streckt die Hand der Schonung über die blutgierigen Feinde der Union aus. Nord-Carolina wird eben so milde behandelt, während seine Truppen vor Richmond gegen die Vertheidiger der Republik kämpfen. Im ganzen Verlaufe des Kampfes hat der Präsident noch nicht einmal mit dem anfeuernden Worte eines Staatsmannes zu dem Volke gesprochen. Jetzt genügte die Proklamation des Konfiskations- und Emanzipations-Gesetzes, um den Norden als eine begeisterte Phalanx gegen den Feind zu führen. Selbst die geheimen Anhänger der Sklaven-Aristokratie hätten es nicht gewagt, sich gegen diesen Akt der Nothwendigkeit auszusprechen. Der New-York Herald, das bedeutendste Organ dieser Fraktion, erklärte, nachdem der Kongreß das ursprüngliche radikale Gesetz angenommen hatte: „Wenn der Präsident, wie es wahrscheinlich ist, dieses Gesetz sanktionirt, so müssen wir ihm gehorchen, denn es ist dann Staatsgesetz." Was auch Lincoln für seine, fünfzehn Monate dauernde Versöhnungs-Politik anführen mag, sein gegenwärtiges Verfahren ist mehr als ein Fehler. Es stärkt den Feind und verhindert die Einheit des Wollens im Norden. Mit ganz natürlicher Berechnung preisen die geheimen Anhänger des Südens, welche sich jetzt Konservative nennen, diesen Akt des Präsidenten und rufen: „Er hat mit den höllischen Republikanern, mit den Abolitionisten gebrochen. Er ist mit uns, und mit uns wird er die Union und die Konstitution retten!" Wie viele Tausende gut gesinnter Schwachköpfe werden sich nicht wieder verleiten lassen, die Politik der Energie abzuläugnen, weil der Präsident sie verwarf! Vor einem Jahre nannten sich die Verräther die Friedens-Partei und agitirten gegen den Krieg, heute sind sie die Konservativen und erheben

ſich gegen die Konfiskation und Emanzipation. Ihr Zweck iſt derſelbe: Vernichtung der republikaniſch-radikalen Partei, d. h. der Kriegsmacht gegen den Süden. Und Lincoln, der republikaniſche Präſident, macht es möglich, daß dieſe Fraktion jetzt noch, wo die Republik in Gefahr iſt, die Bevölkerung des Nordens in ſich trennt. Wahrlich, es iſt nicht genug, Honeſt Abe (der ehrliche Abraham) zu heißen! Die vertrauteren Freunde Lincoln's geben ungern den Glauben an deſſen redliche Geſinnungen und Abſichten auf. Sie ſchreiben von Waſhington, er ſei allerdings der Proklamation der Emanzipation abgeneigt, aber entſchloſſen, die Sklaven unter der Hand durch die Generale befreien zu laſſen. Als Beweis dafür führt man an, daß der Senator Lane, ein energiſcher Abolitioniſt, autoriſirt ſei, in Kanſas ein Armee-Korps ganz nach ſeinen Prinzipien, aus Weißen und Schwarzen, zu organiſiren. Ein ſolches Verfahren würde weder die Bedeutung noch den Erfolg haben, die von der gefährlichen Kriſis verlangt werden. Um in den Sklaven eine Macht gegen die ſüdliche Ariſtokratie zu gewinnen, bedarf es einer offenen Erklärung ihrer Befreiung; es iſt bewieſen, daß die Schwarzen im Süden nicht weniger als die Weißen eine Politik haben. Was die Bewaffnung der Neger betrifft, ſo wird Lincoln ſich bald darüber auszuſprechen haben. In Waſhington und einigen nördlichen Staaten werden Neger-Regimenter gebildet, eines derſelben von einem Deutſchen. Von verſchiedenen Seiten wird der Regierung erklärt, man verlange, um die Anwerbung der weißen Bürger zu befördern, daß auch die Schwarzen an einem Kampfe Theil nehmen ſollen, der ja doch nur durch die Sklaverei ihrer Race hervorgerufen ſei. Die praktiſche Zweckmäßigkeit der Bewaffnung der Neger iſt vollkommen bewieſen durch den Erfolg, den ſie in Port Royal hatte. Lincoln aber wird es wohl nicht für gut halten, zu thun, was Waſhington und Jackſon thaten, was die damaligen Geſetzgeber mit dem Geſchenk der Freiheit belohnten.

24. Auguſt 1862.

Eine Deputation Unionsmänner hat Lincoln verſichert, durch Milde werde er in kurzer Zeit ganz Louiſiana wieder in die Union zurückbringen. Das glaubt der Präſident nur zu gern. „Geſinnungstüchtig-

keit — aber ja keine Entschiedenheit", dies ist sein Wahlspruch. Davon hat er so eben einen höchst originellen Beweis gegeben. Horace Greeley hat in seinem Blatte, der Tribune, vor einigen Tagen einen eben so sarkastischen als scharf logischen Brief an den Präsidenten veröffentlicht. Er klagt ihn an, seine Pflicht als Diener des Volkes nicht zu erfüllen, indem er das Gesetz über die Emanzipation der Sklaven der Südstaaten nicht zur Ausführung bringe; ferner, daß er durch seine unentschlossene Politik die Rettung der Union vereitele. Lincoln, der bis jetzt noch nie, selbst in den wichtigsten Augenblicken, sich über seine Politik aussprach, antwortete Greeley, dem er allerdings in erster Linie verdankt, Präsident zu sein. Dieser giebt als Inhalts-Anzeige folgende beißende, aber vollständig wahrheitsgetreue Sätze: „Der Präsident diskutirt nicht; auch kritisirt er nicht. Seine Politik kann Niemanden in Zweifel lassen. Er möchte die Union erhalten, wie sie war. Er ist nicht Willens, die Sklaverei zu retten; er ist nicht Willens, die Sklaverei zu vernichten. Er möchte gern nichts mit der Sklaverei zu thun haben. Er möchte die Union retten, ohne die Sklaven zu befreien. Er würde die Union retten durch Befreiung der Sklaven. Er würde sie retten, indem er einige befreite und die anderen in der Sklaverei ließe. Was er in Bezug auf die Sklaverei thut, geschieht für die Union; was er nicht für die Sklaverei thut, geschieht auch für die Union." Der böse Genius, welcher den Präsidenten Lincoln in der Sklavereifrage auf seiner unheilvollen Bahn leitet, ist Seward. Dieser Mann, der unmittelbar nach der Wahl Lincoln's — als er seine eigene Stellung in dessen künftigem Kabinet voraussah — seinen und den von ihm gegründeten Partei-Wahlspruch: „Unverträglichkeit der Freiheit und der Sklaverei in der Union", verleugnete, dieser Mann trägt den größten Theil der Schuld des grausamen Betrugs, durch welchen die Nation seit achtzehn Monaten ohne Möglichkeit eines wirklichen Erfolges blutet. Ich weiß, daß sein Freund und politischer Gehülfe Thurlow Weed vor sechs Monaten schon über den kriegerischen Enthusiasmus und die patriotische Aufopferung des Nordens höhnisch lächelte und sagte: „Wir können den Süden nicht zwingen." Seward's Politik ist offenbar diese: Der Norden und der Süden verblute bis zur Erschöpfung, dann rette ich die Union durch einen Kompromiß. Sagte er doch im Beginne der Krisis: „Eine Ausgleichung durch die Berufung

eines Konvents ist jetzt nicht möglich; in zwei bis drei Jahren aber werden wir dazu kommen."

24. September 1862.

Die Emanzipationsbotschaft des Präsidenten vom 22. d. M. hat endlich die Aussicht eröffnet, daß der Krieg in Zukunft nicht mehr wie bisher, unter falscher Fahne geführt werden wird. Um hier kurz die einzelnen Bestimmungen dieses wichtigen Aktenstücks anzudeuten, so wiederholt Lincoln in der Einleitung, daß der Krieg für die unbedingte Wiederherstellung der Union geführt wird. Die angedrohte Emanzipation der Sklaven wird demnach nicht der Zweck, sondern nur das äußerste Mittel der Kriegsführung sein. Lincoln handelt als Oberbefehlshaber des Heeres und der Flotte und macht von dem Kriegsrechte Gebrauch, den Feind durch jedes Mittel zu schwächen. Die Verfassung erlaubt ihm nicht die Abschaffung der Sklaverei, das Kriegsrecht aber bevollmächtigt ihn, dem Feinde die Sklaven wegzunehmen oder ihm in denselben Feinde zu bereiten. Seinem Systeme der Mäßigung und des Zeitgebens getreu bleibend, gestattet er den Sezessionisten eine dreimonatliche Frist. Die Staaten oder Theile von Staaten, welche in gutem Glauben bis zum 1. Januar in die Union zurückgekehrt sind und Abgeordnete zu dem Kongresse gesandt haben, werden von der angedrohten Maßregel ausgenommen. Wo aber die Sezession noch herrscht, werden alle Sklaven von der Unionsregierung als frei betrachtet werden; finden Sklavenaufstände statt, so wird die Bundesregierung nichts dagegen thun lassen. Weiter als das Emanzipationsgesetz des Kongresses geht Lincoln's Proklamation darin, daß sie auch die Sklaven der loyalen Bürger in den aufständischen Staaten emanzipirt, dagegen verspricht sie den Herren, welche ihre Bundestreue beweisen können, hinreichende Entschädigung. Den Gränzstaaten versichert Lincoln von Neuem, er werde bei dem Kongresse dahin wirken, daß eine Summe ausgeworfen werde für die Unterstützung der freiwilligen Emanzipation durch diese Staaten. Allerdings ist dies mehr versprochen, als der Kongreß aller Wahrscheinlichkeit nach zu bewilligen Lust haben wird.

Auch die Ausführung seines Planes der Kolonisation der Neger

in Zentralamerika verspricht Lincoln von neuem in seiner Proklamation. Mit diesem, als Hilfsmittel in dem gegenwärtigen Kampfe so verkehrten Plane glaubt Lincoln dem Vorurtheile seiner Landsleute Genüge thun zu müssen, hat aber dadurch von Seiten der Sklavenfreunde im Norden nur Spott und Hohn geerntet.

Die Proklamation der Emanzipationsakte durch den Präsidenten ändert also mit einem Schlage die ganze politische Situation. Lincoln hat wieder seine ganze alte Partei, dazu noch die Abolitionisten, hinter sich, und Tausende der Unentschiedenen werden ihm zustimmen, weil er der Präsident ist. Wie viel das Wort: „die Regierung will es" in dieser demokratischen Republik bedeutet, davon kann sich kein europäischer Politiker einen Begriff machen.

Bringen Lincoln und sein Kabinet zur Ausführung der neuen Politik die nöthige Energie und Intelligenz, so stehen sie mächtig über allen Parteien und Koterien. Es ist im Interesse des Landes zu wünschen, daß dieses Emanzipationsdekret jetzt nicht ein gewaltiges Schwert in schwachen Händen bleibe.

Unterdessen tobt in der Presse der Parteikampf; ein gutes Zeichen aber ist, daß das Heer, von welchem man so vielfach behauptete, es werde sich gegen ein Emanzipationsdekret erheben, dasselbe billigt oder gehorsam angenommen hat. Bisher hat selbst kein Offizier seine Entlassung verlangt, obgleich die demokratischen Blätter dies stets und besonders von M'Clellan und Halleck prophezeit hatten.

29. September 1862.

Die Regierung steht nun vollkommen auf dem Boden der Revolution. Wird sie auf demselben mit größerer Einsicht und konsequenterer Energie handeln, als es bisher geschehen? Der Erfolg allein kann ihr eine Indemnitäts-Bill für die Einführung des Kriegsrechts an Stelle des Verfassungsrechts geben. Der Emanzipations-Proklamation vom 22. d. Mts. folgte am 24. ein Dekret des Präsidenten, welches in sämmtlichen Staaten der Union die Habeas-Corpus-Akte außer Wirksamkeit setzt und Kriegsgerichte anordnet für alle Rebellen, Insurgenten,

deren Helfer und Begünstiger, so wie für alle, welche die Anwerbung von Truppen hindern, oder sich der Aushebung widersetzen, oder auch irgend einem illegalen Akte der Rebellen gegen die Autorität der Vereinigten Staaten Vorschub leisten. Alle bereits Verhafteten oder später noch zu Verhaftenden können die Habeas-Corpus-Akte nicht in Anspruch nehmen. Diese diktatorische Maßregel ist gewissermaßen die Ergänzung der Emanzipations-Proklamation. Indem Lincoln, als Ober-Befehlshaber der Land- und Seemacht, im Namen des Kriegsrechts, die Freilassung der Sklaven vom 1. Januar 1863 an erklärte, trat er aus den Gränzen der Verfassung heraus und stellte sich auf den Boden des Kriegsrechts; diese Stellung muß er jetzt mit dem Kriegsrechte vertheidigen. Das Militär-Regiment ist nunmehr in seiner ganzen Strenge an die Stelle des verfassungsmäßigen Rechtes gesetzt, aber die Nothwendigkeit verlangt und rechtfertigt diese Maßregel. Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Emanzipations-Proklamation machte, ist natürlich am leichtesten in den Partei-Organen zu erkennen. Die republikanische Presse ruft Lincoln ein „Gott belohne Sie!" zu; die absoluten Abolitionisten begnügen sich einstweilen mit der beschränkten Emanzipation, weil sie darin den Beginn der vollständigen Abschaffung der Sklaverei erblicken. Die sogenannte konservative Presse, die demokratische, wie die der Knownothings und der Ueberreste der alten Whig-Partei, erheben vereint ein tobendes Geschrei über Verletzung der Verfassung, obgleich viele ihrer Organe in früheren Besprechungen dieser Frage zugestanden hatten, daß Lincoln als Ober-Befehlshaber der Land- und Seemacht die Emanzipation der Sklaven der Rebellen als Kriegsmaßregel aussprechen könne. Auf der Börse haben die Dekrete des Präsidenten keinen panischen Schrecken erzeugt. Die Spekulation war nie leidenschaftlicher, als in den letzten Tagen. Stieg das Gold, so geschah es, weil es besonders gesucht war, indem für den Anfang des nächsten Monats die Regierung bedeutender Summen in Gold bedarf. Die konservative Partei wird die bevorstehenden Wahlen für den Kongreß und die oberen Verwaltungsstellen der einzelnen Staaten benutzen, um gegen die Emanzipations-Proklamation einen Protest des Volkes hervorzurufen.

21. Oktober 1862.

Wir stehen am Anfange einer Revolution im Norden. Der erste Kampf der Herbstwahlen hat zu einer entschiedenen Niederlage der Regierung und der radikalen Partei geführt. Geht am 4. November in den anderen nördlichen Staaten ein ähnliches Resultat aus den Wahlurnen hervor, so ist es geschehen um die Hoffnungen und Bestrebungen der Patrioten. Die Profklaverei-Verschwörung hat dann den Sieg und die Macht, und die Herrschaft des Südens wird wiederhergestellt. In Pennsylvanien, das bei Lincoln's Erwählung den Republikanern eine Mehrheit von 94,000 Stimmen gegeben hatte, ist das Gesammtergebniß so ungünstig, daß man noch fürchtet, die Staats-Administration werde in die Hände der Demokraten fallen. Noch schlimmer ist es in den Staaten Ohio und Indiana, welche bisher für Bollwerke des Republikanismus galten. Der erstere hatte Lincoln eine Mehrheit von 55,000 Stimmen gegeben, und jetzt haben die Demokraten daselbst eine Majorität von 10—15,000 Stimmen; sie senden in den nächsten Kongreß 12 Abgeordnete gegen 9 Republikaner, während sie in dem gegenwärtigen nur 9 und die Republikaner 12 haben. Die ganze Staats-Verwaltung ist in ihre Hände übergegangen.

Nur in dem Staate Jowa erfreuen sich die Republikaner eines vollständigen Sieges; sie haben da ihre sämmtlichen Kandidaten für den Kongreß durchgesetzt und mit einer Mehrheit von 10,000 Stimmen die Staatsverwaltung errungen. Das numerische Verhältniß der beiden Parteien in dem nächsten Kongresse wird durch diese Wahlen nicht wesentlich geändert, aber die moralische Kraft ist den Republikanern entwunden. Von näher liegender, gefährlicher Bedeutung ist aber der Uebergang der Staatsgewalt aus den Händen der Republikaner in die der Demokraten. Ohio, Indiana, vielleicht sogar noch Pennsylvanien werden, statt die Zentral-Regierung in der Kriegsführung zu unterstützen, derselben, wenn nicht grade hemmend, doch kalt und zögernd entgegentreten. Die Erklärung des Umschwunges in der politischen Stimmung dieser Staaten liegt in der jämmerlichen Politik der Regierung und der schlechten Kriegsführung. Die Häupter der demokratischen Verschwörung haben gut operirt; sie haben den schwachen Lin-

coln von Fehler zu Fehler geführt, und bürden jetzt der republikaniſchen Partei, deren Oppoſition gegen Lincoln ſie bisher als Hochverrath denunzirten, die Schuld der Schmach und des Unglückes auf, unter deren Laſt nach anderthalb Jahr die Nation erſchöpft, verzweifelt niederſinkt. Tauſende ſtimmten mit den Demokraten, weil ſie erbittert ſind über Lincoln's Regierung. Die Emanzipations-Proklamation hat ohne Zweifel in Ohio, das eine Ueberſchwemmung von befreiten Schwarzen fürchtet, zu dem Siege der Demokraten etwas beigetragen, aber auch ohne dieſen Akt Lincoln's würde das Reſultat daſſelbe geweſen ſein, während eine erfolgreiche Kriegführung die Wagſchale zu Gunſten der Republikaner geſenkt haben würde. Ein einflußreicher demokratiſcher Führer ſagte mir vor den Wahlen: „Haben die Republikaner Sieges-Nachrichten von dem Schlachtfelde in die Wahlurne zu werfen, ſo erhalten ſie die Mehrheit.“ Unſtreitig hängt mit den politiſchen Berechnungen der demokratiſchen Partei die ſtrategiſche Unthätigkeit M'Clellan's zuſammen. In Bezug auf das Wahl-Reſultat muß ich aber hinzufügen, daß der größere Patriotismus der Republikaner zu ihrer Niederlage beigetragen hat. Es iſt jetzt bewieſen, daß ſie bei Weitem mehr Freiwillige in den Krieg ſandten, als die Demokraten. Hätte das Heer aller Staaten geſtimmt, das Reſultat wäre ſicher ein Beſſeres geweſen. Uebrigens iſt die Abſtimmung kein Veto gegen die energiſche Kriegsführung. Die Maſſe der Demokraten will den militäriſchen Sieg des Nordens. Vallendigham, der Friedens-Demokrat Ohio's, wurde von ſeinem Diſtrikte nicht wieder erwählt; General Schenk, ein gemäßigter Republikaner, kam an ſeine Stelle. Die Leiter der demokratiſchen Verſchwörung kennen die patriotiſche Stimmung wenn nicht der Mehrheit, doch einer großen Zahl ihrer Leute; daher hüten ſie ſich wohl, den Endzweck ihrer Beſtrebungen zu enthüllen. Sie ſchreien gegen die ſchlechte Kriegsführung, gegen die Fehler und willkürlichen Akte der Regierung und rufen lauter, als Alle: Krieg, raſcher, entſcheidender Krieg! „Wir“, ſagen ſie, „werden bald einen ehrenvollen Frieden erkämpfen!“ Erlangen ſie die Leitung, ſo heißt bald dieſer ehrenvolle Friede Kompromiß mit dem Süden. Der Plan der nördlichen Demokraten iſt, den Krieg ſo weit zu führen, bis ſie dem Süden ſagen können: „Wir ſind ſtark, aber wollen Euer „Inſtitut“, Euere Anſprüche nicht vernichten. Werdet unſere Bundes-

genossen in der Union, und laßt uns zu unserm gemeinschaftlichen Vortheile regieren."

4. November 1862.

Heute wurde von Sonnenaufgang bis Untergang an den Wahlurnen eine Schlacht geliefert, die entscheidungsvoller ist für die Sache der Union, als das jetzt in Virginien erwartete blutige Zusammentreffen der Heere unter M'Clellan und Lee sein wird. Außer dem Staate New-York haben noch neun andere Staaten darüber abgestimmt, ob der Krieg für die Wiederherstellung der Union nach den Grundsätzen der radikalen Politik fortgeführt, oder ob es den nördlichen Freunden der Sklaverei-Aristokratie anheim gegeben werden soll, die Union durch Unterwerfung unter den Willen des Südens zu erkaufen oder dessen Unabhängigkeit anzuerkennen. Auf dieses Dilemma hat der heftige Parteikampf, welcher den Wahlen vorausging, die zahlreichen Streitfragen zusammengedrängt. Was auch das Resultat der Wahlen in den anderen Staaten sein mag, der Empire State wird das Entscheidungsurtheil fällen. Richmond und Washington lauschen mit angstvoller Spannung demselben entgegen. Von dem Siege Wadworth's, des republikanischen Gouverneur-Kandidaten, und von dem seines demokratischen Gegners Seymour hängt der Ausgang des großen Kampfes ab. Das Resultat des Wahlkampfes aber ist ein so unvorhersehbares, daß beide Parteien mit gleicher Hoffnung und gleicher Angst der Veröffentlichung desselben entgegensehen. So heftig der Parteikampf vor dem Wahltage war, so allgemein man gewaltthätige Ausbrüche der politischen Leidenschaften fürchtete, so friedlich, so gesetzlich war der Verlauf der Wahl. New-York, dessen Bevölkerung bis in die tiefsten, gefährlichsten Schichten in Bewegung gesetzt war, hat nie einen ruhigern Tag gesehen; kaum daß man eine oder zwei unbedeutende Schlägereien zwischen Einzelnen zu erwähnen hat. Selbst in jenen Stadttheilen, in welchen sonst jedes Zusammenströmen der Massen, jede Volksbelustigung zu Szenen der Unordnung und des Kampfes führt, ging Alles in vollem Frieden ab. Dieser ruhige Ausgang des leidenschaftlichsten Wahlkampfes, den die Stadt New-York je geführt hat, überrascht im höchsten Grade, denn alle Anzeichen deuteten auf Gewaltthätigkeiten.

5. November 1862.

Die Republikaner sind in der Stadt mit 30,000 Stimmenmehrheit und im Staate wahrscheinlich mit 15,000 geschlagen. Die jämmerliche Politik und Kriegsführung Lincoln's und seiner Rathgeber waren ein zu schweres Gewicht; es zog die patriotische Partei, die für die Fehler der Regierung büßen mußte, auf den Grund. Massachusetts und Maine sind der Fahne der Freiheit treu geblieben; vielleicht auch die westlichen Staaten, aber der Staat New-York entscheidet. Seymour, unser demokratischer Gouverneur, wird mit seinem Schatten den abgenutzten republikanischen Präsidenten erdrücken. Die Kontre-Revolution ist im Anzuge. Schon sagt heute der New-York Herald, die Mitglieder des neu gewählten Kongresses (der erst nach dem 4. März 1863 berufen werden kann) müssen bald in New-York zusammentreten, um der Regierung die Politik anzuzeigen, welche befolgt werden soll.

11. November 1862.

Lincoln scheint sich in der zwölften Stunde zu jener Energie aufraffen zu wollen, welche er schon längst hätte an den Tag legen sollen. Was er jetzt Gutes thut, ist die schwerste Anklage seiner vergangenen Handlungsweise, denn er beweist, daß er es längst hätte thun können, thun sollen. Die Nachricht von der Absetzung M'Clellan's und der Uebertragung des Kommando's über das Potomac-Heer an Burnside überraschte und regte die Nation im höchsten Grade auf. Die Republikaner rufen freudig: Endlich! Die Demokraten, betäubt durch diesen unerwarteten Akt, der sie nach dem so eben errungenen Wahlsiege ihres militärischen Führers beraubt, brechen in unbeschränkte Wuth aus; M'Clellan's Anhang in dem Offizier-Korps erlaubt sich verbrecherische Aeußerungen; über das Heer, von welchem sich M'Clellan mit einigen kurzen Abschiedsworten entfernte, hat man noch nichts gehört.

19. November 1862.

M'Clellan's Absetzung hat keine der verderblichen Folgen nach sich gezogen, welche seine Freunde voraussagten. Auch nicht ein Offizier hat wegen der plötzlichen Entthronung des bisherigen Ober-Generals

seinen Abschied genommen; sämmtliche Korps-Kommandeure, mit einziger Ausnahme des Generals Fitz James Porter, freuten sich vielmehr ob der plötzlich erwachten Energie der Regierung und jubelten dem General Burnside zu. Die Entfernung des Generals erfolgte übrigens zu früh oder zu spät: zu spät, weil er im vorigen Sommer hätte abberufen werden müssen, als er Richmond nicht nehmen konnte, oder vor sechs Wochen, wo er in Maryland liegen blieb, den Feind aber ungestört entwischen, ja, sogar wieder in Pennsylvanien einfallen ließ. Damals hätte der ganze Norden seine Abberufung als eine wohlverdiente Strafe mit Jubel begrüßt, die Regierung wäre im vollen Recht und M'Clellan politisch sowohl als militärisch todt gewesen. Verhältnißmäßig zu früh aber erfolgte seine Absetzung deshalb, weil er durch sein unverantwortliches Zögern die beste Zeit zum Angriff verpaßt und die Potomac-Armee in eine falsche Stellnng, wenn nicht in eine Falle geführt hat, aus welcher sein Nachfolger sich schwer herausarbeiten wird. Alle üblen Folgen eines verlornen Feldzuges fallen jetzt aber in den Augen der Menge voraussichtlich auf Burnside, und aus dessen Erfolglosigkeit wird dem abgetretenen General ein neuer Heiligenschein gewoben. Burnside fühlt die ganze Schwere seiner Verantwortlichkeit nur zu gut; er ist niedergeschlagen und mißgestimmt, muß er doch wohl oder übel die von M'Clellan ihm eingebrockte Suppe auseſſen.

28. November 1862.

Wie gering auch die Erfolge sein mögen, welche die Unionswaffen in den letzten sechs Monaten erkämpft haben, so sind doch die Fortschritte doppelt groß, welche die Emanzipations-Frage innerhalb derselben kurzen Zeit gemacht hat. Natürlich hängt die Lösung dieser hochwichtigen Angelegenheit in letzter Instanz nur von der Entscheidung der Waffen ab, denn das neue Prinzip will nicht bloß ausgesprochen, sondern auch durchgeführt, die Freiheit will nicht nur verfügt, sondern erobert sein. Indessen ist trotz der Nothwendigkeit, daß der Aufstand erst niedergeworfen werden muß, und trotz der Zweifel, ob er überhaupt von den jetzigen Führern niedergeworfen werden kann, ein Rückblick auf die

allmälige Entwicklung der Befreiungs-Bestrebungen zu Gunsten der Schwarzen unerläßlich für die richtige Beurtheilung der bevorstehenden Ereignisse.

Wenn zu Anfang des Krieges die öffentliche Meinung des Nordens die Stellung und Behandlung der Sklaven noch zu sehr im Sinne der bisherigen Partei-Anschauungen auffaßte, wenn der eine General die von ihren Herren verlassenen Schwarzen als „Kontrebande" behandelte, der andre aber ihre Dienste schnöde zurückwies, und der dritte sie sogar an ihre rebellischen Eigenthümer wieder auslieferte, und wenn sich kaum eine Stimme gegen diesen Unfug erhob, so begegnen wir jetzt ganz anderen, und zwar wohlthuenderen Erscheinungen. Derselbe General Butler, der in Virginien den Ausdruck Kontrebande erfand, erläßt jetzt in Louisiana Instruktionen für die möglichst praktische Verwendung der Neger, ja zieht sogar schon in Erwägung, ob sie nicht am besten als ackerbauende Bevölkerung, als Bauern auf den Pflanzungen der Rebellen angesiedelt werden sollen; jene Generale, welche die ihrer Humanität vertrauenden Sklaven der Knechtschaft wieder überantworteten, wie M'Clellan, Stone, Buell und Porter, sind von der Armee entfernt, und heutzutage wird kein Fremont, kein Phelps oder Hunter mehr von der Regierung dafür desavouirt und abgesetzt, daß er die Sklaven der Rebellen befreit. Im Gegentheil, es sind bereits ganze Neger-Regimenter gebildet, und Lincoln selbst verspricht in seiner Proklamation vom 22. September 1862 sämmtlichen Sklaven, welche in einem der in Rebellion befindlichen Staaten wohnen, vom 1. Januar 1863 an ihre volle und unbedingte Freiheit. Der nordamerikanische Präsident ist gewiß von Natur kein Radikaler, sondern vielmehr einer von jenen ruhigen und nüchternen Menschen, welche von den Ereignissen zu ihren Entschlüssen gedrängt werden.

Woher nun dieser gewaltige Umschwung, der in gewöhnlichen Zeiten ganze Menschenalter erfordert haben würde? Sprach sich doch noch im Februar 1861 die siegreiche republikanische Partei mit großer Mehrheit im Kongreß dahin aus, daß sie für alle Ewigkeit die Sklaverei nicht antasten würde, wenn man nur um diesen Preis den Frieden erhalten könnte! Der plötzliche Fortschritt erklärt sich also nur durch die

Ereigniſſe. Der Norden hat allmälig einſehen lernen, daß nur die Sklaverei und die von ihr getragne Ariſtokratie die Urſache des Krieges waren; er hat erkannt, daß es ſich um die nationale Exiſtenz, um ein Ringen um Leben oder Tod handelt, und wollte deshalb nur dann fernere Opfer bringen, wenn die Regierung endlich Ernſt gegen den Feind zeigte. Lincoln gab nach, er verſprach in jener Proklamation, „den Kampf für die Idee" zu führen. Die Nähe der Rebellen bei Waſhington, die Verluſte der letzten Schlachten und die dadurch bedingten neuen Anforderungen an das loyale Volk trugen natürlich nicht wenig dazu bei, dieſen Erlaß zu beſchleunigen. Ein entwerthetes Papiergeld, drückende Steuern, die Schrecken der täglich nöthiger werdenden Aushebung, der Verſchwörung der Friedenspartei und die Enttäuſchung über M'Clellan's Feldzug in Virginien drückten den öffentlichen Geiſt ſchwer nieder. Die Rebellen ließen die Sklaven das Feld beſtellen, und die Weißen konnten in den Krieg ziehen. Man mußte ſie alſo ſchwächen, indem man ihnen die Arbeiter entzog. Die Alternative wurde täglich klarer: Untergang der Republik oder Aufhebung der Sklaverei! Lincoln hat ſich Ende Auguſt bei der Rückkehr der geſchlagenen Armee zuerſt von der Nothwendigkeit der Emanzipation überzeugt. Er deutete den in ihm vorgegangenen Aufſchwung ſeiner Anſicht auch in Privatgeſprächen und Briefen an. Nur wollte er ihn der Welt nicht im Augenblick einer Niederlage verkündigen, in welchem die Vertreibung der Bundesbehörden aus Waſhington nicht zu den Unmöglichkeiten gehörte. Erſt als Lee bei Antietam geſchlagen und ſeine Armee auf dem Rückzug begriffen war, krönte Lincoln den nördlichen Sieg durch ſeine Proklamation vom 22. September.

Es ſind überhaupt jetzt nicht mehr die Abolitioniſten, welche die radikalſten Forderungen ſtellen, ſondern ehemalige Demokraten, alſo Männer, welche noch vor Ausbruch des Krieges die Vertheidiger der Sklaverei waren. Ich will hier zwei ehemalige Repräſentanten dieſer Partei ſprechen laſſen, den Geſchichtsſchreiber George Bancroft, welcher bis zum Frühjahr 1861 ein unbedingter Anhänger von Douglas war, und Herrn Robert Dale Owen, den Sohn des ſchottiſchen Philanthropen und ehemaligen Geſandten (unter Pierce) in Neapel. So ſagt jetzt Bancroft in einem Schreiben vom 18. Oktober, worin er die ihm angebotene Kan-

didatur für den Kongreß ablehnt, u. A.: „Die Partei im Süden, welche diesen ruchlosen Krieg angestiftet hat, war nie eine demokratische; sie war vielmehr stets die erbittertste Feindin der Demokratie, denn sie beruht auf der engherzigsten und egoistischsten Oligarchie, welche durch die Nothwendigkeit ihrer eignen Natur gezwungen wird, die demokratischen Prinzipien zu vernichten, die Macht des Volkes zu verneinen und die Union zu zerstören. Wir müssen also aus allen Kräften, mit allen Mitteln den Krieg gegen die Rebellen führen; wir müssen ihn siegreich zu Ende führen, koste es, was es wolle." Gleichsam an diese Worte anknüpfend, schreibt Owen in einem Briefe an den Finanz-Minister Chase unterm 1. November: „Wir können höchstens einen Waffenstillstand erkaufen und uns eine Galgenfrist sichern, während welcher wir zu unserer Geldmacherei zurückkehren mögen, bis der Sturm mit erneuerter Kraft wieder ausbricht. Wenn wir über die Gegenwart und unsern Eigennutz hinausblicken, wenn wir an unsere Kinder denken und wünschen, daß sie dereinst in einem glücklichen Lande leben und friedlich sterben mögen, so müssen wir so handeln, daß das Resultat ein dauerndes bleibt. Wir dürfen die bösen Tage nicht von uns schieben. Die Wurzel des Uebels, die Ursache des Krieges muß ausgerottet werden. Im Augenblicke herrscht in den Herzen aller guten Menschen in diesem großen Lande kein tieferes Gefühl, keine ernstere Sehnsucht, als der Wunsch nach Frieden; Frieden nicht für einen Tag, sondern für Jahre, auf felsenfesten Grundlagen, für uns und unsere Kinder. Mögen die Lenker unserer Geschicke der Ueberzeugung offen sein, daß Alles nur in Schmach und Hohn für uns ausschlägt, wenn der Preis des Friedens nicht die unbedingte Emanzipation der Sklaven ist."

Noch mächtiger und eindringlicher, als die Stimmen dieser Männer und Hunderte ihnen Gleichgesinnter, sprechen aber die Ereignisse in einzelnen Sklaven-Gränzstaaten. In Missouri, bis 1861 einer der festesten Burgen der Sklavenhalter, wo die Zahl der Sklaven seit April 1861 von 90,000 auf etwa 40,000 gesunken ist, hat bei den letzten Wahlen die Emanzipationspartei glänzend gesiegt. Sie zählt jetzt doppelt so viel Senatoren und Abgeordnete, als die Demokraten, und wird nicht allein zwei republikanische Senatoren nach Washington schicken, sondern auch die Aufhebung der Sklaverei als ihre erste legislatorische Akte be-

ſchließen. Im Laufe dieſes Winters noch wird Miſſouri ein freier Staat ſein. Das Hauptverdienſt dieſer Wendung zum Beſſern gebührt unſeren tapferen deutſchen Landsleuten und der deutſchen Preſſe von St. Louis. Der wackre Friedrich Münch, der vor drei Jahren Einwanderer für das erſt frei zu machende Miſſouri ſuchte, ließ ſich damals wohl nicht träumen, daß ſeine Hoffnung ſich ſo bald erfüllen würde; jetzt ſitzt er als Staatsſenator in Jefferſon City. Im kleinen Delaware iſt ein unioniſtiſch geſinnnter Gouverneur, Cannon, mit einer ungeheuren Majorität gewählt worden. Es fehlten nur ein paar Stimmen, ſonſt hätten die Emanzipationiſten dort die ganze Legislatur und ihre Kongreß-Abgeordneten gewählt. Auch Kentucky neigt ſich immer mehr auf die freiſtaatliche Seite; an der Spitze der dortigen Fortſchrittspartei ſteht Buchanan's ehemaliger Miniſter, Holt, ein energiſcher Mann, welcher früher die ſogenannte Gränzſtaatenpolitik vertheidigte, jetzt aber in der Abſchaffung der Sklaverei das einzige Heil für die Gränzſtaaten erblickt. Zu dieſen erfreulichen Erſcheinungen kommt noch, daß ſich das Verhalten der Schwarzen in jenen Staaten der weißen Bevölkerung gegenüber nicht im mindeſten verändert hat; es ſcheinen ſich der großen ſtatutariſchen Veränderung ihrer Freigebung alſo keine ſozialen Schwierigkeiten in den Weg ſtellen zu wollen.

3. Dezember 1862.

Vorgeſtern, am 1. d. Mts., iſt der Kongreß zu ſeiner kurzen Sitzung (bis zum 4. März) wieder zuſammengetreten. Erwähnenswerthe Geſchäfte ſind natürlich bis jetzt noch nicht verhandelt worden; dagegen hat der Präſident gleich am erſten Tage ſeine Botſchaft, ein überaus wichtiges Dokument, eingeſandt. Wenn auch kein elegant geſchriebenes Aktenſtück, ſo ſteht ſie doch einzig in ihrer Art da, denn ſie erklärt aller Welt, daß die Sklaverei die einzige Urſache der gegenwärtigen Rebellion ſei und daß man, um die Republik und Union zu erhalten, die Sklaverei ausrotten müſſe. Noch nie, ſelbſt in den glänzendſten Zeiten der Vereinigten Staaten, hat einer ihrer Präſidenten ſo rückhaltlos ſich über die Sklaverei zu äußern gewagt. Das Dokument bildet daher einen gewaltigen Meilenzeiger in der Entwicklung des Landes und

kann, was sich auch ereignen möge, nicht so leicht wieder ungeschehen gemacht werden. „Nicht der Süden allein", so lauten die hauptsächlichsten Gründe des Präsidenten für die Entschädigung und die Ausdehnung des Termins bis zum Jahre 1900, „ist für das Vorhandensein der Sklaverei verantwortlich; wir Alle, die wir Baumwolle und Zucker konsumiren, sind es mit. Wenn also jenes Eigenthum geopfert werden soll, so müssen wir Alle uns dem Opfer unterziehen. Und selbst die Sparsamkeit gebietet es, wenn wir finden, daß unter Ablösung der Sklaverei die Union mit einer geringern Summe Geldes zu retten wäre, als der Krieg kostet. Die zur Ablösung der Sklaverei erforderliche Summe würde nicht, wie die Kosten des Krieges, auf einmal zu bezahlen sein, sondern ihre Verausgabung würde sich auf einen Zeitraum von 37 Jahren vertheilen, nach dessen Ablauf die Bevölkerung des Landes wahrscheinlich von 31 auf 100 Millionen Seelen gestiegen sein wird, so daß der auf jeden Einzelnen fallende Antheil der zu zahlenden Summe unverhältnißmäßig geringer sein würde, als jetzt der Antheil jedes Einzelnen an den Kriegskosten." Aber das ist nicht der Punkt, auf den es für das Recht und Gewissen der Nation ankommt: die Sklaverei muß ohne jede Entschädigung der Besitzer abgeschafft werden!

1863.

6. Januar 1863.

Präsident Lincoln hat am 1. Januar d. J. im Einklange mit seiner Proklamation vom 22. September 1862 die Sklaven-Emanzipation in den Rebellenstaaten verkündigt. Dieses Ereigniß ist so wichtig und folgenschwer, daß selbst die willkürlichen Ausnahmen, welche der Präsident zu machen für gut befand, seine Bedeutung nicht zu schwächen vermögen. Statt nämlich, wie er damals versprochen hatte, unbedingt alle Sklaven für frei zu erklären, welche sich am 1. Januar in einem gegen die Union rebellirenden Staate vorfinden würden, schloß der Präsident beinahe das ganze südliche Louisiana von den Mississippi-Mündungen bis Baton Rouge (85,786 Sklaven), Ostvirginien (38,182),

Tenneſſee (275,719) und Kentucky (225,383 Sklaven) von den Wirkungen dieſer wohlthätigen Maßregel aus. Die trügeriſche Hoffnung, die Sympathien der aufſtändiſchen Sklavenhalter in Louiſiana durch ſchwächliche Milde gewinnen zu können, und die falſche Unterſtellung, daß Tenneſſee, Oſtvirginien und Kentucky als Gränzſtaaten die Regulirung der Sklavenbefreiung am wirkſamſten ſelbſt in die Hand nehmen würden, ſind die Beweggründe für ſeine Schonung. Die Zahl der durch die Botſchaft vom 1. Januar befreiten Sklaven beträgt nicht weniger als 3,124,672, umfaßt alſo mehr Seelen, als die Vereinigten Staaten zur Zeit des Revolutionskrieges hatten. Allerdings ſieht es wie ein Widerſpruch in ſich ſelbſt aus, daß die Sklaverei grade in denjenigen Staaten und Theilen von Staaten abgeſchafft wird, über welche (mit nur geringen Ausnahmen in Nord- und Süd-Carolina) die Unions-Truppen noch keine Gewalt haben, und daß ſie grade in denjenigen nicht angetaſtet wird, in welchen die Vereinigten Staaten ihr Kriegsrecht auszuüben im Stande ſind. Dieſes thatſächliche Verhältniß verliert aber, vorbehaltlich der oben erwähnten Ausnahmen, den Anſchein des innern Widerſpruches, wenn man ſich vergegenwärtigt, daß der Präſident ſeine Proklamation nur in ſeiner Eigenſchaft als oberſter Kriegsherr erläßt, und daß nur von dieſem Standpunkte aus ſeine Einmiſchung in die Angelegenheiten der Einzelſtaaten konſtitutionell gerechtfertigt werden kann. Nachdem Miſſouri und Maryland wieder ihre eigene Staats-Regierung eingeſetzt haben, muß der Präſident ihre Selbſtändigkeit reſpektiren, wenn er nicht das von den Einzelſtaaten aufs eiferſüchtigſte gewahrte Self-government in ſeinem Weſen verletzen, ja, zerſtören will. Dieſen Fundamentalſatz der amerikaniſchen Verfaſſung, der längſt in Fleiſch und Blut des Volkes übergegangen iſt, wagt aber kein Präſident zu bezweifeln, geſchweige denn anzugreifen. Vorläufig iſt alſo die Proklamation Lincoln's noch nichts als ein Programm, als ein mächtiger Schritt vorwärts, der ſo leicht nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Es hängt jetzt vom Heere und von der Flotte ab, ſie zu einer Realität zu geſtalten und als wirkſamſte Waffe zur Niederwerfung des Aufſtandes zu ſchwingen. Je eher es ihnen gelingt, in den Baumwollenſtaaten feſten Fuß zu faſſen, deſto ſchneller iſt es um die Sklaverei geſchehen.

Die Aufſtändiſchen ſind nicht umſonſt ſo erbittert ob dieſer „Bulle gegen den Mond", wie ſie in ſchlecht verhehltem Aerger die Lincoln'ſche Emanzipations-Botſchaft nannten; ſie wiſſen nur zu gut, daß ihnen Wunden damit geſchlagen werden können, von denen ſie ſich vorausſichtlich nie erholen werden. Es iſt bereits eine über jeden Zweifel erhabene Thatſache, daß ſelbſt bis ins Innere der ſüdlichen Staaten hinein die Sklaven recht gut wußten, daß ſie bis zum 1. Januar frei werden ſollten; ja, man iſt ſelbſt in Alabama und Miſſiſſippi Verbindungen unter Schwarzen auf die Spur gekommen, deren Aufgabe es iſt, des Präſidenten Proklamation zu verbreiten und zur Kenntniß der entlegenſten Pflanzungen zu bringen. Dieſe Erſcheinung hat durchaus nichts Seltſames, wenn man erwägt, daß überall an den Grenzorten Berührungen mit den Baumwollenſtaaten Statt finden, ja, daß ſie ſich in Arkanſas, Nord-Carolina, Miſſiſſippi, Louiſiana und Alabama bis tief ins Innere erſtrecken, und daß die Sklaven trotz ihrer abſichtlich von den Herren gepflegten Unwiſſenheit doch klug genug ſind, ihren Vortheil zu begreifen und Gebrauch davon zu machen. Wahrhaftig, wenn die Führer des Aufſtandes die geſchworenſten Feinde der Sklaverei geweſen wären, ſie hätten nicht wirkſamer für ihre Aufhebung arbeiten können. Was will die dreißigjährige Agitation der Abolitioniſten gegen die Propaganda heißen, welche die Sklavenhalter ſelbſt ſeit der Beſchießung des Fort Sumter gegen die Sklaverei gemacht haben? Selbſt die in den letzten Herbſtwahlen gewählten demokratiſchen Gouverneure, wie z. B. Seymour von New-York, haben ſich für die Nothwendigkeit der Fortführung des Krieges erklärt. Der General Butler drückt am unverhüllteſten die Sinnesänderung aus, welche in der Armee um ſich gegriffen hat. Butler war im April 1860 Präſident des Konvents in Charleston, welcher den jetzigen Rebellengeneral John C. Breckenridge als Präſidentſchafts-Kandidaten aufſtellte, gehörte alſo zu der Partei, welche unbedingt für die Sklaverei war und in keinem der nördlichen Staaten ſiegte. Jetzt, bei ſeinem Abſchiede von den New-Orleanſer Bürgern, ſagt derſelbe Butler u. A.: „Wenn Ihr wünſcht, Eueren Kindern die Erbſchaft Euerer Väter, eine dauerhafte bürgerliche Regierung zu hinterlaſſen; wenn Ihr die Größe Eures Handels wieder aufleben ſehen

wollt, wenn Ihr wieder ein Theil des größten Reiches, welches die Sonne je beschien, werden wollet, so kehrt zur alten Treue zurück. Es steht nur Eins im Wege — die Sklaverei. Diese von Gott verfluchte Institution, die hier ihre letzte Zuflucht hat, wird nach seiner Vorsehung hier ausgerottet werden, wie das Unkraut aus dem Weizen, sollte selbst Weizen mit ausgerissen werden müssen. Ich habe viel hierüber nachgedacht. Ich kam unter Euch, durch meine Erziehung, durch Gewohnheit meines Denkens, politische Stellung, gesellschaftliche Verwandtschaft geneigt dazu, Eure inneren Gesetze aufrecht zu erhalten, wenn es mit der Sicherheit der Union vereinbar wäre. Monate der Erfahrung und Beobachtung haben mir die Ueberzeugung aufgezwungen, daß das Bestehen der Sklaverei mit Eurer Sicherheit und mit der Union unvereinbar ist. Wie das System allmälig zu seiner jetzigen Größe angewachsen ist, wäre es das Beste, es könnte auch allmälig abgeschafft werden. Aber es ist besser, weit besser, daß es auf einmal entfernt wird, als daß es länger die sozialen, politischen und Familienbeziehungen Eures Landes vergiftet. Ich spreche nicht aus philanthropischen Rücksichten für die Sklaven, sondern bloß von den Wirkungen der Sklaverei auf die Herren. Urtheilt selber! Sehet Euch um und sagt, ob dieser betrübende und zerstörende, tödtliche Einfluß nicht die ganze Grundlage Eurer Gesellschaft zerfressen hat! Das, was ich hier spreche, sind die Abschiedsworte eines Mannes, der seine Hingebung an sein Vaterland bewiesen hat mit Lebensopfern, der dabei weder Hoffnung noch Interesse außer dem Eures Besten haben kann, und dem — der Himmel ist mein Zeuge — diese Ansichten von der Erfahrung aufgenöthigt worden sind." Wie sehr hatte Alexander H. Stephens, der Vize-Präsident der Rebellen, Recht, als er sich gegen die ersten Lostrennungsgelüste des Südens mit den Worten erklärte: „die Sezession ist das allergefährlichste Mittel zur totalen Abschaffung der Sklaverei." Lange schon schwach in sich und im Widerspruch zur fortgeschrittenen ökonomischen Entwicklung, so wie zu den sittlichen und politischen Voraussetzungen des amerikanischen Staatslebens, konnte sie sich nur so lange behaupten, als die Unions-Regierung ihre schützenden Hände über sie hielt. Sobald ihr dieser Schutz aber entzogen ward, hörte sie auf, eine politische Macht zu sein.

31. Januar 1863.

Es läßt sich allerdings nicht in Abrede stellen, daß die Regierung in Folge ihrer eignen Schwäche und Inkonsequenz mit numerisch einer starken Opposition zu kämpfen hat, indessen dürfen Sie andrerseits nicht übersehen, daß diese Opposition, so stark sie auch in der Negation sein mag, doch nichts Positives leisten kann. So lange sie noch unter dem Vorwande einer energischern Kriegsführung der Administration gegenüber trat, konnte sie eine augenblickliche Majorität in verschiedenen nördlichen Staaten gewinnen; seit sie aber bessere Mittel und Wege zur Wiederherstellung der Union angeben soll, fängt sie an, aus einander zu fallen und sich wieder in ihre ursprünglichen Elemente aufzulösen. John van Buren z. B. erklärt sich jetzt für die unbedingte Fortsetzung des Krieges und stößt damit selbstredend die Friedens-Demokraten vor den Kopf. In der Legislatur von Illinois setzt die Majorität die Berufung eines National-Konvents von Louisville durch, der Senat dagegen tritt ihr nicht bei, weil einige Demokraten inzwischen abgefallen sind. Vallandigham von Ohio hält eine Rede für unbedingten Frieden und wünscht sogar die alte Konstitution durch einzelne Paragraphen zum Besten der Sklaverei zu bereichern; die Legislaturen von Indiana, Kentucky und New-Jersey dagegen, mit deren Initiative seit Monaten so sehr geprahlt wurde, lassen gar nichts von sich hören. Möglich genug, daß diese Verzagtheit der nördlichen Demokraten, die jetzt nach einer kleinen und giftigen, das Wappen Süd-Carolina's zierenden Schlange Copperheads genannt werden, durch den Uebermuth und den Stolz des Südens hervorgerufen ist, welcher von keiner Vermittlung hören wollte und jede Annäherung seiner nördlichen Freunde mit souveränem Hohne zurückwies. Thatsache aber ist, daß die Copperheads deshalb auf einmal wieder die Union wollen, weil sie bei einer Trennung des Südens selbst jede Aussicht auf politische Macht und einen später wieder zu gewinnenden Einfluß verlieren würden. Sobald sie keine Handlangerdienste für den Süden mehr thun können, sind sie ohnmächtig und brodlos. Die Politik ist eben ein Geschäft wie andere hier zu Lande; der Verdienst für dieses Geschäft kommt aber den Demokraten lediglich aus dem Süden. Sie

sind seit länger als einem Menschenalter gewohnt, in Empfang zu nehmen, was die südlichen Barone für sie übrig lassen. Das ist auch der Grund, weshalb, wenn auch nicht alle, so doch viele Demokraten bei einer wirklich versuchten Zerreißung der Union durch Louis Napoleon sich gegen die französischen Eindringlinge erklären würden, denn diese müßten ihnen unbedingt bei weiterm Vordringen das Geschäft verderben. Geht also Louis Napoleon über bloße Drohungen hinaus, so hat er das unfreiwillige Verdienst, den Norden eher geeinigt und die Union früher hergestellt zu haben, als dies unter gewöhnlichen Umständen der Fall gewesen sein würde.

17. Februar 1863.

Die Lage der Dinge ist hier im Augenblick eine sehr kritische, und nirgends zeigt sich auch nur die mindeste Aussicht auf eine Wendung zum Bessern. Im Gegentheil vergrößern sich die Verlegenheiten mit jedem Tage. Der Verrath wagt sich ganz offen hervor, und Niemand ist da, der ihn niederzuschmettern die Kraft hätte. Die Regierung hat durch ihre schwankende, zögernde Politik und Halbheit den letzten Rest von Achtung verloren; sie wird von ihrern Gegnern jetzt förmlich verhöhnt, ja ungescheut beschimpft, und sie besitzt weder den Verstand noch den Willen, sich Gehorsam und Respekt zu verschaffen. Die Demokraten sind in weniger als zwei Jahren wieder zu einer mächtigen Partei geworden, treten ungestüm fordernd auf, drohen offen mit einer Revolution und bilden selbst in den Legislaturen der meisten freien Staaten eine durch ihre Zahl höchst ansehnliche Minorität. In der new-yorker Gesetzgebung halten sie jetzt den Republikanern so ziemlich das Gleichgewicht. In Pennsylvanien und New-Jersey wählten sie jüngst Gegner des Krieges zu Senatoren der Vereinigten Staaten. Diese Demokraten klagen über den Krieg als einen ungerechten und tyrannischen, bedauern die „irregeleiteten südlichen Brüder" und ergießen ihren ganzen Haß über die Anhänger der Regierung, die durch ihren abolitionistischen Fanatismus das ganze Unglück verschuldet haben sollen, obgleich selbst die radikalsten Abolitionisten nie zu einer Gewaltthat gegen die Union, geschweige denn zum Kriege gerathen haben oder geschritten sind. Im Nordwesten, namentlich in den Staaten Illinois und Indiana, bestand

eine vollständige demokratische Verschwörung, die auf nichts Geringeres als Verhaftung der republikanischen Gouverneure Yates und Morton, sowie der republikanischen Mitglieder der dortigen Gesetzgebung ging. Die edlen Vaterlandsretter erwarteten die Losung aus New-York von dem neuen demokratischen Gouverneur Seymour, der, wie es im Westen hieß, bei seinem Amtsantritt die new-yorker Regimenter aus dem Felde zurückzurufen und sich gegen die Fortsetzung des „brudermörderischen" Krieges auszusprechen beabsichtigte. Aber Seymour that in seiner Antritts-Botschaft keins von beiden, beschränkte sich vielmehr auf eine ziemlich unfruchtbare Diskussion der Staatenrechte gegenüber dem Bunde, und so fiel auch die westliche Rebellion in's Wasser.

24. Februar 1863.

Eine andre Entscheidung als durch die Waffen halte ich nicht mehr für möglich. Die südlichen Führer müssen bis auf den letzten Mann kämpfen; sie können keinen Frieden brauchen und sind deshalb entschiedener als der Norden für den Krieg, da dieser ihr Sein oder Nichtsein bedingt. Die in den letzten Wochen hierher gedrungenen Nachrichten aus dem Süden beweisen aber, daß die dortige Regierung gar nicht so unbedingt vom Volke unterstützt wird, ja, daß sie bereits mit einer bedeutenden Opposition zu kämpfen hat und daß die Verhältnisse so sehr aufs Aeußerste gespannt sind, daß eine einzige Schlacht oder ein einziger entscheidender Schlag die ganze Konföderation über den Haufen zu werfen vermag. Jedes Uebel, über welches wir hier zu klagen haben, besteht im Süden in doppelt hohem Grade. Dort sind die einfachsten Lebensbedürfnisse, an denen man nirgends im Norden Mangel leidet, ganz enorm theuer und fast unerschwinglich. In Richmond in Virginien z. B. kostet das Pfund Butter anderthalb Dollar, Mehl 22 Dollars per Faß, Wollenzeug 28 Dollars die Yard, Schuhe 60 Dollars das Paar, und Salz 80 Dollars der Sack. In ganz Mobile, Savannah und Augusta gibt es keinen Teppich mehr, da er überall zu Decken für die Soldaten verbraucht ist. Die südlichen Zeitungen kosten $2\frac{1}{2}$ Dollar per Monat; sie sind meistens auf graubraunes Löschpapier gedruckt. Da der Süden nur von seiner Ausfuhr lebt, so sind

alle Klaſſen gleichmäßig von dieſer Noth betroffen; eine entwickelte Induſtrie, welche die Rohſtoffe verarbeitet, exiſtirt dort bekanntlich nicht, und der Handel hat ſo gut wie aufgehört. Während im Norden die Preiſe der Lebensbedürfniſſe nicht im Verhältniſſe zum Golde geſtiegen ſind, und während dort heutzutage ſelbſt der Papier-Dollar immer noch für 75 Cents Werth liefert, obwohl er, am Golde gemeſſen, nur 60 Cents gilt, iſt im Süden die Preisſteigerung doppelt und dreifach ſo groß, als die Entwerthung des Papiergeldes. Zu dieſem Uebelſtande kommt die Oppoſition der loyalen Südländer, welche ſich in der letzten Zeit namentlich in Nord-Carolina und Oſt-Tenneſſee gegen die Herrſchaft Jefferſon Davis' offen herauswagt. Dieſer mußte ſogar Truppen nach Oſt-Tenneſſee ſchicken, um den gegen ihn ausgebrochenen Aufſtand zu dämpfen. Der Süden iſt nur vorläufig und in dem einen Punkte im Vortheil vor dem Norden, daß er eine energiſche revolutionäre Regierung hat, die vor keinem Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Gewalt zurückbebt, während Lincoln und ſeine Rathgeber Verſöhnlichkeit predigen und den Verrath ermuntern. Ein energiſcher Kriegs-Miniſter und Staats-Sekretär ſind immer noch im Stande, die bisherigen Niederlagen der Unionswaffen auszuwetzen.

1. März 1863.

Die in Waſhington aus Richmond angelangten politiſchen Verbannten entwerfen ſehr düſtere Schilderungen von den öffentlichen Zuſtänden im Süden. Ihren Verſicherungen zufolge werden abſichtlich die Preiſe aller Lebensbedürfniſſe in den Richmonder Zeitungen viel niedriger angegeben, als ſie in Wirklichkeit ſind. Die unbemittelten Leute ſollen furchtbar unter der Theuerung leiden, da mit dieſer im Süden nicht wie im Norden eine Steigerung des Erwerbslebens und eine mit der Entwerthung der Valuta im Verhältniß ſtehende Erhöhung der Einnahmen Hand in Hand geht. Ueberdies iſt nicht bloß die Störung der Valuta die Urſache der Theuerung, ſondern auch wirklicher Mangel. Die letzte Getreide-Aernte im Süden iſt, wie die dortigen Zeitungen jetzt nicht mehr verhehlen, faſt ganz mißrathen und ihr Ertrag wird nicht mehr bis zum nächſten Jahre ausreichen. Wenigſtens ſteht in den, vom allgemeinen Verkehr weniger berührten Gegenden mit Sicherheit

wirkliche Hungersnoth zu erwarten. Die tägliche Ration der südlichen Soldaten soll nur noch aus ¼ Pfund Fleisch und 12 Unzen Mehl bestehen, während ein Unionssoldat 1¼ Pfund Fleisch und 22 Unzen Mehl erhält. Ich will mit der Wiederholung dieser Berichte nicht sagen, daß selbst, wenn sie alle wahr sein sollten, damit der Aufstand in sich zusammenbrechen müßte, im Gegentheil ist es leicht möglich, daß die Noth und das Elend den Fanatismus der Massen nur noch steigern werden; allein sie sind doch sehr bedenkliche Symptome, und dann — das ist ihr praktischer Nutzen — flößen sie dem leichtgläubigen Norden eine größere Energie in Verfolgung des Krieges ein. Die Stimmung ist hier nach wie vor bedeutend besser. Die sogenannten loyalen Ligueu, welche, von den großen Städten ausgehend, aller Orten auftauchen, wirken in dieser Richtung sehr günstig; indessen verpufft fast alle Kraft in eitlen Demonstrationen und Reden; eine energische That ist von diesen Ligueu weder angebahnt noch vorgeschlagen, geschweige denn ausgeführt. Ich halte ihren Nutzen darum auch für einen mehr indirekten und negativen; sie halten die sogenannten Copperheads nieder und lassen im Norden eine unverhohlene Sympathie für die Rebellen, wie sie in Folge der Wahl des Gouverneurs Seymour in New-York sich ungescheut aussprach, so leicht nicht wieder aufkommen.

10. März 1863.

Der Kongreß hat sich am 4. d. M. vertagt. Die ausschließliche Thätigkeit seiner letzten Sitzungen ging dahin, der Regierung die Mittel zur Niederwerfung des Südens an die Hand zu geben. Er hat ihr in der That fast unbeschränkte diktatorische Befugnisse verliehen. Kein römischer Diktator konnte freier mit dem Gute und Blute des Volkes schalten, als der Präsident der Vereinigten Staaten es kann, seit er den Befehl über die ganze Wehr- und Geldkraft des Landes in seiner Hand vereinigt. Als oberster Kriegsherr hat er jetzt durch das neue Konskriptionsgesetz die Befugniß, über die waffenfähige Jugend jedes Einzelstaates zu verfügen und die Organisation der Armee so zu verändern, wie es die moderne Kriegführung erfordert und Kaperbriefe auszustellen, um den Schiffen der Rebellen das Handwerk zu legen. Dann aber

hat der Finanzminister alle von ihm verlangten Mittel bewilligt erhalten, um die Kriegsbedürfnisse auf noch länger als ein Jahr zu bestreiten. Der jetzt abgetretene 37. Kongreß hat in runden Zahlen folgende kolossale Summen bewilligt: In der Extra-Sitzung vom Juli 1861 volle 264 Millionen Dollars, in der am 17. Juli 1862 beendeten Sitzung 913 Millionen, in der jüngst beendeten Sitzung 1100 Millionen, Summa 2,277,000,000 Dollars. Dazu kommt nun noch die Indemnitäts-Bill, welche den Präsidenten gegen zivilrechtliche Folgen sicher stellt, welche er sich aus angeblich ungerechten Verhaftungen auf den Hals geladen hat oder laden könnte und welche ihn zur Suspension des Habeas Corpus in jedem Staate der Union ermächtigt.

17. März 1863.

„Wir haben", sagte der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr Seward, dieser Tage zu einem fremden Diplomaten, „zwar keine großen Siege erkämpft, indessen auch keine großen Niederlagen erlitten. Unsre Sache steht also nicht schlecht, denn Verlust und Gewinn halten einander das Gleichgewicht." Diese Worte bezeichnen ganz den unverantwortlichen Leichtsinn, mit welchem die Regierung und zugleich das Volk den Krieg führen. Während das Kabinet dadurch, daß es die Feindseligkeiten in die Länge zieht und den Feind zu ermüden glaubt, allmälig die „verirrten südlichen Brüder" in seine Arme zurückzutreiben hofft, läßt sich das Volk in seiner wahrhaft kindlichen Einfalt von denselben Männern, die trotz der erniedrigendsten Anerbietungen vom Süden nicht zu Gnaden angenommen sind, langathmige Reden über die Nothwendigkeit der Erhaltung der Union halten, und glaubt das Vaterland gerettet zu haben, wenn es sich in hohlen Phrasen betäubt. Das Land ist reich an Mitteln aller Art, allein es fehlt ihm der sittliche Ernst, die Ueberzeugung von der Gerechtigkeit seiner Sache, der Glaube an sich selbst und die Energie des Hasses. Es muß entweder noch furchtbare Demüthigungen und Entbehrungen erleiden oder ganz ungewöhnliches Glück haben, wenn es diesen Krieg glücklich beendigen will. Oberflächliche Schmeichler haben die Amerikaner der Gegenwart oft und gern mit unseren Vätern aus dem Jahre 1813 verglichen; allein von der

Hingabe an das bedrängte Vaterland, welche unser Volk vor fünfzig Jahren begeisterte, bemerke ich hier nichts. Heute, am halbhundertjährigen Jahrestage des Aufrufes „An mein Volk", halte ich es, indem die Gestalten der „Helden alle" mahnend und aufmunternd vor meinem Geiste aufsteigen, doppelt für meine Pflicht, solche unberechtigte Prätensionen der Amerikaner zurückzuweisen. Uns Deutschen im Auslande, die wir sonst wenig oder gar nichts von der Heimath haben, ist es wahrhaftig zu gönnen, daß wir wenigstens die Ehrentage unsers Volkes feiern und uns Angesichts einer trüben Gegenwart in die hehre Vergangenheit unsrer Geschichte wie in ein stärkendes Bad versenken. Entschuldigen Sie deshalb diese Parallele und Abfertigung, die nicht so willkürlich sind, als sie Ihnen vielleicht scheinen mögen. Aber leider ist es wahr: hier wird so lange kein Ernst und keine Energie gezeigt werden, als noch so viel Geld verdient wird. Bis jetzt weiß man im Norden nur vom Hörensagen, was Krieg ist. Wenn man nicht auf Schritt und Tritt einem Krüppel auf der Straße begegnete, so sollte man sich im ewigen Frieden wähnen. Noch nie waren Luxus und Verschwendung hier so groß, noch nie in Folge einer schwankenden Papierwährung die Geschäfte so gewagt und die Spekulationen so wild, als seit Anfang dieses Winters. Es ist ein Zustand, wie der des sinkenden Roms, dessen Armeen an den Gränzen kämpften, während die Hauptstadt in ihren Lüsten und Genüssen erstickte. Uebrigens hinkt dieser Vergleich, wie so viele andere, denn hier zu Lande fehlt es an einer kräftigen Exekutive, welche die äußere Macht Roms selbst noch zu den Zeiten des Verfalls aufrecht erhielt. Hier nur ein Beispiel! Ein unter General Hunter in Süd-Carolina stehender Oberst Stephenson, der zeitweilig eine Brigade kommandirte, hatte gegen den Befehl des Ober-Generals erklärt, daß er nicht an der Seite eines Neger-Regimentes kämpfen werde und daß er der Kriegsmacht seines Landes, sobald sie Schwarze heranziehe, eine Niederlage wünsche. Hunter suspendirte den rebellischen Untergebenen sofort von seinem Dienste und sandte ihn zur definitiven Bestätigung seiner Entscheidung nach Washington. Was thut Lincoln? Er ernennt den sezessionistisch gesinnten Obersten zum General, um ihn für die erlittenen Unbilden zu entschädigen. Und jetzt soll man sich darüber wundern, daß in der Armee keine Disziplin

herrscht, daß die Soldaten den politischen Generalen nicht mehr gehorchen wollen!

28. April 1863.

Mit welcher Vorsicht übrigens die täglich wiederkehrenden Berichte von der Noth und dem Mangel an Lebensmitteln im Süden aufzunehmen sind, beweist die jüngst vom General Steele nördlich von Vicksburg nach Deer Creek (etwa 15 englische Meilen vom Mississippi) unternommene Razzia. Er zerstörte dort für mehr als drei Millionen Eigenthum, darunter Zug- und Rindvieh, Zucker, Melasse und Mais. Jene Gegend ist die aristokratischste am ganzen Mississippi, und wegen der „gentilen, fashionablen Nachbarschaft" hat das Land dort einen viel höhern Werth, als den durch seinen Ertrag bedingten. Die Bildung von Neger-Regimentern macht sehr schnelle Fortschritte am untern Mississippi. Die Schwarzen kommen zu Hunderten; neulich meldeten sich innerhalb dreier Tage 1500 bei dem mit der Organisation betrauten General Thomas. Dieser beabsichtigt vorläufig zwanzig schwarze Regimenter zu bilden. Noch hat man bei ihnen nur weiße Offiziere, der nächste Schritt wird sein, daß man die Offiziere aus den Reihen der bisherigen Sklaven nehmen wird. Dann haben wir also schwarze Offiziere in der Armee, und eins der am tiefsten gewurzelten Vorurtheile des hiesigen Volkes weicht vor der Nothwendigkeit einer energischen Kriegsführung. Wenn man einen nur flüchtigen Rückblick auf die jüngste Vergangenheit wirft, so sollte man kaum glauben, daß die Sklaven in weniger als zwei Jahren faktisch frei geworden sind. Es galt in den Augen der Weißen für ein Verbrechen, als Butler die Schwarzen für Kontrebande erklärte; Fremont und Hunter wurden wegen ihrer Entschiedenheit in Behandlung dieser Frage abgesetzt, und jetzt findet man es nicht allein ganz in der Ordnung, daß man den rebellischen Herren ihr schwarzes Eigenthum nimmt, sondern macht es auch zu Soldaten, setzt es als freie Arbeiter auf die verlassenen Pflanzungen und wird sich jeden Tag der Kraft und Bedeutung mehr bewußt, welche die Freigebung der Schwarzen für die glückliche Beendigung des Krieges hat. Was auch noch kommen mag, dieser Krieg hat der Sklaverei in den Vereinigten Staaten den Todesstoß gegeben; er hat in eben

so vielen Jahren, als es sonst Menschenalter erfordert haben würde, die Herrschaft der südlichen Barone gebrochen.

11. Mai 1863.

Der ganze Norden tröstet sich über die am 3. d. M. bei Chancellorsville und Fredericksburg erlittene Niederlage mit dem Bewußtsein, daß die Deutschen sie verschuldet hätten, indem das zum Theil aus Deutschen bestehende 11. Korps, welches am ersten Schlachttage auf dem rechten Flügel stand, von einem panischen Schrecken ergriffen worden sei und dem konzentrirten Angriffe Jackson's zu bald nachgegeben habe. Da die Bundesgenerale, welche von Lee und Jackson als unfähige Stümper verlacht werden, natürlich lauter Feldherren ersten Ranges sind, so mußte dem Volke ein Sündenbock vorgeführt werden. Die Kriegs-Korrespondenten, welche in erster Linie Geschichte machen, fanden ihn in den deutschen Soldaten.

Wahrhaft empörend ist die Gehässigkeit, mit welcher die Amerikaner in der Armee und in der Presse jetzt über das ganze deutsche Element in der Armee herfallen, es für durchweg feige erklären und ihm die Schuld für das Mißlingen des ganzen Feldzuges in die Schuhe schieben. Abgesehen davon, daß das Korps zu höchstens einem Drittel aus Deutschen besteht, daß die von Deutschen abstammenden Pennsylvanier doch so wenig Deutsche sind, als die Amerikaner Engländer, und daß das Korps endlich nicht einmal einen deutschen Chef hatte, so sind die Gründe für die Niederlage Hooker's denn doch in anderen Umständen zu suchen. Dieselben Truppen schlugen sich überall unter der Führung Sigel's ganz ausgezeichnet; sie waren es, die bei Cross Keys und später bei Manassas Jackson im Schach hielten, und jetzt sollen sie auf einmal Feiglinge geworden sein. Der Telegraph, der sonst so gut als keine Neuigkeiten berichten darf, trug die Kunde von der Retirade „der Deutschen" mit Windeseile nach allen vier Weltgegenden, und selbst bei den ruhiger und unparteiisch denkenden Amerikanern begegnete man einer gewissen Schadenfreude darüber, daß die Deutschen sich schlecht geschlagen haben sollten. Der Herald und andere demokratische Blätter gingen sogar so weit, politische Gegner wie General

Schurz herauszugreifen und ihnen die Schuld am ganzen Unglück aufzubürden. Schurz ist die Antwort nicht schuldig geblieben; er hat sich auf den Kommandirenden berufen, und dieser ihm ein glänzendes Zeugniß über seine persönliche Bravour und Umsicht ausgestellt. Abgesehen von diesen Einzelheiten ist es aber niederdrückend und entmuthigend, zu sehen, daß dasselbe Volk, zu dessen Vertheidigung die Deutschen freiwillig mit herbeigeeilt sind, diese uneigennützigen und tapferen Bundesgenossen bei dem ersten Rückschlage, den ihre Waffen erlitten, angreift und verleumdet, als kämpften sie für eine fremde Sache, während doch eine Niederlage der Deutschen erst recht eine Niederlage der Amerikaner ist. Dieses Ereigniß ist übrigens vortrefflich geeignet, den Deutschen ihre Stellung in Amerika klar zu machen. Sie mögen thun, was sie wollen, sie werden immer nur als brauchbare Arbeiter geduldet, nie und selbst dann nicht als Gleiche anerkannt sein, wenn sie sich auch durch ihre Thaten und Hingabe an die Interessen des Landes eine wohlberechtigte Anerkennung gesichert zu haben glauben. Das mögen sich namentlich die gebildeten Deutschen, die hierher kommen wollen, merken; sie bleiben tausend Mal besser zu Hause.

Die deutschen Generale wandten sich an uns nach New-York, damit wir ihnen von der größten Stadt des Landes aus Schutz und Hilfe gegen diese niedrigen und unbegründeten Angriffe böten. Wir haben beschlossen, eine große Massenversammlung zu berufen, auf welcher die Schlacht von Chancellorsville näher beleuchtet werden und das hiesige deutsche Element für seine Landsleute im Felde eintreten wird.

3. Juni 1863.

Gestern fand die angekündigte Massenversammlung im Cooper-Institut statt. Der in ihr herrschende Geist war vortrefflich. Da sie außerdem sehr gut besucht war und die Massen hier immer wegen ihrer Stimmen Eindruck machen, so ist sie auch ein großer Erfolg. Ich schicke Ihnen meine von einem hiesigen Blatt stenographirte Rede, welche Ihnen das Sachverhältniß hoffentlich klar darlegen wird. Ich bin ganz angeekelt ob all der Gemeinheiten, welche sich bei dieser Gelegenheit amerikanischer Seits mit wahrer Lust gegen uns Deutsche breit gemacht

haben. Es hat mir große Mühe gemacht, mich innerhalb des Maßes der Ruhe zu halten. Wahrlich, dieses Volk verdient nicht, daß die Deutschen sich für seine Sache schlagen. Es ist gut, daß diese Sache zugleich die heilige Angelegenheit der ganzen Menschheit ist.

Die Rede selbst lautet:

Meine Herren! Einer unserer beliebtesten lyrischen Dichter, Ferd. Freiligrath, hat in einem seiner schönsten vormärzlichen Gedichte Deutschland mit dem Shakespeareschen Hamlet verglichen, jenem dänischen Prinzen, welcher den an seinem Vater begangenen Mord zu rächen schwört, aber nicht zu rächen wagt, welcher heute energische Vorsätze faßt, aber morgen träumt und zaudert und sich ob seiner eigenen Schwäche in geistvollen Monologen selbst verhöhnt; mit jenem Hamlet, welcher stets den günstigen Moment zur Ausführung seines Racheplans verpaßt, und des Entschlusses ächte Farbe von des Gedankens Bläße ankränkeln läßt. Als er dann endlich in dem Augenblick, wo die auswärtigen Feinde bereits die Grenzen Dänemarks überschritten haben, die Klinge zuckt, um seinen heiligen Schwur zu erfüllen, da wird er selbst von ihr zu Boden gestreckt und zieht zugleich seinen nächsten Freund mit in sein ruhmloses Grab.

So ähnlich, ja zum Erschrecken ähnlich dieses Bild unserm Vaterland, selbst bis in seine jüngste Gegenwart hinein gewesen sein mag, so riesig auch die Kluft ist, welche im Leben unsers Volkes zwischen der intellektuellen Stärke und der handelnden Kraft gähnt, so viel eher bei uns der zögernde Gedanke denn die rasche That als das Maß aller Dinge gelten mag, so findet diese Parallele doch, wie mir scheint, auf uns Deutsche in Amerika keine Anwendung. Der Bruch, welchen wir mit unsrer Vergangenheit gewagt und die Nothwendigkeit, uns im hiesigen Leben zu behaupten, verlangen jeder Zeit von uns den frischen Entschluß und die bereite That. So war uns denn auch vom ersten Tage an, wo diese frechste aller Rebellionen ihren Angriff auf die Existenz der Nation wagte, jene Hamlet'sche Schwäche fremd, welche im entscheidenden Moment dem ungeduldigen Schlage ihres Herzens ein Halt zurufen muß. Nein, wir haben Alle die Tragweite und Wichtigkeit des dem Lande aufgedrungenen Kampfes sofort begriffen, und Jeder in seiner Weise und in seinem Kreise hat sich ohne Nebenabsichten und Nebengedanken daran betheiligt.

Wer war es, der in St. Louis, als die eingeborene Bevölkerung sich noch nicht herauswagte, zuerst den bewaffneten Widerstand gegen die täglich frecher auftretenden Sezessionisten organisirte; wer war es, der überhaupt den Staat Missouri für den Bund rettete? Es waren Lyons und Sigel an der Spitze der Deutschen. Unter den drei ersten St. Louiser Regimentern gab es kaum ein Dutzend Amerikaner. Wer waren mit die ersten Regimenter, welche von New-York ausmarschirten? Sie haben sie neulich mit zerschossenen Fahnen und schrecklich gelichteten Reihen wiederkehren sehen: es waren das tapfere 7. und 8. Regiment. Wo war es, wo in kaum vier und zwanzig Stunden ein ganzes Regiment gebildet wurde? Es war in Cincinnati;

es war das aus den braven Turnern unter Willich's und Stallo's Mitwirkung formirte erste deutsche Ohio Regiment, welches später bei Mill Creek den Sieg entschied. Wo erkannte das Land zuerst den Vorzug alter, gedienter und gut geführter Truppen vor jungen und schlecht geführten Soldaten? Es war bei Bull Run, wo die Blenker'sche Brigade die Ehre der amerikanischen Waffen und die Bundeshauptstadt rettete.

Soll ich noch weitere Beispiele geben, soll ich jedem einzelnen Regimente folgen? Ich kann es nicht, ich kann hier unmöglich die ganze Geschichte dieses Krieges erzählen, denn überall waren die Deutschen in erster Linie mit dabei, und von den zahlreichen Schlachtfeldern der letzten zwei Jahre giebt es kaum eins, auf welchem nicht deutsches Blut geflossen wäre. Ich konstatire zwar mit Stolz und Genugthuung, aber nicht aus Hochmuth oder Ueberhebung, daß unsere Landsleute im Osten und Westen während dieses ganzen Krieges ihre Pflicht gethan haben, und daß sie vor keinem Opfer zurückgescheut sind, um die Freiheit und Einheit des Landes zu retten. Wer seine Pflicht im vollsten Maße thut, verlangt keine äußere Anerkennung, keinen Dank für sein Thun. Er trägt die Belohnung in sich selbst, da das Bewußtsein recht gehandelt zu haben, sein ganzes Wesen hebt und veredelt. Ich glaube auch nicht, daß wir von unseren amerikanischen Mitbürgern zu viel Anerkennung verlangt oder gar wegen zu anspruchsvoller Forderungen Ursache zur Klage gegeben haben. Im Ganzen haben wir uns mit höchstens einem Dutzend Generalstellen begnügt, obwohl wir im Verhältniß zur Zahl der deutschen Soldaten und der Tüchtigkeit unserer meisten Obersten auf die doppelte und dreifache Zahl Anspruch gehabt hätten; wir haben, wenn wir hie und da über diese oder jene Persönlichkeit Klage führten oder gar dagegen auftraten, dieses im Interesse des Dienstes und um des bessern Erfolges der Bundeswaffen willen gethan, und ich weiß wirklich kein Beispiel, wo sich unsere Nationalität nicht freudig und willig dem Interesse des Ganzen und den Zwecken des Krieges unterordnet hätte. Nicht als Deutsche mit besonderen Rücksichten und Bedingungen für unser Volksthum, sondern als Glieder der Republik, deren Erhaltung die höchste Pflicht des einheimischen und des fremdgeborenen Bürgers ist, haben wir in diesem Kriege Partei ergriffen und entschieden Front gegen die Sklavenhalter gemacht.

Die einzige Bedingung, welche wir für diese Mitwirkung stellen, die einzige Belohnung, welche wir für unsere Hingabe verlangen, ist *Gerechtigkeit*. Wir wollen nicht *mehr*, aber auch nicht *weniger* sein, als die Amerikaner; wir wollen grade als das gelten und angesehen werden, was unsere Thaten und Verdienste werth sind. Ich denke, wir haben das Unsrige redlich gethan, um diese Forderung ganz kategorisch stellen zu können, um deren Billigkeit von Jedermann anerkannt zu sehen. Wir sind keine Hülfstruppen, welche sich anwerben lassen und mit ihrer Bezahlung auch ihren Lohn dahin haben, sondern uneigennützige Bundesgenossen, welche die Sache ihrer amerikanischen Mitbürger mit vollem Rechte als ihre eigene, als eine heilige Angelegenheit der ganzen zivilisirten Menschheit betrachten.

Wenden wir diese für unsre Stellung maßgebenden Gesichtspunkte auf die

traurige Veranlassung an, welche uns hier zusammengeführt hat, und welche Ihnen soeben von dem Herrn Präsidenten in ihrer weitreichenden Bedeutung mit so beredten Worten auseinandergesetzt ist.

General Hooker also läßt sich am 2. Mai bei Chancellorsville vom Feinde angreifen. Dieser stürzt sich zuerst auf seinen schwächsten Punkt, auf den rechten Flügel, welcher von dem angeblich rein deutschen, in der That aber aus etwa 4600 deutschen und 7000 amerikanischen Soldaten bestehenden 11. Armeekorps gebildet wird. Von dem dasselbe kommandirenden General Howard schlecht aufgestellt, dazu geschwächt und in der Luft hängend, ist es dem überlegenen Angriff des Feindes nicht gewachsen. Es weicht vor dem heftigen Anprall zurück und flieht natürlich in Unordnung. Ich bin weit entfernt, meine Landsleute gegen einen wohlbegründeten Vorwurf zu vertheidigen, sie gegen eine verdiente Anklage in Schutz nehmen zu wollen, allein ich behaupte kühn, daß im vorliegenden Falle ihre Flucht durch die kopflose Aufstellung bedingt war, daß jedes andre Korps in gleicher Weise geflohen wäre, und daß diese Flucht keineswegs den Wendepunkt der Schlacht bildete. Allein die Korrespondenten hatten nichts Eiligers zu thun, als die Deutschen noch vor ihrer Entscheidung für den Verlust der Schlacht verantwortlich zu machen. Während noch wenig oder gar keine Einzelheiten bekannt waren, stand die eine Thatsache an allen Zeitungsbulletins angeschlagen, und trug sie der Telegraph mit Blitzesschnelle nach allen Theilen der Union, daß das 11. Korps, welches früher von Sigel kommandirt worden, schimpflich geflohen, und daß einzig und allein die panic striken, cowardly Dutchmen den Verlust der Schlacht verursacht hätten. Die wohlwollenden Kommentare der Zeitungen sind Ihnen gewiß noch alle erinnerlich. Die New-York Times, nicht damit zufrieden, das ganze 11. Korps der Dutch cowards wegen der bei dieser Gelegenheit bewiesenen angeblichen Feigheit herunterzureißen, beging sogar die Infamie, ihren Berichten die Lüge hinzuzufügen, daß dieses 11. deutsche Armee-Corps bereits im vorigen Sommer zwei Mal vor Jackson geflohen, und daß dieser deshalb bei seinem Angriff auf dasselbe eines leichten Sieges gewiß gewesen sei, während es umgekehrt feststeht, daß es Sigel mit demselben Korps war, der den Feind in der letzten Hälfte des August von Washington ab, und im Schach hielt, und während selbst Pope den Sieg Sigels bei Manassais als solchen nach Washington telegraphirte. Der „Spirit of the Times" war so freundlich, zu bemerken, daß es den „Dutch" nicht gelungen, Hooker an den Feind zu verrathen. Am genialsten war die Tribüne; sie übertraf sogar ihre Feinde, den Herald, World und Expreß im Pathos ihrer sittlichen Entrüstung über eine Flucht, deren sich trotz Bull Run, Pittsburg Landung und Mechanicsville natürlich kein Amerikaner schuldig gemacht haben würde. Das von ihr vorgeschlagene Heilmittel war in der That ganz originell. Sie verlangte nämlich, das ganze 11. Korps niederzuschießen und, falls das nicht angehen sollte, es zu dezimiren. Wenn dieser Vorschlag nicht in's Gebiet des niedern Blödsinns gehört, so kann er nur dadurch erkärt werden, daß er mit dem sanften Friedensplane des Herrn Greeley im Zusammenhang steht; denn wenn jedes Korps, das einmal hat laufen müssen,

mit Mann und Maus erschossen wird, so bleibt zuletzt keine Armee mehr übrig. Es ist die Wiederholung der Geschichte vom Dr. Eisenbart, welcher den Patienten dadurch vom Zahnweh verhalf, daß er sie todtschoß. Wird Greeley's Rezept ausgeführt, so bleiben zuletzt nur noch Fernando Wood und Horace Greeley übrig, der Demagoge und der Narr.

Sie werden mir gewiß nicht zumuthen, daß ich den von unreifen penny a liners unsrer ganzen Nation gemachten Vorwurf der Feigheit einer ernsten Widerlegung würdige. Ich denke, wir können getrost unsrer 2000jährigen Geschichte die Antwort auf eine solche Abgeschmacktheit überlassen. Wie sich aber unsere hiesigen Offiziere und Soldaten schlagen, wenn sie verständig geführt werden und Vertrauen zur Festigkeit ihrer Führer haben, über diese leicht zu erhärtende Thatsache sind, denke ich, die Schlachtfelder der letzten zwei Jahre ihr Zeugniß auch den Amerikanern nicht schuldig geblieben. Ich behaupte sogar, daß die Ehre und der Muth der Mehrzahl der deutschen Kämpfer für die Republik ein wo möglich noch höherer ist, als derjenige der eingeborenen Soldaten. Die eingewanderten Deutschen haben ihre Ehre nicht allein im Lande ihrer Wahl und ihres augenblicklichen Aufenthalts, sondern auch im Lande ihrer Geburt zu wahren. Ihre Ehre ist also, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine doppelte, und wenn ihre Aufgabe eine schwierigere, so ist sie darum auch zugleich eine lohnendere und geistig erhebendere. Deutschland blickt mit Stolz und Freude auf alle seine Söhne, welche als Betheiligte an dem Kriege gegen die Sklaverei jetzt in die Geschicke dieses Kontinents praktisch eingreifen, und erwartet, daß sie ihre Schuldigkeit thun. Diesen Erwartungen ist bisher entsprochen worden, und — ich sage es mit stolzer Zuversicht — wird auch in Zukunft entsprochen werden. Es kann ihnen nur dadurch entsprochen werden, daß Jeder von uns sich hier in seinem Kreise bethätigt; die Früchte dieser Thätigkeit kommen aber in erster Linie den Vereinigten Staaten zu Gute.

Wenn jeder hier lebende Deutsche sich mehr oder weniger in dieser Lage befindet, so ist dieses Doppelverhältniß ganz besonders maßgebend für die deutschen politischen Verbannten, deren Tausende in der Bundesarmee und besonders im 11. Armeekorps dienen. Zwei Eigenschaften sind es vor Allem, welche den politischen Menschen machen, die hehre Anschauung vom Vaterlande und das starke Gefühl der persönlichen Würde. Das Exil, das fast Alles nimmt, legt, wie einer meiner Freunde und Schicksalsgenossen es jüngst bei andrer Gelegenheit schön und wahr ausgedrückt hat, zum Ersatz dafür den Keim dieser Kräfte in die Seele. Manchen daheim, wohl auch den Besten, bewältigt die Macht der vollendeten Thatsache, und in der Nähe der engen Verhältnisse verkümmert seine Vorstellung von dem noch immer zerklüfteten Vaterlande. Vor der Seele der ihr räumlich entrückten Verbannten steht aber die Heimath in ihrer ganzen vollen Größe und Schöne, kein Grenzpfahl, keine Schranke verkleinert sie ihnen, und sein ganzes Streben geht dahin, auch im Auslande als ein ihrer würdiger Sohn dazustehen. Auf der andern Seite aber treibt die Nothwendigkeit, welche ihn zwingt, auf seinen Beruf, auf die Ansprüche seiner Bildung, auf

seinen Stolz, auf die ganze bessere Hälfte seines Selbst zu verzichten und das mitten entzwei gebrochene Leben, so zu sagen, wieder von vorn anzufangen, das Selbstgefühl und den Lebenstrieb des geistigen Ich's in die Brust zurück, wo sich seine Selbstverleugnung zu unerschütterlicher Festigkeit und zum Keime unbeugsamen Mannesstolzes ansetzt. Solche Männer sind die meisten unserer hervorragenden militärischen Führer, deren uneigennützige Bundesgenossenschaft vom hiesigen Volke dankbar anerkannt, statt mißgünstig bekrittelt werden sollte. Treuere Fremde giebt es nicht und erprobtere Streiter sind so leicht nicht zu finden. Die Ziele der europäischen und amerikanischen Demokratie sind dieselben, und diese Solidarität der Prinzipien ist stärker als Stammes- oder Blutsverwandtschaft.

Soll ich sie Ihnen bei Namen nennen? Sie kennen sie Alle, diese Männer. Da hat zuerst Franz Sigel, unser bedeutendster militärischer Vertreter in diesem Kriege, sich durch seine Thaten in die Bücher der amerikanischen Geschichte eingeschrieben. Solange die Schlachten von Carthage und Pea Ridge genannt werden, so lange wird auch Sigel's Namen nicht vergessen werden. Hätte Sigel statt Howard das elfte Korps bei Chancellorsville kommandirt, so wäre die Schlacht vielleicht anders ausgefallen. Gleich nach Sigel kommt Schurz, einer der bestverläumdeten Männer im ganzen Lande. Ich wende mich jetzt an Sie, weder als Republikaner, noch als Demokraten, sondern als Deutsche und frage Sie, giebt es einen Deutschen in den Vereinigten Staaten, welcher seinen Landsleuten größere Ehre macht, welcher sie durch sein Beispiel, seine unermüdliche Arbeit und seine Dienste für eine hohe, edle Sache mehr hebt als Schurz? Sie Alle wissen, daß er mehr als ein Mal sein Leben für seine Freunde und sein Vaterland aufs Spiel gesetzt hat, und Sie sind deshalb im Voraus mit mir überzeugt, Sie brauchen es sich nicht erst hinterher vom General Hooker sagen zu lassen, daß er auch bei Chancellorsville seine Pflicht und mehr als seine Pflicht that. Neben Sigel und Schurz haben wir Generäle und Offiziere, wie Schimmelfennig und Willich, Weber und Schöpf, Steinwehr und Osterhaus, Schack und Dilger, welche Alle den alten Kriegsruhm unsrer Heimath hier neu bewahren und zum größten Theil für dieselben Grundsätze kämpfen, welche zwar zeitweise in Deutschland unterlegen sind, aber hier, soweit es von uns abhängt, siegen sollen. Zuletzt, wenn auch nicht als Letzten, lassen Sie mich den tapfern Obersten Elias Peissner aus München erwähnen, welcher an der Spitze seines Regiments auf demselben Boden fiel, welchen diejenigen, für welche er kämpfte, jetzt gern in ein Feld der Unehre für uns Deutsche verwandeln möchten. Erheben Sie sich zu Ehren des gefallenen Helden, zollen Sie seinem Andenken den schuldigen Tribut der Hochachtung! (Die ganze große Versammlung erhebt sich und steht einige Sekunden im feierlichen Stillschweigen.)

Ich muß gestehen, dieser übel verhaltene Haß der Amerikaner, welcher die erste Gelegenheit ergreift, um über die Fremden herzufallen, berührt mich schmerzlich. Noch schmerzlicher im allgemeinen Interesse ist mir aber die Wahrnehmung, daß der Amerikaner ein so geringes Verständniß von den noch zu bringenden Opfern zeigt,

daß er eine so naive Selbstgefälligkeit in dem Augenblick an den Tag legt, wo der Feind noch lange nicht überwältigt ist und wo es noch ungeheurer Anstrengung bedarf, um ihn niederzuwerfen. Wen traf denn die Schmach, wenn sie wirklich so groß war, mit ihrer ganzen Wucht und Schwere? Doch Niemanden anders als in erster Linie die amerikanische Republik, dieselbe Sache, für welche auch die Deutschen kämpfen. Ist da eine Schadenfreude am Platze? Gewiß nicht. Ist es patriotisch, hat es überhaupt Sinn und Verstand, über seine eigene Niederlage zu jubeln?

Als die Flucht von Bull Run stattfand und von den deutschen Regimentern gehemmt wurde, da sprach sich unter den eingewanderten Bürgern der Republik ein aufrichtiger, tiefgefühlter Schmerz über diese Niederlage der Bundeswaffen aus. Sie beklagten das Unglück, sie empfanden es selbstverständlich als ihr eigenes, aber sie fielen nicht grollend und schimpfend über die Geflohenen her.

Ich sehe hier ganz ab von der Mißachtung alles dessen, was das gewöhnlichste Anstandsgefühl fordert; aber in der gehässigen Verunglimpfung deutscher Soldaten liegt auch eine große Unklugheit. Sie führt nämlich in ihrer unausbleiblichen Wirkung nicht allein zu einer Erkaltung des Enthusiasmus der deutschen Bevölkerung, sondern verhindert auch den Wiedereintritt der unserm Volke angehörigen Truppen in die Armee. Vor der letzten Schlacht ließen sich die deutschen Freiwilligen gern wieder anwerben. Woher kommt es nun, daß trotz aller Handgelder und schöner Versprechungen sich von den vier zurückgekehrten deutschen Regimentern kaum fünfzig Mann wieder für den Dienst haben gewinnen lassen? Der Grund dafür liegt auf offener Hand. Ich habe noch nie einen Soldaten gekannt, der Willens wäre, den Feind in der Front zu bekämpfen, wenn seine Kameraden oder das Volk, welches er vertheidigt, jeden Augenblick bereit sind, ihm einen Hieb oder Stich von hinten zu versetzen. Diese Folge sollten unsere sonst so praktischen amerikanischen Freunde doch nicht ganz übersehen, zumal sie es bisher gewohnt waren, an dem deutschen Element wenigstens dessen Nützlichkeit anzuerkennen. Sie haben uns gern ermuthigt, ihre Tagelöhner, Handwerker und Buchhalter zu sein und sich natürlich die höheren Pflichten der Kapitalanlage und bedeutenderen Stellen und Würden vorbehalten. Vielleicht ist ihr jetzt plötzlich gegen uns angenommener Ton deßhalb umgesprungen, weil dieses Verhältniß nicht mehr andauern zu wollen scheint. Die hiesigen Deutschen sind neuerdings so frei gewesen, dem Lande auch Staatsmänner, weiter blickende Politiker und militärische Führer, nicht bloße „Politicians" und Jäger nach untergeordneten Stellen zu liefern, und deshalb hat, wie mir scheint, die bisherige Anerkennung ihrer Dienste der Eifersucht auf ihre täglich wachsende Bedeutung Platz gemacht. Der Seward, welcher uns 1860 Weihrauch streute, ist derselbe Seward, welcher uns 1863 überall schroff als Widersacher gegenüber tritt.

Die alten Politiker und die alten Familien des Landes betrachten das Land als eine ausschließlich ihnen gehörende und von ihnen auszubeutende Domäne. Sie sind, wenn auch nicht so offen und mächtig, wie die südliche Aristokratie, doch in diesem Punkte mit ihr, namentlich dem fremden Elemente gegenüber, wesentlich eines

Sinnes. Unter ihrem Einflusse ist das öffentliche Leben mehr und mehr selbstischen Bestrebungen dienstbar gemacht, die Politik verflacht worden, die Phrase und das Stichwort an die Stelle der Grundsätze und Ideen getreten, die Ehrlichkeit aus einem Gebote der Sittlichkeit zu einer Zweckmäßigkeitsregel herabgesunken. Nur durch diese Verderbniß der öffentlichen Zustände des Südens und des Nordens erklärt es sich, daß der Krieg einen so großen Umfang angenommen hat, da neben der Bekämpfung des Südens auch eine umfassende Reform des Nordens herging, mit der Niederwerfung der Aristokratie des Südens auch die Ausrottung des gewissenlosen Demagogenthums im Norden nothwendig geworden ist. Wird der Krieg in diesem Sinne durchgeführt, so ist er das größte Glück für ein Land, welches sonst leicht in Wohlleben, Korruption, Geld- und Ländergier ersticken würde. Ist aber der Erfolg gewiß? Wer kann es sagen? Schon oft in der Weltgeschichte ist eine eben so gerechte Sache unterlegen; ja der oberflächlichste Kenner der Entwicklung der Völker weiß, daß die Parteien, welche Recht hatten, viel häufiger geschlagen sind als diejenigen, welche Unrecht hatten. Oder waren vielleicht die Protestanten in Oesterreich nicht im Rechte, als sie ihre Religion gegen den Despotismus des Papstes und des Kaisers vertheidigten? Ist die Sache Mexico's gegen jenen blutigen Usurpator vielleicht eine schlechte? Die Geschichte ist keine arithmetische Aufgabe oder eine logische Formel, in welcher der Schluß sich mit Nothwendigkeit aus der Prämisse ergiebt, noch bewegt sie sich stets in grader, im Voraus fest stehender Linie. Oft erscheint sie willkürlich, oft macht sie einen Schritt vorwärts und zwei rückwärts oder verliert sich auf Seitenwegen und Umwegen, bis sie endlich den richtigen Weg wieder einschlägt. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es auch eine untergeordnete Frage, ob ein Volk für einige Jahrhunderte wieder in Anarchie und das Chaos zurückgeschleudert wird, denn die Welt geht nichts destoweniger anderwärts ihren Gang weiter. Wir Deutschen wissen das am Besten, da wir seit länger als zweihundert Jahren unter einem System gelitten haben, welches nur durch die Niederwerfung unsers Bürgerstandes und die Erhebung des Partikularismus möglich wurde. Jetzt erst erholen wir uns wieder und fangen an, die ersten Vorzeichen des herannahenden Morgens wahrer nationaler Wiedergeburt zu erkennen. Wir wollen hoffen und gern mit dahin arbeiten, daß die Vereinigten Staaten nicht durch einen ähnlichen nationalen Zersetzungsprozeß gehen mögen. Die Elemente fehlen dafür nicht; aber glücklicherweise gähren sie bis jetzt nur in atomistisch losem Nebeneinander; noch können sie durch die Energie und Einsicht des Volkes bewältigt werden. Will dieses aber siegen, so muß es alle Freunde der bürgerlichen Freiheit auf seine Seite ziehen, so muß es sich eine Hilfe suchen, wie sie ihm nur das liberale deutsche Element zu geben vermag, und wie sie ihm dieses nur als völlig Gleichberechtigter liefern wird.

Welche Stellung sollen nun wir Deutsche in diesem Kriege, in diesem Reformations- und Regenerationswerke einnehmen? Sollen wir uns mit dem bloß moralischen Einfluß begnügen? Durchaus nicht! So löblich es an sich auch sein mag, so ist es doch nicht genug, daß wir als Individuen die hier vorgefundene politische

Freiheit mit dem Geiste deutscher Gesittung und Humanität durchdringen; es ist nicht genug, daß Einzelne von uns den Amerikanern das Banner freier Forschung und uneigennütziger Ueberzeugung vortragen, daß wir ihnen jenen Stolz zum Bewußtsein bringen, welcher vor keiner Konsequenz zurückschreckt und die Wahrheit ganz und ungetheilt will. Nein, unsre Aufgabe ist vielmehr die, daß wir diese unsere Prinzipien und Anschauungen nicht als vereinzelte Tropfen, sondern als einen, das ganze Land befruchtenden Regen und großen Verjüngungsprozeß der Nation zufließen lassen. Das kann aber nur dadurch geschehen, daß wir uns organisiren, daß wir einen möglichst selbstständigen politischen Einfluß in die Wagschale werfen. Wer politisches Recht haben will, der muß Macht haben, und wer diese Macht ausüben will, der muß organisirt sein. Also Organisation der Deutschen zu einer Freiheitspartei, das ist zunächst die Losung. Warum haben die Irländer nicht von diesen schnöden Angriffen der Nativisten und amerikanischen Demagogen zu leiden? Sind sie vielleicht freier und gebildeter oder gar aufgeklärter und tapferer als wir, oder geben sie etwa weniger auf ihre Nationalität? Durchaus nicht! Aber man kennt sie schon lange als einig in dem Entschluß, keine Beleidigung ihrer Nationalität und keinen Eingriff in ihre Rechte zu dulden. Die Politiker aber wissen, daß sie sich einen solchen nicht ungestraft zu Schulden kommen lassen dürfen, und daß die sonst so mächtigen Parteibande selbst bei den Irländern ohnmächtig werden, wenn sie für ihre nationale Selbstachtung einzutreten gezwungen werden. Diese Einsicht hat den Demokraten mit Hilfe der Irländer so oft auch im Norden zum Siege verholfen. Es scheint aber, als ob die Republikaner fast das Rechnen verlernt hätten oder als ob sie sich einbildeten, auch ohne die deutschen Stimmen, welche viel uneigennütziger als die irischen sind, sich in der Macht zu erhalten. Sie können eben nur durch Schaden klug werden.

Aber wie dem auch sein mag, denken wir zunächst einmal an uns selbst, organisiren wir uns, seien wir keine Hamlets in Ausübung unserer Pflichten! Gefallen wir uns nicht in der jämmerlichen Rolle jener Märtyrer, welche das wohlfeile Geschäft treiben, über ihr selbstverschuldetes Unglück zu weinen, seien wir keine Malkontenten, welche die Faust in der Tasche halten, sondern politisch denkende und handelnde Männer, welche sich nicht unbestraft beleidigen lassen. Rufen wir durch die That, durch unsre Organisation den frechen Demagogen, den Nativisten und Lästerern unsrer Nationalität ein lautes: „Bis hierher und nicht weiter!" zu — und wir werden nicht mehr genöthigt sein, eine Versammlung wie die heutige zu berufen, denn dann wird man es nicht mehr wagen, uns eine ähnliche Beleidigung zuzufügen.

9. Juni 1863.

Ich war in voriger Woche zum ersten Male wieder seit einem Jahre in Washington. Die Stadt ist in Folge des Krieges und der durch ihn herangezogenen Lieferanten, Spekulanten, Abenteurer und

sonstigem „confluxus canaillorum“ von 70,000 auf 100,000 Bewohner herangewachsen, hat aber immer noch jenen Charakter des Unfertigen und jenes Gemisch von Dorf und Residenz, welche ihm schon von früher her eigen waren. Washington ist wie Petersburg die Stadt der glänzenden Façaden. Was dahinter steckt, ist hohl und leicht wie der Sand, auf dem es gebaut ist; es hat alle Nachtheile einer kleinen Residenz, aber keinen einzigen ihrer Vortheile. Der Krieg ist für Washington ein einträgliches Geschäft, welches Tausende bereichert. Man freut sich über den Stillstand der Potomac-Armee, denn in Folge dessen fließt das Geld millionenweise nach Washington zurück. Dieser leichte und schnelle Gewinn zerrinnt eben so schnell wieder und gibt der Stadt ganz das Ansehen eines europäischen Spiel- und Bade-Platzes. Freilich vermißt man den dort herrschenden feinen äußern Schliff, die geselligen Formen. So treten denn die schlechten Eigenschaften und Leidenschaften des Menschen in Washington ohne jeden Zwang ganz unverhüllt hervor. Alle Welt ist hier blasirt oder thut wenigstens so, und Jeder, den Sie zum Reden bringen, erklärt Ihnen, er kenne die ganze Wirthschaft, er könne sehr viel sagen, wenn er nur sprechen wolle, Washington sei durch und durch korrupt und eine Radikalkur thue Noth. Von politischem Leben finden Sie wenig, aber desto mehr politischen Klatsch. Was in den Ministerien vorgeht, erfährt man in der Regel erst Tags darauf durch die newyorker Zeitungen. Dagegen sind kleine Intriguen und Bosheiten an der Tagesordnung. Das Heer der nur wenig beschäftigten Beamten treibt sie mit Leidenschaft und schlägt seinen Tag damit todt. Die in sich gegliederte und organisirte deutsche Bureaukratie hat einen gewissen Korpsgeist; in der hiesigen bekrittelt und verleumdet ein Beamter den andern, um ihm wo möglich über den Kopf weg befördert zu werden.

Dabei sind diese Beamten nicht einmal der Sache des Landes zugethan, für dessen Interessen sie angestellt sind und arbeiten sollen, sondern in der Mehrzahl Freunde der Rebellen. Der kürzlich zur Untersuchung ihrer Loyalität eingesetzte Potter'sche Ausschuß spricht sich dahin aus, daß mindestens 500 Regierungsbeamte mit Freuden Jefferson Davis als Gewalthaber in Washington bewillkommnen würden, und daß sogar

der Minister des Innern Smith zwei Drittel der von ihm ressortirenden Stellen mit hochverrätherischen Subalternbeamten besetzt habe.

Muß solchen Thatsachen gegenüber nicht dem hoffnungsreichsten Sanguiniker das Herz sinken? Ist es möglich, daß die nicht blos durch Unfähigkeit und Unlust der Führer, sondern durch offenen Verrath der Regierungskreise gelähmten Anstrengungen des Volkes den Nationalbestand wiederherstellen? Die Zeit der Wunder ist vorüber, und es müßte das wunderbarste aller Wunder sein, wenn ein auf solche Weise geführter Kampf Erfolg haben sollte.

Es ist vergebliche Mühe, einen Kampf wie diesen vermittelst der ci-devants zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Das in Washington hausende Geschlecht besteht aus solchen ci-devants, aus Leuten, welche in ihrer unmoralischen Impotenz, in ihrer Unfähigkeit, kühne und entscheidende Entschlüsse zu fassen, oder auch nur scharfe Grenzlinien zwischen politischer Sittlichkeit und Verbrechen zu ziehen, leibhaftige Abbilder der traurigsten Geschichtsperiode der Vereinigten Staaten sind. Alle sittlichen Begriffe sind unter der Sklavenhalter-Dynastie verschoben und durcheinandergemengt, das sittliche Gefühl ist abgestumpft worden. Gaunerei gilt für Schlauheit, feige und ängstliche Haarspalterei für Staatsweisheit, schwächliche Nachsicht gegen die schwärzesten Verbrechen für lobenswerthe Mäßigung und für objektive Würdigung gegnerischer Ansichten. Daß der Mensch als solcher für seine Ansichten einstehen, daß er für seine Verbrechen büßen müsse, gilt für einen barbarischen Grundsatz. Während eines fast fünfzigjährigen entnervenden Friedens hat man sich daran gewöhnt, die bloße Absetzung oder Nichtwiedererwählung als vollständigste und strengste Bestrafung der ruchlosesten Verbrechen anzusehen. Es gilt diesen Schwächlingen als Rohheit, öffentliche Verbrecher auch im Privatverkehr als solche zu behandeln. Nur in der „Debatte" darf man sie Schurken nennen, aber das ist nur „in Pickwick'schem Sinne" zu verstehen; tritt man den Schurken Auge in Auge gegenüber, so behandelt man sie als „perfect gentlemen." Tag für Tag konnte die Tribune den Mayor Wood Schurke und Spitzbube tituliren; das hinderte aber nicht, daß sich Herr Greeley und Herr Wood, wenn der Zufall sie zusammenführte, nach allen Vorschriften Alberti's bekomplimentirten. Herr Seward verdonnerte „in

Pickwick'schem Sinne" die Sklavenhalter und schmollirte dann mit ihnen. So Hale und Freunde. Ueber Wilson, Potter, Lovejoy und Andere, die sich unterstanden, Verbrecher zu hassen und den Umgang mit ihnen zu meiden, rümpften die Staatsweisen die Nase und fanden sie „ordinär."

Und die Männer, welche von solchen Anschauungen durchdrungen sind, sollen eine Volkserhebung, welche eine moralische Revolution, die heilsame Reaktion eines gesunden Volkskörpers gegen das Siechthum der Entsittlichung ist, zu einem erfolgreichen Ende führen können? Es ist unmöglich. Wer will jungen Most in alte Schläuche füllen?

Soll der Kampf um die Union erfolgreich sein, so muß an die Stelle der ci-devants ein neues, kraftvolleres Geschlecht treten, das nicht sein natürliches sittliches Gefühl durch jammervolle Sophistik zerstört hat, ein Geschlecht, das tiefer Empfindungen fähig ist, das noch den unerbittlichen Haß kennt und die Rache. Es muß das faule Blut abgezapft werden, welches die Adern des amerikanischen Gesellschaftskörpers füllt. Mag man es Schreckensherrschaft, Maratismus, oder wie sonst nennen, — es ist jedenfalls das, was Noth thut, vielleicht das Einzige, was das Land retten kann. So lange nicht genug moralischer Muth vorhanden ist, die Verräther zu hängen oder zu köpfen, so lange man sich damit begnügt, ihnen den Meineid der Treue abzunehmen und sie in Stellungen zu belassen, wo sie ungestraft den Verrath weiter treiben können, — so lange wird der Versuch, die Nationaleinheit zu retten, fruchtlos sein.

Bei dem Mangel jeder Methode und der Nothwendigkeit, sich alle vier Jahre wieder von Neuem einzuüben, herrscht dazu noch in den einzelnen Bureaus die grausenhafteste Unordnung und Unsicherheit in der Behandlung der Geschäfte. Hat man das Unglück, solche besorgen zu müssen, so wird man von einem Beamten an den andern verwiesen, bis man endlich an den Minister kommt und von diesem an die Subalternen zurückdirigirt wird. Dann erst ist man reif für die Würdigung der Dienste eines Mittelsmannes, welcher die Drähte kennt und einem gegen ein gutes Trinkgeld schnell zum Ziele verhilft. So ging es mir im Kriegs-Ministerium. Herr Stanton, der Minister, war von etwa 40—50 männlichen und weiblichen Bittstellern belagert, denen allen er persönlichen Bescheid gab. Im Gespräche mit mir, einem ihm gänzlich

Fremden, äußerte der Minister von einem Kollegen, er gebe auf dessen Wort keinen „verdammten Cent", denn sein Kollege sei ein Politiker und weiter nichts. Als ich einem alten washingtoner Richter gegenüber mich über diese seltsame Art von Kollegialität ausließ, erwiederte dieser: „Sehen Sie, Stanton ist noch nicht durch die politische Mühle gegangen, er hat noch ein Rückgrat und den Muth einer selbständigen Meinung; er ist nie früher als Kandidat für ein politisches Amt aufgetreten; er ist innerlich noch nicht gebrochen und angefressen." Man lernt in Washington, wenn man es vorher noch nicht wußte, so recht, daß die amerikanische Politik in erster Linie ein ausgebildetes Raub- und Plünderungs-System ist. Das Privat-Interesse überwuchert das öffentliche, persönliche Motive stehen über Grundsätzen, und Jeder, der sich in der Gewalt befindet, beutet diese selbstredend für seine persönlichen Zwecke aus. Wer etwas werden will, muß persönlichen Einfluß haben; wer und was er sonst ist, bleibt sich ziemlich gleich. Der Präsident und seine Minister kennen fast nur persönliche Gesichtspunkte. Sie belohnen die (politische) Tugend und strafen das (politische) Laster, d. h. diejenigen, welche sich als ihre Freunde und Feinde bewährt haben. Als jüngst eine Deputation von New-York Herrn Lincoln auf die Nothwendigkeit hinwies, sich der Dienste eines so tüchtigen Generals, wie Sigel, zu versichern und deshalb diesem Generale seine an sich bescheidenen Forderungen zu gewähren, erwiederte Lincoln: „Ich kann nichts für Sigel thun; seine frühere Stelle ist besetzt, er hätte sie behalten sollen; ich habe viel zu viel Gesuche für höhere Kommando's in der Amee." Jetzt steht an Sigel's Platze ein General, der nur beten kann und seinen Soldaten Bibeln schickt, statt ihnen zu Siegen zu verhelfen. So kommt zuletzt der souveraine Unverstand ans Ruder und reitet das Land in den unvermeidlichen Abgrund. Vor Allem fehlt die Einheit in der Behandlung der obschwebenden Fragen, grade weil kein Prinzip entscheidet und jeder General und Minister thut, was er will. Der Eine begünstigt die Sklavenhalter, der Andre tritt für die Freiheit ein, der Eine erläßt Verhaftsbefehle gegen mißliebige Personen, der Andre läßt sie laufen, kurz, fast nirgends ist eine feste, ihrer Ziele bewußte Politik ausgeprägt. Und nun dieses Washington ist nichts als ein Schmarotzergewächs am amerikanischen Staatskörper, wo die Beamten der Republik

vom Leben und der Politik des Volkes abgeschlossen sind und höchstens von der Entwicklung ins Schlepptau genommen werden: es ist ein verderblicher Zustand, unter welchem das ganze Land empfindlich leidet.

Die Lage der Potomac-Armee, von welcher ich mich jüngst persönlich zu überzeugen Gelegenheit fand, ist eine sehr traurige und keineswegs siegesgewisse. Die Soldaten haben kein Vertrauen mehr zu Hooker; sie fühlen seine Unfähigkeit, wenn vielleicht auch nur instinktiv, und am allerschlimmsten sind unsere Landsleute im 11. Armee-Korps daran, da sie unter einem durchaus unbrauchbaren Führer, dem General Howard, stehen, der die Schlacht mit Beten und Bibellesen gewinnen zu können glaubt. Er hält es für seinen Beruf, die ungläubigen Deutschen zum wahren Glauben zu bekehren, und denkt deshalb nicht daran, ihren vereinigten Protestationen zu weichen. „Wir werden in der nächsten Schlacht wieder der Unfähigkeit der eingebornen Generale geopfert werden", ist der allgemeine Wuth- und Entrüstungsschrei, welchem man im Lager begegnet. Eine der tapfersten deutschen Brigaden, die Schimmelfennig'sche, steht unter einem Divisionär, der noch vor zwei Jahren Kommis in einem Schnittwaarenladen in New-York war und kein andres militärisches Verdienst besitzt, als einflußreiche politische Freunde zu haben. An die rechtzeitige Kompletirung der durch den Abgang von vierzig Regimentern und sonstige Verluste geschwächten Armee denkt man vorläufig noch nicht. Mit der Konskription hat man noch gar nicht angefangen, wenn man nicht das Aufschreiben der Namen der Hausbewohner so nennen will. Die Regierung, wie sie überhaupt kein Vertrauen zu sich selbst besitzt, hat auch keinen Glauben an diese Maßregel; sie führt dieselbe daher von Anfang an nur zaudernd und zögernd aus und ermuntert den Widerstand, der sich bei einem einigermaßen energischen Auftreten gar nicht herausgewagt hätte. Von den entlassenen Soldaten tritt nur ausnahmsweise einer wieder ein, denn die armen Teufel sind bei ihrer Ausmusterung so schäbig, so mißtrauisch und gemein behandelt worden, daß ihnen alle Lust zum fernern Dienen vergangen ist. Man bezahlte sie unregelmäßig, machte willkürliche Abzüge, ließ sie Wochen lang auf die seit Monaten verfallene Löhnung warten und behandelte sie wie gesinnungslose Söldlinge.

4. Auguſt 1863.

Präſident Lincoln hat endlich am 30. Juli die ſchon ſo lange von ihm verlangte und erwartete Proklamation erlaſſen, worin die ſchwarzen Soldaten in allen Stücken den weißen gleichgeſtellt werden und den Rebellen für jede Mißhandlung eines gefangenen Schwarzen mit den empfindlichſten Repreſſalien gedroht wird. Die Südländer nämlich, erbittert darüber, daß man es wagt, gegen ſie, die Gentlemen, die verachteten „Nigger" unter die Waffen zu rufen, behandelten dieſe nicht wie Kriegsgefangene, ſondern maſſakrirten ſie ohne Weiteres, fingen, ſpießten, ja, kreuzigten ſie oder verkauften die Nichtverwundeten in die Sklaverei. Schon beim erſten Aufgebot der Neger-Regimenter hatte Jefferſon Davis mit dieſer Barbarei gedroht und ſie ſeitdem bei jeder Gelegenheit wörtlich ausführen laſſen. In keiner der eroberten Feſtungen fanden die Bundestruppen von mehreren Hundert gefangen genommenen Negern einen einzigen mehr vor; ſie waren alle in der oben angegebenen Weiſe beſeitigt worden. Die ſiegreichen Generale, ſtatt an ihren Gefangenen Wiedervergeltung zu üben, bemühten ſich nur, den beſiegten Rebellen den Beweis zu liefern, daß ſie doch ſo ſchlimm nicht ſeien, als ihr Ruf, tranken mit ihnen Champagner und kümmerten ſich nicht um den „verdammten Nigger." Als neulich aber bei der Auswechslung der Gefangenen von Charleston dieſer gar nicht berückſichtigt, ſondern wieder niedergemetzelt und in die Sklaverei verkauft wurde, derſelbe Schwarze, der den Ehrenpoſten im Vordertreffen und Angriff gehabt hatte, da erwachte im Norden denn doch das Bewußtſein ſeiner Ehre und Verantwortlichkeit, die Entrüſtung wurde allgemein und die beifolgende Proklamation des Präſidenten iſt ihr Reſultat. Dieſer Akt der Gerechtigkeit kommt allerdings ſpät, aber noch nicht zu ſpät; er bezeichnet übrigens einen lediglich durch Ereigniſſe herbeigeführten koloſſalen Fortſchritt in den Anſchauungen des amerikaniſchen Volkes, für deſſen Majorität — das dürfen Sie nicht überſehen! — bisher der Neger, „ſo zu ſagen auch ein Menſch" war. Und jetzt erklärt es der Präſident für einen Rückfall in die Barbarei und ein Verbrechen gegen die Ziviliſation des Jahrhunderts, wenn der gefangene Schwarze in die Sklaverei verkauft oder mißhandelt wird — und der ſüdliche Baron muß bei harter Arbeit

jede gegen den schwarzen Soldaten begangene Insolenz büßen. Es wird bald aber noch schlimmer werden, wenn der „Nigger" sich neben seinem ehemaligen Herrn niederläßt und sein Stück Land bebaut, ja, besser bebaut, als der weiße Junker, und wenn dann das Land nicht allein nicht zu Grunde geht, sondern stolzer als je vorher aufblüht. — Die oben erwähnte Proklamation des Präsidenten Lincoln lautet:

Executiv-Gebäude, Washington, 30. Juli 1863.

Es ist die Pflicht jeder Regierung, ihre Bürger zu beschützen, ohne Unterschied der Klasse, Hautfarbe oder Lage, und namentlich diejenigen, welche ordnungsmäßig als Soldaten im öffentlichen Dienste organisirt sind. Das Völkerrecht und die Gebräuche und Sitten des Krieges, wie er von zivilisirten Mächten geführt wird, gestatten keinen Unterschied hinsichtlich der Hautfarbe in der Behandlung von Kriegsgefangenen als öffentlichen Feinden. Wenn eine gefangene Person wegen ihrer Hautfarbe und ohne daß sie sich gegen die Kriegsgesetze vergangen hat, verkauft oder zum Sklaven gemacht wird, so ist dies ein Rückfall in die Barbarei und ein Verbrechen gegen die Zivilisation des Jahrhunderts. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird allen ihren Soldaten denselben Schutz verleihen, und wenn der Feind irgend einen wegen seiner Hautfarbe verkauft oder zum Sklaven macht, so soll dieses Verbrechen durch Repressalien an den in unseren Händen befindlichen feindlichen Gefangenen bestraft werden. Es wird deßhalb verfügt, daß für jeden Soldaten der Vereinigten Staaten, welcher den Kriegsgesetzen zuwider getödtet wird, ein Rebellen-Soldat hingerichtet werden soll, und für jeden Soldaten der Vereinigten Staaten, der vom Feinde zum Sklaven gemacht oder in die Sklaverei verkauft wird, ein Rebellen-Soldat zu schwerer Arbeit an den öffentlichen Werken so lange angehalten werden soll, bis der andre freigelassen wird und die einem Kriegsgefangenen schuldige Behandlung erfährt.

Abraham Lincoln.

18. August 1863.

Es kommt den konservativen Führern jetzt, weil es täglich gewisser wird, daß der Süden unterliegen muß, lediglich darauf an, das Volk für die im Hintergrunde schlummernden Kompromisse zu bearbeiten und vorzubereiten. Die beliebteste Theorie, welche sich den Massen am plausibelsten machen läßt, ist die, daß der Präsident seine Sklaven-Emanzipations-Botschaft nur als oberster Kriegsherr erlassen habe, und daß es sich ganz von selbst verstehe, daß er sie allen freiwillig in die Union zurückkehrenden aufständischen Staaten gegenüber zurückziehen müsse. Es ist nicht schwer, dieses Raisonnement zu widerlegen. Selbst zuge-

geben, daß die Proklamation nur eine Erklärung der Kriegspolitik und zu dem bloßen Zwecke angenommen war, um die Freiheiten und den Bestand der Republik zu sichern, so hat die Regierung nichts desto weniger das Recht, die Emanzipations-Politik zu verfolgen, bis die Sklaverei in allen rebellischen Staaten abgeschafft ist. Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat noch jüngst durch eine Entscheidung anerkannt, daß die Aufständischen im Süden fremde Feinde sind, daß ihr Eigenthum als feindliches der Konfiskation unterworfen ist und daß gegen sie als solche alle diejenigen Maßregeln zur Anwendung kommen, welche Kriegführende in einem gerechten Kriege gebrauchen dürfen. Unter diesen aber steht das Recht obenan, den Feind zur Annahme solcher Bedingungen zu zwingen, daß der Friede für die Zukunft gesichert bleibt. Die Rebellen-Staaten hören nicht auf, Feinde zu sein, nachdem sie geschlagen, erschöpft und an der Fortsetzung der Feindseligkeiten verhindert sind: sie müssen sich den Bedingungen des Siegers unterwerfen, dessen Interesse es ist, die Ursache des Aufstandes zu beseitigen. Es würde mehr wie Thorheit sein, wenn man den besiegten Feinden alle früheren Rechte unter derselben Regierung wieder einräumen wollte, welche sie zu zerstören gesucht haben, und wenn man ihnen zur selben Zeit erlauben wollte, ein System beizubehalten, welches die künftige Generation wieder ganz in denselben Kampf verwickeln würde. Eben so wenig können und dürfen die früheren sezessionistischen Staaten, nachdem sie ohne Sklaverei wieder zugelassen sind, diese später wieder einführen, denn die Bedingungen, unter welchen ihre Wiederzulassung erfolgte, sind bindend und maßgebend für die Zukunft und das Verhältniß dieser Einzelstaaten zur Union. Diese Sätze sind so einfach und klar, daß sie als Axiome gelten können; allein von einem Volke, wie dem amerikanischen, dessen Kopf seit mehr als einem Menschenalter durch die Streitfrage über Staats- und Einzelstaatenrechte von Sophisten aller Art verwirrt ist, sind sie darum noch lange nicht als maßgebend anerkannt. Ja, es sollte mich gar nicht wundern, daß, wenn heute Mississippi oder ein andrer Staat eine Deputation an Lincoln schickte und die Neuwahl von Abgeordneten zum Kongreß und überhaupt unbedingte Wiederaufnahme in die Union verlangte, der Präsident ihrem Ansinnen ohne lange Bedenken und ohne die geringste Garantie für besseres Verhalten für die

Zukunft entsprechen würde. Er ist der Repräsentant der amerikanischen Denkfaulheit, welche nur von den bereits vollendeten Thatsachen sich nachträglich, aber meistens zu spät, eines Besseren belehren läßt. Zugleich möchte er in übel verstandener Gutmüthigkeit gern versöhnen und den Krieg bald beenden. Die reaktionären Blätter und Führer wissen das sehr gut; wir hören deshalb seit Wochen nichts andres, als das ewige Lied von Wiederherstellung des Rechtszustandes, wie er vor dem Ausbruche des Aufstandes war. Man beweist dem Volke, daß die Frage praktisch nichts bedeute, daß die Sklaverei von selbst da aufhöre, wo sie einmal in ihrem Wachsthum gestört sei, daß sie nicht dahin zurückkehren könne, von wo man sie einmal vertrieben habe, daß die Freiheit mächtiger sei, und wie die Phrasen alle lauten mögen. Hier liegt jetzt die große Gefahr, denn auch die liberale Presse thut in diesem Punkte ihre Schuldigkeit entweder gar nicht oder nur halb; kaum daß sie hervorhebt, daß die Wiederzulassung der Sklavenstaaten ohne Abschaffung der Sklaverei die Berechtigung der Rebellion anerkennen und die Rechtskontinuität der Unionsgesetze unterbrechen heißt. Die Lösung dieses Problems wird in nicht zu langer Zeit die Bildung und Stellung der aus den gegenwärtigen Parteien sich bildenden neuen Parteien bedingen; es ist deshalb wohl der Mühe werth, schon jetzt darauf hinzuweisen, obgleich Lee's Armee noch ungeschlagen im Felde steht.

1. September 1863.

Die Nachricht von der, von Jefferson Davis ausgeschriebenen Aushebung von 500,000 Sklaven, welche gegen ihre Freilassung und 50 Acres Land per Kopf jetzt die Schlachten des Südens schlagen sollen, kam hier nicht ganz unerwartet. Aehnliche Andeutungen tauchten schon im vorigen Frühjahre auf, als man in Richmond das französische Bündniß nur als eine Frage der Zeit betrachtete. Möglich genug, daß auch jetzt noch die angebliche Thatsache in einen bloßen Plan oder gar nur eine vorübergehende Stimmung zusammenschrumpft; allein immerhin dient sie als untrüglicher Wegweiser für die Zustände und Absichten des Südens. Einmal zeigt diese revolutionäre Maßregel an, daß es mit dem Massenaufgebot der ganzen waffenfähigen Mannschaft des Südens

denn doch so weit nicht her sein muß, und daß das Heer der Rebellen trotz desselben nicht kompletirt werden konnte; dann aber beweist sie, daß die südlichen Führer ihren letzten Trumpf ausspielen und, unbekümmert um die Folgen, ihrem Verderben entgegeneilen. Uebrigens ist es eine gewaltige Uebertreibung, wenn Jefferson Davis von einer halben Million schwarzer Soldaten spricht. Seine Herrschaft erstreckt sich im Augenblicke auf höchstens $2^1/_2$ Millionen Sklaven, und daß deren männliche Hälfte nicht im Stande ist, 40 pCt. ihrer Zahl ins Feld zu stellen, liegt auf der Hand. Höchstens 100,000 Schwarze werden im Süden die Waffen zu ergreifen vermögen, selbst wenn alle Herren ihr Vermögen auf diese Weise zu zerstören geneigt sein sollten. Aber wie viel oder wie wenig, das große Resultat dieser Maßregel wird die gründliche Ausrottung der Sklaverei sein. Erst ist der Schwarze die Ursache, das Objekt des Krieges, und jetzt zwingen ihm beide kriegführende Parteien die Waffen in die Hand, damit er seine eigene Freiheit erkämpfe. Der verachtete Sklave übt das Schiedsrichteramt zwischen ihnen. Einen radikalern und der Emanzipation günstigern Schritt hätte Jefferson Davis gar nicht thun können. Im Norden war man sich bisher noch nicht recht klar darüber, was erst mit den freigewordenen Sklaven geschehen solle. Die Rebellen selbst haben den unschlüssigen, schwankenden Politikern der Union den rechten Weg gezeigt. Der Schwarze soll einen Theil des südlichen Bodens in Besitz nehmen und ihn als freier Bauer heben und verbessern. Fast will es scheinen, als ob die bedingungsweise versprochene Freilassung der Schwarzen zugleich auch ein Gebot auf ein französisches Bündniß wäre. Louis Napoleon hat bei einer frühern Gelegenheit Slidell gegenüber das Vorhandensein der Sklaverei in den Südstaaten als ein Hinderniß für seine Intervention zu Gunsten des Südens angeführt; es würde ihm zu viel in der öffentlichen Meinung Europa's schaden! Warum sollte also Jefferson Davis, bei seinen letzten Hilfsquellen angelangt, dem Kaiser der Franzosen nicht entgegenkommen? Daß er ihm bereits Texas für seine Hilfeleistung angeboten hat, gestehen die Richmonder Zeitungen ganz unverblümt zu. Erst jetzt dringen durch unverdächtige Quellen, wie z. B. durch den Washingtoner National-Intelligencer, wahrheitsgetreue Berichte über die Zustände im Süden in die Oeffentlichkeit. Die Emanzipations-Botschaft des Präsidenten

Lincoln ist wie ein Blitz aus heiterm Himmel unter die Pflanzer gefahren und hat diesen zuerst den Ernst der Situation klar gemacht. Aus der Bragg'schen Armee bei Chatanooga sind in wenigen Tagen allein 3000 Mann desertirt. In Staaten wie Alabama und Nordcarolina werden jetzt häufig Unions-Versammlungen abgehalten, welche den besten Weg zum Wiederanschluß an die Union berathen; die loyale Bevölkerung von Osttenneſſee und Nordcarolina wagt sich offen gegen Jefferson Davis heraus, und schon appelliren Reisende, welche aus dem Herzen des Südens zurückkehren, an Lincoln, daß er unmittelbar nach der Einnahme von Charleston einen General-Pardon erlasse und die Südstaaten zum Wiedereintritte in die Union auffordere.

9. September 1863.

Lincoln's Brief an die Springfielder Versammlung ist das bedeutendste Ereigniß der letzten Woche. Er macht dem Zweifel über die Politik der Regierung in der wichtigsten der obschwebenden Tagesfragen ein Ende, da er sich endlich unbedingt gegen jeden Kompromiß mit den in Waffen stehenden Rebellen ausspricht und die Emanzipations-Botschaft gegen jede Anfechtung aufrecht erhält. Wenn Sie bedenken, daß der gewichtigste Einfluß aufgeboten wurde, um den Präsidenten im Interesse einer sogenannten konservativen Politik zu Gunsten der Sklavenhalter zu bearbeiten und zur Versöhnlichkeit zu stimmen, so werden Sie mir gewiß Recht geben, daß seine Festigkeit doppelt anzuerkennen ist. Mag immerhin der Stil schwerfällig und das Aktenstück in seiner derben Form wenig diplomatisch sein, es erklärt ohne alle Umschweife, daß der Krieg nur mit der Niederwerfung der Sklaverei aufhören darf und soll. Vergessen Sie nicht, daß Lincoln nur schrittweise und ganz allmälig zu dieser radikalen Auffassung des gewaltigen Konfliktes gelangt ist, und lassen Sie mich hinzufügen, daß diese radikale Politik in dem Stadium, bei welchem der Kampf angekommen ist, als die zweckmäßigste und mildeste gelten darf. Der Präsident ist keiner von den Männern, welche sich durch leichte Auffassung der Dinge und Kühnheit des Denkens auszeichnen; der logische Prozeß geht vielmehr äußerst langsam bei ihm vor. Wenn man mit ihm redet und ihm einen bisher fremden Ge-

danken unterbreitet, so sieht man förmlich an seinen gespannten Gesichtsmuskeln, an seiner Stirn und seinen Augen die Arbeit der allmäligen Bewältigung dieses Gedankens. Es dauert darum lange, bis er sich neue Ideen assimilirt; ist es aber geschehen, so hält er mit der Naivetät eines Gläubigen daran fest. Daher auch seine Widersprüche in der Praxis. Wenn er einen entscheidenden Entschluß fassen soll, so schwankt und zaudert er, die Ereignisse ziehen ihn immer hinter sich her, darum bestimmt er nie die Politik, selbst nicht die der nächsten Zukunft. Sie muß erst Gegenwart geworden sein, ehe Lincoln mit sich ins Reine kommt; allein an dem für wahr Erkannten hält er unverbrüchlich und ehrlich fest. Möglich genug, daß er in Ermangelung eines bessern Kandidaten im nächsten Jahre wieder mit Erfolg als Bewerber für die Präsidentschaft auftritt, denn er spiegelt in sich den Standpunkt des bessern Theiles des Volkes wieder, bei welchem die Empirie Alles und der schöpferische staatsmännische Gedanke selten anzutreffen ist. Natürlich hängen die Aussichten auf die Präsidentschaft zu sehr von dem, durch die Erfolge des Krieges bedingten Zustande der öffentlichen Meinung ab; bis jetzt deuten aber die Ereignisse auf einen Kandidaten von dem Charakter Lincoln's.

10. November 1863.

Die Wahlresultate sind viel bedeutender, als sie sich auf die ersten Nachrichten hin herausstellten. Mit Ausnahme von New-Jersey haben sämmtliche Staaten, welche am 3. d. M. wählten, nämlich New-York, Maryland, Wisconsin, Missouri und Minnesota, sich mit großer Stimmenmehrheit für die Politik der Regierung ausgesprochen. Im Staate New-York, wo sich im vorigen Jahre 10,000 Stimmen gegen dieselbe erklärten, fand sich diesmal eine Majorität von mehr als 40,000 Stimmen zu Gunsten der Administration, und in der Stadt New-York nahm sogar die Mehrheit des der Rebellion freundlichen Votums um 12,000 Stimmen ab. Wenn man von den freien Staaten in ihrem eigenen Interesse nicht mehr oder vielmehr weniger erwarten konnte und durfte, so ist dagegen das Wahlergebniß in den bisherigen Sklavenstaaten eben so unerwartet als erfreulich. Maryland kam mit 30,000 Stimmen Majorität für die unbedingte Emanzipation heraus,

Von seinen fünf Kongreß-Abgeordneten sind vier für die sofortige Aufhebung der Sklaverei, und nur einer ist ein Sezessionist. Diese Wahl hat der Regierung für den nächsten Kongreß eine Majorität von im Ganzen elf Stimmen gegeben, und damit sind alle Spekulationen, welche das würdige Brüderpaar Fernando und Benjamin Wood im vorigen Herbste in Gemeinschaft mit Lord Lyons auf die Trennung der Union machten, eitel Rauch und Dunst geworden. Maryland ist seit dem 3. November faktisch ein freier Staat, und es kommt nur noch darauf an, diese Thatsache in die richtige gesetzliche Form zu bringen. Daß Delaware sich ihm unverzüglich anschließen wird, unterliegt jetzt nicht dem mindesten Zweifel mehr. In Missouri ist die Wahl noch unentschieden; indessen hat die dortige Emanzipations-Partei in den großen Städten und in den, von Deutschen bewohnten Bezirken unbedingt die Oberhand. Wenn sie dennoch mit einer geringen Minorität unterliegen sollte, so liegt die Schuld an der Regierung, welche in diesem Staate unbegreiflicher Weise noch immer an ihrer verkehrten Politik festhält und, unter dem Einflusse der Blair'- und Gamble'schen Klique stehend, grade ihre besten Freunde verfolgt. Der Missouri-Demokrat, das bedeutendste republikanische Blatt des Staates, bemerkt über diese Lage der Dinge, daß, wenn die Radikalen die Gegenwart noch nicht gewonnen haben sollten, ihnen doch die Zukunft unbedingt gehöre, und daß die nächste Präsidentenwahl dort in ihrem Sinne sich entscheiden werde. Die diesjährigen Wahlen in den Sklavenstaaten fallen übrigens dadurch besonders schwer in die Wagschale, daß sie, im ausgesprochenen Gegensatze zu den in den freien Staaten vertuschten Prinzipienfragen, offen erklären, daß ohne Abschaffung der Sklaverei nicht an die Wiederherstellung der Union zu denken, und daß Einheit ohne Freiheit ein Unding ist. Während in den freien Staaten mehr die Loyalitätsphrase siegte, handelte es sich in den Gränzstaaten um den freiheitlichen Inhalt, um die That, weil hier der Gegensatz der rechtlich noch bestehenden Zustände zu den Interessen und Wünschen der Massen ein viel schroffer, und weil hier ihre ganze soziale und persönliche Stellung in Mitleidenschaft gezogen ist. Im großen Ganzen lassen sich endlich die jüngsten Wahlen als ein Vertrauens-Votum für die Regierung erklären. Das Volk will den Krieg bis zur Niederwerfung der Rebellion fort-

führen und durch die Aufhebung der Sklaverei Bürgschaften für den künftigen ungestörten Fortbestand der Union haben: zu dem Ende unterstützt es die Kriegs- und Emanzipations-Politik Lincoln's. Es hat lange gedauert, bis diese Erkenntniß zum Durchbruche kam; es ist sogar noch immer der eine oder der andre Rückfall möglich; allein hinter diese Erkenntniß geht die Entwicklung auf die Dauer nicht mehr zurück, und die Friedens-Demokraten haben alle Aussicht, zu einer unschädlichen Klique von Frondeurs herabzusinken. Ihr Sturz war schnell, indessen wohlverdient.

15. Dezember 1863.

Zur richtigen Beurtheilung der Politik Lincoln's gehört es, die Stimmung zu kennen, in welcher sich jetzt die große Mehrheit der nördlichen Bevölkerung befindet. Lincoln hat die Bedeutung der letzten Wahlen erfaßt und auf deren Ausspruch sein System gegründet. Zwischen den beiden extremen Ansichten, welche sich für die Wiederherstellung der Union geltend machten, hat er diejenige Mittelstellung eingenommen, welche den Freunden der Sklaverei keine Hoffnung gibt, ohne diejenigen zurückzuschrecken, welche noch nicht bereit sind, die absolute Theorie derer anzunehmen, die, wie Sumner, Butler und Andere, die wiedereroberten ausgeschiedenen Staaten als Territorien behandeln, sie daher, — aller Rechte verlustig, der unbedingten Gewalt des Kongresses unterwerfen wollen. So weit geht die öffentliche Meinung noch nicht; sie ist aber entschieden für Lincoln, der sagt: „Die Rückkehr der Rebellenstaaten mit allen alten Rechten, mit dem, Sklaven zu besitzen, ist mit der dauerhaften, gesunden Wiederherstellung der Union unmöglich." Sollte der jetzige Vermittlungsplan des Präsidenten, wie die Anhänger des Südens zu hoffen vorgeben, keinen Erfolg haben, dann ist es sicher, daß Lincoln den letzten Schritt thun, daß er mit den Radikalen sagen wird: „Das Kriegsrecht allein entscheidet." In sechs Monaten vielleicht wird er dieses letzte Wort der Revolution auszusprechen haben, und dann wird, wie jetzt, die öffentliche Meinung im Norden beistimmend antworten. Indem Lincoln für alle, welche nicht durch sichere Stellung in der Verwaltung, in dem Heere und auf der Piraten-Flotille der Sezession von der Begnadigung ausgeschlossen sind, die Rückkehr in die

Union und demnach auch in das gesetzlich konfiszirte Eigenthum nur an die Bedingung knüpft, dem Rechte auf Sklavenbesitz zu entsagen, treibt er einen gewaltigen Keil in den Stamm der Rebellion. Die Abschaffung der Sklaverei ist zur Zeit für die öffentliche Meinung bereits mehr als eine Nothwendigkeit der Kriegsführung. Mit wunderbarer Schnelligkeit haben die Ereignisse das Volk in seiner Mehrheit aufgeklärt und humanisirt. Die Verachtung der schwarzen Race stirbt rasch hin. Lesen Sie, um sich davon zu überzeugen, den Passus der Botschaft, in welchem Lincoln diejenigen Südländer von der Amnestie ausnimmt, welche im Dienste der Union befindliche Farbige gegen das Kriegsrecht in der Gefangenschaft mißhandeln, und erwägen Sie, daß die öffentliche Meinung der Regierung beistimmt, wenn sie sich weigert, die Leiden der weißen Kriegsgefangenen in Richmond durch Aufgeben der Rechte der farbigen Soldaten zu enden. Und heute erst berichtet man von Charleston, daß Robert Small, der Neger, welcher den kühnen Fang eines Rebellen-Dampfers ausführte, zum Kapitän desselben ernannt wurde, um, wie der Befehl lautet, „den braven schwarzen Saxon zu ehren, der einen gefahrvollen Auftrag, vor welchem der feige weiße Kapitän des Schiffes zurückschreckte, auszuführen bereit war." Wer den Amerikaner kennt, der wird begreifen, welche Bedeutung der Ausdruck „der brave schwarze Saxon" hat.

29. Dezember 1863.

Die Feinde des Nordens, welche von dessen Erschöpfung und Ueberdruß den Sieg des Südens hofften, haben sich verrechnet. Die Entschlossenheit und das Gefühl der Macht waren nie größer in der Bevölkerung der freien Staaten, als jetzt nach dem beinahe dreijährigen Kriege. Diese Stimmung ist so unbedingt, daß selbst die alten Parteigegner der Regierung über ihre unklugen Freunde erbost sind, welche durch den jetzt verlachten Ruf nach Frieden mit dem Süden die politischen Manöver der Opposition stören. Die ungeheure Produktionsfähigkeit und die Energie des Nordens haben einen in der Geschichte unerhörten Zustand des allgemeinen Reichthums mitten im Kriege ziemlich unversehrt erhalten. Nicht nur in New-York und einigen Handels- und Industrie-Hauptstädten ist dies der Fall, der ackerbauende Westen strotzt

in gleicher Fülle des Wohlseins. Das Christfest gab Gelegenheit, den Ueberschuß des allgemeinen Besitzes und die gränzenlose Leichtigkeit des Geldausgebens zu beobachten. Wie war an diesen Tagen der Verbrauch von Gegenständen für Geschenke so ungeheuer und zu so enormen Preisen! Es genüge hier ein Beispiel. Im Laufe der Weihnachtswoche wurden hier zwei Gemälde-Versteigerungen gehalten, deren Ertrag sich auf 150,000 Dollars belief. Wie ganz anders ist das Bild des Südens, wie es uns jetzt wieder aus aufgefangenen Briefen hervortritt! Die Frau des verstorbenen Commodore Tatnall schreibt einer Freundin: „Kannst Du zu uns kommen, so bringe uns Unterkleider, fülle deinen Koffer tüchtig an, denn wir alle bedürfen dringend Kleidungsstücke." Von Charleston schreibt der frühere Direktor einer Lehranstalt, der Wagen und Pferde besessen hatte: „Meine ganze Habe ist dahin. Ich muß von Neuem beginnen. Unser Volk hält an Charleston, als wenn es das Herz der Konföderation wäre, und doch muß es fallen. Ich wage es nicht, hier meine Ueberzeugung auszusprechen, aber sie gründet sich auf mehr, als Furcht." Von Savannah schreibt ein alter Herr: „Von Herzen hoffe ich, diese Revolution möge bald enden, denn es ist mir, als wäre ich hier in einem Gefängniß. Möge Gottes Barmherzigkeit uns einen Ausweg zeigen." Aus derselben Stadt klagt ein Andrer: „Alles scheint gegen uns zu gehen; allgemeines Mißtrauen beginnt zu herrschen." Aus Georgia schreibt eine Dame: „Unser unglückliches Land ist in einem jammervollen Zustande der Anarchie und der Verwirrung; Kummer und Angst herrschen in allen Familien, und wir alle denken mit Seufzen an die guten alten Zeiten, in denen Gesetz, Ordnung und gutes Einvernehmen herrschten." Dies sind Stimmen aus dem Volke des Südens, welche zu den offiziellen Verzweiflungs-Beschlüssen der Machthaber den bedeutungsvollen Kommentar geben. Die Masse der südlichen Bevölkerung ist oder wird bald reif sein, mit dem Opfer der Sklaverei die alte Ruhe und Ordnung in der Union zu erkaufen. Bereits beginnen selbst Sklavenhalter einzusehen, daß der neue Zustand der Dinge ein unvermeidlicher und finanziell kein so schrecklicher ist, als sie wähnten oder vorgaben. Der Erfolg der freien Arbeit der Neger ist jetzt kein Problem mehr, und schon beginnt die Spekulation in Louisiana auf dem Boden der Emanzipation zu arbeiten. Ein südlich ge-

sinntes Blatt macht offen dieses Zugeständniß, und von Privaten, welche sich hier befinden, wird dasselbe bestätigt. Lincoln's Amnestie-Proklamation beginnt ihre Wirkung zu äußern. In Nord-Carolina haben Offiziere und Soldaten deren Verheißung in Anspruch genommen. In allen Staaten, wo die Unions-Autorität festen Fuß faßt, bildet sich eine entschiedene Unions-Partei, welche die Abschaffung der Sklaverei als Grundlage der neuen Ordnung annimmt. In New-Orleans fand unter dem Vorsitze eines der bedeutendsten Advokaten der Stadt ein Konvent statt, welcher von einem schwarzen Prediger eröffnet wurde und Vertreter der Farbigen unter seinen Mitgliedern zählte. Der Zweck dieser Versammlung ist die Konstituirung Louisiana's als Freistaat. In Florida geschah dasselbe.

1864.

1. Januar 1864.

Das Jahr 1864, welches das Kriegsglück hoffentlich zum Jahre der vollständigen Emanzipation und der Wiederherstellung der Union machen wird, hat mit einem Ereignisse begonnen, welches als bedeutungsvolles Zeichen einer neuen Epoche erwähnt werden darf. Am Neujahrstage empfing der Präsident der Vereinigten Staaten nicht nur die Vertreter der fürstlichen Häuser und der Länder weißer Bevölkerung, sondern auch einige Vertreter der schwarzen, der bisher nicht als ganz dem Menschengeschlechte angehörig betrachteten Race. Fünf Farbige drückten zum Neujahrswunsche die Hand des höchsten Beamten der großen Republik. Es ist dies so zu sagen eine amtliche Erklärung der großen Revolution, welche in der neuen Welt die Zivilisation der alten fortsetzt. Am ersten Tage des vergangenen Jahres würde dieser Akt des Präsidenten einen Schrei der Entrüstung bei der Mehrheit der Nation hervorgerufen haben; auch die Bessergesinnten würden ihn als unstatthaft mißbilligt haben; nur die geringe Zahl der unbedingten Negerfreunde hätte ihn gut geheißen. Jetzt geschah dies, ohne daß selbst die Oppositions-Presse mit heftigem Tadel davon spricht, und die Mehrheit des Volkes findet es schon ganz natürlich. So rasch ist die öffentliche Meinung fortgeschritten. Auch die Stimmung in Bezug auf die Zukunft

ist allgemein eine so gehobene, daß selbst die feindlichsten Gegner der Regierung es nicht mehr wagen, das Resultat des Kampfes ernstlich in Zweifel zu ziehen. Die absolutesten Freunde des Südens verlangen jetzt nicht mehr den Frieden als das einzige Mittel, um einem verderblichen, hoffnungslosen Kriege ein Ende zu machen, sondern, weil sie dafür halten, daß der Feind gedemüthigt genug sei, um dem Norden das Entgegenkommen ehrenvoll zu machen. Den Erfolgen der letzten sechs Monate gegenüber wagt es die Oppositions-Presse nicht mehr, die Regierung der gänzlichen Unfähigkeit anzuklagen; Mac Clellan, der früher als der einzige Retter der Union von den geheimen Freunden des Südens gerühmt wurde, ist vergessen. Um der fast sichern Wiedererwählung Lincoln's, in welchem sich stets mehr die Durchführung der Revolution verkörpert, einen mächtigen Nebenbuhler entgegen zu stellen, muß man nach dem siegreichen Grant greifen; selbst der Untergang der Sklaverei wird von den schlauer berechnenden Gegnern der gegenwärtig herrschenden Partei zugegeben. Der Glaube, daß der große Kampf mit diesem Jahre enden werde, ist allgemein, ohne daß man vor einer Verlängerung bange zittert. Die Nation ist für Alles vorbereitet. Auch überläßt man sich nicht, wie früher, der Uebertreibung sanguinischer Hoffnung; man weiß, daß selbst nach Beendigung des großen Krieges möglicher Weise noch ein langer Kampf mit Guerillabanden stattfinden wird und daß in manchen Theilen des unterworfenen Südens die Feindseligkeiten, so zu sagen, endemisch sein werden. Und für dieses schwierige Werk der Zukunft rüstet die Regierung sich schon jetzt namentlich durch die Negerbewaffnung, durch welche sie sich in den Besitz einer permanenten Kriegsmacht setzt. Sie wird als Heer der Vereinigten Staaten anerkannt werden, und aus diesem Grunde werden nur Bürger der Union als Offiziere angestellt. Jetzt noch wird allerdings dieser Gedanke nicht ausgesprochen; die öffentliche Meinung muß dafür erst durch die Thatsache gewonnen werden, was nicht schwierig, noch von langer Dauer sein wird. Die Rehabilitation der Farbigen macht Riesenschritte. Der Neujahrstag gab davon noch andere Beweise. In Norfolk und hier in New-York feierten die Schwarzen diesen Tag als den Jahrestag der Emanzipation durch Lincoln's erste Proklamation. Dort wohnten General Butler und sein Stab den Feierlichkeiten bei; hier nahmen mehrere der geachtetsten Bürger,

nicht ursprüngliche Abolitionisten — und eine beträchtliche Anzahl von Damen an der Demonstration Theil.

6. Januar 1864.

Im Vertrauen auf seine Stärke und Entschlossenheit wird der Norden täglich mehr durch die Geständnisse des Südens über seine verzweifelte Lage gekräftigt. Die letzteren tragen unverkennbar das Gepräge der bittersten Enttäuschung und des Hasses gegen die Männer, welche den Süden in die bodenlose Tiefe seines Elends gestürzt haben. Verhindert auch der Stolz des Lokalpatriotismus und die Erbitterung gegen den erfolgreichen Gegner die Unzufriedenen des Südens, den Wunsch für Beendigung des Krieges durchschimmern zu lassen, so ist ihre Sprache doch der unverkennbare Ausdruck der Ueberzeugung, daß der Krieg die Rebellion nicht retten kann, selbst wenn noch einzelne Erfolge das verhängnißvolle Endresultat verzögern sollten. Die gewaltsamen Maßregeln, zu welchen Jefferson Davis zur Aufrechterhaltung seiner Heeresmacht, und wenn möglich, zur Milderung des Finanz-Elendes greifen muß, werden selbst von der ihm sonst ergebenen Presse von Richmond mißbilligt, und die der Opposition denunzirt sie offen und aufs schärfste als despotische Akte. Ueber das Gesetz, welches die Aufhebung aller waffenfähigen Männer anordnet, ohne die auszunehmen, welche bereits mit großen Geldopfern Vertreter in das Heer gesandt haben, sagt der Richmond Whig: „Die Regierung und die Gesetzgebung scheinen vom Wahnsinne ergriffen zu sein. Wird dieses Gesetz ausgeführt, so ist die allgemeine Hungersnoth die erste Folge davon; denn unser Feldbau wird ganz vernichtet werden." Zugeständnisse, wie das folgende, zeigen, wie tief im Herzen des Südens der Groll gegen die Regierung ist, da selbst die Eitelkeit desselben nicht mehr die Verheimlichung erzielt: „Unser Heer", sagt das Richmonder Blatt, „hat Monate lang Lookout Mountain und Missionary Ridge im Besitze gehabt und sich nicht gegen den Feind halten können. Dieser machte in einigen Tagen Chattanooga, von Natur nicht so fest, uneinnehmbar." Daß auch das südliche Heer in sich selbst diese Mißstimmung und den Keim der Auflösung trägt, geht ebenfalls aus den Erklärungen der südlichen Presse hervor. Sie be-

rechnet die Ausreißer auf 200,000. Mangel an Kleidung, Schuhen und Lebensmitteln werden im Laufe des Winters die drohende Zerrüttung der südlichen Armee noch befördern. Trotz der ausdauernden, freiwilligen oder gezwungenen Bereitwilligkeit eines Theils der südlichen Bevölkerung, den leidenden Soldaten mit Aufopferung aller entbehrlichen Habe zu Hilfe zu kommen, kann deren Zustand wenig gebessert werden, denn die noch bis jetzt einzig übrig gebliebene Quelle von Mitteln ist fast ganz versiegt. Der Hafen von Wilmington, durch welchen die englischen Waaren eingebracht wurden, ist stets besser und erfolgreicher von den Unionskreuzern bewacht. Die Finanznoth ist derart, daß alle Vorschläge zu deren Linderung einfach auf den erklärten Staatsbankerott hinauslaufen. Die alten Papierwerthe, die nur noch fünf Cents auf den Dollar gelten, sollen außer Kurs gesetzt werden und neue an deren Stelle treten. Ganz offen gesteht man dabei, daß alle vorgeschlagenen Maßregeln die Verfassung verletzen — aber, heißt es, Noth kennt kein Gebot. — Dazu kommt nun die sich stets mehr bestätigende Wirkung der Amnestie-Proklamation. Es ist kein Zweifel mehr, daß dieselbe eine der herrschenden Sklavenhalter-Aristokratie feindliche Bevölkerung schaffen wird, die, sobald der Militär-Despotismus von Jefferson Davis und seinen Mitschuldigen gebrochen ist, freudig den Frieden durch das Opfer der Sklaverei erkaufen wird. Das Elend, in welches die Sklavenbesitzer die besitzlose Klasse des Südens gestürzt, hat den Bruch zwischen diesen beiden Theilen der Bevölkerung hervorgerufen. Die Bereitwilligkeit, mit welcher bereits Tausende der südlichen Kriegsgefangenen die Amnestie des Präsidenten annehmen, ist der beste Beweis dafür, denn wenn diese durch den langen Kampf gegen den Norden zum Bewußtsein ihres persönlichen Werthes herangebildeten armen Weißen die Sache der Aristokratie aufgeben, werden es ihre durch Elend aufgeklärten Angehörigen nicht auch thun? Von Wichtigkeit ist dabei die Erscheinung, daß die in den besetzten Theilen des Südens jetzt auftretende Unionspartei stets mit vollkommen radikalen Grundsätzen an die Reorganisation der Staaten geht. Unmittelbare Abschaffung der Sklaverei und Einsetzung von Militär-Gouverneurs sind ihre Forderungen. Die Zerfahrenheit der demokratischen Partei im Norden nimmt zu. Der New-York Herald, welcher stets nur die Spur der öffentlichen Meinung aufzufinden sucht, giebt

daher die Vertheidigung der Sklaverei auf und erklärt das Institut für verloren. „Die Sklavenfrage, sagt er, hat mit der künftigen Präsidentschaft nichts mehr zu thun." Diese Erklärung des gesinnungslosesten Blattes beweist aber, daß für die Erhaltung der Sklaverei keine mächtige Partei mehr im Norden zu bilden ist. Die Fanatiker unter den nördlichen Trabanten der südlichen Aristokratie fühlen sich unwohl in der freien Atmosphäre, welche jetzt über dem Norden liegt. In Ohio wollen sie sich als eine Kirche der Auserwählten, als christliche Prosklavereigemeinde konstituiren. Ein Aufruf ist dort ergangen, eine Kirche zu bilden, in welcher das Evangelium ohne Beimischung des Abolitions-Fanatismus gepredigt werden soll. Von großer Wichtigkeit ist die sich entwickelnde Sicherung des Mississippi durch Besitznahme der verlassenen Plantagen längs des Stromes. Diese Ansiedelungen nördlicher Spekulanten haben trotz der, bisher noch oft vorkommenden Angriffe der Guerillas glänzenden Erfolg; der Geldgewinn durch den Baumwollbau ist selbst unter diesen ungünstigen Umständen ein bedeutender. Ein Nachtheil aber besteht noch; das Land wird nicht in kleinen Parzellen verkauft oder vermiethet, sondern geräth massenhaft in die Hände der bemittelten Unternehmer. Es wäre daher die Entstehung einer neuen Land-Aristokratie zu befürchten, wenn nicht durch die Befreiung der Neger die Beherrschung der Arbeitskräfte aufhörte und demnach die Zertheilung durch die materielle Unmöglichkeit erzwungen würde, die alten Pflanzungen in ihrer kolossalen Form zu bebauen. Was Wissenschaft und Spekulation nicht lösen können, das thut die Macht der Thatsachen, und darin liegt das Geheimniß des Erfolges der amerikanischen Politik. Sie arbeitet nicht für die Realisirung eines im Voraus als wahr, als nothwendig erkannten Gedankens, sie ordnet nur die Produkte der Ereignisse. Selbst der theoretisirende Sumner unterwirft jetzt sein System der Reorganisation der Union dem Plane des, lediglich durch Thatsachen bestimmten Lincoln.

20. Januar 1864.

Offener, als die Vorbereitungen für den kommenden Waffenstreit, finden die für den politischen Kampf des nächsten Sommers Statt. Die Präsidentschafts-Kandidatur Lincoln's ist jetzt eine offizielle That-

sache. Nicht nur die ihm ergebene Presse spricht dafür, sondern auch mehrere Unions-Leaguen und, was entscheidender ist, eine große Anzahl der Mitglieder der Legislatur von Pennsylvanien haben durch feierliche Erklärungen Lincoln als den Mann genannt, unter dessen Leitung der große Kampf des Nordens gegen den Süden zum Austrage gebracht werden müsse. Diese unbedingte Erklärung der Kandidatur Lincoln's hat aber Viele mißstimmt, die, obgleich Radikale, ihn zu wählen sich bereit gezeigt hatten, aber mit dem Vorbehalte, daß er als wiedererwannter Präsident, statt Seward und seine Freunde um sich zu haben, Männer der entschiedeneren Partei in seinen Rath berufe. Die Organe dieser Fraktion, wie die hiesige Tribüne und Evening Post, verhalten sich daher den Lincoln-Demonstrationen gegenüber sehr schweigsam. Die sogenannten Konservativen und Demokraten werden sich jedenfalls auf einen gemeinschaftlichen Kandidaten einigen; bis jetzt ist wahrscheinlich Mac Clellan der Auserwählte, obgleich es nicht unmöglich wäre, daß die Demokraten einen Andern für passender halten werden. Jedenfalls deutet eine kürzlich in Washington Statt gefundene Berathung der demokratischen Kongreßmänner darauf hin, daß dieselben vor der Hand noch freie Hand behalten wollen. Indessen ist bis jetzt Lincoln der stärkste aller noch erwähnten Kandidaten, denn selbst unter den radikalen Gegnern desselben giebt es wenige, die ihre Opposition so weit treiben würden, einem Reaktions-Kandidaten aus Haß gegen Lincoln den Sieg zu verschaffen. Die Politik Lincoln's, wie sie in seiner Amnestie-Proklamation festgestellt ist, hat schon jetzt thatsächliche Bewährung gefunden. Aus Arkansas kommt eine Deputation, welche die Rekonstruktion des Staates auf dieser Basis anzeigt und erklärt, daß dieselbe im Laufe von drei Monaten durchgeführt werde. Der Militär-Gouverneur Johnson von Tennessee hat ganz neuerdings in einer Rede unter dem stürmischen Beifalle der zahlreichen Versammlung dasselbe für Tennessee erklärt. Louisiana schreitet rasch voran in demselben Werke. — Der frühere Süd-General Gantt hat in einer Rede zu Cincinnati erklärt, daß die Abschaffung der Sklaverei das einzige Rettungsmittel für die südlichen Staaten, daß Arkansas jetzt das Feld sei, auf welchem der Abolitionismus von Neu-England in voller Blüthe stehe. „Wir, die wir so sehr dabei interessirt sind, beten um Befreiung von dem Fluche der

Sklaverei, während eine feige Partei im Norden trachtet, denſelben auf uns laſten zu laſſen." — Mittheilungen aus Richmond ſchildern den Eindruck als gewaltig, welchen Lincoln's Amneſtie-Proklamation auf die Regierung, die Bevölkerung und beſonders die Soldaten machte. Ein Arzt des Richmonder Gefängniſſes ſagte einem Unions-Offizier, er glaube, die Hälfte der Soldaten ſei bereit, von der Amneſtie Gebrauch zu machen. Berichte von Unionsleuten, welche der Herrſchaft von Jefferſon Davis entflohen ſind, beſtätigen dies von anderen Theilen des Südens. Die Maſſe der Unbemittelten will Friede und Rückkehr in die Union um jeden Preis, die Reichen möchten beides jetzt noch mit möglichſter Rettung ihres Beſitzes. Die Deſertion in den ſüdlichen Heeren dauert fort und würde maſſenhaft Statt finden, wenn nicht ein ſtrenges Spioniersſyſtem die Soldaten von gemeinſchaftlichem Handeln abhielte. Aber dennoch befinden ſich in einzelnen Gegenden wirklich organiſirte Banden von Ausreißern, die in den Wäldern in Höhlen leben und nicht ſelten Kämpfe mit den gegen ſie ausgeſandten Truppen beſtehen. Alle Zweifel, welche man aber ob dieſer perſönlichen Beobachtungen und Urtheile erheben könnte, fallen weg, wenn man die Sprache hört, welche Nord-Caroliniſche Blätter führen. Sie verlangen unbedingt Frieden. „Die gegenwärtige Lage der Dinge", ſagen ſie, „kann nicht fortdauern. Die Maſſe der redlichen, arbeitenden Klaſſen iſt betrogen worden. Sie wollen Frieden, und nicht unter Bedingungen, welche die Führer wünſchen, von denen ſie betrogen wurden, ſondern unter ſolchen, welche ſie ſelbſt vorſchreiben werden." Der Gedanke, den dieſe Worte noch umhüllen, iſt leicht herauszuſchälen, er heißt: Aufopferung der Sklaverei, deren Verderblichkeit für das allgemeine Intereſſe die unbemittelten Klaſſen des Südens einzuſehen beginnen. Ueber die allgemeine Konſkription ſagt daſſelbe Blatt: „Unſer Ackerbau und unſre Induſtrie können nicht einen Mann mehr hergeben; eine weitere Truppen-Aushebung wäre der vollſtändige Ruin des Landes." Dieſen Manifeſtationen der Unzufriedenheit der großen Maſſe im Süden muß aber die Thatſache zur Seite geſtellt werden, daß die Diktatur der ariſtokratiſchen und militäriſchen Führer noch immer Kraft genug beſitzt, einen gewaltigen Entſcheidungskampf zu beſtehen. Dieſelben Berichterſtatter aus dem Süden beſtätigen dies. Der Glaube an den Triumph ihrer Sache iſt bei den Führern und den Offizieren

des Heeres erschüttert, aber noch sprechen sie den Entschluß aus, lieber auf dem Kampfplatze zu fallen, als sich zu unterwerfen. Auch hat die Regierung in Richmond noch nicht alle Hoffnung auf Anerkennung von England, besonders aber von Louis Napoleon aufgegeben. Ein Flüchtling aus Richmond berichtet in dieser Beziehung Aeußerungen von Mitgliedern des dortigen Kabinets. Die Ansicht und Hoffnung dieser Herren ist immer noch, daß Louis Napoleon's Stellung in Mexiko ihn zwingen werde, einen selbständigen Süden zwischen das von ihm gegründete Kaiserthum und die Union zu schieben.

2. Februar 1864.

Die Reorganisation der Union auf der Basis der Freiheit für Alle beginnt thatsächlich und mit fast unerwartetem Erfolge. In Tennessee hat der Gouverneur Wahlen für die Countybeamten ausgeschrieben, welche die Frage der Emanzipation praktisch entscheiden. Arkansas wird gemäß einer Proklamation des Präsidenten nach dem Wunsche der loyalen Anti-Sklavereibevölkerung sich nächstens rekonstituiren. General Banks hat dem Gesuche des Freistaats-Ausschusses von New-Orleans entsprochen und die Berufung eines Konvents angeordnet, welche aus einem Wahlsysteme hervorgehen wird, das den Bestrebungen der Freiheits-Partei entspricht. Aus allen diesen Staaten ertönt zu gleicher Zeit von Seiten der arbeitenden Klassen und der kleinen Grundbesitzer der Ruf nach Einwanderung aus Europa und den freien Staaten des Nordens. Die Masse der Bevölkerung in diesen Staaten, so wie in Maryland, Delaware und Westvirginien ist zur Erkenntniß gekommen, daß ihr von der Natur so begünstigter Boden, von den Fesseln der Sklaverei befreit, durch den Hinzutritt freier Arbeiter dem Norden an Entwicklung nicht nachstehen wird. Die weise Anordnung der Regierung, daß das konfiszirte Land des Südens in Parzellen von 20 Acres zu 1 Dollar 25 Cents an loyale Bürger veräußert werden soll, entfernt nun auch die Gefahr, daß sich dort an die Stelle der alten Land-Aristokratie eine neue aus den Reihen der Armee-Spekulanten setzt. Ein andres günstiges Ereigniß ist die Freigebung der Mississippi-Fahrt, welche bisher aus militärischen Gründen nicht gestattet war. Auf der andern Seite mehren sich täglich die Zeichen der Auflösung in der Konföderation.

Man hat nicht nöthig, übertriebenen Gerüchten Glauben zu ſchenken, wie dem, welches jetzt verkündet, es ſei der Regierung der Antrag gemacht worden, die Amneſtie auch auf alle Rebellen-Führer auszudehnen, dann würden ſie alle die Waffen niederlegen. Thatſachen ſprechen immer mehr für den herannahenden Zuſammenbruch. Nordcarolina tritt ſtets entſchiedener auf. Man verlangt dort einen Konvent, um über das Schickſal des Staates zu entſcheiden. „Wir verlangen die Erfüllung der uns gemachten Verſprechungen oder den Rücktritt aus der Konföderation", ſo ſpricht ein jetzt erſt als Vertreter in den Kongreß zu Richmond geſandter Führer der Oppoſition, und der Gouverneur des Staates erklärt ſich in einem öffentlichen Schreiben gegen die von der Regierung zu Richmond beabſichtigte Steuerauflage auf den Grundbeſitz der ſüdlichen Staaten. Die ſüdliche Preſſe ſpricht ſich mit einer Kühnheit gegen die Geſetzvorlagen über die Konſkription und die neue Beſteuerung aus, welche beweiſt, daß das Fortbeſtehen der Konföderation nur durch unmittelbare, entſchiedene Siege zu erhalten iſt; — jedenfalls bedürfen Jefferſon Davis und ſeine Gehilfen ſolcher Vortheile, um ſich in ihrer Stellung zu erhalten. Die politiſchen und militäriſchen Häupter der Rebellion ſind noch entſchloſſen, den Kampf aufs Aeußerſte zu treiben, — die Maſſe des Volkes iſt deſſelben müde; die erlittenen Niederlagen und die Fehler der Regierung haben Muthloſigkeit erzeugt. In dieſer Lage führt der nächſte Schritt zu innerer Revolution oder zur vollſtändigſten Diktatur. Und dieſe wird bereits in Ausſicht geſtellt. Im Kongreß wurde das Wort bereits ausgeſprochen. General Lee iſt dazu auserſehen, die ſüdliche Ariſtokratie gegen die Bevölkerung, gegen die Macht der Bundesregierung zu vertheidigen. Jefferſon Davis kann daher nicht den Reſt des Winters unthätig bleiben; ſein Heer demoraliſirt ſich ſtets raſcher unter dem Drucke des Elends, und im Frühjahre ſtehen ihm die Bundestruppen in verdoppelter Stärke gegenüber. —

Im Norden hat die patriotiſche Bevölkerung ſchwer dafür zu zahlen, daß die obere Leitung des Krieges nicht in den Händen eines fähigen, willensſtarken Mannes iſt; aber ſie fühlt nicht, wie ſie ſollte, dieſen verderblichen Mangel einer intelligenten, einheitlichen Leitung. Alle Angſt und aller Schmerz über erlittene Niederlagen iſt vergeſſen, ſobald in dieſem fortdauernden Hazardſpiel einer unzuſammenhängenden Kriegs-

führung ein Sieg die bewundernswürdige Ausdauer der Truppen krönt. Der künftige Geschichtsschreiber dieses Kampfes darf diese Hingebung und Zähigkeit des amerikanischen Soldaten nicht übersehen, denn sie ist für den Erfolg der Bundeswaffen ganz, was die nationale Unbeugsamkeit der nördlichen Unions-Bevölkerung für die Entwicklung der Politik ist. Weder auf dem Schlachtfelde noch auf dem Boden der Politik haben die Führer die Sache der Union gerettet. Die Nation selbst wird dieses Verdienst haben. Das Vertrauen in die Weisheit der Kriegs-Operationen hat übrigens bedeutend abgenommen, und selbst die regierungsfreundlichen Blätter sprechen jetzt, am Vorabende des neuen großen Kampfes, nicht mit jener übermüthigen Siegesgewißheit, welche früher jeden neuen Feldzug ausposaunte. Man zweifelt und kritisirt. Die Oppositionspresse aber — vielleicht mit zu viel Anmaßung — bricht über den sich allmälig entwickelnden Plan den Stab. Sie prophezeit Unheil von demselben, weil er wieder eine Zersplitterung statt einer Konzentration der Streitkräfte zur Folge habe. Der direkte massenhafte Angriff auf Johnston bei Chattanooga und Lee am Rapidan wird von diesen Kritikern der Regierung, wie mir scheint mit Recht, als der einzig vernünftige Operationsplan angepriesen.

22. Februar 1864.

Heute ist Washington's Geburtstag; mit größerer Feierlichkeit als bisher und besonders mit gehobenerer Stimmung als in den letzten drei Jahren wird in allen loyalen Staaten dieser Erinnerungstag an den hervorragendsten Gründer der Union beobachtet, denn der Glaube an die Erhaltung und Veredlung seiner und seiner Mitarbeiter Schöpfung ist jetzt ein allgemeiner, siegesgewisser. Die trübe Zeit ist vorüber, in welcher selbst mancher gute, aber kleinmüthige Bürger die Trennung der Union für unvermeidlich hielt. Die geheimen Feinde und die augenblicklich entmuthigten Freunde der Union sind verstummt, die ersteren mit Ingrimm über ihre vereitelten Pläne, die letzteren mit Scham über ihre unpatriotische Schwäche. Dem Unionsgefühl der Masse des Volkes wird die Republik ihre Rettung verdanken; der Instinkt einer jungen, kräftigen Nation hat gethan, was weder Staatsweisheit, noch Enthusiasmus für die Realisirung von Prinzipien hätten bewirken können. Die Nation

wollte nicht untergehen; und um ihre Einheit — die Grundbedingung ihrer Existenz — zu retten, hat sie nach und nach Vorurtheile, Interessen, und, man könnte fast sagen, ihre ganze Vergangenheit über Bord geworfen! Heute feiert man Washington's Geburtstag mit dem fast einstimmigen Rufe: „Die Konstitution muß verändert werden, damit die Sklaverei von dem ganzen Gebiete der Union verschwinde!" — und noch vor einem Jahre, ja, vor wenigen Monaten steinigte man die Wenigen, welche das wahre Losungswort der großen Revolution auszusprechen wagten. Haben auch im Hause der Repräsentanten noch 62 Parteimänner gegen die 78 gestimmt, welche die Revision der Verfassung beschlossen, so ist dies nichts mehr gewesen, als der letzte Protest einer parlamentarischen Opposition, welche lieber auf dem Schlachtfelde fallen, als sich ergeben will. Nachdem dieselbe durch dieses Votum ihre fruchtlose Anhänglichkeit an die verurtheilte Institution nochmals bewährt hatte, löste sie sich auf. Einflußreiche Mitglieder derselben erklärten in den nächsten Sitzungen, daß sie den Untergang der Sklaverei anerkännten; die Organe der demokratischen Presse behandeln dieselbe jetzt als eine Leiche, die man sobald als möglich aus den Augen der Lebenden schaffen müsse. In Washington fand in den letzten Tagen eine geheime Berathung von Häuptern der demokratischen Partei statt. Hier wurde beschlossen, daß man künftig als „demokratische Freiheitspartei" vor die Nation treten müsse. Das Programm dieser regenerirten demokratischen Partei lautet: „Abschaffung der Sklaverei durch Revision der Verfassung; keine Wiederaufnahme eines Staates in die Union, der Sklaverei dulde; Verdammung der Korruption der gegenwärtigen Administration und der schwächlichen Kriegsführung von Lincoln und Stanton; baldige Rückkehr zur Goldwährung; Krieg bis zur unbedingten Unterwerfung der Rebellen, dann aber großmüthige Behandlung der Insurgenten." Vielleicht folgt nicht augenblicklich die ganze demokratische Partei der Leitung der Einsichtsvolleren, aber die Ereignisse werden selbst die hartnäckigsten Anhänger des alten Parteiglaubens zwingen, sich auf den Boden der Zeit zu begeben, wenn sie nicht als politische Mumien in die Rumpelkammer geworfen werden wollen. Das Programm der neuen Demokratie erfaßt mit Schlauheit die Lage der Dinge. Die Sklaverei giebt keinen Standpunkt mehr, den sucht man jetzt in der Erhaltung des großen

Grundbesitzes der südlichen Barone, denn das bedeutet der Satz: „großmüthige Behandlung der Insurgenten.“ Die gegen die Administration erhobenen Anklagen sind ein günstiger Boden für jede Opposition. Der wahre Kernpunkt der Revolution, die Zerreißung des großen Grundbesitzes im Süden, wird aber jetzt noch nicht von dem Volke, selbst nicht von vielen Führern der radikalen Partei erfaßt — von den letzteren wohl mehr aus Mangel an Muth, als an Einsicht. Daher kommt es, daß die Gränzlinie zwischen der radikalen und demokratischen Opposition, wie die letztere sich auf der neuen Basis aufstellt, prinzipiell nicht mehr scharf ist. Es wird übrigens täglich klarer, daß die rebellische Aristokratie des Südens noch einen Kampf auf Leben und Tod bestehen will. Die Diktatur von Jefferson Davis hat offenbar die Mißstimmung der Bevölkerung erdrückt. Die Gouverneure der Staaten — mit Ausnahme des von Nord-Carolina — sind die willigen Vollstrecker seiner Befehle, denen sich auch die Opposition im Kongresse beugen muß. Die Zwangs-Aushebung aller Waffenfähigen hat die südlichen Heere verstärkt. Die Entrichtung der Taxen in Produkten hat die Magazine noch einmal gefüllt, welche, wie aufgefangene Berichte der feindlichen Generale beweisen, geleert waren; die Finanzen sind durch Entwerthung des alten Papiergeldes geregelt. Alles ist bereit für den letzten Versuch. Auf Seiten der Bundes-Regierung ist man aber voll des unbedingten Glaubens an den Erfolg des bevorstehenden Kampfes.

15. März 1864.

Die Stimmung im Norden ist natürlich nach den jüngsten empfindlichen Schlägen eine äußerst gedrückte, und jeder nur einigermaßen denkende Mensch blickt mit Besorgniß in die Zukunft. Obgleich jetzt selbst die bisherigen Gegner der Regierung, wie z. B. ein Theil der Demokraten, sich für die energische Verfolgung des Krieges und unbedingte Niederwerfung der Rebellion erklären, so verhehlen sich doch die loyalsten Bürger nicht die Schwierigkeiten, welche die Erreichung dieses unumgänglich nothwendigen Zieles unter der gegenwärtigen Regierung macht. Die Hoffnung noch im Laufe des Sommers den Süden zum Gehorsam zu zwingen, ist vor den jüngsten Offensiv-Bewegungen der Rebellen bedeutend in den Hintergrund getreten, und selbst die hiesige,

sonst so sanguinische Presse stimmt ihren Ton bedeutend herab. Noch nie bisher hörte ich unter patriotischen Männern die bloße Möglichkeit einer nothwendig werdenden Herabsetzung des Zinsfußes der Vereinigten Staaten-Bonds diskutiren, und erst den letzten Wochen war es vorbehalten, daß diese Frage ganz ernstlich verhandelt wurde. Bekanntlich braucht die Regierung täglich zwei Millionen Dollars, und hat sie gebraucht in den letzten drei Jahren; ein solcher Etat kann aber nicht noch Jahre lang beibehalten werden. Umgekehrt hat sich der gesunkene Muth der Rebellen in letzter Zeit wieder sehr gehoben. Das zeigt u. A. auch die Mission des W. Preston nach Mexiko. Es ist dies derselbe Preston, der unter Buchanan Gesandter in Madrid war, ein reicher, unabhängiger und in diplomatischen Formen gewandter Mann, der jetzt mit den Franzosen in Mexico ein Schutz- und Trutzbündniß abschließen und dadurch indirekt die Anerkennung der Konföderation durch Napoleon herbeiführen soll. Wenn nun auch für diesen mehr das Ergebniß des bevorstehenden Feldzuges und die europäische Situation maßgebend sein wird, so beweist die Sendung Preston's doch, daß Napoleon dem Süden noch lange nicht, wie man englisch sagen würde, die kalte Schulter gezeigt hat. Auf derartige Beziehungen schrumpfen denn auch die Interventions- und Anerkennungs-Gerüchte zusammen, welche ab und zu von der englischen Presse verbreitet werden.

19. März 1864.

Die Stimmung des Landes ist nach wie vor gedrückt. Das Gold steht beinahe so hoch, als es in der schlimmsten Zeit während des vorigen Winters stand, und das Volk macht sich täglich mehr mit dem Gedanken vertraut, daß es noch der energischen Zusammenraffung aller Kräfte und Mittel bedarf, um der Sezession im Laufe des Jahres ein Ende zu machen. Die Ernennung Grant's zum Oberbefehlshaber ist bei dieser Erkenntniß der Lage überall freudig aufgenommen worden.

12. April 1864.

Selbst der Kongreß bleibt hinter dem allgemeinen Fortschritte nicht zurück. So hat der Senat in seiner Sitzung vom 8. d. einen Zusatz zur Bundesverfassung angenommen, dahin lautend, daß die Sklaverei

innerhalb des Gebietes der Vereinigten Staaten oder an irgend einem ihrer Jurisdiktion unterworfenen Orte ferner nicht bestehen darf, und daß der Bundes-Kongreß das Recht hat, diese Bestimmung durch geeignete legislatorische Maßregeln in Kraft zu setzen. Von 44 Abstimmenden haben sich nur 6 gegen diesen Beschluß ausgesprochen. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß das Haus mit einer verhältnißmäßig eben so großen Majorität der Resolution des Senats beitreten wird. Ist das geschehen, so müssen sie, um der Kongreßakte Rechtskraft zu verleihen, drei Viertel der gesetzgebenden Körper sämmtlicher Staaten genehmigen. Nominell besteht die Union augenblicklich aus 35 Staaten, faktisch dagegen nur aus 28. Es werden also 27, resp. 21 das Amendement ratifiziren müssen. Wenn das thatsächliche Verhältniß maßgebend ist, so wird die Sklaverei mit großer Majorität abgeschafft werden; ja, man rechnet selbst mit Bestimmtheit darauf, daß sich 27 Staaten gegen sie aussprechen werden, nachdem Louisiana, Arkansas und Maryland für eine freistaatliche Politik gewonnen sind. Der Gewinn ist theuer genug erkauft, aber er ist ein dauernder und gewaltiger. Ebenso wichtig und bezeichnend sind die jüngsten Wahlen in den bisherigen Sklavenstaaten Maryland und Louisiana, denn sie bedeuten hier die unbedingte Abschaffung der Sklaverei. In Maryland ist es so weit gekommen, daß einer seiner konservativsten Politiker Reverdy Johnson, ein Mitglied des Pierce'schen Kabinets, ein Mann, der nie in einem freien Staate gelebt hat, erklärt, daß die Sklaverei todt sei, daß sie nur noch Schaden und Verderben bringen könne und daß sie deshalb unbedingt durch die Konstitution der Vereinigten Staaten verboten werden müsse. Früher handelte es sich in Maryland noch um die Entscheidung der Frage, ob die Sklavenhalter für ihre Verluste entschädigt werden sollten; die am letzten Mittwoch gewählte Versammlung für die Revision der Staatsverfassung besteht aber ihrer großen Mehrzahl nach aus unbedingten Freunden der sofortigen unentgeltlichen Emanzipation, welche jetzt natürlich nicht ausbleiben wird.

20. April 1864.

Fort Pillow am Mississippi, eine Stunde von Memphis, ist von dem Rebellen-General Forrest nach einer kurzen Gegenwehr genommen und die aus etwa 600 Mann bestehende Besatzung auf ganz

kannibalische Weise ermordet worden. Die hilflos Verwundeten, die Kriegsgefangenen wurden kaltblütig von den Rebellen abgeschlachtet und sogar die Frauen und Kinder nicht geschont. Nach General Sherman's eigenem Berichte betrug der Verlust der Unionstruppen 53 Weiße und 300 Farbige, der Rest war verwundet. Einige Schwarze wurden sogar lebendig begraben; kurz, die Südländer beschworen bei dieser Gelegenheit alle Schrecken des finsterſten Mittelalters wieder herauf, und das ganze Land ist entsetzt vor diesen Gräueln der südlichen Zivilisation, welche ganz folgerichtig aus der Sklaverei hervorgehen. Diese Barbarei ist die südliche Antwort auf die Lincoln'sche Amnestie-Proklamation. Hier wirft sich unwillkürlich die Frage auf, wie es überhaupt möglich war, daß der Westen von Kentucky und Tennessee, welche sich bereits seit zwei Jahren im Besitze des Bundes befinden, heute von Tausenden von feindlichen Truppen durchzogen werden und daß diese hier die Herren und Meister spielen? Und doch ist jene Gegend grade so wichtig, weil sie im Westen von dem Mississippi begränzt wird. Die zum Schutze und zur Beherrschung dieses Flusses angebrachten Forts scheinen ganz machtlos; sie werden eines nach dem andern angegriffen und entweder genommen oder nur mit Mühe gerettet. Nirgend aber zeigt sich dort ein loyales Volk, das sich zur Vertheidigung der bedrohten Punkte erhöbe; im Gegentheil, es leistet dem Feinde überall Vorschub und tritt sogar den Bundes-Generalen feindlich gegenüber. Das sind die Früchte der sogenannten Kentucky-, d. h. Versöhnungs-Politik Lincoln's, welche die Rebellen als das, was sie ist, als jämmerliche Schwäche auffassen. Was jetzt aber in jenen Theilen des Mississippi-Gebietes vorgeht, kann sich täglich in den übrigen zurückeroberten Südstaaten ereignen, in Louisiana, Orleans und dem südlichen Missouri, deren Loyalität um nichts besser und deren Eroberung um nichts gesicherter ist. Eben so schlimm, wenn nicht schlimmer, als diese materiellen Verluste, sind die moralischen Einbußen, welche die Sache der Union durch derartige Schlappen erleidet. Während in Folge der letzten Niederlagen im Felde der Süden zu Anfang des Jahres fast gebrochen und muthlos der Eröffnung des Frühjahrs-Feldzuges entgegenblickte, hat er sich jetzt neu gestärkt und ist sogar der angreifende, herausfordernde Theil. Eine energische Verfolgung der im Herbste gewonnenen Vortheile hätte, wenn nicht die Been-

digung des Krieges, so doch die Führung des Hauptschlages gegen die Rebellen im Laufe dieses Jahres ermöglicht. Daß jetzt aber im allergünstigsten Falle erst das nächste Jahr das Ende des Krieges bringt, wird allmälig selbst dem Befangensten klar. Grade diese fast regelmäßig gewordenen Schwankungen im Kriegsglücke und diese Ungewißheit erfüllen in den großen Handelsstädten die Gemüther mit Angst und Schrecken und erwecken die ernstesten Besorgnisse für die Zukunft. Wohin — fragt man sich — soll das hinaus? Und die Börse antwortet mit einer Steigerung des Goldagio's, welches in voriger Woche an einem einzigen Tage um 14 % differirte, die Arbeiter setzen aus, um höhere, den gesteigerten Preisen entsprechende Löhne zu erzwingen, die Kaufleute spekuliren, statt in ihrem legitimen Geschäfte zu bleiben, in Gold und in Gold- und Silber-Minen, und die besitzenden Klassen leben mit einem Leichtsinne in den Tag und in die Welt hinein, als ob nie eine Stunde der Abrechnung kommen würde. Eine Erscheinung, welche sich auch in anderen Ländern zur Zeit der ungebührlichen Ausdehnung des Papiergeldes gezeigt hat, wiederholt sich jetzt eben hier. Luxus und Verschwendung der sinnlosesten Art herrschten nie so allgemein, als jetzt im Norden. Jeder will es dem Andern in der Kunst des Geldwegwerfens zuvorthun; es ist, als ob Jeder sich bemühte, das grüne „Shinplaster" sobald als möglich los zu werden. Ein Vergnügen, eine Extravaganz jagt die andere; man fragt gar nicht mehr nach den Kosten, nach dem Preise; „wie gewonnen so zerronnen", ist die Losung, und New-York, Boston und Philadelphia im Osten, Cincinnati, Chicago und St. Louis im Westen gleichen mehr fashionablen Badeörtern in der Höhe der Saison, als den Hauptpunkten eines um seine staatliche Existenz ringenden Landes. Natürlich hat Jeder ein besonderes Heilmittel für das Uebel. Einzelne, sonst verständig redigirte Zeitungen, wie z. B. die Tribüne, gehen sogar so weit, es den fremden Banquiers in die Schuhe zu schieben, deren Interesse es sei, das Gold in die Höhe zu treiben, während sie grade am meisten unter dem gegenwärtigen wilden und ungeregelten Treiben auf der Börse leiden. Wie in Europa in den Augen der Staatsmänner der Kreuzzeitung zwei Juden, zwei Polen und zwei Liberale die ganze Revolution gemacht haben, wie den Liberalen sehr häufig zur Erklärung einer politischen Missethat die Jesuiten aushelfen

müssen, so dient dem gedankenlosen eingeborenen Amerikaner der fremde Banquier als der Repräsentant aller bösen Anschläge auf dieses Land, so hält er ihn hier jeder Schandthat für fähig. „Nun ich gratulire zur saubern Bundesgenossenschaft", sagte neulich ein sonst leidlich verständiger Amerikaner zu einem meiner Freunde, der sich für die Ernennung des Generals Fremont zum Präsidentschafts-Kandidaten interessirte. „Wie so"? „Nun Belmont (der frühere Agent der Rothschild's und bedeutender Banquier in New-York, dabei ein Friedens-Demokrat) dirigirt Ihre ganze Bewegung; Sie sind, ohne es zu wissen, von den Rothschild's verrathen, damit die republikanische Partei unterliegt und Mac Clellan an's Ruder kommt." Strenge Gesetze gegen die Goldspekulation und Besteuerung der Zirkulation der Privatbanken, wie sie jetzt im Kongresse und in den Staatslegislaturen vorgeschlagen worden, helfen eben so wenig, denn sie berühren nur die Oberfläche des Uebels. Dieses sitzt tiefer. So lange nicht die Regierung darauf Bedacht nimmt, nur durch fundirte Anleihen und Steuern die Mittel zu beschaffen, welche zur Fortführung des Krieges und zur Verwaltung überhaupt erforderlich sind, wird das Steigen der Kurse und damit aller Bedürfnisse höchstens auf kurze Zeit unterbrochen werden. Die Finanz-Experimente des Herrn Chase lassen aber befürchten, daß das Steigen des Goldes noch bedeutend anhalten und bald über 100 hinausgehn wird.

14. Mai 1864.

Die Aufregung und ängstliche Spannung der letzten Tage ist kaum zu beschreiben. Wartet doch die ganze Stadt seit einer vollen Woche auf eine entscheidende Schlacht! Ein Gerücht jagt das andre, Verzweiflung und Hoffnung wechseln einander alle Stunden ab, eine peinigende Ungewißheit hat sich selbst der ruhigsten Beobachter bemächtigt. Wenn diese Erscheinungen auch in dem nunmehr ins vierte Jahr gehenden Kriege nicht neu sind, so ist doch im Gegensatze zu den früheren entscheidenden Ereignissen und den sie einleitenden Thaten jetzt eine ungleich festere, gesetztere Haltung und verhältnißmäßig geringere Erregtheit nicht zu verkennen.

18. Mai 1864.

Es herrscht jetzt im ganzen Volke eine große Siegesgewißheit, denn es glaubt, in Grant den General gefunden zu haben, der Lee nicht losläßt, bis er ihn zermalmt hat. Die Stimmung ist allgemein gehoben, so wenig man sich auch die Nothwendigkeit größerer Opfer verhehlt. Grant ist der Mann des Tages, und wenn er siegt, unfehlbar der nächste Präsident. Seiner unermüdlichen Energie ist es gelungen, Lee festzunageln. Das Volk athmet froh wieder auf und sieht jetzt ein Ende des Krieges vor sich. Der Süden kann derartige Aderlässe nicht mehr aushalten, berechnet man doch den Verlust in der achttägigen Schlacht auf jeder Seite auf 30—40,000 Mann. Das Blut der heldenmüthigen Bundes-Soldaten ist nicht vergebens geflossen; aus dem grausenvollen Blutbade zwischen Rapidan und Po geht die Union gereinigt, gestärkt und kräftiger als vorher hervor.

24. Mai 1864.

Die freudige Erregtheit und Zuversicht der vorletzten Woche hat in den letzten acht Tagen einer beinahe eben so großen Abspannung und Ungewißheit Platz gemacht. Die rosenfarbenen Berichte vom Kriegsschauplatze, mit welchen selbst der Kriegs-Minister nicht verschmähte, das Publikum offiziel zu unterhalten, reduziren sich, bei Lichte besehen, auf ein höchst geringes Resultat, auf einen nur negativen Erfolg. Grant ist von Lee nicht zurückgeschlagen worden, und dieser ist jetzt auf die Defensive angewiesen; allein die Hauptarbeit steht noch bevor.

21. Juni 1864.

Ueber die Verlegung der Grant'schen Operationsbasis an den James River und den Flankenmarsch des Bundesheeres auf die Südseite von Richmond liegen jetzt die Einzelheiten vor. Die im Angesichte des Feindes vorgenommene Bewegung ist eine der erfolgreichsten und kühnsten, welche die Kriegsgeschichte kennt, und jedenfalls dazu angethan, Grant einen hervorragenden Platz unter den bedeutenderen Feldherren älterer und neuerer Zeit zu sichern. Namentlich ist dieser Flankenmarsch eine der verwegensten und bedeutendsten Operationen des gegenwärtigen Krieges

und Feldzuges. Ohne einen Mann verloren zu haben, steht Grant jetzt nicht allein im Rücken der Stellung, in welcher Lee ihn Tags zuvor erwartet hatte, sondern selbst zehn englische Meilen näher an Richmond, als der Süd-General. Grant hat durch diese meisterhafte Bewegung bewiesen, daß er ein eben so guter Stratege als Dreinschläger ist, und daß ein General, der im Angesichte des Feindes eine Armee von mehr als 100,000 Mann in 36 Stunden 30 englische Meilen vorwärtsschiebt und dabei zwei Flüsse überschreitet, vollen Anspruch auf den Namen eines bedeutenden Feldherrn hat. Bisher hatte der hiesige Krieg höchstens einzelne gute Korps-Kommandeurs erzeugt, und nur der Süden besaß Generale, welche große Armeen zu führen und wie gefügige Werkzeuge in ihrer Hand zu benutzen wußten, bis es endlich Grant Allen zuvorthut und auf dem besten Wege ist, seinem Namen die Unsterblichkeit zu erkämpfen. Es ist ein alter Gemeinplatz, daß die Gegensätze in der Wirklichkeit oft stärker sind als in der Dichtung; aber er ist wahr, wie ich mich bei Grant wieder einmal überzeuge. Ich sah diesen selben Grant, der jetzt die Geschicke eines ganzen Kontinents in der Hand hält, vor nunmehr sechs Jahren zufällig bei einem Geschäftsfreunde in St. Louis als unbeschäftigten Ingenieur, der als Zeuge und Ausläufer in einem Advokatenbureau diente, aber keinen rechten Fuß fassen konnte, weil er eben wegen Trunksucht aus dem Vereinigten-Staaten-Dienste entlassen war. Ich hörte später, daß er in seine Heimat nach Galena im Staate Illinois zurückgekehrt und in das Ledergeschäft seines Vaters, eines alten Quäkers, eingetreten sei, nachdem dieser sich von der Besserung seines Sohnes überzeugt. Ich erinnere mich, wie beim Ausbruche des Krieges General Scott von den Dienstanerbietungen des verabschiedeten Lieutenants Grant nichts wissen wollte und erst nach der Schlacht von Bull Run ihn zuletzt, auf Befürwortung des Gouverneurs von Illinois, einem Milizregiment zum Einexerziren zuwies. Ich weiß noch recht gut, wie das ganze Land die Absetzung Grant's verlangte, weil er in der Schlacht bei Shiloh betrunken war und in diesem Zustande seine Truppen so aufstellte, daß sie einen Fluß im Rücken hatten und unzweifelhaft gefangen genommen oder vernichtet sein würden, wenn sie sich nicht auf die inzwischen angelangten Kanonenboote hätten retten können. Und jetzt führt dieser selbe Mann einen blutigen und hartnäckigen Feldzug

mit einer Ruhe, einer Umsicht und einer Fülle von geistigen Hilfsquellen, als wenn er ein im Kriege ergrauter Schlachtenmeister wäre. Seine Truppen lieben ihn nicht, denn er ist kalt und undurchdringlich, kurz und knapp in Wort und Blick. Wenn er unter ihren Jubelrufen die Front entlang oder durchs Lager reitet, so grüßt oder beachtet er sie kaum und raucht seinen kurzen Pfeifenstummel ruhig weiter; aber sie vertrauen ihm unbedingt und folgen ihm freudig, wohin er sie führt. Das Trinken hat er zur Zeit ganz aufgegeben; dagegen raucht er desto stärker. Dieser äußerlich so schlichte ehemalige Lederhändler scheint zum Befehlshaber geboren. Dabei ist er jäh und hartnäckig wie eine Bulldogge. Da es dem Lande jetzt gleichgültig ist, wie der Sieg errungen wird, wenn ihn die Armee nur bald erkämpft, so opfert Grant Tausende, um das Ziel möglichst bald zu erreichen. Eine ähnliche Metzelei hat noch in keinem Stadium des Krieges stattgefunden.

29. Juni 1864.

Grant hat seit meinem letzten Briefe durchaus keine Fortschritte gemacht, ja, statt anzugreifen, war er stets auf die Defensive beschränkt, und wenn er bis jetzt auch kein Terrain verloren hat, so ist er doch seinem Ziele, der Einnahme Richmonds, um nichts näher gerückt. Diese Verzögerung in den Operationen wirkt äußerst niederdrückend auf das Land. Es gibt sich überall eine gewisse Entmuthigung und Abspannung kund, und in Ermangelung von Thatsachen zirkuliren die schlimmsten Gerüchte. Mit Ausnahme der dem 4. Juli v. J. und der gettysburger Schlacht unmittelbar vorausgehenden Zeit bin ich noch nie während der letzten drei Jahre einem so allgemeinen Mißtrauen, einer so gründlichen Mißstimmung begegnet. Leute, welche vor einem Jahre noch sanguinisch waren, machen sich jetzt auf das Aeußerste gefaßt und halten nicht allein den Rückzug Grant's, sondern auch in Folge dessen das Ende des Krieges und die Anerkennung des Südens für möglich. Wenn auch keinen unbedingten, so haben Sie doch einen annähernden politischen Barometer im Goldmarkte. Das Gold stand in den letzten Tagen in der Nachbarschaft von 240, d. h. der Papierdollar ist etwa einen rheinischen Gulden werth. Und doch ist es weniger die unerfreuliche Gegenwart, als die

noch ungewissere Zukunft, welche die Gemüther ängstigt und in fieberhafter Spannung hält. Es ist in der That auch nicht der mindeste Grund dafür vorhanden, daß bei der neuen Goldbill, welche den Umschlag des Goldes in den Händen weniger Spekulanten monopolisirt, dieses nicht in der nächsten Woche auf 300 steigen, der Papierdollar also auf 33⅓ pCt. sinken sollte. Der Süden, welcher mit Ausnahme weniger Kaufleute in den Hafenstädten keinen Mittelstand hat und überhaupt nicht so viele verwundbare Punkte besitzt, kann es immerhin aushalten, wenn sein Papierdollar auf 6 Cents Werth herabsinkt, zumal dort der militärische Despotismus jeden Befehl der Regierung erzwingt. Der Norden dagegen mit seinen entwickelten Verkehrsverhältnissen, seiner täglich mehr sich ausdehnenden Industrie und seiner modernen Produktion überhaupt muß bei einer nur annähernden Entwerthung der Tauschmittel entweder einem allgemeinen Bankerott entgegen eilen, oder sich um den Preis eines schmählichen Friedens Ruhe und Geschäfte erkaufen, oder auch der ersten Alternative erliegen, ohne der zweiten theilhaftig zu werden.

5. Juli 1864.

Einen trübern und weniger versprechenden 4. Juli haben die Vereinigten Staaten seit den ersten Tagen ihrer nationalen Unabhängigkeit wohl nicht gefeiert. Auch im vorigen Jahre waren die Aussichten traurig, allein der 3. Juli brachte die Entscheidung bei Gettysburg und der 4. sah die Uebergabe von Vicksburg. Die Nation wähnte sich mit diesen Siegen dem Ende des Krieges nahe, indessen steht sie diesem Ziele heute ferner als damals, ja, den unbefangenen Beobachter der Ereignisse muß die gegenwärtige Lage der Dinge mit tiefster Besorgniß erfüllen. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze lauten durchaus nicht günstig, trotz der kleinen und untergeordneten Erfolge, von denen die hiesigen Blätter in Ermangelung bedeutenderer Ereignisse voll sind. Grant steht nach wie vor bei Petersburg und kann weder vor- noch rückwärts.

In New-York und den Handelsstädten des Landes war schon während der letzten Woche die Aufregung und Besorgniß größer wegen der finanziellen Schwierigkeiten und Verwicklungen, als wegen der kriegerischen Ereignisse. Als ich Ihnen das letzte Mal schrieb, stand Gold

201—210½, seitdem stieg es am Donnerstag auf 285 und sank bald wieder auf 250 und Nachbarschaft. Den Hauptgrund für dieses wilde Schwanken bildete die sogenannte Goldbill, die wegen ihres Versuches, den Handels- und Goldverkehr des Landes wo möglich ins Mittelalter zurückzuschleudern, allgemeine Bestürzung und Entrüstung erregte. Statt die Spekulation zu entmuthigen, ermuthigte und monopolisirte sie dieselbe in den Händen Weniger. Der Finanz-Minister Chase erkannte seinen Irrthum zu spät und dankte am 30. Juni ab. So wenig derselbe auch mit Lincoln übereinstimmte, ja, so feindlich er dem Präsidenten oft gegenüberstand, so ist dieser Rücktritt, so viel ich im Stande war, zu ermitteln, doch keinen politischen Gründen zuzuschreiben, wenn bei dieser Gelegenheit auch alte Feindseligkeiten, wie das Verhältniß des Sekretärs zu den Gebrüdern Blair, wieder an die Oberfläche traten. Chase hatte sich fest geritten und sah keinen andern Ausweg als Resignation vor sich; als Vorwand benutzte er freilich einen Streit mit dem Präsidenten über die Ausdehnung seines Ressorts. Dieser ernannte einen alten fossilen Politiker aus Ohio mit dem ominösen Namen Todd zu Chase's Nachfolger. Der Senat weigerte sich, diesen unbedeutenden Menschen zu bestätigen, so daß Lincoln selbst ihn noch an demselben Tage bat, abzulehnen. Bald darauf einigte man sich, d. h. Präsident und Senat, auf W. P. Fessenden, den langjährigen Vorsitzenden des wichtigen Ausschusses für Mittel und Wege im Senate, einen tüchtigen und fleißigen Mann. Ob er freilich der gegenwärtigen schwierigen Situation gewachsen ist, bleibt die Frage. Vom praktischen Finanzwesen versteht Fessenden wenig oder gar nichts. Bei dem Widerspruche, den die tonangebenden Kreise der hohen Finanz in New-York den Planen der Regierung entgegengesetzt hatten, konnte sich diese nicht entschließen, einem new-yorker Finanzier das wichtige Portefeuille anzuvertrauen. Der Wechsel hat übrigens das Gute, daß die Goldbill sofort von beiden Häusern des Kongresses widerrufen wurde. Fessenden's Ernennung machte einen günstigen Eindruck und trieb das Gold bedeutend herunter. Der neue Sekretär trat sein Amt heute Morgen an. Ueber seine Finanz-Politik verlautet noch nichts. Leicht ist seine Aufgabe nicht, da wenigstens 640 Millionen Dollars zur Bestreitung der Ausgaben für das kommende Fiskaljahr aufgebracht werden müssen.

12. Juli 1864.

Der neueste Erlaß Lincoln's überbietet Alles, was er bisher an schriftlichen Uebungen geleistet hat. Ich meine hier nicht den Stil seiner sogenannten Proklamation in der Rekonstruktions-Frage, obgleich dieser so schwerfällig ist, daß man ihn nach sechsmaligem Lesen kaum begreift, und daß die Opposition dem Präsidenten höhnisch gerathen hat, er solle sich in Zukunft seine Schriftstücke von dem Proklamationenfälscher Howard anfertigen lassen, sondern das Verhältniß, in welches Lincoln sich zur Gesetzgebung des Landes setzt. Der Kongreß hatte in seiner letzten Sitzung ein Gesetz angenommen, welches die Bedingungen feststellte, unter welchen die aufständischen Staaten wieder in den Bund eintreten können. Namentlich bestimmt es, daß die Majorität ihrer weißen Bewohner den Loyalitätseid leisten und den Staat reorganisiren solle, während Lincoln bekanntlich diese Befugniß einem Zehntel der weißen Bevölkerung einräumte. Dem Präsidenten standen dieser Bill des Kongresses gegenüber nur zwei Wege offen; entweder unterzeichnete er sie und erhob sie dadurch zum Gesetz, oder er verwarf sie, mit oder ohne Angabe seiner Gründe. Statt dessen erließ er eine Botschaft, worin er sich gegen die Sanktionirung der Bill verwahrt, weil sie der vollendeten Thatsache der Reorganisation in Arkansas und Louisiana (von Lincoln angeordnet) widerspreche; andrerseits aber, falls außer den genannten beiden Staaten noch andere Rebellen-Staaten unterworfen werden sollten, verspricht er, bei ihrer Rekonstruktion den Plan des Kongresses so zu befolgen, als ob er demselben durch seine Unterschrift Gesetzeskraft verliehen hätte. Noch nie hat sich ein Präsident einer ähnlichen persönlichen Willkür schuldig gemacht. Seine Absicht liegt auf offener Hand: er möchte die Stimmen Louisiana's und Arkansas' für seine Wiederwahl sicher haben, obgleich sie natürlich der Kongreß als letzte entscheidende Instanz in der Wahlfrage nicht zuzulassen braucht und gewiß auch nicht zulassen wird. Wenn Lincoln also seine ungesetzliche Haltung nicht aufgiebt, so werden wir im Laufe des Winters einen offenen Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Exekutive und Legislative erleben, — jedenfalls kein sehr würdevolles Schauspiel, einem noch nicht bewältigten Aufstande gegenüber.

10. August 1864.

Das jüngst erlassene Manifest des Senators Wade und Repräsenten W. Davis gegen die Weigerung des Präsidenten, die vom Kongreß passirte Reorganisations-Bill zum Gesetz zu erheben, ist eine niederschmetternde Anklage, deren Schläge doppelt treffen, weil der Ton der ganzen Schrift ein würdig gemessener, ja, wahrhaft staatsmännischer ist. Der Geist des Aktenstückes, welches Lincoln wegen grober Kompetenzüberschreitung in seine Schranken zurückweist und die für das Land nachtheiligen Folgen aus seinem Gebahren zieht, nämlich Zulassung der Sklaven- und südlichen Staaten ohne jede Garantie und Vernichtung des berechtigten Einflusses der Legislativen, geht aus dessen Schluß hervor, der hier eine Stelle finden möge. „Der Präsident," heißt es dort, „hat die Nachsicht, welche die Freunde der Administration so lange gegen ihn geübt haben, gröblich mißbraucht. Aber er muß wissen, daß wir eine Sache und nicht einen einzelnen Mann unterstützen; daß die Autorität des Kongresses respektirt werden muß und daß sich die Unionsmänner im Kongresse nicht von ihm den Vorwurf übereilter und verfassungswidriger Gesetzgebung gefallen lassen können. Wenn er unsre Unterstützung wünscht, so muß er sich auf die Erfüllung seiner exekutiven Obliegenheiten beschränken, — den Gesetzen gehorchen und sie vollziehen, nicht aber sie machen, — die Rebellion mit Waffengewalt unterdrücken, aber die politische Reorganisation dem Kongresse überlassen. Wenn die Unterstützer der Regierung es unterlassen, darauf zu dringen, so werden sie selbst verantwortlich für Gewalt-Uebergriffe, welche zu rügen sie unterlassen, und setzen sich der gerechten Entrüstung des Volkes aus, dessen ihrer Obhut anvertraute Rechte sie Preis geben." Nur die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze können jetzt noch den Ausschlag zu Gunsten des Präsidentschafts-Kandidaten Lincoln geben.

30. August 1864.

Es ist seit den letzten Tagen nicht sowohl der Kriegsschauplatz, als die gestern eröffnete Versammlung der Demokraten in Chicago zur Nominirung eines Präsidenten, welche die öffentliche Aufmerksamkeit im höchsten Grade, ja, fast ausschließlich beschäftigt. Wie die Aussichten

dort jetzt stehen, wird Mac Clellan mit überwiegender Mehrheit nominirt werden. Er bildet eine Art Kompromiß und Uebergang zwischen den Kriegs- und Friedensdemokraten. Da jene aber nur eine verschämte Ausgabe der letzteren sind, so wird ein endgiltiges Uebereinkommen nicht zu schwer werden. Der Unterschied zwischen beiden ist der: Mac Clellan und seine Freunde verlangen auch in erster Linie Friedensunterhandlungen, Waffenstillstand und womöglich Volksabstimmung, als Versuche zur Wiederherstellung der Union, und sind nur eventuell für den Fall des Mißlingens dieser Rettungsversuche für den Krieg, als das letzte Mittel zur Unterdrückung der Rebellion und der Wiederherstellung der Union. Die Friedens-Demokraten um jeden Preis wollen aber unter der Führung von Vallandigham, Wood u. A. unbedingten Frieden und selbst die Union dabei opfern. Schon vor einigen Wochen meldete ich Ihnen, daß die Führer sich auf Mac Clellan geeinigt und, um Niemandem zu nahe zu treten, überhaupt ein gemeinschaftliches Programm ausgeschlossen hätten. Wenn auch nicht dem Buchstaben, so wird man doch dem Geiste nach diesen Plan jetzt in Chicago ausführen. Die Freunde Mac Clellan's befinden sich dort in großer Majorität und haben nichts weiter zu thun, als den Friedensleuten einige Zugeständnisse in der Form zu machen. Sie werden sich also voraussichtlich für ihre unwandelbare Anhänglichkeit an die Union und Konstitution aussprechen und für einen Waffenstillstand erklären, um die Beilegung des Kampfes auf dieser Basis herbeizuführen, und schließlich einem Konvente der Staaten das Wort reden, um die Konstitution im Interesse der Rebellen zu ändern und diesen Bürgschaften für ihren Wiedereintritt in die Union zu geben. Ein solches Programm erlaubt jede Schandthat, jedes Verbrechen gegen das Volk und die Verfassung, und darüber werden die feindlichen Brüder schließlich ihre Streitaxt begraben. Der einzige Mann, der einen Strich durch ihre Rechnung machen kann und wahrscheinlich auch machen wird, ist Jefferson Davis, welcher die südliche Unabhängigkeit als Preis des Krieges will. Es wird sich dann fragen, ob die Verluste und Niederlagen des Nordens schwer genug gewesen sind, daß man es wagen kann, ihm den schimpflichsten Frieden zu diktiren und das Land zu zerreißen. Bis jetzt ist der Norden noch nicht so tief gesunken, obgleich es ein schlagender Beweis für die Verzweiflung ist, in welche Lincoln's Leitung

der öffentlichen Angelegenheiten das Land gestürzt hat, daß es seine Rettung von einem so durchaus unbedeutenden, unfähigen und kleinlich eitlen Menschen wie Mac Clellan erwartet. Er wird gewählt werden und ein ebenbürtiger Nachfolger der Pierce und Buchanan sein, wenn sich die bisherige republikanische Partei nicht zusammenrafft und dem Gegner nicht eine einige Fronte bietet. Die Versuche dazu sind von patriotischen Männern gemacht worden; indessen werden sie, wie ich fürchte, an Lincoln's und seiner Beamten Widerspruch scheitern. Mac Clellan steht jetzt als Märtyrer da und kann für einige Wochen zum melodramatischen Helden aufgepufft werden; Lincoln ruft dagegen nicht einmal einen Schein-Enthusiasmus hervor, und seine nächsten Freunde und Rathgeber sind verachtet und verhaßt. Trotzdem aber ist die bloße Nomination Mac Clellan's ein Armuthszeugniß, welches sich das Land ausstellt.

7. September 1864.

In Chicago wurde am 31. August, wie vorauszusehen war, Mac Clellan als Präsidentschafts-Kandidat von den Demokraten aufgestellt, die zugleich einen Herrn Pendleton von Ohio (ehemaliges Kongreß-Mitglied) als Kandidaten für die Vize-Präsidentschaft aufgestellt haben. Dieser ist Friedens-Demokrat pur et simple und will dem Blutvergießen sogar durch jede Nachgiebigkeit gegen Jefferson Davis ein Ende machen, während Mac Clellan als Kriegs-Demokrat gilt. Im Grunde aber unterscheiden sie sich beide wenig. Sie halten den Krieg für ein Unrecht, für unkonstitutionell und sind bereit, die demüthigendsten Bedingungen anzunehmen, um den Frieden zu erhandeln. Den Kandidaten entspricht das in Chicago aufgestellte Partei-Programm. Die Kriegs-Demokraten sagen, es bedeutet erst Krieg und dann Frieden, die Friedens-Demokraten meinen, es wolle unbedingten Frieden; jeder von ihnen liest sich das Seinige heraus. Aeußerlich ging es diesmal ganz gegen Erwarten ziemlich anständig unter den Demokraten in Chicago zu. Es kam nur zu zwei Schlägereien im Schooße der Versammlung, und auch auf den Straßen gab es verhältnißmäßig wenig blutige

Köpfe. Die feindlichen Brüder innerhalb der Partei schwuren sich ewige Liebe und Freundschaft, um nur des Sieges über die Republikaner desto sicherer zu sein. Es wurde viel von Tyrannei, unerträglichem Despotismus und Bosheit der Regierung geredet, aber nicht einmal ein Wort der Mißbilligung gegen die Rebellion und ihre Urheber ward laut. Dahin hat die Lincoln'sche Verwaltung bereits den öffentlichen Geist geschwächt, daß die Feinde der Republik dem loyalen Volke den Vorwurf zu machen wagen, daß es mit der Annahme des, vom Süden frech herausgeforderten Krieges die Konstitution verletzt habe, daß der Süden völlig in seinem Rechte sei und daß man ernstlich daran denken müsse, ihn durch Zugeständnisse wieder zu gewinnen. Noch vor zwei Jahren, als Seymour in New-York siegte, hielten es seine Freunde für rathsam, sich wenigstens nicht offen mit dem Landesverrathe zu identifiziren und hier und da die Rebellion zu verdammen. Heute erachtet man das nicht einmal mehr für nöthig, man wirft das Feigenblatt weg und erklärt direkt ohne jeden Umschweif Jefferson Davis im Rechte. Wenn Mac Clellan siegen sollte, so ist all das Blut der letzten vier Jahre vergebens geflossen, so wird der Norden zu einer Dependenz des Südens erniedrigt, so ist der Triumph der Negerbarone entschieden. Ob er siegen wird? Das hängt lediglich von den Kriegsereignissen ab. Noch ein entscheidender Sieg, wie bei Atlanta, und er ist verloren. Nicht umsonst suchten die demokratischen Blätter diese glorreiche Waffenthat todtzuschweigen, nicht umsonst herrschte darüber in demokratischen Kreisen die höchste Niedergeschlagenheit. Erleidet dagegen eines der Unionsheere eine eben so entscheidende Niederlage, so ist Mac Clellan Präsident. Das Loos der Republik steht jetzt im eigentlichen Sinne des Wortes auf der Spitze des Schwertes. Mit einem Kandidaten wie Lincoln, der trotz alles angewandten Hochdrucks nicht zurücktritt, ist der Kampf von vornherein gefährdet; nur die Waffen können die Entscheidung auf die Seite der Freiheit drängen. Der vorliegende Fall beweist einmal wieder recht klar, wie verderblich für alle Theile es ist, wenn ein Präsident sein eigener Nachfolger werden will. Die Regierung wird da in den schmutzigsten Parteikampf gezerrt, welcher nothwendiger Weise, wie er sonst auch ausfallen mag, die Achtung vor ihr untergraben hilft.

14. September 1864.

Das wichtigste politische Ereigniß der letzten Woche bildete der Brief, worin General Mac Clellan dem demokratischen Komite die Annahme der ihm angetragenen Kandidatur für die Präsidentschaft anzeigt. Bekanntlich erklärt die in Chicago angenommene Platform jener Partei den Krieg für ungerecht, ja verfehlt und besteht auf einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und Berufung eines Konvents sämmtlicher Staaten zur Vermittlung des Friedens. Im offenen Widerspruche dagegen schreibt jetzt Mac Clellan: „Die Wiederherstellung der Union in ihrer ganzen Integrität ist die unabweisliche Grundbedingung jeder Beilegung des Krieges und muß es immer bleiben. Sobald es klar oder auch nur wahrscheinlich ist, daß unsere jetzigen Widersacher zum Frieden auf der Basis der Union bereit sind, müssen wir alle bei gesitteten Nationen gebräuchlichen, mit der Ehre und den Interessen des Landes verträglichen Hilfsmittel der Staatsweisheit erschöpfen, um dem Lande einen solchen Frieden zu sichern, die Union wieder herzustellen und für die Zukunft die verfassungsmäßigen Rechte jedes Staates (Sklaverei!) zu gewährleisten. Die Bundeseinheit ist unsre einzige Friedensbedingung, wir stellen keine andre. Wenn freimüthige, aufrichtige und beharrliche Bemühungen zur Erreichung des oben bezeichneten Zweckes fehlschlagen sollten, so wird die Verantwortlichkeit für das, was daraus entspringt, auf diejenigen fallen, welche im Kampfe gegen die Union verharren. Diese aber muß auf alle Gefahr hin erhalten werden." Natürlich rief dieser offene Gegensatz zu den Forderungen des Partei-Programms in den betheiligten Kreisen großes Aufsehen und sogar Bestürzung hervor. Der äußerste rechte Flügel, Vallandigham und das Organ der Gebrüder Wood, die New-York Daily News, die katholischen Blätter, Freeman's Journal und Metropolitan Record, entzogen Mac Clellan sofort ihre Unterstützung, und es läßt sich voraussehen, daß ihnen noch Andere folgen werden; allein daß es deshalb zu einer Spaltung der demokratischen Partei kommen werde, wie Sanguiniker behaupten, ist mir sehr unwahrscheinlich. Ich glaube sogar, daß der ganze anstößige Brief Mac Clellan's nichts als ein geschicktes Partei-Manöver war, darauf berechnet, das Volk mit dem illoyalen, ja, fast rebellischen Inhalte der

Chicagoer Platform zu versöhnen. Diese war bekanntlich vor der Einnahme von Atlanta gemacht worden. Man handelte damals unter dem Eindrucke, daß fürs Erste ein Sieg über die Rebellen nicht möglich sei, und brachte natürlich den Umschwung der öffentlichen Meinung, den Sherman's Erfolg herbeiführte, nicht in Anschlag. Mac Clellan muß jetzt die alte Douglas'sche Politik wieder aufwärmen. Wie dieser durch seine Squatter-Souveränität den Norden und durch die dem obersten Gerichtshofe eingeräumte Entscheidung der Sklavenfrage den Süden zu gewinnen suchte, so ist Mac Clellan's Brief für die loyalen Demokraten berechnet, während die Partei-Platform mehr den Wünschen der offenen Freunde der Rebellion angepaßt ist. Den Führern aber ist es gleichgültig, was das Volk denkt, wenn es nur stimmt. Der durch die Stellung zur Sklaverei bedingte innere Widerspruch, der die demokratische Partei in sich spaltet, ist noch ganz derselbe, wie vor vier Jahren. Sie hält augenblicklich nur nach außen hin fester zusammen, um den gemeinschaftlichen, gleich stark gehaßten Gegner niederzuwerfen. Trotz aller geringeren Differenzen wird deshalb Mac Clellan grade so der einzige demokratische Kandidat bleiben, als Lincoln der republikanische ist. Ein gegen diesen beabsichtigter Schlag, der auf Berufung der zahlreichen Opposition-Elemente in der republikanischen Partei nach Buffalo oder Cincinnati zielte, kann so gut als verfehlt bezeichnet werden, seit vor einigen Tagen das einflußreichste Organ dieser Opposition, die New-York Tribune, sich unbedingt zu Gunsten von Lincoln erklärt hat. Jetzt ist jeder andre Kandidat beseitigt und mit der allerdings richtigen Drohung, daß, wer nicht für Lincoln ist, den Triumph Mac Clellan's, also der Sklavenhalter und der Sklaverei, will, werden die letzten Widerstrebenden ins Lincoln'sche Lager gepeitscht. Den endlichen Sieg entscheiden übrigens nur die Kriegsereignisse. Ist Grant erfolgreich, so wird Lincoln Präsident; erleidet er eine Schlappe, so wird es Mac Clellan.

20. September 1864.

In Ermangelung bedeutender Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze steht die Präsidentenwahl augenblicklich im Vordergrunde des öffentlichen Interesses; die Parteien bereiten sich auf einen kurzen, aber, wie

es scheint, erbitterten und heftigen Kampf vor. Republikaner und Demokraten — Zwischenparteien giebt es im Augenblicke nicht mehr; es handelt sich nur noch um Lincoln oder Mac Clellan, und Fremont fällt bei der ihm gewordenen schwachen Unterstützung gar nicht mehr in die Wagschale —; aber beide Parteien sind mit den von der Majorität aufgestellten Kandidaten nur theilweise zufrieden. Unter den Republikanern ist ein bedeutendes Oppositionselement — Chase, Wade und Davis, sowie Fremont's Anhänger — bis auf den letzten Augenblick gegen Lincoln gewesen, und nur die Erkenntniß, daß die Kräfte jetzt nicht zersplittert werden dürfen, daß lediglich die strikteste Parteidisziplin den Sieg ermöglicht, hat sie ihre persönliche Abneigung und sachliche Opposition aufgeben machen und auf die Seite des regulär aufgestellten Kandidaten gedrängt. Dasselbe Verhältniß findet bei den Demokraten statt. Die Friedens-Ultras wollen Mac Clellan nicht und haben sich zum Theil sogar offen gegen ihn aufgelehnt. Trotzdem unterstützen ihn jetzt die einflußreichsten unter ihnen, wie vor diesen Tagen noch Fernando Wood erklärte, daß lediglich die Hoffnung auf eine Niederlage Lincoln's ihn mit den Freunden Mac Clellan's vereinige, dem er noch bis zuletzt opponirt hatte. So weit hat auf beiden Seiten die politische Rechtgläubigkeit gesiegt, und die bisherigen Parteiketzer sind im Augenblicke der Entscheidung vor dem Versuche ihrer Selbständigkeit erschreckt zurückgetreten; sie wollen eben von den Fischen und Broden, welche der Sieger auszutheilen hat, nicht ausgeschlossen sein. Unter diesen Umständen herrscht auf beiden Seiten keine große Zuversicht, geschweige denn Siegesfreudigkeit, nirgends bemerkt man einen spontanen Enthusiasmus, und auch die Versuche zur Anfachung eines künstlichen schlagen meistens fehl. Um sich für diesen Ausfall zu entschädigen, schimpft der eine Gegner desto tapferer auf den andern. Es ist dasselbe widerliche, ja ich möchte sagen, demoralisirende Schauspiel, welches sich alle vier Jahre wiederholt und diesmal doppelt verderblich wirkt, weil in dem gegenwärtigen Träger der öffentlichen Gewalt zugleich die Regierung in ihren Grundlagen mit den schmutzigsten Waffen angegriffen und selbst erschüttert wird. Was man übrigens sonst auch von Lincoln denken möge, von seiner Unselbständigkeit, seinem Starrsinne und seiner Schwäche, die ihn zum Werkzeuge in den Händen geschickter, ihm überlegener Drathzieher macht, so

hat er wenigstens den Muth, die Konsequenzen der ihm aufgedrungenen Politik — außer in Missouri überall — durchzuführen, und so bedeutet seine Wahl die Niederwerfung der Sezession, die Vernichtung der Sklaverei und Erhaltung der Union, während Mac Clellan's Sieg ihre Zerstörung und den Triumph der Sklavenhalter bezeichnen würde. Jeder politisch denkende und richtig handelnde Mann, dem die Rettung der Republik höher steht, als politische Antipathieen oder Sympathieen, kann deshalb, wenn auch mit Unlust, nicht anders als für Lincoln stimmen, zumal der jetzt eifrig aufgepuffte Mac Clellan persönlich eine noch viel größere Null ist. Bis jetzt veranstalten die Demokraten die meisten sinnlosen Demonstrationen mit Fackelzügen, Musik, Plakaten und Meetings. Gleichwohl will ihr Kandidat so recht nicht ziehen. In Philadelphia, seiner Vaterstadt, will man gar nichts von ihm wissen, und im Westen ist er eben so wenig populär. Daß die Partei, welche Lincoln auf den Schild erhoben hat, keine große Parade mit ihm machen kann, versteht sich ganz von selbst; sie schweigt deshalb am liebsten von ihrem Kandidaten und schiebt die Sache, die Tragweite der zur Entscheidung vorliegenden Frage und die politische Nothwendigkeit in den Vordergrund. Kurz, es ist ein unerquickliches Schauspiel, welches die beiden Parteien dem Lande bieten, doppelt unerquicklich, weil alle die Reden und Redensarten nichts entscheiden, sondern weil die nächste große Schlacht den Ausschlag für oder gegen Lincoln geben wird.

27. September 1864.

Die öffentliche Stimmung hat sich in den letzten acht Tagen ganz merkwürdig gehoben, die Hoffnungslosigkeit der letzten Wochen ist einer eben so großen Zuversicht gewichen, und vieler Orten macht sich sogar eine gränzenlose Ueberhebung breit, welche sich gegenüber der neulichen Verzagtheit etwas komisch ausnimmt. Die Thatsache, daß Gold unter dem Eindrucke der jüngsten Erfolge in weniger als einer Woche um 30 Points gefallen ist, bezeichnet am besten den kolossalen Umschwung, dem sowohl politische als militärische Ursachen zu Grunde liegen. Zunächst fällt auf politischem Gebiete der Rücktritt des Generals Fremont als Präsidentschafts-Kandidaten ins Gewicht, welcher von dem radikalen Flügel der

Republikaner zu Anfang Juni in Cleveland aufgestellt worden war. Er hätte bei der Wahl allerdings im günstigsten Falle nur auf den Staat Missouri rechnen können, allein er besitzt in allen freien Staaten eine große Zahl begeisterter und energischer Freunde, deren Stimmen jedenfalls indirekt den Demokraten zu Gute gekommen sein würden. Dann aber ist sein Rücktritt deshalb wichtig, weil er der Befehdung des liberalen und radikalen Elements in der republikanischen Partei ein Ende macht und diese jetzt ihrem Gegner gegenüber einigt. Der Präsident hat diesen allseitig gebilligten Schritt Fremont's durch eine versöhnliche und entgegenkommende Maßregel seinerseits beantwortet, indem er den bisherigen General-Postmeister Blair aus dem Kabinet entließ. Ein Systemwechsel ist diese Aenderung nicht, wie das schon der an Blair's Stelle getretene Ex-Gouverneur Dennison von Ohio beweist. Derselbe ist und war stets ein intimer Freund Seward's, dessen Einfluß jetzt allmächtiger als je vorher erscheint.

Die Demokraten scheinen sich die nunmehr äußerlich wieder hergestellte Einheit unter den Republikanern zum Muster genommen zu haben, denn trotz des Widerspruches, in welchem ihr Vize-Präsidentschafts-Kandidat Pendleton als unbedingter Friedensmann zu Mac Clellan steht, hat er sich, wie es Anfangs hieß, nicht zurückgezogen, sondern der Mehrheit seiner Partei angeschlossen. Wie die Sachen jetzt sich anlassen, hat diese sehr geringe Aussichten auf Erfolg. Würde die Wahl heute oder in diesen Tagen stattfinden, so hätte Lincoln eine kolossale Majorität für sich. Die hiesigen Uebergänge finden aber schnell und unvermittelt statt, und wie vor sechs Wochen Lincoln's Aussichten fast hoffnungslos waren, so können sie sich eben so leicht wieder durch einen Fehlschlag im Felde auf Null reduziren. Glücklicher Weise aber liegt diese Befürchtung im Augenblicke sehr fern, die Ereignisse entwickeln sich vielmehr in der letzten Woche vielversprechend für die Bundeswaffen.

18. Oktober 1864.

Die am 11. d. Mts. in Pennsylvanien, Ohio und Indiana abgehaltenen Staatswahlen sind entschieden zu Gunsten der Administrationspartei ausgefallen. Die Soldaten von Pennsylvanien und Ohio

haben im Verhältniß von 9 zu 1 gegen die Demokraten gestimmt, — ein deutlicher Fingerzeig für die bevorstehende Präsidentenwahl, zu welcher die Oktoberwahlen in den genannten Staaten als die Generalprobe betrachtet werden. In gewöhnlichen Zeiten würde die Wahl Lincoln's nicht dem geringsten Zweifel mehr unterliegen; auch jetzt kann sie nur noch durch ein unerwartetes großes Unglück im Felde vereitelt werden; indessen sieht es danach fürs Erste nicht aus. Eine andere wichtige Wahl fand in der letzten Woche in Maryland Statt; sie betraf die Annahme oder Verwerfung der Freistaats-Konstitution mit völliger Ausschließung der Sklaverei. Im Staate selbst sprach sich eine Majorität von 1995 Stimmen gegen dieselbe aus. Auf Grund des Soldaten-Votums wird sich aber schließlich die Annahme der Verfassung durch eine Mehrheit von einigen Hundert Stimmen herausstellen. So winzig dieselbe auch bei einem Total-Votum von 57,000 Stimmen ist, so kann sich das Land doch zur Gewinnung Marylands als eines Freistaats gratuliren.

Die wirksamste Propaganda für die Erwählung Lincoln's machen übrigens die Demokraten selbst. Da ist jüngst eine große demokratische Verschwörung im Nordwesten entdeckt worden, welche auf nichts Anderes abzielt, als eine nöthigenfalls mit Waffengewalt herzustellende Konföderation der nordwestlichen Staaten zu begründen und zu dem Ende die Rebellen bei ihren Einfällen in den Norden zu unterstützen, so wie der Aushebung Widerstand zu leisten. Der Bericht des General-Advokaten Holt über die gerichtlich ermittelten Einzelheiten dieser Verschwörung füllt nicht weniger als zwölf enge Spalten der hiesigen Zeitungen. Die Seele des Unternehmens ist der berüchtigte Vallandigham aus Ohio, der zugleich einer der leitenden Männer des demokratischen Konvents in Chicago war. Grade dieser Umstand schadet Mac Clellan bedeutend bei sehr vielen Wählern, und so gering jetzt die praktischen Folgen der vereitelten Verschwörung auch sein mögen, so sind sie doch stark genug, um grade im Nordwesten der demokratischen Partei eine empfindliche Niederlage bereiten zu helfen. Ein andrer Agitator für Lincoln ist jetzt auch der Vize-Präsident der südlichen Konföderation, Alexander H. Stephens, geworden. In einem seiner jüngst veröffentlichten und für die Veröffentlichung bestimmten Briefe nennt er die Nomination

Mac Clellan's und die Platform der demokratischen Partei den ersten Licht- und Hoffnungsstrahl für den Süden und stellt als unerläßliche Bedingung für dessen Wiedereintritt in die Union die Anerkennung der Souveränität der Einzelstaaten auf. Daß die Erfüllung dieser Bedingung so viel heißen würde, als die Revolution in Permanenz zu erklären, fangen jetzt allmälig auch die rabiatesten Rebellenfreunde im Norden zu erkennen an, und daß dem Lande nicht mit einer polnischen Adels-Republik gedient ist, wagen selbst die nördlichen Vertheidiger der Calhoun'schen Lehre von den Staatenrechten nicht zu läugnen.

25 Oktober 1864.

Ich glaube nicht, daß Lincoln's Aussicht auf seine Wiederwahl durch irgend ein Ereigniß im Felde oder zur See noch beeinträchtigt werden kann. Die öffentliche Strömung ist jetzt ganz entschieden zu seinen Gunsten, und selbst Versuche, wie der jüngste Brief des demokratischen Vizepräsidentschafts-Kandidaten Pendleton für die Erlangung der Stimmen schwankender Elektoren, werden die Aussichten des republikanischen Kandidaten schwerlich beeinträchtigen. Uebrigens hat Lincoln keinen schlimmern Feind als sich selbst. Er handelt bei fast jeder öffentlichen Gelegenheit mit einer kaum glaublichen Taktlosigkeit. So erklärte er jüngst einer Deputation von Tennessiern, welche sich bei ihm über den ihnen für die Wahlen vom Militär-Gouverneur Johnson (dem Vizepräsidentschafts-Kandidaten) auferlegten Test-Eid beschwerten, es scheine ihm, daß Mac Clellan sie geschickt habe; aber er, Lincoln, wolle seine Seite des Kampfes in seiner eigenen Weise führen. Nun wandten sich aber diese Leute, mochten sie loyal oder illoyal sein, mochten sie Recht oder Unrecht haben, an den Präsidenten, an den höchsten Exekutiv-Beamten der Republik, und nicht an den Drähte ziehenden Politiker, der für seine Wiederwahl agitirt.

1. November 1864.

Die Agitation für die Präsidenten-Wahl nimmt, je näher sie rückt, desto ausschließlicher das ganze Land in Anspruch. Der Kampf der sich gegenüber stehenden beiden Parteien wird jetzt mit einer kaum glaublichen Erbitterung geführt, und an Lügen und Gehässigkeiten fehlt es

dieses Mal weniger als selbst 1856 und 1860. Natürlich hängt nach der Versicherung der Republikaner und Demokraten das Wohl und Wehe der Union von dem Siege ihres betreffenden Kandidaten ab; ja, die ersteren wollen ganz bestimmt wissen, daß die Niederlage Lincoln's zugleich den Untergang der Freiheit in ganz Europa bedeute. Nach der Versicherung der Demokraten benutzen die Republikaner das Heer, um zu ihren eigenen Gunsten eine Entscheidung herbeizuführen, und nach der Lesart der letzteren, welche allerdings bis jetzt wenigstens besser beglaubigt ist, fertigen die Demokraten zur Zeit tausendweise falsche Wahlzettel mit fingirten Soldatennamen an, um ihrer, unter gewöhnlichen Umständen unausbleiblichen Niederlage vorzubeugen. Die Regierung hat sogar ein Kriegsgericht gegen die, vom Gouverneur des Staates New-York ernannten Wahl-Kommissare berufen und soll bereits einige Schuldige verurtheilt haben, die sich auf frischer That ertappen ließen. Gouverneur Seymour aber nimmt den ihm hingeworfenen Handschuh auf und beschuldigt die Administration der Lüge und Korruption, daß sie sich auf keine andre Weise des gefürchteten Gegners zu entledigen wisse. Stände Lincoln nicht als sein eigener Nachfolger da, so würde man ihm eher glauben. Wir haben da also schon wieder eine der schlechten Folgen der Wiederwählbarkeit des Präsidenten. Uebrigens bin ich der republikanischen Partei das Zeugniß schuldig, daß sie sich mehr in der Defensive hält. Das größere Schimpfen und Verdrehen der Thatsachen auf Seiten der Demokraten beweist aber, daß sie sich schwach fühlen und selbst so recht nicht auf Erfolg rechnen. Dieser wird dem republikanischen Kandidaten täglich gewisser, und es scheint mir, Alles in Allem genommen, ein Glück für das Land, daß dem so ist. Denn es sind nicht die Persönlichkeiten, über deren relativen Werth die bevorstehende Wahl entscheiden soll, sondern es handelt sich um die politische Richtung, in welcher die Vereinigten Staaten nach dem 8. November steuern sollen. Ein demokratischer Präsident bedeutet Frieden mit den Rebellen, d. h. Unterordnung unter ihre Gebote und Auflösung der Union; ein republikanischer Präsident dagegen bedeutet Krieg und endlichen Triumph der Union über die sezessionistische Pflanzer-Aristokratie. Welches daher auch die Fehler, Schwächen und Gebrechen Lincoln's sein mögen, und welches Unglück in Zukunft in Folge derselben über die

Vereinigten Staaten von Amerika kommen kann, alle diese Bedenken sind Angesichts der großen Lebensfrage vom nationalen Sein oder Nichtsein von bloß untergeordneter Bedeutung. Der Fortschritt, welchen das Land in den letzten Wochen gemacht hat, besteht aber grade darin, daß diese Erkenntniß sich in den weitesten Kreisen Bahn bricht, und daß aus diesem Grunde Lincoln am 8. November schwerlich eine der Stimmen fehlen wird, die vor vier Jahren für ihn abgegeben sind.

12. November 1864.

Die Präsidenten-Wahl, die Wiederwahl Lincoln's, ist am letzten Dienstag, den 8. d. Mts., mit ungewöhnlicher Ruhe und Ordnung vor sich gegangen. Als ob alle Parteien sich der hohen Bedeutung des Tages bewußt gewesen wären, kam im ganzen Lande keine Störung und Gewaltthat vor. Selbst die Stadt New-York, in welcher man den Ausbruch von Unruhen erwartete, weil die Anhänger des Südens hier in Macht vereinigt sind, war nie vorher so still gewesen, als bei der jüngsten Wahl. General Butler war einige Tage vorher zum Kommandirenden der in der Stadt und deren Nähe liegenden Streitkräfte ernannt worden; seine Anwesenheit und der Respekt vor seinem Namen wirkten merkwürdig beruhigend auf die Gemüther. Wenn die Wahl Lincoln's seit den letzten sechs Wochen kaum mehr zweifelhaft gewesen war, so ergab sich doch eine bedeutend größere Majorität für ihn, als selbst seine sanguinischsten Anhänger erwartet hatten. Er siegte in allen wählenden 25 Staaten mit Ausnahme von Delaware, New-Jersey und Kentucky und erhielt 213 Stimmen von den abgegebenen 234. Eine solche unerhörte Mehrheit ist seit Monroe's zweitem Amtstermin nicht vorgekommen. Wenn je eine Wahl der unverfälschte Ausdruck der öffentlichen Stimmung und Meinung war, so kann man die jetzt gehaltene als solche bezeichnen. Abgesehen davon, daß selbst die der Regierung feindliche Presse und Partei nicht zu behaupten wagen, daß irgend eine Art unberechtigter Beeinflussung stattgefunden habe, so war sogar ein großer, wenn nicht vielleicht der größte Theil der Wähler Lincoln's selbst weit davon entfernt, diesem ein Vertrauens-Votum zu geben. Die Person erschien vielmehr als ganz untergeordnet; es handelte sich nur um die

Sache, um das nationale Sein oder Nichtsein. Die Wahl beweist also unzweideutig, daß sich das Volk den Rebellen nicht auf Gnade oder Ungnade in die Arme werfen will, wie ihm die Demokraten gerathen hatten, sondern daß es, trotz der vielfach begangenen Fehler der gegenwärtigen Administration, trotz der bereits erfolgten und noch bevorstehenden Aushebungen, trotz der kolossalen Staatsschuld und der noch schwereren Steuern, die Integrität des Landes aufrecht zu erhalten und den Krieg zu einem glorreichen Ende zu führen gedenkt. Dieses von beinahe $^7/_8$ der Nation feierlich abgegebene Verdikt erklärt deutlich, daß die Vereinigten Staaten den Willen und die Kraft in sich fühlen, sich gegen jeden innern oder äußern Feind zu behaupten und im Nothfalle den letzten Mann und den letzten Cent für die Niederwerfung der Sezession und die Durchführung des Gesetzes zu opfern. Europa möge aus der Präsidenten-Wahl also die Lehre ziehen, daß das Volk der Vereinigten Staaten, wenn es hier auch in einzelnen Zweckmäßigkeits-Fragen oder Maßregeln verschiedene Meinungen und Parteien giebt, doch in der Frage seiner nationalen Einheit und Freiheit Eines Herzens und Eines Sinnes ist, und daß fremde Mächte ein gewagtes Spiel spielen würden, wenn sie ihren Willen dem Lande als Gesetz oktroyiren wollten. Ich bin übrigens der Oppositionspresse das Zeugniß schuldig, daß sie sich mit Anstand in ihre Niederlage fügt und zum Theil sogar jetzt zur unbedingten Unterstützung der Regierung als dem einzigen Mittel der baldigen Unterdrückung der Rebellion auffordert. Von Pronunziamiento's in mexicanischer Weise, womit hier und da vor der Wahl gedroht wurde, ist jetzt keine Rede mehr. Eine andre nicht minder wichtige Folge der mit der Präsidenten-Wahl verbundenen Wahlen ist die bedeutende Verstärkung, welche das freistaatliche und sklavereifeindliche Element im Kongreß durch sie erlangt hat. Das letztere wird mit der im nächsten Jahre zu eröffnenden Sitzung ein solches Uebergewicht erlangen, daß es sogar in allen die Abänderung der Konstitution betreffenden Fragen eine Majorität von zwei Drittel hat. Die konstitutionelle Abschaffung der Sklaverei wird der erste Test sein, an welchem der neue Kongreß (der jetzige Termin läuft erst am 4. März 1865 ab) seine Kraft erproben wird.

18. November 1864.

Seit der Wiederwahl Lincoln's ist noch kein Tag vergangen, an welchem nicht Friedensgerüchte aufgetaucht wären; doch brauche ich wohl kaum zu versichern, daß sie alle unbegründet sind. Dieser Krieg endet nur mit der völligen Niederlage einer der streitenden Parteien. Es sind Anzeichen vorhanden, daß jetzt im Norden energischere Maßregeln ergriffen werden, und es kann nicht lange dauern, so werden wir von einer neuen, mehrere Hunderttausend Mann starken Aushebung hören. Der Süden denkt, wenn man nach den offiziellen Kundgebungen seiner höchsten Behörden schließen darf, fürs Erste auch noch nicht an das Nachgeben. Der Kongreß der Rebellenstaaten ist am 7. d. M. in Richmond zusammengetreten. Jefferson Davis' bei dieser Gelegenheit verlesene Botschaft ist ein in mancher Beziehung interessantes Dokument. Er ist zwar nicht mehr so kleinlaut, wie bei seiner jüngsten Rede in Macon, allein auf der andern Seite auch nicht mehr so siegesgewiß und vertrauensvoll, als früher. Er kann die Erfolge der Unionstruppen nicht wegläugnen und verkleinert sie deshalb. Indem er von der Einnahme Atlanta's als eines untergeordneten Punktes spricht, erklärt er, es gebe überhaupt gar keine Plätze, von deren Einnahme die Existenz der Konföderation abhänge, und weder der Fall von Richmond, Wilmington, Charleston oder Savannah sei im Stande, den Krieg zu beenden, vielmehr könne er nur dazu dienen, die Erschöpfung des Nordens zu vollenden. Nachdem Davis über die Nothwendigkeit gesprochen hat, die Zivilbeamten, Redakteure, Professoren, Lehrer, Aerzte, Drucker, Bergleute und überhaupt die bisher von der Militärpflicht ausgenommenen Klassen in die Armee einzustellen, kommt er auf die Verwendung der Sklaven zu Soldaten zu sprechen. Er meint, man solle sie vorläufig noch aus dem Spiele lassen, empfiehlt aber, 40,000 Schwarze von Regierungswegen zu kaufen und als Pioniere und Ingenieure zu verwenden. Als Belohnung für ihre im Dienste bewiesene Treue schlägt er die Emanzipation vor. Die südliche Presse kritisirt diesen Vorschlag sehr scharf. „Der Präsident", sagt unter Anderen der „Richmond Whig", „fordert zwei, mit den südlichen Anschauungen durchaus unverträgliche Dinge. Einmal will er ohne Zustimmung der Staaten durch die Re-

gierung Sklaven kaufen lassen, um sie zu emanzipiren; dann aber soll ihnen als eine Wohlthat die Freiheit zugesichert werden, welche bisher stets als ein Fluch für die Sklaven gegolten hat. Die Sklaverei ist übrigens eine göttliche Einrichtung für das Beste des Schwarzen. Nur in dieser Lage kann er die höchst mögliche Stufe moralischer und intellektueller Entwicklung erlangen, so weit er deren überhaupt fähig ist. Es ist eine Grausamkeit, den Sklaven der Fürsorge und Bevormundung seines Herrn zu berauben. Wenn der Sklave einmal kämpfen soll, so sollte er für die Segnungen kämpfen, deren er sich als Sklave erfreut, und nicht für den Jammer, der ihn, frei geworden, erwartet. Der zweite Vorschlag ist noch befremdender. Er räumt der konföderirten Regierung die Gewalt und das Recht ein, die Sklaverei einfach dadurch auszurotten, daß die Sklaven in den Dienst gezwungen, oder zu diesem Zwecke gekauft und dann emanzipirt werden können. Lincoln ist nie so weit gegangen, denn er verwies in seinem Emanzipationsplane die Frage einfach an die betreffenden Staaten und überließ ihnen die ausschließliche Entscheidung!" Also jetzt begeht Jefferson Davis selbst Verrath an den Staatenrechten und an der Sklaverei! Was soll aber aus beiden werden, wenn ihr oberster Wächter, durch die Nothwendigkeit gezwungen, sie mit Füßen tritt?

30. November 1864.

Sherman's Zug, in welchem sich augenblicklich das Interesse des ganzen Landes konzentrirt, ist in New-York in den Hintergrund getreten vor der Entrüstung und dem Schrecken über das Komplott, welches die Rebellen zur Zerstörung der Handelsmetropole des westlichen Kontinents gebildet hatten. Sie haben ihre, vor sechs Wochen durch die Richmonder Zeitungen angekündigten Drohungen einer Einäscherung der nördlichen Städte, als einer durchaus legitimen Kriegsmaßregel, hier zuerst auszuführen gesucht. New-York sollte vom 25. auf den 26. d. Mts. an allen Ecken in Brand gesteckt und zerstört werden. In vierzehn der größten Hotels der Stadt, wie Astorhouse, fünfte Avenue-Hotel, St. Nicholas und Metropolitan-, St. James- und United States-Hotel, Lafarge-House u. A. — nur das New-York Hotel, das Hauptquartier der Südländer und ihrer Freunde, war ausgenommen — wurde zu derselben

Zeit Feuer angelegt, und ebenso hatte man versucht, verschiedene mit Heu beladene, im Hafen liegende Barken und große Holzlager am Fluß anzustecken. Der Plan war umsichtig angelegt und vortrefflich vorbereitet, indessen ungeschickt ausgeführt. Terpentin, Phosphor und andere brennbare Stoffe wurden zwar nicht gespart und die damit getränkten Gegenstände, wie Möbel, Betten und Teppiche, brannten auch in den einzelnen Zimmern, allein das Feuer konnte sich, da diese verschlossen waren, nicht ausbreiten und somit, da es zwischen 9 und 11 Uhr Abends, also zu früh angelegt war, leicht wieder gelöscht werden. So ist New-York noch mit dem Schrecken davon gekommen. Natürlich wachsen nach überstandener Gefahr die übertriebensten Gerüchte und grausigsten Geschichten wie die Pilze aus dem Boden. Außer den hier berichteten Thatsachen ist übrigens nur so viel erwiesen, daß die Ausführung des teuflischen Planes von den Rebellen herrührt, wie dies sowohl die militärischen als die städtischen Behörden amtlich bekannt machen. Jetzt, nachdem dieser Racheversuch der südlichen „Kavaliere" vereitelt ist, würde es sich kaum der Mühe verlohnen, ihn in einem ausländischen Blatte zu besprechen, wenn seine Wirkung auf die Stimmung des ganzen Nordens nicht bedeutend in die Wagschale fiele. Der ruhigste Bürger fängt jetzt an, die Ueberzeugung zu gewinnen, daß mit einem Feinde, der zu solchen Mitteln seine Zuflucht nimmt, keine gütliche Vereinbarung mehr möglich ist, daß er also nur durch Gewalt niedergeworfen werden kann, und daß eine Sache, welche sich derartiger feiger Waffen bedient, verzweifelt schlecht stehen und innerlich hohl und machtlos geworden sein muß. Diese Davis'sche Mordbrenner-Expedition ist für den Süden deshalb schlimmer als eine verlorene Schlacht; sie raubt ihm den letzten Freund im Norden und lehrt selbst die mangelhafteste Logik, richtigere Schlüsse ziehen. Fortan giebt es im Norden keine südliche Partei mehr. Als fernern Beitrag zur Charakteristik dieser Art südlicher Kriegsführung berichte ich, daß augenblicklich vor den canadischen Gerichten in Montreal die Untersuchung gegen eine vom „Lieutenant der Konföderirten" Young kommandirte Räuberbande geführt wird, welche vor einigen Wochen von Canada aus das Städtchen St. Albans in Vermont überfiel, die dortige Bank plünderte, wehrlose Einwohner niederschoß, raubte und stahl und sich nach Vollbringung dieser Heldenthaten auf canadisches

Gebiet flüchtete. Ihre Vertheidigung besteht darin, daß sie Kriegführende seien und als die nördliche Avantgarde von Jefferson Davis in dessen Auftrag gehandelt hätten. Uebrigens hat das montrealer Gericht die über diesen Punkt beantragte Beweisaufnahme in Richmond zurückgewiesen und wird voraussichtlich der von der washingtoner Regierung verlangten Auslieferung kein Hinderniß in den Weg legen.

13. Dezember 1864.

Lincoln zeigt gegen die Erwartung vieler seiner Freunde, daß er in dem günstigen Ergebniß der Wahl weniger einen persönlichen Triumph als die unbedingte Erklärung des Volkes erblickt, den Krieg ehrenvoll zu beenden. Seine öffentlichen Ansprachen an die ihm gratulirenden Personen und Körperschaften sind ernst und männlich gehalten und verfehlen deshalb auch nicht, einen günstigen Eindruck zu machen. Auch seine, am 6. d. M. erlassene Botschaft hat bei Allen, selbst den radikalsten Schattirungen der republikanischen Partei, die verdiente Anerkennung gefunden. Einzelne untergeordnete Schwächen fallen kaum in die Wagschale gegenüber den großen Vorzügen, welche dieses wichtige Staatsdokument vor seinen Vorgängern hat. Ohne gewandt oder elegant geschrieben zu sein, bespricht die Botschaft nüchtern und geschäftsmäßig die schwebenden Tagesfragen. Wenn sie über einige derselben, wie die auswärtigen Angelegenheiten, flüchtig hinwegeilt oder sie kaum berührt, so legt sie dagegen auf den Hauptpunkt, um welchen sich die ganze hiesige Politik und der Krieg dreht, das gebührende Gewicht. In der Sklavenfrage nimmt nämlich Lincoln ganz den konstitutionellen Standpunkt der Majorität ein, welche ihn vor einigen Wochen mit so bedeutender Stimmenzahl wiedererwählt hat: „Die Aufständischen," sagt er „können Frieden haben, sobald sie die Waffen niederlegen und zu ihren Pflichten zurückkehren." Er entspricht ferner durchaus den Anschauungen und Gefühlen der loyalen Massen der freien Staaten, wenn er emphatisch bei seiner Emanzipations-Proklamation beharrt, alle durch sie frei gewordenen Schwarzen energisch in ihren neuen Rechten zu schützen verspricht und sogar den Kongreß auffordert, das in seiner vorigen Sitzung verworfene Amendement zur Konstitution, welches die Skla-

verei im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten aufhebt, jetzt um so unverzüglicher anzunehmen, als seine Annahme durch den nächsten radikalen Kongreß ganz gewiß sei. Durch diesen entschiedenen Standpunkt sind ein für alle Mal die während der letzten sechs Monate wiederholt aufgetauchten Friedensgerüchte Lügen gestraft und zur Ruhe verwiesen. Ein wie gewaltiger Lehrmeister der Krieg für einen so langsam denkenden Mann, wie Lincoln, ist, beweist ein Vergleich der gegenwärtigen mit seiner 1862 erlassenen Jahresbotschaft, in welch' letzterer er die Emanzipation auf das Jahr 1900 verschob. Uebrigens spiegelt Lincoln wie damals, so auch heute die Ansichten der großen Majorität seiner Landsleute wieder, und grade dieser getreue Abdruck des Volksfortschritts und der öffentlichen Meinung in der diesjährigen Botschaft verleiht ihr, was man kaum von einem Staatsdokument seiner Vorgänger sagen kann, einen entschieden geschichtlichen Werth. Welche Begehungs- und Unterlassungssünden dem Präsidenten sonst auch zur Last fallen, er hat eine große Tugend: er giebt nie den einmal gewonnenen Standpunkt wieder auf und hält fest an dem, was er als wahr und richtig erkannt hat. Von auswärtigen Staaten erwähnt er nur die unbedeutenden süd- und mittelamerikanischen Republiken. Zu Mexico, das mit ein paar Worten abgefertigt wird, haben die bisherigen Beziehungen keine Veränderungen erlitten, also Juarez ist nach wie vor als das rechtmäßige Staatsoberhaupt anerkannt und Maximilian gilt den Vereinigten Staaten als unberechtigter Eindringling, den man ignorirt, so lange der hiesige Krieg dauert. Von den europäischen Mächten sagt Lincoln kaum ein Wort, vielleicht grade deshalb, weil sich so viel von ihnen sagen ließe, und weil die politischen und diplomatischen Beziehungen zu ihnen sich in einem unbefriedigenden Provisorium befinden, das je nach der Wendung der hiesigen Ereignisse entweder in offene Feindseligkeit umzuschlagen droht, oder die Anknüpfung der alten Verhältnisse wieder ermöglicht. Die übrigen Punkte der Botschaft sind von untergeordneter Bedeutung, und es mag nur noch die für einen deutschen Leser interessante Notiz hier Platz finden, daß der Präsident alle erlaubten Mittel in Bewegung gesetzt wissen will, damit der Union das Hereinfließen des Einwanderungsstromes auch in Zukunft gesichert bleibe.

1865.

2. Januar 1865.

Im Norden — das ist der Hauptgewinn des jetzt vergangenen Jahres — erstarkt die öffentliche Meinung täglich mehr. Es giebt kaum einen Bürger, welcher sich noch der Erkenntniß verschlösse, daß die Sklaverei diesen Krieg nicht überleben darf, und seit der letzten Präsidentenwahl ist man sich allgemein über die Nothwendigkeit der gewaltsamen Niederwerfung des Aufstandes klar geworden. Zu diesem Ende arbeiten jetzt auch die großen Regierungsgewalten, Militär- und Zivilverwaltung, einander treu und eifrig in die Hände. Der politische und militärische Horizont ist jetzt durchaus klar. Die Eroberungen des letzten Jahres haben überall den Lebensnerv der Sezession getroffen, und ihr Gebiet ist auf einen täglich enger gezogenen Kreis beschränkt. Der wichtigste Theil des Gebirgsrückens, welcher sich zwischen dem atlantischen Meere und dem Mississippi hinzieht, ist im Besitz der Bundestruppen und die ganze Seeküste gehorcht, mit Ausnahme Wilmington's, den Befehlen der rechtmäßigen Regierung. Im Augenblick ist nur noch eine südliche Armee auf den Beinen, und es fragt sich sehr, ob es gelingen wird, die geschlagenen Reste der übrigen zersprengten Heereskörper zu einem neuen Ganzen zu vereinigen. Wenn je der bekannte Ausspruch, daß derjenige Theil, welcher den letzten Thaler in der Tasche und den letzten Mann im Felde hat, als Sieger aus dem Kriege hervorgehen werde, wenn je dieser Spruch eine Wahrheit war und sein wird, so ist er es den Vereinigten Staaten gegenüber. Der Krieg ist so gut zu ihren Gunsten entschieden, als der siebenjährige nach dem Tode der Kaiserin Elisabeth und der Erstürmung der Burkersdorfer Höhen. So kann es auch hier noch ein bis zwei Jahre dauern, ehe der Friede die Niederwerfung des Aufstandes besiegelt. Dieser mag sogar temporär hier und da wieder aufflackern und kleine Erfolge erringen; allein seine Lebenskraft ist dahin und seine Tage sind gezählt. Während in den letzten Jahren die Südländer noch ihre Freunde in der höchsten Verwaltung der nördlichen Einzelstaaten hatten, sind diese seit dem 1. d. M., mit einziger Ausnahme von New-Jersey, sammt und sonders in den Besitz der republikanischen Partei gekommen. Namentlich in New-York ist

dieser Wechsel von höchster Bedeutung, da der bisherige Gouverneur Seymour, ein verbissener Feind der Regierung, einem durchaus patriotischen Manne, Fenton, Platz macht. New-York aber giebt als der reichste und größte Staat für alle übrigen den Ton an. Missouri, bisher in den Händen der Sklavenhalter und ihrer Freunde, hat ebenfalls seit vorgestern einen radikalen Gouverneur und eine radikale Legislatur. Somit findet die Regierung jetzt in allen Staaten — New-Jersey fällt gar nicht in die Wagschale — herzliche Unterstützung ihrer, auf die Unterdrückung des Aufstandes gerichteten Pläne und Unternehmungen; an Geld und Mannschaften zu ihrer Durchführung lassen es die loyalen Massen nicht fehlen; deshalb kann auch der Erfolg nicht ausbleiben, wenn die Führer, was übrigens nicht mehr zu befürchten, nicht hinter dem Volke zurückbleiben.

10. Januar 1865.

Der Krieg ist noch lange nicht zu Ende, da die Rebellen durch Einreihung der Neger und Sklaven in ihre Armee ihre Streitkräfte um wenigstens 200,000 Mann vermehrt haben. Diese Maßregel hat lange im Kongreß der Südstaaten geschwebt und ist endlich nach hartem Kampfe im obigen Sinne entschieden worden. Natürlich leisteten ihr die Pflanzer den erbittertsten Widerstand, und einer der Hauptgründe, warum Jefferson Davis in der letzten Zeit so unpopulär bei ihnen wurde, war seine, wenn auch nur bedingte Bevorwortung dieses im letzten Herbste noch schwebenden Vorschlages. Seine Annahme beweist, daß Lee und die Militärpartei gesiegt haben. Schon in den letzten Treffen ist den Unions-Generalen die unverhältnißmäßig große Anzahl Neger aufgefallen. Diesen ist Freiheit für sich, ihre Frauen und Kinder, so wie als Belohnung nach dem Kriege freies Land versprochen worden. Also der Sklave wird frei, er mag wollen oder nicht; ja, dem Prinzipe, wegen dessen der Krieg überhaupt angefangen wurde, wird jetzt von denselben Leuten ins Gesicht geschlagen und ihm die militärische Nothwendigkeit substituirt. Im Senate zu Washington hat Senator Wilson durchgesetzt, daß die Frauen und Angehörigen der für die Union die Waffen ergreifenden Sklaven ebenfalls frei werden sollen. Das Amendement zur Konstitution, welches die Sklaverei abschafft, muß bekanntlich mit zwei

Drittel Majorität durchgehen, ehe es dem Volke zur Abstimmung vorgelegt werden kann. Es liegt heute dem Hause des Kongresses vor; indessen scheint es nicht, daß die alten Demokraten sich zu seiner Unterstützung bekehrt hätten, und befürchtet man deshalb seine Verwerfung mit wenigen Stimmen. Lincoln hat für diesen Fall bereits erklärt, daß er unmittelbar nach dem 4. März eine Extrasitzung des neuen Kongresses berufen werde, um die Maßregel durch ihn sofort passiren zu lassen.

21. Januar 1865.

Sherman hat vor seinem Abmarsche aus Savannah als Höchstkommandirender im Süden eine Verordnung erlassen, welche die Verhältnisse der dortigen Schwarzen regelt und auf deren zukünftige Stellung von der eingreifendsten Bedeutung sein wird. Durch diese Ordre werden die südlich von Charleston bis an den St.-Johns-Fluß in Florida gelegenen Inseln, die sogenannten Sea Islands, welche die beste und im Handel als langfaserige berühmte Baumwolle hervorbringen, so wie die 30 englische Meilen landeinwärts und längs der Flüsse gelegenen Reisfelder den freigewordenen Schwarzen zur Ansiedelung und Bewirthschaftung überwiesen. Hier sollen fortan nur Schwarze wohnen und außer den zu ihrem Schutze kommandirten Armee-Offizieren und Soldaten keine Weißen zugelassen werden. Je drei ehrbare Neger, die zugleich Familienhäupter sind, können eine Insel oder sonstige Lokalität innerhalb der genannten Gränzen bezeichnen, welche dann ihnen und denjenigen, welche sich ihnen anschließen wollen, angewiesen und in Grundstücke von je 40 Ackern für jede Familie ausgelegt wird. Die jungen Neger werden ermuthigt, in die Armee oder Flotte der Vereinigten Staaten einzutreten; es erhalten während ihrer Abwesenheit ihre Angehörigen die für jedes Familienhaupt bestimmten 40 Acker. Als Oberaufseher ist General Saxton ernannt, der sich durch seine Humanität, Umsicht und Erfahrung als besonders geeignet für einen so schwierigen und verantwortlichen Posten erwiesen hat. Dies sind die allgemeinen Grundzüge eines Planes, der die Selbständigkeit der Schwarzen durch Errichtung von Agrikultur-Bezirken anstrebt. Im Gegensatze zu den von General Banks in Louisiana getroffenen Einrichtungen ist das

Sherman'sche Verfahren ein bedeutender Fortschritt. Banks stellte die Schwarzen als eine Art Lehrlinge unter die Befehle ihrer ehemaligen weißen Herren, und wenn er diesen, nachdem einmal zwischen ihnen ein Vertragsverhältniß eingegangen war, die ausgedehntesten Rechte einräumte, ja jede rücksichtslose Willkür gestattete, fixirte er den Lohn jener und machte jeden Versuch zur Verbesserung ihrer Lage zu einem Verbrechen. Sherman nun erhebt den Schwarzen zwar zu seinem eigenen Herrn, sondert ihn aber von jedem Verkehr mit den Weißen ab. Seine Absicht ist offenbar gut; er will den bisherigen Sklaven vor Bedrückung und Betrug schützen und ihm die Früchte seiner Arbeit sichern. Diese können sich aber die Anerkennung ihres Rechtes auf Freiheit und Selbständigkeit nur im Verkehr mit ihren weißen Mitbürgern erkämpfen; jede Absonderung ist eine Verletzung dieser ihrer Rechte und wird von ihnen auch als solche gefühlt. Als vermittelnde Maßregel auf dem Wege zur völligen Gleichstellung mit den Weißen ist aber Sherman's, im Einklange mit den washingtoner Behörden entworfener Plan ein großer Fortschritt und als Abschlagszahlung dankbar anzunehmen. Durch seine Ausführung wird zugleich ein vernichtender Schlag gegen den reichsten und mächtigsten Theil der südlichen Aristokratie geführt. Die Sea Islands waren der eigentliche Sitz der Baumwollen-Barone, der alten, durch Reichthum und soziale Stellung ausgezeichnetsten Familien, der eingefleischtesten Junker. Jetzt richten sich die verachteten Neger auf ihren verlassenen Gütern ein.

24. Januar 1865.

Grant hat vorläufig nichts Andres zu thun, als Lee in Richmond festzuhalten und dadurch zu verhindern, daß er sich weiter südlich in Nord-Carolina eine neue Operationsbasis sucht. Bei der augenblicklich unter den Rebellen herrschenden Zerfahrenheit, bei der Ermüdung und Erschöpfung des südlichen Volkes, so wie andrerseits bei dem Siegesbewußtsein der Grant'-, Thomas'- und Sherman'schen Veteranen hat dieses Schlußkapitel des Feldzugs-Planes Grant's alle Aussicht des Gelingens für sich. Man sieht jetzt wenigstens ein Ende vor sich, es müßte denn durch die, seit den letzten Tagen stärker als je sich in den Vordergrund drängenden Friedens-Intriguen weiter hinausgeschoben werden.

Der alte Blair ist nämlich, nachdem er einen ganzen Tag lang mit Lincoln konferirt hatte, auf einem ihm zur Disposition gestellten Regierungs-Dampfer wieder nach Richmond abgereist und soll beauftragt sein, die von Jefferson Davis anzustellenden südlichen Friedens-Kommissäre nach Washington zu geleiten. Vor sechs Monaten wagte Lincoln nicht, Stephens, den südlichen Vize-Präsidenten, in die Bundes-Hauptstadt zu lassen; jetzt aber, wo die nördlichen Waffen überall siegreich sind und sich zum letzten entscheidenden Schlage vorbereiten, schämt man sich nicht, eine abgeschmackte Friedens-Komödie aufzuführen und, bis auf eins, alle Resultate des Krieges in Frage zu stellen. Selbst konstituirte Agenten werden mit einer halbamtlichen Mission bekleidet und suchen durch ihre geschäftige Einmischung im letzten Augenblicke Ansehen und Ruhm zu gewinnen. Lincoln aber begeht, mindestens gesagt, die Taktlosigkeit, ihnen eine wenigstens indirekte Sanktion durch die Genehmigung ihres Treibens zu verleihen. Natürlich ist bei diesen Verhandlungen aller Vortheil auf Seiten der Rebellen, denn die naive Ansicht des Unterhändlers Greeley, durch das bloße Anerbieten des Friedens diese in sich zu spalten und zu entzweien, ist zu abgeschmackt, als daß sie eine ernstliche Widerlegung verdiente. Dagegen kann die Richmonder Regierung durch geschickt eingeleitete und ausgesponnene Intriguen nur gewinnen; was aber diplomatischer Takt und Ueberblick anbetrifft, so kann sich weder Blair noch Greeley noch sonst einer der Möchtegern-Friedensfürsten mit Davis oder seinem Staatssekretär Benjamin messen. Ich hoffe immer noch, daß alle Bemühungen für das Zusammenflicken eines dürftigen Friedens an den übertriebenen, ja, unverschämten Forderungen der Rebellen scheitern werden, denn leider läßt sich von den Männern, welche in Washington das entscheidende Wort zu sprechen haben, ein nur zu großes Maß von Entgegenkommen erwarten. Nachdem, ihnen selber unbewußt, von sogenannter radikaler und konservativer Seite aller mögliche Hoch- und Tiefdruck auf sie ausgeübt worden ist, halten sie es für ein vortheilhaftes Abkommen, wenn sie die Abschaffung der Sklaverei erlangen. Um diesen Preis, hat Lincoln wiederholt erklärt, werde er Frieden schließen und die sezessionistischen Staaten nicht allein amnestiren, sondern auch mit ihren alten Rechten wieder in den Bund zulassen. Wir können es bei diesen Ansichten des

Präsidenten erleben, daß gleich nach dem Frieden Jefferson Davis und die Seinigen wieder im Senate der Vereinigten Staaten sitzen und den alten Kampf um die Suprematie im Bunde unter neuer Firma, wie etwa als Tarif-Frage, wieder aufnehmen. Bei einem solchen Konflikte würde aber der Süden Hand in Hand mit dem ganzen Westen gegen den Nordosten gehen, somit die Gefahr für die Union viel größer sein. Dieser ganze Krieg ist, selbst wenn die Aufhebung der Sklaverei durch ihn erreicht wird (und daran zu zweifeln, ist nach den letzten Ereignissen gar nicht mehr statthaft), so gut wie umsonst geführt, sobald nicht die Souverainität der Einzelstaaten gebrochen und dem Unfug der „Staatenrechte" nicht bloß auf dem Papier, sondern durch organische Einrichtungen ein Ende gemacht wird. Es ist ein politisches Unding, eine getheilte Souverainität zur Grundlage des Staatslebens machen zu wollen, dem einen Souverain einen anderen zu koordiniren. Die hiesige Konstitution wollte im Wesen und in der Sache die ausschließliche Souverainität der Vereinigten Staaten, wagte sie aber dem Partikularismus der Einzelstaaten gegenüber nicht positiv genug auszusprechen und ließ deßhalb eine doppelte Deutung ihrer Absicht zu. Diese Fiktion zweier konkurrirenden Souverainitäten hält gerade so lange aus, als die Gegensätze noch Raum genug haben, einander auszuweichen, während sie bei verwickelteren, als bloßen Agrikultur-Interessen und bei verdichteter Bevölkerung zusammenstoßen und sich unausbleiblich in Zank und Hader verwickeln müssen. Dieses Land wird nie zur Ruhe kommen, wenn sich aus dem gegenwärtigen Kriege nicht das politische Axiom herausschält, daß die Einzelstaaten dem Ganzen subordinirt sind, mit welchem Verhältnisse sich ganz gut ihre Autonomie in Lokal-Angelegenheiten verträgt. In diesem Sinne muß der siegreiche Norden die Revision der Verfassung in die Hand nehmen. Thut er es nicht, so begeht er denselben Fehler, dessen Deutschland bei einer Revision seiner öffentlichen Rechtszustände sich schuldig machen würde, wenn es die Kleinstaaterei mit allen ihren Auswüchsen unbeschnitten ließe. Glücklicher Weise scheint der Kongreß endlich zur Erkenntniß der, dem Lande durch die Exekutive drohenden Gefahr erwacht zu sein. Im Senate erklärte sich Clark von New-Hampshire gegen jede Unterhandlung mit den Konföderirten oder gegen jeden Kompromiß mit ihnen und bestand auf Durchführung des Krieges

bis zu ihrer unbedingten Unterwerfung. Dieser Antrag wurde zum Druck beordert und wird voraussichtlich beide Häuser passiren. In Verbindung mit diesen Friedensgerüchten lassen Sie mich schließlich noch erwähnen, daß die Richmonder Blätter erzählen, es sei in der Unterhaltung zwischen Davis und Blair die Rede davon gewesen, daß die Konföderirten-Armeen sammt Offizieren und den sonstigen Führern des Aufstandes sich mit allen Kriegsehren aus den Vereinigten Staaten nach Mexico zurückziehen sollten, wo sie dann Juarez helfen und Maximilian vertreiben könnten. Der „Richmond Examiner" erklärt offen, daß, wenn einmal die Sache des Südens unterliegen sollte, es besser sei, er bilde wenigstens den Theil eines großen, mächtigen Ganzen, welches den Kontinent vom Nordpol bis zum Isthmus beherrsche, als daß er sich vor dem Auslande demüthige, welches ihn im Stiche gelassen. Reisende, welche jüngst von Richmond gekommen sind, erzählen, daß der Plan eines Auszuges nach Mexico nicht bloß die Presse beschäftige. Möglich genug, daß er eine bloße Phantasie bleibt, indessen widerstrebt seine ganze oder theilweise Ausführung durchaus nicht dem Charakter des Amerikaners der Südstaaten.

8. Februar 1865.

Die Friedensfarce hat noch schneller als man erwartet hatte, ausgespielt. Erst hieß es, daß die drei Rebellen-Kommissäre, der Vizepräsident Alex. H. Stephens, der Senator Hunter und Richter Campbell von Washington aus die Erlaubniß erhalten hätten, die Bundeslinie zu passiren. Statt dessen fuhr Seward am 1. Februar den „südlichen Freunden" nach Fort Monroe entgegen. Da letztere aber persönlich mit dem Präsidenten verhandeln wollten, so wurde dieser am 2. zitirt, und am 3. hielten beide Parteien bei Hampton Roads auf dem James-Flusse ihre Konferenz. Sie dauerte vier Stunden, endete aber eben so erfolglos, als alle früheren Friedensversuche, weil die Rebellen selbstredend auf Anerkennung ihrer Unabhängigkeit bestanden, während Lincoln in allen anderen Punkten, aber nur nicht in diesem, nachgeben zu wollen erklärte. Dieser Ausgang war leicht vorauszusehen. In der That hat sich auch kein Hellblickender darüber getäuscht, und selbst die Baissiers an der Goldbörse vermochten die Konjunktur nicht zu ihren Gunsten

auszubeuten. Ueberraſcht hat bei der ganzen Verhandlung die Handlungsweiſe des Präſidenten, der ſogar den ſüdlichen Kommiſſären bis Fort Monroe entgegenreiſte. Er ſelbſt aber ſcheint den Mangel an Takt und Würde gar nicht zu fühlen, welcher ſich in dieſer zuvorkommenden Eile ausſpricht. Die offiziöſe Preſſe vertheidigte den Schritt zwar aus dem Grunde, daß es unthunlich geweſen ſei, die Rebellen nach Waſhington kommen zu laſſen, weil ſie von ihren dortigen Freunden gänzlich in Beſchlag genommen und zu ſehr gefeiert worden wären. Das iſt aber eine leere Ausrede, da es ja lediglich von der Regierung abhing, die Zulaſſung des Stephens und Konſorten von Bedingungen abhängig zu machen. Als Kirke, Jewett und Blair in Richmond waren, wurde ihnen ja auch ein beſtimmtes Hotel angewieſen, das ſie nur beim Dunkelwerden verlaſſen durften. Der Präzedenzfall war alſo von Jefferſon Davis ſelbſt gegeben. Es iſt eben die alte, ewig neue Geſchichte: Lincoln kann eben ſo wenig wie die Mehrzahl der nördlichen Politiker über den circulus vitiosus hinaus, in welchen ihn ſeit ſeiner erſten Jugend das Sklavenhalterthum gebannt hatte. Was auch vom Gegentheil geſagt werden mag, der nördliche Plebejer iſt ſtets dankbar gerührt, wenn der ſüdliche Baron, der für Jahrzehnte die Geſchicke des Landes entſchieden hat, ſich zu ihm als ſeines Gleichen herabläßt. Mag ein Bauer noch ſo ſehr über ſeinen gnädigen Herrn hinter deſſen Rücken ſchimpfen, eine langjährige Gewöhnung hat ihn doch ſo ſehr an Gehorſam gewöhnt, daß er ihm, ſobald der Herr Baron ſeine Schwelle betritt, unterthänig entgegenkommt. Grade ſo Lincoln. Um die „verirrten Brüder“ von vorn herein in gute Stimmung zu verſetzen, erzählt er ihnen natürlich gleich bei Eröffnung der Verhandlungen eine weſtliche Anekdote, die ſtereotyp damit anfängt: „Da fällt mir eine Geſchichte von dahinten in Illinois ein.“ Der halboffizielle Bericht ſagt nicht, ob es diesmal die Geſchichte vom Schneider, oder vom Hunde, oder vom deutſchen Farmer war; er erwähnt aber gewiſſenhaft, daß alle Herren ſich vor Lachen nicht halten konnten, und daß erſt, als ſie ſich gehörig ausgeſchüttet hatten, die Verhandlung in den rechten Gang kam. Obgleich ihre Einzelheiten keinen praktiſchen Werth mehr haben, ſo verdienen ſie immerhin eine kurze Zuſammenſtellung. Stephens alſo, „der fähigſte und begabteſte Amerikaner“, wie der Korreſpondent der radikalen

Tribüne sagt, eröffnete das Gespräch, indem er sich nach den Fleischtöpfen Aegyptens und besonders nach den Fortschritten des Kapitolbaues erkundigte. Seward erwiederte, er möge einmal kommen und sich das alte südliche Hauptquartier selbst ansehen, sobald die alte Union erst wieder zusammengeleimt sei. Damit lenkten beide Theile auf die Thunlichkeit und Möglichkeit des Friedens ein, und bei dieser Gelegenheit, als Stephens grade in höchster Extase von der Opferfreudigkeit und Selbständigkeit des Südens sprach, brachte Lincoln schnell seine oben erwähnte Geschichte an. Stephens lachte mit, so weit es seine Gesundheit erlaubte, nahm aber bald den abgebrochenen Faden wieder auf und meinte, wenn man einen Waffenstillstand haben wolle, so müsse man zuerst den Süden als selbständige Macht anerkennen. Mit dieser Erklärung war die Bombe in die bisher friedliche Gesellschaft geschleudert. Man schwatzte noch hin und her, allein man kam auf keinen neutralen Grund. Lincoln's Argumente fanden nur aus Höflichkeit Gehör, und nachdem man genug der Speise und des Trankes genossen hatte, trennten sich die nicht versöhnten Brüder. „Wir konnten aber auch gar nichts mit ihnen anfangen", sagte Lincoln am Tage seiner Rückkehr (4. Febr.) einem washingtoner Offizier. „Der ganze Plan ist schmachvoll fehlgeschlagen", meinte Seward, nachdem er seine ganze Beredsamkeit erschöpft hatte, ohne Eindruck zu machen. Das einzige Zugeständniß, zu dem sich die südlichen Kommissare verstanden zu haben scheinen, war das Verlangen, man solle die Konföderation wenigstens temporär anerkennen, um dem Stolz des südlichen Volks nicht in's Gesicht zu schlagen; sei das geschehen, so werde es gern wieder in die Union treten. Zu diesem etwas zweifelhaften Versuche wollten sich aber selbst Lincoln und Seward nicht verstehen. Einen komischen Eindruck machen diesem Fehlschlage gegenüber die Behauptungen der Regierungs-Presse, daß der Zweck der Konferenz vollständig erreicht worden, daß man jetzt genau wisse, woran man sei, und daß in Zukunft nur das Schwert als Schiedsrichter angerufen werden dürfe. Lincoln will, wie es heißt, eine Adresse an das Land erlassen und diesem darin die ganze Geschichte der Verhandlungen aus einander setzen. Eine jetzt schon auf der Hand liegende, nachtheilige Folge haben sie bereits gehabt: überall sind die Werbungen ins Stocken gerathen, und nach dem 15. d. M. wird man

zur Ziehung schreiten müssen. Bis jetzt fühlt übrigens das Land so wenig als der Präsident die Demüthigung, welche dieser sich und ihm durch seine Reise nach Hampton Roads bereitet hat. Lincoln und Seward sind in ihrem Eifer, noch vor dem 4. März den Frieden herbeizuführen, nichts, als die Dupes von Jefferson Davis, der nach den Berichten des selbst konstituirten Friedensboten Singleton sich erst nach dessen langem und wiederholtem Bitten bereit finden ließ, Kommissare nach dem Norden zu schicken. Seward soll sogar gewußt haben, daß diese auf Anerkennung zu bestehen angewiesen waren; indessen hoffte er immer noch, daß es seiner persönlichen Beredsamkeit gelingen werde, ihren Sinn zu erweichen. —

Ein erfreulicheres Ereigniß als der Friedens-Humbug ist der Beschluß des Kongresses vom 1. Februar, wonach die Sklaverei im ganzen Gebiete der Union für immer abgeschafft werden soll. Nachdem diese Frage einer langathmigen Debatte anheim gefallen war, hatte man schon die Hoffnung aufgegeben, daß der jetzige Kongreß die heilsame Maßregel noch beschließen werde. Um so dankbarer wurde deshalb die vollendete Thatsache im ganzen Norden aufgenommen. Bekanntlich war zu dem Beschlusse eine Majorität von zwei Drittel Stimmen erforderlich; es wurden ihrer 119 dafür und nur 56 dagegen im Hause abgegeben, nachdem sich im Senate eine noch stärkere Majorität herausgestellt hatte. Die eigentliche Schwierigkeit fängt übrigens jetzt erst an. Es müssen nämlich drei Viertel sämmtlicher Staaten diese Akte des Kongresses gutheißen, ehe er zum integrirenden Theile der Verfassung erhoben werden kann. Indessen ist nicht daran zu zweifeln, daß die gesetzliche dreiviertel Mehrheit von den Einzelstaaten gegeben werden wird.

Neben diesem Fortschritte in der Gesetzgebung macht sich auch ein erfreulicher Fortschritt in den ethischen und sozialen Anschauungen des Volkes geltend, so daß man mit Zuversicht auf die Dauer und den Bestand der neuen Gesetze rechnen darf. Am 1. Februar, um hier ein bezeichnendes Beispiel aus vielen herauszugreifen, wurde im höchsten Gerichtshofe der Vereinigten Staaten, derselben Behörde, welche den berüchtigten Dred-Scott-Fall im Sinne der Sklavenhalter entschied, ein Vollblut-Neger, aber tüchtiger Advokat, ein Herr Brock, als Anwalt vereidigt. Der höchste Gerichtshof hält seine Sitzungen im Kapitol in

Washington, gleich neben dem Senatszimmer, und Senatoren und Abgeordnete waren in großer Zahl anwesend, um Zeugen dieses, bisher in den Annalen des Landes unerhört dastehenden Schauspieles zu sein.

14. Februar 1865.

Natürlich macht die Friedens-Konferenz noch immer viel von sich reden. Die darüber von beiden Seiten veröffentlichten Aktenstücke enthalten übrigens nicht viel Neues. Das wichtigste derselben ist die Depesche Seward's an Adams in London, welche sich am ausführlichsten über die Verhandlungen ausspricht und im Ganzen auch mit der südlichen Darstellung übereinstimmt. Es stellen sich aber aus beiden Nachrichten ein paar verschiedene Lesarten heraus, die eine wenigstens flüchtige Erwähnung verdienen. Zuerst erklären Lincoln und Seward positiv, daß sie jedes Verlangen eines Waffenstillstandes unbedingt abgewiesen hätten. Die südlichen Kommissare dagegen berichten, daß ihnen unter der Bedingung, daß sie wenigstens die Wiederherstellung der Union versprächen, die Gewährung eines Waffenstillstandes in Aussicht gestellt worden sei. Ich glaube an die Richtigkeit der Angaben Lincoln's und Seward's, da diese sich von Anfang an bei verschiedenen Gelegenheiten unbedingt gegen den Waffenstillstand erklärten, und sehe eine Bestätigung dieser Annahme in den jüngsten Vorgängen zu Richmond, wo eine derartige Eventualität gar nicht einmal erwähnt wurde. Die Redner, welche, wie z. B. Benjamin, bei den letzten dortigen Volksversammlungen zur Ausdauer anfeuerten, würden doch sicherlich diesen Punkt als einen Beweis der angeblichen Schwäche des Nordens nicht außer Acht gelassen haben. Die zweite Variante betrifft den Vorschlag der südlichen Kommissare, die dauernde Wiedervereinigung zwischen Norden und Süden dadurch herbeizuführen, daß beide gegen einen gemeinschaftlichen Feind kämpften. Seward drückt sich über diesen Punkt sehr vorsichtig aus: „Die Herren scheinen", sagt er, „besonders eine Verschiebung der Frage über die Trennung zu begünstigen und zu befürworten, um den Bemühungen unsrer Regierung sowohl wie denen der Konföderirten in der äußern Politik oder in Verfolgung eines bestimmten Vorhabens für einige Zeit eine gemeinschaftliche Richtung zu geben. Es ließe sich

erwarten, daß während dieſer Zeit ſich die Leidenſchaften abgekühlt haben und Handel und Verkehr zwiſchen beiden Theilen des Landes wieder in Aufnahme gekommen ſein würden." Das heißt alſo ſo viel, als die ſüdlichen und nördlichen Waffen gegen einen auswärtigen Feind kehren, oder für den ſpeziellen Fall Aufrechterhaltung der Monroe-Doktrin in Mexiko gegen Maximilian und die Franzoſen. Sie wiſſen aus meinen früheren Berichten, daß derartige Phantaſien und Gelüſte ſelbſt bis in die Nähe der richmonder Regierungskreiſe und überhaupt im ganzen Süden keine unbedeutende Rolle ſpielen, und daß deshalb das waſhingtoner Kabinet, wenn es wollte, auf Koſten Mexiko's ſofort Frieden haben könnte. Es war deſſen erſte und unbedingte Pflicht, einen derartigen Vorſchlag kurzer Hand abzuweiſen, ſo daß ich es nicht einmal für nöthig halte, ihm wegen dieſer, im eigenen Intereſſe bewieſenen Enthaltſamkeit und Vorausſicht ein beſonderes Lob zu ertheilen. Keine ziviliſirte Macht wird und darf anders handeln. Die Rebellen gehen wohlweislich über dieſen Punkt mit Stillſchweigen hinweg. Möglich, daß er von ihren Kommiſſaren im Laufe des Geſpräches nur als Köder hingeworfen wurde; aber ſicher iſt es, daß ſie in ihrer Darſtellung der Verhandlungen nicht darauf zurückkommen dürfen, um England und Frankreich, ihre wirklichen oder vermeintlichen Freunde, nicht vor den Kopf zu ſtoßen. Dieſes eine Beiſpiel bezeichnet deutlicher als alles Raiſonnement die Stellung, welche beide Theile des Landes vermöge ihrer innern Entwicklung den europäiſchen Mächten gegenüber einnehmen. Der Norden hat als modernes Induſtrieland genug mit der Hebung ſeiner eigenen Hilfsquellen zu thun und wird deshalb ſchwerlich je aggreſſiv gegen das Ausland auftreten; der Süden dagegen iſt als Agrikulturgebiet auf Vergrößerung ſeiner Gränzen angewieſen und prägt dieſen unruhigen Geiſt der Unbehaglichkeit zu Hauſe und des Hinausſtrebens in die Ferne auch in ſeinen Bewohnern und Politikern aus. Alle jene politiſchen Maßregeln, welche in den letzten zwanzig Jahren den amerikaniſchen Namen in Europa verhaßt und theilweiſe ſogar verachtet gemacht haben, Flibuſtierzüge und Annexions-Projekte, Repudiationen und Gewaltthätigkeiten aller Art gegen ſchwächere Nachbarn, gingen, dieſem Verhältniſſe entſprechend, vom Süden aus oder wurden von ſeinen nördlichen Werkzeugen in Szene geſetzt. Iſt der Süden erſt

wieder unterworfen, so wird Europa nichts mehr von diesen ungesunden Auswüchsen der Volkskraft hören. Man soll sich aber von jetzt an hüten, den Norden dafür anzuklagen oder gar verantwortlich zu machen. Uebrigens ist es ein großer Irrthum, zu wähnen, daß die Regierung durch die Friedens-Unterhandlungen irgend etwas gewonnen habe. Die Friedens-Demokraten, auf deren Gewinnung es doch nur ankommen konnte, sind nicht damit zufrieden, daß der Präsident die Unterhandlungen abbrach, und behaupten sogar im Kongresse, er hätte mit etwas mehr Nachgiebigkeit günstigere Resultate erzielen können; sie sind heute noch eben so sehr wie früher gegen die kräftige Fortsetzung des Krieges. In Richmond sucht man das Volk zu einer letzten Kraftanstrengung aufzustacheln; die Reden beweisen aber, daß es dort mit der freiwilligen Hingabe an den Krieg so ziemlich vorbei ist.

28. Februar 1865.

In wenigen Wochen, vielleicht Tagen, wird es sich nun entscheiden, ob der Frühjahrs- und Sommer-Feldzug den Krieg beendet, oder ob noch ein neues Kriegsjahr mit letzter Aufbietung der südlichen Kräfte den Schluß des Drama's verzögert. So wenig wir nun über unsere eigenen Angelegenheiten aus südlichen Blättern erfahren, so wichtig sind doch ihre Mittheilungen über den Stand der Dinge im Gebiete der zusammenfallenden Konföderation selbst. Am wichtigsten ist die vom Kongreß der Südstaaten abgelehnte Einmusterung der Sklaven in ihre Armee. Trotz eines, diese Maßregel dringend befürwortenden Schreibens des Generals Lee, welcher gradezu die weiße Bevölkerung für unzureichend zur Fortführung des Krieges erklärt, hat der richmonder Senat das vom Hause bereits angenommene Gesetz der Negerbewaffnung verworfen, und zwar waren es hauptsächlich die Senatoren aus den Golfstaaten, welche der Bill diese Niederlage bereiteten. Darüber ist es zwischen den Repräsentanten beider Sektionen des Südens im Kongresse und in der Presse, zwischen den Gränz- und Baumwollenstaaten, zwischen den Sklaven produzirenden und konsumirenden Staaten, zwischen Virginien und Nordkarolina einerseits und Südkarolina, Alabama, Mississippi und Texas andrerseits zu heftigen Feindseligkeiten gekommen. „Wenn diese" — so erklären

ungefähr die Vertreter jener — „ihre Sklaven nicht opfern wollen, so werden wir aufhören, uns zum Tummelplatze des Krieges zum Zwecke der Erhaltung der Sklaverei herzugeben.“ Nicht Virginien, sondern die Golfstaaten hätten den Krieg angefangen, dessen üblen Folgen sie sich jetzt gern entziehen möchten. Die Armee müsse verstärkt werden, einerlei, welcher Farbe die Rekruten seien. Die richmonder Blätter verlangen Wiedererwägung des Beschlusses. Da er mit nur geringer, einer Stimme Majorität gefaßt ist, so mag er immerhin noch umgestoßen werden; jedenfalls übt Davis' und Lee's Bevorwortung der Maßregel einen gewissen moralischen Zwang aus, über welchen sich der südliche Kongreß nicht so leicht wird hinwegsetzen können. Was er aber auch beschließen möge, der Sklave wird frei, entweder durch Einstellung in das Rebellen-Heer oder durch dessen Niederlage, und in dem einen oder andern Falle wird der Zweck, um dessen willen der Krieg angefangen wurde, vereitelt.

8. März 1865.

Lincoln's Inauguration für seinen am 4. März 1869 endenden zweiten Amtstermin hat am letzten Samstag in Washington Statt gefunden. Das Ereigniß verlief ruhig und ohne jede Störung und unterschied sich, die Anwesenheit einer starken militärischen Macht ausgenommen, durchaus nicht von ähnlichen Festlichkeiten während der letzten vierzig Jahre. Die Zeiten sind ein für alle Mal vorbei, wo Jefferson einsam und allein durch die Pennsylvania Avenue nach dem Kapitol ritt, seinen Gaul selbst an einen Pfosten im Hofe anband, den Amtseid leistete und dann wieder eben so unscheinbar, wie er gekommen war, nach dem Weißen Hause zurückritt. Heutzutage verbindet man alle Arten lärmender Festlichkeiten und Demonstrationen mit der Einsetzung eines neuen Präsidenten, und selbstredend ließ man sich auch dieses Mal die Gelegenheit nicht entgehen, lange Prozessionen zu bilden, viel Pulver zu verknallen, zu tanzen und zu essen und Abends innerlich und äußerlich zu illuminiren. Der neue Präsident des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, Chase, nahm Lincoln den Amtseid auf der östlichen Seite des Kapitols im Freien ab, worauf dieser eine kurze Ansprache ablas. Eines ihrer Hauptverdienste ist ihre ungewohnte Kürze; Ton

und Sprache des Dokumentes werden einem Europäer der Gegenwart befremdend sein. In Deutschland wird man zu den Zeiten der Wiedertäufer ungefähr eben so gesprochen haben. Dagegen steht der Inhalt der Rede in ganz entschiedenem Gegensatze zu den jüngsten Friedensbemühungen des Präsidenten. Hatte er sich vor kaum zwei Jahren noch bereit erklärt, die Sklaverei sogar mit in den Kauf zu nehmen, wenn es um den Preis der Wiederherstellung der Union geschehen könne, und hatte er überhaupt bisher die Sklaverei nur aus Zweckmäßigkeitsgründen bekämpft, so will er sie jetzt von Grund aus zerstören, weil sie der ewigen Gerechtigkeit und der Freiheit zuwiderläuft. „Der Herr will das Aergerniß der Sklaverei nicht länger dulden!“ und mit einem Wehe denen, von welchen das Aergerniß kommt, erklärt sich Lincoln zum Werkzeuge in der Hand des Allmächtigen, welcher die, seinen Geboten zuwider Handelnden ausrottet. Ja, selbst wenn der Krieg noch so lange dauern sollte, bis er alle, durch die Arbeit der Sklaven seit 250 Jahren aufgehäuften Reichthümer verschlungen haben sollte, und bis jeder Tropfen Blutes, den die Peitsche vergossen, durch das Schwert wieder vergolten sein würde, ja, selbst in diesem Falle müsse der Präsident sagen: die Gerichte des Herrn sind durchaus wahr und gerecht. Ins moderne Hochdeutsch übersetzt, heißt das so viel, daß die Forderungen der Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit über allen politischen Zweckmäßigkeits-Rücksichten stehen. Diese Auffassung ist ein gewaltiger Schritt vorwärts und wird sich hoffentlich auch in den ihr entsprechenden politischen Maßregeln ausprägen. Ueber alle übrigen Punkte schweigt der Präsident; von der auswärtigen Politik sagt er kein Wort, und hinsichtlich der innern Politik bezieht er sich auf seine Vergangenheit und die Geschichte der letzten Jahre.

Die Beeidigung des neuen Vize-Präsidenten Andrew Johnson von Tenessee fand im Senatszimmer Statt. Die Szene wird von glaubwürdigen Augenzeugen als eine der würdelosesten und skandalösesten geschildert, welche je die Hallen des Kapitols — und das will viel sagen! — beschimpft haben. Johnson war bestialisch betrunken und hielt in diesem Zustande eine Rede, über welche die Freunde der Regierung erröthetten, die Demokraten höhnten und die anwesenden Diplomaten bedenklich die Köpfe schüttelten. „Ich bin ein Plebejer,“ sagte er lallend, „Lincoln auch, und wir sind stolz darauf. Sie, Seward (sich an diesen wendend),

ſind nur durch den Willen des Volkes hier, Sie, Stanton, auch, und Sie (auf den Marine-Miniſter Welles deutend) — wie heißt denn der alte Junge da?" „Welles", hallte die Antwort aus den Zuſchauern wieder. — „Und Sie, Welles, müſſen auch Ihren Platz verlaſſen, wenn das Volk es will. Jetzt will ich", fuhr Johnſon fort, „2½ Minute über Teneſſee ſprechen, nicht länger." Aber er ſchwatzte im Ganzen an 20 Minuten. Iſt er verrückt? flüſterten ſich die Zuſchauer zu. Welche Schande! riefen Andere: Hat der Mann denn keinen Freund? Iſt Niemand hier, der ſich ſeiner in dieſem Zuſtande erbarmt? Laßt ihn innehalten, um dem Lande die weitere Schmach zu erſparen! — Als Johnſon endlich aufhörte, zu ſprechen, nahm ihm der bisherige Vize-Präſident Hamlin den Amtseid ab. Der erwählte Vize-Präſident war nicht im Stande, die einzelnen Worte zu wiederholen, er ſtammelte ſie blos einzeln hervor und ſprach einige öfter nach. Als er darauf den neu erwählten Senatoren den Eid abnehmen ſollte, vergaß er dieſen und forderte ſie auf, die Bibel zu küſſen, worauf er ſie entließ. Die Blamage war ſo groß, daß die anweſenden Berichterſtatter angewieſen wurden, die Johnſon'ſche Rede nicht in dem offiziellen Blatte, dem Globe, zu berichten, damit dem durch den Trunk unzurechnungsfähig gewordenen Redner Gelegenheit gegeben werde, nach eingetretener Ernüchterung etwas weniger Unſinn hinein zu korrigiren. Johnſon iſt ein Schneider aus Teneſſee und liebt den Whiskey mehr als ihm gut iſt, ſonſt aber ein patriotiſcher und verdienter Mann. Und dieſer Menſch kann unter Umſtänden ſogar Präſident der Vereinigten Staaten werden! „Möge Gott — rufen die Oppoſitions-Blätter aus Furcht vor dieſer Möglichkeit höhniſch aus — Abraham Lincoln ſchonen und ſegnen!" Lincoln iſt übrigens äußerſt mäßig, ein muſterhafter Familienvater und auch in ſeinem übrigen Privatleben durchaus ehrenwerth. Leider iſt die Trunkſucht ein ziemlich allgemeines Laſter unter den amerikaniſchen Politikern. Die trunkenen Szenen nahmen im Senate des letzten Kongreſſes ſo ſehr überhand, daß das Privat-Kneipzimmer der Senatoren jetzt endlich auf Antrag Wilſon's geſchloſſen und zugleich beſchloſſen wurde, keine berauſchenden Getränke mehr in dem Flügel des Senates zuzulaſſen. Die berühmte Branntweinkneipe der Senatoren mit der Ueberſchrift: „Ausſchließlich für Senatoren" und ſeit den letzten fünf-

zehn Jahren unter dem Namen „das Loch in der Wand" bekannt, darf in Folge jenes Beschlusses auch nicht mehr geöffnet werden. — Der 38. Kongreß schloß seine Sitzungen am 4. März Mittags. Er hat im Ganzen mehr geleistet, als man im Anfange von ihm erwartet hatte, da er zum großen Theile unter dem demoralisirenden Eindrucke der Niederlagen des Sommers 1862 gewählt worden war. Sein bedeutendstes Gesetz ist das Amendement zur Konstitution, welches die Sklaverei im ganzen Gebiete der Vereinigten Staaten abschafft und, nachdem es von drei Viertel der Staaten genehmigt sein wird, Grundgesetz des Landes werden wird.

14. März 1865.

Der unvermeidliche Neger läßt den Süden immer noch nicht zur Ruhe kommen. War er früher der Zankapfel zwischen ihm und dem Norden und führte er zwischen beiden Theilen des Landes die Trennung herbei, so ist er jetzt der große Stein des Anstoßes im Rebellen-Kongresse selbst. Ich schrieb Ihnen vor einigen Wochen, daß der Senat in Richmond das Gesetz, welches die Sklaven zum Kriegsdienste heranziehen sollte, mit einer Stimme Majorität verworfen habe. Dieser Beschluß wurde jüngst in Wiedererwägung gezogen und in Folge einer den beiden virginischen Senatoren von ihrem Staate ertheilten Instruktion mit einer Stimme Majorität umgestoßen, so daß jetzt, nachdem das Haus dem Amendement der Bill beigetreten ist, dieselbe nur noch der Genehmigung des Präsidenten Davis bedarf, um Gesetz zu werden. Ob sie aber das dem Süden drohende Verhängniß abzuwenden vermag, das ist eine andre Frage, die ich unbedingt verneinen möchte. Der virginische Senator Hunter, der unter obiger Instruktion dafür stimmte, aber sich dagegen aussprach, entwickelte bei dieser Gelegenheit Ansichten, welche den Nagel auf den Kopf treffen und als Ausdruck der unter den Sklavenhaltern größtentheils herrschenden Stimmung der Maßregel selbst in ihrer Durchführung jeden moralischen Eindruck nehmen und sie schon jetzt in ihrer Wirkung ganz abschwächen. Hunter, ehemaliger Vereinigte-Staaten-Senator, ist einer der angesehensten südlichen Politiker. Noch jüngst war er zur Friedens-Konferenz mit Lincoln und Seward abgesandt; seine Worte, die an sich durchaus wahr sind, haben deshalb dop-

pelten Anſpruch auf Berückſichtigung. Der Süden, meinte Hunter, habe ſtets darauf gepocht, daß der Kongreß kein Recht beſitze, ſich in die Sklaverei in den Einzelſtaaten einzumiſchen, und habe ſich losgeriſſen, als die Partei in Waſhington ans Ruder gekommen, von der man ein derartiges Eingreifen befürchtet habe. Jetzt aber rege der ſüdliche Kongreß die Agitation wieder an und nehme ſich heraus, die Sklaven zu bewaffnen, was ſelbſtredend die Emanzipation einſchließe. Das Volk wiſſe klar, daß ſeine Freiheit nur durch freie Männer erkämpft werden könne; der Schritt ſelbſt aber ſei nur ein Bekenntniß der Verzweiflung und gebe völlig den Grund auf, der den Süden zur Sezeſſion beſtimmt habe. Dieſer ſei bisher von der Anſicht ausgegangen, daß die Sklaverei der dem Neger angemeſſenſte Zuſtand. Jetzt ſetze man ſich alſo durch Genehmigung der vorgeſchlagenen Maßregel gegen den Norden und die Abolitioniſten ins Unrecht, denn, wenn man dem Sklaven die Freiheit als eine Belohnung anbiete, ſo geſtehe man zu, unredlich und heuchleriſch geweſen zu ſein, und verlaſſe den Standpunkt, durch den der gegenwärtige Krieg herbeigeführt worden ſei. Wer müſſe denn aber verantwortlich gemacht werden für die Hunderttauſende von Männern, die in dieſem Kriege gefallen ſind? Natürlich nur diejenigen, welche das Prinzip, für welches man jene in den Kampf geſchickt, aufgegeben hätten. Hunter ſuchte dann den Beweis zu führen, daß den in Soldaten verwandelten Sklaven nothwendiger Weiſe die Freiheit gegeben werden müſſe. Wenn wir aber aus den Negern Soldaten machen können, warum nicht auch Offiziere, warum nicht auch Befehlshaber über weiße Leute? Und warum kann nicht ein zukünftiger ehrgeiziger Präſident den Schwarzen benutzen, die Freiheiten des weißen Mannes unter die Füße zu treten? Zum Schluſſe wies der Redner ſtatiſtiſch nach, daß das Land durch das Geſetz der nothwendigen Arbeitskräfte beraubt werden würde, und erwähnt die intereſſante Thatſache, daß im vorigen September von 20,000 für die Armee als Arbeiter aufzubringenden Sklaven nur 4000 herbeizuſchaffen geweſen ſeien. Ehe ſie ſich freiwillig meldeten, würden ſie zu den Yankees übergehen, und wenn man ſie zwinge, Soldaten zu werden, ſo würden ſie zum Feinde deſertiren; denn derſelbe könne ihnen nicht nur Freiheit, Sold und Kleidung, ſondern ſogar Farmen auf Koſten des Südens anbieten. Nur die Furcht, zu Soldaten gemacht zu werden,

halte gegenwärtig die Schwarzen ab, zum Feinde überzugehen; ſtecke man ſie aber in die Armee, ſo würden alle zu ihm überlaufen. Ganz in derſelben Weiſe ſprach ſich jüngſt der Gouverneur von Georgia, Joſeph E. Brown, in ſeiner Botſchaft an die Legislatur dieſes Staates aus. „Was auch unſre Anſicht von der Normal-Lage und den natürlichen Intereſſen der Sklaven ſein möge, ſagte Brown, in allen Einzelheiten Hunter beſtätigend, wir können nicht erwarten, daß ſie ſich heldenmüthig ſchlagen, während ihre Frauen und Kinder nach wie vor in der Sklaverei bleiben, und es iſt auch nicht vernünftig, tapfere Thaten von ihnen zu verlangen. Denn ſobald wir die Thatſache feſtſtellen, daß die Schwarzen ſich zur Kriegsführung eignen, zerſtören wir unſre Theorie, daß ſie unfähig ſind, frei zu ſein. Wenn wir die Sklaven bewaffnen, ſo geben wir die Sklaverei auf. Um dem Geſetze die Spitze abzubrechen, haben es die Pflanzer durchgeſetzt, daß nur 25 pCt. der waffenfähigen Schwarzen ausgehoben werden dürfen. Man lacht jetzt im Norden ob dieſer Plane, denn, ſtatt ſich Angſt machen zu laſſen, erkennt er in dieſer Art Kundgebung die Angſt der Urheber des Planes und lacht deshalb über alle Drohungen mit „Sambo.“ Es iſt annähernd dasſelbe Verhältniß, wie bei Ihnen das der Feudalen, welche der Fortſchritts-Partei, der ſkrophulöſen Kanaille des materiellen Beſitzes, eine Zeit lang mit den Arbeitern, mit dem Proletariat drohten. Seit der jüngſten Debatte über das Koalitionsrecht der Arbeiter iſt den Herren wohl die Luſt zur Verwirklichung ihrer Drohungen vergangen, und ſo verhält es ſich auch hier ſeit dem Geſetze vom 9. März. Aber auch abgeſehen davon, iſt das Dilemma wirklich viel zu peinlich für die Baumwollen-Barone: die Einen ſind für die Bewaffnung der Neger, und die andre Hälfte ſpricht ſich eben ſo entſchieden dagegen aus; dieſe hilft ihnen ſich den Werbern zu widerſetzen, und jene ſtellen ſie in ihre Armee ein, um ſie den Bundestruppen in die Arme zu treiben. Wenn ſchon jetzt die Deſertion aus den ſüdlichen Heeren ſo ſtark iſt, daß General Longſtreet allen Ernſtes den lächerlichen Vorſchlag machen konnte, die Deſerteure beider Kriegführenden gegen einander auszutauſchen, wie wird das Verhältniß gar werden, wenn die Schwarzen erſt in die Lee'ſchen Regimenter gepreßt ſind, falls überhaupt die Rebellion noch ſo lange Athem behält?“

21. März 1865.

Das wichtigste Ereigniß der vorigen Woche, wichtiger noch als die Erfolge Sherman's in Nord-Carolina, ist die vor einigen Tagen hieher gelangte Botschaft, welche Jefferson Davis am 11. d. Mts. an seinen Kongreß erlassen hat. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als das Todtenlied, welches dem Süden von seinem eigenen Präsidenten gesungen wird. Wenn man ihn dafür bezahlt hätte, den Geist seiner Anhänger herunterzudrücken und die Herzen der Unionsfreunde mit Freude und Hoffnung zu erfüllen, so hätte er seine Botschaft nicht besser schreiben können. Davis führte bisher immer eine so zuversichtliche und entschiedene Sprache, welche in noch höherm Grade auf das Ausland als auf den Süden berechnet war; jetzt hält er die Täuschung gar nicht mehr für nöthig und stellt die Lage der Dinge so verzweifelt dar, wie sie wirklich ist und wie sie gar nicht mehr geändert werden kann. Er eröffnet seinen Klagegesang zunächst mit dem Eingeständnisse, daß in Folge der jüngsten Operationen Sherman's die Hauptstadt Richmond in größerer Gefahr schwebe, als zu irgend einer frühern Zeit, und räth, um Enttäuschungen vorzubeugen, dazu, daß Maßregeln ergriffen werden, welche den erforderlichen Schutz gewähren. Es sei, meint er, schon zu viel Zeit mit bloßen Redensarten verschwendet worden, und deshalb zu spät, auf Gesetzesvorschläge zurückzukommen, die im vorigen November, als sie gemacht worden, an der Zeit gewesen wären. Davis theilt sodann seinem Kongresse mit, daß für die konföderirten Noten nichts zu haben sei, weshalb man sich des im Süden befindlichen Goldes versichern müsse, um die Armeen im Felde zu unterhalten. Mit zwei Millionen Gold sei mehr auszurichten, als mit allem Papiergelde. Die Produzenten verbärgen jetzt ihre Vorräthe aus Furcht, sie für papierene Zahlungsversprechen hergeben zu müssen; das Kriegs-Kontributionsgesetz habe sich als durchaus unzulänglich erwiesen. Wenn das Gold nicht ausreiche, so solle man für die Lieferungen Produktenbonds ausstellen, so daß Kapital und Zinsen in derselben Art von Produkten zurückbezahlt würden. Davis verlangt ferner eine wirksamere Beschränkung der Befreiung vom Kriegsdienste, eine bessere Organisation der Miliz und die Durchführung der Negerbewaffnung, so wie die Ertheilung der Gewalt,

das Habeas-Corpus-Recht zu suspendiren, welch letzterer Vorschlag bereits vom südlichen Kongresse angenommen ist. „Wenn unter Verhältnissen, wie den unserigen," sagt er, „diese Gewalt nicht ertheilt werden soll, so ist es schwer zu begreifen, wie jemals eine Zeit eintreten kann, in welcher diese Bestimmung in der Konstitution aufhören könnte, ein todter Buchstabe zu sein." Zum Schlusse kommen die üblichen Redensarten vom Zusammenraffen aller Kräfte und von Hingabe von Gut und Blut auf dem Altare der Freiheit, von Aufbietung der letzten Anstrengungen. Ueber das Wie und Wo bleibt der Präsident die Antwort schuldig; genug, daß er den letzten Dollar, das letzte Stück Brod und den letzten Mann verlangt. Ob er sie erhält, das ist freilich eine andre Frage. Die Banken von Richmond, die noch einiges Gold in ihren Kellern hatten, betrachteten die Botschaft viel mehr als eine offene Drohung, als eine, vorläufig noch unter verschämtem Namen auftretende Absicht der Plünderung. Sie verkauften vor vierzehn Tagen schon Hals über Kopf ihren Vorrath an Gold und lassen Davis das leere Nachsehen. Die virginischen Farmer hielten ihre Produkte schon seit Monaten so sorgsam zurück, daß Sheridan Hunderttausende an Werth zerstören konnte, und auch im übrigen Lande fanden die Bundestruppen reichliche Vorräthe; die Soldaten aber desertiren so massenweise, daß ihrer oft an einem Tage an tausend in die Bundeslinien kommen. Ob es Lee mit seinen täglich mehr zusammenschwindenden Streitkräften möglich sein wird, Grant und Sherman die Spitze zu bieten, das muß die nächste Zukunft lehren.

Die Zerstörung der richmonder Wasserwerke durch Sheridan hat in der Rebellenhauptstadt einen panischen Schrecken hervorgerufen; sogar die Krüppel werden bewaffnet, um den vermeintlichen Angriff auf die Stadt abzuwehren. Es herrscht, nach den richmonder Blättern selbst zu urtheilen, deren zwei nur noch auf einem halben Bogen erscheinen, in ihren Mauern der Hunger und die Verzweiflung; ja, eine Art Galgenhumor macht sich geltend, indem die Zeitungen den abreisenden Abgeordneten ein Lebewohl auf Nimmerwiedersehen zurufen. Während der Arbeiter nur 8 bis 10 Dollars (32 bis 50 Cents) per Tag verdient, kostet ein Pfund Pfleisch 20 Dollars südlichen Shinplasters, ein Faß Mehl 200 Dollars u. s. w. Lange können diese Zustände nicht

mehr dauern, zumal die Zuzüge mit jedem Tage geringer werden. Im ganzen Norden dagegen ist die Strömung eine freudig erregte und siegesgewisse, vielleicht etwas zu siegesgewisse. Ueberall heben sich hier der Kredit und das Vertrauen. Gold ist in kaum 14 Tagen um fast 50 Points heruntergegangen, das neue Anlehen von 600 Millionen findet trotzdem, daß es Papierzinsen trägt, bereite Käufer.

28. März 1865.

Lassen Sie mich einen Irrthum berichtigen, der, wie ich sehe, aus der englischen Presse ziemlich allgemein auch in die deutsche überzugehen scheint. Es ist dies die Behauptung, daß Lee, selbst wenn er aus Richmond getrieben und im freien Felde geschlagen werden sollte, sich in die Berge werfen und dort den Krieg noch Jahre lang mit Erfolg fortsetzen würde. Wenn es je eine oberflächlichere Behauptung gab, so ist es diese, namentlich seit den Ereignissen der letzten Wochen. Selbst angenommen, daß die südliche Armee nach einer großen Entscheidungsschlacht noch nicht vernichtet oder zersprengt wäre, so bliebe Lee als letzte Zuflucht doch nur der Gebirgsrücken übrig, der sich vom westlichen Virginien zwischen Nord-Carolina und Tenneſſee nach Georgia zieht. Dieses Gebirge wird aber einmal von einer armen, unionsfreundlichen Bevölkerung bewohnt, dann aber ist der Zugang dahin von allen Seiten abgeschnitten und das angränzende Land nicht im Stande, eine sich dort festsetzende Armee zu verproviantiren. Nicht viel plausibler als dieser Ausweg klingt die Lesart, daß Lee, wenn es anders geht, sich nach dem rechten Miſſiſſippi-Ufer durchschlagen und den Krieg in Texas und Louisiana fortführen wolle. Wenn ich den Charakter des Amerikaners anders richtig beurtheile, so wird sich der Süden, falls er die nächste große Schlacht verliert, mit stoischem Gleichmuthe in sein Geschick ergeben und dieses als höhern Willensschluß der Vorsehung annehmen, grade so wie der Norden, wenn er die Schlacht bei Gettysburg verloren und den Feind in seinen Haupt-Seestädten gesehen hätte, das Spiel aufgegeben und die südliche Konföderation als vollendete Thatsache anerkannt haben würde. „Es geht nicht mehr, das Spiel ist aus", ist der ewige Refrain der südlichen Deserteure, die in Grant's und Sherman's

Lager kommen: dieſe Leute laufen nicht aus Feigheit, ſondern aus Ueberdruß und Verzweiflung weg. Es iſt bekanntlich weder rathſam noch weiſe, das Fell des Bären zu theilen, ehe man ihn hat; aber das glaube ich mit völliger Beſtimmtheit vorausſagen zu können, daß, wenn erſt die nächſte Entſcheidungsſchlacht gegen den Süden ausgefallen iſt, dieſer überraſchend ſchnell in ſich zuſammenbrechen und keinen ernſthaften Widerſtand mehr leiſten wird. Schon jetzt iſt die ganze Rebellion, wie Grant ſagt, eine leere Blaſe, ein Schlag dagegen, und ſie platzt! Die Gefahr für das Land liegt unter dieſen Umſtänden darin, daß ein zu ſchneller Friede abgeſchloſſen wird. Schon jetzt, wo die Armeen ſich noch gegenüber ſtehen, führen ehemalige Radikale, wie z. B. die New-Yorker Tribune, nichts als Verſöhnung im Munde und fordern die Regierung auf, die Rebellen gegen Niederlegung der Waffen in ihre alten Rechte wieder einzuſetzen. Wenn nun dieſes Zugeſtändniß auch nicht zu befürchten ſteht, ſo iſt die Großmuth oder Kurzſichtigkeit des Volkes immerhin groß genug, die Früchte des Sieges, noch ehe ſie eingeärntet ſind, wieder wegzuwerfen. Auch auf Lincoln iſt in dieſer Beziehung kein unbedingter Verlaß, da er von Stimmungen beherrſcht wird und ſich dahin neigt, wo ihm die Majorität zu ſein ſcheint. Der ſüdliche Adel, gegen welchen der Krieg geführt werden mußte — der arme Weiße kommt in dieſer Beziehung gar nicht in Betracht — gibt zwar zu, daß er vorläufig im Felde beſiegt iſt und daß er, um die Exiſtenz zu retten, wieder in den muthwillig zerriſſenen Verband mit der Union eintreten muß; allein er hat keine ſeiner adeligen Vorurtheile, keine ſeiner Standesmarotten aufgegeben, er hat nichts gelernt und nichts vergeſſen und blickt nach wie vor mit Verachtung auf die bürgerlichen Sieger herab. Der new-yorker Ober-Zoll-Direktor Draper, der ſo eben von einem vierwöchentlichen amtlichen Beſuche in Savannah zurückgekehrt iſt, ſagt mir, der dort aufgetauchte Unionismus ſei nichts als eine künſtliche Treibhauspflanze, die durch die Einnahme der Stadt erzogen ſei, aber die Sklavenhalter ſeien, wenn auch durch die Gewalt zu Boden geworfen, noch eben ſo unverſöhnlich wie früher, und namentlich behaupteten ſie immer noch, ſie ſeien eine edlere Race, als das Volk des Nordens. Die Macht dieſer ſüdlichen Barone kann nicht durch Konzeſſionen, nicht durch Verzeihung gebrochen werden; der einzige Weg,

ſie unſchädlich zu machen, beſteht in der Anbahnung ſolcher Zuſtände, welche Platz und Boden für die Entwicklung der ſüdlichen Maſſen ſchaffen. Die großen Plantagen müſſen parzellirt und die Rädelsführer, wenn nicht härter beſtraft, wenigſtens verbannt werden. Ein Volk im modernen Sinne, einen Mittelſtand gibt es im ganzen Süden nicht; es herrſcht dort derſelbe Zuſtand, wie in Polen, und hier wie dort bildet der Hauſirer, ſei er nun Yankee oder Jude, das wirthſchaftliche Bindeglied zwiſchen dem Junker und dem unwiſſenden Weißen. Man hebe dieſen, und jener verſchwindet oder wird doch zum wenigſten unſchädlich. Allein bei dieſer ſo einfachen Politik ſind unſere Staatsweiſen noch nicht angelangt. Im Gegentheil dürſten ſie nach der Gelegenheit, den ſüdlichen Brüdern, d. h. den Sklavenhaltern, zu zeigen, daß ſie doch nicht ſo ſchlimm ſind, als ihr Ruf, und daß der Radikalismus, der ihnen nachgeſagt wird, eine nichtswürdige Verläumdung iſt. Es ſollte mich deshalb gar nicht wundern, wenn innerhalb einiger Jahre Davis und Hunter wieder die Helden des waſhingtoner Senats wären, oder wenn die new-yorker Goldſpekulanten nächſtens Beauregard und Lee ein Feſteſſen gäben, von welchem ſich ſelbſtverſtändlich die Spitzen der Behörden und die deutſchen Kaufleute nicht ausſchließen würden.

3. April 1865.

Richmond iſt unſer! — ſo erſchallt eben (Mittags) der Jubelruf aus Millionen Kehlen durchs ganze Land vom atlantiſchen bis zum ſtillen Meere. Die Bundesflagge weht wieder ſtolz über dem Kapitol der frühern Hauptſtadt der bisherigen Rebellion; die Hand des ehemaligen Sklaven, des jetzigen ſchwarzen Unions-Soldaten, welcher unter dem deutſchen General Weitzel in der Frühe des 3. in die Stadt eingedrungen war, hat ſie dort wieder aufgepflanzt. Die Republik hat triumphirt über die ſchlechteſte, verkommenſte Form des Feudalismus, der Krieg iſt entſchieden und geht mit Rieſenſchritten ſeinem Ende entgegen. Der ganze Norden iſt noch wie betäubt vor Ueberraſchung und Freude. Der ſonſt äußerlich ſo gemeſſene Amerikaner iſt unter dem Eindrucke der letzten Ereigniſſe laut lärmend und mittheilend geworden wie ein heißblütiger Franzoſe. Kein Haus, das nicht die Sterne und Streifen auf-

gehißt hätte; es bilden ſich Volksverſammlungen an den öffentlichen Plätzen und Straßenecken, die Reicheren illuminiren, und die Hurrahs für Grant und Weitzel wollen kein Ende nehmen. Die Gerichte und Schulen wurden bei der Ankunft der Siegesbotſchaft geſchloſſen, die öffentlichen Behörden, Verſicherungs-Geſellſchaften und Banken machten Feierabend, die Glocken läuteten und die Siegesſchüſſe dröhnten an allen Enden der Stadt, kurz, New-York hatte ſein Feſtkleid angezogen und überließ ſich übermüthig und frohlockend der Freude. Jeder handelt aus ſich ſelbſt, jedoch im Einklange mit ſeinen Nachbarn; der Jubel, welcher nicht nur hier herrſcht, ſondern durchs ganze Land geht, iſt der ſpontane Ausdruck der Gefühle und freudigen Erregung der Maſſen. Ich hatte ſchon angefangen, Ihnen die Einzelheiten über die Kämpfe zu berichten, welche ſeit dem 29. März um den Beſitz der Südſeite-Eiſenbahn und damit direkt um den Beſitz von Petersburg und Richmond geführt wurden. Es iſt jetzt aber überflüſſig, die ausführliche Beſchreibung der Grant'ſchen Operationen abzuſchicken, nachdem das Objekt derſelben ſo glänzend erreicht iſt. Erlauben Sie mir darum auch nur ein paar Worte zum beſſern Verſtändniß der letzten Bewegungen. Grant begann ſie am 29. März damit, daß er von ſeinem Hauptquartier, ſüdlich von Petersburg aus, in ſüdweſtlicher Richtung auf die Südſeite-Eiſenbahn vordrang. Lee ſtürzte ſich erſt um 10 Uhr Nachts desſelben Tages mit ungeſtümer Gewalt auf das Bundesheer, um es zu durchbrechen; allein er mußte mit bedeutendem Verluſte wieder abziehen. Am 30., Donnerstags, zwang der heftige Regen beide ſtreitenden Theile zur Einſtellung der Feindſeligkeiten. Am Freitag, 31. März, wurde Grant zwar aus ſeiner Poſition an der Boydtown-Straße, welche mit der Südſeite-Eiſenbahn parallel läuft, zurückgedrängt; indeſſen gelang es ihm am Nachmittage, den Feind zu werfen und deſſen Stellung einzunehmen. Zur ſelben Zeit war Sheridan mit ſeiner Kavallerie mehr nach Weſten an die Eiſenbahn vorgedrungen und gab ſich den Anſchein, als wolle er an den Knotenpunkt, weiter weſtlich nach Burkesville marſchiren. Dieſe Liſt gelang. Lee ſchickte Verſtärkungen an die ſcheinbar bedrohten Punkte und entblößte auf dieſe Weiſe ſeine Werke in und bei Petersburg. Grant wandte ſich jetzt mit ſeiner ganzen Macht dahin und zwang Lee am Sonntag den 2. April zum Entſcheidungskampfe. Nachdem dieſer

lange hin und her geschwankt hatte, entschied er sich endlich zu Gunsten des Bundesheeres. Die Rebellen, welche an den ersten drei Tagen todesmuthig gekämpft hatten, schienen endlich der Metzelei überdrüssig zu werden, ein Fort wurde ihnen nach dem andern genommen, und in der Nacht vom 2. zum 3. zogen sie sich in aller Stille zurück. Beim Tagesanbruch des 3. rückten die ersten Bundestruppen in Petersburg ein. Richmond war zu gleicher Zeit von Lee geräumt, und Weitzel nahm gegen 8½ Uhr von der Stadt Besitz, deren Bewohner ihn jubelnd und festlich empfingen. Er fand dort noch 28 Lokomotiven, 150 Eisenbahn-Wagen und ziemlich bedeutende Pulvervorräthe. Lee war in aller Eile geflohen, die Straßen waren mit Waffen wie besäet, und bis jetzt sind an 20,000 Gefangene in die Hände der Sieger gefallen. Wohin sich Lee gewandt hat und ob er noch eine organisirte Armee besitzt, ist noch nicht klar. Ueberhaupt lauten die telegraphischen Depeschen noch ziemlich verworren; indessen steht so viel fest, daß Grant den Appomator entlang und Sheridan in der Richtung von Burkesville den Rebellen-General verfolgt, und es ist immerhin möglich, daß der eine von ihnen Lee noch einholt. Ohne mich hier auf weitere Spekulationen einlassen zu wollen, bemerke ich, daß Thomas sich Lynchburg von Knoxville aus nähern soll. Sherman hat telegraphirt, daß er sich getraue, Johnston zu packen und von einer Vereinigung mit Lee abzuhalten; ich glaube, daß dessen Armee demoralisirt ist und keinen feindlichen Zusammenstoß mehr aushalten kann. Es ist jedenfalls charakteristisch für Grant, daß er, statt Siegesfeste zu feiern, sich und den Seinigen keine Ruhe gönnt und am Tage nach der gewonnenen Schlacht den fliehenden Feind verfolgt. Lincoln war bei dem Aufbruche Grant's in City Point, angeblich, um mit den Generalen, darunter auch mit dem von Goldsboro gekommenen Sherman, die eben gewonnene Schlacht zu berathen. Er also folgte Grant, ließ es sich nicht nehmen, dessen Fortschritte selbst nach Washington zu telegraphiren, und zog dann mit den siegreichen Truppen in Petersburg und in Richmond ein. Aus letzterer Stadt hat er seiner Frau eine Botschaft, datirt Jefferson Davis' Haus, zugesandt; einige fremde Gesandten sollen sich in seinem Gefolge befunden haben.

Die Aufgabe, deren Lösung jetzt noch zu vollenden steht, die Rekonstruktion des Bundes, ist, seit das Schwert seine Schuldigkeit gethan hat, noch schwieriger, als der Sieg im Felde. Mögen vor Allem

die Diplomaten und die diplomatiſchen Dilettanten nicht verderben, was die Soldaten gut gemacht haben! Zu Anfang des Krieges und auch ſpäter verglich ich die ſüdliche Ariſtokratie in ihrem muthwillig heraufbeſchwornen Kriege gegen den Norden mit dem brutalen Despotismus des ältern Napoleon, der das verbündete Europa gegen ſich in die Waffen gerufen hatte. Der Vergleich paßt auch heute noch, und wie dieſes den alten ſiegreichen Feldherrn und gewaltigen Kaiſer ſelbſt nach der Schlacht bei Leipzig noch fürchtete und mit den verhältnißmäßig günſtigſten Anerbietungen förmlich verfolgte, ſo ſteht es auch hier immer noch zu befürchten, daß die Sieger den Beſiegten um Entſchuldigung bitten, daß ſie ihn zu beſiegen wagten, und daß ſie ihm, mit Ausnahme der Sklaverei, die gleichen Rechte wie vor dem Kriege, in den Schooß werfen. Denn alle nördlichen Politiker, einzig und allein Neu-England ausgenommen, ſind in der Furcht des Herrn, d. h. des Königs Baumwolle und der ſie verkaufenden Barone, aufgewachſen; ſie wagen noch immer nicht, den Gedanken auszudenken, daß ſie ihren ehemaligen Herren die Geſetze vorſchreiben ſollen und ſogar müſſen. Mag indeſſen immerhin der hinkende Bote hinterherkommen, den freien Staaten iſt der unendliche Jubel wohl zu gönnen, und wenn je ein Volks-Enthuſiasmus gerechtfertigt war, ſo iſt es hier der Fall. Der 2. April 1865 bildet einen der Markſteine in der Geſchichte des neunzehnten Jahrhunderts und bedeutet in deſſen Geiſte für Amerika faſt dasſelbe, was im vorigen Jahrhundert der Tag der Unabhängigkeits-Erklärung (4. Juli 1776) war. Die Einnahme von Richmond nach vierjährigen blutigen Anſtrengungen iſt der Sieg der Demokratie über die Ariſtokratie, der Triumph des denkenden, arbeitenden Volkes. Wer auch die Vertreter der Prinzipien ſein mögen, welche ſich hier feindlich gegenüberſtanden, ihr Gegenſatz läßt ſich nicht verwiſchen, und ob ſich auch der Eine auf die Seite der ſchlechteſten Form der Knechtſchaft, der Andere auf die Seite der Entfeſſelung und Bethätigung der Volkskräfte neigen mag, er wird ſich der Erkenntniß nicht verſchließen können, daß es in der ziviliſirten Welt eine Solidarität der Intereſſen gibt, welcher ſich Niemand entziehen kann. Der 2. April verdient darum ein Feſttag zu ſein, denn er hat ſelbſt für das blödeſte Auge den Beweis geführt, daß ein freies Volk, ſo wenig es auch beim Ausbruche des ihm aufgedrungenen Krieges gerüſtet war, in

sich die Mittel findet, seine Selbstherrlichkeit faulen Junker-Gelüsten gegenüber zu behaupten, und daß, wer für Haus, Hof und Heerd kämpft, keine drei Jahre in der regulären Armee gedrillt zu sein braucht, um der Welt Respekt einzuflößen und zu beweisen, daß der Soldatenstand nicht das Privilegium einiger bevorzugten Familien ist. Jetzt liegt sie am Boden, die Empörung, das Werk der südlichen Barone, und zwar niedergeworfen von der starken Hand des nördlichen Arbeiters, von der schwieligen Faust des nördlichen Bauers. Gewiß verdient der besiegte Feind alle Anerkennung für die Tapferkeit, die er bewiesen, für die Hingabe, die er für eine, wenn auch schlechte, Sache bewährt hat. Gönnen wir ihm die Ehre, die er sich erkämpft, zumal sie den Sieger doppelt hoch hebt; aber freuen wir uns, daß dieser ungeheure Anachronismus, der diesen jungen Kontinent in seiner Entwicklung um ein volles Jahrtausend zurückzuschrauben drohte, endlich das Feld räumen mußte. Die Vereinigten Staaten sind nicht an der Sklaverei zu Grunde gegangen, sie haben den schädlichen Krankheitsstoff ausgestoßen und sich durch seine endliche Bewältigung zum Range einer tonangebenden Großmacht erhoben. Aus diesem Grunde werden jetzt auch die europäischen Mächte, besonders England, fortan eine sehr höfliche Sprache gegen die neuerstandene Union führen.

10. April 1865.

Die letzte Woche war im stolzesten Sinne des Wortes eine Jubel- und Siegeswoche. Eine gute Nachricht folgte mit Blitzesschnelle auf die andre. Die Begeisterung über den ersten Sieg hatte sich noch nicht einmal abgekühlt, als schon der zweite, dritte und vierte neue Genugthuung, neue Aufregung und neuen Jubel hervorrief. Man freut sich dankbar der gewonnenen Resultate, man übersieht im großen Ganzen ihre große Tragweite, aber man schwimmt noch im allgemeinen Entzücken, und ist noch nicht im Stande, sich genaue Rechenschaft von den einzelnen Bewegungen und Ereignissen zu geben, welche diese große Entscheidung herbeiführten. Was noch vor wenigen Wochen die Phantasie selbst des kühnsten Sanguinikers sich nicht auszumalen wagte, das ist in weniger als acht Tagen durch ein tapferes Heer, tüchtige Offiziere und ausgezeichnete Feldherren, wie Grant, Sherman und Sheridan, vollbracht, deren Namen fortan

in unsterblichen Lettern im Buche der Geschichte glänzen werden. Nicht nur die letzten Bollwerke der Sezession, Richmond und Petersburg, sind gefallen, sondern ihr Hauptheer unter Lee ist so gut wie vernichtet und der organisirte Widerstand, mögen hier und da auch noch einzelne Zuckungen Statt finden, ein für alle Mal zu Boden geworfen. Zum ersten Male in der Geschichte dieses nunmehr vierjährigen Krieges hat sich der Sieger die gewonnenen Vortheile nicht entgehen lassen, sondern sie durch eifrige Verfolgung des geschlagenen Feindes noch erhöht. „Lee hat sich mit den Ueberresten seines Heeres ergeben!" Mit diesem Jubelruf unterbricht so eben der Zeitungsträger meinen Kriegsbericht. Eines Kommentars bedarf dieses Ereigniß nicht. Ueber die Siege der letzten Woche treffen erst allmälig die Einzelheiten ein. Es wird für Sie von Interesse sein, zu hören, daß Jefferson Davis die Nothwendigkeit der Räumung Richmonds für nicht so dringend hielt, und daß er am Sonntag den 2. April wie gewöhnlich dem Gottesdienste seiner Gemeinde beiwohnte. Während der Predigt brachte ein Bote Lee's dessen Depesche, worin er sofortige Abreise anempfahl. Davis ging sofort nach Hause und packte, am Nachmittage verließ er die Stadt, dem Geistlichen ließ er durch den Kirchendiener Mittheilung von dem Inhalte der Depesche Lee's machen. Als die Gemeinde nach Hause gehen wollte, nahm der Pastor auf Nimmerwiedersehen Abschied von ihr. Dieser Pastor ist ein ehemaliger deutscher Burschenschafter, ein Herr Karl Minnigerode aus Darmstadt, der 1834—37 dort als Demagoge saß und dann nach den Vereinigten Staaten floh. Ich lernte ihn vor Jahren in Richmond kennen, wo er mir erzählte, daß er 1848 Deutschland zuletzt besucht habe, aber verzweifelnd ob der dortigen Wendung der Dinge nach Amerika zurückgekehrt sei. Er ist ein fein gebildeter Mann, in der deutschen Politik linkser als der radikalste Fortschrittsmann, aber in amerikanischen Dingen weniger für das Zuckerbrod als für die Peitsche. Beurtheilen wir ihn milde! Auch er ist gleich dem edlen Weidig ein Opfer des elenden Georgi. Obwohl schon einige Tage vorher die ganze Stadt auf die Möglichkeit einer Räumung vorbereitet war, so fand am 2. April Nachmittags doch eine wilde Flucht Statt. Wer konnte, rettete sich und seine sieben Sachen. Der Gouverneur von Virginien, Tom Smith, der sogenannte Extra-Billy, ritt allein auf seinem Gaul aus Richmond. Nie-

mand nahm Notiz von ihm. Breckinridge ließ den untern Theil anstecken; es verbrannte namentlich ein großer Tabacksvorrath und etwa ein Drittel der Stadt ging in Flammen auf. Die am Montag einziehenden Truppen der Vereinigten Staaten löschten, so viel sie konnten. Die Straßen lagen voller sogenannter konföderirter Bonds, fix und fertig gezeichnet und mit Koupons versehen; aber selbst die Straßenjungen nahmen sich nicht die Mühe, durch einfaches Bücken Millionäre zu werden. Einen komischen Anblick gewährten die Schwarzen, die sich nach dem Abzuge der Rebellen eben so sehr darüber freuten, daß sie in den Straßen rauchen durften und von dieser neuen Errungenschaft im weitesten Umfange Gebrauch machten, als sie die Sieger jubelnd bewillkommten. General Weitzel, beiläufig gesagt, ein junger Mann von nicht mehr als 30 Jahren, der, aus der Pfalz gebürtig, im zarten Kindesalter mit seinem Vater nach Ohio auswanderte und in Cincinnati aufwuchs, worauf er die Militärschule in Westpoint besuchte, General Weitzel schlug sein Hauptquartier in Jefferson Davis' Hause auf, wo er nicht nur die Möbel und sonstige Einrichtung, sondern sogar die Nippsachen in Frau Davis' Zimmer noch vorfand. Am Dienstag besuchte ihn Präsident Lincoln im City Point. Derselbe ritt durch die Stadt, sah sich die Festungswerke an, ließ sich die höheren Offiziere vorstellen und zog am Abend wieder ab. Der Eindruck, welchen er machte, war überall ein äußerst günstiger; namentlich jubelte ihm die schwarze Bevölkerung als ihrem Befreier zu. Eine alte Negerfrau bat ihn, ihren Jungen, einen frisch aussehenden vier bis fünfjährigen Bengel zu segnen. Lincoln nahm den Jungen an die Hand und ging mit ihm eine Weile durch die Hauptstraße der Stadt. Wenn das Pierce und Buchanan hörten, so würden sie sich im Grabe noch umdrehen. Doch da fällt mir ein, sie vegetiren noch, obgleich sie schon lange todt sind.

19. April 1865.

Die Ermordung des Präsidenten Lincoln und das Attentat auf den Staatssekretär Seward und dessen Sohn hat für den Augenblick selbstredend alle anderen Fragen und Interessen in den Hintergrund gedrängt. Die grauenvolle That und das geheimnißvolle Dunkel, welches

ſich noch über ihre Urheber ausbreitet, erſchüttert das ganze Land von einem Ende bis zum andern. Ueber dem Sarge des Ermordeten und dem Schmerzenslager der tödlich Verwundeten ſchweigt der Parteihaß. Was ſich nach außen hin geltend macht, iſt die einſtimmige Aeußerung des Schmerzes, des Abſcheues und der Erbitterung. Die haarſträubenden Einzelheiten der waſhingtoner Tragödie werden Ihnen bereits durch den Telegraphen gemeldet ſein; ich beſchränke mich deshalb auf die Hervorhebung ihrer politiſchen Bedeutung und Tragweite. Daß wir es hier mit einem rein politiſchen Verbrechen zu thun haben, liegt auch außer dem bei ſeiner Verübung übel angewandten Wahlſpruche des Staates Virginien: „Sic semper tyrannis!“ auf offener Hand. Es war eine Frucht der Sklaverei, und zwar der im ehrlichen Kampfe unterlegenen Sklaverei, die letzte Konſequenz jenes „ununterdrückbaren Konfliktes“, deſſen Keim von Anfang an im hieſigen Staatsleben lag, der letzte Verzweiflungsſtreich einer faulen, innerlich zerſetzten Ariſtokratie, welche dem auch äußerlich nicht mehr abzuwendenden Bankerotte durch ein rein äußerliches Mittel vorzubeugen ſucht. Wer den Mord verübte, ob die Herren oder ihre Klienten, ob die ſüdlichen Barone oder die Rowdies ihrer Hauptſtädte, das bleibt ſich darum, ſo weit es auf die Charakteriſirung des Verbrechens ankommt, ziemlich gleich. Sie erinnern Sich vielleicht, daß vor vier Jahren Lincoln vor ſeiner erſten Inauguration in Baltimore ermordet werden ſollte und daß man ihn einen Feigling ſchalt, als er heimlich nach Waſhington fuhr. Jetzt nach ſeiner Ermordung zweifelt man nicht mehr daran, daß ein ſolcher Plan damals exiſtirte, und daß nur die Wachſamkeit ſeiner Freunde deſſen Ausführung verhinderte. Der Mörder Booth gehört denſelben baltimorer Kreiſen an, und der Verlauf der Unterſuchung wird zeigen, daß Baltimore mit ſeiner verdorbenen, den Sklavenhaltern ergebenen Bevölkerung der Hauptſitz der Verſchwörung war. Denn mit einer ſolchen haben wir es hier zu thun, mit einer Verſchwörung, welche ſich nicht allein den Präſidenten und den Vize-Präſidenten, ſondern auch die hervorragendſten Kabinets-Mitglieder und den General Grant als Opfer auserſehen hatte. Daß ſie, wenn auch in beſchränkterm, doch immerhin zu ausgedehntem Maße gelingen konnte, iſt nur zum kleinſten Theile dem geringen Grade von Wachſamkeit, zum größten Theile aber den Mitteln, der Umſicht und

durchaus ungehinderten Verbindung der Verschworenen unter einander zuzuschreiben. Daß diese im Sinne des ganzen Südens handelten, dessen Presse Lincoln nicht anders als einen „Tyrannen", einen „Affen", eine „Bestie" hinzustellen suchte, beweist ein einziger Blick auf seine Zeitungen. Mehr als Ein Mal konnte man im letzten Winter in den virginischen und carolinischen Blättern lesen, ob es denn keinen Brutus mehr gegen „das despotische Scheusal Lincoln" gebe? Ja, im Dezember v. J. erbot sich im Selma Despatch, einem alabamier Journale, ein dortiger „Patriot", für eine Million Dollars Lincoln, Seward und Johnson zu ermorden, um dem Süden bis zum 1. März den Frieden zu geben. Die hiesigen Blätter druckten das Inserat ab; ich schnitt es seiner Zeit aus einem derselben als einen Beleg für die Brutalität der Sklaverei aus. Warum sollte auch eine Gesellschaftsform, welche sich auf Bluthunde und Peitsche, auf die Mißachtung, ja, die Vernichtung der Individualität, auf die gröbste Sinnlichkeit und die gemeinste Geldgier stützt, den Mord als legitime Waffe verschmähen? Die europäischen Feudalen, welche den „heldenmüthigen, für seine Unabhängigkeit kämpfenden Süden" gegenüber „dem krämerhaften Norden" bewunderten, werden sie auch jetzt noch die Solidarität ihrer Interessen mit den Sklavenhaltern anerkennen, nachdem ein „Brutus" seine verruchte, blutige Arbeit gethan hat? Uebrigens hätte dieser seinen Mord zu keiner für den Süden ungünstigern Zeit verüben können, denn die südlichen Armeen sind besiegt, der Präsident Davis ist auf der Flucht, und der allgemeine Ruin gar nicht mehr abzuwenden. Ein politischer Vortheil läßt sich deshalb aus der schwarzen That nicht ziehen, dieser ist vielmehr entschieden auf Seiten des Nordens, der legitimen Regierung des Landes. Der Mann, der Millionen die Freiheit gegeben, fällt als Märtyrer der Emanzipation; kämpfend und im vollen Schmucke der Waffen sinkt Lincoln im schönsten Augenblicke des Sieges in ein ruhmreiches Grab.

Ich habe nie zu den unbedingten Lobrednern und Bewunderern des ermordeten Präsidenten gehört. Wenn ich den Mangel seines Wesens in einen einzigen Satz zusammendrängen soll, so faßte er die großen politischen Fragen mehr wie einen erbitterten Kampf zwischen bürgerlichen Parteien, wie eine reine Privat-Angelegenheit auf; so behandelte er die Dinge nicht als einen großen weltgeschichtlichen Prozeß, sondern nur von dem persön-

lichen Standpunkte des subjektiven Beliebens. Dadurch schwächte er nicht allein die Schwerkraft der Ereignisse ab, sondern schuf sich sogar mit einem, jedem Autodidakten natürlichen Eigensinne oft neue, durchaus unnöthige Hindernisse. Sein Gesichtskreis war nicht weit und umfassend, aber er erweiterte sich allmälig und natürlich mit dem Größerwerden der ihm gestellten Aufgaben. In dem, was er für Recht hielt, war Lincoln konsequent; er that nie einen Schritt zurück, sondern führte gewissenhaft und fest seine neu gewonnenen Ueberzeugungen durch. Uneigennützig und unablässig arbeitete er für das gemeine Beste, und mit einziger Ausnahme Washington's gibt es keinen Charakter in der hiesigen Geschichte, von dessen persönlicher Ehrenhaftigkeit alle Parteien aufrichtiger und gleichmäßiger überzeugt sind. Wenn Lincoln sich häufig von den Ereignissen ins Schlepptau nehmen ließ, statt ihnen ihren Lauf anzuweisen und sie zu beherrschen, so hielt er doch stets an seinem festen Glauben an die Lebenskraft der Republik und ihren endlichen Sieg und spiegelte, im eigentlichsten Sinne des Wortes ein representative man, ganz die allmälige, aber sichere Entwicklung seines Volkes wieder, welches nur auf empirischem Wege denken und energisch handeln lernt. Bei seiner häufig in Schwäche ausartenden Gutmüthigkeit, an die Niemand umsonst appellirte, war grade jetzt die große Gefahr vorhanden, daß seine persönlichen Gefühle und Neigungen ihn in Konflikt mit den Prinzipien brachten, deren energische Durchführung allein einen dauernden Frieden sichern kann. Ja, die Befürchtung war durchaus nicht unbegründet, daß die weiche persönliche Stimmung des Präsidenten der Nation einen Theil der theuer erkauften Früchte des Sieges rauben würde. Und grade in diesem entscheidenden Augenblicke, noch ehe seine persönliche Milde der großen Sache des Nordens schaden kann, trifft ihn, zum Glücke für seinen ungeschmälerten Ruhm, die Kugel des Meuchelmörders. Lincoln wird fortan im Pantheon der Geschichte als einer der Wohlthäter der Menschheit, als der treue Ausdruck eines großen historischen Kampfes, als der Emanzipator der Schwarzen glänzen. Seine Schwächen und Mängel, mit denen seine Zeitgenossen rechteten, werden im Laufe der Jahre bald und mit Recht vergessen sein, und nicht allein im Gedächtnisse seines Volkes, sondern in der Erinnerung aller Völker wird sein Andenken für alle

Zeiten als ein hochgeehrtes und gesegnetes bis auf die späteste Nachwelt fortleben.

Lincoln's Nachfolger ist der bisherige Vize-Präsident Andrew Johnson, derselbe, welcher bei der letzten Inauguration vom 4. März so arg betrunken war und für diese Rohheit seiner Zeit mit Recht so stark getadelt wurde. Uebrigens ist er, wie seine Freunde versichern, kein Gewohnheitstrinker. Abgesehen von diesem einzeln stehenden skandalösen Vorfalle, hat der neue Präsident eine ehrenvolle und sogar stolze Vergangenheit hinter sich. Ein armer Weißer, der, in einem Sklavenstaate geboren, dort in Armuth und Unwissenheit aufwachsend und sich durch eigene Kraft trotz alledem zum Staats-Gouverneur und Vereinigten-Staaten-Senator empor arbeitete, ein erprobter Charakter, der die Drohungen und Schmeicheleien der südlichen Barone während seiner ganzen politischen Laufbahn verachtete und der Erste im washingtoner Senate war, welcher sie kurz vor dem Ausbruche der Rebellion (im Februar 1861) als Verräther zu brandmarken wagte, ein Patriot, der während der letzten vier Jahre mit täglicher Gefahr für sein Leben Tennessee beim Bunde zu erhalten suchte und zu ihm auch wieder zurückbringen half, hat Johnson bei jeder Gelegenheit Geist, Energie und administrative Fähigkeit bewiesen. Was dem Lande jetzt Noth thut, ist eine eiserne Faust und ein unbeugsamer Wille, der die Rebellen straft und dem Volke gerecht wird. Die Nation glaubt diese Eigenschaften in ihrem jetzigen Präsidenten zu besitzen und blickt seiner Verwaltung deshalb mit Vertrauen entgegen. Seine Worte entsprechen demselben, und seine Thaten werden voraussichtlich diese seine Worte nicht Lügen strafen. Mitleid gegen Individuen sagte er u. A. gestern, sei durchaus nicht Gerechtigkeit gegen den Staat. „Ich bin stets der Ansicht gewesen," äußerte er nach seinem Amtsantritt, „daß Diebstahl, Brandstiftung und Mord schwere Verbrechen sind und als solche bestraft werden müssen; aber ich glaube auch, daß Landesverrath das schwerste aller Verbrechen ist, und daß es unnachsichtlich bestraft werden muß." Derartige Aeußerungen ließen sich dutzendweise anführen. Unmittelbar vor der Ermordung Lincoln's drohte eine weichliche, sentimentale Friedens- und Versöhnungspolitik bei den Regierenden, im Volke und in der Presse die Oberhand über die wohlverdiente Bestrafung der Sezessionisten zu gewinnen; diesen romantischen Phantasieen

hat die Kugel des Meuchelmörders ein schnelles Ende gemacht. Die Stimmung ist wie umgewandelt; unnachsichtliche Bestrafung der Führer des Südens ist jetzt die Losung, und Parzellirung ihrer Güter, so wie Verbannung der Schuldigen die mäßigste Forderung, welche gestellt wird. Der Gefahr, daß Lee in New-York fetirt oder Davis in den Vereinigten-Staaten-Senat wieder eingeführt würde, sind wir jetzt glücklich entronnen. Die politische Stimmung ist vortrefflich; möge sie nur noch ein paar Jahre vorhalten! Es ist, als ob Jeder im Volke fühlte, daß er nur durch herzlichen Anschluß an die konstitutionelle Gewalt und Unterstützung des neuen Präsidenten das dem Lande widerfahrene Unglück wieder gut machen kann. Nirgends Verzagtheit oder haltloser Jammer. „Wir wollen keine mexicanischen Zustände unter uns aufkommen lassen", ist der Entschluß eines Jeden. Nirgends ist bis jetzt die öffentliche Ruhe gestört worden. Was am meisten auffällt, ist die feierliche Haltung selbst der geringsten Volksklassen, die Selbstbeherrschung und Ruhe der Massen. Jeder Bürger fühlt das Unglück als sein eigenes, den Verlust als einen persönlichen. Ein Ereigniß, wie das jetzt betrauerte, würde in jedem europäischen Staate tiefgehende Verwicklungen und vielleicht Bürgerkrieg und Anarchie herbeigeführt haben; hier wird es keine nachtheiligen Spuren hinterlassen, ja, sogar den natürlichen, gesunden Entwicklungsprozeß beschleunigen. Selbst die Börse spiegelt diesen Stand der öffentlichen Stimmung wieder; weder die Vereinigten-Staaten-Obligationen, noch die übrigen Sekuritäten sind wesentlich von dem Morde beeinflußt; Bangemachen gilt nicht, oder hilft wenigstens nicht. Das verabscheuungswürdigste Verbrechen, welches die Geschichte der Union bis jetzt zu verzeichnen hatte, hat seinen Urhebern die erwarteten Früchte nicht getragen, es ist in seinen politischen Folgen in eine große, unschätzbare Wohlthat für das Land umgeschlagen.

29. April 1865.

Endlich steht der Friede vor der Thür! Der große Krieg ist zu Ende, seit Johnston sich ergeben hat, denn die kleinen Feindseligkeiten, zu denen es jenseits des Mississippi noch kommen mag, wollen nichts bedeuten. Von einem Guerillakriege in den Gebirgen wagt jetzt selbst der blindeste Freund des Südens nicht mehr zu sprechen. Die Rebellen

ſelbſt geben zu, daß ſie keine Leute mehr haben, da auf den Neger kein Verlaß und er deshalb als Soldat unbrauchbar ſei. Jetzt bleibt alſo nur Kirby Smith mit einer, einiger Maßen geordneten Streitmacht für Louiſiana, Arkanſas und Texas übrig; es hieß ſchon einige Male, daß er ſich ergeben habe. Wenn das Gerücht vielleicht auch nicht wahr iſt, ſo kann es ſich doch jeden Tag beſtätigen. Die Neger haben ſich übrigens auch neuerdings bei der Verhaftung des Booth wieder als die treuen Anhänger der Union bewieſen. Ohne ſie wäre der Verbrecher gar nicht gefangen worden, der, am 24. d. M. bei Bowlinggreen, zwiſchen Richmond und Fredericksburg erſchoſſen wurde. Während kein weißer Bewohner der Nachbarſchaft etwas von dem Mörder des Präſidenten wiſſen wollte, erkannten ihn die Schwarzen ſofort an ſeinem Bilde und leiteten die Vereinigten-Staaten-Beamten auf ſeine Spur. Es iſt unter den obwaltenden Umſtänden ein wahres Glück, daß Booth ſchon ſein verdientes Schickſal gefunden hat. Bei der Bereitwilligkeit, mit welcher amerikaniſche Advokaten die ſchlechteſte Sache vertheidigen, und bei der politiſchen Geſinnung des Südens, ja, ſogar eines Theiles des Nordens hätte das Land, wenn Booth ſeinen Verfolgern lebendig in die Hände gefallen wäre, das unwürdige Schauſpiel erleben können, daß die ernſteſten Verſuche zu ſeiner Freiſprechung gemacht worden wären. Dieſe Gefahr iſt jetzt beſeitigt, und je eher die äußeren Spuren des, einzig in der Geſchichte dieſes Landes daſtehenden Verbrechens verwiſcht werden, deſto beſſer iſt es für die geſunde politiſche Entwicklung. Bei der jüngſt in New-York Statt gehabten Trauerfeierlichkeit zu Ehren Lincoln's zogen trotz der Einwendungen des Stadtrathes zum erſten Mal Farbige mit der Prozeſſion durch die Straßen, und, was mehr heißen will, die Zuſchauer in den faſhionabelſten Vierteln jauchzten ihnen Beifall zu, als ſie mit den Weißen dem Todtenwagen das Geleit gaben. Dieſe mit Enthuſiasmus begrüßte Zulaſſung der Schwarzen bezeichnet einen koloſſalen Fortſchritt in den Volksanſchauungen; es heißt ungefähr ſoviel, als ob über Nacht ein Schullehrer in einer deutſchen Reſidenz hoffähig geworden wäre. Das Begräbniß Lincoln's oder vielmehr die Ausſtellung ſeiner Leiche war hier eine großartige und würdige Feier. Nicht allein, daß an eine halbe Million Menſchen daran Theil nahmen, es kam auch nicht die geringſte Ruheſtörung vor, und es mag als intereſſante That-

ſache hier erwähnt werden, daß aus der zwiſchen dem Tode und der Todtenfeier Lincoln's liegenden Zeit die wenigſten Exzeſſe und Verhaftungen ſeit vierzig Jahren zu verzeichnen ſind. Als Kurioſum berichte ich, daß bei dem großen Zuge die Irländer die deutſchen Melodieen: „Es gibt kein ſchöner Leben, als ꝛc.", und: „Crambambuli, das iſt der Titel", in langen, gedehnten Tönen als Trauermärſche ſpielten. Man weiß jetzt übrigens nicht, was man mit den Rebellen-Offizieren anfangen, ob man ſie als durch die Lee'ſche Uebergabe parolirte Gefangene oder als der Juſtiz verfallene Individuen behandeln ſoll. Der Uebermuth, mit welchem die Beſiegten ſich überall breit machten, hat den Kriegs-Miniſter veranlaßt, ſich ein Gutachten vom General-Staatsanwalt über die rechtliche Stellung und Behandlung der Rebellen zu erbitten. So frech wurden die letzteren, daß ſie in Scharen wieder nach Waſhington und Richmond ſtrömten, daß ſie ſich überall öffentlich in ihren Uniformen zeigten, ja, ſogar die Unions-Offiziere an öffentlichen Plätzen verhöhnten. General Lee ging ſo weit, 30 Rationen täglich für ſeine Pferde zu verlangen, ſeine Frau verbat ſich eine ſchwarze Schildwache vor ihrem Hauſe als perſönliche Beleidigung und verlangte weiße Soldaten vor ihrer Thür zu deren Bewachung — und die Bundesgenerale waren ſchwach genug, dieſe Unverſchämtheiten zu bewilligen. Jetzt erklärt nun der Ober-Staatsanwalt, daß die Kapitulation noch lange keine Amneſtie einſchließe, daß kein Rebell das Recht beſitze, ſeine Uniform zu tragen, und daß er durch Theilnahme an der Rebellion ſeine ſtaatsbürgerlichen Rechte verwirkt habe.

9. Mai 1865.

Der lang erſehnte Friede iſt endlich mit ſeinen Segnungen da, vielleicht etwas zu ſchnell, jedenfalls aber ſchneller, als der größte Sanguiniker zu hoffen gewagt hatte. Oeſtlich vom Miſſiſſippi gibt es kaum noch einen zuſammenhangenden feindlichen Truppenkörper, ein Rebellen-Führer kommt nach dem andern und bietet ſeine Unterwerfung an, ja, ſelbſt jenſeit des Miſſiſſippi erwartet man mit Recht keinen ernſtlichen, nachhaltigen Widerſtand mehr. Wenn die alberne Behauptung, daß ſelbſt nach Niederwerfung des bewaffneten Widerſtandes im Felde der Süden für die legitime Landes-Regierung ein Polen oder Irland ſein werde,

wenn je dieſe Behauptung eine ernſtliche Widerlegung verdiente, ſo würde ſie jetzt, nachdem die Armeen geſchlagen ſind, die freiwillige Rückkehr der Aufſtändiſchen in ihre Heimath liefern. Statt Hunderttauſende in dem eroberten Gebiete zu unterhalten, begnügt ſich der Präſident damit, an einzelnen bedeutenden Orten vorläufig Beſatzungen zu laſſen. Im Uebrigen ſchreitet er mit der Entwaffnung rüſtig fort. Selbſtredend werden die neuen, noch nicht zum Kriegsſchauplatze abgegangenen Truppen ſofort wieder nach Hauſe geſchickt; die alten Armeeverbände ſind bereits aufgelöſt und die einzelnen Korps auf dem Rückmarſche begriffen; ſie nehmen ihren Weg über Waſhington und werden in Alexandria, welches nur ſechs engliſche Meilen davon entfernt iſt, meiſtens ausbezahlt. So wie ein Korps eintrifft, erhält es ſeine rückſtändige Löhnung und ſeine ehrenvolle Verabſchiedung aus dem Dienſte. Da die Regierung Geld genug hat — in voriger Woche wurden allein für das ſogenannte Sieben-Dreißiger Anlehen vierzig Millionen Dollars gezeichnet —, ſo tritt nirgendwo ein Verzug ein, und der Uebergang zum Frieden macht ſich ohne jede Störung. Von Hancock's Korps bleibt nur ein Regiment zum Sicherheitsdienſte im weſtlichen Virginien zurück. Die Potomac-Armee gibt nur einzelne Brigaden als Beſatzung von Norfolk, Petersburg und Richmond ab und tritt ebenfalls den Rückmarſch an. Sherman's Heer marſchirt durch Nord-Carolina und Virginien nach Waſhington; die Tenneſſee-Armee unter Howard iſt bereits am 29. v. M. nach Norden aufgebrochen und nach den letzten Nachrichten in Petersburg. Grant unterſtützt das Kriegs-Miniſterium mit Rath und That und wohnt in Philadelphia, wo er ein ihm von ſeinen Freunden und Verehrern ſchön eingerichtetes Haus bezogen hat. Er war ſo eilig, nach Hauſe zu kommen, daß er ſich nicht einmal die Zeit nahm, Richmond nach ſeiner Einnahme zu beſuchen. Sherman entließ nach Uebergabe Johnſton's faſt ſeinen ganzen Stab und ritt, von einer Ordonnanz begleitet, auf eine Inſpektionstour nach Charleston und Savannah. Unter den bekannteren Freiwilligen-Generalen haben Schurz und Burnſide bereits ihren Abſchied eingereicht, andere werden bald folgen, und in der That laufen jeden Tag Abſchiedsgeſuche ein — geſtern allein fünfhundert Reſignationen von Stabsoffizieren —, da am 15. d. M. mit der Ausmuſterung aller entbehrlichen Offiziere begonnen werden ſoll. Nirgend-

wo kommt auch nur die leiseste Unordnung vor. Das Volk jubelt ob der Rückkehr des Friedens, und die siegreichen Soldaten sind froh, daß ihnen endlich, nach vierjährigem Kriege, die Ruhe in der Heimat winkt. Sie sind hier doppelt willkommen, da für Hunderttausende von fleißigen Händen lohnende Beschäftigung vorhanden ist. Der verhältnißmäßig kleine Bruchtheil, der, durch den Krieg verwildert, sich in die Ordnung des bürgerlichen Lebens nicht mehr fügen kann oder wird, kommt unter diesen Umständen kaum in Betracht und wird in den großen Städten des Landes sich bald verlieren oder abenteuernd weiter ziehen. Die meiste Anziehungskraft übt im Augenblicke Mexico aus. Agenten von Juarez und Ortega fordern alte Offiziere offen in den Zeitungen auf, nach Mexico auszuwandern. Die hiesige Regierung drückt diesen Anwerbungen gegenüber ein Auge zu und gestattet sogar in den größeren Städten, wie Washington, Baltimore, Philadelphia, New-York und Boston, die Errichtung und offene Ankündigung von Werbe-Bureaus. Ein Gesuch um ihre ausdrückliche Gestattung ist vom Präsidenten dagegen abgelehnt worden. Juarez stellte nämlich, auf das Beispiel Oesterreichs und Belgiens sich stützend, welche Fremdenlegionen innerhalb ihres Gebietes gegen die republikanisch-mexicanische Regierung anwerben ließen, Johnson das Ansinnen, in den Vereinigten Staaten dieselbe Erlaubniß für die Republik zu gewähren; er ist aber mit diesem Gesuche nicht durchgedrungen. Inzwischen läßt die hiesige Regierung die Mexicaner gewähren und wird bis an die Gränzen des äußerst Möglichen gehen.

Doch sei dem, wie ihm wolle, das Schauspiel der friedlichen Zerstreuung eines mächtigen siegreichen Heeres ist ein erhebender und großer Akt. Alle die düsteren Weissagungen von unzufriedenen Prätorianerbanden und anmaßenden Generalen, all die wohlfeile Schadenfreude, daß die Republik in Zukunft starke stehende Heere halten und dadurch die Bedingungen ihrer eigenen Existenz untergraben müsse, und all das geistlose Triumphgeschrei von dem, in Folge des Krieges gewissen Untergange der bürgerlichen Freiheit, alle diese Befürchtungen sind in ihr Nichts zerronnen. Der Bürger hat als Vertheidiger des heimischen Heerdes seine Pflicht gethan. Jeder Tag, welchen er noch im Heerverbande verbringt, ist ein verlorner. Was der Einzelne erkämpft hat, gehört dem großen Vaterlande und Kind und Kindeskindern. Wer den

Ernſt des Waffenhandwerks ſo lange und ſchwer gekoſtet hat, wie die hieſigen Bürger, der hat keine Zeit zum Soldatenſpielen mehr und vertauſcht möglichſt ſchnell das Gewehr mit dem Pfluge. Das Volk weiß es einmal nicht anders und kennt gar nicht den Gegenſatz, in welchem z. B. das feſtländiſche Europa zu den hieſigen Anſchauungen ſteht. Vielleicht durch die im ganzen Lande herrſchende Stimmung verleitet, betreibt die Regierung die Pazifikation des Südens, wie mir ſcheinen will, ein wenig zu leicht und ſchnell. Es iſt durchaus in der Ordnung, daß die Handelsbeziehungen ſo bald wieder aufgenommen und zu dem Ende alle Beſchränkungen des freien Verkehrs beſeitigt werden; indeſſen ſollten doch die allgemeinen Grundſätze erſt feſtgeſtellt ſein, von denen ausgehend die Bundesgewalt die neue Ordnung der Dinge in den, durch die Waffen zurückeroberten Staaten begründen will.

23. Mai 1865.

Die wichtigſte, jetzt im Vordergrunde des öffentlichen Intereſſes ſtehende Frage betrifft die Thunlichkeit des den Schwarzen zu verſagenden oder zu bewilligenden Stimmrechts; ſie hat in erſter Linie eine mehr praktiſche als theoretiſche Bedeutung. Wenn es ſich lediglich um eine blos prinzipielle Entſcheidung handelte, ſo würden ſich ſchwerwiegende und große Bedenken gegen eine ſolche Maßregel geltend machen laſſen; denn ſelbſt hier, wo das allgemeine Stimmrecht ein Grundgeſetz der Verfaſſung iſt und nicht ohne eine Revolution beſchränkt, geſchweige denn beſeitigt werden könnte, verhehlt man ſich keineswegs die große Gefahr, welche es in den Händen der ungebildeten Maſſen hat. Wenn man die Einwanderer fünf Jahre lang warten läßt, ehe man ihnen dieſes Recht einräumt, ſo wäre es gewiß logiſch und politiſch ganz richtig gehandelt, wenn man die kaum befreiten Neger, welche doch alle erſt zur Freiheit erzogen werden ſollen, einer ähnlichen, vielleicht ſogar längern Probezeit unterwürfe. Zudem ſchließt die Abſchaffung der Sklaverei nur die Gleichheit vor dem Geſetze ein, die freie Verfügung über die eigene Perſon, den Schutz der Familie, des Erwerbes und des Eigenthums. In dieſer Gleichheit muß der Staat die freien Schwarzen ſchützen; er braucht ihnen aber nicht das Wahlrecht zu geben, denn dieſes iſt kein allgemeines Menſchenrecht, wie die Negrophilen behaupten. In dieſer Frage

schaden überhaupt alle Onkel Tom'schen Sentimentalitäten; in der letzten Instanz hängt ihre Entscheidung nur davon ab, ob der Neger trotz der, seinem frühern Stande natürlichen Rohheit und Unbildung allmälig auf die Stufe gehoben werden kann, auf welcher er an dem bürgerlichen Fortschritte selbständig mitarbeitet, oder ob er die ihm einzuräumenden Rechte zum Schaden der Gesammtheit ausübt. Diese an sich ganz untadelhaften Gesichtspunkte sind aber im vorliegenden Falle nicht maßgebend. Es handelt sich zunächst um eine große politische Maßregel, um die Rekonstruktion des Südens, und in ihr bildet das Stimmrecht der Neger, selbst bei der naheliegenden Gefahr seines Mißbrauchs, vor Allem eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Will die Regierung in dem Gebiete der ehemaligen Rebellion wieder geordnete Zustände anbahnen, so hat sie nur einen zuverlässigen Bundesgenossen, den emanzipirten Sklaven. Stützt sie sich nicht auf ihn oder überläßt sie ihn gar als einen bloßen glebae adscriptus der Gnade seiner ehemaligen Herren, so verschlimmert sie nicht allein seine Lage im Verhältnisse zu früher, sondern sie führt ihren eigenen Neubau auf Sand auf. Um aber auf den Schwarzen rechnen, um ihn als Trumpf gegen die südlichen Barone ausspielen zu können, muß ihm die Regierung politische Rechte verleihen, muß sie ihm, mag sie es auch noch so ungern thun, das Stimmrecht geben. Ohne dieses würden der Pflanzer, der den Schwarzen nur als Arbeitsvieh in Betracht zieht und ausbeutet, und sein Klient, der arme Weiße, der, in Ermangelung anderer Vorzüge, auf seine Hautfarbe stolz ist und den Neger haßt oder verachtet, sich auf dessen Kosten für die Emanzipation schadlos halten. So lange die Sklaverei bestand, mußte der Herr wenigstens für die Kranken und Gebrechlichen seiner Arbeiter sorgen; jetzt, nach der Emanzipation, geht sein Streben dahin, sich dieser Verantwortlichkeit zu entledigen, den freigewordenen Arbeiter auszunutzen und zum hilflosen Proletarier herabzudrücken.

Alle zuverlässigen Nachrichten, welche wir aus dem Süden erhalten, sind darin einig, daß der Pflanzer bei seinem Hasse gegen die Bundesregierung beharrt, daß sein Trotz durchaus ungebrochen ist und daß er nur dem wandelbaren Kriegsglück das Mißlingen der Rebellion zuschreibt. Schafft die Regierung jetzt keine neuen Interessengruppen, sichert sie sich neben der nördlichen Einwanderung nicht das einzig loyale

Element im Süden, die Schwarzen, als Förderer und Stützen ihrer Rekonstruktionspläne, so stehen ihre Reformen nur auf dem Papier, und an eine gründliche Pazifikation des Landes ist nicht zu denken.

Aus diesen Gründen, glaube ich, daß wohl oder übel dem Schwarzen das Stimmrecht verliehen werden muß. In der That ist es zur Zeit ein kleineres Uebel, als die unbeschränkte Oligarchie der Pflanzer, welche eine permanente Drohung gegen jeden geordneten staatlichen Zustand sein würde. In den regierenden Kreisen sind bis jetzt die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der hier besprochenen Maßregel getheilt. Der Präsident ist jedenfalls nicht dafür. Aus einer Anrede, welche er jüngst einer Deputation von Schwarzen hielt, geht sogar hervor, daß er noch von all den Vorurtheilen befangen ist, an welchen die armen Weißen des Südens leiden. Es darf unter diesen Umständen als ein Glück gelten, daß seine Verachtung der Neger noch durch seinen Haß gegen die weißen Herren überboten wird, und daß, durch das letztere Motiv bestimmt, seine endliche Entscheidung zu Gunsten des Stimmrechts der ehemaligen Sklaven ausfallen dürfte. Der ehemalige Finanz-Minister Chase, jetzt Präsident des höchsten Gerichtshofes, hielt jüngst an die Schwarzen von Charleston eine Ansprache, worin er sich unbedingt für Verleihung des Stimmrechtes an sie aussprach und sie aufforderte, sich dieses Recht durch jede Art erlaubter Agitationen und Petitionen zu erringen. Uebrigens liegt ein geschichtlicher Präzedenzfall für die Maßregel vor, denn die freien Schwarzen in einzelnen Sklavenstaaten und im ganzen Norden waren bisher stimmberechtigt; in einigen Staaten, wie z. B. New-York, war allerdings die Ausübung dieses Rechtes von einem kleinen Grundbesitz abhängig. — Heute und morgen findet in Washington die große Parade der rückkehrenden siegreichen Armee Statt. Es sind über 200,000 Mann, welche von der virginischen Seite aus über die lange Brücke marschiren und durch die Pennsylvania-Avenue an dem weißen Hause und dem Kriegs-Ministerium vorbeiziehen. Nach der Parade werden die Truppen ausbezahlt und in ihre Heimat entlassen. Eine andre wichtige Maßregel, welche die Wiederkehr des Friedens beweist, ist die gestern erlassene Proklamation des Präsidenten, wonach vom 1. Juli an alle Häfen, mit einziger Ausnahme der texanischen, dem Verkehr und auswärtigen Handel wieder geöffnet sein werden.

31. Mai 1865.

Die Nachricht von der Ergebung Kirby Smith's war die erste, welche der wiederhergestellte Telegraph seit vier Jahren direkt von New-Orleans nach Washington brachte; besser hätte der große Vernichter von Zeit und Raum seine friedliche Thätigkeit nicht wieder eröffnen können. Also die unangefochtene Herrschaft der Union dehnt sich wieder über ihr ganzes ehemaliges Gebiet aus. Kaum sind sechs Wochen seit der Uebergabe Lee's verflossen, und schon wird auch den wüthendsten Rebellen die Einsicht klar, daß ihre Kraft ein für alle Mal gebrochen, und daß ihnen nichts übrig bleibt, als sich der Gewalt der Thatsachen zu fügen. Ein amtlicher Akt, durch welchen das Aufhören des Krieges feierlich ausgesprochen ist, war die Parade, welche am 23. und 24. d. M. über die Potomac- und die Sherman'sche Armee in Washington abgehalten wurde; 150,000 sieggekrönte Veteranen zogen zwei Tage lang vom Morgen bis zum Abend durch die Hauptstraßen der Bundeshauptstadt, an den Würdenträgern der Republik und den fremden Diplomaten vorbei. Washington gleicht wieder einem Feldlager, wie vor vier Jahren beim Ausbruch des Krieges; aber das Friedensfest war doch schöner und erhebender, da die Truppen nach vollbrachter Arbeit am Vorabende der Rückkehr in ihre Heimat standen. Den Zuschauern fiel vor Allem der Unterschied zwischen den östlichen und westlichen Soldaten auf. Diese, lauter wettergebräunte, kräftige Gestalten mit vorwiegend germanischem Typus, schritten zuversichtlich, leicht und ungenirt daher und machten den Eindruck der Zusammengehörigkeit. Die östlichen Korps dagegen hatten meist ein zusammengewürfeltes Aussehen, einen weniger soliden, aber elegantern Zuschnitt und boten einen starken Unterschied zwischen Gemeinen und Offizieren, während diese in den westlichen Regimentern nur durch ihre äußeren Abzeichen von einander kenntlich waren. Das militärische Schauspiel war übrigens großartiger durch das, was es dem Auge *nicht* bot, als durch das, was es dem Zuschauer erzählte. Dieselben Veteranen, welche in fünf blutigen Feldzügen gestählt und erprobt sind, kehren morgen am Tage nach der Parade freudig und friedlich nach Hause zurück. Diese gewaltigen, siegesgewohnten Massen gehen, die Generale mit eingeschlossen, fast spurlos im Volke wieder auf; die

Hand, die heute noch das Schwert hält, arbeitet nach ein paar Tagen wieder in den Werkstätten oder am Pfluge und hilft die vom Kriege geschaffene Möglichkeit der freien Arbeit und eines, ausschließlich auf sie gestützten nationalen Lebens zur Wirklichkeit machen. Die Republik bedarf ihrer ruhmbedeckten, zerstörenden Söhne nicht mehr auf den blutgetränkten Schlachtfeldern: sie ruft sie an den häuslichen Heerd zurück, um sie als die friedlichen Pioniere bürgerlicher Gesittung, als Schöpfer neuer Werke an Stelle der zerstörten über das Land zu verbreiten, sicher, daß, wenn ihr wider Erwarten eine neue Gefahr drohen sollte, ebenso schnell und ebenso eifrig eine halbe Million neuer Freiwilliger zu ihrer Vertheidigung herbeieilen würde.

Auch in die Politik kommt jetzt allmälig mehr Klarheit und Einheit der Handlung. Ein wesentlicher Schritt zu diesem wünschenswerthen Ziele ist die am 29. d. Mts. vom Präsidenten erlassene, so lange schon mit Spannung erwartete Amnestie-Proklamation. Er hat damit sein Wort gelöst, daß erst Gerechtigkeit und dann Gnade der Grundsatz seiner Regierung sein solle. Das Aktenstück ist in einem humanen Geiste verfaßt und wird nicht wenig dazu beitragen, die Massen im Süden wieder zu gewinnen. — Johnson ist unter allen Umständen weiter gegangen, als Lincoln je gegangen sein würde; namentlich hat er sich durch den letzten Vorbehalt und die Ausschließung der mittleren und großen Grundbesitzer die Zertrümmerung der großen Plantagen und Vernichtung der südlichen Aristokratie in ihrer jetzigen Form vorbehalten. Eine andre Proklamation, welche sich unmittelbar an die oben besprochene anschließt, betrifft die Rekonstruktion des Staates Nord-Carolina. Da sie ganz die für Virginien aufgestellten Bedingungen einhält, so darf sie als der Maßstab für die, von der Executive beabsichtigten Rekonstruktions-Maßregeln im Süden überhaupt gelten. Der Präsident ernennt einen erprobten Unionsmann, W. V. Holden, zum provisorischen Gouverneur und beauftragt ihn, die Wahlen zu einer Konstituante auszuschreiben, zu welcher nur diejenigen loyalen Personen wählbar sind, welche vor 1861 berechtigte Stimmgeber nach dem Staatsgesetze waren und jetzt den vorgeschriebenen Amnestie-Eid geleistet haben. Dieser Konvent soll die neue Staatsverfassung berathen und den Staat mit einer republikanischen Verfassung wieder in die Union einführen. Abgesehen von den, im vorliegenden

Falle herrschenden Schwierigkeiten — der Staat Nord-Carolina hat jedes Amendement zu seiner Konstitution von einer doppelten Genehmigung der Legislatur und der Annahme durch das Volk abhängig gemacht —, fürchte ich, daß der Präsident ein wenig zu viel von oben herab rekonstruirt und den aktiven sowohl wie den passiven Widerstand unterschätzt, der sich seinen Absichten von unten her in den Weg stellt.

In voriger Woche fand in Virginien eine ähnliche Wahl, wie die für Nord-Carolina jetzt angeordnete, Statt. Die berüchtigtsten Rebellen leisteten am Abend vor der Wahl den Amnestie-Eid und wählten am nächsten Tage die erbittertsten Feinde der Bundes-Regierung. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die ganze virginische Konstituante aus begnadigten Rebellen bestehen, deren erstes Geschäft es sein wird, den von der Regierung bestellten interimistischen Gouverneur Pierrepont als oktroyirt zu beseitigen. Als er vor einigen Tagen in Richmond einzog, nahm außer den Bundes-Soldaten und Behörden kein Mensch Notiz von ihm: die Läden an den Häusern waren sogar geschlossen, und selbst das Volk auf der Straße verhielt sich so schweigend und drohend, als wenn ein fremder Feind erschienen wäre. Von einer Ertheilung des Stimmrechts an die frei gewordenen Schwarzen sagt der Präsident in beiden Proklamationen nichts; bei anderen Gelegenheiten sprach er sich ausdrücklich wie jetzt mittelbar dafür aus, daß die Entscheidung über diese Frage den loyalen Weißen des Südens überlassen bleiben müsse. Wenn nun auch der Präsident auf Grund des bestehenden Rechts direkt nichts in dieser Angelegenheit thun konnte, so wäre sein Wunsch, seine Empfehlung dieser Maßregel doch so gut wie ein Befehl für die, um Zulassung bittenden renitenten Staaten gewesen. Hoffentlich gelingt es, das die Abschaffung der Sklaverei betreffende Amendement zur Konstitution durchzusetzen, wodurch die Normirung des Wahlrechts der Schwarzen auch in den Kreis der Bundesbefugnisse gezogen würde. Von den loyalen Weißen ist die Erledigung dieser wichtigen politischen Maßregel unter keinen Umständen zu erwarten. In welchen Vorurtheilen diese Leute noch befangen sind, beweist der jüngste Beschluß des Repräsentantenhauses von Tennessee, der die Sklaverei indirekt noch als zu Recht bestehend anerkennt und u. A. die Heirathen zwischen Weißen und Schwarzen verbietet, farbige Kinder von dem Besuche der Schulen

weißer Kinder ausschließt, die Kinder freier Farbigen als Lehrlinge an Weiße vermiethet — ein Euphemismus für Sklaverei —, Farbige als Zeugen gegen Weiße nicht zuläßt, sowie endlich des Vagabundirens überführte Neger mit Gefängniß bestraft, und wenn sie die Kosten ihrer Haft nicht bezahlen können, an den Meistbietenden so lange vermiethet, bis diese Kosten durch den Miethspreis gedeckt sind. Die loyalen Weißen sind also nun und nimmermehr im Stande, das Negerstimmrecht im Interesse der Freiheit und der Nation zu entscheiden. Ich glaube aber, daß bei der Unverbesserlichkeit der südlichen weißen Bevölkerung noch vor dem Zusammentritt des Kongresses die Regierung Alles aufbieten wird, um diesem die Befugniß zur Entscheidung der Frage zu sichern. Nur auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit kann sie beantwortet und zum Heile des Landes für immer gelöst werden. Wie dem aber auch sein möge, es ist jedenfalls für die Gegenwart so viel gewonnen, daß durch obige beiden Proklamationen, welche vom Staatssekretär Seward — sein erster öffentlicher Akt nach der Krankheit — gegengezeichnet sind, dem peinlichen Zustande der Ungewißheit und Zweifel, der Schwebe zwischen Kriegszustand und Zivilherrschaft ein Ende gemacht wird. Die hiesige öffentliche Meinung und Presse ist im großen Ganzen und mit nur sehr geringen Ausnahmen mit der Politik des Präsidenten einverstanden, und selbst bisherige Gegner der Regierung loben die Amnestie-Proklamation als einen Akt staatsmännischer Weisheit, der mit richtigem, sicherem Blicke die Klassen bezeichnet, welche der Gnade würdig oder unwürdig sind und im Uebrigen Milde walten läßt. Von der zweiten Proklamation ist noch zu bemerken, daß sie, wenn auch nicht dem Namen, so doch der That nach, in der Rekonstruktions-Frage die sezessionistischen Staaten als Territorien betrachtet, indem sie für ihre Wiederzulassung dieselben Bedingungen, wie bei den neuen Gebieten vorschreibt. Damit ist denn auch der alte theoretische Streit über den, bei der Rekonstruktion einzunehmenden Standpunkt praktisch entschieden.

10. Juni 1865.

Den nach Hause zurückmarschirenden Soldaten folgen jetzt die heimkehrenden Generale. Sherman und Grant kamen vor einigen Tagen hier durch und sind glänzend empfangen worden. Der Enthusiasmus

der Maſſen war ein durchaus ſpontaner und herzlicher. Bei Sherman ſuchten ſich die politiſchen Kliquen den Rang abzulaufen; eine jede derſelben belegte ihn als den Ihrigen mit Beſchlag. Die Sympathie der Maſſen ſpricht ſich in erſter Linie für Grant aus. Er iſt der populärſte Held, der aus dem eben beendigten Kriege hervorgegangen iſt. Einfach und beſcheiden in ſeinem öffentlichen Auftreten, gradeaus und ſogar etwas unbeholfen in ſeinem Weſen, ſteht er dem Volke näher, welches die ihm verwandten Züge gleichſam inſtinktiv in ſeinem Charakter fühlt. Grant iſt kaum von mittlerer Größe, ſeine Geſtalt gedrungen und kräftig; aus ſeinem Geſichte ſpricht Entſchiedenheit und Energie; ſein Kopf hat ein durchaus germaniſches Gepräge, wie man es vielfach unter der Landbevölkerung des nördlichen Deutſchlands findet. Es iſt übrigens in den Vereinigten Staaten kein beneidenswerthes Loos, ein populärer Mann zu ſein. Von Morgen bis Abend iſt er belagert, und bis in die tiefe Nacht hinein wird er von ſeinen neugierigen Bewunderern verfolgt. Früh um 6 Uhr ſchon ſtanden die dicht gedrängten Volksmaſſen vor Grant's und Sherman's Thür, und noch um Mitternacht ſchrie die Menge derartig nach ihren Lieblingen, daß ſie ſich nicht anders helfen konnten, als auf den Balkon des Hauſes zu treten und dem ſouverainen Populus gute Nacht zu wünſchen, der nur bei Grant nicht auf einer Rede beſtand, während Sherman jede Nacht mit einer ſolchen aufwarten mußte. „Aber es iſt ja ſo dunkel," rief bei einer dieſer Gelegenheiten dem letztern ein Mann aus der Menge zu, „man kann den Sieger nicht ſehen." „Zum Teufel, was wollen Sie denn, kann ich vielleicht dem Monde befehlen, heller zu ſcheinen?" erwiederte Sherman unter dem tobenden Beifalle ſeiner Hörer und zog ſich zurück. Außer dieſen mehr allgemeinen Verpflichtungen haben aber die hieſigen populären Größen durch die Hölle des Händeſchüttelns (nicht Handdruckes) und der Autographenſchreiberei hindurch zu gehen. Grant meint, ſein Arm ſei nach einem new-yorker Empfangsabende müder geweſen, als nach einem dreitägigen Ritte. Die Neugierigen defiliren an den armen Opfern ihrer Aufmerkſamkeit vorbei, und nicht zufrieden, ſich zu verbeugen oder die Hand des Gefeierten leiſe zu drücken, ergreifen ſie mit beiden Armen und Händen ſeine Rechte und ſchütteln ſie rechts und links, nach oben und unten, nach vorn und hinten. Da hilft auch kein

Widerstreben; der öffentliche Dulder muß sich in sein Schicksal ergeben. Blücher ließ sich 1814 bekanntlich bei seinem Besuche in London eine lederne Hand machen und hing diese zum Wagen heraus, um in einzelnen Stunden von der Arbeit des Tages auszuruhen; die hiesigen Größen können das aber nicht, weil sie ihre Besucher im Zimmer annehmen müssen. Mitten in oder unmittelbar nach dieser Zeremonie fängt dann der Sturmlauf nach Autographen an. Grant und Sherman haben starke Festungen und ganze Staaten erobert, aber einem solchen kombinirten Angriffe erfahrener Kuriositätenjäger, alter Jungfern, junger Backfische, ja, des ganzen schwächern Geschlechts können die sonst so Starken nicht lange Widerstand leisten, sondern sie müssen sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Nun denken Sie Sich den Sieger von Vicksburg und Richmond, der in einem unbewachten Augenblicke so leichtsinnig war, einer jungen, mit süßer Stimme bittenden Schönen ein „U. S. Grant, General-Lieutenant" auf eine Karte zu schreiben, wie er von allen Seiten bestürmt wird, wie Karten und Bleistifte hervorgeholt werden, und wie er nolens volens sich hinsetzen und einige Hundert Mal dieselbe langweilige Arbeit verrichten muß! Besser kam der General-Lieutenant in einer großen Volksversammlung weg, die vor einigen Tagen im hiesigen Cooper-Institute gehalten wurde. Nachdem ihm zwölf handfeste Polizisten den Weg durch die Menge gebahnt hatten, sprach er nur ein paar Worte, ging aber fünfzehn Minuten auf der Tribüne auf und ab, damit die Versammlung ihn von allen Seiten besehen konnte und verließ diese dann zur völligen Befriedigung der Betheiligten. Jetzt sind die beiden Generale wieder abgereist und New-York hat Ruhe bis zu einem neuen „Excitement"; die nachfolgenden Feldherren werden sich mit der Gastfreundschaft der Stadt begnügen müssen und kein so großes Aufsehen erregen.

19. Dezember 1865.

„Weder Sklaverei noch unfreiwillige Dienstbarkeit, ausgenommen als Strafe für Verbrechen, wegen deren Jemand förmlich überführt worden ist, soll innerhalb der Vereinigten Staaten oder an irgend einem Orte bestehen, welcher ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist. Der Kongreß soll die Ge-

walt haben, diesen Artikel durch geeignete Gesetzgebung in Kraft zu setzen."

Dieses Gesetz, welches schon am 1. Februar d. J., also noch vor dem Zusammenbruch der Rebellion vom Kongreß und Präsidenten erlassen war, hat seitdem die Genehmigung der Gesetzgebungen von sieben und zwanzig Staaten, also der verfassungsmäßig erforderlichen drei Viertel Mehrheit der, gegenwärtig die Union bildenden sechs und dreißig Staaten erhalten und ist deshalb gestern vom Staatssekretär W. H. Seward für einen Theil der Landesverfassung erklärt worden, als deren dreizehntes Amendement es fortan in Kraft steht.

So ist denn endlich der, so lange für ununterdrückbar gehaltene Konflikt durch Blut und Eisen gelöst, so ist ein großer geschichtlicher Prozeß im Geiste der Freiheit entschieden worden. Die oben gesperrt gedruckten Worte aber stehen fortan mit unauslöschlichen Buchstaben in den Büchern der amerikanischen Geschichte. Hunderttausende von Menschenleben, Tausende von Millionen Dollars haben geopfert werden müssen, um diesen Umschwung in den sittlichen und politischen Anschauungen des Volkes zu verwirklichen.

VI.

Spanisch-Amerikanisches.

1.

Havana.

April 1852.

Ich bin jetzt schon länger als acht Tage in Havana, aber kaum vergeht eine Stunde, wo ich nicht an meine Stirn greife und mich zweifelnd frage, ob ich träume oder wache, ob ich der Aufführung einer glänzenden Oper beiwohne, oder ob ich in Wirklichkeit diesen mir völlig neuen Umgebungen angehöre? Sie belächeln diese Zweifel vielleicht als übertriebene Phantasiegebilde eines müßigen Augenblicks, und doch würden Sie mir gewiß nicht Unrecht geben, wenn Sie nur dem Tische gegenüber säßen, an welchem ich diese Zeilen schreibe, und an welchem Ihr Blick kaum einen Bruchtheil dieser reichen tropischen Landschaft überfliegen kann.

Ja, ich wünschte, Sie könnten nur einmal hinausblicken von der steingepflasterten Piazza dieses alten spanisch-maurischen Hauses, dessen geräumiger Hof von Orangen- und Feigenbäumen umschattet wird, und Ihre Augen über das prächtige, vor Ihnen sich ausbreitende Bild streifen lassen. Im Vordergrunde die Schiffe mit ihrem geschäftigen Leben, das Rennen und Laufen der aus- und einladenden Neger und Mulatten, im Hintergrunde das helle Fort mit seinem schlanken Leuchtthurme, welcher malerisch gegen den tiefblauen Himmel und das dunklere Blau des Meeres absticht; dazwischen Gruppen von schattenlosen Palmen, deren melancholische Formen sich düster mit dem leichten Horizonte abheben; gleich neben und unter ihnen schlanke Tannen, welche unwillkürlich an eine nordische Landschaft erinnern, während die üppig zu Ihren Füßen wuchernden Kakteen und Aloen Sie im Moment wieder in die heiße Zone versetzen. Hier eine pfeilschnell dahinfliegende Barke mit weißgekleideten schwarzen Ruderern, dort ein in spanischer Grandezza

dahinfahrender Wagen; hundert Rufe, Geschrei und Gejodel in allen zivilisirten und unzivilisirten Zungen, fremde, zum Theil malerische Trachten, Gesang und Musik, Kommando-Rufe und Flüche: das ungefähr sind die ersten Bilder, welche eine flüchtige Rundschau vom Balkon meines Gasthofs aus Ihnen zeigen würde.

Doch halt! Ich vergesse, daß Ihnen mit einer Fülle allgemeiner, kaum zusammenhängender Eindrücke nicht gedient ist. Ich kann und darf unmöglich verlangen, daß Sie hier abstrahiren sollen, wo die konkreteste, individuellste Form gar keine Abstraktion zuläßt, wo Ihnen auf Schritt und Tritt ein bestimmt ausgeprägtes Leben und Treiben in ganz eigenartigen Formen begegnet. Hier kann nur die treueste und sorgfältigste Zeichnung und Beschreibung Ihnen ein einigermaßen treffendes Bild geben. Das will ich jetzt, so gut ich kann, Ihnen von Havana zu entwerfen suchen und zu dem Ende die Beobachtungen und Erlebnisse der letzten Woche zusammendrängen.

Wir fuhren also am Ostermorgen links um die Festungswerke des Forts Moro mit seinem gelben Leuchtthurm und gewannen jetzt eine genaue Uebersicht der Stadt Havana und ihres Hafens. Der letztere hat bei seiner Verbindung mit dem Meere höchstens einige hundert Fuß im Durchmesser, jeden Falls aber ist er nicht einmal ganz so breit als z. B. der Rhein bei Köln, so daß er nur zwei nebeneinandersegelnden Schiffen die Einfahrt auf einmal gestattet. Ueber seiner östlichen Mündung erhebt sich der eben genannte Moro und über der etwas südlicher gelegenen westlichen das Kastell Punta. Wie an dieses die Stadt, so schließt sich gleich unmittelbar an den Moro das Kastell Cabana an, ein langes und alterthümliches Bauwerk, welches auf der Spitze des Hügels erbaut, Stadt und Meeresküste zugleich beherrscht. Beide, Moro und Cabana in ihrer ganzen Ausdehnung bezeichnen genau die Länge der Einfahrt in den Hafen, denn hinter der letztern Festung treten die Hügel und das Land nach Südosten zurück und ziehen sich in einzelnen Krümmungen um die Bai herum. Ebenso laufen auch vom Kastell Punta aus die Hügel mit einiger Unterbrechung nach Südwesten hin. Zwischen beiden dehnt sich jenes geräumige Bassin aus, welches der Hafen von Havana heißt, und, wenn auch nicht von so großartigem Umfange als der Hafen von New-York, doch etwa

zwei drei viertel englische Meile lang und eine drei viertel breit, dabei aber tief und sicher genug ist, um zu den bedeutendsten Seeplätzen der Welt gerechnet zu werden. Die den Hafen einfassenden Forts und seine stark befestigte Einfahrt machen den Platz so gut wie uneinnehmbar, und wirklich ist es seit seiner Erbauung unter allen seefahrenden Völkern den Engländern nur ein einziges Mal (1762) vorübergehend geglückt, Havana einzunehmen.

Die Stadt liegt, wie bereits bemerkt, gleich rechts von der Einfahrt an der nordwestlichen Mündung des Hafens. Nördlich vom Meere und dem Hafeneingange, östlich und südlich vom Hafen selbst begrenzt, erstreckt sie sich in Form eines ziemlich regelmäßigen Halbkreises in die Bai, mit welcher der eine Theil ihrer Straßen parallel läuft, während der andere diese rechtwinklig durchschneidet. Etwa da, wo der Durchmesser den Kreis theilt, schließen die Festungsmauern und Wälle die alte Stadt. Gleich extra muros fängt das neue Havana an, welches das alte um beinahe das Doppelte an Umfang und Eleganz überflügelt hat. Man berechnet die Einwohnerzahl der beiden Stadttheile auf etwa 200,000 Seelen. Ist die alte Stadt eng und schlecht gebaut, so zeichnen sich in der neuen die Straßen durch ihre Breite, ihr besseres Pflaster und ihren modernen Luxus aus. Hier finden sich die Privatwohnungen der reichen Kaufleute, die Häuser der Aristokratie und die Belustigungsplätze des Volkes. Namentlich verdient der zwischen dem ursprünglichen Havana und seiner Vergrößerung die Scheidelinie bildende „Paseo" hervorgehoben zu werden. Er zieht sich außerhalb der Stadtmauern nach Art der Pariser Boulevards von Norden nach Süden und dient zu Spazierfahrten und als Sammelort der eleganten und schönen Welt. Seine breiten Fahr- und Fußwege sind von Palmen beschattet und mit Statuen und stolzen palastartigen Gebäuden besetzt, von denen ich besonders das neue Gefängniß, den Zirkus, das Theater Tacon und das Arsenal nenne. Ich verglich eben den Paseo mit den Pariser Boulevards. Dieser Vergleich hinkt ein wenig, da der Paseo kaum ¼ so lang ist, wie jene. Aber sein Reichthum, seine Eleganz und Pracht, seine silberbeschlagenen Wagen und glänzenden Toiletten können kühn mit dem Luxus des Boulevards des Italiens oder des Capucines wetteifern.

Als wir zwischen Moro und Punta hindurch in den Hafen einliefen, glänzten er und die Stadt im festlichsten Schmucke. Die Havanesen feierten ein dreifaches Fest: einmal Ostern, dann die Rettung der Königin von Spanien von dem auf sie gemachten Attentate und endlich die Geburt einer spanischen Prinzessin. Diese „königlichen Feste" entwickelten am Tage unsrer Ankunft ihren höchsten Glanz und wurden von dem besten, nur etwas zu heißem Wetter begünstigt. Wir hätten es gar nicht besser treffen können. Die im Hafen liegenden Schiffe hatten alle ihre großen Flaggen aufgehißt; die Spanier sogar, nicht zufrieden, oben am Maste ihre nationalen roth-gelb-rothen Farben wehen zu lassen, hatten diesen die Flaggen sämmtlicher Provinzen und Kolonien zugesellt, so daß die zum Hauptmaste führenden Taue kaum Raum genug für alle bunten Wimpel und Wimpelchen boten. Die oft himmelblau, oft grün, oft orange angestrichenen Häuser und ihre gelben Säulengänge waren mit rothen und grünen Seidenstoffen malerisch drapirt, vor den öffentlichen Gebäuden erhoben sich Transparente und Triumphbogen mit Hunderten von Lampen, und von den Forts wehten mächtige Banner, deren schreiende Farben grell gegen die dunkelgrünen, an den Hügelrücken sich erhebenden Bäume abstachen.

Noch schlagender war der Kontrast, welchen die natürlichen Farben gegen die gemalten bildeten. Der Himmel erglänzte tiefblau, so rein und unbewölkt, wie ich ihn im Norden selten gesehen. Nirgend lief auch nur eine weiße Schattirung oder ein heller Streifen durch. Das Wasser der Bai erschien durchsichtig klar. Licht und Schatten traten in entschiedenen und scharfen Zügen hervor, gleich als ob sie mit einem Messer abgetheilt wären. Nirgends verschwamm eine Farbe in die andere, aber überall zeigte sich dieselbe Bestimmtheit, dieselbe Reinheit im Ausdruck des Kolorits.

Unser Schiff legte mitten im Hafen an. Bald waren wir von einer Unzahl kleiner Gondeln umgeben, von denen einige dem Gouvernement angehörten und dessen Beamte an Bord brachten. Wir lernten schnell, daß wir uns zur Abwechslung einmal wieder unter dem gottbegnadeten Szepter einer liebevollen Landesmutter befanden, denn wir wurden mit den überflüssigsten und zeitraubendsten Paßscherereien behelligt. Uebrigens begründeten ein Paar Dollars, die wir für unsern

Aufenthaltsſchein zu zahlen hatten, dieſe Legitimation beſſer als Papiere und Urkunden, und ſo ſtand denn unſrer Landung nichts mehr im Wege. Die Zollbeamten unterwarfen mit anerkennenswerther Höflichkeit unſer Gepäck einer flüchtigen Durchſicht: wir hatten das letzte Stadium der Präventivpolizei durchgemacht und konnten endlich ungehindert in die Stadt treten.

In ihren Straßen herrſchte die drückendſte Hitze. Wir flüchteten uns auf das ſchmale, kaum zwei Fuß breite Trottoir, um wenigſtens das ſich bietende Minimum von Schatten zu genießen. Vor Allem fiel mir der mauriſche Stil der Häuſer auf, welche in der Regel um einen Hof gebaut ſind. Sie ſind meiſtens ein-, höchſtens zweiſtöckig, haben ſehr hohe ſteingepflaſterte Zimmer und Fenſter, die bis auf die Erde gehen und ſtatt der Scheiben mit breiten, etwas hervortretenden Eiſengittern verſehen ſind. Dieſe geſtatten den freien Blick in jedes Haus. Im Hauptzimmer unten gleich neben dem Eingange ſtehen den Fenſtern gegenüber zwei Reihen von Rohrſtühlen, auf deren einer die Damen und deren andrer die Herren Platz zu nehmen pflegen. Ja in vielen, namentlich den weniger reichen Wohnungen, die keinen beſonderen Flur haben, ſteht der Wagen, die ſogenannte Volante, mitten im Zimmer, denn dieſe iſt für jede nicht gradezu arme Familie ein eben ſo unentbehrliches Möbel, wie bei uns etwa Regenſchirm oder Sofa, und deutet durch ihren mehr oder minder reichen Silberbeſchlag auf den Grad von Reichthum oder Wohlhabenheit des Hauſes. Durch das Wohnzimmer hindurch ſieht man gewöhnlich noch in den ſchattigen Hof, deſſen Mauer nicht ſelten mit den bunteſten Farben bemalt und deſſen Boden in der Regel mit tropiſchen Blumen und Bäumen beſetzt iſt. Ein ſolcher Blick durch's Fenſter bis in's Innere und an's Ende des Hauſes iſt oft überraſchend ſchön und pittoresk. Die Trachten ſind ſo maleriſch, Haltung und Stellung der Perſonen voller Schwung und Grazie, ja es wird ſelbſt die Dürftigkeit und der Mangel der einzelnen Erſcheinungen durch die dem Ganzen innewohnende Aeſthetik und Poeſie kaum fühlbar.

Merkwürdiger Gegenſatz! In einem Lande, deſſen Regierungsweisheit vorzugsweiſe in der Geheimnißkrämerei beſteht, iſt das Familien- und Privatleben ohne allen Rückhalt und bis in die kleinſten Details

öffentlich, während in den Vereinigten Staaten, deren Politik auf der Oeffentlichkeit und der Bloslegung ihrer Verwaltung beruht, jedes Haus den Nachbarn selbst mit sieben Mauern und Riegeln verschlossen und für das Auge der Welt in das tiefste Dunkel gehüllt bleibt!

Wir waren kaum einige Straßen weit gegangen, als wir auf einen Platz traten, der einen ganz wunderbaren Eindruck auf mich machte. Dieser Platz ist die plaza de armas. Er ist nicht groß, bildet ein regelmäßiges Viereck und hat höchstens 600 bis 700 Schritte in der Diagonale. Seine Südseite wird von dem Palaste des Generalkapitains, einem halb im italienischen, halb im Zopf-Stile erbauten, nichtssagenden Schlosse begrenzt, westlich ist er von öffentlichen Gebäuden und nördlich und östlich von schönen Privathäusern eingefaßt. In keiner dieser Besonderheiten liegt übrigens ein charakteristisches Merkmal. Was ihn aber für mich so besonders effektvoll machte, das war die Beleuchtung und der Schmuck, in welchem er grade prangte. Der Platz ist in vier regelmäßige Quadrate abgetheilt, welche mit Blumenbeeten ausgelegt sind. In der Mitte, wo diese Quadrate am nächsten zusammentreten, ist ein freier Raum, aus dessen Zentrum sich die Marmorstatue Ferdinand VII. mit seinem feisten Bourbonengesicht erhebt. Auch das ist noch nichts Eigenthümliches, Besonderes; dagegen sind die vier Palmen, welche das innere Viereck markiren und in regelmäßiger Entfernung von der Statue stehen, von ganz überraschender Wirkung. Ich habe seitdem ganze Palmengruppen und Hunderte von schöneren und größeren Exemplaren gesehen, aber nirgends schienen sie mir an einer so gut gewählten Stelle zu stehen und nirgend in einer so stolzen imponirenden Ruhe die unter ihnen liegende Landschaft zu beherrschen. Das weiße Königsbild, über welchem sie ernst und düster ihre Häupter schüttelten, erschien noch winziger und unbedeutender, als es schon war, wie denn überhaupt der Rokokko mit all seinen Schnörkeln und geschmacklosen Zuthaten in einer großen, erhabenen Natur nur einen widerwärtigen Eindruck hervorbringen kann. Herrlich aber harmoniren diese vier Palmen mit den Umgebungen und übrigen Bestandtheilen des Platzes, ja selbst der tiefdunkle Horizont scheint besonders für sie ausgesucht, um ihre schlanke Gestalt schärfer auszuprägen. Ihnen gegenüber waren heute die Fronten der Paläste bis zu ihrem Dache hinauf durch Transparente und Bilder verdeckt,

welche Szenen aus der Heldenzeit der spanischen Konquistadoren darstellten. Da war Ferdinand Cortez mit seinen Begleitern in Lebensgröße und hoch zu Roß abgebildet, wie er durch die Wälder der Kaziken stürmt und Mexiko erobert; dort zeigte sich Diego Velasquez, wie er das spanische Banner an den Gestaden des stillen Ozeans aufpflanzt, und eine andre Wand endlich stellte in ihrer ganzen Länge und Höhe ein spanisch-maurisches Schloß dar, in dessen Gärten dieselben Früchte blühten, die wir hier mit Händen greifen konnten. All das war so gut und täuschend ähnlich gemalt, daß nicht viel Phantasie dazu gehörte, um sich plötzlich in die Zeiten Ferdinand des Katholischen und Karl V. zurückversetzt zu glauben, oder daß man, den Blick auf das Schloß richtend, ein Mährchen aus Tausend und Einer Nacht vor sich zu haben wähnte. Denken Sie sich dazu die Betäubung, in welche uns nach der Ruhe des Schiffslebens die auf dem Platze spielende Janitscharenmusik versetzte, und Sie werden leicht begreifen, daß ich mich anfangs wie halb trunken in diesem neuen Elemente bewegte und mich nur allmälig darin zurecht fand.

Ich hatte mir die äußere Erscheinung des spanischen Lebens nur düster und rauh vorgestellt. Wie die ersten jugendlichen Eindrücke immer die stärksten und oft für eine ganze Reihe von Jahren maßgebend sind, so war auch in mir blos das Bild lebendig, welches mir die einst in Deutschland und Belgien hausenden fanatisirten Banden als die echten Abdrücke des Spanierthums erscheinen ließ. Ueberall, wo ich die Spuren der spanischen Herrschaft fand, zeigten sie sich als Nach- und Nachtgeburten des finsterſten Aberglaubens, des bornirtesten Hasses und des rohesten Fanatismus. Mit dem Rathhause und Marktplatze von Brüssel verwob ich das Schicksal der Grafen Egmont und Horne, und aus den Ueberresten der Inquisitionskerker von Mecheln und Antwerpen meinte ich die starren, unheilverkündenden Gesichter von Alba und Torquemada mir entgegengrinsen zu sehen. Nirgends ein versöhnender Zug, nirgends eine liebevolle Erinnerung an eine Person oder an eine noch so kleine Periode aus den Zeiten des spanischen Regimentes; aber überall derselbe kalte und zähe Haß, als wenn die Völker sein Joch erst gestern abgeschüttelt und als ob sie Wunder was seitdem gewonnen hätten! Ich hatte freilich vergessen, daß die Spanier jener Zeiten zu Hause an-

dere waren, als im Auslande. Derſelbe Mendoza, der unter den Ketzern ſengte und brannte, wurde in der Heimat als der feinſte Hofmann und der eleganteſte, zarteſte Dichter gefeiert; derſelbe Cervantes, der als gemeiner Soldat gegen die Türken focht, ſchrieb nach ſeiner Rückkehr den größten, bis jetzt noch unerreichten Weltroman. Die eroberten Länder lernten nur die rauhe äußere, und von den inneren nur die bigotte Seite dieſes energiſchen und ſtolzen Volkes kennen. Sie konnten daher nicht begreifen, daß jene ſchroffen, zur Erringung des Heldenthums unerläßlichen Gegenſätze kein Widerſpruch, ſondern nur zwei verſchiedene Seiten eines und deſſelben Charakters waren, der mit ſeiner damals noch ungebrochenen Kraft ſowohl ſchöpferiſch als zerſtörend die Welt in Flammen ſetzte.

Jetzt iſt das freilich anders. Kirchlicher und weltlicher Abſolutismus haben längſt den überſprudelnden ſpaniſchen Volksgeiſt in ſeine nationalen Grenzen zurückgedrängt und dort gedämpft, die Tage ſeiner Weltherrſchaft, in Literatur und Kunſt, in Krieg und Eroberung ſind geweſen; aber noch iſt die Erinnerung an die große, ruhmvolle Vergangenheit im Volke lebendig und ſtrahlt auf deſſen ganzes Weſen eine faſt ſonntägliche Feierlichkeit, eine gemeſſene Würde und eine ſtolze Heiterkeit aus, die ſich ſelbſt den Creolen mitgetheilt hat und weder vom Hute des Hirten noch vom Mantel des Bettlers verdeckt wird.

Welchen Gegenſatz bildete aber die Wirklichkeit zu meinen früheren Eindrücken? Ueberall, wohin ich nur blickte, herrſchte Freude und Luſt, Glanz und Reichthum; Alles ſchien nur geſchaffen zu ſein, um zu lachen und zu jubeln. Der General-Kapitain ritt mit einem glänzenden Stabe über den Paſeo; die Truppen, die eben noch vor ihm präſentirt hatten, miſchten ſich bald unter das Volk, welches ſeine beſonderen Feſte feierte. Auf einem großen Platze am Eiſenbahnhofe wogten Tauſende von Menſchen auf und ab; aus ſeiner Mitte ragte eine hohe Stange hervor, die mit Seife beſtrichen war und bis zur äußerſten Spitze erklettert werden mußte, um den ausgeſetzten Preis von ſechs Unzen (etwa 140 Thlr. pr. Kour.) zu gewinnen. Der Sieger wurde mit Hurrah und Tuſch begrüßt und im Triumphe zu den Preisvertheilern geführt. Da galt kein Unterſchied der Perſon oder der Farbe. Schwarze, Mulatten und Weiße wetteiferten miteinander, doch gewöhnlich trugen die Mulatten

den Sieg davon. Durch die dichte Zuschauermenge drängten sich die Volanten mit je drei geschmückten, meist in die grellsten Farben gekleideten Damen, deren zwei und zwar die jüngeren, schöneren gewöhnlich den Rücksitz einnehmen, während die ältere oft auf dem kleinen, halb so großen Vordersitz sitzt. Mehr als diese fielen mir übrigens die abenteuerlich geputzten schwarzen Kutscher auf, die mit buntgestickten Jacken, weit ausgeschlagenen weißen Kragen, gelbledernen oder weißen Hosen und langen Kanonenstiefelschäften, auf dem bloßen, silberbespornten Fuße, stolz einhertrabten und die den Damen geltenden Blicke lächelnd auf sich bezogen.

Ich ging weniger als ich gegangen wurde. Es ward unversehens Abend, bald schwamm der ganze Paseo in einem Lichtmeere, aus welchem ein prächtiges Feuerwerk emporstieg. Es stellte die Einnahme einer feindlichen Stadt dar: vor den Festungswerken des alten Havana waren große Transparent-Mauern aufgeführt, die mit Schwärmern und Raketen beschossen wurden und endlich unter dem Jubel des Volkes prasselnd und krachend zusammenstürzten. Nach dem Feuerwerke ging ich auf den großen Ball im Theater Tacon. Vor demselben tanzten halbnackte Schwarze nach der Musik einer Orgel oder eines Dudelsacks. In den Höfen des Theaters hielten die Mulatten ihren Ball, wo sie ganz eigene Begriffe von Anstand und Sitte entwickelten; im Saale selbst aber feierte die weiße Bevölkerung von Havana das Fest. Zwei Musikkorps spielten ununterbrochen von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens eine und dieselbe Melodie, die nationale „dansa," eine Art Walzer. Einige Nationaltänze der Katalonier eröffneten den Ball in ihren, wenn auch keineswegs glänzenden, doch charakteristischen Kostümen; ihnen folgten Maskenzüge und Darstellungen von Ereignissen aus der spanischen Geschichte, wie die erste Landung von Kolumbus auf San Salvador, und dann löste sich bis zum Schluß Alles in die wilde Unordnung der dansa auf.

Wir Fremden bewegten uns als bloße Zuschauer in unseren leichten Sommerkleidern zwischen den verschiedenen Gruppen. War man unten müde, so konnte man oben die Logenreihen mustern, in deren einigen sich wahre Prachtexemplare von untadelhaften, vollendet schönen Frauengestalten zeigten. Die Bewunderung dieser Schönheiten war uns nicht

ſchwer gemacht, denn die Wände der Logen beſtanden aus leichten Jalouſien, deren Stäbe der Außenſtehende nach Belieben halb oder ganz herauf und herunter ſchieben kann. Beſteht der eigentliche Zweck dieſer Jalouſien darin, in dem gefüllten Hauſe Zug und Kühlung hervorzubringen, ſo iſt er doch durch Gebrauch und Sitte in ein bloßes Mittel zu einem ganz andern Zwecke verwandelt worden. „Die Damen geben ſich und ihren Putz zum Beſten und ſpielen ohne Gage mit.“

Als ich am Morgen vom Theater nach Hauſe ging, führte mich mein Weg über einen Theil des Paſeo. Neger und Mulatten feierten dort noch unter Fackelbeleuchtung ihre Orgien; ihre Tänze glichen aber mehr tollen Affenſprüngen denn menſchlichen Bewegungen. Ungefähr einige hundert Schritte weſtlich von Tacon erglänzte ein ſchönes Haus in heller Beleuchtung. Es war das neue Gefängniß. Aus ſeinen Räumen ſcholl ein taktartiges Kettengeklirr zu mir herunter. Auch die Sträflinge tanzten, ſie machten mit ihren Eiſenbanden die Muſik. Die Paare brauchten ſich nicht erſt zu ſuchen, waren doch immer zwei der Unglücklichen aneinander geſchmiedet! Die Töne drangen ſchaurig und grauſig durch die ſcharfe Luft des jungen Morgens. Auf dem Platze unter dem Gefängniß hatte vor kaum einem halben Jahre Narciſſo Lopez, der mit Hilfe amerikaniſcher Flibuſtier die Inſel von der ſpaniſchen Herrſchaft befreien wollte, ſein Ende durch die Garotte gefunden!

Der heitere freudige Eindruck des ganzen Tags war plötzlich wie mit einem Schlage in mir verwiſcht. Wahrhaftig, die paar tauſend Dollars für dieſe „Circenſes“ rentiren ſich gut, hier, wo das Brod dem Volke ohne Zuthun der Regierung faſt in den Mund wächſt. Ich glaube, die Amerikaner hätten Cuba längſt im Beſitz, wenn ſie nicht ſo ſteif und nüchtern wären, und wenn ſie ſich beſſer auf die Vergnügungen eines lüſternen, heißblütigen Volkes verſtänden. Ich eilte trotz der warmen Nacht fröſtelnd meinem Hotel zu, denn es war mir, als liefe einer der Gefangenen mit ſchwerem Kettengeraſſel hinter mir her, und als ſollte ich für all meine hochverrätheriſchen Gedanken, Hoffnungen und Wünſche an ſeine noch leere Seite geſchmiedet werden!

Am Morgen mache ich gewöhnlich einen Spaziergang an den Hafen. Hier herrſcht von Sonnenaufgang an bis gegen neun Uhr das regſte Leben und Treiben, weil dieſe Zeit die kühlſte iſt. Die Kaufleute halten

zwischen sechs und sieben Uhr ihre eigentlichen Börsenstunden und versammeln sich auf der der plaza de armas gegenüber liegenden Seite des Wassers unter einem blos oben gedeckten Schuppen. Gleich vor und unter ihnen werden die Schiffe ein- und ausgeladen, die zur Ersparung von Raum, abweichend von den mir bekannten Häfen, mit dem Kiele der Länge statt der Breite nach gegen das Ufer gerichtet sind.

Um neun Uhr nehmen wir unser Frühstück ein. Die Gesellschaft des Hotels besteht aus Franzosen, Spaniern, Engländern und Amerikanern. Es wird viel geraucht und gespielt, aber noch mehr disputirt, indessen sprechen wir nie von inländischer Politik, weil man nirgend vor Regierungsspionen sicher ist. „Vermeiden Sie ja", sagte mir bei meiner Landung ein seit langen Jahren in Cuba ansässiger Deutscher, „irgend eine politische Beziehung in Ihren Gesprächen anzubringen, welche die spanische Sprache mit der deutschen, englischen und französischen gemein hat; hüten Sie sich daher vor der bloßen Aussprache von Republik, Revolution, sozial, Expedition ꝛc." Gleich die nächste Folgezeit bewies mir, wie richtig mir der Mann gerathen hatte, denn vorgestern wurde ein amerikanischer Kaufmann aus New-Orleans verhaftet, aus dessen Unterredung ein Polizeier das Wort Republik aufgeschnappt hatte.

Die Zeit zwischen Frühstück und Mittagessen oder von neun bis fünf Uhr gehört wegen der großen Hitze nur der Ruhe und Erholung; später dagegen mache ich in der Regel bis nach Sonnenuntergang Ausflüge in die schönen Umgebungen von Havana.

Auf einer dieser Spazierfahrten, die ich mit zwei Reisebegleitern, einer ältern englischen Dame und ihrem Sohne machte, gelangten wir etwa eine halbe Stunde westlich von der Stadt an einen großen prachtvollen Garten. Während wir einige reichbesetzte Blumenbeete durch das eiserne Gitter des Thorweges bewunderten, stieg neben uns ein junger, nach der neuesten Mode gekleideter Mann vom Pferde, übergab dieses einem Diener und lud uns in untadelhaftem Französisch ein, den Garten näher anzusehen. Wir folgten natürlich der freundlichen Einladung und wandten unter der Führung des jungen Herrn, der sich einen Neffen des Besitzers nannte, eine volle Stunde an die Besichtigung und Bewunderung der reichen tropischen Flora. Der schöne Abend, die laue milde Luft, der üppige Duft der Blumen, dabei die Aussicht auf die zu un-

seren Füßen liegende Stadt und das sie einfassende tiefblaue Meer, alle diese uns noch fremden Reize der südlichen Natur machten einen fast überwältigenden Eindruck auf uns Nordländer. Am Ausgange überreichte der Gärtner der englischen Dame einen prachtvollen Strauß eben geschnittener Blumen; unser freundlicher Begleiter aber bot uns hier in einem eleganten Pavillon einige Erfrischungen an. Als wir eintraten, fanden wir etwa sechs junge Damen vor, Verwandte und Freundinnen des Hauses, welche sich auf leichten, rohrgeflochtenen Rollstühlen schaukelten und Kühlung zufächelten, während ihnen gegenüber zwei junge Herren saßen, welche gedankenlos den Rauch ihrer Zigarren in die Luft bliesen. Eine der ersten Fragen, welche unser gefälliger Führer an mich richtete, betraf eine junge, mir gegenübersitzende Dame und ging dahin, ob ich sie schön fände? Ich hatte gleich beim Eintritt gesehen, daß ich mich einer ganz außerordentlichen Schönheit gegenüber fand, ja ich erinnere mich in der That kaum, je in meinem Leben einer solchen Fülle weiblicher Reize begegnet zu sein. Ich verstehe mich leider nur schlecht auf deren Schilderung, sodaß ich Ihnen auch nicht einmal einen annähernden Begriff von der Wirklichkeit geben kann. Ich erklärte aber auf die mir gestellte Frage mit aller Offenheit und aufrichtiger Ueberzeugung, daß ich in der jungen Dame eine wahrhaft klassische Schönheit bewundere. Diejenige, welche an meinen bewundernden Blicken errathen haben mochte, um wen es sich handle, fragte den jungen Herrn, ob sie denn nicht den Inhalt unsers Gespräches wissen dürfe? Dieser übersetzte ihr dann meine Auslassungen Wort für Wort aus dem Französischen ins Spanische, das ich theilweise verstand, aber nicht sprach, und brauchte nur noch einige elegantere, verbindlichere Wendungen, als ich zur Feststellung des Thatbestandes für geboten erachtet hatte. Die junge Dame lächelte ganz befriedigt ob meines Lobes, hörte, statt zu erröthen oder, vielleicht wie ein deutsches Mädchen, wegzulaufen, die mehr als sinngetreue Uebersetzung an und dankte mir schließlich so ungezwungen, als sei von einer Dritten die Rede, mit einem graziösen Nicken des Kopfes für meine gute Meinung und meinen Geschmack. Ihr ganzes Benehmen hatte auch nicht den leisesten Anflug von Koketterie an sich, und selbst die englische Dame, welche Zeugin des Vorgangs war, konnte sich auf der Heimfahrt nicht genug über die „lovely sweet creature“ freuen.

Punkt acht Uhr Abends beginnt die tägliche Militärmusik auf der Plaza de Armas. Von der kühlenden Seebrise angelockt, versammelt sich hier um diese Stunde die elegante Welt von Havana. Die Herren erscheinen gewöhnlich in feinen Pariser Anzügen und dampfen, behaglich auf und ab promenirend, eine Zigarre; die Damen im reichen Ballstaate lehnen sich entweder in ihre Volanten, welche auf den die Plaza begrenzenden Straßen halten, oder sie spazieren auch wohl auf ihr umher oder horchen sitzend den Tönen der, wenn auch nicht gut ausgewählten, doch ausgezeichnet gut ausgeführten Musik. Mehr als diese interessirt mich übrigens das Treiben der ihr lauschenden Zuhörer. Der Cubaner und Spanier entwickelt eine so liebenswürdige Grazie in den gewöhnlichsten Bewegungen, einen so hinreißenden Zauber im gewöhnlichen, alltäglichen Verkehr, daß selbst der gewandteste Franzose von ihm ganz in den Hintergrund gedrängt wird, und daß ich mir ihm gegenüber mit allen nordischen Völkern ganz steif und eckig vorkomme. Da sehe ich einen beliebigen Durchschnittsmenschen aus einer Gruppe an einen andern herantreten und diesen um etwas Feuer bitten. Die höfliche Verbeugung, mit welcher er an der brennenden Zigarre die seinige ansteckt und jene ihrem Eigenthümer zurückgiebt, erfolgt mit einer Leichtigkeit und Eleganz, die eben angeboren ist und nicht gelernt, aber nicht genug bewundert werden kann. Die Entschuldigung, die mir ein Herr darüber machte, daß er mich im Vorübergehen gestreift hatte, geschah mit einer so ungezwungenen Verbindlichkeit, daß sie mir fast herzlich klang, und daß es mir wahrhaft leid that, als der Mann unsrer nächsten Begegnung sorgfältig zur Rechten ausbog.

Nach der Musik um neun Uhr strömt dann Alles in die Kafés. Ich gehe stets in die Dominika; sie ist eins der angenehmsten derartigen Etablissements, das ich kenne. Der innere Raum ist mit weißem Marmor gepflastert und wird von weißen Marmorsäulen getragen. Ihn schützt kein Dach, sondern das Auge begegnet oben dem dunklen Himmel und seinen funkelnden Sternen. Anfangs dachte ich, die Decke sei in der Art wie die Wände gemalt, allein ein plötzlicher Regen überzeugte mich bald von meinem Irrthum. Die Gäste sitzen an kleinen Marmortischchen zerstreut, oder sie stehen auch wohl an den Säulen herum, um einen leer werdenden Sitz zu erspähen. Zwischen den Kellnern, welche den vor

der Thür haltenden Damen das Eis in ihre Volanten tragen, drängen sich Verkäufer von Lotterie-Loosen, Galanteriewaarenhändler und Taschenspieler durch; vor lauter Rufen, Lachen und Schreien können Sie Ihr eigenes Wort kaum hören. Würfel und Gläser klirren auf den harten Tischen und durch den süßen Wohllaut der spanischen Zunge dringt nur hie und da ein schrilles englisches Wort: grade als ob die Saite eines schön tönenden Instrumentes zerspränge!

Am meisten interessirt es mich, im Kafé den Gegensatz des spanischen zum amerikanischen Charakter zu beobachten. Ich war von Charleston aus mit einem sehr gebildeten Süd-Karolinier nach Havana gekommen und traf ihn gestern nachdenklich und verdrießlich in einem Winkel der „Dominika." Er eröffnete gleich unser Gespräch damit, daß er mich aufforderte, mit dem heute abgehenden Dampfer nach Charleston zurückzufahren. Ich antwortete ihm, daß es mir hier sehr gut gefalle und daß ich deshalb noch einige Wochen zu bleiben gedächte. „Es gefällt Ihnen?" rief er verwundert. „Mein Gott, wie kann Ihnen denn das hiesige Leben und Treiben gefallen? Mich ekelt es an, ich muß weg von hier. Sehen Sie sich doch nur dies Volk an. Da sitzt es zechend und schreiend, daß mir der Kopf springen möchte. Von Morgen bis Abend eine ununterbrochene hartnäckige Faulenzerei, jeden Wochentag feiert es wie einen Festtag und den Sonntag degradirt es zu einem Wochentage. In ihren Lumpen oder fast ganz nackt sitzen die Bettler auf den Gassen und drehen sich ganz vergnügt im Schatten ihre Zigarretten. Alles fährt und tändelt, spielt und liebt, aber an's Arbeiten denkt Niemand, und das Ende vom Liede ist diese eiserne Knechtschaft, unter welcher die herrliche Insel kaum aufathmen kann." „Sie haben nicht so ganz Unrecht," erwiderte ich lachend, „aber wollen Sie denn, daß die ganze Welt amerikanisirt und zum Sterben langweilig werde?"

Für den Spanier und den Cubaner dagegen ist der Yankee eine Art wildes Thier, er begafft ihn oft wie ein Kuriosum, wie einen ungeschlachten Barbaren. Als gestern ein Marine-Offizier der Vereinigten Staaten in die Dominika trat und, die Zeitung durchblätternd, sofort seine Beine echt amerikanisch auf den Tisch streckte, wurden die von ihm gestörten Nachbarn nicht böse oder grob, sondern scherzten und lachten, offenbar über diese ihnen ganz fremde Flegelei erheitert. Sie riefen

einige Freunde heran und zeigten ihnen das Wunder, das diese dann ebenfalls lachend und scherzend beklatschten. Der Offizier zog sich übrigens — das sei beiläufig bemerkt — recht gut aus der Affaire; er nickte, dankte huldreich und ging ruhig seiner Wege, als ob sich das Alles ganz von selbst verstanden hätte.

Jüngst machten ein paar spekulirende Amerikaner dem Gouvernement das Anerbieten, die hinter dem Palaste des General-Kapitains stehende Kathedrale und die dazu gehörigen Gebäude zu kaufen, um sie niederzureißen und an deren Stelle ein großes Hotel zu errichten, welches jenen Palast überragend, zugleich die Aussicht auf den Moro und das Meer gewähren sollte. Ganz Havana fand gar keine Worte zur Bezeichnung eines so „schamlosen" Vorschlages; man hielt seine Urheber eben einfach für verrückt.

Sie sollten ein Mal diese mitleidigen und herablassenden Blicke sehen, mit denen der Havanese die fast täglich durch seine Straßen ziehenden, zurückkehrenden Kalifornier betrachtet. Es ist, als wollte er ihnen sagen: „Unglückliche Barbaren, sonnt Euch ein wenig unter unserm milden Himmel und lernt bei uns Lebensart!" Aber den Amerikaner rührt das nicht; er lächelt höchstens selbstzufrieden, denn er weiß, daß ihm doch dieser Kontinent gehört, und daß das blanke Gold hier wie in Amerika in den Augen der Menge Bildung und feine Sitte ersetzt. Will der Cubaner etwas Rohes und Häßliches darstellen, so wählt er den Kalifornier, der denn auch schon auf Maskenbällen, bei öffentlichen Aufzügen und Festen, mit seinen, in die langen Wasserstiefel gesteckten Hosen, mit seinem rothen Flanellhemd und grauen zerrissenen Schlapphut eine stereotype Figur geworden ist und sich jede Grobheit und Ausgelassenheit erlauben darf. — — — — —

Morgen trete ich meinen Ausflug in's Innere der Insel an und besuche zunächst eine etwa vierzig englische Meilen von hier gelegene Zuckerplantage.

2.

St. Auguſtine in Florida.

Juli 1852.

Ich liege hier im Schatten eines altſpaniſchen Forts und unter einem Himmel, der ſein reines Blau den zu meinen Füßen dahinrollenden Wogen des atlantiſchen Ozeans mittheilt. Die Luft iſt entzückend mild und weich. Ich möchte ſie mit hundert Lungen einathmen, um meinen, kaum vom Fieber erſtandenen Körper noch mehr zu ſtärken und zu erquicken. Während die kühle Briſe meine Stirn fächelt, leſe ich, in einer Hängematte mich wiegend, die Eroberung Florida's durch Ferdinand de Soto, und mein Geiſt folgt ihm in das Halbdunkel der mittelalterlichen Romantik, welche abenteuerliche Heldenzüge gleich dem de Soto'ſchen ins Leben rief.

Sie werden dieſe meine Verirrung vom nüchternen Boden des amerikaniſchen Lebens vielleicht ſonderbar nennen; aber wenn Sie bedenken, daß ich augenblicklich in St. Auguſtine, der älteſten und der geſundeſten nordamerikaniſchen Stadt bin, und daß ich ſeinem mit Recht berühmten Klima meine volle Geneſung verdanke, ſo werden Sie mein ſüßes Nichtsthun, wenn nicht gar beneiden, doch gewiß ganz in der Ordnung finden. Was iſt auch natürlicher, als daß ich mich hier in die Geſchichte des Ortes und des Landes zurückverſetze, hier, wo der unruhige amerikaniſche Handelsgeiſt noch nicht ſeine Fangarme ausgebreitet hat, wo nichts Gegenwart iſt und wo Alles einer längſt abgeſtorbenen Vergangenheit angehört?

Dieſe Vergangenheit war aber groß und lebendig. Die ſpaniſchen Ritter, welche wegen der Kämpfe im eigenen Lande nicht in den Orient und zum heiligen Grabe gezogen waren, ſuchten nach der Beſiegung der Mauren und der Entdeckung Amerika's gegen die Heiden des Okzidents

nachzuholen, was ſie während der Kreuzzüge verſäumt hatten. Berauſcht von der Fülle nationaler Macht und voll des ſtolzeſten Selbſtgefühls wollten ſie im Kampfe gegen die Eingeborenen Ruhm und Schätze gewinnen. Sie gewannen Beides, aber ſie fanden hier auch das Grab ihrer Herrlichkeit. Für ſie war der ewige Ruhm, aber für den Kaufmann der bleibende Gewinn — und dem Kaufmanne gehört die nachfolgende Zeit und der ganze Kontinent bis auf die Gegenwart.

Während das übrige Nordamerika im Intereſſe der Wiſſenſchaft, aus Liebe zum Golde oder von den verlorenen Poſten der europäiſchen Freiheits- und Religionskriege entdeckt und beſiedelt wurde, hat keins dieſer Motive zur Auffindung Florida's mitgewirkt. Es war vielmehr ein Zaubermärchen des Orients, deſſen ſüßer Duft einen alten ſpaniſchen Konquiſtador, ja den ganzen Madrider Hof berauſchte und deſſen verführeriſcher Liebreiz die erſte europäiſche Unternehmung dahin bewirkte. Juan Ponce de Leon nämlich, welcher in ſeiner Jugend tapfer gegen die Mauren gefochten und trotzdem, daß er Begleiter des Columbus geweſen war, ſeinen Ehrgeiz immer noch nicht befriedigt hatte, glaubte auf der ſagenhaften Inſel Bimini Geſundheit, Jugend und Schönheit wieder zu finden, um ſeinen Namen neben den des größten Entdeckers ſchreiben zu können. Unter den Bewohnern Cuba's und Hiſpaniola's war ihm wiederholt von einem wunderbaren Quell auf Bimini erzählt worden, deſſen Waſſer die Kraft und Fülle der Jugend wieder verleihen ſolle. Wenn dieſe Sage von einſichtigeren Zeitgenoſſen auch dahin gedeutet wurde, daß die Schönheit der Frauen von Bimini ſo überwältigend und hinreißend ſei, daß ſie in den Adern ſelbſt des älteſten Mannes das Feuer und die Begeiſterung der Jugend wieder erwecke, ſo glaubten Ponce und der König von Spanien doch ſo feſt an den Buchſtaben der Erzählung, daß ſie einen Vertrag mit einander ſchloſſen, wonach jener Adelantado von Bimini ſein, dieſer aber zuerſt ein Zehntel, ſpäter ein Fünftel des dort zu findenden Goldes erhalten ſollte. Zu einer Zeit, wo eine wunderbare Entdeckung die andre verdrängte und mit jedem Jahre faſt neue Inſeln und Länder voll Edelſteinen und Gold gefunden wurden, kannte die Sucht nach Abenteuern und die Ueberſchwenglichkeit der Hoffnung nach neuen Schätzen keine Grenzen. Die Einbildungskraft der Menſchen überbot ſich in romantiſch-phan-

taſtiſchen Träumen. So kann es nicht überraſchen, daß die Unterſcheidungslinie zwiſchen dem Möglichen und Unmöglichen nur unbeſtimmt gezogen war, und daß tapfere, ſonſt berechnende Männer Leben und Ehre an weſenloſe Schatten ſetzten.

Ponce de Leon, der damals Gouverneur von Porto Rico war, ſegelte alſo im März 1512 nach dem Norden, um Bimini mit ſeinem Wunderquell zu entdecken, und landete am Palmſonntag ein paar Meilen ſüdlich vom heutigen St. Auguſtine. Die Küſte erglänzte in ihrer erſten Frühlingspracht; die Bäume waren von den duftendſten Knospen, der Boden von den herrlichſten Blumen bedeckt. Sei es nun der Eindruck dieſer prächtigen Flora, ſei es die Erinnerung an den Tag der Landung, die Pascua de Flores, Ponce gab dem Lande den Namen Florida. Er badete in allen Quellen, Bächen, Flüſſen und Seen, zog Küſte auf, Küſte ab, drang zum Theil in das Innere; aber er fand nicht, was er ſuchte, und kehrte enttäuſcht mit ſeinen drei Brigantinen nach Porto Rico zurück. Als jedoch Alter und Schwäche ihm immer beſchwerlicher wurden, ließ es ihm keine Ruhe mehr. So ſegelte Ponce 1521 abermals nach Florida und badete wieder in allen Gewäſſern des Landes; allein Friſche, Jugend und Schönheit kehrten nicht wieder, ja das tückiſche Waſſer zog ihm ein zehrendes Fieber zu. Nachdem er einen unglücklichen Kampf mit den ihn angreifenden Indianern beſtanden hatte, wandte er dem Lande den Rücken und ſtarb bald darauf enttäuſcht und geknickt, auf der Heimreiſe in Cuba.

Die jedoch, welche daheim geblieben waren in Spanien und mit Spannung den abenteuerlichen Zug des Ritters verfolgt hatten, gaben immer noch ihren ſchönen Traum nicht auf; ſie ließen deshalb auch nicht von dem Glauben, daß im Innern eines ſo ſchönen Landes der Quell der ewigen Jugend, reiche Städte und goldene Tempel gefunden werden müßten. Inzwiſchen war der Ruhm der Heldenthaten und der Reichthümer, welche Cortez in Mexiko vollbracht und gewonnen hatte, nach Spanien gedrungen und hatte dort ein neues Goldfieber, eine noch krankhaftere Abenteuerſucht erzeugt. Wähnend, daß Ponce nur nicht recht geſucht habe, ſegelte Pamphilo de Narvaez, vom König Karl bevollmächtigt, 1527 von Neuem nach Florida ab. Er landete nahe der Tampa-Bay und ließ ſich von den Indianern in's Innere weiſen, wo

er Alles, was er ſuche, finden würde. Im Voraus ſeines Erfolges ſicher, ſandte er ſeine Schiffe zurück und drang in das Land vor. Aber, o bittere Täuſchung! Der Durſt nach Gold wich nur zu bald dem Durſt nach einem friſchen Trunk, der Hunger dämpfte die bisherige Zuverſicht, und Noth und Beſchwerden aller Art drängten ſelbſt den Quell der ewigen Jugend in den Hintergrund. Endlich gelangte Narvaez bei dem jetzigen St. Marks wieder an's Meer und baute hier fünf kleine offene Boote. Steigbügel und Pferdegebiſſe mußten zu Nägeln verarbeitet, Pferdehaare und Palmenfaſern zu Tauen verwandt und die Hemden zu Segeln benutzt werden, um nur in See ſtechen zu können. Dieſe aber verſchlang ſie Alle bis auf Alvares Nuñez und vier Andere, welche von einem Indianerſtamm zum andern wandernd, ſieben Jahre nach ihrer Landung endlich bei Compoſtella am ſtillen Ozean landeten und über Mexiko zurückkehrend, ſpäter ſelbſt den Bericht ihres Unglücks nach Spanien trugen.

Aber trotz alledem war hier die Luſt an romantiſchen Abenteuern noch nicht gebüßt, der feſte Glauben an die großen Schätze Florida's noch nicht erſchüttert. Ferdinand de Soto hoffte zu erringen, was ſeinen beiden Vorgängern nicht gelungen war. Er kam eben, gold- und ruhmbeladen von Peru zurück, wo er als Genoſſe Pizarro's mit erobert, geraubt und geplündert hatte. Im Beſitze bedeutender Mittel, ehrgeizig, goldgierig und thätig gedachte er jetzt den Glanz der Eroberungen von Cortez und Pizarro zu verdunkeln und ſeinem Namen durch Entdeckung eines floridaniſchen Tenochtitlan oder Peru und durch Gründung eines noch mächtigern Reiches die Unſterblichkeit zu erobern. Der ganze ſpaniſche und portugieſiſche Adel drängte ſich zu ſeinem Unternehmen. Mit einem Gefolge von 300 Rittern in hellpolirten Bruſtharniſchen, 350 Soldaten und Pferden, 20 Prieſtern und 4 Mönchen, welche an jedem Sonntag einen Altar errichten und Meſſe leſen mußten, landete de Soto 1539 in der Bucht von Eſpiritu Santo, nahe der jetzigen Tampa-Bay. Um die Seelen der ungläubigen Heiden zu retten, führte er Bluthunde mit ſich, ſie zu jagen, und Ketten, die Gefangenen zu feſſeln und dem chriſtlichen Gott zuzuführen. Aber es kam anders. Monate auf Monate, Jahre auf Jahre zogen die Ritter und Mönche, die Schützen und Knappen durch die endloſen Wälder von Georgia,

Alabama und Miſſiſſippi, grauſam gegen den ſchwachen Feind und überall ſengend und mordend; aber je mehr ſie vordrangen, deſto weiter wichen auch das erſehnte Dorado und der erhoffte Quell der ewigen Jugend zurück. Endlich gelangten die Abenteurer an den Miſſiſſippi, überſchritten ihn oberhalb der Mündung des Arkanſas, fanden jedoch nach langem Umherirren auch auf ſeinem rechten Ufer keine Schätze, ja nicht einmal Lebensmittel für Roß und Reiter. Unter ſteten Täuſchungen und Entbehrungen zog de Soto, deſſen eiſerne Energie gleichwohl ſeine verzweifelnde Schaar noch zuſammenhielt, wieder zurück an den Miſſiſſippi, wo er an gebrochenem Herzen ſtarb. Er war der erſte Weiße, welcher den großen Strom erblickte und, wenn auch als Leiche, hinunter ſchwamm, denn ſeine Begleiter hatten dieſe, um ſie vor den Indianern zu retten, um Mitternacht in den „Vater der Gewäſſer" verſenkt, der ſomit allen Ehrgeiz und alle hochfliegenden Hoffnungen des tapfern Konquiſtadors in ſeinen Wellen begrub. Von ſeinen Rittern gelangten nur wenige nach Cuba zurück.

Der unglückliche Ausgang dieſes Unternehmens ſchreckte zwar die Spanier nicht von der Eroberung Florida's ab, worunter ſie den ganzen nördlichen Kontinent bis an den Nordpol und bis an den ſtillen Ozean verſtanden; allein Kaiſer Karl wies alle Geſuche um Beſiedlung des Landes ab. So ruhten ihre Unternehmungen wenigſtens ein paar Jahrzehnte. Aber auch die Franzoſen hatten ihr Auge auf Florida geworfen, denn ſein Klima war überall ſo berühmt, daß man immer noch glaubte, es verdopple die Dauer des menſchlichen Lebens. Admiral Coligny beabſichtigte dort ſogar ein franzöſiſch-proteſtantiſches Reich zu gründen. Im Jahre 1562 ſegelte das erſte Geſchwader unter Jean Ribault ab, welches den St. Johns River entdeckte und das Fort Carolina anlegte. Die Kolonie ging aber aus Mangel an Einigkeit zu Grunde; dagegen wurde 1564 unter Laudonnière von den Hugenotten ein zweites Fort unter demſelben Namen am St. Johns River angelegt.

Ein Jahr ſpäter ließ ſich Pedro Melendez von Philipp II. zum erblichen Gouverneur von Florida unter der Bedingung ernennen, daß er das Land für die Krone Spaniens erobere, koloniſire und bekehre. Melendez war einer von jenen Konquiſtadoren, welche unter Pizarro eine gute Schule durchgemacht hatten; jedes Mittel war ihm recht, um

Gold zu gewinnen und die Ketzer für die alleinſeligmachende Kirche zu bekehren. Er hatte ſich bei der Eroberung von Spaniſch-Amerika und im Kriege gegen die holländiſchen Proteſtanten ausgezeichnet, zugleich aber ſolche Exzeſſe begangen, daß er vor Gericht geſtellt und verurtheilt wurde. Der König ſchenkte ihm nur die halbe Strafe; um indeſſen wieder zu Gnaden und Anſehen zu kommen, entwarf Melendez jenen Plan. Am 8. September 1565, dem Namenstage des heiligen Auguſtin, landete er unter dem 30. Grad der Breite an der Stelle, wo gleich darauf die Stadt St. Auguſtine angelegt und ein hölzernes Fort erbaut wurde. Nachdem er das Land im Namen Philipp's II. in Beſitz genommen, fiel er ſofort über die franzöſiſche Niederlaſſung her. „Ich bin — ſo lautete ſeine lakoniſche Kriegserklärung — Melendez von Spanien und habe Befehl von meinem Könige, alle Proteſtanten hier zu hängen und zu enthaupten. Franzoſen, welche katholiſch ſind, will ich verſchonen, alle Ketzer aber müſſen ſterben!“ Und er ſchlachtete 200 Franzoſen ab, die auf den Ueberfall gar nicht vorbereitet waren; an der Stelle des ehemaligen Forts aber errichtete er ein Monument mit der Inſchrift: „Nicht als Franzoſen, ſondern als Ketzer.“ Der Gascogner Ritter Dominique de Gourgues brannte vor Begierde, ſeine Landsleute zu rächen. Kaum hatte er die Kunde von Melendez' That erhalten, ſo rüſtete er auf eigene Koſten drei Schiffe aus, ſegelte 1568 nach Florida und überfiel die nichts Böſes ahnenden Spanier in St. Auguſtine. Er metzelte ſie Alle nieder, hing ihre Leichen an den Bäumen des Waldes auf und ſchrieb darüber: „Nicht als Spanier, ſondern als Mörder!

So wurde der kaum betretene Boden Florida's das Schlachtfeld des europäiſchen Fanatismus, ſo fand der, das ganze Jahrhundert beherrſchende Religionshaß hier zuerſt von Europa aus ſeinen Wiederhall, und zwar zu einer Zeit, wo die Bartholomäusnacht und der dreißigjährige Krieg der Welt noch nicht bewieſen hatten, daß ſelbſt eine halb verpfuſchte Idee Millionen Opfer und Ströme Blutes fordert, ehe ſie auf ihre Anerkennung im Leben der Völker Anſpruch machen darf.

Karl IX. desavouirte ſelbſtredend den Zug von de Gourgues, und Florida wurde ohne den Einſpruch fremder Mächte eine ſpaniſche Kolonie, deren wichtigſter Punkt St. Auguſtine bis zur amerikaniſchen Herrſchaft blieb. So iſt Florida, wenn auch dem Datum ſeiner Auf-

nahme nach einer der jüngsten Staaten der Union, doch durch das Alter seiner geschichtlichen Erinnerungen vielleicht der interessanteste Theil von Nordamerika. Wie später in den nordöstlichen Staaten sich das Revolutionsdrama entspann und entwickelte, so knüpft sich noch immer an Florida die romantische Sage und das ritterliche Epos. Allein während dort auch die politischen Konsequenzen aus der Reformation gezogen wurden und die Autonomie des Individuums im Staate erkämpft ward, lag hier der religiöse Fanatismus des Mittelalters mit der Religionsfreiheit der neuen Zeit im Streite, und glänzte hier am Ende seiner Tage das europäische Ritterthum noch einmal in aller seiner Pracht, um gleich darauf in den amerikanischen Urwäldern für immer zu verschwinden, und um das Land wirthschaftlich und geistig als eine Einöde zurückzulassen.

Doch nein, die europäischen Ritter verschwanden zwar, allein das Ritterthum lebt noch fort, wenn auch in seiner Karrikatur im „chevalereskeu Süden," in Süd-Carolina, wo die Pflanzer nach dem Vorbild der spanischen Konquistadoren ihre Turniere halten und sich von den schönen, anmaßenden Ladies die Preise ertheilen lassen. Aber nicht nur die waffenfähige Jugend des „sonnigen Südens," auch seine übrige Bevölkerung theilt diese Vorliebe der „Kavaliere" für das Mittelalter. So sah ich in Charleston fast ausschließlich in Hotels und Restaurants, in Läden und bei Privaten Bilder, die Szenen aus jener dem amerikanischen Volksgeist innerlich so feindlichen Zeit vorstellen: Ritterfräulein, welche auf die Falkenjagd ziehen, Knappen, welche mit Speer und Schwert bewaffnet sind, Ritter, welche aus den Kreuzzügen heimkehren, Turniere und Burgen, ja — damit dem Ganzen die Abrundung nicht fehle, — die Statuetten des sinnreichen Junkers Don Quixote, hinter welchem Sancho auf seinem Grauchen einhertrabt.

Als ich jüngst in Savannah gemüthlich auf der Veranda des Hotels ausruhte, wurde ich in meinem Halbschlaf plötzlich durch mehrere rasch aufeinander folgende Schmerzensrufe, klägliches Stöhnen und den dumpfen, einförmigen Ton von Stockschlägen aufgeschreckt. Entsetzt sprang ich auf, um zu sehen, was es gebe. „Bemühen Sie sich weiter nicht, hielt mich gelassen einer der neben mir seine Beine ausstreckenden Gäste des Hotels an, es findet eben eine der gewöhnlichen gerichtlichen

Abſtrafungen ſtatt. Auf einzelne Vergehen ſtehen hier neun und dreißig Peitſchenhiebe und auf größere die dreifache und vierfache Zahl.“ Als ich auf den Platz kam, wo die Exekution ſtattgefunden hatte, band man eben den dritten Schuldigen ab, und trug ihn ohnmächtig nach Hauſe. Um den Pfahl ſelbſt, an welchen er gebunden war, fand ich eine friſche Blutlache.

Doch genug der Abſchweifungen, die nicht ſo willkürlich ſind, als es auf den erſten Blick wohl ſcheinen mag, und zurück zu meinem Ausgangspunkte! Das Fort St. Marion, welches die Stadt und den Hafen von Norden beherrſcht, wurde unter Ferdinand VI. im Jahre 1756 in ſeiner jetzigen Geſtalt vollendet. Früher ſtand an derſelben Stelle ein hölzernes Kaſtell, das Material des jetzigen beſteht aus Muſchelkalk. Die Amerikaner laſſen es aber verfallen, und weder Beſatzung noch Vorräthe liegen darin. Die Zeiten ſeiner Bedeutung ſind übrigens auch längſt vorüber, da es weder Angriffe gegen Oglethorpe aus Georgia, noch Flibuſtier- und Indianer-Anfälle hier mehr abzuwehren gilt. Am Fuße des Forts hat die Regierung der Vereinigten Staaten in der neueſten Zeit eine Strandbatterie errichtet, welche indeſſen ihre Geſchütze höchſtens am 4. Juli, aber noch nie gegen feindliche Schiffe gebraucht hat. St. Auguſtine liegt jetzt außerhalb der ziviliſirten Welt. Schätze ſind in dem armen Städtchen außer der Geſundheit nicht zu finden, und wer dieſe in ſeinem wohlthuenden, herrlichen Klima wiederſucht, der kommt im Winter und zieht im Sommer ebenſo geräuſchlos wieder ab, als er kam. Oft ſind an 1000 Badegäſte hier verſammelt, denn Sie müſſen wiſſen, daß St. Auguſtine auf dieſem Kontinent, namentlich im Norden, als das amerikaniſche Nizza berühmt iſt. Jetzt liegt über Stadt und Hafen ein gewiſſer melancholiſcher Schmelz ausgegoſſen, der nur durch die Abweſenheit jedes Lebens erzeugt werden kann und mich lebhaft an die ſonntägliche Ruhe eines armen Pfarrdorfes erinnert. Es kommt mir vor, als ſehne ſich der Ort nach ſeinen regelmäßigen Winterbeſuchern, als beneide er die nördlichen Städte, die jünger ſind als er, und da, wo noch kurz zuvor Haide oder Wald ſtand, das geſchäftigſte Treiben entwickeln. Augenblicklich iſt St. Auguſtine ſo ſtill wie ein Friedhof.

In dem großen, verhältnißmäßig recht guten Hotel, welches ich unter den ſechs im Orte befindlichen ausgewählt hatte, findet ſich zur

Zeit außer mir nur ein Gaſt, eine hübſche junge Wittwe von ſpaniſcher Abkunft, welche, ich weiß nicht warum, hier auf die Ankunft einiger Verwandten wartet. Ich bot ihr, als ich mich ihr bei Tiſch vorgeſtellt hatte, ein Glas Wein an, welches ſie ohne jede Ziererei annahm. Damit war unſre Bekanntſchaft gemacht. „Sie ſind von der andern Seite des Waſſers?“ fragte Sie mich. „Woraus ſchließen Sie das?“ entgegnete ich. „Weil Sie gleich eine ganze Flaſche franzöſiſchen Wein beſtellten und weil hier kein Amerikaner Wein trinkt“, antwortete die junge Dame. Sie unterhielt mich recht angenehm von den erſten Familien des Ortes, von den Verlobungen und Heirathen, die während der letzten Winterſaiſon zu Stande gekommen waren, den Vergnügungen der Badegäſte, zu welchen — ob den Vergnügungen oder den Badegäſten, blieb mir zweifelhaft — auch ein ſehr intereſſanter methodiſtiſcher Geiſtlicher und Kanzelredner gehört habe. Ich mußte ihr dagegen von europäiſchen Badeorten erzählen, namentlich von Baden-Baden, welches ihr nach einer Beſchreibung in Harpers Monthly als das Paradies aller Vergnügungsreiſenden erſchien. Nach Tiſch erklärte ſie mir, ſie ſei ſchläfrig und müſſe ausruhen, um für den Spaziergang des Abends gerüſtet zu ſein, und fragte mich, als ſie ſich erhob, ob ich nicht mitgehen wolle? „Warum nicht?“ antwortete ich, „aber wohin?“ „Nun, in die Kathedrale, da iſt es am Kühlſten, da giebt es keine Mosquito's, da wird man von Niemandem geſtört.“ Die Dame hatte Recht; es war ſtill und kühl in der Kirche. Ich machte es mir auf einer langen Bank bequem und begreife jetzt auch, warum ſelbſt in kälteren Klimaten namentlich die alten Leute am Liebſten am Sonntag Nachmittag in die Kirche gehen. Am Abend und ſeitdem jeden Abend gingen wir auf dem Wall ſpazieren, welcher dem Ufer entlang läuft, ſich kaum drei Fuß über den Boden erhebt und breit genug iſt, daß ſelbſt zwei Damen mit weiten Kleidern einander ausweichen können. Hier trifft ſich bei Sonnenuntergang die junge und, wenn ich von dem einfachen Orte ſo ſagen darf, die faſhionable Welt. Ich glaubte erſt, die jungen Mädchen wären zum Ball geſchmückt, denn ſie gehen in hellen leichten Kleidern und friſchen Blumen im Haare einher und machen mit vieler angebornen Grazie Platz, wenn man an ihnen vorbei muß. Alles bewegt ſich heiter und ungezwungen. Eine köſtliche Briſe bringt allabendlich die erwünſchte Kühle vom Meer, deſſen

dunkelblaue Wogen ſich ſanft zu unſeren Füßen brechen, aber wie Ungethüme jenſeits der ſchmalen und ſandigen, die Stadt von dem Ozean trennenden Inſel Anaſtaſia ſich erheben und fallen laſſen. Es iſt ein harmloſes Völkchen, mit welchem ich hier verkehre, von einer rührenden Genügſamkeit und Beſchränktheit der Begriffe, aber dabei von guten Anlagen und ſcharfem Urtheil über Dinge, welche es kennt.

Die wenigen, mit dem Waſſer parallel laufenden Straßen des Ortes ſind zwar eng und winkelig, aber immer noch groß genug, um ein zehnfach bewegteres Treiben in ſich aufzunehmen. Ein Wagen kann kaum durchpaſſiren. Nur hier und da begegnet mir ein Neger, der als wohlerzogener Sklave Front macht und mit ſeinem ſtereotypen: „Guten Morgen, Maſſa!“ grüßt. Die Häuſer ſind klein und unbedeutend, meiſtens von Holz; das jetzige Gerichtshaus iſt allein noch ein Ueberbleibſel aus ſpaniſcher Zeit, wie ſeine Bauart deutlich zeigt. Ihm gegenüber liegt der nach Verleihung der ſpaniſchen Konſtitution ſo getaufte Konſtitutionsplatz, in deſſen Mitte ſich ein geſchmackloſer Obelisk mit ſpaniſcher Inſchrift erhebt. Zu ſeinen beiden Seiten finden ſich die beiden Hauptkirchen der Stadt, zur Linken die euphemiſtiſch ſogenannte, bereits erwähnte Kathedrale, ein im ärmlichſten Zopfſtile von den Jeſuiten aufgeführtes Bauwerk, zur Rechten ein hölzernes, noch unanſehnlicheres Bethaus für die Proteſtanten. Während dieſes den ſeit Abtretung Florida's hier angeſiedelten Amerikanern dient, wird jene hauptſächlich von den Ueberreſten der ſpaniſchen Bevölkerung benutzt.

Wie durch ihre Religion, ſo unterſcheiden ſich auch im äußern Leben die Amerikaner ſchroff von den übrigen Anſiedlern, welche theilweiſe aus Spaniern, theilweiſe aus Abkömmlingen einer im vorigen Jahrhundert importirten Einwanderung aus Smyrna, von einigen griechiſchen Inſeln, Korſika und Minorka beſtehen. Ein Engländer nämlich, ein Dr. Trumbull, glaubte zur Zeit, als Florida unter engliſcher Herrſchaft ſtand (1763—1783), dort mit Erfolg Reis und Indigo ziehen zu können und ging nach Smyrna in Kleinaſien, wo er mit Geld, Liſt und Gewalt ein paar hundert Menſchen zuſammenbrachte, um ſie nach Florida zu ſchaffen. Unterwegs legte er an einer kleinen griechiſchen Inſel an, zahlte dem Gouverneur derſelben einige hundert Pfund, um noch ein paar Dutzend Familien mitnehmen, d. h. ſtehlen zu dürfen, lief

bald darauf in Korsika und Minorka wieder ein, um seine unterwegs gestorbenen Opfer zu ergänzen und landete endlich 1767 mit etwa 1500 Personen in Florida. Angeblich sollten sie nur drei Jahre für ihn arbeiten, wofür jedem Familienvater fünfzig Acker, jedem Kinde aber fünf und zwanzig Acker Landes versprochen wurden. Trumbull gründete am Mosquito-Fluß eine Kolonie, welche er Neu-Smyrna nannte, und zog mit der unbezahlten Arbeit der Unglücklichen Reis und Indigo. Statt ihnen sein Versprechen zu halten, mißhandelte er sie ärger wie Sklaven und ließ sie von Negern beaufsichtigen, welche die Peitsche grausam handhabten. In dieser unerträglichen Knechtschaft hatten sie neun Jahre lang gearbeitet und mehr denn dreitausend Acker in Kultur gesetzt, als ein arg mißhandelter Grieche in seiner Verzweiflung davonlief und nordwärts eilend, zufällig nach St. Augustine gerieth. Bisher hatten die Armen nicht gewußt, wo sie waren, noch daß es noch eine andre Niederlassung im Lande gab. Es gelang dem Flüchtling, dem humanen englischen Gouverneur die Lage seiner Leidensgefährten zur Kenntniß zu bringen. Trumbull mußte sie auf Grund gerichtlichen Urtheils freilassen, und ein Jahr nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung siedelten die von der ursprünglichen Zahl noch übrig gebliebenen 600 Griechen und Minorkaner nach St. Augustine über. Sie erhielten nördlich von der Stadt Bauplätze angewiesen, trieben dort Fischerei und Gartenbau und führten den Olivenbaum ein, der hier eine Zeit lang recht gut gedieh; ihre Nachkommen aber wohnen noch auf derselben Stelle und gehören theilweise zu den angesehensten Bewohnern des Staates. Die Amerikaner nennen die Armen kurzweg Minorcans und verbinden damit eine gewisse Verachtung, welche etwa jener gegen das „irische Gesindel“ und die „verdammten Dutchmen“ gleichkommt. Die hiesigen Spanier und Minorkaner sind ein kleiner, aber nicht unangenehmer Menschenschlag; die Frauen sogar sehr niedlich und hübsch. Sie haben viel mehr Form und Anstand als die Amerikaner, sie sind sehr musikalisch und tanzen ebenso schön und gern, als sie ungern arbeiten.

Ich hatte neulich Abend Gelegenheit, mich davon zu überzeugen. Im Hafen von St. Augustine liegt nämlich im Augenblick der Dampfer Pampero, der im Begriff mit Flibustiern nach Cuba auszulaufen, von der Vereinigten Staaten-Regierung mit Beschlag belegt und hierher

befohlen wurde. Da ich mehr freie Zeit habe, als mir lieb iſt, ſo beſuchte ich das Schiff. Der es bewachende Beamte, der mich überall freundlich umherführte, entpuppte ſich bald als deutſcher Landsmann. Wenn noch ein Zweifel über ſeine Abſtammung hätte obwalten können, ſo würde ihn ſein Name ſofort beſeitigt haben. Der Mann heißt nämlich Zehntbauer, iſt aus einem Dorfe — ich glaube Mombach — bei Mainz und ruft mir durch ſeinen bloßen Namen das ganze feudale Recht mit ſeinen Frohnden und Blutzehnten, ſeinem Erbzins und Beſthaupt, ſeinem Oſterhuhn und Pfingſtkäſe wieder in's Gedächtniß zurück. Er hatte offenbar nie darüber nachgedacht, daß er einer großen und alten Familie angehörte und ärgerte ſich nur darüber, daß weder Amerikaner noch Spanier ſeinen Namen richtig ausſprechen konnten, was er durch einige wahrhaft polyglottiſche, mainzeriſch-ſpaniſch-engliſche Flüche bekräftigte. Zehntbauer alſo war als armer Teufel in's Land gekommen und hatte es endlich in St. Auguſtine zum Sheriff gebracht, in welcher Eigenſchaft er jetzt auch für die Vereinigten Staaten den mit Beſchlag belegten Dampfer zu bewachen hatte. Er iſt, wie er mir ſagte, „gut ab" und mit einer Minorkanerin verheirathet. Im Laufe unſrer Unterhaltung theilte er mir mit, daß ich der erſte anſtändige Deutſche ſei, mit welchem er ſich ſeit drei Jahren einmal wieder in ſeiner Mutterſprache unterhalte, denn der in der Nähe als Klavierſtimmer lebende durchgebrannte berliner Student thue ihm zu dick, ſpreche auch nicht das rechte Deutſch, und ſchnarre, als hätte er eine Raſſel im Halſe oder eine Maultrommel in der Naſe. Zum Abend lud mich mein neuer Freund zu einem kleinen „Fandango" ein, der in ſeinem Hauſe ſtattfinde.

Ich mußte laut auflachen, als ich ihn bei meinem Beſuche einige Stunden ſpäter wieder ſah. Der biedere Mombacher hatte ſich nur im Geſpräche mit mir keinen Zwang angethan und ſich ganz natürlich gegeben; jetzt aber in ſeinen eigenen vier Wänden ſpielte er den Sanften, Liebenswürdigen und Verbindlichen, der engliſch liſpelte und ſpaniſch flötete. Ja ich glaube, er hatte nur aus Neid über die Raſſel im Halſe des Berliners ſich luſtig gemacht, weil er ſich zu Hauſe der Herrſchaft ſeiner Frau unbedingt unterordnen mußte. Ich wurde dieſer bei meinem Eintritt ſofort vorgeſtellt und fand ſie in Geſellſchaft von etwa zwölf bis fünfzehn tanzenden Paaren. Die Dame verbeugte ſich

mit steifer Grandezza, um sich dem Fremden gegenüber ja nichts zu vergeben. Die Töchter waren schöne und elegante Gestalten voller Beweglichkeit und Liebreiz, ungezwungen und natürlich und ließen sich in ihren nationalen Tänzen nicht stören. Diese kamen den französischen Quadrillen ziemlich nahe. Vor Allem entzückten mich die untadelhaften Knixe und Verbeugungen. Während die meisten Amerikanerinnen nur mit den Füßen tanzen, und sich die Paare kaum mit den Fingerspitzen zu berühren wagen, konnte hier der Zuschauer sich an der stummen Musik des Leibes erfreuen, wie Heine einmal die anmuthigen Bewegungen der Körper der Tanzenden nennt. Die jungen Mädchen waren auch hier wieder verschwenderisch mit frischen Blumen geschmückt, die herrlich gegen ihre dunkeln Haare und frischen Farben abstachen. Auf den Tischen, den Fensterfimsen und an den Wänden prangten ebenfalls die prächtigsten Blumen, welche einen wahrhaft berauschenden Duft verbreiteten und in schroffem Gegensatz zu den einfachen Zimmern standen. Die Unterhaltung in den Pausen und bei dem spätern einfachen Abendbrod war so nichtssagend als nur möglich und wurde ausschließlich in spanischer oder englischer Sprache geführt. Von den Zehntbäuerinnen verstand keine einzige ein Wort Deutsch. Mein Wirth bedankte sich für meinen Besuch, weil ich seiner Frau den Beweis geliefert hatte, daß es in Deutschland doch auch ganz anständige Kerle gebe. Die Frau des Hauses fragte mich, ob man in Deutschland auch Blumen habe. Ich wollte ihr die Umgegend von Mainz und die rheinischen Berge beschreiben. Sie verstand aber nichts von meinen Erzählungen und beruhigte sich dabei, daß sie noch nie einen Berg gesehen habe, auch nie einen sehen wolle und daß ihr die Ebene, weil weniger beschwerlich, doch lieber sei. Die Töchter und die übrigen jungen Mädchen, so hübsch und gefällig sie sich auch präsentirten, waren kaum über die ersten Anfangsgründe des Wissens hinausgedrungen; allein sie plauderten unbefangen und heiter und entwickelten eine angeborene Grazie und ein Selbstbewußtsein, welche ihnen äußerlich leicht über die mangelnde Bildung hinweghalfen. Es sind eben Fresken: von Außen schön anzuschauen, dahinter aber steckt Kalk und Stroh.

Der heitere Sinn und die Leichtlebigkeit ist vielleicht das werthvollste Geschenk, welches die Natur diesen Augustinern machen konnte.

Auch die Männer ſind nicht von des Gedankens Bläſſe angekränkelt und finden ſelbſt die körperliche Arbeit langweilig und mühſam. Ihre Erwerbsquellen ſind im Ganzen ſehr gering. So leben die Eingeborenen von den Fremden, welche ſie beſuchen, von den Früchten, welche in ihren Gärten reichlich wachſen, und von den Fiſchen, welche ſie in der Bai fangen. Bis zum Jahre 1835 war die Apfelſinenzucht der Haupterwerbszweig für St. Auguſtine; es führte jährlich zwiſchen 70—100,000 Dollars an Apfelſinen aus und verſah damit den ganzen Norden. Seit aber in jenem Jahre ein Froſt und ein ſchädlicher Wurm alle dieſe Pflanzungen zerſtörte, hat man nichts mehr für deren Aufblühen gethan, wahrſcheinlich weil den trägen Spaniern die ſorgfältige Pflege und jahrelange Wartung der neuen Anlagen zu unbequem und anſtrengend iſt.

Unter dieſen Verhältniſſen vegetirt St. Auguſtine dahin und wird immer fort vegetiren, da es nicht einmal eine lokale Bedeutung mehr gewinnen kann, welche ihm längſt durch die jungen, am St. John River aufblühenden Orte, namentlich Jackſonville, genommen iſt. Eine Zeitung giebt es hier nicht; von Büchern ſah ich außer einer alten Bibel und einem Ver. Staaten-Zenſus aus dem Jahre 1830 nichts. So ſteht die Stadt als eine der ſpärlichen Ruinen da, welche die Vereinigten Staaten aufzuweiſen haben. Noch wenige Jahre, und das Fort, an welches ich mich lehne, wird in Trümmern daliegen. Vielleicht daß es dann als Reliquie einer romantiſchen Vergangenheit ſich eines zahlreichern Beſuches von jenen Menſchen zu erfreuen hat, welche die Zeit ſeiner Entſtehung eine barbariſche nennen, obgleich die Sklaverei den Grund- und Eckſtein ihres wirthſchaftlichen Lebens bildet, weshalb ihnen denn auch dieſe roheſte Form der Ausbeutung des Schwächern als göttlicher Segen gilt.

Morgen verlaſſe ich St. Auguſtine, um mich vorerſt in einem mittelalterlichen Wagen durch den Sand nach Pikolata ſchleppen zu laſſen. Dort aber trete ich wieder ins Leben und Treiben der Gegenwart, denn vom St. John River aus wird mich der Dampf ans Ziel meiner Reiſe und zu Ihnen zurückführen.

Buchdruckerei von Gustav Schade (Otto Francke) in Berlin.

Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin N.,
Monbijouplatz 3.

Der

Soldatenhandel deutscher Fürsten nach Amerika.

Ein Beitrag

zur

Kulturgeschichte des achtzehnten Jahrhunderts

von

Friedrich Kapp.

Zweite vermehrte und umgearbeitete Auflage.

Preis 4 Mark 20 Pf.

Geschichte von Brasilien.

Von

Dr. Heinrich Handelmann.

63½ Bog. Preis 12 M.

Staats- und Gesellschafts-Recht

der

französischen Revolution

von

1789—1804.

Dargestellt

von

Dr. Karl Richter.

2 Bde. Preis 17 M.

Heinrich Simon.

Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk,

herausgegeben

von

Dr. Johann Jacoby.

Zweite wohlfeile Ausgabe in einem Bande.

Mit Heinrich Simons Portrait.

8. 25 Bog. Preis 3 M.

Verlagsbuchhandlung von Julius Springer in Berlin N.,
Monbijouplatz 3.

Politische Geschichte der Gegenwart

von

Wilhelm Müller,

Professor in Tübingen.

Band I.	**Das Jahr 1867.**	Preis 1 Mark 80 Pf.
= II.	**Das Jahr 1868.**	(Ist gänzlich vergriffen.)
= III.	**Das Jahr 1869.**	Preis 2 Mark 25 Pf.
= IV.	**Das Jahr 1870.**	Preis 3 Mark.
= V.	**Das Jahr 1871.**	Preis 3 Mark 75 Pf.
= VI.	**Das Jahr 1872.**	Preis 4 Mark 20 Pf.
= VII.	**Das Jahr 1873.**	Preis 4 Mark 50 Pf.
= VIII.	**Das Jahr 1874.**	Preis 4 Mark 20 Pf.
= XI.	**Das Jahr 1875.**	(Ist unter der Presse.)

☛ **Die Bände sind auch in sauberem braunen Leinwandband, mit Seiten- und Rückentitel, à Einband 1 Mark zu beziehen.**

Die Geschichte der Gegenwart ist überall auf das günstigste beurtheilt und aufgenommen worden; die geschickte Anordnung, die frische und übersichtliche Art, kaum entschwundene Ereignisse darzustellen und zu beleuchten, hat von allen Seiten Anerkennung gefunden und dem Unternehmen zahlreiche Freunde zugeführt.

Vom VI. Bande an wird jedem Jahrgange auch ein alphabetisches Verzeichniß aller in den Vordergrund getretenen Personen beigefügt.

Historische Frauen.

Von

Wilhelm Müller,

Professor in Tübingen.

Preis 6 M. — Elegant gebunden 7 M. 50 Pf.

Geschichte der deutschen Einheitsbestrebungen

bis zu ihrer Erfüllung.

1848—1871.

Von

Karl Klüpfel,

Vollständig in 2 Bänden. Preis 16 Mark.

RETURN TO the circulation desk of any
University of California Library
or to the
NORTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
Bldg. 400, Richmond Field Station
University of California
Richmond, CA 94804-4698

ALL BOOKS MAY BE RECALLED AFTER 7 DAYS
2-month loans may be renewed by calling
(415) 642-6233
1-year loans may be recharged by bringing books
to NRLF
Renewals and recharges may be made 4 days
prior to due date

DUE AS STAMPED BELOW

DEC 27 1987

OCT 30 1991

NOV 1 5 '90

YC 59385

U.C. BERKELEY LIBRARIES

C008705250